

LIBRARY
UNIVERSITY OF CALIFORNIA
RIVERSIDE



UWE LOHALM

Völkischer Radikalismus

Die Geschichte des Deutschvölkischen
Schutz- und Trutz-Bundes

1919-1923

WITHDRAWN
12.1.1987

LEIBNIZ-VERLAG

HAMBURGER BEITRÄGE
ZUR ZEITGESCHICHTE BAND VI

*Im Auftrag der
Forschungsstelle für die Geschichte
des Nationalsozialismus in Hamburg
herausgegeben von
Karl-Heinz Janßen,
Werner Jochmann, Werner Jobe
und Bernd Nellessen*

© Leibniz-Verlag Hamburg 1970
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen
Nachdrucks und der photomechanischen
Wiedergabe, vorbehalten
Ausstattung Alfred Janietz
Gesamtherstellung Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 3 87473 000 x

INHALT

| | |
|--|----|
| Vorwort | 9 |
| Einleitung | 11 |
| I. Die Gründung | |
| 1] Die »nationale Opposition« des Alldeutschen Verbandes und die Gründung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes | 15 |
| <i>Die Bamberger Erklärung</i> | 15 |
| <i>Die Gründung des Schutz- und Trutz-Bundes</i> | 19 |
| <i>Nationale Opposition im Februar 1919</i> | 24 |
| II. Die Vorgeschichte | |
| 2] Der Aufbruch des völkischen Antisemitismus 1912 | 27 |
| 3] Der Alldeutsche Verband und der Antisemitismus | 32 |
| <i>Claß, Deutschbundbewegung und Rassedenken</i> | 32 |
| <i>Gesattel und die Koordinierung der antisemitischen Bewegung</i> | 40 |
| <i>Alldeutscher Antisemitismus im Weltkrieg</i> | 46 |
| <i>Der alldeutsche Ausschuß für die Judenfrage</i> | 51 |
| 4] Der Reichshammerbund | 56 |
| <i>Roth, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband und Deutsche Jugendbewegung</i> | 56 |
| <i>Fritsch und die Gründung des Reichshammerbundes und des Germanenordens</i> | 58 |
| <i>Der Reichshammerbund im Weltkrieg</i> | 62 |
| 5] Der parteipolitische Antisemitismus | 66 |
| <i>Niedergang der Antisemitenparteien</i> | 66 |
| <i>Werner und die Deutschvölkische Partei</i> | 68 |
| 6] Das Ausgreifen des Antisemitismus im Weltkrieg | 71 |

III. Organisation, Struktur, Methode

- 7] Formierungsversuche in der völkischen Bewegung 78
Die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde 78
Eingliederung des Reichshammerbundes 81
*Zusammenschluß von Schutz- und Trutz-Bund
und Deutschvölkischem Bund* 82
Eingliederung regionaler Verbände 85
Der geheime Nebenverband 86
- 8] Die Organisation 88
Mitgliederbewegung 89
Ortsgruppen 91
Gaue 93
Bundesleitung 94
- 9] Die Finanzierung 100
Fremdfinanzierung 100
Eigenfinanzierung 104
- 10] Personelle Struktur und regionale Verbreitung 107
Zur sozialen Zusammensetzung des Bundesvorstandes 108
*Zur sozialen Zusammensetzung der Ortsgruppen-
führerschaft* 109
Zur sozialen Zusammensetzung der Anhängerschaft 110
Zur altersmäßigen Zusammensetzung der Anhängerschaft 116
Zur regionalen Verbreitung des Bundes 118
- 11] Mittel und Methoden der Tätigkeit 122
Propaganda 122
Interne Schulung 129
Jugendarbeit 130
Adolf Hitler und die deutschvölkische Bewegung 132

IV. Tätigkeit und Wirkung

- 12] Die antisemitische Wirtschaftspropaganda 139
Die Parole von der »Brechung der Zinsknechtschaft« 140
Wucher und Schleichhandel 142
*Kriegsgesellschaften und »Verschleuderung von
Heeresgut«* 145
Die Ostjudenfrage 147
- 13] Die antisemitische Reaktion in Kultur,
Bildungswesen und Kirche 152
Kulturreaktionärer Antisemitismus 153
Das Theater als Avantgarde der Moderne 155
Antisemitismus und Bildungswesen: Die Schule 160
Die Universität 164
Deutschvölkisches Christentum 171

- 14] Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund
und die politische Entwicklung der
Weimarer Republik 176
- »Jüdische Weltverschwörung« 177
 - »Judenrevolution« 179
 - »Judenrepublik« 183
 - Die Versailler Friedensverhandlungen 185
 - Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung 186
 - Die alliierte Forderung nach Auslieferung der »Kriegs-
verbrecher« 188
 - Der Kapp-Putsch und das »weiße« Ungarn 190
 - Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 und die
Stellung zu den politischen Parteien 194
 - Die bolschewistische Gefahr 202
 - Die Erfüllungspolitik und Walther Rathenau 203
- 15] Die Gefährdung der Republik 210
- Die antisemitische Front der Verbände 211
 - Schutz- und Trutz-Bund, Reichswehr und Marine-
Brigade Ehrhardt 215
 - Der Aufruf zur Tat 222
 - Die Ermordung Erzbergers 227
 - Das Attentat auf Scheidemann 229
 - Die Ermordung Rathenaus 231
 - Das Attentat auf Harden 234
 - Mordorganisation? 236
- 16] Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund
vor Gericht 237
- Rechtsprechung und Judentum 237
 - Deutschvölkische Agitatoren vor Gericht 240
 - Der Schutz- und Trutz-Bund vor dem Staats-
gerichtshof 246
 - Roth vor dem Staatsgerichtshof 251
 - Totale Demagogie und liberaler Staat 252

V. Das Ende

- 17] Die innere Auflösung des Deutschvölkischen
Schutz- und Trutz-Bundes 256
- Rivalitäten in der völkischen Bewegung
(Der antifreimaurerische Affekt) 256
 - Bayerische Sezession 260
 - Krise in der Führungsspitze 265
 - Auseinanderfall der Gesamtorganisation 268
- 18] Aktivitäten nach dem endgültigen Verbot 272
- Deutschvölkische Tarnorganisationen 272
 - Die Alldutschen 274
 - Roth und der Deutsche Befreiungs-Bund 275

*Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund
in Bayern* 277
Aufhebung des Verbotes 279
Die Nachfolge 279

VI. Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund und NSDAP

- 19] Zusammenarbeit und Konkurrenz.
Das Verhältnis des Deutschvölkischen Schutz-
und Trutz-Bundes zur NSDAP 283
Nationalsozialismus und völkische »Vorkämpfer« 283
*Der Schutz- und Trutz-Bund als Propagandist
des Nationalsozialismus* 285
*Die Stellung der Schutz- und Trutz-Bund-Führung
zur NSDAP* 288
- 20] Antisemitismus, Deutschvölkischer Schutz- und
Trutz-Bund und NSDAP in München
1919 bis 1923 290
*Die Entwicklung des Schutz- und Trutz-Bundes
in München* 290
Der Aufstieg Hitlers und der NSDAP 294
*Die Rolle des Antisemitismus in der nationalsozialistischen
Propaganda* 299
Eintritt von Schutz- und Trutz-Bündlern in die NSDAP 301
*Die Bedeutung Münchens für die Entwicklung
der NSDAP* 303
- 21] Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund
als Wegbereiter des Nationalsozialismus 304
Bayern 305
Franken 307
Württemberg 311
Thüringen und Sachsen 315
Niederrheinisch-westfälisches Industriegebiet 317
Braunschweig-Hannover-Oldenburg 322
Das Problem der Kontinuität im Antisemitismus 326
*Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund und das
Dritte Reich* 328
- Schluß 331
Anmerkungen 335
Quellen- und Literaturverzeichnis 446
Register 482

VORWORT

Die vorliegende Arbeit ist im Sommer 1969 von der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg als Dissertation angenommen worden.

Allen, die mich mit ihrem Rat und ihrer Hilfe bei der Arbeit an dieser Studie unterstützt haben, sage ich meinen herzlichen Dank. Er gebührt besonders den staatlichen Archivverwaltungen und Mitarbeitern des Bundesarchivs Koblenz, des Deutschen Zentralarchivs Potsdam, des Badischen Generallandesarchivs in Karlsruhe, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs in München, des Staatsarchivs Bremen, des Staatsarchivs Hamburg, des Hessischen Hauptstaatsarchivs in Darmstadt, der Niedersächsischen Staatsarchive in Hannover, Oldenburg, Osnabrück und Wolfenbüttel, des Hauptstaatsarchivs in Düsseldorf, des Landesarchivs Schleswig-Holstein in Schleswig sowie des Württembergischen Hauptstaatsarchivs in Stuttgart-Ludwigsburg. Schließlich bin ich der Studienstiftung des deutschen Volkes zu Dank verpflichtet für die langjährige Förderung dieser Arbeit.

Hamburg, im Oktober 1969

U. L.

EINLEITUNG

Die Geschichtsschreibung zum politischen Antisemitismus in Deutschland konzentriert sich vor allem auf zwei allerdings entscheidende Phasen in dessen Entwicklung: einmal auf die Vorweltkriegsbewegung, die die wichtige politische Ausformung und Ideologisierung des Antisemitismus brachte, zum anderen auf die Nachkriegsbewegung des Nationalsozialismus, der schließlich die antisemitischen Theoreme in die Tat umsetzen sollte. Weniger Aufmerksamkeit wird der im Krieg und in der ersten Nachkriegszeit stark hervortretenden völkischen Bewegung und dem von ihr verfochtenen vehementen Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik gewidmet. Eine Übersicht über die in den Jahren 1920 bis 1922 bestehenden und entstehenden völkisch-antisemitischen Organisationen bringt über hundert verschiedene Verbände, Orden und Bünde.¹ Als Ausdrucksform des politischen Willens vieler Hunderttausender gehören die völkischen Organisationen mithin in das Bild von den frühen Jahren der Weimarer Republik. Aus ihrer Vielzahl hebt sich in den Jahren 1919 bis 1923 der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund deutlich heraus durch seine weitgespannte Organisation, seine Mitgliederstärke, seinen Propagandaaufwand und nicht zuletzt durch die daraus resultierende Wirkung. Er war, nach dem Urteil des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung vom 30. November 1922, »der größte, tätigste und einflußreichste antisemitische Verband in Deutschland.«² In seiner organisatorischen und strukturellen Entfaltung manifestierte sich die Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland. Aus einem ursprünglich »plebejischen Konservativismus«,³ der sich im letzten Drittel des 19. Jahr-

hunderts zunehmend radikalisiert, sich in Parteien und Bünden organisiert und in der Folge auch in zahlreiche berufsständische Verbände Eingang gefunden hatte, entwickelte sich im 20. Jahrhundert eine eigenständige völkisch-antisemitische Massensammelbewegung, die am Ende in den Nationalsozialismus einmünden sollte.

Die Bedeutung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes innerhalb der völkischen Bewegung in den Jahren 1919 bis 1923 sowie seine Stellung zwischen dem ideologisierten Vorkriegsantisemitismus und dem weltanschaulichen Nationalsozialismus bringen für die vorliegende Untersuchung eine zweifache Aufgabenstellung mit sich. Einmal soll versucht werden, am Exemplum des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Wollen und Wirken des organisierten Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik zu beschreiben⁴ sowie dessen Bedeutung zu ermessen. Zugleich sucht sie, die sozialen und politischen Bedingungen näher zu bestimmen, unter denen der Bund seine Wirksamkeit entfalten konnte, und damit Hinweise für die Beantwortung der Frage zu geben, warum ein Antisemitismus, der in ähnlicher Form auch in anderen europäischen Ländern auftrat, in Deutschland geschichtsmächtig werden konnte. Zum anderen soll am Beispiel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes aufgezeigt werden, inwieweit der organisierte Antisemitismus in der Weimarer Republik in der Tradition des Vorweltkriegsantisemitismus stand und wieweit der Nationalsozialismus, seinerseits eine der massivsten antisemitischen Bewegungen, dem organisierten Nachkriegsantisemitismus verpflichtet war. Insofern will die vorliegende Untersuchung auch einen Beitrag zu der allgemeinen Problematik leisten, inwieweit der Nationalsozialismus als geschichtliche Fortsetzung traditioneller politischer und ideologischer Strömungen in Deutschland anzusehen sei.

Dieser Problematik sind zahlreiche übergreifende Studien gewidmet, die zumeist von einem ideengeschichtlichen, soziologischen oder politologischen Ansatz herkommen. Die vorliegende historische Untersuchung konzentriert sich vornehmlich auf die Zeitspanne zwischen dem Vorkriegsantisemitismus und dem Aufkommen des Nationalsozialismus. Sie versucht an Hand der Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes die Entwicklung des Antisemitismus im Kontext des historischen Geschehens zu verfolgen, und zwar auf der Grundlage von Anhängerschaft und Organisationen und unter Einbeziehung sozialgeschichtlicher Aspekte. Vom methodischen Ansatz her ähnliche Untersuchungen liegen nur für den Vorkriegsantisemitismus oder den Nationalsozialismus vor.⁵ Die Katastrophe des Jahres 1918 wird vielfach noch als Zäsur empfunden, während sie in der vorliegenden Stu-

die wesentlich als Katalysator begriffen wird. Erste Ansätze, die völkisch-antisemitische Bewegung in die Geschichte des Nationalsozialismus mit einzubeziehen, liefern Broszat und Jochmann, die zu diesem Zweck auch auf die Zeit vor 1919 zurückgehen. Doch vermögen sie in ihren Übersichtsdarstellungen kaum mehr als Thesen zu bringen.⁶

Die vorliegende Untersuchung stützt sich vornehmlich auf die Akten der Schutz- und Trutz-Bund-Leitung, die vom Alldeutschen Verband aufbewahrt worden sind und sich heute im Deutschen Zentralarchiv Potsdam befinden, sowie auf einen Teil des Nachlasses Alfred Roths, des ehemaligen Hauptgeschäftsführers. Für die Darstellung der Tätigkeit des Bundes und deren Auswirkungen konnte auf in einzelnen Landesarchiven vorhandene Aktenbestände der Innenministerien und der Politischen Polizei zurückgegriffen werden. Diese Bestände bilden zusammen mit den auf das Bundesarchiv Koblenz und das Bayerische Hauptstaatsarchiv München verteilten Aktenbeständen des ehemaligen Hauptarchivs der NSDAP auch die wesentliche Quellengrundlage für die Frühgeschichte der NSDAP. An gedruckten Quellen sind hauptsächlich völkische und antisemitische Zeitungen und Schriften ausgewertet worden.

Die Gründung

1. Die »nationale Opposition« des Alldeutschen Verbandes und die Gründung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes

Die Bamberger Erklärung

Am 16. und 17. Februar 1919 tagten in Bamberg die leitenden Gremien des Alldeutschen Verbandes.¹ Unbeeindruckt von den Revolutionswirren und internen Schwierigkeiten im Verband,² fanden sich hier sechszwanzig führende Alldeutsche aus ganz Deutschland zusammen, um den Lebenswillen ihrer Organisation nachdrücklich zu bekunden, deren Ende mit dem Zusammenbruch des Kaiserreiches gekommen zu sein schien; entzog dieser ihr doch den Boden und nahm ihr mit der Beschränkung der Außenpolitik durch die faktische Entmachtung Deutschlands auch das Betätigungsfeld, als das der Verband stets die Außenpolitik betrachtet hatte. Mit dem Ende des Kaiserreiches schien auch das Ende der Bewegungen gekommen, die wohl die Repräsentanten jenes Staates scharf befehdet, seine Struktur und sein Wesen aber zutiefst bejaht hatten. So hatten denn auch die politischen Formierungen der Rechten, sowohl die konservativen, christlich-sozialen und deutschvölkischen Parteien als auch die außerparlamentarischen Verbände, allen voran die Vaterlandspartei, die Wirren des Zusammenbruches nicht überstanden. Sie hatten sich aufgelöst oder suchten sich in neuen Gruppen zu organisieren. Allein der Alldeutsche Verband überlebte und überführte Programm und Organisation nahezu nahtlos in das umgestaltete Deutschland, was sich deutlich in dem bewußten Festhalten an dem alten Verbandsnamen zeigt.³ Zusammenbruch und Re-

volution vermochten nicht, Selbstprüfung und Neubesinnung in den alldeutschen Kreis hineinzutragen. Dieser glaubte vielmehr, daß die Ereignisse des Winters 1918/19 die eigenen politischen Prognosen bestätigt und damit die von ihm vertretenen politischen Anschauungen nachträglich gerechtfertigt hätten. Er nahm aus diesem Glauben den Mut, an den bisherigen politischen Positionen festzuhalten und die Organisation unverändert fortzuführen.⁴

In der kurzen und bedrohlichen Zeitspanne vom Beginn der Revolution bis zum Februar 1919, in der der Alldeutsche Verband mit Verfehlung und Anklage überhäuft wurde, sah die Leitung ihre Aufgabe vor allem darin, die Gefolgschaft zusammenzuhalten und Voraussetzungen für die Weiterarbeit zu schaffen.⁵ Dies gelang in vollem Maße: Der Mitgliederschwund, der unter dem Einfluß der Revolution eingesetzt hatte, hatte im Januar 1919 erstmalig entscheidend nachgelassen, die Zahl der Neuzugänge war seit dieser Zeit deutlich im Ansteigen begriffen;⁶ Auflösungserscheinungen in der Organisation, denen ein Drittel der Gliederungen zum Opfer gefallen war, konnte ebenfalls Anfang des Jahres 1919 erfolgreich Einhalt geboten werden.⁷ So war denn im Februar 1919 der Alldeutsche Verband die einzige politische Organisation der Rechten, die die Revolution überdauert hatte. Er stellte darum auch, als er in Bamberg nach der kurzen Krise mit einer Erklärung wieder aktiv hervortrat, die erste Formierung der entschiedenen Gegner des Staates dar, um dessen Neukonstituierung in Weimar noch gerungen wurde. Mit der sogenannten Bamberger Erklärung vom 16. Februar 1919 sagte der Alldeutsche Verband der Nationalversammlung in Weimar den Kampf an und ging als erster zum Angriff gegen die politische und soziale Neuordnung in Deutschland über. Von Anfang an hatte der Alldeutsche Verband im Kaiserreich eine »nationale Opposition« geübt. Diese hatte sich jedoch vornehmlich gegen einzelne Persönlichkeiten und Maßnahmen der Reichsregierung sowie gegen einzelne Erscheinungen und Tendenzen in der innen- und außenpolitischen Entwicklung des Reiches gerichtet, ohne die Struktur des Staates zu treffen. Nunmehr war aus dieser Opposition eine »nationale Opposition« gegen den Staat geworden. Die Bamberger Erklärung des Alldeutschen Verbandes stellt die erste prononcierte Kampfansage an das neue, demokratische Deutschland dar.

Für diese Erklärung war die Beurteilung der unmittelbaren historischen Ereignisse und der politischen Gegenwart von grundlegender Bedeutung. Sie wird deutlich in einem einleitenden Referat, das der Verbandsvorsitzende, Justizrat Heinrich Claß, am 16. Februar 1919 hielt.⁸ Darin machte Claß für den Umsturz diejenigen Kräfte in

Deutschland verantwortlich, die sich schließlich in der Regierung des Prinzen Max von Baden zusammengetan hätten. Sie, die aus innenpolitischen Erwägungen heraus den deutschen Sieg nie gewollt, hätten die kaiserliche Kommandogewalt beseitigt und die Waffenstillstandsverhandlungen eingeleitet, beides, so führte Claß wider besseres Wissen⁹ wörtlich aus, »gegen den Widerstand der Obersten Heeresleitung, die auch da noch an eine Verteidigung auf Monate hinaus glaubt«. Der Zusammenbruch sei nicht von der Front, sondern von der Etappe, der Marine und der Heimat ausgegangen, wo sich der jüdische Einfluß als die treibende Kraft erwiesen habe. Weiterhin warf der alldeutsche Verbandsvorsitzende dem Bürgertum vor, mitschuldig an der revolutionären Entwicklung zu sein, da es in seiner »Feigheit und Charakterlosigkeit« den Anfängen nicht zu wehren gewußt habe, und verurteilte die Haltung der deutschen Fürsten, die seiner Meinung nach die Entwicklung widerstandslos hingenommen und damit den Weg freigegeben hatten für ein »Regiment des Willens zur Zerstörung«. Daraus folgte Claß nun aber nicht, daß sich die monarchische Staatsform im Kriege als untauglich erwiesen habe, vielmehr erklärte er, daß nicht das System, sondern seine Vertreter und das gesamte deutsche Volk die Schuld am Zusammenbruch trügen, da sie keine überragende Führerpersönlichkeit ertragen hätten, eine Tendenz, die Claß in der Entrechtung der »politisch Reifen« durch die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts in den deutschen Ländern fortgeführt sah. So sei schließlich die neue Republik nichts anderes als »ein Kind der Meuterei vor dem Feinde« und von vornherein mit schweren »politischen Verbrechen« belastet.

Diese Sicht der Revolutionsereignisse führte nahezu folgerichtig zu einer Erklärung, die die Umkehr forderte und dem neuen Staat den Kampf ansagte. Die zu diesem Zweck von Claß vorbereitete und von der Gesamtleitung des Verbandes ausdrücklich gebilligte und unterzeichnete »Erklärung des Alldeutschen Verbandes« vom 16. Februar 1919¹⁰ ist von zentraler Bedeutung nicht allein für die Geschichte des Alldeutschen Verbandes, sondern auch für das Wirken vieler rechtsradikaler Kräfte in der Weimarer Republik. Der Verband versuchte darin, sich gegen die Vorwürfe der Schuld am Kriegsausbruch, an der Kriegsverlängerung sowie am Kriegsausgang zur Wehr zu setzen; er wollte den eigenen Lebenswillen betonen und formulierte das Programm für die zukünftige Arbeit.¹¹ Die Erklärung war damit zugleich das erste umfassende Programm in der Weimarer Republik für einen völkischen deutschen Staat und gab den politischen Rahmen, innerhalb dessen der Deutsche Schutz- und Trutz-Bund gegründet und

seine Aufgaben konzipiert wurden. Darüber hinaus markiert dieser Aufruf, der die historischen Tatsachen verkehrte, den politischen Gegner verleumdete, den demokratischen Staat und die um eine Verfassung ringenden Kräfte moralisch denunzierte, den Beginn einer heftigen Agitation und eines erbitterten Kampfes gegen die junge Republik, an dem sich viele nationalistische und völkische Gruppen orientieren sollten.

Am Anfang der Erklärung analysiert die Führung des Alldeutschen Verbandes die Gründe des Kriegausbruchs und die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs und stellt – ganz im Sinne der Claßschen Ausführungen auf dem Verbandstag – die ehemaligen Feinde Deutschlands als die eigentlichen Kriegstreiber und »gewissenlose Volksverräter«, die nunmehr die Regierung stellten, als die wahren Urheber des Zusammenbruchs heraus. Daran schließt sich ein politisches Programm zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches an. Es ist in seinen außenpolitischen Teilen durch die Ablehnung jeglicher Verständigungspolitik, die Betonung der Machtpolitik, den Gedanken des Revanchekrieges und des Zusammenschlusses aller von Deutschen bewohnten Gebiete charakterisiert. Diese Forderungen fanden auf innenpolitischem Gebiet ihre Entsprechung in dem Wunsch nach völliger Nationalisierung des gesamten kulturellen, sozialen und politischen Lebens: Als deren wichtigste Voraussetzung wurde einmal die Zurückdämmung des jüdischen Einflusses angesehen. Daneben wurde eine Intensivierung der »inneren Siedelung« und der Schutz des »rassenmäßigen Bestandes« des deutschen Volkes »vor artfremdem Zuzug« postuliert. Nachdrücklich sagte der Verband allen Bestrebungen Förderung zu, die dafür eintreten, »daß Deutschland den Deutschen« gehöre.

Damit waren Rassedenken und Antisemitismus zu den bestimmenden Faktoren alldeutscher Innenpolitik geworden, die in dem Bekenntnis, »daß wir den Satz von der Gleichberechtigung alles dessen, was Menschenantlitz trägt, für eine durch die Wirklichkeit täglich widerlegte Lehr-Meinung halten, deren tatsächliche Ausführung ein Verbrechen gegen unser Volk bedeuten würde«,¹² noch unverhüllter zutage traten. Sie bildeten zudem das integrierende Moment in der alldeutschen Konzeption. Sie bestimmten den Kampf nach außen ebenso wie denjenigen nach innen als einen im letzten Grunde völkischen Rassenkampf.

Die Bamberger Erklärung des Alldeutschen Verbandes war keineswegs allein der eigenen Organisation und den eigenen Anhängern als programmatische Zielsetzungen für die zukünftige Arbeit zgedacht, vielmehr beabsichtigte der Verband damit, das gesamte nationale Bürgertum zu mobilisieren. Diese erste und entschiedenste Kampfansage an

die gerade in Weimar gewählte Regierung und an den demokratisch-republikanischen Staat wurde in mehr als 300 000 Exemplaren als Beilage zu den größten nationalen Zeitungen verbreitet.¹³ Der in der Erklärung zum Ausdruck gebrachte Wille des Verbandes, zum »Stoßtrupp des völkischen Gedankens« zu werden, blieb keine leere Geste. Da indessen der Alldeutsche Verband selbst weiterhin an dem Primat der Außenpolitik festhielt, zudem seinen Charakter als Vertreter der »Gebildeten und Besitzenden« auch in einem demokratischen Deutschland nicht preisgeben wollte, beabsichtigte er, eine Organisation zu schaffen, die sich in der Innenpolitik der Judenfrage annahm und die bereit und fähig war, auf die Massen zu wirken. Zu diesem Zweck wurde noch auf der Bamberger Tagung der Alldeutschen im Februar 1919 die Gründung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes beschlossen.

Die Gründung des Schutz- und Trutz-Bundes

Diese Gründung war vorbereitet worden durch einen bereits auf dem alldeutschen Verbandstag am 13. September 1918 in Hannover eingesetzten Ausschuß des Alldeutschen Verbandes, der die Stellung des Verbandes zur Judenfrage und zur judengegnerischen Bewegung klären sollte.¹⁴ Diesem sogenannten Judenausschuß, der unter der Leitung des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden, des Generals z. D. Konstantin von Gebattel, stand, gehörten neben weiteren führenden Mitgliedern des Verbandes auch maßgebliche Persönlichkeiten der antisemitischen Bewegung an: Theodor Fritsch und Alfred Roth vom Reichshammerbund, Professor Paul Langhans vom Deutschbund, Professor Dr. Ferdinand Werner von der Deutschvölkischen Partei sowie der Privatgelehrte Professor Adolf Bartels, der streitsüchtige antisemitische Literaturhistoriker.

Nach längeren schriftlichen Erörterungen und dem Zusammentreffen einiger Vertreter dieses Ausschusses am 15. Februar 1919 in Bamberg konnte der alldeutsche Landgerichtsdirektor Karl Lohmann einen Tag später der Verbandsleitung das Ergebnis der Beratungen vortragen.¹⁵ Danach verlangten die Ausschußmitglieder einmütig die sofortige Aufnahme eines großangelegten Kampfes gegen die Juden, lehnten es aber mit überwiegender Mehrheit ab, den Alldeutschen Verband zur Führungsorganisation der judengegnerischen Verbände zu erklären, da sie glaubten, die Aufnahme des antisemitischen Kampfes nicht mit dem nach dem Kriege stark in Verruf geratenen alldeutschen Namen belasten zu dürfen, insbesondere aber, weil sie Unruhe in den eigenen Rei-

hen befürchteten. Deshalb schlugen sie die Gründung eines neuen, umfassenden Verbandes vor, dem sich die bereits bestehenden antisemitischen Bünde eingliedern sollten. Darüber hinaus empfahlen die Ausschußmitglieder die Schaffung eines weiteren, geheimen Verbandes, um auch jenen die Unterstützung der »guten Sache« zu ermöglichen, die ihre Judengegnerschaft nicht öffentlich bekennen wollten. Beiden Verbänden wurde zur Aufgabe gemacht, »Aufklärung über die Gefahr des Judentums mit allen Mitteln zu betreiben, besonders in den breiten Massen der Arbeiterschaft«. Als Grundlage für ihre Tätigkeit sollten die in der 1912 erschienene Schrift des Verbandsvorsitzenden Claß »Wenn ich der Kaiser wär« niedergelegten staatsrechtlichen Grundsätze und Forderungen zur Judenfrage¹⁶ dienen.

Mit dieser Entscheidung, die wesentlich von Claß mitbestimmt war und die die volle Zustimmung der alldeutschen Tagungsteilnehmer erhielt, waren die Weichen gestellt für die Schaffung einer umfassenden und auf Massenwirkung angelegten antisemitischen Organisation. Schon zwei Tage später, am 18. Februar 1919, trat der Gründungsausschuß für die beiden geplanten Verbände zusammen. Er bestand aus den Alldeutschen Claß, Gebtsattel, Lohmann und Fritz.¹⁷ In den »Richtlinien des Ausschusses für die Bekämpfung des Judentums«¹⁸ formulierten sie noch einmal das Ergebnis der bisherigen Überlegungen und entwarfen Aufbau und Programm der beiden zu gründenden Organisationen, zu deren Vorsitzendem Konstantin von Gebtsattel bestellt wurde. Gleichzeitig begannen sie mit der Ausarbeitung der Satzungen für den öffentlichen Bund. Die Arbeit für den geheimen Nebenverband sollte erst später aufgenommen werden; ihm war vor allem aufgegeben worden, die Finanzierung der geplanten Unternehmungen zu gewährleisten.^{18a}

Anfang März waren die Arbeiten an den Satzungen für den Deutschen Schutz- und Trutz-Bund, wie der öffentliche Verband nun endgültig hieß, abgeschlossen.¹⁹ Geringfügige Änderungen, die vor allem die Zusammensetzung des engeren und des Gesamtvorstandes betrafen, wurden im Oktober 1920 vorgenommen. Darauf wird im einzelnen noch im Zusammenhang mit der Darstellung der Organisation des Bundes einzugehen sein.²⁰ Hier sollen nur die Bestimmungen zur Mitgliedschaft, Führung und Zielsetzung des Bundes berücksichtigt werden, insofern sie Aufschluß über den besonderen Charakter dieser Gründung geben.

Danach stand der Bund allen deutschen Männern und Frauen offen, sofern sie schriftlich versicherten, daß sie »deutscher Abstammung« seien. Eheschließungen mit »volksfremden Personen« oder gar mit Ju-

den hatten den sofortigen Ausschluß zur Folge. An der Spitze des Bundes stand ein Bundesvorstand, der sich aus dem geschäftsführenden Vorsitzenden, dem Hauptgeschäftsführer und dem Schatzmeister zusammensetzte. Er hatte die oberste Leitung inne, regelte aber auch die Tätigkeit der einzelnen Gliederungen. Ihm zur Seite standen ein Beirat von ungefähr zehn Gesinnungsfreunden und die Hauptgeschäftsstelle mit dem Hauptgeschäftsführer an der Spitze, der den Bund nach außen vertrat. Sowohl Beirat als auch Hauptgeschäftsstelle waren in der Zusammensetzung und in ihren Entscheidungen vom Vorstand, ursprünglich sogar nur vom geschäftsführenden Vorsitzenden, abhängig ebenso wie der vom Vorstand einzuberufende »Deutsche Tag«, die Generalversammlung des Bundes. Damit lagen alle Machtbefugnisse im Deutschen Schutz- und Trutz-Bund in den Händen der drei Vorstandsmitglieder, deren Stellung in den zur Veröffentlichung bestimmten Satzungen allein dadurch eine Beschränkung erfuhr, daß deren Berufung und Abberufung durch eine »besondere Bestimmung der begründenden Versammlung« geregelt werde.

Tatsächlich war dies der einzige Hinweis, wenn man einmal von der Bezeichnung »geschäftsführender Vorsitzender« für den öffentlichen Leiter des Bundes absieht, daß sich hinter dem Schutz- und Trutz-Bund Kräfte verbargen, die, ohne nach außen hervorzutreten, einen bestimmenden Einfluß auf ihn ausübten. So verfügte denn auch eine geheime Zusatzklausel zu den Satzungen,²¹ daß die oberste Leitung des Bundes einem geheimen Vorsitzenden zustehe, der bei Begründung des Bundes von der »begründenden Versammlung« gewählt werden sollte. Diesem Vorsitzenden wurden darin sämtliche Vollmachten des geschäftsführenden Vorsitzenden und des Bundesvorstandes übertragen, die ihm weisungsgebunden untergeordnet waren und über deren Berufung und Abberufung er zu befinden hatte. Zudem durfte er jederzeit in die Geschäfte des Bundes eingreifen. Schließlich blieb auch die Wahl eines Nachfolgers seiner Entscheidung überlassen.

Damit war das diktatorische Prinzip, das die Alldeutschen vor allem unter dem Einfluß von Claß in den eigenen Organisationen verwirklicht hatten und dem sie allgemein in Deutschland Geltung zu verschaffen trachteten, auch im Schutz- und Trutz-Bund eingeführt. Allerdings war der in der Geheimklausel vorgesehene diktatorische Leiter der geplanten antisemitischen Massenorganisation in seinen Möglichkeiten effektiver Führung und Kontrolle von vornherein durch die Bestimmung beschränkt, daß er »weder der Öffentlichkeit, noch den Mitgliedern des Bundes« bekannt werden sollte. Die Massen waren aber, wie die weitere Geschichte des Schutz- und Trutz-Bundes zeigen wird, nicht bereit,

einer geheimen Führung zu folgen; sie verlangten nach einem weithin sichtbaren und anerkannten Führer.

Die formale Dualität der Führungsgremien macht den ambivalenten politischen Standort deutlich, den die Initiatoren des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes im Februar 1919 einnahmen. Die geheime Vereinbarung ist Zeichen für das vor allem in alldeutschen Kreisen traditionelle Denken, durch geheime Verbindungen zu führenden Persönlichkeiten Einfluß auf politische Vorgänge und Organisationen gewinnen zu können, ohne daß der Verband und seine Leiter in das Rampenlicht der politischen Bühne treten. Daneben steht die zur Aufnahme und Führung der Massen bestimmte Organisation des Schutz- und Trutz-Bundes. Sie hatte den Zweck, der nationalen und völkischen Front in Deutschland eine möglichst breite Basis zu sichern, ohne die eine wirksame politische Einflußnahme im Zeitalter der politisierten Massen und der Demokratie nicht mehr möglich schien. Der Schutz- und Trutz-Bund war somit die Antwort der Alldeutschen und Völkischen auf die durch Krieg und Umbruch bedingten sozialen Veränderungen und die Parlamentarisierung. Der Inhalt dieser Antwort war ein umfassender und kompromißloser Antisemitismus.

Das umschreibt § 1 der öffentlichen Satzungen des Schutz- und Trutz-Bundes folgendermaßen:²²

»Der Bund erstrebt die sittliche Wiedergeburt des deutschen Volkes durch die Erweckung und Förderung seiner gesunden Eigenart. Er erblickt in dem unterdrückenden und zersetzenden Einfluß des Judentums die Hauptursache des Zusammenbruchs, in der Beseitigung dieses Einflusses die Vorbedingung des staatlichen und wirtschaftlichen Wiederaufbaues und der Rettung deutscher Kultur.

Der Schutz- und Trutz-Bund macht es sich zur Aufgabe, über Wesen und Umfang der jüdischen Gefahr aufzuklären und sie unter Benutzung aller politischen, staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Mittel zu bekämpfen«.

So positiv die Gründer auch den ersten Satz formulierten, so sehr wird im folgenden deutlich, wie das positive völkische Ziel hinter dem eigentlichen Anliegen, der Beseitigung des jüdischen Einflusses, zurückstand, die als Voraussetzung aller weiteren Arbeit voranzugehen hatte. Dem Judentum und allem, was tatsächlich oder vermeintlich sich mit diesem verband, wurde ein umfassender »zielbewußter und rücksichtsloser« Kampf²³ angesagt. Die sogenannte Judenfrage wurde der archimedische Punkt in dem politischen Kampf dieses Bundes, auf den sämtliche historischen und politischen Ereignisse und Tagesprobleme hin relativiert wurden. In dieser Ausschließlichkeit lag die vehemente Stoß-

kraft, aber auch das spätere Versagen dieser neuen antisemitischen Organisation. Die Gründung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes markiert in der Geschichte der antisemitischen Bewegung den Punkt, an dem die nationale Rechte versuchte, den politischen Antisemitismus als vorzüglichstes propagandistisches Mittel zum Aufbau einer breitesten Massen ansprechenden Organisation einzusetzen, und an dem sie dazu überging, ihn in ihr politisches Programm zu übernehmen und vollständig zu integrieren.

Der Deutsche Schutz- und Trutz-Bund selbst war keine rein alldeutsche Organisation, sondern in ihm vereinigten sich zumindest drei traditionell unterschiedene nationale bzw. völkisch-antisemitische Bewegungen, deren aktivste und bestimmende allerdings die alldeutsche war. Die Führung des Bundes übernahm Konstantin von Gebattel, war er es doch gewesen, der auf dem Verbandstag des Alldeutschen Verbandes am 13. September 1918 in Hannover die Judenfrage zur Sprache gebracht und danach die Leitung des alldeutschen »Judenausschusses« innegehabt hatte. Durch Gebattels Wahl sicherte sich der alldeutsche Verbandsvorsitzende Claß, den eine enge Freundschaft mit dem alternierenden, geistig und körperlich recht unbeweglichen General verband, einen bleibenden Einfluß auf die Organisation. Darüber hinaus hatte er die Genugtuung, daß seine Schrift »Wenn ich der Kaiser wär« zur Grundlage der Zielsetzung und Tätigkeit des neuen Bundes gemacht wurde.²⁴ Eine zweite Gruppe wurde durch die Person des Sozialsekretärs Alfred Roth repräsentiert. Roth war seit 1914 Bundeswart des Reichshammerbundes, der sich um den antisemitischen Verleger und Pamphletisten Theodor Fritsch und dessen »Hammer«-Zeitschrift gebildet hatte. Roth hatte entscheidenden Anteil an den Beratungen über die Organisation des neuen Bundes und war noch im Februar 1919 von Gebattel als zukünftiger Hauptgeschäftsführer gewonnen worden.²⁵ Mit dem Gymnasialprofessor Dr. Ferdinand Werner war bei den Beratungen schließlich auch ein Repräsentant des traditionellen Partei-Antisemitismus zu Wort gekommen. Werner war seit 1915 Vorsitzender der Deutschvölkischen Partei, die im Revolutionswinter in der DNVP aufging, deren Anhängerschaft aber in einem Deutschvölkischen Bund zusammengefaßt blieb.

Diese Hinweise auf Personen und Organisationen machen deutlich, daß die Genesis des nunmehr gegründeten antisemitischen Großverbandes sich nicht allein in den letzten Monaten des Krieges und der Revolution vollzogen hatte, sondern weit in die Vorkriegszeit zurückreicht. Die ideologischen und organisatorischen Grundlagen dieser im Februar 1919 unter der Obhut des Alldeutschen Verbandes und seines Vorsit-

zenden Claß gegründeten Kampfgemeinschaft wurden in der Zeit vor dem Zusammenbruch, in der Vorweltekriegszeit und im Weltkrieg gelegt. Der Kriegsausgang, der politische Umbruch und die folgenden innenpolitischen Wirren sowie schließlich der Versailler Frieden und der auf weite Kreise wenig ermutigend wirkende schwere Start, der der Weimarer Republik unter diesen Umständen auferlegt war, bildeten die Bedingungen, unter denen diese antisemitische Organisation sich dann zum ersten »Stoßtrupp des völkischen Gedankens« ausgestalten konnte. Die Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte dieser Kampfgemeinschaft legt damit auf personellem, organisatorischem und auch auf ideologischem Gebiet weitgehend die Kontinuität frei, die die rechtsradikalen Bewegungen in der Weimarer Republik mit den Bestrebungen im Wilhelminischen Reich verbindet.

Nationale Opposition im Februar 1919

Die Bedeutung des Bamberger Auftritts des Alldeutschen Verbandes und der Gründung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes, mit denen zum ersten Mal nach der Revolution eine größere, über ganz Deutschland verbreitete Organisation sich nicht auf den Boden gegenwärtiger Tatsachen, sondern außerhalb des gerade erst konstituierten demokratisch-republikanischen Staates stellte, erhellt erst völlig, wenn man sie im Lichte der Alternative betrachtet, die der konservativen und rechtsradikalen Opposition im Winter 1918/19 offenstand: die grundsätzliche Herausforderung des parlamentarischen Systems durch die Organisation einer neuartigen umfassenden Massenbewegung, verbunden mit einer unermüdlichen, schlagkräftigen Propaganda, oder die äußere Anpassung und ein vorläufiges taktierendes Stillhalten.²⁶

Zur selben Zeit, da sich die Alldeutschen und Völkischen bedingungslos für ersteres entschieden, formulierte der Sprecher der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei, von Posadowsky-Wehner, in der Deutschen Nationalversammlung die grundsätzliche Bereitschaft seiner Partei, innerhalb des parlamentarischen Staates in Zusammenarbeit mit den anderen bürgerlichen Parteien am Wiederaufbau des Deutschen Reiches mitzuwirken.²⁷ Seine Rede vom 14. Februar 1919 ist nur eine Fortführung der taktischen, wenig entschiedenen Haltung der DNVP, wie sie schon im Gründungsaufwurf dieser Partei vom 22. November 1918²⁸ und in ihrem Wahlaufwurf vom 27. Dezember 1918²⁹ zum Ausdruck gekommen war. Wenn auch einige Gedankengänge dieser offiziellen Stellungnahme der Partei mit den Sätzen der »Bamberger Erklärung« übereinstimmten, so wird doch in dem von der DNVP we-

nigstens zur Schau getragenen Bekenntnis zur Legalität und bedingt auch zum parlamentarisch-republikanischem System, in dem Verzicht auf den Gedanken des Revanchekrieges und auf gegenrevolutionäre Parolen der Unterschied zum Alldeutschen Verband deutlich.

Die DNVP hatte mit Rücksicht auf die heterogenen Kräfte und Gruppen, die sie als neue Partei in sich zu vereinen suchte, ohne dabei mit einer der in ihr aufgegangenen vorbelasteten Parteien identifiziert zu werden,³⁰ ihre politischen Grundsätze zunächst nur vorläufig und äußerst vorsichtig formuliert. Ohne ein von einem Parteitag festgelegtes Programm, noch ohne festen Verwaltungsapparat und weitverzweigte Organisation, mit deren Hilfe sich die Partei über Stimmungen und Strömungen differenzierter hätte orientieren und auf sie hätte einwirken können, versuchte die DNVP, sowohl die nationalen rechten als auch die gemäßigeren bürgerlichen Wähler für sich zu gewinnen.

Demgegenüber stand der vergleichsweise festgefügte und sich schnell weiter festigende Block des Alldeutschen Verbandes. Seit jeher war der Verband frei von politischer Mitverantwortung und von der Aufgabe zur Mitarbeit in Regierung und Parlament gewesen, frei auch von Rücksichtnahme auf Parteien und Wählerschaft, und hatte daher stets unvergleichlich viel schärfer auftreten können als die politischen Kräfte in Parlament und Regierung. So trat denn der Alldeutsche Verband auch im Februar 1919 unbedenklich der historischen Entwicklung entgegen und machte die »Konkursverwalter des alten Regimes« — wie Friedrich Ebert die provisorische Regierung in seiner Begrüßungsansprache an die Weimarer Nationalversammlung genannt hatte — für den Konkurs verantwortlich.³¹ Er stellte die neuen Regierungsmitglieder als »Volksverderber« hin, propagierte die Dolchstoßlegende und predigte den Revanchekrieg. Mit seiner Bamberger Erklärung gab der Verband nicht nur den eigenen Mitgliedern ein eingängiges politisches Programm, er wirkte damit auch auf weite orientierungslose bürgerliche Kreise in den Parteien und in der gesamten deutschen Öffentlichkeit, noch ehe die Rechtsparteien ihre Einflußmöglichkeiten voll entfalten konnten. Dieses frühe und kompromißlose Auftreten der Alldeutschen und Völkischen gegen den neuen Staat prägte die Vorstellungswelt weiter Teile des deutschen Bürgertums um so mehr, als diese unter dem Einfluß der Nöte des Krieges ohnedies radikalisiert worden waren. Später trat noch verstärkend hinzu, daß auch andere neue politische Gruppierungen der Rechten sich die Wirksamkeit dieser alldeutsch-völkischen Parolen zunutze machten.

Für den Februar 1919 ist folgende Situation festzuhalten: In Weimar, dem Ort der großen deutschen Philosophen und Dichter, von de-

ren Geist Friedrich Ebert — wie er in seiner Begrüßungsansprache an die Nationalversammlung ausführte³² — das Leben in Deutschland wieder erfüllt wissen wollte, bemühten sich die gewählten Vertreter des Volkes darum, dem Reich nach Niederlage und Zusammenbruch eine handlungsfähige Regierung und eine neue, demokratische Verfassung zu geben. In Bamberg formierte sich währenddessen die antiparlamentarische, antidemokratische Front, gleichfalls im Banne historischer Reminiszenzen; war doch in dieser Stadt vor über siebenhundert Jahren der deutsche König Philipp von Schwaben der Privatrache Ottos von Wittelsbach zum Opfer gefallen, ein Ereignis, auf das Claß am 16. Februar 1919 ausdrücklich hinwies,³³ weil von ihm das reichszerstörende Interregnum eigentlich erst seinen Ausgang genommen habe. Die in Bamberg gebildete Front gegen die neue Republik war zustande gekommen, ehe noch im April 1919 die Ausrufung der Räterepublik in München und im Mai das Bekanntwerden der Bedingungen des Versailler Friedensvertrages die Bevölkerung Deutschlands erneut in Erregung versetzten und sie weiteren Zerreißproben unterwarfen.

Die Vorgeschichte

2. Der Aufbruch des völkischen Antisemitismus 1912

Der Alldeutsche Verband entschied sich erst im Augenblick des politischen Umbruchs endgültig dafür, auf den Antisemitismus als Propagandamittel zurückzugreifen und die Judenfrage als Zentralproblem innenpolitischer Reformen herauszustellen. Die theoretische Grundlegung dafür war jedoch schon in den Jahren vor dem Weltkrieg erfolgt. Die Gründer des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes verwiesen selbst auf die Vorkriegszeit, indem sie die Schrift »Daniel Frymann: Wenn ich der Kaiser wär« zur Grundlage für die Tätigkeit des Bundes machten. Unter diesem Pseudonym und Titel hatte der alldeutsche Verbandsvorsitzende, Justizrat Claß, 1912 eine politische Streitschrift herausgegeben,¹ zu der er durch die innere und äußere Entwicklung des Deutschen Reiches, insbesondere durch das »staatsgefährliche Anwachsen der Sozialdemokratischen Partei« bei den Reichstagswahlen im Januar 1912, die zunehmende Einflußnahme des Reichstages auf die Gestaltung der Politik und den Ausgang der Marokko-Krise veranlaßt worden war.² Er brachte darin die Unzufriedenheit nationaler Kreise mit dieser Entwicklung zum Ausdruck und suchte den Ursachen angeblicher innerer Schwäche und äußerer Erfolglosigkeit des Deutschen Reiches, die sich in jenen politischen Ereignissen manifestiert hätten, nachzugehen. Claß entwarf ein umfassendes politisches Reformprogramm, das seiner Meinung nach allein geeignet sein würde, der von ihm als verhängnisvoll

diagnostizierten Entwicklung Einhalt zu gebieten, und an dem er auch nach der Revolution festhalten sollte. Themen und Zielsetzungen der Bamberger Erklärung vom Februar 1919 wurden hier schon von Claß erörtert und zu einem einheitlichen Programm zusammengefaßt.

Der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes warnte nachdrücklich vor einer Demokratisierung und der damit verbundenen Entrechtung der »Gebildeten und Besitzenden«. Sein Ziel war es, deren politische Führungsrolle vielmehr durch die Schaffung eines Mehrklassen- oder Mehrstimmenwahlrechts im Reich zu sichern und damit die Entwicklung zu einem echten parlamentarischen System zu unterbinden. Den politisch Bevorrechteten ordnete Claß bestimmte Pflichten zu, die, wie der Verzicht auf größere Konzentrationen in Handel, Industrie und Grundbesitz, eine Stärkung der angeblich staatstragenden Schichten des Mittelstandes und der Bauernschaft erwirken sollten. Zur Sicherung des inneren Staatsgefüges forderte er ein scharfes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie, die Ausschaltung des jüdischen Einflusses aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Erziehung, die Entfernung aller »volksfremden« Einwanderer und eine nationale Ausrichtung von Schule und Bildungswesen. Der Verfasser ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß eine derartige »Reichsreform« nur das Werk eines Staatsstreiches oder eines Diktators sein konnte, wobei er einem zukünftigen Krieg die Rolle eines Katalysators zuerkannte.³ Von dieser Konsequenz der Claß-Frymannschen Ausführungen her wird noch deutlicher, was hinter der Kampfansage an die Weimarer Demokratie stand und was Claß dann später auch unverhüllt aussprach: Die Forderung nach einer nationalen Führerdiktatur.⁴

Das Buch Claß-Frymanns stellte 1912 nur eine unter vielen sehr verschiedenartigen kritischen Äußerungen zur inneren Situation in Deutschland dar. Es traf aber, wie die rasch aufeinanderfolgenden Auflagen der Schrift und die zahlreichen Zustimmungen zeigen,⁵ sehr genau die Stimmung vieler auf der nationalen Rechten.

Diese Stimmung war aber nicht nur auf der Rechten verbreitet. Die Stimmen und Bestrebungen, die unabhängig vom jeweiligen politischen und geistigen Standort den äußeren und inneren Friedenszustand als trügerisch diagnostizierten, mehrten sich allenthalben. Dieser »Friede«, der kaum noch über die tatsächlich bestehenden Krisen und ungelösten Spannungen im Bereich der Außen- und vor allem der Innenpolitik hinwegzutäuschen vermochte, war problematisch geworden. Auch entsprachen die pomphaften Formen der Selbstdarstellung, in denen das wilhelminische Deutschland sich gefiel, nicht mehr den Tendenzen der Zeit, die auf den verschiedensten Gebieten des politischen und kultu-

rellen Lebens durch den Willen zu Aufbruch und Erneuerung gekennzeichnet waren. Im Expressionismus und in der Jugendbewegung erhob sich die junge Generation gegen die Väter. Auf der politischen Rechten wurden düstere Zeitanalysen publiziert sowie Reform- und Staatsstreichpläne entworfen, hinter denen sich allerdings nicht selten eine gebrochene Selbstsicherheit der Rechten und die Furcht vor einer politischen Entmachtung verbargen. Der Krieg als mögliche Ausflucht und als Erwecker und Förderer neuer Kräfte rückte immer mehr in den Mittelpunkt der Überlegungen. Schon 1910 hatte der expressionistische Dichter Georg Heym in sein Tagebuch notiert: »Es ist immer das gleiche, so langweilig, langweilig, langweilig. Es geschieht nichts, nichts, nichts. . . . Geschähe doch einmal etwas. . . . Oder sei es auch nur, daß man einen Krieg begänne, er kann ungerecht sein. Dieser Friede ist so faul, ölig und schmierig wie eine Leimpolitur auf alten Möbeln.«⁶ 1912 gab der General a. D. Friedrich von Bernhardt⁷ sein Buch »Deutschland und der nächste Krieg« heraus, in dem er nachzuweisen versuchte, daß Deutschland nur durch einen Krieg vor dem Untergang bewahrt werden könne. 1913 schrieb General z. D. Konstantin von Gebattel an Justizrat Claß:⁸ »Ich ersehne den erlösenden Krieg«. Über die Beweggründe ließ sich Gebattel 1915 im Oktoberheft der »Deutschen Monatsschrift für Politik und Volkstum — Der Panther«, das dem Alldeutschen Verband zu dessen fünfundzwanzigjährigem Bestehen gewidmet war, folgendermaßen aus: »Welche erschreckende Fülle von Verfallserscheinungen die verflossenen Jahrzehnte gezeitigt haben, in denen es für uns keine große Aufgabe zu lösen gab, haben die Einsichtigen im Lande mit banger Furcht vor der Zukunft gesehen«, und deshalb hätten sie »den Krieg herbeigewünscht«, weil sie »ihn gegenüber der abwegigen Entwicklung, die unser Volk zu nehmen drohte, für eine Notwendigkeit hielten«.⁹ Es war die Zeit, in der sich die »Stahlbad«-Ideologie entwickelte.

Aber die Kräfte auf der völkisch-nationalistischen Rechten begnügten sich nicht allein mit der Hoffnung auf den »erlösenden Krieg«, der die außen- und innenpolitische Situation des Deutschen Reiches ein für allemal bereinigen und einen Neubeginn ermöglichen sollte. Sie begannen auch, sich gegen die von ihnen bekämpften Tendenzen und die vermeintlichen innenpolitischen Gegner zu organisieren, die sie samt und sonders unter dem Begriff des »Undeutschen« und »Jüdischen« rubrizierten. So brachte diese Zeit auch die entscheidende Wende für den Antisemitismus. Dieser war zunächst auf dem politischen Forum weitgehend durch die Antisemitenparteien vertreten gewesen, die ihren Höhepunkt aber bereits überschritten hatten.^{9a} Der Antisemitismus hatte

indessen als ideologisches Bindeglied verschiedenartiger wirtschaftlicher Motivationen verstärkten Eingang in berufsständische Organisationen gefunden, war dort jedoch niemals zum Hauptinhalt der politischen Tätigkeit geworden.¹⁰ Der Ausgang der Januarwahlen 1912 zeigte den fortgesetzten Niedergang des parteipolitischen Antisemitismus an, nachdem er vorher schon mit dem Tode Liebermanns von Sonnenberg 1910 und Zimmermanns 1911 seine markantesten Führer verloren hatte. Im selben Jahr 1912, in dem sich zeigte, daß der Partei-Antisemitismus politisch keine Chancen mehr hatte, setzte die Formierung der völkischen Bewegung ein. Damit begann eine neue, völkische Phase des Antisemitismus, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß die theoretischen Grundlagen im wesentlichen schon bereitgestellt waren.^{10a}

In den Jahren 1910 bis 1913 wurden mehr als zwanzig deutschvölkische Organisationen gegründet,¹¹ die alle mehr oder weniger von rassistischen Vorstellungen geprägt waren und mehr oder minder deutliche antisemitische Akzente trugen. Im Jahre des Claß-Frymann-Buches entstanden Organisationen wie der »Reichshammerbund«, der »Germanenorden« und der »Verband gegen Überhebung des Judentums«. Während die ersten beiden eine Zusammenfassung schon bestehender Einzelgruppen darstellten, war der Verband gegen Überhebung des Judentums eine Neugründung, zu der sich führende Alldeutsche, Antisemiten und Völkische zusammengefunden hatten.^{11a} Auslösendes Moment dieser Neugründung vom 11. Februar 1912 war neben einem Hervortreten jüdischer Vereine in Berlin ebenfalls der Ausgang der Reichstagswahlen, die nach Meinung der Gründer ganz »im Zeichen des Judentums« gestanden und die ganz »auf Herrschaft, einerlei in welcher Form, gerichtete Arbeit des Judentums« in Deutschland widergespiegelt hätten. Der Verband setzte es sich zur Aufgabe, über die jüdische »Gefahr« aufzuklären und die »jüdische Zersetzungarbeit« abzuwehren.¹²

Deutlicher noch als der Gründungsaufruf des Verbandes gegen Überhebung des Judentums vom 15. März 1912 sprach Theodor Fritsch in einem programmatischen Aufsatz aus,¹³ worum es bei den zahlreichen neuen deutschvölkischen Verbänden ging: um die Organisierung der »Gegen-Revolution«. In diesem am 15. November 1912 in der Zeitschrift »Hammer« erschienenen Artikel trat die militante Entschlossenheit des völkischen Antisemitismus offen zutage. Seine antimoderne Stoßrichtung wurde deutlich in der Ablehnung der gesamten wirtschaftlich-gesellschaftlichen Entwicklung, für die der Kapitalismus, der demokratische Liberalismus und der Sozialismus kennzeichnend waren, als dem deutschen Volkstum widersprechend. Wie üblich identifizier-

te der völkische Antisemitismus die Juden mit diesen komplexen Tendenzen, die als »revolutionär« bezeichnet wurden. Als »revolutionär« empfand Fritsch nicht nur die zunehmende Berücksichtigung der politischen Stimmung der Massen und die Forderung nach Demokratisierung des politischen Lebens, sondern auch »die Mechanisierung und Kapitalisierung des Wirtschafts-Lebens, die alles wahrhaft aristokratische Denken« ersticke »und die Herrschaft niederen Volks-Elementen« ausliefere. Als Urheber und maßgebende Förderer beider Bestrebungen und damit zugleich als die eigentlichen »Tyranen des modernen Lebens« stellte Fritsch die Juden heraus. Gegen sie gelte es, »bei Zeiten die Gegen-Revolution zu organisieren«, die im Falle eines Aufstandes als eine »Heilige Vehme« auftreten und gegen die »geistigen Leiter des Massen-Verbrechens« »gleich im Beginn des Aufstandes« vorgehen sollte.

Fast gleichzeitig mit dem Aufkommen der zahlreichen deutschvölkischen Verbände liefen erste Versuche, die gesamte völkische Bewegung in einer Dachorganisation zusammenzufassen.¹⁴ Den bedeutendsten Versuch unternahmen 1913 der Schriftsteller Wilhelm Schäfer und der Privatgelehrte Professor Adolf Bartels, die die »entschieden nationalen Verbände«¹⁵ und die »bewährten deutschen Männer« zu einem Deutschen Tag am 5. Oktober 1913 nach Eisenach einluden.¹⁶ Zweck der Tagung, auf der Schäfer und Bartels die Grundsatzreferate hielten, war die »Durchführung einer umfassenden Organisation der gesamten völkischen Arbeit« auf Grund der von Professor Bartels ausgearbeiteten Entwürfe.¹⁷ Tatsächlich wurde eine Deutschvölkische Vereinigung mit der Hauptstelle in Berlin gegründet, der auch zahlreiche Verbände beitraten und die einen »Mahnruf an das deutsche Volk!« erließ;¹⁸ doch blieb die Vereinigung ohne praktische Auswirkungen.¹⁹

Ebenfalls noch in die Zeit vor dem Weltkrieg fällt die Regeneration und Umformung der traditionellen antisemitischen Parteien, die daran gescheitert waren, daß ihr Antisemitismus als alleinige Basis zur Parteibildung in der Vergangenheit nicht ausreichend gewesen war, und die deshalb je nach Ausrichtung sich an andere entweder wirtschaftlich-soziale oder deutschnationale Gruppen oder Parteien angelehnt hatten.²⁰ Im März 1914 schlossen sich die rivalisierenden Antisemitenparteien wieder einmal und diesmal endgültig zusammen, nachdem man sich, vor allem auf Betreiben Ferdinand Werners, auf ein umfassendes deutschvölkisches Programm als einzig hinreichende Grundlage auch für den Partei-Antisemitismus geeinigt hatte. Damit hatte sich die neue Deutschvölkische Partei der allgemeinen völkisch-alldeutschen Bewegung weitgehend angenähert.

Unter dem Eindruck einer drohenden politischen Entmachtung und

wirtschaftlicher Deklassierung war es zu einer verstärkten Integration des Antisemitismus in die nationalistische und imperialistische Politik der Alldeutschen gekommen, zu einem Eindringen antisemitischer Gedanken in berufsständische Organisationen und schließlich zur Ausbildung und Formierung des völkischen Antisemitismus. Damit waren die Grundlagen für eine erste Annäherung von nationalistischen, völkischen und antisemitischen Kreisen gelegt. Mit dem Blick auf diese krisenhafte Zeit vor dem Weltkrieg wurden auch jene politischen Faktoren erfaßt, die später die konstitutiven Elemente des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes abgeben sollten und die alle um das Jahr 1912 hervortraten: Das Kaiserbuch Claß', die bis dahin massivste antisemitische Äußerung des alldeutschen Verbandsvorsitzenden, die auf die Politik des Verbandes richtunggebend wirkte; die Gründung des Reichshammerbundes und die Ideologisierung des Parteiantisemitismus. Zugleich tauchten Themen und Pläne auf, die nach dem Weltkrieg nahezu unverändert wieder aufgenommen und zum Teil auch realisiert werden sollten. Im folgenden soll nun versucht werden, die Geschichte dieser drei verschiedenartigen judengegnerischen Strömungen, der nationalistischen, völkischen und parteiantisemitischen, bis zu deren Zusammenschluß im Schutz- und Trutz-Bund zu verfolgen und die Biographien ihrer führenden Persönlichkeiten, die maßgeblichen Anteil hatten am Zustandekommen der antisemitischen Massensammelbewegung nach dem Weltkrieg und deren Charakter wesentlich mitbestimmten, nachzuzeichnen. Mit der Darstellung dieser drei Entwicklungslinien sollen auch jene verschiedenen Bevölkerungskreise und berufsständischen Gruppen miterfaßt werden, die durch diese Organisationen und Personen repräsentiert werden und die in späterer Zeit die größte Affinität zum Schutz- und Trutz-Bund aufwiesen. Dabei ist insbesondere zu fragen, in welcher spezifischen Form jeweils die Rezeption der schon bereitstehenden völkisch-rassistischen Theorien erfolgte und welche Motive, Anlässe und Umstände diese Rezeption jeweils bestimmten.

3. Der Alldeutsche Verband und der Antisemitismus

Claß, Deutschbundbewegung und Rassedenken

Heinrich Claß, der am 29. Februar 1868 in Alzey in Rheinhessen geboren wurde, entstammte einer Juristenfamilie, deren politisches Denken — wie Claß später in seinen Memoiren ausführte — von den drei

»Fremdworten« »Patriotismus, Toleranz, Humanität« bestimmt war.¹ Doch prägte dieses liberale Denken des Elternhauses den jungen Claß weit weniger als die Begegnung mit dem damals weithin anerkannten deutschen Geschichtslehrer Heinrich von Treitschke, die lebensbestimmend für den zwanzigjährigen Studenten Heinrich Claß war. Hier fand er die Bestätigung für sein Aufbegehren gegen die liberalen Ideen im Elternhaus. An die Stelle des Patriotismus trat ein übersteigerter Nationalismus, in dem das Toleranz- und Humanitätsdenken zu Gunsten eines verabsolutierten Nationalbewußtseins unterdrückt wurde.² Diesem von Claß nunmehr verfochtenen neudeutschen Nationalismus ging es allein um die machtpolitische Festigung des jungen deutschen Nationalstaates und um die Sicherung von dessen Autorität. Deshalb glaubte er, in den aufklärerischen und liberalen Ideen der Humanität, des Individualismus und des freien Wettbewerbs ebenso eine Gefahr erblicken zu müssen wie in dem noch nicht assimilierten Judentum, dem seiner Meinung nach die Bindung an die deutsche Nation fehlte. Wie alles, was Treitschke lehrte, machte sich der junge Student der Rechts- und Staatswissenschaften mit einem besonderen Interesse für die Geschichte auch dessen Auffassungen zur Judenfrage zu eigen, die Treitschke ein knappes Jahrzehnt vorher in den Preußischen Jahrbüchern veröffentlicht hatte.³ Treitschkes Wort »Die Juden sind unser Unglück« wurde zu einem Leitsatz der späteren politischen Tätigkeit Claß'.⁴

Nach Abschluß seiner Referendarzeit ließ sich Claß Anfang 1895 in Mainz als Rechtsanwalt nieder. Er hatte dem freien Beruf den Vorzug vor der Beamtenlaufbahn gegeben, um ungehinderter seiner politischen Überzeugung folgen und Ausdruck geben zu können.⁵ Denn der in der Berliner Studienzeit einsetzende politische Entwicklungsprozeß war inzwischen weiter fortgeschritten und hatte Claß schon politisch tätig werden lassen. Noch während seines Studiums in Gießen ergriff er für den Antisemiten Dr. Otto Böckel Partei, dessen Wahl in den Reichstag er Anfang 1890 unterstützte.⁶ In dieselbe Zeit fällt die erste Begegnung Claß' mit dem rassistischen Volkstumsgedanken des Oberlehrers Dr. Friedrich Lange, dessen »Tägliche Rundschau« Claß abonniert hatte. Wenig später scharte sich in Mainz um Claß und seinen Jugendfreund Karl Berger ein Leserkreis dieses Blattes, der sich im Herbst 1894 zu einer Deutschbund-Gemeinde ausgestaltete.⁷

Am 1. April desselben Jahres hatte nämlich Friedrich Lange in seiner Zeitung zu der Gründung eines »Deutschbundes« aufgerufen, der als eine Art Lebensgemeinschaft idealgesinnter Männer und Frauen sich der Ideen vom »reinen Deutschtum« annehmen und für sie wirken sollte.⁸

Der Gedanke fiel auf fruchtbaren Boden. Schon am 9. Mai 1894 konnte Lange die Gründungsversammlung in Berlin abhalten und dem neuen Bund Verfassung und Regeln geben, die am 18. Oktober 1894 durch die Bundesbrüderversammlung endgültig bestätigt werden sollten.⁹

Die Satzungen des Bundes¹⁰ spiegeln die in ihm vertretenen Anschauungen wider. Die »Blutserbschaft« wurde zum Ausgangspunkt aller politischen Überlegungen und Handlungen gemacht, da sie allein die Möglichkeit zur Kräftigung und Veredelung des eigenen Volkstums in sich berge. Eine solche Einstellung führte konsequenterweise auch zur Achtung anderer Völker, von denen allerdings die Satzungen nur ganz bestimmte »seßhafte« gelten ließen. Ausgeschlossen von dieser Achtung war ausdrücklich das jüdische Volk, »weil es nicht anders mehr leben will als in der Zerstreung über andere Völker und in der Ausbeutung ihrer schaffenden Kräfte«. Daher sollte auch kein »jüdisches Blut« im Bund geduldet werden; den Bundesbrüdern war zudem in den Satzungen zur Aufgabe gestellt, »den schädlichen Einfluß des Judentums« vom deutschen Volk abzuwehren. Nur durch eine konsequente und stete Abwehr, hieß es in den Satzungen weiter, »mag in ferner Zukunft uns noch der Tag erscheinen, da unser Volkstum von der Entartung durch jüdisches Blut und jüdisches Gold wieder frei wird«.

Der Deutschbund wurde in der Art eines »nationalen Ordens«¹¹ mit dem absoluten Führungsanspruch eines Bundeswartes, dem zu seiner Unterstützung eine Bundeskammer von zehn auf Vorschlag des Bundeswartes zu wählenden Mitgliedern unterstand, autoritär organisiert und erhielt ein strenges Zeremoniell.¹² Diese Organisationsform entsprach den Intentionen des Gründers, der mit dem Deutschbund nicht auf Masseneinwirkung, sondern im bewußten Gegensatz zu den antisemitischen Parteien und den nationalen Verbänden auf die »vervielfältigte Kraft eines einheitlichen Willens« abzielte.¹³

Trotz dieser Beschränkung entwickelte die Deutschbundbewegung zunächst unter der Leitung ihres Gründers, seit 1909 unter der Führung des Kartographen Professor Paul Langhans beträchtliche politische Aktivität.¹⁴ Dabei trat der Bund selbst kaum in Erscheinung, sondern suchte durch Tochtergesellschaften oder eigens dafür gegründete Zweckverbände zur politischen Wirkung zu kommen.¹⁵ Zuvor hatte jedoch der Deutschbund eine ernste Krise zu bestehen. In sie war er 1895 durch das Ausscheiden Friedrich Langes aus der »Täglichen Rundschau« und aus der noch 1894 gegründeten, für die unteren und mittleren Volksschichten bestimmten »Volksrundschau« geraten. Diese Krise war jedoch behoben, als Lange am 1. April 1896 dank der tatkräftigen Hilfe des Hauptmanns Georg von Stössel, der den größten Teil

des benötigten Kapitals zusammenbrachte, die erste Nummer der »Deutschen Zeitung« veröffentlichen konnte.¹⁶

In dieser Deutschbundbewegung war Heinrich Claß, der am 18. Oktober 1894 als Vertreter der Gemeinde Mainz an der ersten Bundesbrüderversammlung teilgenommen hatte, von Anfang an einer der aktivsten Mitarbeiter. Ohne viel Aufsehen zu erregen, suchte die Mainzer Gruppe den Gedanken vom »reinen Deutschtum« zu verbreiten, und es gelang ihr auch, in Worms und Darmstadt neue Gemeinden zu gründen.¹⁷ In dem Kreis der Bundesbrüder las und erörterte Claß nicht nur die Schrift des Bundeswartes; hier erhielt er auch die entscheidenden Anregungen, die ihn veranlaßten, sich mit dem antisemitischen, völkischen und rassentheoretischen Schrifttum zu beschäftigen, so daß er schließlich auch auf die um die Jahrhundertwende in Deutschland erscheinenden Werke Gobineaus und Chamberlains aufmerksam wurde.¹⁸ Durch diese Hinwendung zu Volkstums- und Rassefragen gelangte Claß folgerichtig zu der radikalen Position, das »Volk«, die »Nation« und das »Nationale« auf spezifische, unabänderliche Faktoren im Leben eines Volkes zurückzuführen: auf die Rasse. Die Absolutsetzung der Nation erfuhr für ihn von daher ihre »natürliche« Rechtfertigung.

Bald genügte dem tatendurstigen, schnell arrivierten Rechtsanwalt Claß die stille Arbeit in der Deutschbundbewegung nicht mehr. Im Februar 1897 bot sich ihm die Gelegenheit, an einer von Friedrich Lange angeregten Versammlung der Rechtsparteien zur Schaffung eines »Deutsch-Kartells« für die Reichstagswahlen¹⁹ in Berlin teilzunehmen.²⁰ Dort machte er die Bekanntschaft des Geschäftsführers des Alldeutschen Verbandes, Dr. Adolf Lehr, der ihn für die Arbeit des Verbandes zu interessieren wußte. Nach Mainz zurückgekehrt, ging Claß mit Zustimmung Langes sofort daran, eine alldeutsche Gruppe ins Leben zu rufen. Knapp zwei Jahre später wurde der im Rheinhessener Land propagandistisch und organisatorisch so außerordentlich erfolgreiche alldeutsche Rechtsanwalt in den Geschäftsführenden Ausschuß berufen.²¹

Die rastlose Tätigkeit von Claß für den Alldeutschen Verband zog eine Entfremdung vom Deutschbund nach sich. Denn hatte Friedrich Lange zunächst gehofft, in der Angliederung alldeutscher Ortsgruppen an die Deutschbundkerne eine wesentliche Erweiterung seines Einflusses zu erreichen, so mußte er nunmehr feststellen, wie sehr der Deutschbund organisatorisch ins Hintertreffen geraten war. So kam es im Sommer 1900 zur endgültigen Trennung der beiden rheinhessischen Organisationen, wobei sich Claß ganz für die alldeutsche Sache entschied.²² Doch wirkten der rassistische Volkstumsgedanke und das organisatori-

sche Beispiel des Deutschbundes durch Claß und andere ehemalige Deutschbundmitglieder, wie Georg von Stössel, im Alldeutschen Verband weiter bis hin zur Gründung des Deutschen Schutz- und Trutzbundes.

Durch seine Tätigkeit im Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes trat Claß mit dem Rassetheoretiker und Anthropologen Dr. med. h. c. Otto Ammon sowie mit dem Rassenhistoriker Dr. Ludwig Wilser in Verbindung, die ebenfalls dem Geschäftsführenden bzw. dem Gesamtvorstand des Verbandes angehörten.²³ Ihre Schriften bestätigen Claß in der Integrierung der rassisch-völkischen Weltanschauung in den radikalen Nationalismus ebenso wie einige Jahre später die persönliche Begegnung mit Professor Dr. Ludwig Schemann, dem Übersetzer und Verbreiter der Werke Gobineaus.²⁴

Die Entwicklung des politischen Denkens Claß' ist eingehender behandelt worden, weil sie durchaus als paradigmatisch für die Entwicklung des alldeutschen und des radikalen Nationalismus überhaupt betrachtet werden kann, der sich mit Hilfe der Rassenbiologie sowohl ein wissenschaftliches Gerüst als auch ein wissenschaftlich verankertes Fundament zu sichern glaubte.²⁵ Allerdings war Claß in dieser Entwicklung seinen Verbandskollegen um einige Jahre voraus, was sich besonders in der Frage des Antisemitismus zeigte. Immerhin war, als Claß im Jahre 1908 den Verbandsvorsitz übernahm, der Weg abgesteckt, den der Alldeutsche Verband nehmen würde. Denn der entschiedene Antisemit Claß war fest entschlossen, seine dezidierten politischen Anschauungen auch allgemein im Verband durchzusetzen.^{25a}

Der Alldeutsche Verband, obwohl Sammelpunkt vieler prominenter Judegegner, übte von Anfang an eine vorsichtige Zurückhaltung in der Judenfrage. Zu viele seiner zahlreichen akademisch gebildeten und von idealistischen Vorstellungen erfüllten Mitglieder standen dem Antisemitismus fern; sie sahen in ihm nur den Ausdruck von Intoleranz und wirtschaftlichem Neid.²⁶ Zwar bekannte sich der Verband seit 1903 ausdrücklich zur »rassenmäßigen und kulturellen Zusammengehörigkeit aller deutschen Volksteile«,²⁷ doch verbarg sich dahinter noch keine antisemitische Spitze. Ebensovienig erwähnte der damalige Professor der Rechtswissenschaft an der Universität Lausanne, Dr. Ludwig Kuhlenbeck, die Judenfrage in seinem auf dem alldeutschen Verbandstag in Worms vom 15. bis 17. Juni 1905 gehaltenen Referat über »Die politischen Ergebnisse der Rassenforschung«.²⁸ Doch deuteten seine Abwertung des »falschen Gleichheitsdogmas«, die Scheidung der weißen, gelben und schwarzen Rasse in Stufen der Kulturbegabung und seine Wertung des blonden Ariers als des »eigentlichen Trägers der

europäischen Kultur« – Gedankengänge, die Kuhlenbeck von Gobineau, Lapouge, aber auch von Ammon herleitete^{28a} – sowie das Eintreten für einen gesunden Mittelstand als das »eigentliche Reservoir des Rassenwertes« an, daß sich Rassedanken in weiteren Kreisen des Verbandes fortzusetzen begann. Auch das Referat über die »Einwanderung fremder Elemente in das Reich«, das der führende Deutschbündler Paul Langhans als Mitglied des alldeutschen Geschäftsführenden Ausschusses auf dem Verbandstag in Berlin am 5. und 6. September 1908 hielt,²⁹ blieb – obwohl Langhans die Gefahr hervorhob, die angeblich von der zunehmenden Einwanderung »Stammfremder« drohte – frei von speziellen rassenantisemitischen Tönen. Sein Argument, daß die Zuwanderung von Israeliten aus Rußland und Galizien eine Eindeutschung der in Deutschland ansässigen Juden verhindere, mit dem der Alldeutsche Verband dann eine Beschränkung der Einwanderung bzw. Schließung der Grenzen forderte, weist vielmehr noch deutlich auf den konservativen Antisemitismus eines Treitschke und eines Lagarde zurück, die eine Verschmelzung der deutschen Juden mit dem deutschen Volk für möglich gehalten und erstrebt hatten.

In einer Betrachtung über das Eindringen des Rassedankens und des Antisemitismus in die Reihen des Alldeutschen Verbandes müssen auch die beiden Referate des Generals Eduard von Liebert erwähnt werden, mit denen der Verband zur Rassenfrage in den deutschen Kolonien Stellung bezog. Auf dem Verbandstag am 27. und 28. Mai 1904 in Lübeck sprach das Mitglied der Hauptleitung über »Die Zukunftsentwicklung unserer Kolonien« und geißelte dabei mit scharfen Worten den angeblichen »Rassenverderb« in den deutschen Schutzgebieten.³⁰ Auf dem Erfurter Verbandstag vom 6. September 1912 beschäftigte sich Liebert in seinem Vortrag »Die Mischehen in den Kolonien« mit der Reichstagsentschließung über die Rechtsgültigkeit der Mischehen und griff diese als einen »jedem Rassengefühl und Rassenstolz ins Gesicht schlagenden Antrag«³¹ heftig an.

Einen weiteren Schritt auf dem Wege zum öffentlichen Bekenntnis des Alldeutschen Verbandes zum Rassedanken und Antisemitismus bedeuteten die Verhandlungen auf dem Verbandstag am 5. bis 8. September 1913 in Breslau. Dort forderte der Vorsitzende Claß von der Reichsregierung die Schließung der Grenzen gegen die Überschwemmung des Reiches durch die jüdischen, »kulturell und sittlich minderwertigen Fremdlinge«,³² und der Arzt Dr. Flitner schloß seine Ausführungen »Über Rassen und Rassenpflege« mit dem Appell, dafür zu sorgen, daß das deutsche Volk, »welches die größte Menge nordischen Blutes als edelsten Schatz in sich beherbergt«, »der Welt das deut-

sche, das nordische Wesen weiter erhält«.33 Wenig später stellten die Alldeutschen Blätter das Thema des Flitnerschen Vortrages als den »fast wichtigsten Gegenstand alles völkischen Seins und Tuns« heraus.34

Die angeführten Beispiele zeigen deutlich, wie die Propagierung des Rassedankens vor allem seitens der Leitung betrieben worden war³⁵ und wie weit dieser sich schon in den alldeutschen Reihen ausgebreitet hatte. Dadurch war dem Eingang des Antisemitismus entscheidend vorgearbeitet. Zu dieser Zeit bestanden schon starke antisemitische Strömungen im Verband, so in einigen Ortsgruppen³⁶ und namentlich in der Hauptleitung und im Geschäftsführenden Ausschuß. Obwohl unter den Mitgliedern ein latenter Antisemitismus dem Versuch der Verbandsleitung ebenfalls entgegenkam, den Alldeutschen Verband offiziell auf einen antisemitischen Kurs einzustellen, wagte die Leitung das öffentliche Bekenntnis zum Antisemitismus in der Vorkriegszeit nicht mehr. Sie hielt vorläufig noch an der Meinung fest, »daß der Alldeutsche Verband in der Judenfrage nur mit größter Vorsicht vorgehen dürfe« und »daß durch eine stille geräuschlose Arbeit auf diesem Gebiet vom A.D.V. mehr geleistet werden« könnte,³⁷ und unterband daher alle innerverbandlichen Versuche, den Verband offen gegen die Juden Stellung beziehen zu lassen.³⁸ Doch waren dafür allein taktische Überlegungen ausschlaggebend gewesen, denn die Verbandsleitung fuhr fort, auf den Gesamtverband allmählich, aber von Jahr zu Jahr deutlicher antisemitisch und völkisch einzuwirken.

Auch blieb es nicht bei dieser behutsamen internen Beeinflussung. Vielmehr versuchte die Verbandsführung, wenngleich im Verborgenen, von außen auf die politische Haltung der Alldeutschen bestimmend zu wirken. Einem Fanal gleich wirkte dabei das anonyme Werk des alldeutschen Verbandsvorsitzenden »Wenn ich der Kaiser wär«, mit dem Claß die Erörterungen über die Judenfrage nicht nur unter den Antisemiten, sondern auch im Alldeutschen Verband und auf der nationalen Rechten neu anregte. Seine detaillierten Ausführungen und Forderungen³⁹ zeigen, wie weit sich Claß schon unter dem Eindruck der Rassen-theorien Gobineaus und Chamberlains, die beide im Buch erwähnt werden,⁴⁰ von dem konservativen Antisemitismus eines Treitschke entfernt und sich zum entschiedenen Rassenantisemiten entwickelt hatte.

In dem ersten Teil der Schrift, in dem Claß Bilanz der Entwicklung des neuen Deutschen Reichs bis zur Gegenwart zieht, beschäftigt er sich ausführlich mit der nach ihm »verhängnisvollen Rolle«⁴¹ des Judentums in Deutschland insbesondere während der letzten Jahrzehnte. Ausgehend von der angeblichen rassischen Unvereinbarkeit von Deutschen und Juden und der moralischen und charakterlichen Minderwer-

tigkeit der jüdischen Rasse findet Claß in der »Zersetzung durch jüdisches Blut und jüdischen Geist«⁴² die letzte Ursache für die Verfallserscheinungen, die er überall im Bereich der Politik, der Wirtschaft, der Kultur und der Sitte zu erkennen glaubt. Auf diese Meinung und auf die Ansicht, daß die »jüdische Rasse« »unzerstörbar« sei⁴³ und die Zugehörigkeit zu ihr unveränderliche Grundeigenschaften bedinge, gründet dann Claß im zweiten Teil, der den Plan einer umfassenden »Reichsreform« entwirft, seine Forderung nach drakonischen staatlichen Maßnahmen gegen die Juden, die auf nichts anderes als auf eine Entrechtung und Degradierung eines Teiles des deutschen Volkes hinauslaufen. Gefordert werden im wesentlichen zwei Maßnahmen:

1. Vollständige und rücksichtslose Sperrung der Grenzen gegen jede weitere jüdische Einwanderung und rücksichtslose Ausweisung aller Juden, die noch kein »Bürgerrecht« erworben haben,

2. Stellung der »ansässigen« Juden unter Fremdenrecht.

Da es sich bei diesen Forderungen um die Grundlage und Zielsetzung der späteren Tätigkeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes handelt, seien die Ausführungen von Claß zum Fremdenrecht wörtlich wiedergegeben:⁴⁴

»Den Juden bleiben alle öffentlichen Ämter verschlossen, einerlei ob gegen Entgelt oder im Ehrenamt, einerlei ob für Reich, Staat und Gemeinde.

Zum Dienst in Heer und Flotte werden sie nicht zugelassen.

Sie erhalten weder aktives noch passives Wahlrecht. Der Beruf der Anwälte und Lehrer ist ihnen versagt; die Leitung von Theatern dergleichen.

Zeitungen, an denen Juden mitarbeiten, sind als solche kenntlich zu machen; die andern, die man allgemein »deutsche« Zeitungen nennen kann, dürfen weder in jüdischem Besitz stehen, noch jüdische Leiter und Mitarbeiter haben.

Banken, die nicht rein persönliche Unternehmen einzelner sind, dürfen keine jüdischen Leiter haben.

Ländlicher Besitz darf in Zukunft weder in jüdischem Eigentum stehen, noch mit solchen Hypotheken belastet werden.

Als Entgelt für den Schutz, den die Juden als Volksfremde genießen, entrichten sie doppelte Steuern wie die Deutschen.«⁴⁵

Auch über die Frage, wer »Jude« ist, hatte Claß zu diesem Zeitpunkt bereits feste Vorstellungen. Indem er zunächst den Glauben als ursprüngliches Erkennungszeichen ansetzte, sich dann aber an der Abstammung orientierte, entschied er: »Jude im Sinne des geforderten Fremdenrechts ist jeder, der am 18. Januar 1871 der jüdischen Religionsgemeinschaft

angehört hat, sowie alle Nachkommen von Personen, die damals Juden waren, wenn auch nur ein Elternteil jüdisch war oder ist.«⁴⁶

Die kalt und nüchtern vorgetragenen Forderungen bedeuteten zu der damaligen Zeit keineswegs extreme Neuansätze, sie stellen vielmehr zugleich Summe und Präzisierung der Vorstellungen dar, die unter den Antisemiten und Völkischen im Schwange waren. Ihre Stellung im Gesamtzusammenhang der Claßschen Überlegungen aber zeigt, daß es um mehr ging als um einen Angriff gegen die Juden: nämlich um die Behauptung reaktionärer und traditioneller Vorstellungen. Indem das Buch, das das allgemeine Unbehagen an der Zeit aufgreift, vermeintliche Ursachen sichtbar herausstellt und politische Maßnahmen zur Beseitigung der »Mißstände« vorschlägt, den gesamten Komplex mit der Judenfrage eng verknüpfte, machte es den Antisemitismus auch für die alldeutsche Politik verwendbar. Mehr noch, nicht nur war der Rassenantisemitismus völlig in die alldeutschen Anschauungen integriert, er erschien geradezu als das Heilmittel gegen die Gebrechen der Zeit.

Claß' politisches Pamphlet blieb nicht unbeachtet. Völkische und Antisemiten frohlockten: »Der politische Genius des deutschen Volkes ist erwacht!«; Alldeutsche verlangten, die Verbreitung des anonymen Werkes zur Aufgabe des Verbandes zu machen; neue Männer traten in den Bannkreis des alldeutschen Verbandsvorsitzenden.⁴⁷ Die folgenreichste Begegnung war die mit dem General der Kavallerie z. D. Konstantin von Gebattel, der, von ganz anderem Herkommen und Beruf aus, gleiche Vorstellungen entwickelt hatte wie der alldeutsche Justizrat Claß.

Gebattel und die Koordinierung der antisemitischen Bewegung

Der am 13. Februar 1854 in Würzburg geborene Konstantin Freiherr von Gebattel entstammte einem fränkischen Adelsgeschlecht.⁴⁸ Sein Vater, Victor von Gebattel, war der ehemalige königlich bayerische Kämmerer und Hofmarschall der Königin Amalie von Griechenland. Konstantin von Gebattel entschied sich wie vier seiner Brüder nach ihm für den Dienst in der bayerischen Kavallerie, in deren 1. Ulanen-Regiment er 1872 eintrat. Nach dem Besuch der Kriegsakademie war er 1882 bis 1884 persönlicher Adjutant des Prinzen Leopold von Bayern. Nach wechselnden Aufgaben als Schwadronschef und Regiments- und Brigadekommandeur avancierte er schließlich als Generalmajor 1906 zum Inspekteur der bayerischen Kavallerie. Als solcher schied er, 1907 noch zum Generalleutnant befördert, 1910 wegen eines Asthmaleidens aus dem aktiven Dienst aus und wurde zur Disposition gestellt.

Aus seiner Dienstzeit datieren Gebstatts Beziehungen zu einflußreichen Kreisen des bayerischen Adels im Heer und am Hof.

Konstantin von Gebstatt, zu plötzlicher Muße verurteilt, fand nunmehr Zeit, seine Aufmerksamkeit auf die politischen Vorgänge im Deutschen Reich zu richten. Als gläubiger Katholik und glühender Anhänger der konstitutionellen Monarchie glaubte er die innere Entwicklung Deutschlands mit Sorge betrachten zu müssen. Er sah die Gültigkeit seiner Anschauungen in Staat, Gesellschaft und Kulturleben durch die innerdeutsche Entwicklung gefährdet. Insbesondere die Ereignisse des Jahres 1912 veranlaßten den politisch unerfahrenen General, darüber nachzusinnen, wie dieser Entwicklung entgegengewirkt werden konnte. Das Ergebnis seiner Überlegungen faßte er im Frühjahr 1913 in einer kurzen Skizze zusammen und schickte diese befreundeten hochstehenden Persönlichkeiten sowie dem bayerischen Kronprinzen zu.⁴⁹

Von seinem früheren preußischen Kollegen, dem ehemaligen General-Inspekteur der Kavallerie Georg von Kleist, dem er seine Skizze ebenfalls zugeschickt hatte, auf das Kaiser-Buch Daniel Frymanns aufmerksam gemacht, wurde Gebstatt durch die — wie er am 27. Mai 1913 an Frymann schreibt — »vollkommene« gedankliche, »wiederholt sogar beinahe auf den Wortlaut der Ausführungen« sich erstreckende Übereinstimmung veranlaßt, die Bekanntschaft Frymanns zu suchen.⁵⁰ Es entspann sich ein längerer Briefwechsel, in dessen Verlauf Claß sich zu erkennen gab und Gebstatt an der Arbeit des Alldeutschen Verbandes zu interessieren wußte. Schließlich kam es am 12. und 13. August 1913 zu einer persönlichen Begegnung auf dem Gebstattschen Gut bei Rothenburg ob der Tauber.⁵¹

Unter dem Eindruck dieser Begegnung arbeitete Gebstatt seine Gedanken zu einer Denkschrift aus, der er den Titel »Gedanken über einen notwendigen Fortschritt in der inneren Entwicklung Deutschlands« gab.⁵² Im Oktober 1913 versandte er sie an zweihundert Persönlichkeiten im Reich, u. a. auch an den deutschen Kronprinzen.⁵³ Ein Begleitschreiben gibt als Ziel der Denkschrift an, »der eigenen Weltanschauung den Sieg erkämpfen zu helfen« und zugleich auf das Kaiser-Buch Daniel Frymanns aufmerksam zu machen.⁵⁴

In der Denkschrift⁵⁵ präzisiert Gebstatt einleitend diese Zielsetzung, indem er alle konservativen Kräfte auffordert, sich zusammenzuschließen, um den Boden für denjenigen deutschen Staatsmann bereiten zu helfen, der Deutschland aus seiner gegenwärtigen »Not« führen und die Entwicklung des deutschen Volkes wieder in »gesunde« Bahnen lenken sollte. Dazu bedurfte es nach Gebstatt der Neuregelung dreier entscheidender innenpolitischer Grundfragen: des Wahlrechts, der

staatsbürgerlichen Stellung der Juden und der Aufgaben und Rechte der Presse.

In allen drei Punkten kam Konstantin von Gebattel zu denselben Ergebnissen wie Claß ein Jahr zuvor. Danach sollte das zukünftige Wahlrecht zwar allgemein bleiben, doch öffentlich sein und nach Bildung und Besitz stark gestaffelt werden, um so den wahren »Staatsdienern« und den »Gebildeten und Besitzenden« die Herrschaft zu sichern und um zu verhindern, daß »das von Agitatoren verführte blinde Volk« allein entscheide. Als Mittel zur Durchsetzung dieser Änderung hielt Gebattel den Belagerungszustand und Oktroi für geeignet. Die Judenfrage wollte der General genau wie Claß durch eine umfassende Fremdengesetzgebung lösen. Nur auf diesem Wege sah er eine Möglichkeit, die Deutschen und den deutschen Geist, die ihm »tief, positiv und ideal gerichtet« schienen, vor dem jüdischen Geist zu schützen, den er ganz in der üblichen antisemitischen Weise als »seicht, verneinend, einreißend und lediglich auf das Materielle schauend« charakterisierte. Diese Fremdengesetzgebung sollte den Ausschluß der Juden vom Heeresdienst, und zwar bei Zahlung des Doppelten an Steuern, vom Staatsdienst, vom Lehr- und Anwaltsberuf und vom Großgrundbesitz bewirken. Sie sollte ferner die Herausgabe von Zeitungen durch Juden und eine jüdische Mitarbeit an Zeitungen verbieten und deren publizistische Aktivität auf bestimmte Organe und bestimmte Bereiche beschränken. Einem durch forcierte jüdische Auswanderung möglicherweise entstehenden Kapitalverlust in der deutschen Wirtschaft wollte Gebattel vorsorglich mit der Bestimmung begegnen, daß bei Auswanderung der größere Teil des jüdischen Besitzes dem Deutschen Reich zufiele.⁵⁶ In der Frage schließlich, wer »Jude« sei, orientierte sich Gebattel an der Abstammung. Er setzte fest, daß erst ein Enkel, bei dem »nicht mehr als ein Viertel jüdischen Blutes vorhanden ist«, in »die Rechte der Germanen« eintreten könne. In dem letzten Punkt seiner Gedanken zur inneren Entwicklung Deutschlands, der die Pressefreiheit behandelte, ging es Gebattel vor allem um einen gesetzlich verankerten totalen Schutz von Monarchie und Religion vor jeglichen publizistischen Angriffen.

Die Übereinstimmung dieser Gebattelschen Forderungen mit den Gedankengängen Claß-Frymanns ist frappant. Sie ist keineswegs das Ergebnis der späteren Redaktion, denn schon der Frühjahrsentwurf wies die charakteristische Dreiteilung auf und kam zu denselben Ergebnissen.⁵⁷ Das Aufgreifen der Judenfrage ist hier wie dort nichts anderes als der Versuch bedrängter Konservativer, mit dem Antisemitismus als innenpolitischem Hebel nicht nur bedrohte politische und so-

ziale Positionen gegen den Trend der Zeit zu behaupten, sondern womöglich das Rad der Geschichte noch zurückzudrehen.⁵⁸ Somit fügten sich die kurze Denkschrift und die plötzliche politische Aktivität des bisher unpolitischen Generals von Gebstättel ein in die im vorigen Kapitel beschriebene geistige und organisatorische Aufbruchs- und Neugestaltungsbewegung von Konservativen, Alldeutschen, Völkischen und Antisemiten.

Die Denkschrift Gebstättels vom Oktober 1913 fand zwei prominente Kritiker. Der Kronprinz, auf den die Denkschrift ausgerichtet und dem vor allem der Schluß zugeordnet war,⁵⁹ hatte sie im November 1913 mit der Bitte um Begutachtung sowohl an den Reichskanzler Bethmann Hollweg als auch an den Kaiser weitergeleitet.⁶⁰ Beide kamen der Bitte alsbald nach, der Kanzler⁶¹ verbindlicher und entgegenkommender in den Worten, um die Verbindung zum opponierenden Kronprinzen nicht gänzlich zu verlieren, der Kaiser väterlich ermahnend.⁶² Beide Kritiker gingen zwar auf die Details der Denkschrift ein, erteilten aber den alldeutschen und speziell antisemitischen Plänen deutliche Absagen.⁶³ Allerdings zeigen die Bemerkungen sowohl des Kanzlers⁶⁴ als auch des Kaisers⁶⁵ über den schädlichen »jüdischen Einfluß« auf Presse, Kunst und Literatur, daß auch sie von generalisierenden antijüdischen Vorurteilen nicht frei waren. Sie belegen, daß es ein gewisses konservatives Unbehagen an den neuen geistigen und kulturellen Strömungen nicht nur im Bürgertum und in den Kreisen des Adels, sondern bis hinauf in die höchste Reichsspitze gab.⁶⁶

Die Gebstättelsche Denkschrift vom Oktober 1913 stellte den Beginn einer langjährigen intensiven Zusammenarbeit zwischen Gebstättel und Claß dar, in der Claß der führende war. Denn Gebstättel hatte sich nach dem Studium Claßscher und alldeutscher Schriften, aus denen er die Anschauung gewann, daß die Alldeutschen »einen guten und notwendigen Kampf« führten,⁶⁷ und nach der persönlichen Begegnung im August 1913 entschlossen, dem Verband beizutreten. Auf dem Breslauer Verbandstag Anfang September wurde Gebstättel auf Vorschlag von Claß in den Gesamtvorstand gewählt.⁶⁸ Am 12. April 1914 rückte er in die Hauptleitung auf, wo er nach dem Tode des Admirals z. D. Alfred Breusing im Oktober desselben Jahres den Posten eines stellvertretenden Vorsitzenden übernahm.⁶⁹ Bei seiner Tätigkeit im Alldeutschen Verband richtete sich sein besonderes Interesse von Anfang an auf den Kampf gegen das Judentum, dem — wie er noch im Sommer 1913 an Claß schrieb — der Alldeutsche Verband bisher ausgewichen war, obwohl das Judentum seiner Meinung nach die Hauptschuld an den Übelständen in Deutschland trage.⁷⁰ Seine Absichten gingen dahin,

einerseits dem antisemitischen Gedanken auch im Verband zum Durchbruch zu verhelfen, andererseits den antisemitischen Kampf durch die Zusammenfassung aller völkischen und antisemitischen Organisationen in einem Oberverband wirksamer zu gestalten.

Koordinierungspläne für die antisemitische Bewegung wurden um diese Zeit allenthalben im völkischen Lager geäußert.⁷¹ Im Juni 1913 war der Vorsitzende des neuen Verbandes gegen Überhebung des Judentums, Ludwig Müller von Hausen, mit dem Vorschlag an den Alldeutschen Verband herangetreten, eine Abstimmung der großen völkischen Vereine über die Judenfrage herbeizuführen, an deren Vorberatung neben dem Alldeutschen Verband und dem Verband gegen Überhebung des Judentums auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der Deutschbund und der Reichshammerbund teilnehmen sollten.⁷²

Gebstatts Ansatzpunkt war jedoch in einer anderen Initiative gegeben, die aus Österreich kam und ihre Entstehung zum Teil ebenfalls dem Kaiserbuch Claß-Frymanns verdankte. Am 17. Oktober 1913 trug der alldeutsche Wiener Industriekaufmann Albrecht von Groeling, der in seinen jungen Jahren dem Schönerer-Keis angehört und an der Ausgestaltung des »Linzer Programms«⁷³ teilgehabt hatte⁷⁴, dem in Leipzig versammelten Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes den Plan einer geheimen antisemitischen Dachorganisation vor.⁷⁵ Allein ein solcher Verband, so führte Groeling aus, sei geeignet, alle konkurrierenden völkischen Bestrebungen zusammenzufassen und »planmäßig alle Maßnahmen« zu einer »wirklichen Brechung der jüdischen Macht« vorzubereiten und durchzuführen. Dem Programm wollte er die Ausführungen und Forderungen Daniel Frymanns zugrunde legen. Im Kreis der führenden Alldeutschen erhob sich kein Widerspruch, vielmehr wurde in der Diskussion die Dringlichkeit einer solchen Organisation hervorgehoben. Nur in bezug auf die Zweckmäßigkeit eines Geheim-Verbandes äußerte man Zweifel, wie man sich auch gegenüber der Möglichkeit einer befriedigenden Lösung der Personalfrage skeptisch zeigte.

Nur knapp ein Vierteljahr später wartete Gebstatt seinem Freund Claß mit der fertigen Konzeption eines obersten antisemitischen Zentralverbandes auf, dem er den Namen »Bund der Letzten« gab;⁷⁶ denn in ihm sollten die Führungskräfte aller antisemitischen Vereine vertreten sein. Schon hier, im Januar 1914, tauchte der Gedanke an einen geheimen diktatorischen Leiter der Zentralvereinigung auf, dem ein Rat von fünf bis zwölf Personen untergeordnet sein sollte. Diese Ratsmitglieder sollten sich aus den Vorsitzenden der einzugliedernden Verbände rekrutieren. Der Plan sah vor, daß die einzelnen Verbände

zwar ihre organisatorische Selbständigkeit und ihre strukturellen Unterschiede bewahrten, doch ihre ganze Tätigkeit nach den obersten Weisungen koordinierten. Auf diese Weise glaubte Gebattel eine zugleich weit gespannte und zentral gelenkte Gesamtorganisation aufbauen zu können, die fähig war, Mitglieder aus allen Schichten zu gewinnen und die notwendigen Mittel selbst aufzubringen. In dieser Konzeption eines auf Breitenwirkung bedachten antisemitischen Großverbandes waren die Keime für den späteren Deutschen Schutz- und Trutz-Bund angelegt. Gebattel war es schließlich auch, der die Verwirklichung dieser Konzeption durchsetzte. Von Anfang an hatte er unermüdlich für diesen Plan innerhalb und außerhalb des Alldeutschen Verbandes geworben⁷⁷ und ihn auch seinem Freunde, dem alldeutschen Verbandsvorsitzenden Claß, immer wieder in Erinnerung gebracht.

Anfang des Jahres 1914 waren aber die Aussichten auf die Verwirklichung eines solchen antisemitischen Großverbandes noch äußerst gering. Die Schwierigkeiten, die sich Gebattel entgegenstellten, lagen einmal in der völkisch-antisemitischen Bewegung selbst, die von jeher gekennzeichnet war durch außerordentlich scharfe Richtungskämpfe und Spaltungen. Diese Uneinigkeit resultierte, wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird, aus der unterschiedlichen Bewertung des Rassegedankens, der unterschiedlichen Betonung des Germanentums, der unterschiedlichen Stellungen zum Christentum sowie der verschieden starken Ausrichtung gegen die Jesuiten und die Freimaurer. Nicht zuletzt lag die Ursache dazu in den führenden Persönlichkeiten der völkischen und antisemitischen Gruppen, die, nicht frei von Schwärmerei und Sektierertum, halbgebildet und von der eigenen Sendung überzeugt, für rationale Argumentation nicht offen und nicht bereit waren, sich einoder gar unterzuordnen. Zum anderen beschränkte sich der völkische Antisemitismus noch auf einen kleineren Kreis bürgerlicher Intellektueller, denen es zudem am Willen und an der Fähigkeit zur Gewinnung größerer Volksteile fehlte.⁷⁸ Die mangelnde Resonanz des völkischen Antisemitismus in weiteren Kreisen hatte auch den Ausschlag gegeben für das vorsichtig taktierende Verhalten des Alldeutschen Verbandes in der Judenfrage. Obwohl Hauptleitung und Geschäftsführender Ausschuß fast einmütig antisemitisch eingestellt waren, wagten sie schon im größeren Rahmen des Gesamtvorstandes nicht mehr, die Judenfrage zur Diskussion zu stellen; bei einer öffentlichen Erörterung dieser Frage seitens des Verbandes fürchtete man sogar um den Bestand der Organisation.⁷⁹ Die ganze Zwiespältigkeit der Haltung der alldeutschen Führung tritt in einer Anweisung Claß' vom 1. Juni 1915 an Gebattel, der ihn zu der Zeit als Verbandsvorsitzender vertrat, zu-

tage: »der A.D.V. ist nicht antisemitisch und hat sogar jüdische Mitglieder, selbst Vorstandsmitglieder, z. B. Prof. Höniger — Berlin. Ich habe jeden Versuch, den A.D.V. amtlich antisemitisch zu machen, bekämpft. Was von der Leitung geschieht, ist eine Sache für sich.«⁸⁰ So standen denn Gebattel drei Widerstände entgegen: die schmale Basis des völkischen Antisemitismus, die Uneinigkeit im völkischen Lager und die auf Claß zurückgehende Ablehnung des Alldeutschen Verbandes, sich offen zum Antisemitismus zu bekennen, als mit dem Ausbruch des Weltkrieges ganz neue politische, wirtschaftliche, soziale und psychologische Momente ins Spiel kamen.

Alldeutscher Antisemitismus im Weltkrieg

Als der General von Gebattel bei Kriegsausbruch keine Wiederverwendung fand, entschloß er sich, mit ganzer Energie politisch tätig zu werden.⁸¹ Der große Krieg schien ihm der geeignete Augenblick, seine und Claß' »Reichsreform«-Pläne durchzusetzen. Dabei erweiterte er das Drei-Punkte-Programm seiner Denkschrift vom Oktober 1913, das sich auf die Gebiete des Wahlrechts, des Fremdenrechts für Juden und des Presserechts erstreckt hatte, um zwei Grundforderungen: »4. Stabilisierung der Staats-Autorität als eines Rocher de Bronze, 5. Zurückführung des deutschen Volkes zur Landwirtschaft«.⁸² Von der Durchführung dieser ganz auf der Linie alldeutscher Politik liegenden Pläne erwartete von Gebattel nichts weniger als die Begründung der »Weltherrschaft der Germanen auf Jahrhunderte«.⁸³ Dieses Programm veranlaßte ihn auch, sich intensiv mit den Kriegszielforderungen zu beschäftigen und demgemäß sein Hauptaugenmerk auf großen Landerwerb insbesondere im Osten zu richten.⁸⁴ Im Laufe des Krieges ordneten sich jedoch die einzelnen Programmpunkte immer mehr dem antisemitischen Impetus unter. Wenngleich Gebattel an allen alldeutschen Aktionen und Veröffentlichungen maßgeblich beteiligt war — er führte zeitweilig an Stelle von Claß die Geschäfte des Verbandes⁸⁵ —, gewann doch der Gedanke an den Kampf gegen das Judentum eine immer beherrschendere Stellung in seinen politischen Überlegungen und Entscheidungen. In seiner Korrespondenz während des Krieges traten auch die weltanschaulichen Grundsätze, die bisher hinter den praktischen Forderungen zurückgestanden hatten, stärker in den Vordergrund. Sie geben den Blick frei auf die grundlegenden Bezugspunkte seines politischen Denkens und Handelns. »Ich habe mich daran gewöhnt«, so schreibt Gebattel am 4. Dezember 1914, »alle ernstesten politischen Fragen vom Rassenstandpunkt aus zu betrachten.« »Diesel-

ben festen Grundregeln« der Rassenlehre schienen ihm die Weltgeschichte von den Anfängen bis zu der Neuzeit bestimmt zu haben, und deshalb betrachtete er es als eine der »heiligsten Aufgaben«, »in der Neuordnung der Dinge nach dem Kriege diesem Urgesetz zu seinem Recht zu verhelfen«. ⁸⁶

Von diesem »Rassenstandpunkt« aus erfuhr der Weltkrieg dann seine Ideologisierung. Er wurde nicht mehr begriffen als ein staatlicher Hegemonialkrieg, sondern als der Beginn eines Rassenkampfes und einer Auseinandersetzung zweier mit den Rassen verbundenen, diametral entgegengesetzten Weltanschauungen. Des Kaisers späteres Wort vom Kampf zwischen der »preußisch-deutsch-germanischen Weltanschauung« und der angelsächsischen ⁸⁷ findet sich schon über zwei Jahre früher in der Gebtsattelschen Korrespondenz. Am 29. Mai 1916 schreibt er seinem Vetter, dem Freiherrn Theodor von Karg-Bebenburg, ⁸⁸ daß die kommenden Jahre den Kampf bringen würden »zwischen Helden- und Händlergeist – zwischen Ariertum und Judentum – zwischen idealem deutschen Familiensinn und schnödem englisch-amerikanischen Mammonismus«. Im Laufe der Zeit verschränkten sich in Gebtsattels Anschauungen Weltkrieg und Rassenkampf immer mehr. Der ideelle Überbau bestimmte den Weltkrieg zu einem epochalen Kampf zwischen dem reinen, festen und idealistischen germanischen Wesen und der unreinen, wurzellosen, materialistischen Mobilität des Westens, deren reinsten Inkarnation das Judentum darstellte; und ihn hatte Deutschland sowohl nach außen als auch nach innen auszufechten. Diese Ideologisierung, die letzten Endes vermeintlich Höherwertiges gegen Minderwertiges stellte, barg schon die Dolchstoß-Legende in sich, da das Höherwertige nach diesem Denken nur durch innere Unreinheit oder Verrat unterliegen konnte. Je mehr sich von Gebtsattel zu solchen Vorstellungen bekannte, desto dringender verlangte er nach einer antisemitischen Abwehrfront gegen den inneren Feind. Diese Ausformung des Gebtsattelschen Denkens, die sich im Kriege vollzogen hatte, ist paradigmatisch für die politische Entwicklung vieler Konservativer und Alldeutscher.

Um die Mitte des Krieges hatte sich die Position des Antisemitismus entscheidend verändert. Die unerwartete Härte und Länge des Krieges, der gleichermaßen auf Heer und Heimat lastete, bildeten für den Antisemitismus einen besonders günstigen Nährboden. Die völkischen und antisemitischen Verbände entfalteten in dieser Lage eine außerordentlich lebhaft und in ihrer Wirkung nachhaltige Aktivität. Der Antisemitismus zog immer weitere Kreise. Auf die einzelnen Momente, die die Ausbreitung des Antisemitismus während des Krieges begünstig-

ten — wie Ostjudenfrage, Judenstatistik, Kriegswirtschaft —, und deren Wechselbeziehungen zu der Aktivität antisemitischer Verbände soll in einer abschließenden Betrachtung dieses Teiles eingegangen werden, in der die Entwicklung der drei 1919 in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund einmündenden antisemitischen Bewegungen auf der Folie der allgemeinen Entwicklung des Antisemitismus gesehen wird.⁸⁹ Soviel ist aber bereits hier festzustellen, daß um das Jahr 1916, als der Antisemitismus sich stärker auszubreiten begann, auch die völkischen und antisemitischen Verbände mit größerer Aktivität aufwarteten.

Im Alldeutschen Verband fielen 1916 die Entscheidungen für zwei neue Publikationen, die die Propaganda- und Einflußmöglichkeiten des Verbandes erheblich erweiterten. Im April 1916 wandte sich der alldeutsche Münchener Verleger Julius Friedrich Lehmann an den Verbandsvorsitzenden Claß mit dem Plan einer neuen Monatszeitschrift, die den Namen »Deutschlands Erneuerung« tragen sollte und die Lehmann selbst finanzieren wollte.⁹⁰ Erste Gespräche hierüber hatte Lehmann schon mit den völkischen Schriftstellern H. St. Chamberlain, Arthur Dinter und mit Erich Kühn, dem späteren Schriftleiter der Zeitschrift, geführt. Im Herbst desselben Jahres wurde der Grundstock für die Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft m. b. H. gelegt, die Anfang 1917 dem Alldeutschen Verband den Ankauf einer Tageszeitung ermöglichte.⁹¹ Damit standen dem Verband vom April 1917 an zwei neue Publikationsorgane zur Verfügung, von denen vor allem die zum 1. April 1917 übernommene »Deutsche Zeitung« als ein tägliches, überregionales Forum zur Beeinflussung der Meinungsbildung auf der nationalen Rechten bedeutsam werden sollte. Anders als in der Verbandszeitung, den »Alldeutschen Blättern«, konnte Claß hier der judengegnerischen Sache das Wort reden lassen, ohne um den Bestand des Verbandes fürchten zu müssen.

Auch in der Frage der von Gebattel hartnäckig verfolgten Neuorganisation der antisemitischen Bewegung schienen sich erste Erfolge anzubahnen. Im Frühjahr und im Sommer 1916 trat der Germanenorden an Gebattel heran, das zweite Mal durch den Gründer und Stuhlherrn der Germanenloge Mainz, den alldeutschen Baurat Paul Lucius, um ihn zum Eintritt in den Orden zu bewegen,⁹² der ursprünglich ebenfalls als geheime Zentralstelle der antisemitischen Bewegung konzipiert war. In der Hoffnung, dort in seinem Sinne wirken zu können, und unter Zurückstellung seiner vor allem gegen die freimaurerischen Züge dieser Organisation gerichteten Bedenken nahm Gebattel die ihm angebotene Stelle eines Großmeisters an. Gegen Ende desselben Jahres wurde Gebattel von einem in der völkischen Bewegung führend täti-

gen Antisemiten aufgefordert, den Zusammenschluß der vielen kleinen völkischen Verbände im Rahmen des Alldeutschen Verbandes herbeizuführen,⁹³ und noch im Dezember 1916 kündigte Theodor Fritsch an, daß er die Absicht habe, die »Hammerleute« aus dem Reichshammerbund und Hammer-Leserkreis in den Alldeutschen Verband einzubringen.⁹⁴ Mithin stand der Alldeutsche Verband um die Jahreswende 1916/17 im Zentrum der nationalistischen und völkisch-antisemitischen Bestrebungen. Doch immer noch war seine Führung mit Rücksicht auf das Gros der Mitglieder nicht bereit, die taktische öffentliche Zurückhaltung in der Judenfrage aufzugeben, obwohl auch im Verband die antisemitische Stimmung von Tag zu Tag zunahm.⁹⁵ Am 14. April 1917 einigte sich der Geschäftsführende Ausschuß dahingehend, daß die innenpolitischen Fragen ebensowenig wie die Judenfrage den Verband etwas angingen, räumte jedoch zugleich ein: »Jeder Einzelne kann machen, was er will; aber der Verband darf in keiner Weise dazu mißbraucht werden.«⁹⁶ So mußte Gebtsattel seine Bemühungen, eine einheitliche antisemitische Front aufzubauen, vorläufig auf den Germanenorden konzentrieren,⁹⁷ ohne jedoch sichtbare Erfolge zu erzielen und ohne auch den Plan der Integration aller völkischen Kräfte im Alldeutschen Verband ganz fallenzulassen.⁹⁸

Im Frühsommer 1917 drängte Gebtsattel Claß von neuem, mit dem Verband offen die Führung der antisemitischen Bewegung zu übernehmen.⁹⁹ Dieses Mal schien auch Claß die Zeit reif zu sein.¹⁰⁰ Am 18. Juni 1917 brachte dann die Deutsche Zeitung einen von Gebtsattel gezeichneten, aber von dem Verbandsvorsitzenden Claß selbst verfaßten Artikel: »Alldeutsch — vielleicht alljüdisch?«¹⁰¹ Darin reduzierte Claß die Auseinandersetzungen um Sieg, Kaiser und Reich auf den schroffen Gegensatz alldeutsch oder alljüdisch in der Weise, daß er die innenpolitischen Bestrebungen für einen Frieden ohne Annexionen und für eine Demokratisierung mit den gegen die Schwerindustrie und die Großlandwirtschaft gerichteten Angriffen und den modernen kulturellen Tendenzen unter dem Begriff alljüdisch zusammenfaßte, da diese Interessen gegen das zukünftige Wohl des deutschen Volkes gerichtet seien. Claß schloß mit der versteckten Drohung, daß diese Entwicklung ganz »bestimmte Entschlüsse« als Gegenwehr zeitigen werde.

Dieser vom stellvertretenden Vorsitzenden unterzeichnete Aufsatz stellt den ersten öffentlichen Angriff des Alldeutschen Verbandes gegen das Judentum dar. Mit Hilfe des Antisemitismus brachte er die vielen innenpolitischen Gegner der Alldeutschen auf einen Nenner und stigmatisierte sie als undeutsch. Mit Recht sprach Gebtsattel von einer »Kriegserklärung an das Alljudentum«.¹⁰²

Dieser Artikel vom 18. Juni 1917 war nur der erste von vielen taktischen Schritten,¹⁰³ mit denen Claß jetzt zu dem Versuch der allmählichen Integrierung des Antisemitismus in die alldeutsche Propaganda und in das alldeutsche Programm ansetzte. Daran ließ er sich nun auch nicht mehr durch den nur spärlichen Eingang von Zustimmungserklärungen hindern.¹⁰⁴ In zwei Artikeln vom 28. und 29. Juni 1917 präziserte der alldeutsche Geheime Regierungsrat Georg Fritz¹⁰⁵ den Begriff »alljüdisch« und setzte dafür das »internationale Judentum« ein, von dem die eigentliche »zersetzende Wirkung« in Politik, Wirtschaft und Kultur ausgehe. Der zweite Artikel, der dem Problem der ostjüdischen Einwanderung gewidmet war, enthielt ebenfalls einen deutlichen Hinweis auf die von den Alldeutschen eingeschlagene Richtung. Am Schluß dieses Artikels forderte Fritz für den Fall, daß ein striktes Einwanderungsgesetz nicht zustande käme, eine völlige »Neuorientierung gegenüber dem Judentum im Allgemeinen und seiner staatsbürgerlichen Gleichberechtigung«.

Wenige Tage nach dem Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg und der Friedensresolution der Mehrheitsparteien des Deutschen Reichstages im Juli 1917 hielt Claß die Zeit für gekommen, die innere Front gegen »den mit Hilfe verblendeter Volksgenossen von den Fremden geführten Ansturm« zu mobilisieren. Unter der völkischen Losung »Deutschland den Deutschen« forderte er am 22. Juli 1917 in der Deutschen Zeitung wiederum unter Gebtsattels Namen¹⁰⁶ alle Völkischen auf zu verhindern, daß das durch und durch deutsche Reich »in eine üble Demagogie und ein der Massenherrschaft unterworfenen Staatsgebilde« umgeformt würde und »die Fremden« der »deutschen Herrschaft im deutschen Staate« ein Ende bereiten würden. Wer mit diesen »Fremden« gemeint war, wurde unzweifelhaft deutlich in einem weiteren Artikel zwei Monate später, für den Claß den Entwurf leistete und Gebtsattel wiederum verantwortlich zeichnete: »Judenwahlen — Judenfriede?«¹⁰⁷ In ihm zog Claß die Bilanz der Entwicklung von den Reichstagswahlen vom Januar 1912 bis zu der Friedensresolution vom Juli 1917. Sie schien ihm gekennzeichnet durch eine bewußt betriebene innere und äußere Schwächung des deutschen Staates mit dem Ende, die Herrschaft der Juden in Deutschland durchzusetzen.

Mit der Verzahnung eines entscheidenden Sieges über den äußeren Gegner und einer inneren restaurativen Festigung, die sich hinter den Anklagen gegen den »Judenfrieden« verbarg, vollzog sich auch ein allmählicher Wandel der Politik des Alldeutschen Verbandes. Innenpolitische Fragen, von denen es noch im April 1917 geheißen hatte, sie gingen den Verband als solchen nichts an, wurden immer stärker in den

Horizont alldeutscher Überlegungen einbezogen und in der alldeutschen Publizistik erörtert. Die Gleichstellung des innenpolitischen Gegners mit dem Feind auf dem Schlachtfeld fand ihren Ausdruck im Juni 1918, als Claß und Gebattel des Kaisers Wort von dem Kampf zweier Weltanschauungen¹⁰⁸ aufgriffen und für den Kampf sowohl gegen den äußeren Feind als auch gegen den inneren Gegner verwandten.¹⁰⁹ Das selbstherrliche Angebot der Alldeutschen vom 19. August 1918 auf einen »neuen, echten, wahren Burgfrieden«¹¹⁰ unter allseitigem Verzicht auf Durchsetzung innenpolitischer Ziele während des Krieges war weiteres Zeichen der Starrheit, mit der sie überholte Positionen gegen die Zeit behaupten wollten. Die allgemeine ablehnende Reaktion¹¹¹ brachte für die Alldeutschen das von vornherein erhoffte Alibi¹¹² für die Verschärfung des innenpolitischen Kampfes. Die alldeutsche Führung entschloß sich nunmehr, in diesem Kampfe radikale Mittel und Methoden anzuwenden. Damit war im Sommer 1918 die Stunde des Antisemitismus im Alldeutschen Verband gekommen, auf die Gebattel seit 1913 hingearbeitet hatte.

Das war um so bedeutsamer, als Gebattel in der Koordinierung der antisemitischen Bewegung trotz aller Ansätze nichts erreicht hatte. Keine der vielen Organisationen, von denen manche hundert, andere aber mehrere tausend Mitglieder aufwiesen, war bereit gewesen, auf die eigene Selbständigkeit zugunsten einer Zentralleitung zu verzichten. Im Gegenteil, der für eine mögliche Oberleitung vorgesehene Germanenorden war in sich zerfallen und seit 1917 gespalten,¹¹³ während der Alldeutsche Verband und sein Vorsitzender von völkischer Seite der Unzuverlässigkeit in der Judenfrage angeklagt wurden.¹¹⁴

Der alldeutsche Ausschuß für die Judenfrage

Noch ehe sich die alldeutsche Führung des nahen Endes des Kaiserreiches bewußt wurde, legte sie die Grundlage dafür, den Antisemitismus endgültig in das alldeutsche Programm aufnehmen und ihn als politisches Kampfmittel verwenden zu können. Das immer offener zutage tretende Auseinanderklaffen der verschiedenen politischen Zielsetzungen, das Anwachsen der judengegnerischen Stimmung im Volke im allgemeinen und im Alldeutschen Verband im besonderen veranlaßten den Verbandsvorsitzenden Claß schließlich dazu, in der Sitzung der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses am 13. September 1918 in Hannover — einem Antrag Gebattels entsprechend — die Stellung des Verbandes zur Judenfrage zur Diskussion zu stellen.¹¹⁵ Auf Vorschlag von Claß wurde hiermit ein besonderer Ausschuß be-

aufträgt, dessen Leitung der stellvertretende Verbandsvorsitzende Geb-sattel erhielt.

Geb-sattel, der sich zu seiner Unterstützung den Geheimrat Georg Fritz als Stellvertreter erbeten hatte,¹¹⁶ machte sich sogleich in Zusammenarbeit mit der alldeutschen Geschäftsstelle daran, den sogenannten Judenausschuß zu bilden. Diesem Ausschuß sollten die führenden völkisch und antisemitisch gesinnten Alldeutschen angehören. Dabei achtete Geb-sattel genau darauf, daß nur »rein arisches Blut« vertreten war. Den vehementen alldeutschen Kritiker Bethmann Hollwegs, Hans von Liebig,¹¹⁷ schloß er wegen einer Notiz im »Semi-Gotha« von der Nominierung aus.¹¹⁸ Dagegen zog Geb-sattel jene Alldeutschen heran, die ihrerseits eine antisemitische Organisation vertraten wie Alfred Roth und Theodor Fritsch vom Reichshammerbund und Paul Langhans vom Deutschbund.¹¹⁹ Aber noch ehe dieser Ausschuß zusammentreten konnte, brachten die militärischen und politischen Ereignisse des Oktobers 1918 die endgültige Entscheidung.

Mit der Einsetzung einer parlamentarisch abhängigen Regierung und mit dem Waffenstillstandsersuchen dieser Regierung — beide Maßnahmen gingen auf das Drängen der Obersten Heeresleitung zurück — war für die Alldeutschen das Zeichen zum Entscheidungskampf gegeben. Während Claß zur Mobilisierung aller Kräfte unter dem Stichwort »Deutschland erwache« aufrief,¹²⁰ denunzierte Geb-sattel schon die Kräfte, die seiner Meinung nach Parlamentarisierung und militärische Niederlage verschuldet hatten. Das »Ferment der Dekomposition«, so führte er am 15. Oktober 1918 in der Deutschen Zeitung aus,¹²¹ habe seine Schuldigkeit getan. Das »Gift der Zersetzung«, das dem deutschen Volk durch die »Alljudenblätter« eingeträufelt worden sei, habe seine Wirkungen gezeitigt in dem Machtstreben internationaler Kräfte, in dem Verzicht auf Annexionen und Kontributionen, in der Befugnisbeschränkung der Obersten Heeresleitung und schließlich in dem Bruch mit der deutschen Geschichte durch den Parlamentarismus im Augenblick höchster Gefährdung. Dieser »Judasdienst«, so forderte Geb-sattel abschließend, dürfe dem Judentum nie vergessen werden.

Die unverzüglich nach Berlin einberufene Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 19. und 20. Oktober 1918 stand ganz im Zeichen der jüngsten Ereignisse.¹²² In seinem »Bericht über die Lage« räumte Claß ein, daß die alldeutsche Verbandsführung durch die neue politische und militärische Situation überrascht worden sei, zumal der Chef des kaiserlichen Zivilkabinetts, von Berg, sie für den Hannoverschen Verbandstag Mitte September 1918 noch zu scharfem Auftreten ermuntert und auch Ludendorff ihr noch am 5. Oktober 1918 seine Zu-

stimmung und seinen Dank ausgedrückt hätten. Claß hatte nunmehr festzustellen, daß es derselbe Ludendorff gewesen war, der unnachgiebig auf die Parlamentarisierung und auf die sofortige Absendung eines Waffenstillstandsangebotes gedrängt hatte, und daß der Staatssekretär des Äußeren, Admiral Paul von Hintze, diesem Drängen schließlich nachgegeben hatte. »Der politische Dilettantismus zweier Soldaten, Ludendorff und Hintze«, so sagte Claß wörtlich, »hat uns also die Parlamentarisierung gebracht.« Diesen Satz sollte Claß in wenigen Wochen vergessen haben.¹²³ Der veränderten innenpolitischen Situation, die den Alldutschen Verband in seiner eigentlichen Struktur bedrohte, hatte Claß Ende Oktober nichts mehr entgegenzusetzen als die vage Hoffnung auf »eine Schar« entschlossener deutscher Männer. Damit blieb er im Rahmen der traditionellen alldutschen Politik, die allein durch die Einflußnahme auf bestimmende Persönlichkeiten in Politik und Wirtschaft zu wirken suchte. Diese politische Gruppe, die die Entwicklung letzten Endes abhängig machte von den Entscheidungen der »Gebildeten und Besitzenden«, wollte und konnte keine Massenorganisation sein. Doch mußte sie nun, wollte sie in einem parlamentarischen System, das die Staatsführung von der Zustimmung durch die Massenparteien abhängig machte, nicht gänzlich ohne Einfluß bleiben, neue Formen der politischen Wirksamkeit entwickeln. Schon am 13. September 1918 hatte Claß in Hannover besorgt gefragt: »Was haben wir nach unten hin zu bieten?« und war fortgefahren: »Darüber haben wir uns seit 28 Jahren den Kopf zerbrochen.«¹²⁴

Mit dem Antisemitismus hielt jedoch Claß etwas in Händen, was er »nach unten hin« anbieten konnte, und im Augenblick der Parlamentarisierung war Claß endgültig bereit, dieses Mittel zur Gewinnung breiterer Bevölkerungskreise für die alldutsche Politik entschlossen einzusetzen. Damit stellte er sich ganz hinter den Vorschlag seines Freundes Gebattel, der die am 19. und 20. Oktober in Berlin tagende alldutsche Verbandsführung schriftlich aufgefordert hatte, »die Lage zu Fanfaren gegen das Judentum und die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen.«¹²⁵ Im Anschluß an diesen Vorschlag forderte Claß in Berlin die »praktisch demagogische« Auswertung des Antisemitismus mit dem Ziel, »Furcht und Schrecken . . . in der Judenschaft« zu erregen. Auch über die Mittel, mit denen Claß dies zu erreichen gedachte, ließ er keine Illusionen zu. »Ich werde«, so führte er am 19. Oktober in Berlin weiter aus, »vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleist's, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht!«¹²⁶

Dieser hemmungslose und offen brutale Antisemitismus, in dem sich ein Abgrund von Enttäuschung, Ohnmacht und Reaktion auftut und der durch das Wort vom »Blitzableiter« als das Resultat eines Sündenbockmechanismus entlarvt wird, fand in dem Kreis des alldeutschen Geschäftsführenden Ausschusses keinen Widerstand mehr.¹²⁷ Die Überlegungen der Claß, Gebhard, Jacobsen, Lehmann und Stolte galten nur noch dem »Wie«. Sie waren überzeugt davon, daß sie mit dem Antisemitismus das Mittel in der Hand hätten, um »die Massen einzufangen«, wenn es gelänge, mit Hilfe einer großzügigen Organisation und einer ausreichend großen Zahl von Agitatoren und Versammlungen den Antisemitismus auf die Straße und in die Arbeiterschaft zu tragen.¹²⁸ Damit war am 19. und 20. Oktober 1918 die endgültige Entscheidung über die Stellung des Alldeutschen Verbandes zum Antisemitismus gefallen, wobei der Wert des Antisemitismus als politisches Kampfmittel den Ausschlag gegeben hatte. In diesen Oktobertagen, als sich mit der Parlamentarisierung und mit dem deutschen Waffenstillstandsersuchen und dem sich anschließenden Notenwechsel zwischen der deutschen Regierung und dem amerikanischen Präsidenten Wilson die militärische Niederlage und das Ende des wilhelminischen Deutschlands abzuzeichnen begannen, entschloß sich die alldeutsche Verbandsleitung, den Antisemitismus als massenwirksame Kraft gegen den Parlamentarismus einzusetzen.

Noch Ende Oktober 1918 war der alldeutsche »Judenausschuß« zusammengestellt. Seine Mitglieder wurden zur schriftlichen Äußerung aufgefordert. Eine erste Beratung war für den 16. und 17. November in Nürnberg angesetzt.¹²⁹ Wenn auch infolge der Revolution diese Zusammenkunft nicht mehr stattfand, so gaben doch die schriftlichen Eingaben der Ausschußmitglieder¹³⁰ Gebattel und Fritz schon ausreichend Material in die Hand, um in die konkrete Planung eintreten zu können. Denn aus ihnen ging deutlich hervor, daß zwar allgemein der Kampf gegen die Juden befürwortet wurde, daß man es aber ablehnte, den judengegnerischen Kampf zur Hauptaufgabe des Alldeutschen Verbandes zu machen. Man befürchtete, daß die schon bestehenden antisemitischen Verbände sich für eine umfassende Zusammenarbeit dem Alldeutschen Verband nicht zur Verfügung stellen würden. Aus diesen Überlegungen heraus schlugen mehrere Ausschußmitglieder in ihren Eingaben die Gründung einer antisemitischen Zentralstelle vor, die die verschiedenen Organisationen zusammenfassen und unter eine einheitliche Oberleitung stellen sollte.

Ende des Jahres waren die Vorplanungen abgeschlossen. Doch kam es wegen verkehrstechnischer Behinderung sowie wegen der Wahlen für

die Nationalversammlung und für die Landtage erst im Februar 1919 zur endgültigen Festsetzung der Zusammenkunft des alldeutschen »Ausschusses für die Judenfrage«. Am 6. Februar 1919 gingen den Ausschußmitgliedern Richtlinien für die Beratungen zu, die Gebtsattel zusammen mit Claß und der alldeutschen Geschäftsstelle erarbeitet hatte.¹³¹ Mit der Forderung nach der Gründung eines öffentlichen »Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes«¹³² und eines geheimen Nebenverbandes nahmen diese Richtlinien das Ergebnis der Beratungen auf der Bamberger Tagung des Alldeutschen Verbandes im wesentlichen bereits vorweg. Am 15. und am 18. Februar 1919 fiel dann die Entscheidung der Gesamtleitung, die den Weg für die Ausgestaltung dieser Pläne frei machte.

Die an sich zufällige Gleichzeitigkeit der Gründung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes in Bamberg und des Zusammentritts der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung in Weimar symbolisiert eine innere Parallelität. Die Alldeutschen faßten den in Weimar sich konstituierenden Staat nur als das Ende einer verhängnisvollen Entwicklung zum Liberalismus, zur Demokratie und zur sozialen Umschichtung auf, die sie von Anfang an bekämpft hatten. Schon im Jahre 1912 hatte Claß diese Entwicklungstendenzen mit dem Judentum identifiziert und den Antisemitismus programmatisch mit den alldeutschen Vorstellungen verknüpft, doch war die Aufnahme des Antisemitismus in das alldeutsche Programm vor dem Weltkrieg nicht mehr gelungen. Als aber der Krieg den politischen und sozialen Entwicklungsprozeß beschleunigte und die Niederlage und die Revolution schließlich den Verband mit einer neuen politischen und sozialen Situation konfrontierte, griffen die Alldeutschen zum Antisemitismus insbesondere, weil er als politisches Kampfmittel ihnen eine Massenbasis zu verschaffen versprach. So ist denn die Vorgeschichte des Schutz- und Trutz-Bundes die Geschichte des Eindringens des Antisemitismus in den Alldeutschen Verband und damit der Aufnahme des Antisemitismus durch die im Alldeutschen Verband repräsentierten nationalen und konservativen Kreise des mittleren und Großbürgertums im Zeichen des Kampfes gegen die im Kriege immer stärker hervortretenden liberalen, demokratischen und sozialen Tendenzen.

Der spätere Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund sollte jedoch seine Kraft nicht allein aus der alldeutschen Anhängerschaft und Protektion nehmen. Seine Stärke lag vielmehr darin, daß drei verschiedene antisemitische Bewegungen in ihn einmündeten. Neben dem Alldeutschen Verband waren dies der Reichshammerbund und der Deutschvölkische Bund. Ihre Entwicklung bis zu dem Zusammentreffen im

Schutz- und Trutz-Bund soll im folgenden nachgezeichnet werden. Dabei orientiert sich die Darstellung wiederum an den maßgebenden Persönlichkeiten, und zwar an Alfred Roth und Ferdinand Werner, die beide später führende Posten im Schutz- und Trutz-Bund innehatten, sowie an Theodor Fritsch, der schon frühzeitig für einen parteiunabhängigen völkischen Antisemitismus eingetreten war und später dem Schutz- und Trutz-Bund als Beiratsmitglied angehörte.

4. Der Reichshammerbund

Der Reichshammerbund wurde maßgeblich von zwei Männern geprägt: von Theodor Fritsch, dem frühen Verfechter eines weltanschaulichen völkischen Antisemitismus und Anreger in der völkischen Bewegung, und von Alfred Roth, dem späteren Organisator und Agitator des Schutz- und Trutz-Bundes. Mit der Darstellung ihrer Biographien und ihrer politischen Anschauungen soll ein Licht auf den politischen Weg und die politische Haltung jener Angehörigen der mittleren und kleinbürgerlichen Mittelschicht fallen, die sich im Reichshammerbund zusammenschlossen und die sich dann im Schutz- und Trutz-Bund wiederfanden. Zugleich soll die Geschichte des Reichshammerbundes und seines geheimen Nebenverbandes, des Germanenordens, verdeutlichen, in welchem Maße der Schutz- und Trutz-Bund in Konzeption und Anlage den völkischen Plänen und Ideen der Vorweltkriegszeit verbunden ist.

Roth, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband und Deutsche Jugendbewegung

Alfred Roth wurde am 27. April 1879 in Stuttgart geboren, wo der Vater als Photograph den bescheidenen Unterhalt für sich und seine kinderreiche Familie verdiente.¹ Roth besuchte von 1885 bis 1893 die Bürgerschule in Stuttgart. Nach einer zweijährigen kaufmännischen Lehre konnte er jedoch noch das sogenannte Einjährige erwerben und trat danach als Buchhalter in eine Stuttgarter Eisenhandlung ein. Für den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, dem er 1897 beigetreten war, wirkte Roth nebenberuflich rednerisch und schriftstellerisch. Dadurch wurde dieser große Angestelltenverband auf den jungen Roth aufmerksam und nahm ihn im Herbst 1900 ganz in seine Dienste. Wenig später übernahm Roth die in der Verbandsgeschäftsstelle in Ham-

burg neu eingerichtete Abteilung für sozialpolitische Angelegenheiten. Nach seiner Übersiedlung nach Hamburg entfaltete er eine außerordentliche Aktivität: bei den Tagungen des Verbandes trat er als Sachreferent, bei den feierlichen Zusammenkünften als völkisch-patriotischer Festredner auf; er verfaßte Untersuchungen zur Lage der Handlungsgehilfen und nach Übernahme der Abteilung für Bildungs- und Lehrlingswesen 1912 Schriften zur Jugendziehung.² Darüber hinaus wirkte er in den Jahren 1908 bis 1911 als Schriftleiter in der Verbandszeitschrift »Deutsche Handelswacht«, später in den »Blättern für junge Kaufleute«. Als Vertreter der Angestellten wurde Roth 1913 durch die Privatangestellten-Verbände in das Direktorium der neu geschaffenen Reichsversicherungsanstalt für Angestellte delegiert, dem er bis 1924 angehörte. Den Krieg erlebte Roth als Leutnant der Reserve von August 1914 an an verschiedenen Fronten. Er wurde mehrfach verwundet und erhielt zahlreiche Kriegsauszeichnungen. Nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst als Schwerekriegsbeschädigter 1917 trat Roth nicht wieder in die Verwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes ein, weil zwischen ihm und der Verbandsführung erhebliche politische Differenzen entstanden waren.³ Roth übernahm daher die Stelle eines Sozialsekretärs bei den Rheinischen Stahlwerken in Duisburg-Meiderich, mit deren Generaldirektor, Dr. Hasslacher, ebenfalls Mitglied des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, Roth bekannt geworden war.

Die berufliche Tätigkeit Roths stand in engem Zusammenhang mit seinen politischen und sozialen Anschauungen. Wie viele führende Persönlichkeiten des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes war er aus der antisemitischen Jugendbewegung zu diesem Verband gestoßen. In dem Verband standen sozialpolitische Tätigkeit und Antisemitismus in enger Wechselbeziehung.⁴ Es war die Furcht vor wirtschaftlicher Deklassierung durch die modernen Wirtschaftsformen, die in den aufbegehrenden Angestellten den Antisemitismus nährte. Das galt auch für den kleinbürgerlichen Alfred Roth. Dazu kam bei ihm noch ein glühender, völkisch übersteigter Nationalismus. Das gemeinsame ideologische Fundament für diese beiden Komponenten der Rothschen Vorstellungen, sowohl für den sozial motivierten Antisemitismus als auch für den völkischen Nationalismus, bildete der Rassedanke.

Roth war zuerst 1896 antisemitischen und rassistischen Vorstellungen begegnet, als er in den Deutschen Jugendbund Stuttgart eintrat.⁵ Deutsche Jugendbünde waren seit den neunziger Jahren in mehreren Städten des Reiches im Anschluß an die Antisemitenparteien entstanden, die damit die jungen Leute aus dem Mittelstand schon frühzeitig für sich in-

teressieren wollten.⁶ Doch sagten die Deutschen Jugendbünde sich bald vom Parteiantisemitismus los. Stark beeinflusst von den Gedankengängen Schönerers und Dührings,^{6a} vertraten sie nach innen einen rassenantisemitischen, nach außen einen expansiven all-deutschen und all-germanischen Standpunkt. Schönerers Einfluß auf die Jugendbünde zeigte sich auch in deren antichristlicher, insbesondere antirömischer Ausrichtung.⁷ Antisemitismus und Pangermanismus waren dabei Ausfluß ein und desselben völkischen Rassedenkens. Alfred Roth blieb dieser Bewegung, die sich um die Jahrhundertwende in Jungdeutschen Bünden neu formierte, auch nach seiner Übersiedlung nach Hamburg treu. 1901 trat er dem Norddeutschen Jugendbund bei,⁸ der seit dem Jahre 1897 sich programmatisch Norddeutscher Jugendbund Schönerer nannte.⁹ Hier, in der Deutschen Jugendbundbewegung, und in der sozialpolitischen Tätigkeit für den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband erfuhr Roths alldeutsche, antisemitische, antilibérale und antisozialistische Haltung ihre ideologische Begründung und ihre entscheidende Förderung. Sie verlangte immer stärker nach politischer Aktivität.

1908 nahm die Deutsch-Soziale Partei Alfred Roth in die Reihen ihrer Reichstagskandidaten auf und übertrug ihm den Wahlkreis Herzogtum Lauenburg. Bei den Wahlen im Januar 1912 errang Roth, der vor allem mit den sozialen Argumenten seiner Partei geworben hatte,¹⁰ kaum mehr als einen Achtungserfolg.¹¹ Erst in dem 1912 von Theodor Fritsch gegründeten Reichshammerbund fand der antisemitische Jungdeutsche und Schönerianer, der führende Mitarbeiter des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes und Anhänger der deutsch-sozialen Parteiführer Liebermann von Sonnenberg und Friedrich Raab sein eigentliches politisches Wirkungsfeld.

Fritsch und die Gründung des Reichshammerbundes und des Germanenordens

Schon früh hatte sich um die mittelstands-wirtschaftlichen und antisemitischen Ideen des Theodor Fritsch ein Kreis von Anhängern gebildet. Den am 28. Oktober 1852 in Wiesenau bei Leipzig geborenen Mühlen-Ingenieur¹² zeichnete von Anfang an eine außerordentliche publizistische und organisatorische Aktivität sowohl auf dem beruflichen als auch auf dem politischen Sektor aus. Fritsch gab seit Oktober 1880 für die deutschen Müller das »Kleine Mühlen-Journal«, ab 1882 den »Deutschen Müller« heraus und bemühte sich um den Zusammenschluß der Kleinmüller in einem »Deutschen Müllerbund«.¹³ Er dehnte zu Anfang des 20. Jahrhunderts seine organisatorische Tätigkeit auf die ge-

samte Mittelstandsbewegung aus, und es gelang ihm 1905, diese im Königreich Sachsen zu einer einheitlichen Sächsischen Mittelstandsvereinigung zusammenzufassen.¹⁴ In einer programmatischen Rede auf der konstituierenden Sitzung am 29. November 1905 in Dresden offenbarte Fritsch die wirtschaftlichen und politischen Motive der sich organisierenden Mittelstandsbewegung, als er nachdrücklich vor der Gefährdung »der sittlichen und religiösen Lebensgrundlagen« durch »Großbetrieb«, »Leihkapital« und »revolutionäres Proletariat« warnte und die Bedeutung des Mittelstandes als der einzigen staatstragenden Schicht für Staat und Monarchie hervorhob.¹⁵

Mit dieser berufsständischen Tätigkeit hing von Beginn an Fritschs antisemitische Aktivität eng zusammen. Anfang der 80er Jahre veröffentlichte er »alldeutsch-antisemitische Kernsprüche« unter dem Pseudonym Thomas Frey¹⁶ und publizierte dann unter demselben Schriftstellernamen eine lange Reihe von Flugblättern.¹⁷ 1884 gründete Fritsch den Leipziger Reformverein und versandte ab 1885 die »Antisemitische Correspondenz«, die als gemeinsames Forum der unter sich zerstrittenen und in Parteien zerfallenen Judengegner einigend wirken sollte.¹⁸ Doch konnte sich Fritsch trotz seiner führenden Beteiligung in der 1886 begründeten »Deutschen Antisemitischen Vereinigung« mit dem Plan eines parteilosen völkischen Antisemitismus nicht durchsetzen. Als auch der Antisemitentag von Bochum 1889 mit einem Mißerfolg endete — in seiner Folge entstanden zwei antisemitische Parteien —, zog sich Fritsch ganz aus der parteiantisemitischen Bewegung zurück und trat 1894 die »Deutsch-Sozialen Blätter«, wie sich seine inzwischen zur Wochenzeitung avancierte »Antisemitische Correspondenz« seit 1890 nannte, an die führenden Deutschsozialen Liebermann von Sonnenberg und Friedrich Raab ab.

Doch Theodor Fritsch war auch weiterhin außerordentlich aktiv: einmal als Verfasser von zahllosen antisemitischen Pamphleten, deren wichtigstes der 1887 zum ersten Mal erschienene »Antisemiten-Katechismus« war, sowie von Schriften zu Mittelstandsproblemen und Siedlungsfragen, zum anderen als Verleger.¹⁹ Sosehr Fritsch in seiner antisemitischen Agitation auch mit Motiven und Vorwürfen aus dem wirtschaftlichen Bereich operierte, verleugnete er nie seine rassengedankliche Grundlage. Die rassistische Haltung fand ihren Ausdruck in der Betonung des »Ariertums«, in der Anknüpfung an angeblich »germanische« Traditionen und in der weitgehenden Ablehnung der christlichen Religion. Von der neuen Erkenntnis von der Rasse erwartete Fritsch eine Umgestaltung des »geistigen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens der Völker«,²⁰ aus dem er »die jüdische Rasse« ausgeschieden

wissen wollte.²¹ Der von Fritsch schon in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts propagierte Antisemitismus war somit integraler Bestandteil einer durchgebildeten völkischen Weltanschauung auf biologisch-rassentheoretischer Grundlage.

Diese Anschauungen prägten auch das Gesicht des »Hammer«, einer zunächst monatlich, dann halbmonatlich erscheinenden Zeitschrift, die Fritsch seit 1902 herausgab. Sie war der Kristallisationspunkt, um den sich einige Gruppen des völkischen Antisemitismus organisieren sollten. Denn seit 1905 begannen sich ihre Leser — die Zeitschrift hatte zu diesem Zeitpunkt knapp dreitausend Abonnenten²² — zu Hammer-Lese-Gemeinschaften zusammenzutun. Deren Mitglieder rekrutierten sich vor allem aus der sich auflösenden Jugendbundbewegung, dem allmählich verfallenden Parteiantisemitismus und dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband.²³ Aber erst 1912, zur Zeit des Aufbruchs des völkischen Antisemitismus, wurde der Versuch unternommen, das gute Dutzend der im ganzen Reich verstreuten Lese-Gemeinden in einer einheitlichen Reichsorganisation zusammenzufassen. Mit ihr wollte Theodor Fritsch, nachdem die Antisemitenparteien seiner Meinung nach endgültig verspielt hatten, eine neue Ära des Antisemitismus einleiten.²⁴ Dieser sollte sich nicht mehr an den Parteien orientieren, sondern alle Volksschichten erfassen. Anlässlich eines Treffens führender Völkischer und Antisemiten sowie Anhänger des »Hammer« zu Pfingsten bei Theodor Fritsch in Leipzig wurde dann der Reichshammerbund aus der Taufe gehoben.²⁵

Theodor Fritsch, der die Gründungsrichtlinien für den Reichshammerbund und die Verfassung des Bundes schon lange vorher ausgearbeitet hatte, entschloß sich jedoch, nicht persönlich an die Spitze der politischen Organisation zu treten, sondern reservierte sich den Posten eines Ehrenbundeswartes.²⁶ Er übertrug die Leitung vielmehr Dr. jur. Karl August Hellwig aus Kassel, einem Obersten z. D., der sich ihm durch seine Verbindungen zur Deutsch-Sozialen Partei, zum Deutschbund und zum Verband gegen Überhebung des Judentums empfohlen hatte. Die Satzungen des Bundes, die gut ein Jahr später auf dem außerordentlichen Bundestag am 4. Oktober 1913 in Eisenach auf Grund der Vorarbeiten Fritschs aufgestellt wurden,²⁷ verlangten von den Mitgliedern die Ablegung eines Blutsbekenntnisses und setzten als Ziel die »Erhaltung und Förderung einer gesunden deutschen Eigenart« und die Abwehr gegenüber »allen fremden, insbesondere den jüdischen Einflüssen«.²⁸ Doch begnügten sich die Gründer des Reichshammerbundes bezeichnenderweise nicht mit dieser einen öffentlichen und allen Volksschichten und Parteien offenen antisemitischen Sammelbewegung. Viel-

mehr träumten auch sie von der geheimen Kommando-Zentrale für die gesamte völkische Bewegung — dem »deutsch-völkischen Generalstab«, wie ihn das Mitglied der Deutschen Reformpartei Paul Förster schon 1904 im »Hammer« gefordert hatte.²⁹ Daher gründeten sie auf derselben Leipziger Tagung — wie es auch 1919 die Alldeutschen in Bamberg tun sollten — noch einen Geheimbund, den »Germanenorden«, der logenartig aufgebaut wurde. Die Leitung übernahm der Magdeburger Eichmeister Hermann Pohl.³⁰

Wie der Reichshammerbund war auch der Germanenorden keine Neugründung, sondern eine zusammenfassende Organisierung schon bestehender loser Zirkel. Die Anregung hierzu war von der im Herbst 1910 gegründeten Hammergruppe in Magdeburg gekommen, die sich bereits im April 1911 mit der Loge Wotan unter Hermann Pohl einen geheimen Nebenverband geschaffen hatte. Die Magdeburger Gruppe war es auch, die den Ausbau einer Reichsorganisation vorantrieb. Die enge Verbindung von Reichshammerbund und Germanenorden, die auch auf der unteren Ebene dadurch gegeben war, daß die einzelnen Germanenlogen aus den Hammerbundgruppen heraus gegründet wurden,³¹ wirkte sich keineswegs fördernd auf die Entwicklung beider Organisationen aus, da die eine der anderen die Mitglieder abwarb.³² Die Ordensorganisation verfiel teils durch kriegsbedingte Umstände, teils durch Auseinandersetzungen um den Großmeister Pohl, der im Oktober 1916 einer neuen Ordensleitung Platz machen mußte.³³ Die Führungsstreitigkeiten führten schließlich zu einer Spaltung des Germanenordens. Pohl sammelte seine Anhänger in einem »Germanen-Orden Walvater«, während der größere Teil unter der Leitung von Philipp Stauff aus Berlin weiterbestand.³⁴ Damit waren aber die Hoffnungen, die die Antisemiten und Völkischen und nicht zuletzt auch Konstantin von Gobsattel vom Alldeutschen Verband in den Germanenorden als den zukünftigen »deutsch-völkischen Generalstab« der gesamten völkischen Bewegung gesetzt hatten, endgültig zerbrochen.

Auch der Reichshammerbund kam über Ansätze nicht hinaus. In der Organisation gelang ihm zwar eine Zusammenfassung der schon bestehenden Gruppen, doch dehnte er sich kaum über das bisher Erreichte aus; einen Monat nach Kriegsausbruch zählte der Reichshammerbund gerade sechzehn Ortsgruppen.³⁵ Die Mitgliederzahlen waren ebenfalls niedrig. Die Hamburger Gruppe, die auch die Geschäftsstelle des Reichshammerbundes stellte, war die erste Ortsgruppe mit über hundert Mitgliedern im Frühjahr 1913.³⁶ Die Stuttgarter Gruppe unter Eugen Haug erreichte bis zum Kriegsausbruch annähernd diese Stärke.³⁷ Daneben steht aber das Beispiel Nürnbergs, eines traditionellen Hammerzen-

trums unter Julius Rüttinger, das Ende 1913 gerade dreiundzwanzig Mitglieder aufwies.³⁸ Die Ursache für den geringen Fortschritt der Bewegung lag nicht zuletzt darin, daß der Bund nur das »bessere Publikum« ansprechen wollte.³⁹ Zumeist erschöpfte sich die Tätigkeit der Hammerbündler in belanglosen Mitgliederversammlungen und in der Verbreitung von Flugblättern, wobei die Hauptarbeit ohnehin der Hammerverlag Theodor Fritschs leistete.⁴⁰ Am tätigsten war noch die Hamburger Ortsgruppe unter der Leitung der beiden führenden Mitglieder des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes Alfred Roth und Walter Otto. So schien es nur folgerichtig, daß der außerordentliche Bundestag des Reichshammerbundes am 14. Juni 1914 in Weimar den bisherigen ersten Schriftführer Alfred Roth zum Nachfolger des im Februar 1914 verstorbenen Bundeswartes Oberst z. D. Hellwig wählte,⁴¹ zumal damit auch der Sitz der Hauptgeschäftsstelle und des Bundeswartes in Hamburg vereinigt waren.

Der Reichshammerbund im Weltkrieg

Nach der Wahl zum Bundeswart des Reichshammerbundes verfügte Alfred Roth schließlich über die Voraussetzungen, die er für eine parteiunabhängige antisemitische Agitation für erforderlich hielt und die er im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband nicht mehr gegeben sah. Denn dieser Angestelltenverband hatte, zumal nach dem Rücktritt seines bisherigen Verbandsvorstehers, des deutschsozialen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schack, im Jahre 1909, begonnen, sich von dem Parteiantisemitismus abzusetzen und seine Tätigkeit immer stärker auf den gewerkschaftlichen Sektor zu verlagern.⁴² Dieser Wandel war auch die Ursache für die zunehmende Entfremdung Roths von der Verbandsführung gewesen, die schließlich im Jahre 1917 zum Bruch führen sollte.⁴³

Die neue Betriebsamkeit des völkischen Antisemiten Alfred Roth konnte jedoch im Reichshammerbund nicht mehr zum Tragen kommen. Zwar regte er noch im Juli 1914 die Schaffung eines Bundesabzeichens an, eines silbernen Hammers, »in dessen Mitte das Hakenkreuz des aufsteigenden Lebens« eingraviert werden sollte.⁴⁴ Auch plante er die Herausgabe einer Flugschriftenreihe mit dem Titel »Hammerschläge«, die »die jeweils auftauchenden brennendsten Tagesfragen« vom »volksorganischen Standpunkt aus« beleuchten sollten.⁴⁵ Der Krieg jedoch ließ die Ausführung dieser Pläne nicht mehr zu und verhinderte alle weiteren.

Im »Hammer« und in Rundschreiben an die Mitglieder wurde der

Krieg von der Reichshammerbundführung als »Erlösung« gefeiert.⁴⁶ Die führenden Völkischen des Hammerbundes erhofften von dem »Weltkrieg« für das deutsche Volk nicht nur eine »Stählung an Leib und Seele«, sondern eine entscheidende Förderung des »Rassen-Bewußtseins«. Für sie war der Weltkrieg von vornherein kein »Nationalitätenkampf«, sondern ein gegen Deutschland heraufbeschworener »Rassenkampf«. »Im Osten die Slawen, im Westen die jüdisch durchsetzten Romanen, dazu die kühl berechnende Krämerseele des Engländers, getragen von eben demselben Orientalengeist«, heißt es in dem Reichshammerbund-Rundschreiben vom 28. August 1914, »so ist der Ring gegen die Germanen geschlossen.«⁴⁷ Auch in diesen Augusttagen der einmütigen nationalen Begeisterung vergaß die Bundesführung den »inneren Feind« nicht. In demselben Schreiben vom 28. August fordert sie die Mitglieder auf, »Kriegsermittlungen« über die Juden anzustellen, über deren Teilnahme am Krieg, deren Verluste sowie deren Beteiligung an der öffentlichen Wohltätigkeit. Solchermaßen wollte sie sich rüsten für den antisemitischen Entscheidungskampf in Deutschland nach dem Krieg.

Der Krieg als Stahlbad, als Bewährungsprobe für die rassische Überlegenheit und als Möglichkeit zur Scheidung des Jüdischen vom Deutschen — mit diesen Gedanken zogen die Völkischen in den Krieg. Auch der Bundeswart des Reichshammerbundes und Leutnant der Reserve und spätere Oberleutnant Alfred Roth suchte und fand an der Front die Bestätigung dieser Überzeugungen und Vorurteile.⁴⁸ Von besonderer Bedeutung für die antisemitische Haltung Roths und vieler anderer Völkischer war das Vordringen deutscher Soldaten in den Osten.⁴⁹ Voller nationaler und rassischer Überheblichkeit und ohne jegliches Differenzierungsvermögen sah sich Roth durch die Begegnung mit dem Ostjudentum nur noch in dem Glauben an die deutsche sittliche und kulturelle Überlegenheit bestärkt.⁵⁰ Für die Auflösungserscheinungen im russischen Heer hatte er mit dem Hinweis auf »das jüdische Element als Ferment der Dekomposition« auch die passende antisemitische Erklärung bei der Hand.⁵¹ So verfestigte denn der Krieg noch die alten antisemitischen Vorurteile und schuf neue antijüdische Ressentiments, denen gegenüber das tatsächliche tapfere Auftreten deutscher Juden im Krieg keine Überzeugungskraft besaß. Von der Belebung des Antisemitismus durch den Krieg profitierten auch die völkischen Verbände, wie das Beispiel des Reichshammerbundes zeigt.

Zwar hatte der Krieg durch die Einberufung zahlreicher führender Persönlichkeiten die Propagandatätigkeit des Bundes zunächst erheblich reduziert und die Organisation fast gänzlich zum Erliegen gebracht,

doch änderte sich das Bild mit dem Andauern des Krieges. Schon Mitte des Jahres 1915 erhöhte sich die Ortsgruppenzahl um zwei.⁵² Ende Dezember 1916 konstatierte die Hauptgeschäftsstelle, daß sich der Bund äußerst günstig entwickle und daß neben einem regen Briefwechsel mit den alten Mitgliedern täglich Neuanmeldungen zu verzeichnen seien.⁵³ Dieselbe Aufwärtsentwicklung des Bundes stellte ein vertraulicher Tätigkeitsbericht des Bundeswartes vom April 1917 fest.⁵⁴ Doch konnte dieser Fortschritt der Organisation nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Reichshammerbund ein kleiner völkischer Verein neben vielen anderen geblieben war, fast ohne Einflußmöglichkeiten und mit lediglich beschränkten Propagandamitteln. So reifte der Entschluß der Führung, die Hammer-Leser und die Reichshammerbündler dem Alldeutschen Verband zuzuführen.⁵⁵ Am 1. Februar 1917 wurden sie aufgerufen, dieser Zentralvereinigung aller »wahrhaft Deutsch-Denkenden« beizutreten und mitzuhelfen, den Alldeutschen Verband zur »wichtigen Sturmkolonne« gegen das »Undeutsche« auszubauen.⁵⁶ Doch blieb dieser »Nationale Sammelruf« insbesondere in organisatorischer Hinsicht ohne weitere Konsequenz.

Auch in der Öffentlichkeitsarbeit blieb der Bund auf sich allein gestellt. Diese Arbeit beschränkte sich zunächst auf die halbmonatliche Herausgabe der Hammer-Zeitschrift und die Verteilung von Flugblättern. Dazu trat von 1916 an eine verstärkte Aktivität der beiden Führer Alfred Roth und Theodor Fritsch, die sich in Eingaben und Schreiben an führende Persönlichkeiten im Reich und in den deutschen Staaten wandten. Im Mittelpunkt dieser Einzelaktionen stand die Polemik gegen die Person und die Politik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg und gegen die Kriegswirtschaft.⁵⁷ Vor allem die anhaltenden Angriffe gegen die Kriegsgesellschaften, die bezichtigt wurden, ausschließlich jüdischen Interessen zu dienen, und denen nichts Geringeres als Wucher und Landesverrat vorgeworfen wurde, konnten in dem durch Krieg und Blockade wirtschaftlich bedrängten Deutschland ihre Wirkung nicht verfehlen und blieben bis in die Nachkriegszeit hinein eines der erfolgreichsten antisemitischen Propagandamittel.

Aber das Wachsen des Mitgliederbestandes und der Organisation sowie das propagandistische Auftreten der Bundesführer konnten nicht verhindern, daß der Reichshammerbund als Organisationseinheit im Kriege vergleichsweise schwach und seine Tätigkeit ohne größere Wirkung blieb. Darüber hinaus war der Bundeswart Roth durch die berufliche Tätigkeit bei den Rheinischen Stahlwerken in Duisburg seit 1917 in seiner Aktionsfreiheit eingengt, wenn er auch in Westdeutschland als nationaler »Durchhalte«-Redner auftreten konnte.⁵⁸ Erst die mili-

tärische Niederlage und die innerdeutschen Umwälzungen riefen den Bundeswart wieder ganz auf den Plan und gaben der Hammerbund-Organisation neuen Auftrieb. Am 12. November 1918 wandte sich Roth mit der Losung: »Den Deutschen kann auch nur durch Deutsche geholfen werden!« an seine Hammerbündler.⁵⁹ Er forderte sie auf, dem Reichshammerbund treu zu bleiben und die Anstrengungen auf die Vereinigung aller gleichgesinnten Kreise und Gruppen in einer großen völkischen Sammelbewegung zu richten.

Roth war sich im klaren darüber, daß sowohl der Reichshammerbund als auch die Deutschvölkische Partei, die Nachfolgerin der alten Antisemitenparteien, unter den veränderten politischen Verhältnissen auf sich allein gestellt kaum etwas auszurichten vermochten. In fast gleichlautenden Schreiben an die Deutsche Vaterlandspartei, an die Deutschkonservative Partei und die Deutschvölkische Partei warb er für den Zusammenschluß aller »rechtsstehenden« Kreise.⁶⁰ Ein erster Schritt auf diesem Weg schien ihm die Gründung der DNVP, der er noch im November 1918 beitrug.⁶¹ Von dem Eintritt der Deutschvölkischen in die nationale Partei und ihrer allmählichen völkischen Unterwanderung versprach sich Roth eine Stärkung des völkischen Gedankens und dessen wirksamere Vertretung im Parlament. Indessen glaubte er nicht, daß der Antisemitismus und der völkische Gedanke Angelegenheit einer Partei bleiben dürften oder gar daß auch nur die Judenfrage auf dem Wege über die Parteien gelöst werden könnte. Roth setzte vielmehr alle Hoffnung darauf, daß es gelingen werde, den völkischen Gedanken und den Antisemitismus zum Mittelpunkt einer umfassenden außerparlamentarischen Bewegung zu machen.⁶² Nur mit Hilfe einer solchen Organisation schien es ihm möglich, den liberaldemokratischen und sozialistischen Parteien entgegenzutreten und verändernd im Sinne der Reaktion auf die politischen Verhältnisse der neuen Republik einwirken zu können.

Als es im November 1918 darum ging, im alldeutschen »Judenausschuß«, dem Roth angehörte,⁶³ die Stellung des Alldeutschen Verbandes zur Judenfrage zu überprüfen, trat Roth entschieden für die Gründung einer Zentralorganisation ein. In seiner Eingabe an den alldeutschen Ausschuß vom 25. November 1918⁶⁴ forderte er die Ausschußmitglieder auf, an die Erfahrungen des Deutschen Tages vom Jahre 1913 anzuknüpfen und eine Zentralorganisation für alle bestehenden völkischen Bünde, Orden und Verbände aufzubauen. Nur eine solche Gesamtorganisation, die alle bestehenden Kräfte zusammenfasse, so hob Roth hervor, sei in der Lage, gegen die »vernichtende Macht des Judentums« anzutreten und »mit den Waffen des Geistes und der Wis-

senschaft die Gemeingefährlichkeit des Judentums für unser deutsches Volkstum aufzudecken und zu seiner Bekämpfung aufzurufen mit dem Ziel, seine schädigenden Einflüsse aus unserem Volksleben rücksichtslos auszuschalten«.

Sein enragierter Eifer, seine publizistischen und organisatorischen Erfahrungen aus der Arbeit in den antisemitischen Parteien und Verbänden, nicht zuletzt auch seine Mitgliedschaft im Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes empfahlen Roth in den Augen der führenden Alldeutschen für eine leitende Position im Schutz- und Trutz-Bund. Vor allem Gebattel versuchte, Roth für die neue Organisation zu gewinnen.⁶⁵ Noch Ende des Jahres 1918 war Roths Anstellung als Hauptgeschäftsführer des Schutz- und Trutz-Bundes entschieden.⁶⁶ Damit sicherten sich die Initiatoren der Neugründung zugleich die Unterstützung eines im antisemitischen Lager anerkannten Verbandes. Denn Roth sagte zu, als Bundeswart des Reichshammerbundes für die Eingliederung dieser Organisation in den neuen, umfassenden Bund zu sorgen.⁶⁷ Tatsächlich ging dann auch der Reichshammerbund im Schutz- und Trutz-Bund auf. Die einzelnen Schritte und die Bedeutung dieser Eingliederung für die Entwicklung des Schutz- und Trutz-Bundes sollen erst später erörtert werden.⁶⁸ Für die Problemstellung dieses Teiles ist festzuhalten, daß es gelang, zusammen mit Alfred Roth dem neuen Bund jene mittelständischen und kleinbürgerlichen Gruppen zuzuführen, die sich um die entschieden völkisch-antisemitischen sowie mittelstandspolitischen Ideen Theodor Fritschs im Reichshammerbund zusammengefunden hatten.

5. Der parteipolitische Antisemitismus

Niedergang der Antisemitenparteien

Der endgültige Niedergang des Parteiantisemitismus fällt, wie schon im zweiten Kapitel angedeutet, mit dem Aufbruch des völkischen Antisemitismus zusammen. Der parteipolitische Antisemitismus war in seinen Ursprüngen vor allem wirtschaftlich motiviert und zog aus seiner Gegnerschaft zum wirtschaftlichen Liberalismus und zur modernen Wirtschaftsentwicklung seinen größten Nutzen. So richtete er seine Angriffe weniger gegen die Juden als Rasse, als vielmehr gegen die Juden als Verkörperung des liberalen Prinzips in Wirtschaft, Politik und Kultur. Er verband diese Angriffe mit einem Eintreten für christliche und

ständisch-konservative Ideen. Daneben gab es jedoch von Anfang an im parteiantisemitischen Lager Kräfte, die gegen den christlich-konservativen und ständischen Gedanken opponierten. Wenngleich auch sie weitgehend mit dem sozialen Moment agitierten, vertraten sie doch einen primär rassistisch geprägten Antisemitismus.

Dieser Gegensatz unter den Parteiantisemiten fand — sieht man von den zahlreichen radikalen Einzelgängern ab — 1889 und 1890 seinen Ausdruck in der Gründung zweier Parteien: der Deutsch-Sozialen Partei unter Max Liebermann von Sonnenberg und der Antisemitischen Volkspartei unter Dr. Otto Böckel, die nach den Reichstagswahlen 1893 den Namen Deutsche Reformpartei annahm.¹ Das Auftreten der Antisemiten in Parteien bei den Wahlen und im Reichstag machte eine Abstimmung mit den benachbarten politischen Parteien und Gruppen notwendig und bewirkte damit eine zunehmende Mäßigung. So kam es auch zu einer Annäherung der beiden antisemitischen Parteien. Sie führte schließlich 1894 zu einer Vereinigung, nachdem vorher der radikale Böckel als Vorsitzender der Deutschen Reformpartei dem flexibleren Oswald Zimmermann Platz machen müssen. Die neue Deutsch-soziale Reformpartei stellte das negative antijüdische Moment mehr in den Hintergrund und betonte die deutsch-sozialen, das heißt konservativen und mittelständischen Grundsätze. Dieses Programm war geeignet, vor allem das Bauerntum und das mittlere und Kleinbürgertum in Handwerk, Handel und in der Beamtschaft anzusprechen. Diese Kreise stellten dann auch das Gros der Anhänger und Wähler.

Der Rückgang der vereinigten antisemitischen Partei bei den Reichstagswahlen 1898 von vierzehn auf zehn Abgeordnete² ließ die alten Gegensätze wieder aufbrechen. Die radikalen Antisemiten innerhalb und außerhalb der Partei nahmen ihn zum Ausgangspunkt, eine stärkere Agitation in der Judenfrage zu fordern und scharfe Kritik an dem christlich-konservativen Kurs Liebermanns von Sonnenberg zu üben. Das Ergebnis dieser Auseinandersetzungen war, daß sich die Partei 1900 wieder in die alten Blöcke spaltete. Die Deutsch-Sozialen unter Liebermann von Sonnenberg errangen bei den Reichstagswahlen 1903 drei Mandate und gingen zusammen mit den Christlich-Sozialen und den Agrariern des Bundes der Landwirte und des Bayerischen Bauernbundes in der Wirtschaftlichen Vereinigung auf, in deren Statuten der Antisemitismus nicht einmal mehr erwähnt wurde. Unter Zimmermann schloß sich der Rest der Deutschsozialen Reformpartei, der ab 1903 wieder den alten Namen Deutsche Reformpartei führte und bei den Reichstagswahlen 1907 sechs Mandate erringen konnte, im Parlament der Reichspartei an. Wenngleich beide Antisemitenparteien ihre Orga-

nisationen aufrechterhielten, hatte der parteipolitische Antisemitismus jedoch mit dieser Entwicklung als selbständiger politischer Faktor zu bestehen aufgehört. Mit dem Tode der beiden antagonistischen Antisemitenführer Zimmermann 1910 und Liebermann von Sonnenberg 1911 war der Weg frei für eine Neubesinnung unter den Parteiantisemiten. Der Eintritt in die Parteipolitik hatte dem politischen Antisemitismus viel von seiner Radikalität genommen und ihn immer stärker zu einem Element sozialpolitischer Interessenvertretung werden lassen.

Zur gleichen Zeit aber war unter dem Einfluß der Deutschtumsideen Lagardes, der Rassentheorien Gobineaus und Chamberlains und des Biologismus Darwins und Haeckels eine Ausbildung des Antisemitismus ins Biologisch-Rassentheoretische erfolgt. Darüber kam es zu einer allmählichen Annäherung von Nationalisten und Alldeutschen und den Antisemiten. So, wie die Nationalisten und Alldeutschen bei dem Versuch, die Absolutsetzung der deutschen Nation durch den Rückgriff auf das vermeintlich Unabänderliche im Leben eines Volkes, auf die Rasse, zu rechtfertigen, zum Antisemitismus kamen, so gelangten umgekehrt die Antisemiten, indem sie ihren Antisemitismus in einem rassentheoretischen Fundament verankerten, zur Hochschätzung des Völkischen und Nationalen. Tatsache war, daß die Antisemiten von jeher eine starke Affinität zum Nationalen besaßen. Das lag nicht zuletzt in der Struktur der Anhängerschaft des Parteiantisemitismus begründet. Die Angehörigen des Bauerntums, des Handwerks, des Handels, die Freiberuflichen und die Beamten sahen sich im Gegensatz zu den Vertretern des internationalen Kapitals und des internationalen Sozialismus als die eigentlich staatstragenden Stände und Berufsgruppen an. Die nationale und völkische Ausrichtung des Antisemitismus kam in den Antisemitenparteien allerdings erst mit der jungen Generation in den letzten Vorkriegsjahren voll zur Auswirkung. Vor allem Dr. Ferdinand Werner bemühte sich um die Grundlegung eines völkisch-nationalen Programms, das die Basis für den erneuten, dauerhaften Zusammenschluß der beiden Antisemitenparteien abgeben sollte.

Werner und die Deutschvölkische Partei

Der am 27. Oktober 1876 im hessischen Weidenhausen geborene Oberlehrer Werner³ war ein typischer Vertreter jener großen Schar deutsch-tümelnder, nationalistischer Akademiker des Vorkriegsjahrzehnts, die im parteipolitischen Antisemitismus immer stärker in den Vordergrund traten. Ihre alldeutsch-nationalistischen und ihre antisemitischen Forderungen entsprangen ein und demselben deutschvölkischen Denken,

das das deutsche Volk und dessen rassische Grundlagen und Lebensbedingungen zum Ausgangspunkt aller politischen Überlegungen machte. Werner gehörte seit den 90er Jahren dem Alldeutschen Verband an. Er trat als Antisemit zum ersten Mal 1908 hervor, als er sich für die Deutsch-Soziale Partei um ein Mandat im Hessischen Landtag bewarb, dann aber die Kandidatur zurückzog. 1909 wählte ihn der Landesverband Hessen der Deutsch-Sozialen Partei zu seinem Vorsitzenden. 1911 behauptete Werner in einer Nachwahl für den Reichstag den Wahlkreis Gießen gegen die Sozialdemokratie und wurde auch 1912 wiedergewählt.

Mit Hilfe eines ideologisch neu fundierten Programms, dessen Grundlage der in diesen Vorkriegsjahren überall zum Durchbruch kommende deutschvölkische Gedanke bildete, suchte Werner die Parteiantisemiten aufs neue zu vereinen. Seine Bemühungen führten noch im Frühjahr 1914 zum Erfolg. Am 22. März 1914 beschlossen die führenden Vertreter der beiden Antisemitenparteien in Berlin die Vereinigung ihrer beiden Organisationen unter dem Namen »Deutschvölkische Partei«. ⁴ Bereits ein Jahr später wurde Werner als Nachfolger des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Lattmann zum Vorsitzenden der Deutschvölkischen Partei gewählt und behielt dieses Amt bei, bis die Partei Ende November 1918 in der DNVP aufging.

Der neue Name der Partei bringt die entscheidende Wandlung, die der Parteiantisemitismus durchgemacht hat, programmatisch zum Ausdruck. Der Antisemitismus aus sozialen und wirtschaftspolitischen Motiven, der in den Begriffen »deutsch-sozial« und »deutsche Reform« noch durchschimmerte, war in einem rassisch begründeten deutschvölkischen Denken aufgegangen. Die Initiatoren der neuen Partei verstanden den Namen als einen Aufruf zur Pflicht, die deutsche »völkische Eigenart« stärker als bisher nach innen und außen zu betonen, »alles Undeutsche, Gemeine und Schwindelhafte auszuschneiden und an seine Stelle nationale Kraft und völkische Gesundheit zu setzen«. ⁵ Damit wird deutlich, daß sich zwischen den Nationalisten und Alldeutschen, den parteiunabhängigen Völkischen und den Parteiantisemiten, zumindest was die Führer dieser Gruppen betraf, noch vor 1914 auf ideologischem Gebiet eine weitgehende Annäherung vollzogen hatte, die sich im Laufe des Krieges auch auf die Anhängerkreise ausdehnen sollte.

Wenngleich der Zusammenschluß der beiden Antisemitenparteien an ihrer Bedeutungslosigkeit im Parlament kaum etwas zu ändern vermochte, stellte er jedoch eine wesentliche Stärkung der Gesamtorganisation im Reich dar. Dieser Reichsverband der Deutschvölkischen Partei wurde im wesentlichen zusammengehalten durch die beiden partei-

eigenen Zeitungen: die »Deutsch-Sozialen Blätter«, seit der Nummer 83 vom 17. Oktober 1914 »Deutschvölkische Blätter«, und die »Aufklärungsschriften« des Reichsverbandes, die ebenfalls seit Oktober 1914 als »Deutschvölkische Warte« firmierten. Diese beiden Blätter vermittelten der Anhängerschaft die neue ideologische Richtung des Antisemitismus.⁶ Das neue Denken innerhalb der Partei fand 1917 seinen sichtbaren Ausdruck in der Übernahme des Hakenkreuzes, das die Völkischen schon vor dem Kriege als germanisches Heils- und Siegeszeichen für sich beansprucht hatten. Es zierte seit Nummer 1 des Jahrganges 1917 den Kopf der »Deutschvölkischen Blätter«.⁷

Die militärische Niederlage, die Revolution im November 1918 und die Abwehrhaltung weiter Kreise gegen die dadurch veränderten politischen Verhältnisse bewirkten in der Deutschvölkischen Partei nicht nur ein noch entschiedeneres Festhalten am deutschvölkischen Gedanken,⁸ sondern auch eine weitere Radikalisierung des Antisemitismus als des im deutschvölkischen Denken vorherrschenden Elements. In seiner Eingabe an den alldeutschen Judenausschuß vom 18. November 1918 stellte der Parteivorsitzende Werner fest: »der Antisemitismus ist jetzt die einzige Waffe«.⁹ Die »Deutschvölkischen Blätter« verkündeten: »Los von Juda«, heißt der Wahlspruch, unter dem wir wieder ein deutsches Volk werden können.«¹⁰ Die führenden Deutschvölkischen waren der Meinung, daß der Antisemitismus nicht die Sache einer kleinen Partei bleiben dürfe. Diese Ansicht erleichterte ihnen den Anschluß an die DNVP, den sie jedoch vollzogen, ohne die eigene deutschvölkische Organisation aufzulösen. Sie erwarteten, daß diese, nachdem die beschränkenden Momente parteipolitischer Tätigkeit fortgefallen waren, ganz neue Bevölkerungskreise für sich gewinnen und damit ihren Einflußbereich wesentlich erweitern könnte.

Demgemäß entschied der Mitte Dezember 1918 nach Eisenach einberufene Parteitag der Deutschvölkischen Partei.¹¹ Er stimmte für die Verschmelzung der Partei mit der DNVP, in deren vorläufigen geschäftsführenden Vorstand der Parteivorsitzende Werner eintrat. Zugleich aber sprach der Parteitag sich für die Aufrechterhaltung der Organisation des Reichsverbandes und die Beibehaltung der parteieigenen Zeitungen aus. Der Reichsverband der Partei wurde in den Deutschvölkischen Bund umgewandelt.

Schon im Januar 1919 trat der Bund mit Beitrittsaufforderungen und Flugblättern an die Öffentlichkeit.¹² Am 30. März 1919 wählte in Kassel der erste Bundestag des Deutschvölkischen Bundes seine Leitung und setzte Richtlinien für die Bundespolitik fest, die ganz auf den Antisemitismus abgestellt waren.¹³ Die Zusammensetzung sowohl der ei-

gentlichen Bundesleitung mit Ferdinand Werner als erstem und Friedrich Wiegershaus¹⁴ als zweitem Vorsitzenden an der Spitze als auch des erweiterten Bundesvorstandes, dem die führenden Personen aus den Landesverbänden und Ortsgruppen angehörten, zeigt an, daß der personelle und organisatorische Bestand der ehemaligen Antisemitenpartei nahezu ungeschmälert in den neuen Bund übergegangen war. Ferner spiegelt die Zusammensetzung der Leitungsgremien die regionalen und organisatorischen Schwerpunkte des Parteiantisemitismus: Hessen, Sachsen und Hamburg wider.¹⁵

Nur ein halbes Jahr später ging der Deutschvölkische Bund, dessen Leitung schon auf dem ersten Bundestag aufgefordert worden war, mit anderen völkischen Verbänden in engere Verbindung zu treten, im Schutz- und Trutz-Bund auf. Die Einzelheiten dieser Fusion sollen weiter unten dargestellt werden.¹⁶ Hier ist nur noch die Frage anzuschließen, welche Bedeutung in soziologischer Hinsicht dieser Vereinigung zukommt. Die Anhängerschaft des Deutschvölkischen Bundes setzte sich überwiegend aus Kreisen der Selbständigen aus Kleinhandel und Handwerk, der Angestellten und der Beamten zusammen. Mit diesem Element des unteren und teilweise gehobenen Mittelstandes erfuhr der Schutz- und Trutz-Bund in seiner soziologischen Grundlage eine wesentliche Ergänzung, die dank der völkischen Infiltration in den Parteiantisemitismus in den Jahren unmittelbar vor und während des Weltkrieges ideologisch konform ging mit den aus Reichshammerbund und Alldeutschem Verband zum Schutz- und Trutz-Bund gestoßenen Kreisen. Damit umfaßte der neue Gesamtverband zumindest in Ansätzen bereits die gesamte Breite des vielstufigen Mittelstandes.

6. Das Ausgreifen des Antisemitismus im Weltkrieg

Wilhelminischer Imperialismus und Weltkrieg bildeten gleichsam die Bedingungen, unter denen — wie am Beispiel des Alldeutschen Verbandes, des Reichshammerbundes und der Deutschvölkischen Partei aufgewiesen worden ist — sich der völkische Antisemitismus ausbilden und die völkische Bewegung sich formieren konnte. Mit dem Imperialismus, in den mehr und mehr auch rassistisches Gedankengut Eingang gefunden hatte, verbreiteten sich auch andere ideologische und politische Vorstellungen der Alldeutschen und Völkischen im deutschen Volk. Unter dem Einfluß des Krieges kam es gleichfalls zur immer stärkeren Beto-

nung einer rassistischen Volkstumsidee und zur Ausbildung einer »deutschen Weltanschauung«. Der Antisemitismus im völkisch-weltanschaulichen Gewand erhielt dadurch noch weiteren Auftrieb. Auf die Bedeutung der letzten Jahre der Vorkriegszeit für den Antisemitismus ist in dem einleitenden Kapitel dieses Teiles eingegangen worden. Hier soll nun abschließend noch einmal dem Ausgreifen des Antisemitismus im Weltkrieg, das bei der Darstellung der drei antisemitischen Organisationen festgestellt werden konnte, nachgegangen werden, um die politischen und sozialen Bedingungen zu erhellen sowie einzelne Motive hervorzuheben, die dieses Ausgreifen begünstigten.

Die Kluft zwischen Deutschen und Juden, die die Begeisterung der Augusttage 1914 zugedeckt hatte, brach bald wieder auf.¹ Schon das Jahr 1915 brachte, nachdem sich abgezeichnet hatte, daß mit einem schnellen Kriegsende nicht mehr zu rechnen war, ein deutliches Anschwellen des Antisemitismus. Der Anlaß für eine verstärkte und wirksame antisemitische Kampagne war einmal in der Konfrontation der Deutschen mit dem Ostjudentum an der Front gegeben. Zum anderen wurde dadurch, daß die deutsche Oberste Heeresleitung aus den besetzten Ostgebieten ostjüdische Arbeitskräfte nach Deutschland zwangsverpflichtete, der Bevölkerung ein oberflächlicher Eindruck vom Ostjudentum vermittelt, der auch in der Heimat Anlaß zu einer verstärkten antisemitischen Agitation bot.² Das zielbewußte Aufgreifen der »Ostjudenfrage« durch die nationalistische und völkische Publizistik in Broschüren und Artikeln kann jedoch über die wahren Hintergründe dieser antisemitischen Kampagne nicht hinwegtäuschen. Die Ostjudeneinwanderung war in dieser Zeit kaum ein Problem, das ein solches Aufheben verdiente. Sie war zahlenmäßig recht unbedeutend und stand etwa zu der Masse polnischer Landarbeiter im deutschen Osten in gar keinem Verhältnis. Völkische und Nationalisten spielten die »Ostjudenfrage« bewußt hoch, um unter Umgehung der deutschen Kriegszensur die Juden insgesamt und die mit ihnen in Zusammenhang gebrachten innenpolitischen Gegner zu treffen. Als Vorreiter beteiligte sich dabei der alldeutsche Georg Fritz mit seiner Schrift »Die Ostjudenfrage« aus dem Jahre 1915.³ Aufsätze und Pamphlete anderer mit mehr oder weniger deutlichen antisemitischen Akzenten folgten.⁴

Die Hetzkampagne gegen die Ostjuden führte zu einem merklichen Ansteigen der antisemitischen Stimmung sowohl in der Heimat als auch besonders an der Front. Unter ihrem Einfluß rief die Begegnung mit der fremden ostjüdischen Welt bei vielen deutschen Soldaten ein verstärktes Gefühl der Abneigung hervor und vertiefte noch den Glauben an die eigene Überlegenheit. Das galt nicht nur für ohnehin über-

zeugte Antisemiten wie Alfred Roth, sondern für weitere, bisher vom Antisemitismus kaum beeinflusste Kreise. So berichtete ein Rittmeister Baumann seinem ehemaligen Regimentskommandeur Gebattel, daß an der Ostfront sich zunehmend eine antijüdische Stimmung breitmache. Er führte dies vor allem auf das zurück, »was ich im Osten gesehen habe«; »Ungarn und Galizien sind eben Hochburgen des Judentums«. ⁶ Der bei der preußischen Polizei tätige Gustav Seifert, der nach der Revolution eine so bedeutende Rolle in der NSDAP Niedersachsens spielen sollte, leitete seinen Judenhaß von der Begegnung mit dem Judentum in Warschau her. ⁷ Im November 1915 berichtete René Schickele, der Herausgeber der »Weißen Blätter«, einer literarischen Zeitschrift des Expressionismus, daß ihn Zuschriften von der Ostfront über die Ostjudenfrage geradezu überschwemmen. ⁸

Das bei der Behandlung der Ostjudenfrage zutage tretende gespannte Verhältnis zwischen Deutschen und Juden verschlechterte sich im folgenden Jahr erheblich durch die Auseinandersetzungen um die sogenannte Judenstatistik. Im Oktober 1916 hatte der damalige preußische Kriegsminister, Wild von Hohenborn, veranlaßt durch unzählige zumeist namenlose Anzeigen über angebliche jüdische Drückebergerei, eine Zählung aller jüdischen Kriegsteilnehmer an der Front, in der Etappe und in den Garnisonen angeordnet. Diese »Juden-zählung« bedeutete zweifellos ein Nachgeben gegenüber der anschwellenden antisemitischen Stimmung im Heer und öffnete ihr gleichsam ein Ventil, wenn auch das statistische Material angeblich dazu dienen sollte, den zahllosen antijüdischen Angriffen und Diffamierungen den Boden zu entziehen. ^{8a} Das Unterfangen des preußischen Kriegsministers war ebenso fragwürdig wie umstritten, verlieh es doch gerade diesen Angriffen und Diffamierungen im Heer und in der Heimat eine unerwartete Publizität. Die Ablösung des Kriegsministers und die Geheimhaltung des statistischen Materials konnten den angerichteten Schaden keineswegs wieder beheben. Vielmehr zogen die Antisemiten auch daraus ihren Vorteil, indem sie gehässige Mutmaßungen über das Ergebnis der Zählung anstellten. ⁹

Ostjudenfrage und Judenstatistik lenkten die Aufmerksamkeit weiter Bevölkerungsteile in außergewöhnlicher Weise auf das deutsche Judentum und warfen das Problem einer andersgläubigen Minderheit inmitten eines von den Entbehrungen und Opfern des unerwartet langen Krieges schon gekennzeichneten Volkes auf. Darüber hinaus führte die angespannte wirtschaftliche Lage zu scharfen antijüdischen Angriffen gegen die deutsche Kriegswirtschaft und gegen die Kriegsgesellschaften. Der Name des Initiators der Kriegswirtschaft, Walther Rathenau, ge-

nügte, um sie als ein jüdisches »Machwerk« zu charakterisieren, die Nennung weiterer prominenter Juden wie etwa Albert Ballin, um sie des Wuchers und des Landesverrats zu bezichtigen.^{9a} Der deutlich spürbar gewordene Antisemitismus in der Heimat wurde durch die jungen Offiziere an die Front getragen und verstärkte dort die seit 1916 immer offener zutage tretende antijüdische Stimmung.¹⁰ Der jüdische Offiziersanwärter Julius Marx registrierte in seinem Kriegstagebuch das merkliche Ansteigen des Antisemitismus. Am 3. Juni 1916 notierte er: »Die Kriegslage scheint sich verschlimmert zu haben. Um das Volk abzulenken, macht man nun in Antisemitismus!«¹¹

Synchron mit dem an Verbreitung und Intensität zunehmenden Antisemitismus ging eine verstärkte publizistische und organisatorische Aktivität der Judengegner, die keineswegs auf die im Zusammenhang mit der Entwicklung des Alldeutschen Verbandes, des Reichshammerbundes und des Germanenordens angeführten Beispiele beschränkt blieb. Im Juni 1916 erschien zum erstenmal seit Kriegsbeginn wieder die Zeitschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums »Auf Vorposten«, die das Spektrum der Antisemiten-Blätter um eine antifreimaurerische Komponente bereicherte.¹² Seit Anfang 1916 bemühte sich die in Hamburg aus Kreisen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes heraus gegründete »Fichte-Gesellschaft von 1914«, der deutschvölkischen Bewegung ein Zentrum zu geben und auf praktische Zusammenarbeit hinzuwirken.¹³ Zur gleichen Zeit und zum selben Zweck rief in Mitteldeutschland der Schriftleiter der rassistischen Zeitschrift »Die Nornen«, Dr. Paul Hartig, zur Gründung eines »Deutschen Volksbundes« auf.¹⁴ Ebenfalls 1916 schloß sich ein großer Teil der Wandervogel-Vereinigungen in einem völkischen »Jungdeutschen Bund« zusammen.¹⁵ Je länger der Krieg andauerte und je offener die innenpolitischen Spannungen zutage traten, desto mehr gewann der Antisemitismus an Heftigkeit und Ausbreitung, desto deutlicher zeichnete sich die Formierung der völkischen Bewegung ab.

Über das Aufgreifen der Friedensresolution des Reichstages vom Juli 1917 für antisemitische Zwecke ist bei der Darstellung der Entfaltung des Antisemitismus im Alldeutschen Verband schon berichtet worden. Nach dem Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918 erschien in Berlin ein anonymes Flugblatt mit heftigen Angriffen gegen die deutschen Juden. Es beschuldigte sie, in enger Zusammenarbeit mit der »Jüdischen Internationale« in landesverräterischer Absicht Deutsche gegen Deutsche aufgehetzt zu haben.¹⁶ Der Forderung nach Parlamentarisierung und den Bedingungen der Mehrheitsparteien, insbesondere der Sozialdemokratie, für den Eintritt in die Regierung im Herbst 1918 antwor-

tete ein noch verstärkter Antisemitismus. Im Juli-September-Heft seiner Zeitschrift »Auf Vorposten« veröffentlichte der Leiter des Verbandes gegen Überhebung des Judentums, Müller von Hausen, eine »Deutsche Judenordnung«, die sowohl in ihrer Schärfe als auch im Eingehen auf Details die Claß-Frymannschen Ausführungen von 1912 weit hinter sich ließ. Müller von Hausen stellte die Verwirklichung seiner Forderungen als die Grundvoraussetzung für eine Parlamentarisierung heraus.¹⁷

Welches Ausmaß der Antisemitismus schon zu diesem Zeitpunkt angenommen hatte, illustriert das starke Echo auf ein antisemitisches Pamphlet, das der Genossenschaftssekretär Heinrich Dolle am 1. Oktober 1918 als Sondernummer des »Arbeitsblattes der Bezugs- und Absatzvereinigung der Kleinviehzüchter e.G.m.b.H. zu Moers« herausbrachte und außer an die Mitglieder dieser Genossenschaft auch an landwirtschaftliche Behörden und Vereine im Rheinland und in Westfalen, an die Kriegsernährungsgesellschaften in Berlin und an Reichstagsabgeordnete versandte.¹⁸ Der Artikel, der sich insbesondere an die deutschen Bauern wandte und sie aufforderte, »das deutsche Blut«, »das deutsche Volkstum« zu retten, enthielt mit der Zurückführung des deutsch-jüdischen Gegensatzes auf Rassenmerkmale, mit seinen Angriffen gegen das Zeitungswesen, die Banken und Börsen, die Führung der Arbeiterschaft und die Kriegswirtschaft nahezu alle Elemente des traditionellen und aktuellen Antisemitismus. Das Echo war gewaltig. Aus allen Teilen Deutschlands meldeten sich Einzelpersonen, politische Verbände und berufsständische Organisationen, um Zustimmung zu äußern und Werbeexemplare anzufordern.¹⁹ Dolle mußte eine neue Auflage drucken lassen. Auch die Antisemiten im Alldeutschen Verband merkten auf. Gebattel lud den Genossenschaftssekretär zur Teilnahme an den Sitzungen des alldeutschen »Judenausschusses« ein.²⁰ Der Münchener Verleger Lehmann bestellte einige zehntausend Exemplare.²¹ Dolles Pamphlet rief auch den Bundeswart des Reichshammerbundes, Alfred Roth, auf den Plan. Er ließ sich 400 Stück kommen und bat um die Erlaubnis, den Inhalt für ein Massenflugblatt des Hammerbundes verwenden zu dürfen.²² Der Antisemitismus war im Oktober 1918 ein massenwirksames Agitationsmittel und ein politisches Programm geworden, für das sich Adlige, Großbürger, Mittelständler und Kleinbürger, Nationalisten, Völkische und Antisemiten gleichermaßen interessierten.

Der wenig später erfolgende Zusammenbruch, in dem mit der von weitesten Kreisen nicht erwarteten militärischen Niederlage das bisherige politische System zerbrach, bildete das auslösende Moment für einen

weiteren entscheidenden Durchbruch des Antisemitismus. In dieser turbulenten Zeit, in der insbesondere die bürgerlichen Kreise nach dem Sinn der schweren Opfer fragten und nur Zerstörung und Chaos wahrnehmen zu können glaubten, während die Frontsoldaten in ein unruhiges, politisch unsicher gewordenes Land heimkehrten, zeigte sich, daß der Antisemitismus in der völkisch-rassistischen Ausprägung, die er im letzten Jahrzehnt fast überall erfahren hatte, für die vielen getrennt operierenden nationalen und völkischen Organisationen die gemeinsame Plattform für den Kampf gegen eine parlamentarisch-demokratische Neuordnung abzugeben vermochte. Das war die Situation, in der sich mit dem Alldrutschen Verband, dem Reichshammerbund und der Deutschvölkischen Partei sowie mit Claß-Gebtsattel, Roth und Werner als deren Führern drei Bewegungen unterschiedlichen Inhalts und unterschiedlicher Sozialstruktur und mit diesen Bewegungen verschiedene Bevölkerungsschichten und berufsständische Gruppen im Schutz- und Trutz-Bund auf der Grundlage des Antisemitismus vereinigten.

Organisation, Struktur, Methode

Vorbemerkung

Hinter der Gründung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes stand die erklärte Absicht seiner Initiatoren, mit Hilfe einer antisemitischen Organisation eine Massenbasis für ihre gegen die neue demokratische Republik gerichtete Politik zu gewinnen. Der Erfolg dieses Unternehmens hing entscheidend davon ab, ob es der Organisation gelingen würde, einerseits eine Zersplitterung der Kräfte in der antisemitischen und völkischen Bewegung zu verhindern und die vorhandenen verschiedenen Gruppen der eigenen Leitung unterzuordnen, andererseits eine Verbreitung über die dem Antisemitismus bisher gesetzten soziologischen und geographischen Grenzen hinaus zu finden. Die Wirksamkeit des Bundes war zudem abhängig von seiner inneren Organisation und von einer ausreichenden Finanzierung. Diese Fragen, die Formierung der völkischen Bewegung, die Organisation des Schutz- und Trutz-Bundes, seine Sozialstruktur und Verbreitung, sollen in den ersten Kapiteln dieses Teiles erörtert werden. In einem weiteren Kapitel wird dann auf die Mittel und Methoden der öffentlichen Agitation und der internen Indoktrination, durch die das antisemitische Wirken des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes im wesentlichen charakterisiert ist, einzugehen sein. Die Fragen nach Organisation, Struktur und Methode sind nicht nur hinsichtlich der Entwicklung und Wirksamkeit des Bundes von Bedeutung, sondern darüber hinaus auch in be-

zug auf den Nationalsozialismus, als sie zeigen, inwieweit die NSDAP als konkurrierende Organisation innerhalb der völkischen Bewegung anzusehen ist und inwieweit diese Bewegung ihr als Vorbild gedient hat.

7. Formierungsversuche in der völkischen Bewegung

Die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde

Der Aufgabe der Einigung bzw. der Koordinierung der völkischen Bewegung unterzog sich der Hauptgeschäftsführer des Schutz- und Trutz-Bundes, Alfred Roth, mit Eifer und Sendungsbewußtsein. Schon am 12. und 13. April 1919 fanden in Gotha, dem Sitz des Deutschbundes, erste Gespräche über die Bildung einer völkischen Arbeitsgemeinschaft statt, an der neben Roth als Vertreter des Schutz- und Trutz-Bundes und des Reichshammerbundes die Beauftragten des Deutschbundes, des Deutschvölkischen Bundes und der Fichte-Gesellschaft von 1914 teilnahmen. Die Verhandlungen führten zu einer Absprache zwischen dem Schutz- und Trutz-Bund, dem Reichshammerbund sowie dem Deutschbund über eine deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft.¹ Der von diesen drei Bünden geschaffene Kern der völkisch-antisemitischen Bewegung bildete den Ausgangspunkt zu weiteren Verhandlungen mit fast allen überregionalen und größeren regionalen Verbänden, die zumeist auf die Einigungsideen des Hauptgeschäftsführers des Schutz- und Trutz-Bundes positiv reagierten.² Auf einer Tagung in Berlin am 22. Juni 1919, auf der über zehn völkische Verbände vertreten waren, sprach sich die Mehrheit der Delegierten für die Bildung einer deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft aus.³ Damit war Roths Plan, der völkischen Bewegung eine gemeinsame oberste Leitung zu geben, grundsätzlich bejaht worden, doch hatte Roth den einzelnen Verbänden eine weitgehende Selbständigkeit belassen müssen. Immerhin war mit dieser Berliner Entscheidung vom 22. Juni 1919 die Bildung eines zentralen Forums beschlossen. Seine Inspiratoren versprachen sich bereits vom bloßen Vorhandensein dieser zentralen Stelle eine koordinierende Wirkung.

Anfang Juli vollzogen zehn Verbände ihren Anschluß an die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde. Das waren neben dem Deutschen Schutz- und Trutz-Bund und Reichshammerbund der Ausschuß für Volksaufklärung, der Bund deutschvölkischer Juristen, der Bund zur

Pflege nordischer Kunst und Wissenschaft, der Deutschbund, die Deutsche Erneuerungs-Gemeinde, der Deutschvölkische Bund, der Deutschvölkische Schriftstellerverband und der Orden für arisches Wesen.⁴ Nach dem Beitritt dreier weiterer Verbände vereinigte die Gemeinschaft nahezu alle größeren Organisationen, die den Antisemitismus zum Zweck und Ziel ihres Wirkens erhoben hatten und sich zu einer gemeinsamen rassenideologischen Grundhaltung bekannten, wie sie in der Forderung nach Abgabe eines »deutsch-germanischen« Blutsbekenntnisses zum Ausdruck kam.⁵ Zu diesem Zeitpunkt jedoch bestand die Gemeinschaft nur auf dem Papier. Erst ein halbes Jahr später, am 11. Januar 1920, traf man sich in Berlin zu der ersten, konstituierenden Sitzung.⁶

Auf dieser Sitzung legten die Vertreter der völkischen Verbände die endgültigen Richtlinien fest und wählten die Leitung der Gemeinschaft. Diese bestand aus einer Führerschaft, gebildet aus den Vorsitzenden der einzelnen angeschlossenen Verbände und einigen kooptierten führenden völkischen Persönlichkeiten, sowie einem Geschäftsführenden Ausschuß. Letzterem gehörten der Leiter des Deutschbundes, Professor Langhans und Professor Dr. Max Kloß vom Alldeutschen Verband an sowie Alfred Roth, der mit der Geschäftsführung betraut wurde. Die Richtlinien der Gemeinschaft brachten in den hier allein interessierenden Punkten zur Funktion der Organisation im Sinne einer effektiven Führung der gesamtvölkischen Bewegung keinen Fortschritt gegenüber den Vorschlägen vom Sommer 1919. Im Gegenteil betonten sie nachdrücklich die Selbständigkeit der einzelnen Bünde sowohl in ihrer Organisation als auch in ihren Zielen und setzten für bindende Beschlüsse der Gemeinschaft die Dreiviertelmehrheit der Führerschaft fest. Des weiteren sparten sie eine feste Kostenregelung der Gemeinschaft aus und bestimmten, daß diese nur von Fall zu Fall zu treffen sei.

Die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde stellte mithin keine Zentralstelle dar, von der aus die völkische Bewegung stoßkräftig geführt werden konnte. Dazu fehlte der Organisation eine mit Kompetenzen ausgestattete Leitung. Das entscheidende Gremium, die Führerschaft mit über zwanzig Mitgliedern, war viel zu groß, um wirklich aktiv werden zu können und darüber hinaus in seiner Entscheidungsgewalt durch die Klausel der Dreiviertelmehrheit stark eingeschränkt. Der Gemeinschaft mangelte es an einer ständigen und im einzelnen durchgeführten Organisation und an einer praktikablen Regelung für die Verteilung der Mittel und der Kosten, die allein den Zusammenhalt der verschiedenen Bünde und ihr Zusammenwirken hätten gewährleisten können. So fiel die Hauptlast der Verwaltung und der Kosten auf die

Initiatoren vom Schutz- und Trutz-Bund,⁷ ohne daß diese dafür entscheidenden Einfluß auf die Tätigkeit der anderen Verbände gewonnen hatten.

Die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde war ihrer Anlage nach nur ein Ausspracheforum der Führer der einzelnen völkischen und antisemitischen Verbände. Sie fand, von wenigen lokalen Initiativen abgesehen,⁸ keine Fortentwicklung in den unteren Organisationsstufen ihrer Mitgliederbünde.⁹ Das von oben und nur locker gefügte Gebilde der Gemeinschaft war in keiner Phase das Instrument zur politischen Führung der in ihr über die einzelnen Verbände zusammengefaßten Anhängerscharen oder gar zur Durchsetzung eines bestimmten Willens, worauf die Absichten seiner Urheber abgezielt hatten.

Eine Abhilfe in dieser Frage brachte auch die später von Schutz- und Trutz-Bund und Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde gemeinsam geschaffene zusätzliche Gesamtorganisation des »Deutschen Tages« nicht. Als »Kammer für deutsches Volkstum« konzipiert, in der vornehmlich »Lebensfragen« des deutschen Volkes unter dem Aspekt von Volkstum und Rasse erörtert und geklärt werden sollten, war der »Deutsche Tag« noch weniger dazu geeignet, eine geschlossene Aktionsfront der beteiligten völkischen Verbände herbeizuführen. Der »Deutsche Tag« blieb denn auch als Organisation im wesentlichen unausgeführt, obwohl zahlreiche führende Persönlichkeiten aus dem völkischen Lager sich als Obmänner für die einzelnen Unterabteilungen der »Kammer« zur Verfügung gestellt hatten.^{9a} In Erscheinung trat er nur als eine Art jährlicher Gesamttagung völkischer Verbände in den Jahren 1920 bis 1922, wobei die Initiative wiederum allein vom Schutz- und Trutz-Bund ausging.¹⁰

Da sich schon frühzeitig abzeichnete, daß der Schutz- und Trutz-Bund entscheidenden Einfluß auf andere völkische Verbände nicht über Dachorganisationen würde gewinnen können, kam alles auf die Entwicklung des Bundes selbst an, darauf nämlich, ob es ihm gelingen werde, wenigstens einige der konkurrierenden Verbände in die eigene Organisation einzugliedern und den anderen in Verbreitung und Wirkung den Rang abzulaufen. Ansätze dafür hatten die alldeutschen Gründer des Schutz- und Trutz-Bundes schon geliefert, indem sie mit Alfred Roth und Ferdinand Werner Führer zweier antisemitischer Verbände aus der Vorkriegszeit zu den Gründungsvorbereitungen hinzugezogen und Roth sogar zum Hauptgeschäftsführer des neuen Bundes gemacht hatten.

Eingliederung des Reichshammerbundes

Alfred Roth war, wie schon erwähnt, erst im November 1918 wieder stärker in der Reichshammerbund-Organisation tätig geworden. Im Verein mit dem Ende des Jahres aus dem Heer entlassenen ehemaligen Hammerbund-Geschäftsführer Walter Otto suchte er die Organisation neu aufzubauen, und zwar noch bevor die Gründung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes in Bamberg beschlossen war.^{10a} An diesem Plan hielt Roth auch noch fest, nachdem er als Hauptgeschäftsführer für den Schutz- und Trutz-Bund tätig wurde.¹¹ Die während des Krieges größtenteils unterbrochenen Verbindungen zu den einzelnen Ortsgruppen wurden wieder aufgenommen und neue Mitglieder geworben. Anfang Juni vereinigte der Reichshammerbund über zweitausend Mitglieder,¹² weit mehr als je in der Zeit vor und während des Krieges; im Juli erreichten die Mitgliederzahlen das dritte Tausend.¹³

Das selbständige Nebeneinander von Schutz- und Trutz-Bund und Reichshammerbund war allerdings nur formal: Ein und dieselbe Geschäftsstelle leitete beide Bünde; die Mitglieder des Reichshammerbundes gehörten automatisch dem Schutz- und Trutz-Bund an.¹⁴ Daß Roth dennoch den Ausbau des Reichshammerbundes weiter betrieb, gründete sich auf taktische und organisatorische Überlegungen. Für Roth persönlich bedeutete die Stärkung des Reichshammerbundes eine Aufwertung seiner eigenen Position innerhalb des zunächst eindeutig alldeutsch bestimmten Schutz- und Trutz-Bundes. Dem erst im Aufbau befindlichen Schutz- und Trutz-Bund leistete die vorübergehende Aktivierung der Hammerbundorganisation eine unentbehrliche Hilfestellung bei der organisatorischen Konsolidierung und der propagandistischen Tätigkeit.¹⁵ Denn wenn auch Roth gleich nach der Bamberger Tagung vom Februar 1919 mit der Werbung für den Schutz- und Trutz-Bund begonnen hatte, so vergingen doch noch mehrere Monate, ehe die Personen für Vorstand und Beirat gefunden waren, die Hauptgeschäftsstelle sich etabliert hatte und der Schutz- und Trutz-Bund mit einem programmatischen Aufruf an die breitere Öffentlichkeit treten konnte.¹⁶ In dieser Entstehungsphase gab der Reichshammerbund die Basis ab, von der aus der Schutz- und Trutz-Bund schon frühzeitig propagandistisch wirken konnte,¹⁷ bildete er den organisatorischen Kern, von dem aus sich der Ausbau des Schutz- und Trutz-Bundes vollzog.¹⁸ Darüber hinaus erwartete Roth offensichtlich, daß die reibungslose Zusammenarbeit der beiden nach außen hin selbständigen Bünde nicht ohne Rückwirkung auf die Einigungsbereitschaft der anderen völkischen Verbände bleiben würde. Jedenfalls wußte er sowohl bei den Be-

ratungen über die Bildung der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde als auch später bei den Verhandlungen um die Eingliederung weiterer Verbände in den Schutz- und Trutz-Bund dessen Bündnis mit dem Reichshammerbund werbewirksam herauszustellen.¹⁹

Je mehr dann der Schutz- und Trutz-Bund in den Vordergrund trat und die Einigungsbewegung im völkischen Lager zu einem vorläufigen Stillstand kam, um so mehr verlor der Reichshammerbund an Bedeutung. Seine noch eigenständigen Ortsgruppen gliederten sich nach und nach nahezu selbständig dem größeren Verband ein. Im Frühjahr 1920 beendete der Bundeswart des Reichshammerbundes endgültig das formale Nebeneinander der beiden Bünde. Am 1. April 1920 ging der Reichshammerbund nach fast achtjährigem Bestehen auch offiziell im Schutz- und Trutz-Bund auf.²⁰

Die Bedeutung dieser Eingliederung ist schon früher gewürdigt worden. Die genauere Betrachtung der Eingliederungsphase macht deutlich, daß sich die Bedeutung des Reichshammerbundes für den neuen Verband nicht in der Zuführung seiner Anhängerscharen erschöpft, sondern daß der Reichshammerbund entscheidenden Anteil am schnellen organisatorischen Aufbau des Schutz- und Trutz-Bundes hatte. Die Gründung des Schutz- und Trutz-Bundes stellt zwar eine alldeutsche Initiative dar. Seine erste organisatorische Ausformung erhielt der neue Verband jedoch von Männern aus dem Reichshammerbund; an erster Stelle von Alfred Roth, der die im Hammerbund gesammelten Erfahrungen im neuen Verband verwertete und alte Organisations- und Propagandapläne in ihm zu verwirklichen suchte.

Zusammenschluß von Schutz- und Trutz-Bund und Deutschvölkischem Bund

Der nahezu reibungslose Übergang des Reichshammerbundes in den Schutz- und Trutz-Bund resultierte vor allem daraus, daß Roth in seiner Person das Amt des Bundeswartes des einen und das des Hauptgeschäftsführers des anderen Verbandes vereinigte. Ähnliche Voraussetzungen waren für ein organisatorisches Zusammenwirken von Schutz- und Trutz-Bund und Deutschvölkischem Bund nicht gegeben. Für die Entwicklung des Schutz- und Trutz-Bundes konnte jedoch sein Verhältnis zum Deutschvölkischen Bund nicht ohne Bedeutung bleiben. Denn letzterer, größer noch als der Reichshammerbund, war die einzige bedeutendere antisemitische Organisation und verfügte als Nachfolger der Deutschvölkischen Partei über eine jahrzehntelange antisemitische Tradition und eine eingefahrene Organisation. Darüber hin-

aus versuchte der Bund, dessen Aufgabenbereich die konstituierende Versammlung vom März 1919 ausdrücklich auf den Antisemitismus beschränkt hatte, schon frühzeitig die weitverbreitete antisemitische Stimmung propagandistisch für die eigene Organisation zu nutzen.²¹

Der Deutschvölkische Bund stellte also in Zweck und Zielsetzung einen dem Deutschen Schutz- und Trutz-Bund fast gleichgerichteten Verband dar. Die Schutz- und Trutz-Bund-Führung strebte daher bei den Einigungsverhandlungen von vornherein ein völliges Aufgehen des Deutschvölkischen Bundes im Schutz- und Trutz-Bund an.²² Dieses Vorhaben fand bei der Führung des Deutschvölkischen Bundes begreiflicher Weise keine Gegenliebe. Dort pochte man auf die lange Tradition des Partei-antisemitismus²³ und sperrte sich, als die außerordentliche Aktivität des neuen Verbandes die ersten größeren Erfolge erzielte, zunächst weiteren Einigungsversuchen.²⁴ Am Ende entschied jedoch Roths persönliches taktisches Geschick und fanatische Entschlossenheit, nicht zuletzt aber auch die Tatsache, daß hinter dem Schutz- und Trutz-Bund die einflußreicheren und finanzstärkeren Kräfte standen, die Verhandlungen zugunsten einer Verschmelzung der beiden Bünde. Dabei konnte sich Roth auf zahlreiche deutschvölkische Ortsgruppen stützen, die das seit dem Sommer 1919 immer stärker forcierte propagandistische Auftreten des Schutz- und Trutz-Bundes begrüßten. Diese zeigten für die Führerrivalitäten kein Verständnis und forderten ihrerseits die Leitung des Deutschvölkischen Bundes auf, mit dem Schutz- und Trutz-Bund zusammenzuarbeiten.²⁵ In Rundschreiben an die führenden Persönlichkeiten und in Vorträgen vor zahlreichen Ortsgruppen warb Roth für den Einheitsverband. Dabei appellierte er, ohne sich auf konkrete Einzelheiten einzulassen, nur ganz allgemein in beschwörenden, aber leeren Formeln an die Einigungsbereitschaft.²⁶

Ähnlich verfuhr Roth auch auf der erweiterten Bundesvorstandssitzung des Deutschvölkischen Bundes am 28. September 1919 in Kassel, auf der der Zusammenschluß der beiden antisemitischen Bünde zur Debatte stand und zu deren Schlußberatungen Roth als Vertreter des Schutz- und Trutz-Bundes hinzugezogen wurde.²⁷ Grundlage der Verhandlungen waren die wenigen konkreten Ausführungen Roths zum Zusammenschluß der beiden Bünde vom 20. September 1919.²⁸ Darin hatte Roth die Vereinigung der beiden Mitgliederbestände, der Vermögen und die Zusammenlegung der Geschäftsstellen und der Organisationen vorgeschlagen und dem Vorsitzenden des Deutschvölkischen Bundes Sitz und Stimme in dem Vorstand des neuen Einheitsbundes zugesichert. Alle weiteren aus der Verschmelzung entstehenden Fragen sollten einem besonderen gemeinsamen Ausschuß überwiesen

werden. In Kassel begnügte sich Roth als Hauptgeschäftsführer des Schutz- und Trutz-Bundes damit, sich »in packender Form« über die »Zukunftsaufgaben« des neuen, umfassenden Verbandes zu verbreiten.²⁹ Die besonderen Bamberger Abmachungen des Schutz- und Trutz-Bundes über die geheime diktatorische Oberleitung und die daraus resultierenden Abhängigkeiten blieben unerwähnt.³⁰

Der Vorstand des Deutschvölkischen Bundes entschied sich gemäß den Rothschen Vorschlägen für eine völlige Verschmelzung der beiden Bünde zum 1. Oktober 1919. Gleichzeitig beauftragte er einen paritätisch besetzten Ausschuß mit der Entscheidung über die einzelnen Schritte des Zusammenschlusses und mit der Ausarbeitung einer neuen gemeinsamen Bundessatzung. Dieser Ausschuß trat jedoch nie zusammen. Die allgemeine Entscheidung genügte, um den Verschmelzungsprozeß so weit voranzutreiben, daß er nicht ohne Eklat hätte rückgängig gemacht werden können. Dieser Taktik Roths entsprach es auch, daß er der beschlossenen Entwicklung weit vorausgriff, als er im Oktober 1919, die Gunst des Augenblicks nutzend, die Geschäftsstelle des Deutschvölkischen Bundes, der vom Hamburger Wohnungsamt die Räume gekündigt waren, in die eigene Hauptgeschäftsstelle eingliederte.³¹

Der aus der Verschmelzung von Deutschvölkischem Bund und Deutschem Schutz- und Trutz-Bund hervorgegangene Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund stellte somit nicht so sehr eine neue Organisation dar. Der Zusammenschluß vom 1. Oktober 1919 kam faktisch einer Eingliederung der ehemaligen parteiantisemitischen Organisation in die jüngere umfassende außerparlamentarische antisemitische Bewegung gleich. Die Bedeutung dieses Zusammenschlusses lag nicht nur in der Ausschaltung des bis dahin größten überregionalen antisemitischen Verbandes, in der Übernahme von dessen traditioneller Anhängerschaft, die zu diesem Zeitpunkt etwa neuntausend Mitglieder umfaßte,³² sowie in der Gewinnung zahlreicher organisatorischer Stützpunkte im Reich, die die schnelle Ausbreitung des Schutz- und Trutz-Bundes begünstigten. Mit dem Deutschvölkischen Bund sicherte sich die Schutz- und Trutz-Bund-Führung zugleich dessen publizistische Organe, die Wochenzeitung »Deutschvölkische Blätter« und das verbandsinterne Monatsblatt »Deutschvölkische Warte«, sowie den bundeigenen Verlag, die »Deutschvölkische Verlagsanstalt« in Hamburg.

Eingliederung regionaler Verbände

Nach diesem Erfolg konnte Roth auch das formale Nebeneinander von Reichshammerbund und Schutz- und Trutz-Bund endgültig fallenlassen. Von nun an gab es nur den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, der aus drei Bündnen hervorgegangen war. Dieser Zusammenschluß verfehlte seine Wirkung auf einige kleinere, regionale völkische Organisationen nicht. Noch im September 1919 schloß sich in Stuttgart der »Deutsche Bund zur Bekämpfung fremden und Förderung deutschen Wesens« mit seinen etwa 700 Mitgliedern unter der Leitung des ehemaligen Hofrats Alfred Sachs dem Schutz- und Trutz-Bund an.³³ Wenig später vollzog der von dem ehemaligen deutschsozialen Parteimitglied Professor Göring und dem Verleger Gustav Wurm angeregte »Verband zur Befreiung vom Judenjoch« in Göttingen, ein Sammelverband der antisemitischen Kreise und Bünde Göttingens, seinen Anschluß an die Großorganisation.³⁴

Versuche der Schutz- und Trutz-Bund-Führung, mit Hilfe einer älteren Organisation auch in Berlin rascher Fuß zu fassen, schlugen allerdings fehl. Die Verhandlungen mit dem von Hans von Mosch geführten »Deutschsozialen Verein«, einer auf Spandau beschränkten Fortsetzung des um die Jahrhundertwende von Otto Böckel, Paul Förster und Hans von Mosch gegründeten Volksbundes, endeten ergebnislos.³⁵ Ebenso scheiterten die Versuche, mit dem »Ausschuß für Volksaufklärung«, dem ersten und wichtigsten antisemitischen Verband Berlins nach dem Zusammenbruch, zu einer Einigung zu gelangen.³⁶ Die Verhandlungen mit dem von Jürgen von Ramin geführten »Deutschen Volksbund« in Berlin zogen sich in die Länge und führten erst nach mehreren Unterbrechungen im Herbst 1920 zu einer Verschmelzung. Diese Berliner Gruppe war die stärkste von den wenigen meist selbständigen Ortsgruppen des »Deutschen Volksbundes«, die auf Grund des von Paul Hartig 1916 erlassenen Aufrufes entstanden waren.³⁷ Ihre Eingliederung in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund stärkte wesentlich dessen Position in Berlin.³⁸

Abgesehen von dieser Berliner Eingliederung war im Herbst 1919 der Formierungsprozeß in der deutschvölkischen Bewegung zum Stillstand gekommen: Ein gutes Dutzend Verbände hatte sich zu einer »Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde« zusammengefunden; der Reichshammerbund war durch Roths Personalunion der Ämter ohne viel Aufhebens in den Schutz- und Trutz-Bund übergeleitet worden; den Deutschvölkischen Bund hatte Roth durch geschicktes Manövrieren und durch Tatsachenentscheidungen in Bahnen gedrängt, die ohne Scha-

den für beide Bünde nicht wieder verlassen werden konnten. Damit sind bereits im Herbst 1919 Möglichkeiten und Grenzen der Organisation einer umfassenden völkischen Bewegung sichtbar geworden. Es bleibt nur die Entwicklung des geheimen Nebenverbandes des Schutz- und Trutz-Bundes darzustellen, dessen Gründung auf der Bamberger Tagung des Alldeutschen Verbandes im Februar 1919 beschlossen worden war.³⁹ Auch sie erreichte bereits im Herbst 1919 ihre Grenzen.

Der geheime Nebenverband

Die alldeutschen Führer beauftragten mit den Gründungsvorbereitungen für den geheimen Nebenverband den Hamburger Rechtsanwalt Alfred Jacobsen, der als entschiedener Antisemit seit den 90er Jahren der Deutsch-Sozialen Partei angehört hatte und seit 1917 zum Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes zählte. Jacobsen hatte sich im alldeutschen »Judenausschuß« nachdrücklich für die Aufnahme eines umfassenden antijüdischen Kampfes eingesetzt.⁴⁰ Auch war er mit einem detaillierten Organisationsplan zur Zusammenfassung der gesamten völkischen Bewegung unter eine geheime Kommandozentrale hervorgetreten.⁴¹ Darüber hinaus hatte er vorgeschlagen, eine »fest durchgegliederte verschwiegene Organisation mit unbedingter Folgebereitschaft« zu schaffen. Mit Hilfe einer solchen Organisation glaubte Jacobsen, besonders einflußreiche Persönlichkeiten zur Teilnahme am antijüdischen Kampf bewegen und zahlreiche Geldquellen erschließen zu können.⁴² Diesen Plan sollte Jacobsen nun im Rahmen des Schutz- und Trutz-Bundes verwirklichen, und zwar in der Form eines geheimen Nebenverbandes, dem die Aufgabe gesetzt worden war, für eine ausreichende Finanzierung der beiden Bünde zu sorgen und jene Kreise zur Mitarbeit zu gewinnen, die nicht öffentlich gegen die Juden aufzutreten wagten.

Der von Jacobsen mit viel Eifer und Optimismus betriebenen Planung folgte allerdings nur zögernd und erst auf Drängen von Claß⁴³ die Verwirklichung. Schließlich wurde am 20. April 1919 der »Bund« — Jacobsen verzichtete bewußt auf eine nähere Kennzeichnung⁴⁴ — gegründet.⁴⁵ Er war in der Zielsetzung und in den Satzungen eng an das Vorbild des öffentlichen Schutz- und Trutz-Bundes angelehnt, trug aber mit seiner Einteilung in sieben Grade und seiner geheimen Befehlsstruktur unverkennbar logenartige Züge, die aus Jacobsens Neigung zur Freimaurerei resultierten.⁴⁶ Gebattel, der auch hier als geheimer Oberleiter fungierte,⁴⁷ bestellte Jacobsen zum Vorsitzenden.⁴⁸

Der »Bund« erwies sich jedoch als nicht funktionsfähig. Die Zeit, in der geheime politische Konventikel zu nachhaltiger Wirksamkeit gelangen konnten, war endgültig vorüber. Jacobsens Bemühungen, im Westen und Norden des Reiches Beziehungen zu Persönlichkeiten und Gruppen anzuknüpfen, die er über den geheimen Nebenverband in den Dienst des Schutz- und Trutz-Bundes stellen wollte, blieben denn auch ohne nennenswerte Wirkung.⁴⁹ Andererseits vermochte auch Claß, der – wenn auch mit zurückhaltender Skepsis – in Berlin für den geheimen »Bund« warb, dessen Entwicklung nicht wesentlich zu fördern.⁵⁰ Zudem wandte sich Jacobsen, der seit den Wahlen vom 16. März 1919 der Hamburger Bürgerschaft als deutschnationaler Abgeordneter angehörte, immer mehr dem parteipolitischen Aufgabenbereich zu. Zwar versuchte er, wie in den Freimaurerlogen so auch in der DNVP, Anhänger für den »Bund« zu werben und dessen Einflußbereich auszudehnen, stiftete dadurch allerdings in organisatorischer Hinsicht nur Verwirrung. Auch stieß Jacobsens Anlehnung an die Freimaurer sowie sein Eintreten für die seltsam esoterischen Gedanken des Berliner Privatdozenten und Hochgradfreimaurers Dr. Paul Köthner, der das Freimaurertum mit dem völkischen Gedanken durchdringen und dann mit seiner Hilfe Deutschland und die Welt erneuern wollte, in der völkischen Bewegung vielerorts auf Ablehnung.⁵¹ Nach außen trat der »Bund« überhaupt nicht in Erscheinung. Seine Tätigkeit beschränkte sich auf einige interne plan- und inhaltslose Besprechungen.⁵²

Nach Jacobsens mißglückter Teilnahme am Kapp-Putsch – er war von Lüttwitz zum Regierungskommissar für den Befehlsbereich Groß-Hamburg ernannt worden⁵³ – kam das endgültige Ende für den »Bund«. Die Organisation zersplitterte. Angesichts dieser Entwicklung trug Gebtsattel sich mit der Absicht, von der geheimen Oberleitung zurückzutreten,⁵⁴ was sich dann aber erübrigen sollte. Ohne daß der »Bund« die ihm gesetzten Ziele – nämlich die Sammlung einflußreicher Persönlichkeiten und die Erschließung ergiebiger Finanzquellen – auch nur in Ansätzen erreicht hatte, hörte er knapp anderthalb Jahre nach seiner Gründung praktisch zu bestehen auf.⁵⁵ Was zurückblieb, war ein freimaurerischer Stachel in der völkischen Bewegung, der noch Anlaß zu erbitterten Auseinandersetzungen im und um den Schutz- und Trutz-Bund geben sollte.

Die Alldeutschen hatten den Schutz- und Trutz-Bund als eine Sammelorganisation gegründet, die mit Hilfe der antisemitischen Parole die Massen gegen den neuen demokratischen Staat aufbieten sollte. Die Schutz- und Trutz-Bund-Führung hatte es zwar nicht erreicht, aus den völkischen Gruppen und Verbänden eine einheitliche, politisch effek-

tive Kampforganisation zu machen. Immerhin hatte sie aber zwei größere antisemitische Bünde eingliedern und deren mittelständische und kleinbürgerliche Anhängerschaft im Schutz- und Trutz-Bund vereinen können, so daß dieser im Herbst 1919 die stärkste Kraft im völkischen Lager darstellte. Der Erfolg sollte jedoch nicht allein von der organisatorischen Zusammenfassung der traditionellen antisemitischen Kreise abhängen, sondern entscheidend auch davon, ob es gelingen würde, den Antisemitismus weiter in die Massen zu tragen. Der Zulauf, den die alten und neuen antisemitischen Bünde im ersten Halbjahr 1919 erfahren hatten, zeigte, daß größere Teile der Bevölkerung, die in dem neu-geschaffenen demokratischen Staat die politische Orientierung noch nicht gefunden hatten und überdies ihre soziale Sicherheit gefährdet sahen, durchaus bereit waren, angesichts der militärischen Niederlage und der Revolution, der inneren Unruhen und der äußeren Bedrohung zu der simplen antisemitischen Formel zu greifen, die die vermeintlichen Hintergründe der verwirrenden politischen Vorgänge bloßzulegen vorgab. Nachdem die Zusammenführung der bereits bestehenden antisemitischen Verbände zu einer einheitlichen Organisation im wesentlichen nicht gelungen war, kam für den Schutz- und Trutz-Bund alles darauf an, die anfällig gewordenen größeren Volksschichten selbst zu erfassen, zu organisieren und sie zu einem Instrument seines politischen Willens zu machen.

8. Die Organisation

Nach der Einrichtung einer Hauptgeschäftsstelle in Hamburg Anfang Mai 1919¹ setzte eine großangelegte Werbekampagne für die antisemitischen Ziele des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes ein. Inserate, farbige Handzettel und engbedruckte Flugblätter bildeten den Auftakt für eine über dreijährige Hetze gegen die Juden und das angeblich jüdisch beherrschte demokratische Deutschland. Die Zustimmung- und Beitrittserklärungen kamen zahlreich aus allen Teilen des Reiches. Gestützt auf einige wenige Hammergruppen und vom Alldeutschen Verband mit dem nötigen Anfangskapital versehen, bereiste der Hauptgeschäftsführer des Schutz- und Trutz-Bundes, Alfred Roth, im Sommer 1919 Deutschland, um organisatorische Stützpunkte für den neuen Bund zu schaffen. Bereits im August konnte er auf eine Reihe von Geschäftsstellen verweisen: in Berlin, Frankfurt, Nürnberg und Stuttgart

waren Zentren des neuen Bundes entstanden.² Diese Geschäftsstellen, an deren Spitze zunächst vom Bund besoldete Angestellte standen, sollten sich um die Organisierung der Beitrittswilligen und Zustimmenden in den jeweiligen Ländern bemühen und die dortige Propagandaarbeit leiten.

Das Aufgehen des Reichshammerbundes im Schutz- und Trutz-Bund und der Zusammenschluß mit dem Deutschvölkischen Bund bedeuteten eine wesentliche Verstärkung des Bundes sowohl in bezug auf die Mitgliederstärke als auch im Hinblick auf die Organisation. Der Bund umfaßte Anfang Dezember 1919 über 25 000 Mitglieder.³ Zu diesem Zeitpunkt liefen bis zu 1200 Aufnahmegesuche wöchentlich in der Hamburger Hauptgeschäftsstelle ein. Es bestanden 85 Ortsgruppen, in weiteren 71 Fällen liefen die Vorarbeiten zur Gründung einer Ortsgruppe. Zwei neue Geschäftsstellen waren in Stettin und in Hattingen an der Ruhr eröffnet worden.⁴ Ende des Jahres 1919 war der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund die stärkste antisemitische Organisation. Sein schnelles Anwachsen verriet, daß der Antisemitismus seine ihm seit Jahrzehnten gesetzten engen Grenzen zu durchbrechen und weitere Verbreitung zu finden begann.

Mitgliederbewegung

Das Jahr 1920 brachte den eigentlichen Durchbruch für den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund. Von den annähernd 30 000 Schutz- und Trutz-Bündlern Ende 1919 kam wohl noch fast die Hälfte aus den Reihen der alten antisemitischen Gruppierungen. Schon im Februar 1920 stellte die Hauptgeschäftsstelle in Hamburg die 45 128. Mitgliedskarte aus,⁵ im Mai war das 70. Tausend erreicht,⁶ im August vereinigte der Schutz- und Trutz-Bund schon über 95 000 Mitglieder,⁷ im Oktober überschritt die Mitgliederzahl die 100 000⁸ und erreichte gegen Ende des Jahres das 110. Tausend.⁹ Innerhalb eines Jahres hatte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund seine Mitgliederzahl nahezu vervierfacht.

Dieser steile Aufschwung ging in den nächsten beiden Jahren in eine ruhigere Aufwärtsentwicklung über, die sich zunehmend verlangsamte. Im Jahre 1921 stieg die Zahl der eingeschriebenen Schutz- und Trutz-Bund-Mitglieder auf 150 000.¹⁰ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der Bund in dieser Konsolidierungsphase größere Abgänge zu verzeichnen hatte. Einmal verbot der Staat den Polizeibeamten und den Reichswehrangehörigen die Zugehörigkeit zum Schutz- und Trutz-Bund,¹¹ zum anderen strich die Bundesleitung die Beitragsrückständigen

gen aus den Mitgliederlisten,¹² die Neuregelung und Erhöhung des Mitgliedsbeitrages im Herbst 1921 führte zu weiteren Abgängen.¹³ Im ersten Vierteljahr 1922 verzeichnete der Bund nur noch etwas mehr als 4000 Neuzugänge.¹⁴ Bei der Auflösung im Juni/Juli 1922 zählte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund zwischen 160 000 und 180 000 Mitglieder.¹⁵ Stellt man die Streichungen, die freiwilligen sowie die vom Staat erzwungenen Austritte mit in Rechnung, so kann die Gesamtzahl derer, die dem Schutz- und Trutz-Bund in dessen kurzer Geschichte zeitweise oder dauernd angehörten, mit annähernd 200 000 angenommen werden.

Bei der Betrachtung der Mitgliederbewegung fällt die heftige Aufwärtsentwicklung in den ersten zehn Monaten des Jahres 1920 auf, nachdem der Schutz- und Trutz-Bund mindestens schon seit Juni 1919 mit gleichbleibender Intensität für seine antisemitischen Ziele agitiert hatte. Diese Monate waren geprägt durch das Inkrafttreten des Versailler Vertrages, den Kapp-Putsch, die sich anschließenden kommunistischen Unruhen und durch die Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik am 6. Juni 1920. Die stärkste Hinwendung zum organisierten Antisemitismus und zur erklärten Gegnerschaft zum demokratischen Staat erfolgte also nicht in der ersten Zeit des Umbruchs und des Übergangs, wenngleich auch in dieser Phase das Ansteigen des Antisemitismus unübersehbar war. Die größte Anziehungskraft übte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund erst nach einer Zeit der abwartenden Zurückhaltung aus, im Zeichen der allmählichen Konsolidierung der Republik einerseits und einer immer offener zutage tretenden antidemokratischen Gegnerschaft andererseits. In dieser verstärkten Hinwendung zum organisierten Antisemitismus offenbart sich Enttäuschung darüber, daß die Republik sich zu behaupten vermochte, Enttäuschung ferner darüber, daß die Reichstagswahlen vom Juni 1920 trotz aller Teilerfolge den gegenrevolutionären Kräften eine Repräsentanz im Parlament verschafft hatten, die weite politisch rechtsstehende Kreise als ungenügend empfanden.

Der zunehmende relative Rückgang in der Aufwärtsentwicklung beruhte im wesentlichen auf zwei Faktoren: Einmal kannte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund über den Antisemitismus hinaus keinerlei politisches Programm. Die Führung verharrte in der reinen Negation und war weder bereit noch fähig, politische Vorstellungen zu entwickeln, die Antwort auf die sich konkretisierenden politischen Fragen und sozialen Probleme der einzelnen, dem Bund zuströmenden Gruppen zu geben vermocht hätten. Zum anderen gelang es nicht, die Massen organisatorisch so zusammenzufassen, daß aus dem Schutz- und

Trutz-Bund eine festgefügte und zu effektiver politischer Arbeit fähige Organisation erwachsen konnte.¹⁶

Abschließend bleibt festzuhalten, daß in den drei Jahren von 1919 bis 1922 sich annähernd Zweihunderttausend durch ihre Mitgliedschaft zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund entschieden zu einem radikalen Antisemitismus bekannten und sich damit in den Dienst eines anerkannt antidemokratischen Verbandes stellten. Ihre volle Bedeutung erlangt diese Zahl jedoch erst im Zusammenhang mit einer Sozialstrukturanalyse der Anhängerschaft des Schutz- und Trutz-Bundes, die in einem späteren Kapitel angestellt werden soll.

Ortsgruppen

Die Organisierung der dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund zuströmenden Scharen erfolgte in dem hierfür bei Verbänden und Parteien üblichen Rahmen. Auf der untersten Ebene wurden die Mitglieder in Ortsgruppen zusammengefaßt. Die Gesamtheit der Ortsgruppen eines Landes, einer oder mehrerer preußischer Provinzen bildete einen Gau. In begrenzten Gebieten mit einer großen Anzahl von Ortsgruppen war zwischen Ortsgruppen und Gau häufig eine weitere Organisationseinheit, der Kreisverband, eingeschaltet,¹⁷ so zum Beispiel in Franken und Thüringen, wo die antisemitische Agitation besonders breite Aufnahme fand.¹⁸

Zur Gründung einer Ortsgruppe genügte das Vorhandensein von fünfzehn Gesinnungsgenossen. Die Ortsgruppe gab sich dann nach einem von der Hauptgeschäftsstelle erarbeiteten Muster selbständig die Satzungen und wählte den Vorstand sowie einen Arbeitsausschuß. Allerdings bedurften die Satzungen und drei der insgesamt sechs Ortsgruppenvorstandsmitglieder, nämlich der Gruppenwart, dessen Stellvertreter sowie der Jugendwart, der Bestätigung durch die Bundesleitung. Diese erfolgte in der Regel, ohne daß sich die Bundesleitung einer besonderen Einflußnahme versicherte.

In der ersten Zeit wurde der Auf- und Ausbau von Ortsgruppen des Schutz- und Trutz-Bundes entscheidend gefördert durch schon bestehende antisemitische Vereinigungen insbesondere des Reichshammerbundes und des Deutschvölkischen Bundes. In Stuttgart zum Beispiel übernahmen nach einer Übergangsphase, in der die dortigen Gruppen des Reichshammerbundes, des Deutschen Bundes zur Bekämpfung fremden und Förderung deutschen Wesens sowie des Schutz- und Trutz-Bundes — letztere unter Leitung des Schriftleiters der »Süddeutschen Zeitung« Anton Rösch — getrennt operierten, zwei ehemals führende

Hammerbündler, Eugen Haug und Alfred Autenrieth, die Aufbau- und Propagandaarbeit für den Schutz- und Trutz-Bund.¹⁹ Konnten sich somit in Stuttgart zwei Antisemiten der Vorkriegszeit in der Führungsposition behaupten, so bildete in Nürnberg die dortige seit 1912 unter Julius Rüttinger bestehende Reichshammerbundgruppe nur den Ausgangspunkt für eine sich rasch entwickelnde Ortsgruppe des Schutz- und Trutz-Bundes, in der an führender Stelle neue Männer, in der Mitgliedschaft neu gewonnene Kreise hervortraten.²⁰ Die Vereinigung mit dem Deutschvölkischen Bund brachte dem Schutz- und Trutz-Bund weitere traditionelle organisatorische Stützpunkte und mit ihnen auch deren führende Vertreter, die in der Anfangsphase vielfach die Gründungs- und Leitungsaufgaben übernahmen: in Dortmund der Gymnasialprofessor F. Helmke, der seit 1911 die dortige Deutsch-Soziale Partei leitete; in Eisenach der Fabrikant O. Kettembeil, der ebenfalls seit 1911 dem Vorstand der Eisenacher Deutsch-Sozialen Partei angehörte; in Hamburg der Oberlehrer E. Düngemann, der schon 1911 im Vorstand der Hamburger Deutsch-Sozialen Partei tätig war; in Kassel der Gymnasialprofessor Reinecke, der seit 1914 den Landesverband Kurhessen und Waldeck der Deutsch-Sozialen Partei anführte.²¹ Die hier stellvertretend für eine ganze Reihe weiterer Namen angeführten Personen aus Reichshammerbund und Deutschvölkischem Bund zeigen die enge Verbindung des zu Beginn der Weimarer Republik gegründeten Schutz- und Trutz-Bundes in personeller und organisatorischer Hinsicht mit den antisemitischen Vereinigungen der Vorkriegszeit. Sie sind zugleich Beleg dafür, in welchem hohem Maße der Antisemitismus der Vorkriegszeit im Schutz- und Trutz-Bund tradiert wurde.

Zu den teils unverändert erhaltenen, teils sich erneuernden traditionellen Zentren des Antisemitismus traten immer neue lokale Gruppen.²² Ihre Organisierung wurde zumeist von einzelnen Personen betrieben, die sich, von der mündlichen oder schriftlichen Propaganda des Schutz- und Trutz-Bundes beeinflusst, an die Hauptgeschäftsstelle in Hamburg gewandt hatten und von dort den Auftrag für Werbearbeiten erhielten. Zudem suchten die führenden Schutz- und Trutz-Bündler durch ausgedehnte Vortragsreisen immer wieder zu Ortsgruppen Gründungen anzuregen. Nicht selten nutzten sie für die eigene Propagandatätigkeit auch die Versammlungen anderer Verbände und Parteien.²³ Von den einmal gewonnenen Stützpunkten aus wurde dann das umliegende Gebiet systematisch mit Propaganda überzogen. Schien ein Nachbarort reif für eine Ortsgruppengründung, so berief man dorthin eine öffentliche Versammlung, die gewöhnlich damit endete, daß der Hauptredner nach seinem Vortrag zu einer Ortsgruppengründung aufrief.

Diese lebhaft, von der Hauptgeschäftsstelle energisch geförderte Gründungstätigkeit führte zu einer wachsenden Anzahl unterschiedlich starker und gefestigter Ortsgruppen. Nachdem der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund noch am 1. Dezember 1919 insgesamt 85 aktive Ortsgruppen gezählt hatte, stieg die Zahl bis zum 20. März des folgenden Jahres auf 149.²⁴ Im September 1920 bestanden 300 Ortsgruppen.²⁵ Diese aktive Gründungstätigkeit hielt etwa bis Juli 1921 an, einem Zeitpunkt, bis zu dem die Ortsgruppenzahl einen Stand von annähernd 530 erreichte.²⁶ Danach änderte sich der Ortsgruppenbestand nur noch geringfügig. Bei Auflösung zählte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund nach Angaben des Hauptgeschäftsführers Roth vom Herbst 1922 gegenüber dem Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung »etwa 600 Ortsgruppen«.²⁷

Wie in der Entwicklung des Mitgliederbestandes, so läßt sich auch unter den Ortsgruppen eine starke Fluktuation feststellen, die im wesentlichen von der hastigen und allzusehr auf Mitgliederzahlen und Ausbreitung bedachten Organisationsarbeit im Schutz- und Trutz-Bund herrührte. Allein in der Zeit vom 1. Juli 1920 bis zum 1. Juli 1921 lösten sich knapp 100 Ortsgruppen wieder auf.²⁸ Der Bundesleitung war es einfach nicht möglich, die schnell gestiegene Zahl der Ortsgruppen zu kontrollieren oder gar zu führen. Diese waren zumeist auf sich allein gestellt und in ihrer Aktivität und ihrem Zusammenhalt abhängig von der Befähigung und Initiative ihrer führenden Mitglieder.

Gaue

Um dem Auseinanderfall der Ortsgruppen entgegenzuwirken und den Zusammenhalt und das Zusammenwirken der vielen disparaten Gruppen zu fördern, war Roth schon frühzeitig dazu übergegangen, Landesverbände, sogenannte Gaue, einzurichten. Hierbei versicherte er sich zunächst ebenfalls der Mitarbeit von Vorkriegsantisemiten aus Reichshammerbund und Deutschvölkischem Bund. In Hessen und im unbesetzten Teil des Rheinlandes übernahmen die ehemaligen Vorsitzenden des Deutschvölkischen Bundes, Werner und Wiegershaus, den Aufbau von Landesverbänden. Von Hattingen aus organisierte der Mitbegründer des Reichshammerbundes von 1912 Walther Hoffmann den Gau Westfalen und Lippe des Schutz- und Trutz-Bundes. In Brandenburg führte Oswald Hürtgen, der schon seit 1910 dem Landesverband Groß-Berlin der Deutsch-Sozialen Partei vorgestanden hatte, den Gau des Schutz- und Trutz-Bundes. An der Spitze des im Februar 1920 gebildeten Gaus Nordwestdeutschland stand Dr. Richard Rühnick, der

sich bereits vor dem Weltkrieg in völkischen Kreisen Bremens einen Namen gemacht hatte.

Bis zum 1. Juli 1920 wurden insgesamt vierzehn Gae gegründet: außer den bereits genannten entstanden Landesverbände für die Gebiete Baden, Bayern-Nord, Bayern-Süd, Niedersachsen, Nordmark, Pommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt-Thüringen und Württemberg.²⁹ Bis zum Frühjahr 1921 waren die Ortsgruppen in den verbleibenden Gebieten Rheinland (besetzter Westen), Mecklenburg, Ostpreußen und Schlesien ebenfalls in Gauorganisationen zusammengefaßt. Daneben bestanden besondere Gauverbände für Hamburg und Berlin unter der Leitung des Schriftleiters der »Deutschvölkischen Blätter« und völkischen Schriftstellers Thomas Westerich beziehungsweise des in der völkisch-nationalen Bewegung stets als Bismarckenkel apostrophierten Jürgen von Ramin.³⁰

Den Gauverband führte ein sechsköpfiger Vorstand mit einem Gauwart oder Gauleiter an der Spitze. Der Vorstand wurde gewählt durch einen alljährlich stattfindenden Gautag, die Versammlung aller Ortsgruppenführer des Landesverbandes. Doch bedurfte die Wahl des gesamten Vorstandes der Bestätigung durch die Bundesleitung. Dem Landesvorstand war eine Gaugeschäftsstelle zugeordnet. Gauleitung und Gaugeschäftsstelle hatten im wesentlichen zwei Aufgaben: Hinsichtlich der Organisation sollten sie den Zusammenhalt der Ortsgruppen gewährleisten und diese stärker an die zentrale Leitung binden; hinsichtlich der Tätigkeit sollten sie die Arbeit in den Ortsgruppen, insbesondere die Propaganda, aktivieren und koordinieren.³¹

Bundesleitung

Der Aufbau dieser über das ganze Reich verbreiteten Bundesorganisation stellte die persönliche Leistung Alfred Roths dar. Er war der Organisator der Bewegung, ihr hervorragendster Werber und Agitator und im ersten Jahr, weil sich die Ernennung eines geschäftsführenden Vorsitzenden immer wieder verzögerte, der eigentliche Führer des Schutz- und Trutz-Bundes. Allerdings war Roth weder seiner Persönlichkeit noch seinen geistigen Fähigkeiten nach der geeignete Mann, der Massenorganisation durch seine Person, durch die Ausarbeitung eines politischen Programms und durch das Setzen konkreter Aufgaben eine innere Bindung zu geben. Wenn Roth — zweifellos auch aus Unvermögen — vor der Fixierung eines festen Programms zurückschaute,³² so erklärt sich dies ferner aus der Struktur des Bundes. Ein solches Programm hätte unweigerlich zu Auseinandersetzungen zwischen den

im Bund vereinigten heterogenen sozialen und politischen Gruppen geführt, deren gemeinsame Plattform allein die Frontstellung gegen die Juden war. So beließ es Roth in seinen programmatischen Äußerungen bei allgemeinen Formeln der Deutschtümelei, des Rassismus und des Judenhasses.³³

Die auf dieser wenig präzisen ideologischen Grundlage verhältnismäßig schnell zusammengebrachte Massenbewegung wurde zusammengehalten allein durch die Verwaltung, die Roth nach dem Vorbild der Reichshammerbundorganisation aufgebaut hatte. Sie war zentralistisch auf die Hauptgeschäftsstelle in Hamburg ausgerichtet. Diese verwaltete und regelte das gesamte Mitglieder- und Rechnungswesen; sie gab die verbandseigenen Zeitungen heraus und leitete die Propaganda, sofern sie durch Bücher- und Flugschriftenversand sowie durch Organisierung eines Rednerdienstes erfolgte. Die Ortsgruppen und Gaue leisteten nur Zubringerdienste.³⁴ Als Folge der starren zentralistischen Verwaltung ergab sich ein hypertropher Bürokratismus, der nicht nur den größten Teil des dem Bund zur Verfügung stehenden Geldes verschlang, sondern auch die Öffentlichkeitsarbeit lähmte und die Eigeninitiativen in den Gliederungen zu ersticken drohte. Dieser zentralistische Bürokratismus führte schließlich auch zu scharfen Auseinandersetzungen einzelner Ortsgruppen und Gaue mit der Hauptgeschäftsstelle.³⁵ Auf dem ersten allgemeinen Vertretertag des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes vom 1. bis 3. Oktober 1920 in Weimar brach der Konflikt offen aus.³⁶

Die Tatsache, daß in diesem von seinen Gründern als politische Kampforganisation gedachten Verband Verwaltungsprobleme in den Mittelpunkt der Diskussionen rücken konnten, enthüllt besonders kraß die Mängel der Bamberger Konzeption vom Februar 1919, die durch die Entwicklung des Schutz- und Trutz-Bundes dann noch verschärft wurden; es fehlte der Bewegung ein politischer Führer, der durch seine Person sowohl den organisatorischen als auch den politischen Zusammenhalt hätte gewährleisten können. Zwar war dem Schutz- und Trutz-Bund durch die alldeutschen Gründer das diktatorische Prinzip mit auf den Weg gegeben worden, doch konnte dieser Grundsatz sich nicht hinreichend auswirken, solange Gebattel – den geheimen Zusatzstatuten entsprechend – im Hintergrund stand. Hinzu kam, daß es den alldeutschen Führern nicht gelungen war, den Posten des geschäftsführenden Vorsitzenden, der als öffentlicher Stellvertreter des geheimen Leiters fungieren sollte, gleich zu Anfang zu besetzen,³⁷ weshalb der Bund im Mai 1919 mit einer vorläufigen Leitung an die Öffentlichkeit treten mußte, die aus dem Hauptgeschäftsführer Roth und einem Beirat bestand.³⁸

Die Lösung des Führungsproblems im Schutz- und Trutz-Bund wurde weiterhin erschwert durch die Fusion mit dem Deutschvölkischen Bund. Dessen ehemalige Vorsitzende, Werner und Wiegershaus, sahen sich durch die organisatorische Aktivität des Hauptgeschäftsführers Roth beiseite gedrängt und somit ohne Einfluß auf die Geschäfte des neuen Bundes. Eben noch Leiter eines eigenen traditionsreichen antisemitischen Vereins, verübelten sie sowohl dem Schutz- und Trutz-Bund als auch Roth den schnell erzielten äußeren Erfolg. Vor allem kritisierten sie Roths selbstherrliche Verwaltung und selbstgerechtes Hervortreten als »der langerwartete Luther der Bewegung«.39 Werner ging sogar so weit, mit der Sprengung der gerade geschaffenen Einheitsorganisation zu drohen.40 Zwar nahm Gebattel diese von Werner und Wiegershaus aus verletzter Eitelkeit vorgebrachte Kritik und Drohung nicht allzu ernst und trat ganz auf die Seite von Roth, von dessen Arbeitskraft und Organisationstalent er stark beeindruckt war.41 Im April 1920 sah er sich jedoch veranlaßt, Werner und Wiegershaus auf Grund der Kasseler Fusionsverhandlungen vom Herbst 1919 den Eintritt in die oberste Leitung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zuzugestehen. Ihre Einsprüche gegen die bestehende Bundessatzung und die diktatorische Rolle des geheimen Vorsitzenden wies er allerdings energisch zurück.42

Mit der Ernennung von Werner und Wiegershaus zu Vorsitzenden des Schutz- und Trutz-Bundes stellte sich die Frage nach der Besetzung des Postens eines geschäftsführenden Vorsitzenden dringlicher denn je, da die Alldeutschen die mit dieser Ernennung verbundenen Minderung ihres Einflusses in der Leitung des Schutz- und Trutz-Bundes nicht hinnehmen wollten. Durch Claß fiel die Wahl endgültig auf Gertzlaff von Hertzberg. Der Vater, Ernst von Hertzberg-Lottin, war ein enger Freund Claß' und gehörte zu den entschiedensten Förderern des Alldeutschen Verbandes in Pommern. Als einer der ersten hatte er den Kampf des Schutz- und Trutz-Bundes unterstützt. Hertzberg-Lottin hatte Claß mehrfach auf seinen Sohn Gertzlaff aufmerksam gemacht,43 der nach dem Zusammenbruch aus seinem Amt als Landrat von Neustettin hatte ausscheiden müssen.44 Schon wenig später zählte der Verwaltungsjurist Hertzberg zu dem engsten Kreis um den alldeutschen Verbandsvorsitzenden. Im August 1919 reiste er zusammen mit Vietinghoff-Scheel in alldeutscher Mission ins Baltikum, um die dortigen deutschen Freikorpstruppen zum Bleiben zu veranlassen.45 Seit dem Spätsommer 1919 nahm er auch an den Kabinettsübungen und politischen Planspielen teil, die Claß als Vorbereitung für die Gegenrevolution und die Diktatur veranstaltete.46

Diesen knapp vierzigjährigen pommerschen Adligen bestellte Geb-sattel am 30. April 1920 zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Bundes.⁴⁷ Damit hatte dieser antisemitische Verband neben der Verwaltungsspitze auch eine politische Führung. Gertzlaff von Hertzberg war allerdings, so sehr er sich auch in den Dienst der neuen Sache stellte, zu sehr in den traditionellen alldeutschen Auffassungen befangen, wonach politische Macht vornehmlich auf dem Weg über bestimmte ehemals einflußreiche Gruppen, wie den Adel, zu gewinnen war, um in einer öffentlichen Massenbewegung das alleinige politische Machtinstrument der Zukunft zu erblicken. Er war trotz seiner guten Rednergabe kein Demagoge. Auch verfocht er die antisemitischen völkischen Ziele ohne den ausschließlichen Willen zur Macht.

Nach den Entscheidungen vom April 1920 präsentierte sich die Führungsspitze des Bundes in Abwandlung der Bamberger Konzeption mit dem Landrat a. D. von Hertzberg (Berlin) als geschäftsführendem Vorsitzenden, Alfred Roth (Hamburg) als Hauptgeschäftsführer sowie Oberlehrer Dr. Ferdinand Werner (Butzbach) und Stadtverordneten Friedrich Wieggershaus (Elberfeld) als stellvertretenden Vorsitzenden.⁴⁸ Die räumliche Trennung, das zeitliche Nacheinander der Betrauung mit den Führungsaufgaben und die unregelmäßigen Kompetenzen mußten von vornherein eine einheitliche, wirksame Führung erschweren, zumal die einzelnen Führungsmitglieder die im Schutz- und Trutz-Bund zusammengefaßten Antisemitengruppen repräsentierten und von daher ihren Führungsanspruch rechtfertigten. Zwar hatten die alldeutschen Urheber des Schutz- und Trutz-Bundes sich durch Geb-sattel und Hertzberg die bestimmende Einflußnahme auf den Bund gesichert, doch blieb deren Stellung nicht unbestritten. So leisteten einmal Werner und Wieggershaus von Beginn an Widerstand in der Frage der geheimen Diktatur Geb-sattels innerhalb der Bewegung. Zum anderen entwickelte der sich rasch ausbreitende Bund so viel Eigengewicht, daß er allein dadurch der alldeutschen Kontrolle allmählich entglitt.⁴⁹ Roth, obwohl den Satzungen nach Hertzberg untergeordnet, handelte in der Praxis völlig gleichberechtigt und führte die Hauptgeschäftsstelle auch weiterhin recht eigenwillig. Die alldeutschen Führer versuchten zwar, dem zunehmenden Verlust ihres Einflusses im Bund dadurch zu begegnen, daß sie den der alldeutschen Sache ergebenen ehemaligen Oberstleutnant Max Ratzel in Hamburg zum Stellvertreter Roths ernannten,⁵⁰ doch vermochte auch dies die Entwicklung nicht aufzuhalten: Die Entscheidungen fielen nicht mehr im Alldeutschen Verband. Geb-sattels Funktion beschränkte sich mehr und mehr auf die einer Berufungsinstanz, die nur noch zur Schlichtung der Führungstreitigkeiten angerufen wurde.

Neben dem eigentlichen Führungsgremium bestand noch ein Beirat, der sich aus bekannten Persönlichkeiten der alldeutschen und völkischen Bewegung zusammensetzte und der Schutz- und Trutz-Bund-Leitung zu weiterer Autorität innerhalb und außerhalb des Bundes verhelfen sollte. Es ist von der Entstehungsgeschichte des Schutz- und Trutz-Bundes her zu verstehen, daß in ihm zunächst das alldeutsche Element überwog. Nahezu vom Beginn an gehörten zum Beirat: vom Vorstand des Alldeutschen Verbandes A. Gebhard; E. v. Hertzberg-Lottin; J. F. Lehmann; G. Pezoldt; P. Lucius, der zugleich im Germanenorden als »Stuhlherr« fungierte; G. v. Stössel, der ehemals führend im Deutschbund tätig gewesen war; vom Bund der Landwirte E. v. Bodelschwingh und H. v. Thüngen sowie die beiden großen Anreger und Einzelgänger in der antisemitischen Bewegung, Adolf Bartels und Theodor Fritsch.⁵¹ Im Sommer 1919 verstärkte sich der Beirat durch den antisemitischen Schriftsteller Artur Dinter und den Gründer und Leiter der Deutschsozialistischen Partei, Alfred Brunner.⁵² Nach der Fusion des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes mit dem Deutschvölkischen Bund ergänzte sich der Beirat durch drei ehemals führende Parteiantisemiten: G. Börner, W. Heins und O. Wittich. Wenig später erfolgte noch die Zuwahl des alldeutschen Universitätsprofessors E. Jung und des Rechtsanwaltes G. Tribian durch die Schutz- und Trutz-Bund-Führung.⁵³

Der Beirat erfüllte die in ihn gesetzten Hoffnungen indessen nicht. Weder stellte er ein integrierendes Element für die völkische Bewegung und den Schutz- und Trutz-Bund dar, noch gingen von ihm entscheidende Impulse für die Tätigkeit im Bund aus. Er trat in seiner Gesamtheit nie zusammen, übte kaum mehr als beratende Funktion aus und wurde von der Bundesleitung zumeist auch nur im Nachhinein konsultiert. Auf dem Deutschen Tag, der Vertretertagung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und der Gesamttagung der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde, vom 1. bis 3. Oktober 1920 in Weimar erfuhr der Beirat durch den Eintritt sämtlicher Gauleiter eine entscheidende Umwandlung. Er bildete von nun an zusammen mit dem geschäftsführenden Bundesvorstand, der endgültig als ein vierköpfiges Direktorium fixiert wurde, den Gesamtvorstand des Schutz- und Trutz-Bundes und wurde in größeren Abständen zu Vorstandssitzungen zusammengerufen.⁵⁴ Mit dieser Maßnahme kam die Bundesleitung einerseits den regionalen Ansprüchen entgegen, andererseits suchte sie dadurch aber auch ihren persönlichen Einfluß auf die Gauleitungen zu verstärken.

Mit den Entscheidungen vom Deutschen Tag in Weimar hatte der organisatorische Aufbau des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bun-

des seinen Abschluß gefunden.⁵⁵ Dabei war die Bamberger Konzeption vom Februar 1919 in ihrem wesentlichsten Punkt aufgeweicht worden: Der geheime diktatorische Leiter blieb faktisch ohne Einfluß auf die Entwicklung des Bundes. Die Stellung seines öffentlich fungierenden Stellvertreters, des geschäftsführenden Vorsitzenden, war erheblich geschwächt und glich nur mehr der eines primus inter pares. Darüber hinaus hatte es der rasche organisatorische Aufbau des Bundes mit seinen vielen Ortsgruppen und Gauen mit sich gebracht, daß die Ordnungs- und Abhängigkeitsverhältnisse im Bunde weitgehend nur formal, das heißt ohne persönliche Bindung der Gauleiter und Ortsgruppenführer an Hertzberg und Roth als Repräsentanten der Bundesleitung gesichert waren. Nur in dieser formal-institutionellen Hinsicht war es Roth und Hertzberg in Weimar gelungen, ihre gemeinsame Führungsposition zu behaupten. Sie waren es auch, die in der Folge die Entwicklung des Bundes und den Stil des politischen Kampfes im wesentlichen bestimmten. Die Umwandlung der formalen Abhängigkeiten in ein persönliches Verhältnis von Führer und Gefolgschaft, wie es ursprünglich mit dem diktatorischen Prinzip intendiert war, gelang ihnen auch später nicht. Die Ursachen hierfür sind nicht allein in der Persönlichkeit Roths und Hertzbergs zu suchen. Vielmehr wirkte sich in dieser Frage negativ aus, daß der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund nicht einen vollkommenen Neubeginn darstellte, sondern an althergebrachte antisemitische Gruppierungen anknüpfte und sie eingliederte, ohne daß diese immer bereit waren, sich dem neuen und umfassenden Führungsanspruch unterzuordnen.

Immerhin verfügte die Leitung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes seit dessen erstem Gesamtauftritt am 1. bis 3. Oktober 1920 in Weimar über eine verhältnismäßig festgefügte und funktionsfähige Organisation. Mit Hilfe dieses über ganz Deutschland ausgebreiteten Netzes antisemitischer Gruppen schien es durchaus möglich, nicht nur eine vage antijüdische und antidemokratische Stimmung zu erzeugen, sondern überdies den Antisemitismus in den seit dem Krieg immer größer werdenden Kreisen, die sich für ihn anfällig erwiesen, in einem solchen Maße zu verbreiten, daß zumindest eine Annäherung dieser Kreise an den demokratisch-parlamentarischen Staat verhindert würde. Eine solche Entwicklung hätte nicht ohne Rückwirkung auf die Haltung der politischen Parteien und der Regierungen bleiben können. Voraussetzung für eine solche umfassende antisemitische Kampagne war es jedoch, daß es dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund gelang, die dafür erforderlichen Mittel aufzubringen.

9. Die Finanzierung

Bei der Betrachtung der Finanzierung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes sind zwei Quellen zu unterscheiden, aus denen dem Bund Gelder zuflossen: zum einen die Beiträge und Spenden der Mitglieder, zum anderen die Zuschüsse und Zuwendungen bestimmter politischer, wirtschaftlicher und sozialer Gruppen. Das Material läßt, vor allem für den zweiten Fall, eine lückenlose Dokumentation nicht zu. Immerhin zeigt sich, daß das Beitragsaufkommen wesentlich eine Frage des Funktionierens der Organisation darstellte, daß letztlich aber hinter allen Finanzierungsproblemen des Bundes die Frage stand, welche Chancen überhaupt dieser jungen Massenorganisation in einer Zeit steigender Geldentwertung eingeräumt werden konnten.¹ Bei der Untersuchung der Sonderzuwendungen lassen sich die Richtungen, aus denen dem Schutz- und Trutz-Bund Gelder zuflossen, nur ungefähr aufweisen. Auch die politischen Motive solcher Unterstützung können nur angedeutet werden.

Fremdfinanzierung

Der Schutz- und Trutz-Bund war von der alldeutschen Verbandsführung als ein antisemitischer Zweckverband gegründet worden. Sie hatte ihm die Ziele gesetzt, die Satzungen gegeben und die Leitung ernannt. Sie sicherte auch sein propagandistisches Auftreten und seinen organisatorischen Aufbau in der entscheidenden Anfangsphase, indem sie dem Bund ein Startkapital von über 100 000 Mark zur Verfügung stellte. Das Geld entnahm der alldeutsche Verbandsvorsitzende Claß einem Sonderfonds, der ihm anlässlich seines 50. Geburtstages am 1. März 1918 überreicht worden war.² Seinerzeit hatten führende Alldeutsche, unter ihnen der aus der Hamburger Kaufmannschaft hervorgegangene Carl Cäsar Eiffe, der Großindustrielle Emil Kirdorf und Gebattel, eine »Ehrengabe« für Claß gesammelt,³ die dank der Beteiligung Kirdorfs einen Betrag von über 260 000 Mark ausmachte.⁴ Claß sollte das Geld in freier Verfügung für »nationale Zwecke« einsetzen.⁵ Aus diesem Fonds überließ Claß dem Deutschen Schutz- und Trutz-Bund 100 000 Mark; darüber hinaus sicherte er dem Hauptgeschäftsführer Roth ein Jahresgehalt von 15 000 Mark für die ersten beiden Jahre seiner Tätigkeit zu.⁶

Diese finanzielle Unterstützung durch den Alldeutschen Verband ermöglichte erst die massierte propagandistische und organisatorische Tä-

tigkeit, dank deren der Schutz- und Trutz-Bund vom Sommer 1919 an im völkischen Lager die beherrschende Stellung einnahm. Im Oktober 1919 waren die ersten 50 000 Mark verbraucht.⁷ Mit dem Anwachsen des Bundes, dem Ausbau der Verwaltung und der Ausweitung der Propaganda in Wort und Schrift war abzusehen, daß die vom Alldeutschen Verband zur Verfügung gestellten Mittel bald verbraucht sein würden. Schon im Frühjahr 1920, nachdem auch der großangelegte Versuch des Rechtsanwaltes Jacobsen, über den geheimen Nebenverband zusätzliche Mittel zu beschaffen, fehlgeschlagen war, war der Bund finanziell völlig auf sich allein gestellt.⁸ Wohl blieb der Alldeutsche Verband als finanzielle Stütze im Hintergrund. So sorgte Claß etwa dafür, daß die Propagandatätigkeit des Bundes in der politisch entscheidenden Phase zwischen Kapp-Putsch und Reichstagswahlen nicht erlahmte und half der Hauptgeschäftsstelle mit 20 000 Mark aus.⁹ Im Dezember 1921 stellte Hertzberg der bundeseigenen Deutschvölkischen Verlagsanstalt aus alldeutschen Mitteln 50 000 Mark als zusätzliches Betriebskapital zur Verfügung.¹⁰ Entscheidend war jedoch, daß der Alldeutsche Verband nunmehr nur punktuell und im begrenzten Maße einspringen konnte.¹¹

Auf der Suche nach weiteren Finanzierungsmöglichkeiten war die alldeutsche Verbandsführung schon frühzeitig an die Großindustrie herangetreten. Claß' Versuch, in diesen Kreisen, die den politischen Abwehrkampf gegen die angebliche bolschewistische Gefahr großzügig unterstützten, auch Gelder für die antisemitische Tätigkeit des Schutz- und Trutz-Bundes zu beschaffen, mißlang jedoch.¹² Diese großindustriellen Kreise fühlten sich zweifellos von den in der Propaganda zutage tretenden vulgär-antisemitischen Auswüchsen abgestoßen. Jedenfalls waren sie nicht bereit, einen solchen groben und ausschließlichen Antisemitismus, der sich auch und gerade gegen die in Wirtschaft und Industrie erfolgreichen assimilierten Juden richtete, zu fördern. Deshalb reagierten die großindustriellen Kreise auf die antisemitische Ausrichtung des Alldeutschen Verbandes auch mit Zurückhaltung und Befremden.¹³ Ende des Jahres 1921 unternahm der geschäftsführende Vorsitzende des Schutz- und Trutz-Bundes, Hertzberg, mit alldeutscher Unterstützung einen erneuten Versuch, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet Finanzierungsquellen für den Bund aufzutun. Mit Hilfe einer finanzstarken Gruppe aus Kettwig, an deren Spitze der Fabrikbesitzer E. A. Scheidt stand, sollte ein besonderer Gau Industrie innerhalb des Schutz- und Trutz-Bundes aufgebaut werden, der die finanzstarken Mitglieder und Förderer zusammenfassen und sich speziell an die Großunternehmer in Handel und Industrie wenden sollte.¹⁴ Doch

schlug auch dieser Plan, der von dem eifersüchtig auf seine Position bedachten Leiter des Gaues Rheinland, Wiegershaus, ohnehin nur mit Mißtrauen und Ablehnung verfolgt worden war, fehl.¹⁵

Viel eher als von der Großindustrie durfte die antisemitische Bewegung Unterstützung von den kleineren Unternehmungen in Handel und Industrie erwarten, die sich in einer durch Krieg und Niederlage zerrütteten Wirtschaft starken Konzentrationsbewegungen gegenüber sahen. Hier mußten die antisemitischen Parolen von den jüdisch geführten oder beeinflussten Großunternehmungen, den jüdischen Banken und Warenhäusern auf fruchtbaren Boden fallen. Das Quellenmaterial läßt keine konkreten und sicheren Aussagen darüber zu, ob und in welchem Umfang aus diesen mittleren Unternehmerkreisen Gelder für den Schutz- und Trutz-Bund gespendet wurden. Immerhin kann die Vermutung, daß dem Schutz- und Trutz-Bund aus dieser Richtung Gelder zufließen, durch das Beispiel des schwäbischen Industriellen Albert Hirth und durch Vorwegnahme eines Teilergebnisses aus der im folgenden Kapitel durchzuführenden Sozialstrukturanalyse der Schutz- und Trutz-Bund-Anhängerschaft wesentlich erhärtet werden.

Hirth, 1905 Gründer der Norma-Kugelwerke in Stuttgart, die 1919 von dem schwedischen Kugellagerkonzern SKF-Göteborg übernommen wurden, glaubte im Hauptgeschäftsführer des Schutz- und Trutz-Bundes, Alfred Roth, den geeigneten Interpreten für die politische Situation im Nachkriegsdeutschland gefunden zu haben. Daher unterstützte er Roth sowohl persönlich als auch in seiner Tätigkeit.¹⁶ Das Beispiel Hirth ist sicher kein Einzelfall. In den Ortsgruppenlisten des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes findet sich eine ganze Reihe Namen von mehr oder weniger bedeutenden Fabrikanten. Erwähnt seien, da zeitweilig führend im Bund tätig: F. Kuhlmann in Wilhelmshaven-Rüstringen, Besitzer von Werkstätten für Maschinenbau und Präzisionsmechanik;¹⁷ E. A. Scheidt in Kettwig, Teilhaber einer Kammgarnspinnerei und Tuchfabrik;¹⁸ A. Schaumann, Färbereibesitzer in Mühlheim;¹⁹ G. Böhringer, Fabrikant in Lindenfels (Odenwald);²⁰ Gustav Seifferlein, Inhaber einer Eisenkonstruktionswerkstätte in Nürnberg;²¹ L. Söllner, Kartonagenfabrikant in Kulmbach;²² Otto Kettembeil in Schleusingen, Besitzer von Mühlenwerken und einer Holzmehlfabrik;²³ Fritz Küchenmeister, Teilhaber einer Spinnmaschinenfabrik in Freiberg (Sachsen).²⁴ Diese hier nur stellvertretend angeführten Namen, die zumeist erfaßt werden konnten, weil sie in den Vorständen der jeweiligen Ortsgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes auftauchten, vermögen immerhin anzudeuten, welche persönliche

und materielle Unterstützung der Bund seitens des mittleren und kleineren Unternehmertums erfahren haben mag. Im Hinblick auf die in diesen Kreisen häufig anzutreffende Neigung, sich aus Geschäfts- oder anderen Rücksichten nicht offen zum antisemitischen Schutz- und Trutz-Bund zu bekennen,^{24a} kann angenommen werden, daß die Zahl der heimlich mit dem Bund Sympathisierenden noch wesentlich größer war und daß die dem Bund aus dieser Richtung zuteil gewordene materielle Förderung nicht unerheblich war.

Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß der Schutz- und Trutz-Bund von einzelnen ehemals regierenden Fürstenhäusern finanzielle Unterstützung erfuhr. Dies ist kennzeichnend sowohl für die politische Stellung des Schutz- und Trutz-Bundes, der in weiten Teilen seiner Anhängerschaft rein monarchistisch-restaurative Tendenzen aufwies, als auch für die Art, in der einzelne ehemals regierende Häuser die historischen Ereignisse vom November 1918 in ihrem Sinne revidieren zu können glaubten. Exponent dieser Richtung war der Herzog Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha, in dessen Haus auch führende Schutz- und Trutz-Bündler verkehrten. Schon am 19. April 1919 hatte Roth Anlaß, dem Herzog für »die liebenswürdige Aufnahme« zu danken, um ihm dann auseinanderzusetzen, daß die vom Bund in Angriff genommene Aufgabe »ganz gewaltige Mittel erfordert, die von den Erkennenden und dazu Fähigen aufgebracht werden müssen, wenn anders unser Befreiungskampf nicht vor der Zeit erlahmen soll«. Der Brief schließt mit der Bitte an den Herzog, »auch in den Ihnen nahestehenden Kreisen für eine wirksame Förderung unserer deutschen Sache eintreten« zu wollen.²⁵ Wenngleich über die Folgen dieses unmißverständlichen Ersuchens um finanzielle Unterstützung nichts Urkundliches vorliegt, so kann doch aus der engen Verbundenheit des Herzogs mit dem Schutz- und Trutz-Bund, die dieser auch durch seine Teilnahme an dem vom Schutz- und Trutz-Bund veranstalteten dritten Deutschen Tag in Coburg zum Ausdruck brachte,²⁶ geschlossen werden, daß die Hoffnungen der führenden Schutz- und Trutz-Bündler nicht unerfüllt blieben.

Carl Eduard von Sachsen-Coburg und Gotha blieb nicht der einzige ehemals regierende Fürst, der die Bestrebungen des Schutz- und Trutz-Bundes unterstützte. Das beweist ein im Juli 1922 in der Ortsgruppe Gera von der Polizei beschlagnahmtes Schreiben der Ortsgruppenführung an den ehemaligen Fürsten Heinrich von Reuß, in dem diese sich für eine größere Geldspende bedankt.²⁷

Neben der starken Unterstützung durch den Alldeutschen Verband konnten zwei Richtungen aufgewiesen werden, aus denen Gelder für

den Schutz- und Trutz-Bund kamen. Es ist allerdings festzustellen, daß diese Sonderzuwendungen einschließlich der vom Alldeutschen Verband bereitgestellten Mittel in keiner Weise hinreichten, um das Wirken des Bundes finanziell auch nur einigermaßen zu tragen. Der Bund war, vor allem nach dem Ausbleiben von Unterstützungen seitens der Großindustrie, wesentlich abhängig von den Beiträgen und Spenden der Mitglieder. Die diesbezüglichen Klagen seiner Leiter lassen darüber keinen Zweifel zu.²⁸

Eigenfinanzierung

Als der Schutz- und Trutz-Bund im Frühjahr 1919 an die Öffentlichkeit trat, war der jährliche Mindestbeitrag auf 3 Mark festgesetzt in der Hoffnung, daß die Zahl der Anhänger die im Vergleich zu anderen völkischen und nationalen Verbänden niedrige Forderung am Ende wieder ausgleichen würde.²⁹ Doch selbst das verhältnismäßig starke Anwachsen des Bundes im ersten Jahr seines Bestehens vermochte den niedrigen Beitrag — zumal bei fortschreitendem Währungsverfall — nicht auszugleichen. Am 1. Juli 1920, nachdem anlässlich des Zusammenschlusses mit dem Deutschvölkischen Bund der Beitrag schon auf 5 Mark heraufgesetzt worden war, erhöhte die Bundesleitung deshalb den jährlichen Mindestbeitrag auf 12 Mark und erhob erstmalig eine Aufnahmegebühr von 3 Mark.³⁰ Diese Regelung hatte bis zum 31. Dezember 1921 Gültigkeit.

Allerdings vermögen diese Zahlen über die Beitragshöhe im Zusammenhang mit den Zahlen der Mitgliederstärke nur bedingt Aufschluß über das Beitragsaufkommen im Bunde zu geben. In der Praxis erreichten die Einnahmen des Bundes häufig nämlich nur etwa die Hälfte der veranschlagten Summen.³¹ Das hing wesentlich mit der Handhabung des Beitragseinzuges zusammen, der sich über das finanzielle Problem hinaus zum neuralgischen Punkt in der Bundesorganisation entwickelte. Zunächst wurden die Mitgliedsbeiträge zentral von der Hauptgeschäftsstelle eingefordert, wobei diese den Ortsgruppen und Landesverbänden nur einen geringen Anteil der jeweiligen Beiträge überließ.³² Den Großteil der Einnahmen verbrauchte die Zentrale selbst als Betriebskosten, das heißt für die Verwaltung, insbesondere für Löhne und Gehälter.³³ Die Einziehung der Beiträge durch die Zentrale, die ungleichmäßige Verteilung der Beiträge sowie das Versickern der Gelder in einem aufgeblähten Verwaltungsapparat stießen bei den Ortsgruppen und Gauen in zunehmendem Maße auf Widerstand. Im Sommer 1920 wurde ihnen eine Erhöhung ihrer Anteile an Beitrag und

Aufnahmegebühr zugestanden.³⁴ Auf dem ersten Vertretertag des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Anfang Oktober 1920 in Weimar verzichtete die Bundesleitung zugunsten der Gaue und Ortsgruppen auf die zentrale Beitragseinziehung.³⁵ Das hatte jedoch zur Folge, daß zahlreiche Ortsgruppen und Gaue die Gelder gar nicht nach Hamburg abführten und vielfach nicht einmal Abrechnungen vorlegten. Ende des Jahres 1920 beliefen sich die Schulden und Rückstände der Gliederungen bei der Hauptgeschäftsstelle schon auf über 200 000 Mark.³⁶ Zwar versuchte die Hauptgeschäftsstelle zunächst noch dadurch zu ihrem Geld zu kommen, daß sie selbst bei den Einzelmitgliedern die Beiträge anmahnte, doch führte dieses zweigleisige Verfahren nur zu weiteren Spannungen innerhalb der Organisation, während sein Ertrag minimal war.

Der im Frühjahr 1921 von Hertzberg mit der Reorganisation der Verwaltung und der Neuordnung der Finanzen beauftragte Ratzel stellte in einem ersten Rechenschaftsbericht die »Geldnot« des Bundes als das größte Problem heraus. Er forderte eine »baldige gründliche Finanzreform unter beträchtlicher Erhöhung der Beiträge« und unterstrich die Notwendigkeit dieser Maßnahmen durch den lapidaren Hinweis: »sonst sind wir pleite«.³⁷ Eine Aufstellung von Anfang Juli 1921 verrät, daß die Gauorganisationen Groß-Berlin, Bayern-Nord, Bayern-Süd, Württemberg sowie Ostpreußen und Pommern der Bundeszentrale überhaupt keine Gelder zugeführt hatten und vor allem die mitgliederstarken Ortsgruppen in den Großstädten mit ihren Beitragsleistungen weit im Rückstand waren. Darüber hinaus verzeichnet sie größere Unterschlagungen in den Ortsgruppen Allenstein, Berlin, Köln, Magdeburg und Stettin.³⁸ Diese Notlage veranlaßte die Bundesleitung schließlich zum scharfen Durchgreifen. Sie entschloß sich nicht nur zur Streichung sämtlicher zahlungsrückständiger Mitglieder.³⁹ Auf dem zweiten Vertretertag des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, der wiederum zusammen mit einem allgemeinen Deutschen Tag am 14. bis 17. Oktober 1921 in Detmold abgehalten wurde, setzte sie auch eine Änderung des Einzugsmodus und eine Erhöhung der Beiträge durch. Vom 1. Januar 1922 an wurden wieder sämtliche Gelder durch die Hauptgeschäftsstelle in Hamburg eingezogen. Die Aufnahmegebühr war auf 5, die jährlichen Mindestbeiträge auf 36 Mark erhöht worden, wovon den Gliederungen 2 bzw. 6 Mark zukommen sollten. Den Ortsgruppen und Gauen wurde das Recht zugestanden, Sonderzuschläge für sich zu erheben.⁴⁰ Dieser klare Erfolg der Bundesleitung in der Finanzfrage entsprach ihrer allgemein gestärkten Führungsposition innerhalb des Bundes.

In den Jahren zuvor hatte die Bundesleitung versucht, den steigenden Verfall der Mark, der durch die Erhöhung der Beiträge nur nachträglich und dann auch nur teilweise korrigiert werden konnte, und den Rückgang des Beitragsaufkommens durch Spendenaktionen innerhalb und außerhalb des Bundes auszugleichen. Vor den ersten Reichstagswahlen im Juni 1920 trat der Bund zum erstenmal mit einem Aufruf für eine gesonderte Wahlspende unter dem Namen »Deutsches Volksnotopfer« hervor.⁴¹ Ein Jahr später rief die Bundesleitung erneut zu einer »deutsch-völkischen Opferwoche« auf, die die Schaffung eines »deutschvölkischen Kampf- und Wehrschatzes« ermöglichen sollte. Aus diesem Fonds sollten vor allem die studierende Jugend und die Deutschen in den besetzten Gebieten unterstützt werden.⁴² Doch brauchte der Bund den größten Teil des Spendenaufkommens von fast 120 000 Mark selbst, um die eigenen verworrenen Finanzverhältnisse zu ordnen.⁴³ Neben diesen beiden zeitlich begrenzten Sammlungen lief noch gesondert eine mit viel Propagandaaufwand betriebene Spendenaktion zur Unterstützung des Hauptgeschäftsführers in dem Prozeß gegen die Firma Levin vor dem Breslauer Landgericht, über den später noch zu berichten sein wird.⁴⁴ Sie hatte bis zum Oktober 1921 knapp 100 000 Mark erbracht, die auch zum größten Teil für den Prozeß eingesetzt werden mußten.⁴⁵

Aber diese Spendenaktionen konnten die allgemeine Finanzmisere im Bund nicht beheben. Erst die Detmolder Beschlüsse vom Oktober 1921 brachten hier eine Änderung. Schon wenige Wochen nach Anlaufen der neuen Regelung trat eine spürbare Entlastung der angespannten Finanzsituation ein. In einem Brief Roths vom 31. Dezember an Hertzberg heißt es: »Die Geldlage bessert sich jetzt von Tag zu Tag. Alle Schulden — bis auf Kleinigkeiten — bezahlt und etwa $\frac{1}{4}$ Million flüssige Mittel. So standen wir noch nie... Es wird, es wird...«⁴⁶. Wirtschaftlich einigermaßen erholt und innerlich geeint trat der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund in das entscheidende Jahr 1922.

Die Untersuchung der Finanzierung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes mußte sich auf die Mittel beschränken, die der Zentralorganisation zur Verfügung standen. Sie stellten allerdings auch den nach Höhe und Bedeutung wichtigsten finanziellen Faktor dar, hing doch von ihnen das Bestehen der Gesamtorganisation ab. Über die zusätzliche Finanzierung der Ortsgruppen durch Zuschläge zu den Beiträgen sowie über Zuwendungen, die diesen von außerhalb des Bundes zuzugingen, können Angaben — abgesehen von dem schon zitierten Fall des ehemaligen Fürsten von Reuß — nicht gemacht werden. Es scheint aber durchaus möglich, daß das kleinere Unternehmertum — einzelne

Vertreter sind bereits früher als Ortsgruppenvorstandsmitglieder angeführt worden — nicht unwesentlich zur Stützung der Ortsgruppenarbeit beigetragen hat. Insgesamt bleibt jedoch festzuhalten: Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund finanzierte sich über größere Strecken selbst, er deckte seinen Finanzbedarf weitgehend durch Beiträge und Spenden seiner Mitglieder. Darüber hinaus erhielt er aus ihm nahestehenden politischen und Wirtschaftskreisen etliche Mittel von außerhalb. Vor allen anderen ist dafür der Alldeutsche Verband zu nennen.

10. Personelle Struktur und regionale Verbreitung

Die Darstellung der Vorgeschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes hatte als wesentlichstes Ergebnis ein Eindringen des Antisemitismus in weite, sozial unterschiedlich strukturierte Bevölkerungsschichten und deren politische Annäherung auf der Plattform eines vorwiegend völkisch-rassistisch geprägten Antisemitismus erbracht. Dies konnte an Hand der Entwicklung von Alldeutschem Verband, Reichshammerbund und Deutschvölkischer Partei aufgewiesen werden, die die konstitutiven Elemente des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes bildeten. So gelangten aus den ihnen jeweils anhängenden Kreisen in den Bund sowohl kleinbürgerliche und mittelständische Gruppen als auch Gruppen des gehobenen Mittelstandes, des Großbürgertums und der Großagrarien — letztere vornehmlich vom Alldeutschen Verband — und sicherten diesem von Anfang an in soziologischer Hinsicht eine verhältnismäßig breite Grundlage. Als eine Massenorganisation konzipiert, sollte der Schutz- und Trutz-Bund den Ausbreitungsprozeß des Antisemitismus systematisch beschleunigen und insbesondere versuchen, die Arbeiterschaft für sich zu gewinnen.¹ Die Frage, inwieweit ihm dies gelang, soll im folgenden beantwortet werden. Die Untersuchung stützt sich dabei auf eine Zusammenstellung der Personalien sämtlicher Mitglieder, die in der Zeit von 1919 bis 1922 dem Bundesvorstand des Schutz- und Trutz-Bundes angehörten, eine Liste aller Ortsgruppen und ihrer Vorsitzenden, die sich haben ermitteln lassen, sowie auf die Mitgliederverzeichnisse von fünf Ortsgruppen, die 1922 im Anschluß an das Verbot des Bundes von der Polizei beschlagnahmt wurden. Das verfügbare Material — es ist das einzige, was sich überhaupt ermitteln ließ — läßt keine allgemeingültigen Schluß-

folgerungen zu, da es keineswegs als repräsentativ angesehen werden kann. Immerhin erlaubt es jedoch, Schwerpunkte anzudeuten und auf Tendenzen hinzuweisen.

*Zur sozialen Zusammensetzung des Bundesvorstandes*²

| | | |
|-------------------------------|---|----|
| Gutsbesitzer | | 4 |
| Selbständige Kaufleute | | 4 |
| Gewerbetreibende | | 2 |
| Handwerker | | 1 |
| Ingenieure | | 1 |
| Freie akademische Berufe | | 10 |
| davon Ärzte | 4 | |
| Rechtsanwälte | 4 | |
| Sonstige freie Berufe | | 4 |
| Beamte | | 15 |
| davon Hochschullehrer | 2 | |
| Oberlehrer | 4 | |
| Volksschullehrer | 5 | |
| Angestellte | | 4 |
| davon in leitenden Positionen | 4 | |
| Ehemalige Offiziere | | 6 |
| Ohne Angaben | | 2 |
| insgesamt | | 53 |

Entstanden aus dem Zusammengehen von Alldeutschem Verband, Reichshammerbund und Deutschvölkischem Bund, prägten vor allem die Führungsgruppen dieser Verbände den Charakter der Schutz- und Trutz-Bund-Leitung. Diese bildete eine nahezu homogene Gruppe aus großbürgerlichen Kreisen und gehobenem Mittelstand mit einem deutlichen akademischen Anstrich. Nach Beruf und Titel waren insgesamt zwanzig Vorstandsmitglieder (= 37,7%) Akademiker. Daneben ist noch die nicht ganz unbedeutende Vertretung der Agrarier, zumeist Mitglieder des niederen Adels, zu erwähnen. Am stärksten in der Bundesleitung vertreten sind die freien akademischen Berufe und die Lehrer, letztere werden etwa zu gleichen Teilen von Volksschullehrern und Oberlehrern bzw. Hochschullehrern gestellt. Es ist allein noch auf eine Gruppe hinzuweisen, die in der tabellarischen Übersicht nicht genannt wird, da sie in soziologischer Hinsicht ohne Relevanz bleibt, die jedoch typisch für die völkische Bewegung ist: auf die sogenannten mehr oder weniger gebildeten völkischen Schriftsteller – Journalisten,

Pamphletisten und Privatgelehrte in einem. Sie waren in der Bundesleitung fünfmal vertreten.

Zur sozialen Zusammensetzung der Ortsgruppenführerschaft ³

| | | |
|--------------------------|------|---------|
| Gutsbesitzer/Landwirte | | 3,1 |
| Unternehmer/Fabrikanten | | 2,2 |
| Kaufleute ⁴ | | 11,8 |
| Handwerker ⁵ | | 5,3 |
| Ingenieure ⁵ | | 3,9 |
| Freie akademische Berufe | | 13,5 |
| Beamte | | 38,0 |
| davon Lehrer | 22,7 | |
| Angestellte | | 7,0 |
| Ehemalige Offiziere | | 6,0 |
| Studenten ⁶ | | 2,6 |
| Rentner | | 0,9 |
| Sonstige | | 5,7 |
| insgesamt | | 100 0/0 |

Im Vergleich zum Bundesvorstand fällt unter den Ortsgruppenleitern eine stärkere Repräsentanz des Mittelstandes auf. Nahezu gleichgeblieben ist der starke akademische Einschlag, während die zahlenmäßige Führungsposition der Lehrer eher noch deutlicher geworden ist. Von den 22,7 Prozent der Lehrer entfallen etwa drei Fünftel auf die Volksschullehrer; von den 7,0 Prozent der Angestellten nehmen mehr als zwei Drittel leitende Positionen ein. Unter den freien akademischen Berufen dominieren eindeutig die Ärzte, die etwa zwei Drittel aller freiberuflich tätigen Akademiker stellen. Insgesamt kann festgestellt werden, daß die Führungsgruppe in den Ortsgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes vorwiegend im gehobenen und mittleren Bürgertum angesiedelt ist: Die Kaufleute, die selbständigen Handwerker, die akademischen freien Berufe der Ärzte, Rechtsanwälte, Apotheker, die Oberlehrer, die mittleren Beamten, die leitenden Angestellten und die ehemaligen Offiziere stellen die Führer der zahlreichen über ganz Deutschland verbreiteten Ortsgruppen; dazu kommen noch, je nach geographischer Lage, kleinere und mittlere Unternehmer sowie Gutsbesitzer und Landwirte. Innerhalb dieser Führungsschicht bleibt die Überrepräsentanz der Lehrer zu vermerken sowie der hohe Anteil der Ärzte. Alle diese Gruppen, die in der allgemeinen poli-

tischen und wirtschaftlichen Situation nach dem Kriege besonders disponiert für eine führende Tätigkeit in einem solchen Bund waren, bestimmten weitgehend Inhalt und Stil des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und seines politischen Kampfes und gaben damit nicht selten den Ausschlag für die soziale Zusammensetzung der weiteren Anhängerschaft.

Zur sozialen Zusammensetzung der Anhängerschaft

Die soziologische Analyse der Anhängerschaft des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes basiert auf Mitgliederlisten von fünf Ortsgruppen, die sämtlich — wie bereits erwähnt — nach dem Verbot des Bundes im Juli 1922 von der Polizei beschlagnahmt worden waren. Diese Ortsgruppen sind: Delmenhorst, Jever, Oldenburg, Wilhelmshaven-Rüstringen⁷ und Krefeld.⁸ Bei der Auswertung der Listen ist zu berücksichtigen, daß es sich einmal um vier kleinere und mittlere Städte im ländlichen Nordwesten des Reiches mit vorwiegend protestantischer Bevölkerung handelt, zum anderen um eine Großstadt am Rande des rheinisch-westfälischen Industriegebietes mit vorwiegend katholischer Bevölkerung. Da die vier oldenburgischen Städte nur graduelle Unterschiede aufweisen, kann also im wesentlichen nur von zwei Beispielen gesprochen werden. Der Aussagewert der aus diesen keineswegs repräsentativen Listen gewonnenen Zahlen ist demnach verhältnismäßig beschränkt; immerhin geben die Zahlen doch einige Aufschlüsse, die in mehreren Fällen durch Einzelbelege ergänzt werden können.

| | Delmen- horst % | Jever % | Oldenburg % | Wilhelms- haven-Rü- stringen % | Krefeld % |
|---------------------------------|-----------------------|------------|----------------|---|--------------|
| Gutsbesitzer/Landwirte | | 2,9 | 0,9 | 0,7 | |
| Unternehmer/Fabrikanten | 4,3 | | | 0,7 | 7,0 |
| Kaufleute ¹⁰ | 8,7 | 2,9 | 20,8 | 9,1 | 10,5 |
| Handel u. Gewerbe ¹¹ | 13,1 | 8,9 | 2,3 | 5,2 | |
| Handwerker ¹⁰ | 8,7 | 8,9 | 7,7 | 11,7 | 5,3 |
| Ingenieure ¹⁰ | | | 0,5 | | 5,3 |
| Freie akadem. Berufe | | | 2,3 | 3,9 | 1,7 |
| Beamte | 21,8 | 20,5 | 15,8 | 24,5 | 12,3 |
| (davon Lehrer) | (13,1) | (17,6) | (1,8) | (7,0) | (7,0) |
| Pastoren | | | 0,5 | 0,7 | |
| Angestellte | 30,4 | 17,6 | 23,5 | 14,9 | 15,8 |

| | | | | |
|---------------------------------|------|------|------|------|
| Techniker ¹² | 5,8 | 2,3 | 3,9 | 12,4 |
| Arbeiter | | 1,4 | 0,7 | 3,5 |
| Handelsmarine | | 1,4 | 7,1 | |
| Reichswehr (einschl. Marine) | | 8,6 | 9,7 | |
| Ehemalige Offiziere | | | | 1,7 |
| Lehrlinge | 13,0 | 2,9 | 2,7 | 0,7 |
| Studenten | | | 3,2 | 0,7 |
| Schüler | | | 1,4 | 1,3 |
| Haussöhne | 11,9 | 0,5 | | |
| Haustöchter | 11,9 | 1,4 | 1,9 | |
| Hausfrauen | 2,9 | 2,3 | 2,6 | 5,3 |
| Rentner | | | 0,5 | 1,7 |
| Sonstige | | 2,9 | | 1,7 |
| Frauen insgesamt | 4,0 | 17,6 | 13,1 | 13,8 |

Die Verbreiterung und Verschiebung der soziologischen Basis, die beim Vergleich von Bundesleitung und Ortsgruppenvorständen festgestellt wurde, findet in der Anhängerschaft eine Fortentwicklung: die unteren Mittelschichten, das Kleinbürgertum, stellen die Masse der Mitglieder; der Anteil der Akademiker sinkt auf ein Mittel von 10,5 %. Insgesamt unterscheidet sich damit der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund keineswegs von den bürgerlichen Konkurrenzorganisationen und den bürgerlichen Parteien.

Deutlich lassen sich in der vergleichenden Übersicht mehrere Gruppen erkennen, die das Gros der Anhängerschaft stellen. In erster Linie sind die Angestellten zu nennen. Im Gegensatz zu den Angestellten, die als Ortsgruppenführer erfaßt wurden, bekleideten unter den Angestellten in der Anhängerschaft nur noch wenige leitende Positionen. Den Angestellten folgt an zweiter Stelle die Gruppe der Beamten. Ihr hoher Anteil im Schutz- und Trutz-Bund, der mit dem Haß gegen den jüdischen Bevölkerungsteil unverhüllt den Kampf gegen Demokratie und Parlamentarismus verband, wirft ein schlagendes Licht auf die innenpolitische Situation der Weimarer Republik. Unter den Beamten spielen wiederum die Lehrer die zahlenmäßig stärkste Rolle. Von den in den Listen aufgeführten Lehrern sind nur etwas mehr als die Hälfte Volksschullehrer, der andere Teil wird von Oberlehrern bzw. Studienräten gestellt. Die hohe Quote der übrigen Beamten setzt sich überwiegend aus Reichsbeamten der Post und der Eisenbahn zusammen (ca. $\frac{2}{3}$), wobei die mittlere Beamtenschaft am stärksten vertreten ist.¹³ Un-

ter den verbleibenden Kommunal- und Länderbeamten fallen – allerdings weniger ihrer Zahl als ihrer Bedeutung nach – noch die Polizeibeamten auf.¹⁴ Als eine größere zusammenhängende Gruppe sind drittens noch die Angehörigen von Handel und Gewerbe sowie des Handwerks anzusprechen. Dabei handelt es sich, soweit es überhaupt aus den Angaben in den Ortsgruppenlisten ersichtlich wird, um mittlere und kleinere Kaufleute, Gewerbetreibende und Handwerker.

Bemerkenswert in der vergleichenden Übersicht ist noch der Anteil der Reichswehrangehörigen in den Garnisonstädten Oldenburg und Wilhelmshaven-Rüstringen. Es handelt sich in beiden Fällen vor allem um Angehörige der Marine. Nahezu die Hälfte von ihnen hat Offiziersrang, ein weiterer Teil erscheint als Offiziersanwärter. Der Anteil der Reichswehrangehörigen ist noch höher zu bewerten, wenn man berücksichtigt, daß das Reichswehrministerium im Laufe des Jahres 1921 diesen die Zugehörigkeit zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund und anderen politischen Verbänden verbot¹⁵ und daß daraufhin die Mitgliederzahl etwa in der Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen stark zurückging.¹⁶ Vielfach blieb – und das belegen die Ortsgruppenlisten von Oldenburg und Wilhelmshaven-Rüstringen auch – diese Verbotsverfügung einfach unbeachtet, oder die aktiven Reichswehrsoldaten traten nur formell aus dem Bund aus, hielten aber weiter Verbindung zu der jeweiligen Ortsgruppe, wie es das geheime »Nachrichtenblatt für die Mitarbeiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes« empfahl.¹⁷

Bei den nur schwach vertretenen Berufsgruppen ist bemerkenswert und neu gegenüber den bisher angeführten Aufstellungen das Auftreten einiger Pastoren; sie waren in der exponierten Stellung der Bundesleitung und der Ortsgruppenvorstände nicht zu finden.¹⁸ In diesem Zusammenhang ist auch auf den Anteil der Landbevölkerung zumindest hinzuweisen, wenngleich die Aufstellung darüber keinen Aufschluß zu geben vermag, da es sich hier nur um städtische Ortsgruppen handelt. Allein in Jever, der kleinsten der vier nordwestdeutschen Städte, ist der Anteil der Landbevölkerung nennenswert. Über die wahren Anteile können lediglich Vermutungen geäußert werden. Diese hätten dann davon auszugehen, daß es dem Schutz- und Trutz-Bund – wie noch später darzustellen sein wird^{18a} – gelang, auch in ländlichen Regionen Fuß zu fassen und etwa in Niedersachsen, Ostpreußen und Pommern ortsruppenstarke Gauorganisationen aufzubauen.

Anders verhält es sich mit dem auffallend niedrigen Anteil der Arbeiterschaft, die doch gerade vom Schutz- und Trutz-Bund für den Antisemitismus gewonnen werden sollte. Am Beispiel der Krefelder Orts-

gruppe, in der nur 3,5 % Arbeiter vertreten waren, aber 12,4 % Techniker und 7 % Unternehmer, wird sichtbar, wie wenig es dem Bund gelungen ist, Arbeiter unter seine Anhänger einzureihen und damit jener Aufgabe zu genügen, die ihm als eine der wichtigsten bei seiner Gründung gestellt worden war. Das lag einmal im Antisemitismus selbst begründet, der starke antimarxistische Tendenzen aufwies, zum anderen und im besonderen Maße aber an der bürgerlichen Konzeption des Schutz- und Trutz-Bundes. Der vom Bund propagierte Antisemitismus, der ohne feste wirtschaftspolitische Vorstellungen war und damit keine klaren Stellungnahmen zu den konkreten Problemen der Arbeiter enthielt, blieb bei der Arbeiterschaft ebenso wirkungslos wie die Art, in der der Bund auftrat, und wie die Methoden seines politischen Kampfes; der Bund vermied die direkte Konfrontation mit dem politischen und weltanschaulichen Gegner. Wo aber wie in Nürnberg Arbeiter in den Schutz- und Trutz-Bund gelangten, stieß das mit ihnen auftretende Moment einer Radikalisierung auf Ablehnung seitens der Schutz- und Trutz-Bund-Verantwortlichen. Die Geschichte der Nürnberger Ortsgruppe ist insofern von Belang, als sie den einzigen bedeutenderen Fall darstellt, in dem es gelang, größere Arbeiterscharen für den Schutz- und Trutz-Bund zu gewinnen. Nicht zuletzt war diese Entwicklung auch bedeutsam für die Entwicklung der NSDAP in Nürnberg und Franken.

In Nürnberg hatten zwar im Revolutionswinter 1918/19 schon Gruppen des Reichshammerbundes und des Deutschvölkischen Bundes bestanden, doch kam erst durch die Propaganda des Schutz- und Trutz-Bundes Bewegung in die antisemitischen Kreise.¹⁹ Dabei tat sich vor allem der Zivilingenieur Karl Maerz hervor. Er vertrat einen besonders radikalen Antisemitismus, dem er mit einem außerordentlichen Propagandaaufwand Verbreitung zu verschaffen suchte.²⁰ Insbesondere wandte er sich dabei an die Arbeiterschaft, trat in Versammlungen der sozialistischen Parteien als Diskussionsredner auf und verlegte eigene antisemitische Versammlungen in Arbeiterwohnviertel. Er nahm Kontakte zu kommunistischen Arbeitern auf, die sich Ende des Jahres 1919 von der KPD abgespalten und einen »Revolutionären Matrosenbund« gegründet hatten.²¹ Maerz sorgte dafür, daß dieser Bund mit der Nürnberger Ortsgruppe des Schutz- und Trutz-Bundes in Verbindung trat.²² Im Mai 1920 wurde der Matrosenbund in einen »Aufklärungsbund freier werktätiger Arbeiter Deutschlands« umgewandelt und dem Schutz- und Trutz-Bund beigeordnet.²³

Der Ausrichtung auf die Arbeiterschaft und der Radikalisierung des Antisemitismus gingen innerhalb des Deutschvölkischen Schutz- und

Trutz-Bundes Richtungskämpfe voraus, die mit der Ausschaltung der bürgerlichen Kräfte im Ortsgruppenvorstand endeten.²⁴ Der neue Vorstand mit Karl Maerz an der Spitze entfaltete eine beispiellose Aktivität innerhalb und außerhalb des Bundes. In Nürnberg stellte die deutschvölkische Ortsgruppe die eindeutig beherrschende Organisation im völkisch-nationalistischen Lager dar.²⁵ Im Schutz- und Trutz-Bund warb sie auf Landes- und Reichsebene dafür, aktive Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen und die Propaganda auch ideologisch stärker auf die Arbeiterschaft einzustellen.²⁶ Die Bundesleitung betrachtete den radikalen Aktivismus und die starke Ausrichtung auf die Arbeiterschaft mit geteilten Gefühlen. Sie stellte die Arbeit und Erfolge der Ortsgruppe keineswegs als beispielhaft heraus, sondern bemühte sich nachdrücklich um die Stärkung der bürgerlichen Kräfte in der Anhängerschaft des Schutz- und Trutz-Bundes in Nürnberg.²⁷ »Ich halte den Flügel Mieck-März [sic] für sehr gefährlich«, schrieb Gebattel im Zusammenhang mit diesen Bemühungen am 3. Juli 1920 an Hertzberg, »habe ich doch gestern von einer Stelle, die am besten orientiert sein sollte, die Vermutung aussprechen hören, der letztere werbe und zahle kommunistische Arbeiter, um durch sie die Juden totschiagen zu lassen. Nachdem dieses ohnehin fragwürdige Experiment dann jedenfalls zur unrechten Zeit vorgenommen würde, bildet er sicher eine große Gefahr für unsere legitime Bewegung.«²⁸ Auf die Dauer war das bürgerliche Beharrungsvermögen im Bunde jedoch zu groß, als daß der radikale Flügel sich mit Erfolg hätte durchsetzen können. Nach dem Tod des Führers der Radikalen in Nürnberg im August 1921 gewannen dort wieder die bürgerlichen Kräfte die Oberhand. Die Früchte seiner propagandistischen Arbeit unter der Arbeiterschaft Nürnbergs erntete ein anderer: Julius Streicher. Auf diese Weiterentwicklung wird jedoch in einem anderen Zusammenhang einzugehen sein.²⁹

Nürnberg war das bedeutendste Beispiel innerhalb des Schutz- und Trutz-Bundes für den ernsthaften Versuch, dem Antisemitismus tatsächlich Anhänger unter der Arbeiterschaft zu gewinnen. Dieser Versuch verband sich jedoch mit den Namen einiger weniger Männer und blieb in der Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Episode. Der Bund war nach Organisation und Ideologie eine mittelständisch-kleinbürgerliche Bewegung. Sie vereinigte nicht wenige Gegner des Sozialismus und des Bolschewismus und wollte sich bewußt abheben von den organisierten Arbeitermassen. »Die Arbeiter sind draußen geblieben«, so formulierte es der Schriftleiter der Deutschvölkischen Blätter, Thomas Westerich, in einer Denkschrift, in der er Bilanz der Entwicklung des Schutz- und Trutz-Bundes bis 1921

zog. Für den Mißerfolg des Bundes unter der Arbeiterschaft machte er darin die zunehmende »Verbürgerung« und den Mangel an »Radikalismus« verantwortlich.³⁰

Bei der Analyse derjenigen Berufsgruppen, die in den Mitgliederlisten der fünf aufgeführten Ortsgruppen besonders stark bzw. schwach vertreten sind, blieben die Nichterwerbstätigen und sich in der Ausbildung Befindenden bisher außer Betracht. Unter ihnen spielen die Jugendlichen eine besondere Rolle. In der Ortsgruppe Delmenhorst erreichen die Lehrlinge einen Anteil von 13 %, während in Krefeld die Schüler 12,4 % der Ortsgruppenmitglieder stellen. Über die Beteiligung der Studenten vermag die Übersicht überhaupt keinen Aufschluß zu geben, da es sich bei keiner der fünf Städte um eine Universitätsstadt handelt.³¹ Immerhin deuten diese Zahlen an, daß der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund durchaus imstande war, eine große Zahl Jugendlicher mit seiner Propaganda zu erreichen und sie an sich zu binden. Auf die Erfolge, die der Bund in einigen Gebieten unter den Jugendlichen erzielte, sowie deren Organisierung durch den Bund wird noch an späterer Stelle einzugehen sein.³² Schließlich ist noch auf den relativ hohen Anteil der Frauen an der Mitgliederschaft des Schutz- und Trutz-Bundes hinzuweisen. Nachdem durch die Weimarer Reichsverfassung das allgemeine Wahlrecht auf die Frauen ausgedehnt worden war, konnte der Schutz- und Trutz-Bund auf die Unterstützung durch die Frauen nicht verzichten. Allerdings mißbilligte er aus seiner prinzipiell antidemokratischen und antimodernen Einstellung heraus die gleichberechtigte Mitwirkung der Frau im öffentlichen, vor allem im politischen Leben. Diese antimoderne Haltung kam aber dem bisher unterentwickelten Verhältnis der Frauen zur Politik und zu den Parteien weitgehend entgegen. Im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund konnten sie sich »vaterländisch« betätigen, ohne sich »politisch« oder gar »parteilpolitisch« unfraulich zu exponieren.³³

Zusammenfassend kann zu der Übersicht zur sozialen Zusammensetzung der Schutz- und Trutz-Bund-Anhängerschaft noch einmal betont werden, daß der Bund in den kleineren und mittleren oldenburgischen Städten vorwiegend von Kaufleuten und Gewerbetreibenden, Beamten und Angestellten getragen wurde, daß in dem mehr industriellen rheinländischen Krefeld zu diesen Gruppen noch Arbeitnehmer und Arbeitgeber aus der Industrie hinzutraten; Unternehmer, Ingenieure und Techniker treten verstärkt auf, der Anteil der Arbeiter bleibt minimal.

Zur altersmäßigen Zusammensetzung der Anhängerschaft

Der relativ hohe Anteil an Jugendlichen im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, der doch an die traditionell antisemitischen Kreise und Organisationen aus der wilhelminischen Zeit anknüpfte, gibt Anlaß, nach der altersmäßigen Zusammensetzung seiner Mitgliederschaft zu fragen. Die Mitgliederverzeichnisse der Ortsgruppen Krefeld und Wilhelmshaven-Rüstringen vermögen darüber einigen Aufschluß zu geben, den zu verallgemeinern allerdings nicht ohne weiteres möglich erscheint. Immerhin handelt es sich dabei aber um zwei in geographischer und wirtschaftlicher Hinsicht sowie in der Größenordnung recht unterschiedliche Städte.

| Altersgruppen ³⁴ | Krefeld | Wilhelmshaven- Rüstringen |
|-----------------------------|--------------|------------------------------|
| | (in Prozent) | |
| 17 bis unter 20 | 15,1 | 3,0 |
| 20 bis unter 25 | 17,0 | 21,7 |
| 25 bis unter 30 | 15,1 | 16,3 |
| 30 bis unter 35 | 17,0 | 17,5 |
| 35 bis unter 40 | 9,4 | 18,1 |
| 40 bis unter 45 | 11,3 | 8,4 |
| 45 bis unter 50 | 5,6 | 6,6 |
| 50 bis unter 55 | 3,8 | 3,6 |
| 55 bis unter 60 | 3,8 | 2,4 |
| 60 bis unter 65 | | 1,8 |
| 65 und mehr | 1,9 | 0,6 |
| Durchschnittsalter | 31,7 Jahre | 33,4 Jahre |

Das Ergebnis der Aufschlüsselung nach Altersstufen überrascht: 84,9 % bzw. 85 % der Mitglieder entfallen auf die Stufen von 17 bis unter 45 Jahre. Am stärksten vertreten sind die 20- bis 25jährigen, nur etwas weniger stark die drei folgenden Altersstufen von 25 bis unter 40. Im Vergleich mit Wilhelmshaven-Rüstringen fällt in Krefeld die hohe Zahl derer auf, die noch nicht das wahlfähige Alter (bis unter 20) erreicht haben.

Insgesamt ist festzustellen, daß es sich bei der Anhängerschaft des Schutz- und Trutz-Bundes durchweg um die Frontgeneration handelt. In dieser sind jedoch zwei Gruppen zu unterscheiden: 1) die ältere Generation, die vor 1890 Geborenen, die nicht selten seit längerer Zeit dem Antisemitismus anhängen oder doch schon vor dem Krieg vielfach

ihren sozialen Status durch die fortschreitende Industrialisierung und Urbanisierung bedroht sahen; 2) die jüngere Frontgeneration, die nach 1890 Geborenen, und die Kriegsjugendgeneration, die nach 1900 Geborenen,³⁵ die zu jung waren, um noch im Kaiserreich zu festen sozialen Positionen zu gelangen; sie stellen fast die Hälfte der Schutz- und Trutz-Bund-Anhängerschaft.

Beide Gruppen waren an derselben Problematik von Krieg und Umbruch orientiert. Gemeinsam war ihnen die Ablehnung des Gegenwärtigen, für das sie nicht gekämpft haben wollten und das ihnen keine Zukunft zu eröffnen schien. Unterschiedlich waren jedoch ihre Ziele: die Älteren ersehnten die Wiederherstellung überholter sozialer Ordnungen, in denen jeder seinen festen, sicheren Platz hatte; die Jüngeren, weit stärker geprägt vom Krieg und einem gefühlsmäßigen Frontsozialismus als vom Kaiserreich, erstrebten eine soziale Ordnung, in der Parteien-, Klassen- und Standesunterschiede aufgehoben waren. Der vom Schutz- und Trutz-Bund propagierte völkische Antisemitismus mit seinem rassistischen Nationalismus, seinem Eintreten für eine organische Volksgemeinschaft und ein persönliches Führertum sowie seiner scharfen Wendung gegen Demokratie und Parlamentarismus vermochte beide Gruppen zusammenzufassen. Doch wird von hier aus deutlich, welche Schwierigkeiten eine Präzisierung des Programms des völkischen Antisemitismus innerhalb des Schutz- und Trutz-Bundes aufwerfen mußte. Diese hätte notwendigerweise den Gegensatz zwischen den reaktionären und den mehr sozialrevolutionär eingestellten Nationalisten aufbrechen lassen. Somit läßt die Analyse der lebensalterlichen Zusammensetzung auch deutlich die Gruppe im Schutz- und Trutz-Bund erkennen, die nach Auflösung des Bundes folgerichtig den Weg zum Nationalsozialismus finden sollte, wobei diese Entwicklung vom Schutz- und Trutz-Bund weg zum Nationalsozialismus hin nicht selten schon vor 1922 einsetzen sollte.

Der Erfolg des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in weiten bürgerlichen Kreisen — das machen die Ausführungen zur sozialen und lebensalterlichen Zusammensetzung seiner Anhängerschaft sichtbar — läßt sich nicht allein aus der ökonomischen Situation erklären. Die moderne Wirtschaftsentwicklung mit ihren Tendenzen zur Rationalisierung, Großherzeugung und Konzentration traf die einzelnen im Schutz- und Trutz-Bund vertretenen sozialen Gruppen durchaus unterschiedlich. Vielmehr offenbart sich in dem Zulauf zum Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund ein leidenschaftlicher irrationaler Protest gegen die politischen und gesellschaftlichen Umschichtungen und gegen die militärische Niederlage des Reiches. Der vom Bund

propagierte völkische Antisemitismus war eine der simpelsten und populärsten Rationalisierungen dieses Protestes. Ihm fielen vor allem die Kreise anheim, deren soziale Positionen durch die politische und gesellschaftliche Entwicklung im besonderen Maße gefährdet waren, die von Deklassierung und Proletarisierung bedroht waren oder aber wie die aus dem Krieg entlassene junge Generation in der neuen politischen und sozialen Ordnung keinen ihnen gemäßen Platz zu finden vermochten und in ihr keine Zukunft zu haben glaubten. Das traf vor allem auf die vielstufige Mittelschicht zu. Sie fand sich in hervorragendem Maße im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund repräsentiert und drückte ihm den Stempel einer radikalen mittelständischen Ressentimentbewegung auf.

Zur regionalen Verbreitung des Bundes

Im Anschluß an diese Überlegungen ist auf ein weiteres Problem einzugehen, das wesentlich von der Sozialstruktur des Bundes mitbestimmt wird: auf die regionale Verbreitung des Schutz- und Trutz-Bundes. Dabei kann es sich ebenfalls lediglich darum handeln, auf Schwerpunkte hinzuweisen, deren Bedeutung darin liegt, daß später dort im Anschluß an den Schutz- und Trutz-Bund die NSDAP besonders erfolgreich war. Der Antisemitismus der Nachkriegszeit war kein regionales Problem mehr, das sich wie vor dem Krieg im wesentlichen auf die beiden Regionen Hessen und Sachsen-Thüringen beschränkte, sondern ein überregionales. Allerdings durfte ein Antisemitismus, der die Juden als Urheber und Nutznießer der Revolution und des Bolschewismus anprangerte, damit rechnen, Anhänger in besonderem Maße in den Gebieten zu finden, wo die Bürger über Krieg und Umbruch hinaus durch rätedemokratische Versuche und Arbeiterunruhen aufgeschreckt und zur politischen Aktivität aufgestachelt wurden. In den Grenzgebieten konnte ein Antisemitismus, der den Haß gegen die Kriegsgegner weiterhin propagierte und die Auseinandersetzungen der Nationen auf Rassengegensätze zurückführte, hoffen, seinen Parolen ebenfalls in verstärktem Maße Geltung zu verschaffen.

Eine Übersicht auf Grund der Zahl und Mitgliederstärke der Ortsgruppen in den einzelnen Gauen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes³⁶ ergibt folgendes Bild: In sämtlichen deutschen Großstädten bestanden größere Ortsgruppen des Schutz- und Trutz-Bundes. Eine Ausnahme bilden in dieser Hinsicht nur die Städte im besetzten Gebiet im Westen, wo die Vereinigung größerer nationalistischer Kreise auf den Widerstand der Besatzungsmächte stieß. Immerhin bildete

sich auch dort unter der Führung des Gauleiters Egon Lützeler in Köln ein starkes und aktives Zentrum deutschvölkischer Tätigkeit heran. Die mitgliederstärksten Ortsgruppen bestanden in München, Berlin, Hamburg, Hannover und Stettin, die schon im Juli 1920 Mitgliederzahlen von zweieinhalb- bis viertausend aufwiesen. Dann folgten Stuttgart, Dresden, Duisburg, Bremen, Essen, Kiel, Leipzig, Gelsenkirchen, Breslau und Magdeburg, deren Ortsgruppen ebenfalls schon im Juli 1920 Mitgliederzahlen von ein- bis zweitausend anzeigen konnten.

Im einzelnen können, unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Bevölkerungsdichte, einige Regionen hervorgehoben werden, in denen der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund schneller und stärker Fuß fassen konnte. Da sind in erster Linie die vom Bund eingerichteten Gaue Westfalen-Lippe mit besonders starken Gruppen in Gelsenkirchen, Münster, Bochum und Dortmund sowie Rheinland (unbesetzter Teil) mit Zentren in Duisburg, Essen, Elberfeld und Düsseldorf zu nennen. In beiden Regionen, im Rheinland noch weniger als in Westfalen, hatten die Antisemitenparteien kaum Rückhalt gefunden.³⁷ Das gleiche gilt für den Schutz- und Trutz-Bund-Gau Niedersachsen, der die südöstlichen Teile der preußischen Provinz Hannover und das Land Braunschweig umschloß. Hier gelang dem Bund ein massiver Einbruch in ausgesprochen ländliche Bezirke und in das Industriegebiet Hannover-Braunschweig. Erfolge in agrarischen Regionen konnte der Schutz- und Trutz-Bund auch in den vom neuen Nachbarn Polen aufgeschreckten Provinzen Ostpreußen und Pommern verzeichnen, wenn auch in einem vergleichsweise kleineren Maße als in Niedersachsen.

Noch vor Pommern und Ostpreußen und in einem Zuge mit den anderen drei bereits erwähnten Gauen sind die klassischen Gebiete des Antisemitismus vor dem Weltkrieg zu nennen: das hessische Land zwischen Main und Fulda und die ähnlich strukturierten Randgebiete, wo der Antisemitismus seit je unter dem Kleinbauerntum stark verbreitet war, sowie Sachsen und Thüringen, wo der Antisemitismus seit langem in dem durch die Industrie bedrängten Handwerk und Kleingewerbe starken Rückhalt fand. Hier entstanden die Schutz- und Trutz-Bund-Gaue Hessen, Sachsen-Anhalt-Thüringen und Sachsen. Hervorzuheben sind noch die Gaue Bayern-Nord (das osthessische bayerische Land nördlich der Donau), wo besonders von Nürnberg und Würzburg aus die antisemitische Propaganda zu größeren Erfolgen kam, und Brandenburg, das ganz im Bann der großen antisemitischen Bewegung in Berlin und den umliegenden Orten stand, sowie Schlesien.

Damit sind die Schwerpunkte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in regionaler Hinsicht genannt. Vergleichsweise weniger

Eingang fand der Bund im Norden und Nordwesten Deutschlands sowie in den auf eine längere liberaldemokratische Tradition zurückblickenden Ländern Baden und Württemberg. Doch auch in diesen Gebieten kam es zu zahlreichen Ortsgruppengründungen und zum Aufbau von Gauorganisationen: Mecklenburg, Nordmark (Schleswig-Holstein), Nordwestdeutschland (Bremen, Oldenburg, nordwestliche Teile der Provinz Hannover), Baden und Württemberg.

Wenn einleitend darauf hingewiesen wurde, welche politischen und wirtschaftlichen Faktoren sowie sozialstrukturellen Bedingungen die Ausbreitung des Schutz- und Trutz-Bundes begünstigten, so sind abschließend noch weitere Faktoren zu erwähnen, die diese Ausbreitung ebenfalls beeinflusst haben. In Bayern südlich der Donau gelang es dem Schutz- und Trutz-Bund zum Beispiel nicht, eine dem nördlichen Bayern vergleichbare Organisation aufzubauen, obwohl er in München eine außerordentlich starke Ortsgruppe als möglichen Ausgangspunkt besaß. Aber hier war dem Schutz- und Trutz-Bund 1920 in der NSDAP eine starke Konkurrenz erwachsen, die die Entwicklung des völkischen Verbandes nicht unwesentlich beeinträchtigte. Ähnliches kann für den Nordwesten Deutschlands gelten. Dort waren es vor allem die rechtsradikalen Soldatenverbände »Stahlhelm« und »Verband nationalgesinnter Soldaten«, die die bürgerlichen antidemokratischen Kreise organisierten. Nicht selten hing aber der Erfolg des Schutz- und Trutz-Bundes auch von der Aktivität der jeweils führenden Personen ab. Hierfür bildet die Ortsgruppe Bevensen ein charakteristisches Beispiel. In diesem Ort am Rande der Lüneburger Heide hatte der Arzt Dr. Carl Sinn, der später zum Gauleiter von Niedersachsen aufrückte, schon im Juli 1920 über 5000 Mitglieder um sich geschart. Seine Ortsgruppe zählte bis zum Ende zu den größten und aktivsten ihres Landesverbandes.

Aufs Ganze gesehen und unabhängig von regional unterschiedlichen Gegebenheiten, die sich auf die jeweilige Zahl und Stärke der Ortsgruppen fördernd oder beeinträchtigend auswirkten, kann festgestellt werden: Im ganzen Reichsgebiet von Flensburg und der Insel Sylt bis Konstanz und dem Chiemsee, von Tilsit und Beuthen bis Aachen und Pirmasens³⁸ gab es kein größeres geschlossenes Gebiet, in dem der Bund nicht durch Ortsgruppen vertreten war. Der vom Schutz- und Trutz-Bund propagierte völkische Antisemitismus war ein überregionales »gesamtdeutsches« Phänomen. Er trat allerdings mit besonderer Virulenz in den Gebieten auf, die zu den Brennpunkten der innerdeutschen Nachkriegsentwicklung zählten: in Berlin und München, in Mitteldeutschland und im rheinisch-westfälischen Industriegebiet sowie in Oberschlesien.

In zwei Richtungen vermochte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund über die damaligen Reichsgrenzen hinauszugreifen: nach Danzig und nach Österreich. Das Auftreten des Bundes in diesen durch die Pariser Vorortverträge in besonderer Weise betroffenen Gebieten ist vor allem im Zusammenhang mit den dortigen starken nationalistischen reichsdeutschen Strömungen zu sehen, die in dem völkisch-rassistischen Gedanken die »natürliche« Begründung ihrer Forderungen fanden. In Danzig hatte sich schon 1919 eine Ortsgruppe gebildet, die im Juli 1920 fast 1200 Mitglieder zählte; sie hielt bis zur Auflösung des Bundes im Juli 1922 mit der Bundesleitung Verbindung. In Österreich versuchte der Schutz- und Trutz-Bund, an schon bestehende antisemitische Gruppierungen anzuknüpfen und sie zu einem Zusammenschluß unter seiner Oberleitung zu veranlassen.³⁹ Als dies mißlang, baute der Bund 1921 mit finanzieller und organisatorischer Unterstützung des Alldeutschen Verbandes in Österreich eine eigene Organisation auf, die auch nach Verbot und Auflösung des Mutterverbandes im Reich noch fortbestand.⁴⁰ Über die Zahl und Verbreitung deutschvölkischer Ortsgruppen in Österreich können leider keine Angaben gemacht werden. Belegt ist allein die Tatsache, daß in Österreich sowohl mehrere Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppen als auch eine Gesamtorganisation bestanden.⁴¹

Die Untersuchungen des vorliegenden Kapitels ergaben, daß der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund sowohl in soziologischer als auch in regionaler Hinsicht einen erheblichen Verbreitungsgrad erreichen konnte. Allerdings vermochte er in der Arbeiterschaft so gut wie gar nicht Fuß zu fassen. Das verstärkte Auftreten eines organisierten Antisemitismus durch den Schutz- und Trutz-Bund vollzog sich vor dem Hintergrund des Kriegsausganges, wurde begünstigt durch einen maßlos übersteigerten Nationalismus, durch weitverbreitete Furcht vor drohenden sozialen Umschichtungen sowie vor allem vor einem etwaigen Übergreifen des Bolschewismus von Rußland nach Deutschland. Alle diese Faktoren zusammen bewirkten insbesondere in Mittelstand und Kleinbürgertum eine stärkere Hinwendung zum Antisemitismus als dem Kristallisationspunkt weitverbreiteter Anti-Gefühle und diffuser Ressentiments: des militanten Antiliberalismus und Antimarxismus, aber auch eines weitgehend unreflektierten Antikapitalismus. Als Phänomen blieb dieser Antisemitismus allerdings nicht allein auf Deutschland beschränkt. Unter ähnlichen Bedingungen wie hier trat er auch in anderen, vor allem mitteleuropäischen Ländern auf und erwies sich dort, wie Ernst Nolte gezeigt hat, in ähnlicher Weise wie im Deutschen Reich als Voraussetzung für das Entstehen faschistischer Bewegungen.⁴²

II. Mittel und Methoden der Tätigkeit

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund betrachtete es als seine Hauptaufgabe, »über Wesen und Umfang der jüdischen Gefahr aufzuklären und sie unter Benutzung aller politischen, staatsbürgerlichen und wirtschaftlichen Mittel zu bekämpfen«.¹ Die wesentlichen Mittel und Methoden, mit denen der Bund diese Ziele zu erreichen suchte, waren nach außen eine permanente Propaganda in Wort und Schrift sowie Demonstrationen durch große Tagungen, öffentliche Feiern und Aufmärsche, nach innen die deutschvölkische Schulung seiner Mitglieder. Hinsichtlich dieser Mittel und Methoden unterschied sich der Bund kaum von anderen Massenorganisationen, die wie etwa eine Massenpartei gleichfalls breitere Bevölkerungsschichten anzusprechen versuchten. Wenn im folgenden Propaganda und Schulung im einzelnen dargestellt werden, so geschieht dies einmal im Hinblick auf die Formen, die die NSDAP im Anschluß an den Schutz- und Trutz-Bund praktizierte. Zum anderen soll in diesem Kapitel versucht werden, Daten und Zahlen zusammenzutragen, um über die pauschalen Urteile hinaus konkretere Vorstellungen von dem Ausmaß und der Intensität der antisemitischen Tätigkeit zu vermitteln. Damit bildet dieses Kapitel zugleich den Übergang zu den Kapiteln des folgenden Teiles, insofern es Voraussetzungen gibt für die Untersuchungen über die im wesentlichen propagandistische Tätigkeit des Bundes und die aus den antisemitischen Angriffen resultierende Wirkung.

Gegenüber Propaganda und Schulung standen organisierte praktische judengegnerische Maßnahmen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes weit zurück. Zwar betrieb die Hauptgeschäftsstelle den Aufbau eines großangelegten Auskunftswesens, das die Juden im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft erfassen und als Grundlage für die Aufstellung von völkischen Berufs- und Geschäftsverzeichnissen dienen sollte,² doch kam es nur in vereinzelt Fällen auf der untersten Ebene der Ortsgruppe zur Herausgabe solcher »Bezugsverzeichnisse«.³

Propaganda

Nach außen trat der Bund vor allem durch eine hemmungslose und totale Propaganda in Erscheinung. Das Ausmaß der in ihr zutage tretenden Hetze, Verleumdung und Verdächtigung war beispiellos und konnte — wie im einzelnen noch zu zeigen sein wird — auch später von den Nationalsozialisten kaum überboten werden. Der Bund hatte da-

mit entscheidenden Anteil an der »gewaltigen antisemitischen Sturmflut«,⁴ die in den ersten Nachkriegsjahren über Deutschland hereinbrach. Hervorragendstes Mittel dieser öffentlichen Agitation war die Verbreitung gedruckter Blätter. Stoßartig wurden ganze Stadtteile und Landstriche damit überschwemmt. Dem Format nach am kleinsten, im Verbreitungsgrad aber nahezu unerreicht waren die etwa fünf Zentimeter langen und breiten Klebezettel, die die Häuserwände und Schaufenster — vornehmlich jüdischer Geschäfte — ebenso verunzierten wie die Verkehrsmittel, Litfaßsäulen und öffentlichen Bedürfnisanstalten. Daneben ließ der Bund postkartengroße Handzettel und zahllose Flugblätter verteilen, die durch Farbigkeit, unterschiedliche Schriftbildgestaltung und Karikaturen Aufmerksamkeit zu erregen suchten. Das einfachste Mittel dieser Propaganda war das Hakenkreuz, mit dem Straßen, Brücken und Häuserwände beschmiert wurden. Ungefähren Aufschluß über das Ausmaß dieser Agitation vermögen einige Zahlen für das Jahr 1920 zu geben: Danach brachte allein die Schutz- und Trutz-Bund-Leitung in diesem Jahr 7,6 Millionen Flugblätter, 4,8 Millionen Handzettel und 7,9 Millionen Klebemarken heraus.⁵

Seit dem Zusammenschluß mit dem Deutschvölkischen Bund im Herbst 1919 stand dem Schutz- und Trutz-Bund auch eine Wochenzeitung, die »Deutschvölkischen Blätter«, zur Verfügung, die eine kontinuierlichere Propaganda ermöglichte. Die Herausgabe dieser einst von Theodor Fritsch als »Antisemitische Correspondenz« gegründeten Zeitung übernahm Alfred Roth, während der völkische Schriftsteller Thomas Westersch als Schriftleiter verantwortlich zeichnete. Für die ebenfalls übernommene »Deutschvölkische Warte«, die vor allem als verbandsinternes Sprachrohr diente, bestand neben den »Deutschvölkischen Blättern« und dem von Roth herausgegebenen »Nachrichtenblatt für die Mitarbeiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes« »Im Vertrauen« keine hinreichende Nachrichtenbasis mehr. Da sie überdies die Finanzkräfte des Bundes zusätzlich strapazierte, wurde ihr Erscheinen gegen Ende des Jahres 1921 eingestellt. Gleichzeitig erhob der Bund die »Deutschvölkischen Blätter« zum Bundesorgan, das vom 1. Januar 1922 an allen Mitgliedern zugestellt wurde.

Im August 1920 übernahm der Bund darüber hinaus die 1902 von Ludwig Woltmann begründete »Politisch-Anthropologische Monatschrift«, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten war.⁶ Herausgeber dieser traditionsreichen sozialanthropologischen Zeitschrift blieb der alldeutsch und völkisch eingestellte Dr. Otto Schmidt-Gibichenfels, der sie schon seit 1911 geleitet hatte.⁷ Damit sicherte sich der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund ein Organ, das es ihm ermöglichte,

auch auf Kreise einzuwirken, die zwar rassistisch eingestellt waren, dem Vulgärrassismus des Bundes jedoch ablehnend gegenüberstanden. Andererseits wirkte der Name dieser sich wissenschaftlich gebenden Monatsschrift auch auf den Bund zurück und gab dessen völkisch-ideologischen Thesen den Anstrich von Wissenschaftlichkeit.

Doch waren die Einflußbereiche der beiden öffentlichen Organe des Bundes beschränkt. Die »Politisch-Anthropologische Monatsschrift« hatte bei Übernahme durch den Bund knapp tausend zahlende Bezieher⁸ und vermochte auch später nicht, einen wesentlich weiteren Leserkreis zu gewinnen. Sie blieb von der Unterstützung durch den Bund abhängig und stellte nach dem Verbot des Bundes ihr Erscheinen ein.⁹ Vor allem erreichten aber die »Deutschvölkischen Blätter« nie die Bedeutung, die von ihnen erhofft wurde. Sie legten nie den beschränkten Provinzialismus ab. Ihr Inhalt war bestimmt durch die penetrante Selbstherrlichkeit und moralisierende Deutschtümelei Alfred Roths sowie durch unverständliche deutsch-christliche und spiritistische Artikel und dilettantische dichterische Versuche Thomas Westerichs, über die selbst im Bund Klage geführt wurde.¹⁰ Den Haßtiraden fehlte es an politischer Brisanz, an Witz und Sarkasmus. Zudem war die Stellung der Zeitung innerhalb des Bundes umstritten. Vor allem die Ortsgruppen und Mitglieder in Bayern, wo zunächst der »Münchener Beobachter« als völkisches Zentralblatt gewirkt hatte, forderten eine eigene Zeitung, und es fehlte nicht an Versuchen, Julius Streichers Zeitungen »Deutscher Sozialist«, seit Oktober 1921 »Deutscher Volkswille«, zu offiziellen deutschvölkischen Organen zu erheben.¹¹ So erreichten die »Deutschvölkischen Blätter« im Durchschnitt nur eine Auflage von siebentausend Exemplaren.¹² Das änderte sich erst mit dem 1. Januar 1922, als die Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes auf Grund der erhöhten Beiträge die Wochenzeitung kostenlos zugestellt bekamen. Doch vermochte weder dies noch eine Umbesetzung der Schriftleitung, in die Arthur Götting als verantwortlicher Schriftleiter für Politik und Wirtschaft eintrat,¹³ den Charakter des Blattes zu ändern.

Dennoch darf die Wirkung der »Deutschvölkischen Blätter« auch nicht unterschätzt werden, zumal sie von den Mitgliedern durch »Liegenlassen« in öffentlichen Verkehrsmitteln und Gebäuden sowie in Lokalen über den eigentlichen Abnehmerstamm hinaus verbreitet wurden. Das Predigen gegen die Juden und die Regierung, das stete Herausstellen einiger weniger Personen, auf die sich der Haß konzentrierte, das sendungserfüllte Pochen auf deutsche Art und Rasse, das ständige Appellieren an Neid- und Haßgefühl, das triumphierende Zurschaustellen von Einzelfällen als Regelfall — wobei Verkürzungen, Verdrehungen

und Lügen an der Tagesordnung waren —, das alles mußte bei den Lesern zu einer Verkennung des wirklich Gegebenen führen und ihnen ein Gefühl der Einengung und Ohnmacht suggerieren, das in die Tat umschlagen konnte.

Neben der eigenen publizistischen Arbeit betätigte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund sich auch als Nachrichtendienst. Er versorgte die »auf nationalem und vaterländischem Boden« stehenden Zeitungen mit Nachrichten, von denen der Bund behauptete, daß sie »der deutschen Presse von anderen Stellen grundsätzlich und absichtlich verschwiegen« würden.¹⁴ Diese seit August 1919 in zwangloser Folge erscheinenden »Deutschvölkischen Pressenachrichten« beschränkten sich darauf, die Tätigkeit von Juden im öffentlichen Leben und in der Wirtschaft in gehässiger Weise zu kommentieren und auf die Entwicklungen in der deutschvölkischen Bewegung aufmerksam zu machen.¹⁵ Darüber hinaus trat der Bund als Vorkämpfer für eine starke völkische Publizistik auf und warb in eigens dafür veranstalteten sogenannten Deutschvölkischen Zeitungswochen nachdrücklich auch für andere völkische und antisemitische Zeitungen und Zeitschriften wie für den »Hammer« Theodor Fritschs, die Münchener alldeutsche Monatsschrift »Deutschlands Erneuerung« und den nationalsozialistischen »Völkischen Beobachter«¹⁶.

In diesem Zusammenhang sind auch die unzähligen antisemitischen Broschüren, Schriften und Bücher zu erwähnen, die der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund herausgab oder verbreitete. Das vom Bund vertriebene deutschvölkische Schrifttum umfaßte nahezu alles, vom ungegliederten Pamphlet, das nichts anderes als ein Sammelsurium antisemitischer Vorurteile war, bis zum wissenschaftlich sich gebenden Traktat. Der Bund gab die antisemitischen Verfälschungen des Talmuds bzw. des Schulchan Aruch aus dem 19. Jahrhundert neu heraus.¹⁷ Er besorgte auch die erste Neuauflage des antisemitischen Standardwerkes »Handbuch der Judenfrage« nach dem Kriege beim Hamburger Slepner-Verlag.¹⁸ Nicht selten waren führende Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes Verfasser wirksamer antisemitischer Broschüren, allen voran der Hauptgeschäftsführer Alfred Roth, der insbesondere mit seinen unter dem Pseudonym Otto Armin erscheinenden »Die Juden im Heere« und »Die Juden in den Kriegs-Gesellschaften« von sich reden machte.¹⁹ In der Schriftenreihe »Hammer-Schläge«, die der Bund in den Jahren 1919 bis 1921 herausgab und in der vor allem aktuelle Fragen behandelt wurden, kamen neben anderen Autoren ebenfalls führende Mitglieder ausführlich zu Wort.²⁰ Mit dieser Schriftenreihe realisierte Roth einen schon 1914 konzipierten Plan.

Die Reihe brachte es auf insgesamt 26 Heftchen, die jeweils in 10 000 Exemplaren aufgelegt wurden, zuweilen aber weit mehr als das Doppelte erreichten.²¹ Darüber hinaus warb der Bund nahezu für jedes antisemitische Buch und zeigte in den »Deutschvölkischen Blättern« regelmäßig die antisemitischen Neuerscheinungen an. Zentralstelle dieser Propaganda war die verbandseigene Deutschvölkische Verlagsanstalt unter Arthur Götting in Hamburg. Sie verlegte nicht nur die Zeitungen und Zeitschriften des Schutz- und Trutz-Bundes, die Schriftenreihe »Hammer-Schläge« sowie zahlreiche antisemitische Pamphlete, sondern betätigte sich auch als Vertriebsstelle für das gesamte deutschvölkische Schrifttum. Dabei arbeitete sie eng mit den traditionellen antisemitischen Verlagen Theodor Fritsch und Theodor Weicher in Leipzig sowie J. F. Lehmann und Dr. Ernst Boepple in München zusammen, mit denen sie auch seit 1920 in einer »Vereinigung völkischer Verleger« zusammengeschlossen war.²²

Die unermüdliche Werbe- und Propagandaarbeit des Schutz- und Trutz-Bundes trug nicht unwesentlich zur Verbreitung des deutschvölkischen Schrifttums bei. Die höchsten Auflagen erzielten zweifellos die auch vom Bund besonders gepriesenen Schriften seines Vorstandsmitgliedes Artur Dinter.²³ Der erste Band von Dinters antisemitischer Romantrilogie, »Die Sünde wider das Blut«, 1918 in 1. Auflage erschienen, erreichte bis 1921 das 200. Tausend, der zweite Band, »Die Sünde wider den Geist«, 1921 erschienen, erreichte noch im selben Jahr das 100. Tausend.²⁴ Selbst Dinters Auseinandersetzungen mit einigen Rabbinern über die Übersetzung und Interpretation einiger Talmudstellen, die er zuerst 1919 in den »Deutschvölkischen Blättern« veröffentlichte, wurden als Broschüre bis 1922 in 60 000 Exemplaren verkauft.²⁵ Mit diesen außerordentlichen Erfolgen stand Dinter an der Spitze einer ungeheuren Produktion antisemitischer Schriften in den Jahren 1919 bis 1923, bei der die Menge die niedrige Auflagenhöhe wettmachte.²⁶ Durchschnittlich wurden die größeren antisemitischen Broschüren und Schriften in fünf- bis zehntausend Exemplaren aufgelegt, viele erfuhren jedoch noch weitere Auflagen.²⁷ So erzielte die vom Deutschen Schutz- und Trutz-Bund im Frühjahr 1919 beim Deutschen Volksverlag München herausgegebene Schrift »Wilhelm Meister: Judas Schuldbuch« innerhalb von zwei Jahren fünf Auflagen mit insgesamt 33 000 Exemplaren.²⁸

Neben der systematischen Verbreitung des antisemitischen Flugblattmaterials, der antisemitischen Broschüren und Schriften als Mittel zur Beeinflussung der Öffentlichkeit betrieb der Bund eine außerordentlich rege Versammlungstätigkeit. In der öffentlichen Massenversammlung

sollte die Propagandaarbeit jeder einzelnen Gruppe ihren Höhepunkt finden. Von Anfang an suchte die Schutz- und Trutz-Bund-Führung den öffentlichen Vortrag als besonders massenwirksames Mittel planmäßig einzusetzen. Die Hauptgeschäftsstelle regte in den einzelnen Ortsgruppen die Einrichtung von Rednerschulen an und versorgte diese mit »Richtlinien zum wirkungsvollen Vortrag« und mit gesonderten Vortragsentwürfen.²⁹ Die Leitungen der einzelnen Gaue organisierten Vortragsstourneen ihrer besten Redner, und die Hauptgeschäftsstelle brachte überregionale Rednerverzeichnisse heraus, die die wichtigsten Versammlungsredner im Bund und die Themen ihrer Vorträge enthielten.³⁰ Diese Listen verzeichneten nicht nur die Namen von führenden Mitgliedern des Schutz- und Trutz-Bundes, sondern u. a. auch die von in der völkischen Bewegung so bekannten Persönlichkeiten wie Richard Kunze und Reinhold Wulle und die der Nationalsozialisten Dietrich Eckart und Gottfried Feder.³¹ Gern gesehene Redner in den Versammlungen des Schutz- und Trutz-Bundes waren auch die »nationalen Helden« des Weltkrieges, deren Namen dann der Bund zur Werbung für seine antisemitische Kampagne benutzte; als ihr Exponent ist der ehemalige Kommandeur der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika, Lettow-Vorbeck, zu nennen.

Der Erfolg der öffentlichen Versammlungen war unterschiedlich. Je nach Ort und Umständen kamen hundert oder mehrere Tausend zusammen.³² Nicht selten verliefen die Versammlungen tumultuarisch. Gegenkundgebungen, Störungen und Versammlungssprengungen waren an der Tagesordnung. Dem versuchte man schließlich durch die Aufstellung eines Saalschutzes zu begegnen. In Hannover brach die dortige Ortsgruppe unter Ernst Brändel zum erstenmal mit dem sonst im Bund geübten Brauch, dem zahlenmäßig stärkeren Gegner das Feld kampfflos zu überlassen. Er ließ im Frühjahr 1920 bei einem Dintervortrag in der Stadthalle die gegnerischen Zwischenrufer und Störer durch einen neugebildeten Saalschutz aus dem Saal werfen.³³ Nach und nach bildeten sich auch in anderen Städten ähnliche Formationen.³⁴ Nachdem der Hauptgeschäftsführer Roth auf einer eigenen Vortragsreise durch Rheinland und Westfalen erfahren hatte, »wie außerordentlich wirkungsvoll das Vorhandensein gutgeleiteter Stoßtrupps für die Durchführung unserer Versammlungen« war, empfahl er den Gauen und Ortsgruppen generell die Einrichtung solcher »Schutztrupps«.³⁵ Auch hierbei blieb wieder alles den Einzelinitiativen in den Gliederungen überlassen. Eine bewußte Organisation von oben unterblieb: Nur in einigen wenigen Fällen bildeten die »Stoßtrupps« eine gesonderte Formation innerhalb der Ortsgruppe. Trotz gelegentlicher

Zusammenarbeit der »Stoßtrupps« einzelner Ortsgruppen kam es nie zu einer Zusammenfassung in größeren Einheiten etwa auf Kreis- oder Gauebene. Damit unterschieden sie sich noch deutlich von den späteren uniformierten und paramilitärischen Schutzabteilungen der NSDAP, wengleich diese aus ähnlichen Anlässen entstanden.³⁶

Neben den großen Vortragsversammlungen stellten öffentliche Feiern einen weiteren Höhepunkt in der Agitation des Bundes dar. Hatten jene einen »aufklärerischen« Zweck, so waren diese als Demonstration gedacht. Anlaß zu diesen großen Feiern gaben unter anderem die nationalen Gedenktage des Kaiserreiches. Daneben kultivierte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund seit 1921 in besonderem Maße die »Sonnenwendfeier«, mit der er an germanisch-deutsche Traditionen anzuknüpfen meinte.³⁷ Ähnlich demonstrativen Charakter hatten die jährlichen Gautage der einzelnen Landesverbände und der sogenannte Deutsche Tag, die Gesamttagung des Schutz- und Trutz-Bundes und der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde. Allen Veranstaltungen gemeinsam war der Versuch, die »Feiern« nicht auf den Schutz- und Trutz-Bund und dessen Anhänger zu beschränken, sondern möglichst viele nationalistische und völkische Verbände für die Teilnahme zu gewinnen, um dadurch die Macht und Geschlossenheit der gesamten völkisch-nationalen Bewegung zu demonstrieren.

Das bedeutendste Beispiel dieser feierlichen Demonstrationen sowohl hinsichtlich der Zahl als auch der Wirkung stellten die »Deutschen Tage« dar. Sie sollten alljährlicher Treffpunkt der nationalen und völkischen Verbände sein, zusätzlich dienten sie dem Schutz- und Trutz-Bund als »Vertretertag« für dessen Organisation. Zu ihren Requisiten gehörten Gottesdienst, Theaterspiele und Rezitationsabende ebenso wie völkische Reden, Aufmärsche von Jugendgruppen mit Fahnen und klingendem Spiel, Großkundgebungen mit Fahnenweihe, feierlichen Entschließungen und Schwüren. Aus diesem Anlaß kamen Tausende aus allen Teilen Deutschlands zusammen.

Zwar erfüllten sich die hochgesteckten Hoffnungen der Schutz- und Trutz-Bund-Führer nicht: Die Deutschvölkischen vom Schutz- und Trutz-Bund blieben auf dem ersten Deutschen Tag vom 1. bis 3. Oktober 1920 in Weimar und dem zweiten vom 14. bis 17. Oktober 1921 in Detmold weitgehend unter sich; auf die besondere Bedeutung des dritten Deutschen Tages am 14. und 15. Oktober 1922 in Coburg, die dieser durch die Teilnahme der Nationalsozialisten unter Hitlers Führung erhielt, wird später einzugehen sein.³⁸ Doch blieben diese Großkundgebungen nicht ohne Wirkung nach innen und außen. Das Zusammentreffen Tausender aus allen Teilen Deutschlands, die Teilnahme

einzelner Führer anderer völkischer Organisationen, die Grußadressen zahlreicher weiterer Verbände, alles dies vermittelte den Beteiligten einen Eindruck der Einheit und Stärke. Feierliche Schwüre, die alles verlangten und zu nichts verpflichteten, sowie falsches Pathos in den Reden der Führer waren hier mehr als anderswo dazu angetan, den Blick für die politischen Realitäten zu trüben. Nach außen boten die »Deutschen Tage« trotz allen dilettantischen Beiwerks das Bild eines organisierten Aufmarsches der völkischen Republikgegner,³⁹ wenn auch der ausgesprochen militärische Charakter, der späteren Deutschen Tagen in Bayern eigentümlich war, noch fehlte.

Interne Schulung

Ort und Aufwand der Öffentlichkeitsarbeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zeigen, wie sehr die Agitation im Vordergrund der Schutz- und Trutz-Bund-Tätigkeit stand, und deuten an, in welchem Maße der Bund meinungsbildend auf die Öffentlichkeit in der Frühzeit der Weimarer Republik einzuwirken versuchte. Wenn im Anschluß daran auch noch auf die interne Schulungsarbeit des Bundes, die sich ja weitgehend auf die Mitglieckerkreise beschränken mußte, hingewiesen werden soll, so geschieht dies aus folgender Überlegung heraus: Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund war für viele und vor allem für die jüngeren und jüngsten seiner annähernd zweihunderttausend Mitglieder die maßgebliche »politische Schule«, und zwar zu einem entscheidenden Zeitpunkt, als der Übergang vom konstitutionellen Kaiserreich zur demokratischen Republik eine gründliche politische Neubesinnung gerade in den bürgerlichen Schichten erforderte. Zudem bot die deutschvölkische Schulung der Mitglieder dem Bund die Möglichkeit, die Geschlossenheit des Bundes über den organisatorischen Rahmen hinaus zu festigen.

Schon im Jahre 1920 beschäftigte sich die Bundesleitung mit Plänen der inneren Schulung, die als »Gesinnungspflege« oder »Deutschformung« bezeichnet wurde. Ihr Inhalt sollte die »Anerziehung zum deutschen Volkstum« sein.⁴⁰ Als Grundlage für diese Schulung sollten in allen Ortsgruppen Bibliotheken errichtet werden. Für deren Zusammenstellung gab die Bundesleitung eine Bücherliste heraus, nach der sich die Ortsgruppen zu richten hatten: Diese stellte die Werke der großen Rassen-theoretiker Gobineau, Chamberlain und Woltmann, der Rassenhistoriker Pastor und Wilser sowie des Vorgeschichtlers Kossinna in den Mittelpunkt der Unterweisung in »Rasse- und Volkstumsfragen«. Für die »Staatserziehung« verwies sie auf die Schriften Jahns,

Fichtes, Friedrich Lists und Lagardes. Darüber hinaus forderte die Bundesleitung die Ortsgruppen auf, an Hand des antisemitischen Schrifttums in den Mitgliederversammlungen Überblicke über die Geschichte des Judentums und des Antisemitismus zu erarbeiten und die Fragen eines deutschen Rechtes und einer ständischen Volkswirtschaft zu diskutieren.⁴¹

Tatsächlich waren es weniger die umfangreichen Schriften der völkischen »Klassiker«, die Eingang in die Büchereien der Ortsgruppen fanden, als vielmehr die ungeheure Flut des antisemitischen Schrifttums der Nachkriegszeit. Die Verfasser dieser Broschüren und Schriften versäumten allerdings niemals, auf die rassistischen Lehren der großen Theoretiker hinzuweisen und deren Thesen und Sentenzen einzuflechten. Vornehmlich auf diese Weise kamen die Ende des 19. Jahrhunderts ausgeformten rassenbiologischen Gedanken in verkürzter und aktualisierter Form in die Ortsgruppen des Schutz- und Trutz-Bundes.

Allerdings gelang es der Bundesleitung erst im Laufe der Zeit, der »Gesinnungspflege« festere Formen zu geben. In der Hauptgeschäftsstelle entstand eine gesonderte Abteilung »Gesinnungsdienst« unter der Leitung des Schriftleiters der »Deutschvölkischen Blätter«, Thomas Westerich, die systematisch darauf hinarbeitete, daß die deutschvölkische Schulung fester Bestandteil der Ortsgruppenarbeit wurde.⁴² Unter Anleitung dieses »Gesinnungsdienstes« veranstalteten die einzelnen Gruppen regelmäßig sogenannte »Deutsche Abende«, in denen die Mitglieder an Hand begrenzter Themenkreise aus der politischen und kulturellen Geschichte des deutschen Volkes mit dem völkisch-rassistischen Gedankengut vertraut gemacht wurden.⁴³ Trotz allen Dilettantismus, der den Indoktrinationsversuchen anhing, darf die völkische Schulungsarbeit des Bundes nicht unterschätzt werden. Nicht wenige der annähernd zweihunderttausend Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes wurden in den Ortsgruppen systematisch mit Gedanken und Lehren konfrontiert, die wenig später wesentliche Elemente der nationalsozialistischen Weltanschauung ausmachen sollten.

Jugendarbeit

In bezug auf die Jugend entwickelten sich im Bund besondere Formen der »Deutschformung«. Sie orientierten sich vornehmlich an dem organisatorischen Vorbild der bündischen Jugend, hatten allerdings mit der »Wehrhaftmachung« der Jugend ein ausgesprochen politisches Ziel. Die Bundesleitung hatte die Bedeutung einer Beeinflussung der Jugend im völkisch-antisemitischen Sinn schon frühzeitig erkannt, überließ

aber die Jugendarbeit ganz den Einzelinitiativen in den Gliederungen.⁴⁴ Erst spät, im Juni 1922, entschloß sie sich zu einer systematischen Organisation der Jugendlichen innerhalb des Bundes.⁴⁵ Dennoch tauchten seit 1920 in zunehmendem Maße Jugendgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes auf. Diese Gruppen übernahmen wesentliche Aufgaben in der Propaganda des Bundes. Sie stellten die Verteiler- und Klebekommandos zur Verbreitung von Flugblättern und Klebezetteln. Sie beschmierten in nächtlichen Aktionen Häuser und Straßen mit Hakenkreuzen und traten in den Versammlungen als Saalschutz auf. Die von der Leitung geforderten »Stoßtrupps« rekrutierten sich weitgehend aus den deutschvölkischen Jugendgruppen.⁴⁶

Über Organisation und Ziele der deutschvölkischen Jugendarbeit geben die allgemeinen Richtlinien und Satzungen für die Jugendgruppen im Gau Rheinland (besetzter Teil) Aufschluß.⁴⁷ Danach umfaßten diese Gruppen die Jugendlichen bis zu zwanzig Jahren.⁴⁸ Beim Eintritt in die Organisation mußten die Jugendlichen unbedingte »Treue und Gehorsam« geloben und die absolute Autorität ihres Führers anerkennen. Die Arbeit in den Gruppen beschränkte sich im wesentlichen auf Sport und Pfadfinderspiel. Am Ende jeder Ausbildung stand eine mehr oder weniger spielerische vormilitärische Ausbildung⁴⁹ sowie der Einsatz als Saalschutz und Klebekommando. Ziel dieser Jugendarbeit sollte die »Selbstzucht zu deutschem Denken und Handeln in allen Lebenslagen« sein, was in den Satzungen mit Liebe zum deutschen Volk, Reinerhaltung des »arisch-deutschen Blutes« und tätigem Kampf gegen das Judentum als den »schlimmsten und gefährlichsten Feind deutschen Wesens wie deiner Rasse« näher bestimmt wurde.

Die straffe Organisation, die einseitige Ausrichtung auf Spiel und Sport, die Einsätze der Jugendgruppe in der Bundesarbeit und insbesondere die vormilitärische Ausbildung verfehlten ihre Wirkung auf die Jugendlichen nicht.⁵⁰ Zu beträchtlichen Erfolgen unter den Jugendlichen kamen die Deutschvölkischen in den Schutz- und Trutz-Bund-Gauen Rheinland, Westfalen und Mecklenburg,⁵¹ wo die Jugendarbeit von jungen Weltkriegsoffizieren oder Freikorpsoldaten geleitet wurde.⁵² Nicht selten zählten die deutschvölkischen Jugendgruppen dort mehrere hundert Mitglieder.⁵³

Der Aktivismus einzelner Jugendgruppen und ihrer Führer fand in der Bundesleitung des Schutz- und Trutz-Bundes unterschiedliche Aufnahme. Der geschäftsführende Vorsitzende, v. Hertzberg, stellte die Jugendarbeit in der Elberfelder Ortsgruppe als beispielhaft heraus und beauftragte ihren Leiter, Alfred Günther, damit, die Jugendarbeit in den Gauen Rheinland und Westfalen zu organisieren.⁵⁴ Wäh-

renddessen beklagte sich der Gauleiter und stellvertretende Vorsitzende Friedrich Wiegershaus: »Unsere Jugend ist sehr einseitig auf die militärische Tat eingestellt. Das hat große Vorzüge. So hat sie noch Sonntag vor acht Tagen in Gruiten den irreführten kommunistischen Volksgenossen eine glänzende Niederlage bereitet. Aber die einseitige Einstellung der Jugend hat auch Nachteile. Man kann die Jungen zu anderen Zwecken kaum herankriegen. Ich bin gerade im Begriff, nach dieser Richtung gründliche Änderungen vorzunehmen.«⁵⁵

Die Bedeutung der Jugendarbeit im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund — das machen die bisherigen Ausführungen deutlich — lag weniger in einer unmittelbaren antisemitischen Indoktrination. Die Jugendlichen wurden vielmehr nur indirekt vom Antisemitismus beeinflusst, indem der Bund sie zu Propagandaarbeiten heranzog. Die eigentliche Bedeutung der deutschvölkischen Jugendarbeit lag darin, daß die Jugendlichen in den Gruppen durch ihre Führer mit dem nationalistischen radikalen Aktivismus infiziert wurden, der den Freikorps der Nachkriegszeit eigentümlich war;⁵⁶ vielfach standen ihre Führer immer noch in Verbindung mit den aktivistischen antirepublikanischen Organisationen, so daß diese die deutschvölkischen Jugendgruppen als Rekrutierungsreservoir betrachteten.⁵⁷ Von hier aus wird verständlich, warum gerade die Jugendlichen und Jüngeren aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund — wie später noch zu zeigen sein wird — in die politischen Gewalttaten der nationalistischen Organisationen verstrickt waren und warum sie nach dem Verbot des Bundes nahezu geschlossen zur NSDAP überwechselten.

Adolf Hitler und die deutschvölkische Bewegung

Die Untersuchungen zu Organisation, Struktur und Methode des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes haben Dispositionen im deutschen Volk zu jener Zeit und politische Möglichkeiten aufgewiesen, die sich einem mit großem Propagandaaufwand betriebenen radikalen Antisemitismus in den Jahren 1919 bis 1922 boten, die der Bund allerdings nicht mit letzter Konsequenz zu nutzen verstand. Dem Schutz- und Trutz-Bund war es nicht gelungen, alle völkischen und antisemitischen Kräfte an sich zu binden. Er hatte jedoch eine eigene weite Organisation aufbauen und in den kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten zahllose Anhänger gewinnen können. Dabei hatte er sich in der Öffentlichkeitsarbeit Mittel und Methoden bedient, die sich nicht wesentlich von denen anderer Massenorganisationen unterschieden.

Möglichkeiten und Schwächen der deutschvölkischen Bewegung

erkannte auch Adolf Hitler, der Führer einer Partei, die ebenfalls aus der deutschvölkischen Bewegung hervorgegangen war. In Parteirundschreiben, Mitteilungsblättern, Zeitungsaufsätzen und öffentlichen Reden setzte er sich nach allen Richtungen mit der deutschvölkischen Bewegung auseinander und versuchte, die eigene Partei von ihr abzugrenzen. Diese Äußerungen lassen die Bedeutung der völkischen Bewegung und des Schutz- und Trutz-Bundes als Vorbild wie als Gegenbild für die NSDAP erkennen. Gleichzeitig unterstreichen sie die Bedeutung der Person Hitlers für die Ausbreitung und Durchschlagskraft der nationalsozialistischen Bewegung.⁵⁸

Hitler gestand zwar den völkischen Verbänden zu, daß sie als erste die Judenfrage als »Existenzfrage des deutschen Volkes« und darüber hinaus als »wahrhaftige Lebensfrage der ganzen Welt« erkannt und herausgestellt hätten.⁵⁹ Andererseits hielt er ihnen vor, daß sie diese Erkenntnis politisch ungenutzt gelassen hätten;⁶⁰ er warf ihnen völliges Versagen in bezug auf Organisation, Verbreitung und Tatkraft vor. Er räumte mit der in der völkischen Bewegung von Anfang an anzutreffenden Vorstellung, durch »Arbeitsgemeinschaften« und »Dachorganisationen« eine schlagkräftige Formierung der völkischen Verbände zu erreichen, radikal auf und setzte dem das Wort entgegen: »Wer nicht mit uns ist, ist wider uns.« »Das ist eine wahnsinnige Theorie, die da meint, durch Verbindung zweier Krüppel einen Gesunden machen zu können«, so führte er am 26. April 1922 in einem Mitteilungsblatt der Partei aus, »die größte Kraft dieser Welt liegt nicht in Arbeitsgemeinschaften, sondern im blinden Glauben an die Richtigkeit des eigenen Ziels und an die eigene Berechtigung des Kampfes dafür«⁶¹.

Dieses Prinzip einer Beschränkung und Konzentration auf die eigene Stärke und Unabhängigkeit wollte Hitler auch auf die innere Organisation der nationalsozialistischen Bewegung angewandt wissen. Die Schwächen des Schutz- und Trutz-Bundes deutlich vor Augen, forderte er für die NSDAP eine »straffe Organisation«, eine »nicht anzweifelbare Hauptleitung« und ein eindeutiges Zentrum als »Vorbild«, »Schule« und »granitenes Postament«⁶². Die Parteileitung, so führte Hitler ebenfalls am 26. April 1922 aus, »hat zunächst kein Interesse an möglichst vielen Ortsgruppen, wohl aber das höchste an möglichst guten«. Was die NSDAP brauche, »das sind Burgen, aber keine Ortsgrüppchen«⁶³.

Hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung der völkischen Bewegung bemängelte Hitler, daß deren Führung sich ausschließlich in Händen »höchst ehrenwerter, aber phantastisch-naiver Gelehrter, Professoren, Land-, Studien- und Justizräte« befände und daß es ihr nicht

gelingen sei, die »handarbeitenden Volksgenossen« für sich zu gewinnen.⁶⁴ Für die NSDAP forderte er die tatsächliche Überwindung des Klassenstandpunktes und des Standesbewußtseins, damit sie eine echte Volksbewegung werde, »die nicht mehr proletarisch sein wird und nicht mehr bürgerlich sein darf«⁶⁵.

Trifft die Kritik Hitlers auch weitgehend auf das Erscheinungsbild des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zu, so wie es in den Untersuchungen zur Organisation und Struktur erarbeitet wurde, so stellen doch die Schlüsse, die Hitler daraus zog, und seine Forderungen für die NSDAP nichts Neues dar. Auch die Initiatoren des Schutz- und Trutz-Bundes beabsichtigten die »straffe Organisation« auf Grund des Führerprinzips und die Einbeziehung der »handarbeitenden Volksgenossen«, vermochten jedoch ihre Absichten nicht zu realisieren. Ferner ist zu bedenken, daß auch Hitler in dieser Zeit kein spektakulärer Einbruch in die Arbeitermassen gelang.

Der fundamentale Unterschied zwischen Deutschvölkischem Schutz- und Trutz-Bund und NSDAP lag nicht in den Formen der Organisation und Struktur sowie der Methode, sondern in der Energie. Dies wird deutlich in Hitlers Kritik der Kraft- und Tatenlosigkeit in der völkischen Bewegung, der Hitler seine Entschlossenheit, »sich, wenn notwendig, mit brutalster Rücksichtslosigkeit durchzusetzen«⁶⁶, entgegenhielt. Denn die Nationalsozialisten hätten begriffen, »daß Macht letzten Endes nur möglich ist, wo Kraft ist und Kraft nicht in der toten Zahl liegt, sondern ausschließlich in der Energie. Selbst die kleinste Minderzahl kann Gewaltiges schaffen dann, wenn sie vom feurigsten, leidenschaftlichsten Willen zur Tat bewegt ist. Weltgeschichte wurde bisher immer von Minoritäten gemacht.«⁶⁷ Diese energische Entschlossenheit und dieser unbändige Wille zur Tat, mit denen sich Hitler sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei durchsetzte, trugen letztlich dazu bei, daß aus der NSDAP keine »zweite Auflage des Schutz- und Trutz-Bundes« wurde und daß sie nicht »wie dieser dahinwelken und absterben« sollte.⁶⁸ Das Beispiel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes wirkte im politischen Kampfstil der nationalsozialistischen Bewegung nach.⁶⁹

Tätigkeit und Wirkung

Vorbemerkung: Ideologische Grundlagen des Nachkriegsantisemitismus

Das Wirken des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, das haben die bisherigen Untersuchungen ergeben, war gebunden an das geschriebene und gesprochene Wort und an die Demonstration. Der Bund war keineswegs so weit durchorganisiert, daß er als ganzer bei einem Umsturzversuch aktiv hätte eingesetzt werden können. Umsturzpläne und organisierte Aktionen gegen die Republik sollten denn auch von diesem Bund nicht ausgehen, sosehr sie vom Schutz- und Trutz-Bund begrüßt worden wären und begrüßt worden sind. Die Tätigkeit des Bundes erzielte Wirkungen im wesentlichen im Vorfeld politischer Entscheidungen, wo sie naturgemäß schwerer zu erfassen und nachzuweisen sind. Wenn dennoch organisiertes Vorgehen gegen die Juden und einige herausragende Anschläge gegen führende Politiker auf den Bund selbst zurückfallen, so sind die Ursprünge eben in seiner Propaganda und in seinen Demonstrationen zu suchen. Diese waren vornehmlich mitverantwortlich für eine Atmosphäre, in der es zu antijüdischen Ausschreitungen und politischen Gewalttaten kommen konnte. Mit seinen Parolen lieferte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund »die immateriellen Waffen«¹ im Kampf gegen die Juden und die Weimarer Republik. Der Schutz- und Trutz-Bund, der »mit dem Gift der Verleumdung, Gemeinheit und Niedertracht in geradezu meisterhafter Weise arbeitet«, so führte der ehemalige Befehlshaber der Landespoli-

zei Thüringen und damalige Referent im Thüringischen Innenministerium, Müller-Brandenburg, Anfang September 1922 aus, »ist in meinem Augen in erster Linie als moralische Kloake so gefährlich«².

Mit diesen drastischen Worten kennzeichnete Müller-Brandenburg durchaus zutreffend sowohl die moralische Haltung als auch die gedankliche Konzeption, die hinter den Angriffen gegen die Juden und die Weimarer Republik standen. Es vermischten sich darin Aberglaube und Naturwissenschaft, Nostalgie und Zukunftsglaube, Minderwertigkeitsgefühl und Selbstbestätigung, Furcht, Haß und ungehemmte Aggressivität zu einem unentwirrbaren Ganzen. Diese Emotionen waren psychologischer Ausdruck durchaus unterschiedlicher konkreter sozialer und politischer Probleme, die die moderne Entwicklung, insbesondere Krieg und Nachkrieg für die im Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund organisierten Schichten mit sich gebracht hatten. Sie fanden im Antisemitismus eine der durchschlagskräftigsten Rationalisierungen.

Dabei war der verschärfte Nachkriegsantisemitismus des Schutz- und Trutz-Bundes in bezug auf den Inhalt nur eine Fortführung des schon kurz nach der Jahrhundertwende rassentheoretisch durchgebildeten und ideologisierten Antisemitismus; allein dessen politisch-taktische Verwendung – über die dann im einzelnen in den folgenden Kapiteln zu berichten sein wird – war eine andere. Sein »rationales« Fundament bildeten die Rassentheorien und die böswilligen Auslegungen der jüdischen Religion aus der Vorwelkriegszeit, aus denen die Antisemiten die »rassische« und moralische Minderwertigkeit der Juden herleiteten. Sie nahmen dementsprechend einen breiten Raum in der Propaganda des Schutz- und Trutz-Bundes ein. Mit Gobineau wurde die kulturelle und politische Überlegenheit der »Arier« postuliert und die Arier, »unter ihnen die Deutschen als der letzte reinste Rest mit den Schweden, Norwegern, Dänen und Flamen«, als »die edle Rasse« herausgestellt, die alle anderen Rassen überrage.³ Den Juden aber wurde in der Rassenhierarchie der letzte Platz zugewiesen. Sie verkörperten im krassen Gegensatz zu den Ariern »das Böse schlechthin«, die »Giftblumen, Kreuzottern, Wölfe und Bestien in Menschengestalt«⁴. »Die Rassenfrage« war den Deutschvölkischen »der Schlüssel zur Weltgeschichte«⁵. In dieser sahen sie die »biologischen Gewalten« der »Rassengesetze« wirken⁶ sowie den »Kampf ums Dasein als Hauptgrundlage allen Seins«⁷. In der Menschheitsgeschichte aber habe sich die »jüdische Rasse« als »Dekompositionsferment«, als »Pilz der Zersetzung«, als »Parasit der Völker der arischen Rasse« erwiesen⁸ und durch die »zermürbende Blutschande« den großen Kulturvölkern der Vergangenheit den Untergang gebracht.⁹

Die moralische Diffamierung glaubten die Propagandisten des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes ebenso wie die Antisemiten des Kaiserreiches durch Zeugnisse aus den jüdischen religiösen Gesetzsammlungen hinreichend belegen zu können, deren Beweiskraft sie noch dadurch zu erhöhen hofften, daß sie diese zum »kennzeichnenden Erzeugnis« der »unausrottbaren Rasseneigenschaften« der Juden machten.¹⁰ Dabei stützten sie sich im wesentlichen auf die im 19. Jahrhundert angefertigten antisemitischen Verfälschungen des Talmuds sowie des darauf aufbauenden, im 16. Jahrhundert verfaßten systematisierten Kompendiums Schulchan Aruch: Sie gaben die Schriften von Rohling, Brimann und Ecker neu heraus,¹¹ wiederholten und rechtfertigten deren Auslegungen der jüdischen Religionsgesetze in eigenen Schriften.¹² Sie prangerten die jüdische Religion als »unsittlich, verbrecherisch, gemein- und staatsgefährlich«¹³ an und belegten ihre Vorwürfe mit entstellten und aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten aus Talmud und Schulchan Aruch. »Seine religiösen Gesetzbücher«, so führte Alfred Roth in einer Broschüre mit dem Titel »Der Judenpranger« aus, »erlauben es dem Juden, alle Nichtjuden rücksichtslos zu beschimpfen, zu entehren, verächtlich zu machen, zu schänden, zu bewuchern, überhaupt ihnen und insbesondere seinem nichtjüdischen Widersacher jede Schandtat anzutun, die ein menschliches Gehirn überhaupt auszusinnen vermag«¹⁴. Unter den Vorwürfen gegen die jüdische Religion fehlte auch die Ritualmordbeschuldigung.¹⁵ Die Schutz- und Trutz-Bund-Leitung scheute sich nicht, ihre Anklagen der Nationalversammlung in Weimar zu unterbreiten und eine Abänderung der die Religion und Religionsgesellschaften betreffenden Artikel des Verfassungsentwurfes in dem Sinne zu fordern, daß die jüdische Religion nicht als »gleichwertig und gleichberechtigt« anerkannt werden dürfe.¹⁶

Die angeführten Beispiele kennzeichnen deutlich die Grundlagen des vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund verfochtenen Antisemitismus, der durchaus in der Tradition des schon in der Vorweltkriegszeit entwickelten Rassenantisemitismus stand: aus Rassenlehre, Sozialdarwinismus und sozialer Anthropologie waren angeblich geschichtsmächtige »naturgesetzliche« Kräfte des Rassenkampfes herausgelöst und in einen Antagonismus von: das Eigene — das Fremde, das Nationale — das Internationale, Arier — Juden eingesetzt worden.¹⁷ Diese Antinomien wurden den moralisch wertenden Kategorien von schöpferisch — zersetzend, gesund — krank und gut — böse gleichgesetzt. »Der Kampf des Germanen (und des Ariers) gegen das Judentum«, schreibt Hoffmann-Kutschke, einer der eifrigsten Propagandisten des Schutz- und Trutz-Bundes, sei der »Kampf zwischen Wahr-

heit und Lüge« beziehungsweise der »Kampf zwischen gut und böse«¹⁸. Die äußerste Steigerung erfuhr dieser Gegensatz in der Gegenüberstellung von Mensch – Jude, aus der dann mit letzter Konsequenz gefordert wurde: »Um der Menschheit willen muß die Judenheit untergehen, um der Menschen willen muß der Jude sterben«¹⁹.

Dieser dualistische Rassenantisemitismus, der letztlich auf die geistige, wenn nicht auf die physische Vernichtung des Judentums abzielte, war der eigentliche unauswechselbare und integrierende Bestandteil einer auch vom Schutz- und Trutz-Bund propagierten »völkischen Weltanschauung«, zu der sich die unterschiedlichsten Ideen zur inneren und äußeren »organischen« Ausgestaltung einer deutschen Volksgemeinschaft nach dem Kriege verdichtet hatten,²⁰ und deren Zeichen zumeist das Hakenkreuz war. Der Bund sammelte seine Anhänger im Zeichen des Hakenkreuzes, unter dem – so führte die Bundesleitung aus – »wir kämpfen und siegen wollen«²¹, und verfocht entschieden jene »Weltanschauung«²². Doch blieb diese zumindest hinsichtlich des Schutz- und Trutz-Bundes ohne ideologische Dogmatisierung und war kaum mehr als ein eklektizistisches Konglomerat ideologischer Elemente und verschiedener Ideen, die zum Teil sowohl in inhaltlicher als auch in qualitativer Hinsicht stark divergierten, so daß von einer »völkischen Ideologie« im Gesamtzusammenhang nicht gesprochen werden kann. Die Gründe hierfür lagen einmal in dem geistigen und sprachlichen Unvermögen der führenden Deutschvölkischen im Schutz- und Trutz-Bund. Die »völkische Weltanschauung« war das ideologische Experimentierfeld seiner zahllosen Phantasten, Sektierer und Rassenfanatiker, deren geistige Unklarheit und Verschwommenheit ihren deutlichen Niederschlag in unlogischer und zum Teil grammatisch falscher Sprache sowie in stilistischen Entgleisungen fanden. Zum anderen lag eine genauere Fixierung der verschiedenen und vieldeutigen Vorstellungsinhalte dieser »völkischen Weltanschauung« nicht im Sinne der Bundesleitung, die es dadurch ermöglichen wollte, daß alle Deutschen ohne Rücksicht auf Stand, Partei oder Religion dem Bund beitreten konnten. Der dritte Grund war die einseitige Propagierung des Antisemitismus. Im Antisemitismus erschöpfte sich nahezu die gesamte praktische Arbeit des Schutz- und Trutz-Bundes wie auch unzähliger anderer völkischer Organisationen. Allein in dieser Hinsicht kam es denn auch zur Formulierung eines Programms, eines Kanons von judengegnerischen Forderungen, die in der Propaganda des Bundes immer wieder auftauchten und die ihre Herkunft von den Claß-Frymannschen Forderungen aus dem Jahre 1912 nicht verleugnen konnten.²³

Ziel dieses Antisemitismus — das soll im folgenden gezeigt werden — war die Denunzierung des gesamten damaligen politischen und sozialen Systems als jüdisch, das heißt als undeutsch und böse, um damit den Weg freizumachen für ein angeblich besseres, völkisches Deutschland. Folgerichtig erstreckte sich die antisemitische Tätigkeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes auf alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in Deutschland. Dabei ging der Bund allerdings nicht systematisch vor. Seine Angriffe wurden vielmehr weitgehend von Anlässen und Objekten der Tagespolitik bestimmt. Die folgende Darstellung des antisemitischen Kampfes des Schutz- und Trutz-Bundes soll sich an dieser Objektbezogenheit orientieren und Beispiele aus dem Bereich der Wirtschaft, der Kultur und der Politik bringen, die einen breiten Raum in der Propaganda des Bundes einnahmen und zum Verständnis von dessen Tätigkeit und Wirkung nötig sind. Zugleich zielt die Darstellung der Angriffe, der Anlässe und der politischen Zusammenhänge sowie der im Einzelfall daraus resultierenden Wirkung darauf hin, ein Bild vom organisierten Antisemitismus in der Frühzeit der Weimarer Republik überhaupt, von seinem Wollen, seiner Intensität und seinem Ausmaß, zu vermitteln.

12. Die antisemitische Wirtschaftspropaganda

Nach Krieg und Niederlage sowie deren politischen Folgen traf vor allem die schwierige wirtschaftliche Situation in Deutschland breite Bevölkerungskreise unmittelbar und hart. Das galt einmal von der mangelnden Versorgung und den Preissteigerungen bei den Lebensmitteln, die in den ersten Nachkriegsjahren immer wieder zu Unruhen führten, zum anderen von den strukturellen wirtschaftlichen Veränderungen. Der beschleunigte Prozeß von Industrialisierung und Umstrukturierung setzte den mittelständischen Gruppen besonders zu. Die wirtschaftliche Existenz der kleineren und mittleren Kaufleute und Gewerbetreibenden sowie der Handwerker war durch die Rationalisierungs- und Konzentrationstendenzen in steigendem Maße gefährdet, die Angestellten von Arbeitslosigkeit bedroht.¹ Diese Tendenzen in der wirtschaftlichen Situation des Nachkriegsdeutschlands, die bereits vor 1914 wirksam gewesen waren und entscheidend zu dem Entstehen antisemitischer Parteien und Verbände beigetragen hatten, griff der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund auf und versuchte sie für seine antisemitische

Propaganda und für die politischen Ziele, die er mit dieser verfolgte, auszunutzen. Seiner Argumentation kam dabei entgegen, daß deutsche Juden in einigen Bereichen, in denen die wirtschaftlichen Veränderungen besonders deutlich zum Ausdruck kamen, maßgebend gewirkt hatten und zum Teil noch führend tätig waren:² sei es die gewaltige Organisation der deutschen Kriegswirtschaft, die auf Walther Rathenau zurückging, das Aufkommen großer Warenhäuser, die Entwicklung der großen Banken und zahlreicher Privatbanken, oder aber die Mechanisierung und Konzentration in der Textil- und Lederindustrie, an der Juden in hohem Maße beteiligt waren.

Die Namen dieser Juden und ihr Anteil an der Führung dieser Wirtschaftszweige, der höher lag als der Anteil der Juden an der deutschen Bevölkerung von nur einem Prozent, war den antisemitischen Propagandisten des Schutz- und Trutz-Bundes Beweis genug, um dem Judentum die moderne Wirtschaftsentwicklung und die verschärften wirtschaftlichen Bedingungen und Konkurrenzsituationen anzulasten.^{2a} In detaillierten Zusammenstellungen über die »Juden in den Kriegs-Gesellschaften und in der Kriegs-Wirtschaft«,³ über die »Verjudung des Bank- und Börsenwesens in Deutschland«⁴ sowie über den »jüdischen Wucher«⁵ wurde dem Judentum unterstellt, daß es planmäßig auf die Errichtung einer »jüdischen Wirtschaftsdiktatur in Deutschland« hinarbeite.⁶ Es habe damit wie auch mit der bewußten Verbreitung der »mammonistischen Seuche« letztlich »den wirtschaftlichen und seelischen Zusammenbruch des deutschen Volkes verschuldet«.⁷ Der Jude und der »jüdisch-mammonistische« Geist wurden in den Schriften der Schutz- und Trutz-Bund-Publizisten als Ursache und letzter Grund hingestellt sowohl für die allgemeine ökonomische Krise der Nachkriegsjahre, die doch wesentlich Erbe des Kaiserreichs und des Krieges war, als auch für die wirtschaftlichen Nöte des einzelnen. Im tagespolitischen Kampf konzentrierte der Bund jedoch seine antisemitische Wirtschaftspropaganda auf einige wenige Probleme, die durchaus geeignet schienen, auf weite Kreise nachhaltig im antisemitischen Sinne zu wirken. Es handelt sich dabei um die Fragen der »Zinsknechtschaft«, der Warenhäuser, des Wuchers und Schleichhandels bei Lebensmitteln sowie der »Heeresgutverschleuderung«, in denen — wie im folgenden gezeigt werden soll — der Bund in besonderer Weise aktiv wurde.

Die Parole von der »Brechung der Zinsknechtschaft«

Die Parole von der »Brechung der Zinsknechtschaft« tauchte kurz nach dem Kriege allenthalben in völkisch-nationalen Kreisen auf. Sie

war von dem Münchener Diplomingenieur Gottfried Feder, einem Gründungsmitglied der NSDAP und einem ihrer führenden Programmatiker, ausgegeben worden.⁸ Sie richtete sich gegen die internationale Bedeutung und Verflechtung des Kapitals in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem im allgemeinen und gegen die Verleihung von Geld gegen Zinsen im besonderen. Feder wollte die Rolle des Geldes wesentlich reduziert wissen und forderte deshalb eine Verstaatlichung des gesamten Geldwesens und ein Verbot der Zinserhebung. Die ebenfalls vom Schutz- und Trutz-Bund erhobenen Forderungen nach »Beseitigung der volkszerrüttenden Zinsknechtschaft«⁹ und des »mühelosen und unverdienten Einkommens«¹⁰ waren allerdings innerhalb des Bundes nicht unbestritten. Vor allem die Alldeutschen im Schutz- und Trutz-Bund-Lager vermochten sich nicht mit den damit verbundenen weitgehenden, naiven Sozialisierungsplänen für das Bank- und Börsenwesen zu befreunden.¹¹ Aber sie konnten es nicht verhindern, daß sich der Bund, wenn auch nur aus »taktischen Rücksichten«,¹² der zugkräftigen Parole von der »Brechung der Zinsknechtschaft« bediente¹³ und Gottfried Feder im Bund als Redner auftreten ließ.¹⁴ Darüber hinaus erschien eine Paraphrase der Federschen Theorien als Propagandaschrift des Bundes in der Schriftenreihe »Hammer-Schläge«.¹⁵

Der Aufnahme der »Brechung der Zinsknechtschaft« unter die programmatischen Forderungen und in die Propaganda des Bundes lag einmal die Absicht der Leitung zugrunde, sich damit ein besonderes Propagandainstrument zu verschaffen, um die Arbeiterschaft für den Bund zu interessieren. Zum anderen kam darin eine antikapitalistische Neigung zum Ausdruck, die im völkischen Lager im allgemeinen wie im Schutz- und Trutz-Bund im besonderen stark verbreitet war. Sie hatte bereits vorher, im August 1920, ihren Niederschlag in einem Eingabeentwurf an den Reichstag gefunden, in dem der Bund eine Sozialisierung der Banken und Börsen sowie des Großhandels forderte.¹⁶ Allerdings unterblieb diese Aktion auf Betreiben der führenden Alldeutschen im Schutz- und Trutz-Bund¹⁷ ebenso wie ein Jahr später der Versuch des Hauptgeschäftsführers Roth, durch eine Eingabe an den Reichskanzler auf eine »sofortige Errichtung eines staatlichen Bank- und Börsenmonopols« hinzuwirken.¹⁸ Die »Brechung der Zinsknechtschaft« war schließlich nur noch eine wenn auch häufig gebrauchte Propagandathese, die zudem ihren eigentlichen Zweck, die Arbeiterschaft für den Bund zu gewinnen, nicht erfüllte. Ebenso ohne Erfolg blieb der einzige Versuch des Schutz- und Trutz-Bundes, mittels einer deutsch-völkischen Bankgründung aktiv in der Frage des Bank- und Zinswesens zu wirken.¹⁹

Wucher und Schleichhandel

Im übrigen beschränkte sich der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund darauf, allgemeine wie auch persönliche Verdächtigungen, Anklagen und Verleumdungen gegen die Juden im Wirtschaftsleben zu verbreiten. Diese propagandistische Tätigkeit des Bundes war allerdings durchaus geeignet, in der »unter der wirtschaftlichen Lage schwer leidenden Bevölkerung« — so der preußische Innenminister in einem Erlaß vom 23. November 1921²⁰ — Erregung und Unruhe zu erzeugen und die Gefühle der Verbitterung über die wirtschaftliche Not in die Richtung des Judenhasses zu lenken. Das wird besonders in der die Öffentlichkeit damals stark beschäftigenden Frage des Wucherunwesens und des Schleichhandels deutlich. Lebensmittelknappheit, Teuerung, Wucher und Schleichhandel, das waren die Themen, mit denen die antisemitische Propaganda des Schutz- und Trutz-Bundes besondere Wirkung erzielte. Hier wußten sich die Antisemiten eins mit weiten Teilen der Bevölkerung und nutzten die Erregung, die sich in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg in »Lebensmittelunruhen« Luft machte,²¹ für ihre Zwecke.

Immer wieder versuchten die Landesbehörden, sowohl praktisch durch Einrichtung von »Wucherstellen« bei den Polizeiverwaltungen wie auch propagandistisch durch Aufrufe und Plakate, dem Wucher- und Schleichhandelsunwesen entgegenzuwirken.²² Besonders tätig zeigten sich der preußische Staatskommissar für Volksernährung und das preußische Innenministerium, die Flugblätter mit kräftigen Parolen und anklagenden Kohlezeichnungen herausbrachten.²³ Darin wird der Wucher als der »Todfeind« des Volkes hingestellt, es wird gefragt: »Warum schützt Du ihn gar und hilfst ihm für einen Judaslohn Deinem Volke, unseren Kindern, unseren Müttern, unseren Kranken und Schwachen das Lebensmark aussaugen?«; es wird gefordert: »Nieder mit den Blutsaugern unseres Volkes!«²⁴ Einer solchen offiziellen Propaganda brauchte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund, um dem Unmut der Bevölkerung ein konkretes Ziel zu geben, um aus »Lebensmittelunruhen« antisemitische Krawalle werden zu lassen, nur noch eine pointiert antijüdische Wendung zu geben. »Wer stellt die meisten Kriegswucherer? Juden!«, »Wer betreibt am rücksichtslosesten den Schleichhandel? Juden!«, »Wer hetzt das Volk unablässig weiter in's Elend? Juden!« verkündeten seine Handzettel und Flugblätter.²⁵

Über die Wirkung der antisemitischen Propaganda in diesen, weiteste Bevölkerungskreise unmittelbar betreffenden Fragen gibt ein Wochenbericht des Regierungs-Präsidenten von Schwaben vom 9. März 1920

Aufschluß,²⁶ in dem es unter anderem heißt: »Ich darf nicht unterlassen, wieder und wieder auf die außerordentliche Erregung und Mißstimmung nachdrücklichst hinzuweisen, die sich der Bevölkerung in Stadt und Land wegen der stets wachsenden Teuerung bemächtigt hat. Man wirft der Staatsregierung in weiten Kreisen vor, daß sie nicht energisch genug gegen die Blutsauger des Volkes, die Wucherer, Schleichhändler und Schieber vorgeht. Man kann überall sagen hören ›wir werden von unserer Regierung den Juden ausgeliefert.« Es ließe sich noch eine Reihe ähnlicher Meldungen anführen, vor allem aus Bayern, für das politische Lageberichte der Regierungs- und Polizeistellen für die ersten Jahre der Weimarer Republik in vergleichsweise großer Anzahl vorliegen. Als Beispiel hierfür sei ein Münchener Bericht zitiert, in dem nachdrücklich vor der »Ausbeutung der Unzufriedenheit in der Behandlung der Schieberfrage für Zwecke der antisemitischen Propaganda« gewarnt und der Sorge Ausdruck gegeben wird, daß in »Auswirkung dieser Hetze das Eintreten von Judenprogromen [!]« nach und nach »durchaus möglich« erscheine.²⁷

Grund zu solchen Sorgen bestand allerdings nicht nur in München. In der niederschlesischen Stadt Waldenburg kam es im September 1919 bereits zu antisemitischen Ausschreitungen, die durch eine intensive Flugblatthetze des Schutz- und Trutz-Bundes ausgelöst worden waren. Der Bund hatte vor allem mit der Behauptung, die Juden seien für das wirtschaftliche Elend verantwortlich, und mit Angriffen gegen die angeblich »von Juden geleitete Regierung«, die die Not der Deutschen noch dadurch erhöhe, daß sie die Judeneinwanderung im Osten geschehen lasse, eine starke antisemitische Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen, die dann zur Plünderung von jüdischen Geschäften führte.²⁸

Akute Mißstimmung über Teuerung und Schleichhandel, durch antisemitische Hetze des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Pogromstimmung umgewandelt, führte auch in Memmingen zu anti-jüdischen Ausschreitungen, die Polizei und Staatsanwaltschaft nahezu widerstandslos hinnahmen.²⁹ In der am Rande des Allgäus gelegenen Stadt bestand seit dem Frühjahr 1920 eine äußerst rührige Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppe.³⁰ Am 6. August 1921 versammelte sich in der von deutschvölkischen Agitatoren angeheizten Atmosphäre eine erregte Menschenmenge vor dem Hause des Käsehändlers Wilhelm Rosenbaum und forderte billigere Milchlieferungen und eine Zahlung von einer halben Million Mark an die Armenkasse der Stadt. Unter die lautstark vorgetragenen Forderungen mischten sich die Rufe: »Heraus mit dem Schieber! Heraus mit dem Juden! An den Galgen!« Die im-

mer drohender werdende Menge veranlaßte den ersten Staatsanwalt der Stadt, gegen Rosenbaum einen Haftbefehl wegen Lebensmittelwuchers auszustellen, der sogleich vollstreckt wurde. Darauf geleitete die erregte und aufgeputschte Menge den Käsehändler zum Gefängnis. Dabei wurde er, was die Polizei nicht verhinderte, von der Menge angespuckt, geprügelt, mit Kuhglocken behängt und als »Lump, Schieber, Wucherer und Mörder« beschimpft. Damit war der antisemitischen Aggression noch nicht Genüge getan. Die Menge zog darauf vor die Häuser des Pferdehändlers Max Guggenheimer und des Hadernhändlers David Sommer, um zu randalieren, ohne jedoch in gleicher Weise tötlich zu werden wie im Fall Rosenbaum. Urheber dieser Ausschreitungen waren — das ergaben die gerichtlichen Untersuchungen — ein praktischer Arzt und ein Eisenhändler, beide führende Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes,³¹ denen es »bei ihrem Vorgehen nicht sowohl um Abhilfe gegenüber den Wirkungen der Teuerung als um Verfolgung antisemitischer Ziele zu tun war«.³² Das offizielle Organ des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes kennzeichnete ihr Vorgehen dagegen als »durchaus berechtigt« und »überaus milde« und setzte sich nachdrücklich für eine Unterstützung der gerichtlich verurteilten Deutschvölkischen ein.³³

Die Lebensmittelunruhen der Nachkriegszeit lassen sich allerdings nur in den seltensten Fällen so eindeutig auf ein direktes antisemitisches Einwirken des Bundes zurückführen. Wo es aber zu solchen Unruhen kam, da versuchte es der Schutz- und Trutz-Bund, sie für seine Ziele propagandistisch auszunutzen, wie es etwa die sogenannten Hamburger »Sülze-Unruhen« zeigen. In Hamburg hatte am 23. Juli 1919 eine aufgebrachte Menge die Sülzefabrik Jakob Heils wegen angeblicher Lebensmittelfälschung gestürmt und ihren Besitzer in einem Demonstrationzug durch die Innenstadt geführt, bis es der Polizei gelang, Heil in Schutzhaft zu nehmen. Die im Anschluß daran entstandenen schweren Unruhen in der Arbeiterschaft wurden seitens des Reiches, da die Hamburger Sicherheitsorgane Ruhe und Ordnung nicht wiederherzustellen vermochten, mit der Reichsexekution beantwortet.³⁴ So wenig der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund auch mit den linksradikalen Unruhen sympathisierte, ließ er sich diese Gelegenheit nicht entgehen, um unter den Arbeitern den Judenhaß zu schüren.³⁵ Er ließ auf den Hamburger Werften Flugblätter verbreiten, in denen Heil fälschlicherweise wider besseres Wissen³⁶ als Jude bezeichnet und in denen die Juden in diesem Zusammenhang allgemein bezichtigt wurden, dem Volk »verfaulte Tierabfälle« als Fleisch zu verkaufen, während sie selbst als »Bevorzugte« behandelt würden und nur »feinstes, frisches Fleisch«

erhielten.³⁷ Die Affäre des »Lebensmittelfälschers« Heil, die wegen der unmittelbaren Folgen weit über die Grenzen Hamburgs hinaus Aufmerksamkeit erregt hatte, bildete auch in anderen Orten Propagandastoff für den Schutz- und Trutz-Bund.³⁸

Kriegsgesellschaften und »Verschleuderung von Heeresgut«

Die Angriffe und angeblichen Enthüllungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes gegen »jüdischen Wucher« und »jüdische Machenschaften« in den Kriegsgesellschaften und bei der Verwertung ehemaliger Heeresbestände waren ebenfalls besonders dazu angetan, den Unmut der Bevölkerung über die wirtschaftlichen Nöte auf die Juden abzulenken. Der Bund scheute sich nicht, Namen zu nennen und genaue Zahlen anzugeben. In aller Ausführlichkeit veröffentlichte er Aufstellungen über Heeresgut, das von der Regierung den Juden überlassen worden wäre und das den Juden, da sie es nur für Pfennige erworben und nahezu unverändert zu Wucherpreisen weiterverkauft hätten, Milliardengewinne eingebracht haben sollte.³⁹ Nur selten erfuhren diese Namen und Zahlen, die die Bevorzugung der Juden und das Bestehen jüdischen Wuchers so nachdrücklich suggerierten, eine notwendige Relativierung und Korrektur.

Eindrucksvolle Beispiele einer solchen Propaganda stellen die beiden Flugblätter »Die Juden in der Kriegswirtschaft« und »Arbeiter! Volksgenossen!« dar.⁴⁰ In beiden Fällen führten gerichtliche Klagen der Beschuldigten nicht zu einer Verurteilung des Schutz- und Trutz-Bundes.⁴¹ Das erste Flugblatt, zuerst Anfang 1919 in Württemberg erschienen, machte die Juden in der Schuh- und Lederindustrie sowie in der entsprechenden Kriegsgesellschaft für die schlechte Versorgung und die Teuerung verantwortlich. Es beschuldigte namentlich drei Juden, die in Württemberg führende Stellungen in Industrie und Kriegsgesellschaft innehatten, sich durch Eigenbegünstigung und Vetternwirtschaft »Riesengewinne« auf Kosten des deutschen Volkes verschafft zu haben. In dem zweiten Flugblatt, das in üblicher Weise wahres Detail mit massiven Lügen und Anschuldigungen verknüpfte, warf der Schutz- und Trutz-Bund der deutschen Regierung vor, daß sie »Heeresgut vorzugsweise an Juden verschleudert« habe, und belegte diese Behauptung mit Zahlen über umfangreiche Lieferungen von Alt-Textilien aus Heeresbeständen an die Breslauer Firma C. Lewin. Zugleich versuchte das Blatt den Eindruck zu erwecken, als ob die Firma die zu sehr niedrigen Preisen erworbenen Textilien zu »Wucherpreisen« wieder veräußert habe. Der Kampf der Firma C. Lewin, der anlässlich dieser Angriffe vom 20.

Ausschuß der Nationalversammlung im Mai 1920 ausdrücklich bestätigt wurde, daß sie so preiswert wie kein anderes Unternehmen arbeite,⁴² gegen diese Anschuldigungen dauerte über zwei Jahre. Die Deutschvölkischen vom Schutz- und Trutz-Bund betrachteten ihn als Bewährungsprobe für ihren antisemitischen Kampf und versuchten, ihn als Hebel für einen Angriff gegen die »schandbare Judenwirtschaft« überhaupt zu benutzen. Den Fall Lewin machten die Deutschvölkischen Blätter, die ihn in umfangreichen Beiträgen immer wieder aufgriffen, zum hauptsächlichen Instrument der antijüdischen Wirtschaftspropaganda des Schutz- und Trutz-Bundes in den Jahren 1920 bis 1922.⁴³ Die Anhänger des Bundes wurden zu einer großen Spendenaktion aufgerufen, mit der die Kosten des langwierigen Prozesses, den Lewin angestrengt hatte, bestritten werden sollten.⁴⁴ Der Prozeß, der insbesondere vom Hauptgeschäftsführer Alfred Roth als dem gerichtlichen Vertreter des Bundes hochgespielt worden war, endete mit einem Vergleich und erfüllte damit in keiner Weise die in ihn gesetzten Hoffnungen. Sein Ende löste vielmehr in deutschvölkischen Kreisen Mißbilligung und Enttäuschung aus.⁴⁵

Ebenso wie die Beschuldigungen der Juden als Wucherer und Schleichhändler, wie die Enthüllungen über angebliche »jüdische Machenschaften« in den Kriegsgesellschaften und bei der Verteilung und Verwertung ehemaliger Heeresgüter zielten die alljährlichen Angriffe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes gegen die Belieferung der Juden mit Weizenmehl zur Herstellung der Mazzoth, des jüdischen Osterbrottes, darauf, den Unmut der Bevölkerung über die wirtschaftlichen Nöte auf die Juden abzulenken. Rechtzeitig vor dem jüdischen Passah-Fest verbreitete der Bund die rührselige Geschichte von den armen, kranken Deutschen, die in den Krankenhäusern nicht richtig ernährt werden könnten, und den reichen, gesunden Juden, die zu allem Überfluß noch »feinstes Weizenmehl« erhielten.⁴⁶ Alljährlich formulierten die Schutz- und Trutz-Bündler in ihren Ortsgruppen Resolutionen und versandten zahllose Eingaben an die Wirtschaftsämter der Länder und des Reiches.⁴⁷ Den einzigen Erfolg, den die Deutschvölkischen in dieser Frage verbuchen konnten, war ein Erlaß des »Kanzlers« Dr. Kapp während des Kapp-Putsches. In einem letzten Versuch, die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft doch noch für sich zu gewinnen, verfügte er am 17. März 1920: »Das Mehl, das die alte Regierung für die Juden zu Ostern reserviert hatte, ist beschlagnahmt und wird an die Arbeiter verteilt.«⁴⁸

Die außerordentliche Wirkung der Propaganda des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes im wirtschaftlichen Bereich zu einer

Zeit objektiver wirtschaftlicher Schwierigkeiten lag nicht so sehr in den propagierten wirtschaftspolitischen Grundsätzen begründet, die nicht neu waren und keiner in sich geschlossenen Konzeption entstammten, als vielmehr im Politisch-Taktischen. Wie schon allgemein für die »völkische Weltanschauung« eingangs festgestellt wurde, herrschte auch in Wirtschaftsfragen im Bund eine große Divergenz der Meinungen. Allerdings lassen sich bestimmte Vorstellungen zusammenfassen, die den meisten Propaganda-Äußerungen zugrunde lagen und besonders kennzeichnend für die mittelständisch-kleinbürgerliche Haltung des Bundes waren: eine Abwehrhaltung gegenüber Industrialisierung und Urbanisierung und damit verbunden die Forderung nach »innerer Kolonisation«, Kampf gegen Konzentration in Handel und Industrie, die Forderung nach Verstaatlichung von Grund und Boden, von Bank- und Börsenwesen sowie nach Abschaffung des Zinses und des »Leihkapitals« als direkte Maßnahmen zur Ausschaltung des »jüdischen Wuchers« und der »jüdischen Wirtschaftsdiktatur«.49 In ihnen verbinden sich deutlich antimoderne Ideen mit antikapitalistischen staatssozialistischen, welche zu damaliger Zeit in den Reihen des plebejischen Konservatismus heftig diskutiert wurden. Die Wirksamkeit dieser Propaganda lag darin, daß sie unterschiedslos alle wirtschaftlichen Schwierigkeiten, seien es akute oder strukturelle, persönliche oder allgemeine, kriegs- oder nachkriegsbedingte, aufgriff und die Juden dafür verantwortlich machte.

Die Ostjudenfrage

In den Zusammenhang seiner Angriffe gegen die angebliche wirtschaftliche »Erdrosselung« und »Auswucherung« Deutschlands durch die Juden stellte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund auch seine Propagandatätigkeit gegen die Ostjuden, die seit Kriegsende in verstärktem Maße nach Deutschland einwanderten: »Hunderttausende galizischer und anderer landfremder Juden überschwemmen unsere Großstädte, wuchern und schachern ungehindert und leben herrlich, während der Deutsche schuftet und sich schindet«.50 Tatsächlich wanderten die Ostjuden in den Jahren 1919 bis 1923 in einen Staat ein, der mit großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte, in dem die Demobilmachung immer mehr arbeitssuchende Deutsche freisetzte und der sich durch innere Unruhen bedroht sah.51 Das Auftreten von Ostjuden in Deutschland konfrontierte die Bevölkerung direkter und intensiver als im Weltkrieg mit einem fast unbekanntem orthodoxen Judentum, das auch nach der Einwanderung seiner Tradition weitge-

hend verpflichtet blieb. Die Begegnung mit einer kulturell so andersartigen Gruppe löste in der damaligen Krisensituation eine Welle des Fremdenhasses von politischen, wirtschaftlichen und moralischen Ressentiments aus. Diese akuten Emotionen wußte die antisemitische Propaganda zu schüren, indem sie die Ostjuden als politisch im höchsten Maße unzuverlässig, als arbeitsscheu und zu körperlicher Arbeit untauglich sowie als moralisch minderwertig hinstellte.

Das Problem jüdischer Einwanderung aus dem Osten hatten die Antisemiten schon immer für ihre Zwecke genutzt. Bereits die sogenannte Antisemitenpetition, die von 225 000 Personen unterschrieben und im April 1881 dem Reichskanzler Bismarck überreicht worden war, enthielt als erste Forderung, »daß die Einwanderung ausländischer Juden, wenn nicht gänzlich verhindert, so doch wenigstens eingeschränkt werde.«⁵² Das Immigrationsverbot für Juden gehörte seitdem zu den Standardforderungen der Antisemiten.⁵³ Die Argumente von damals waren dieselben wie nach dem Weltkrieg.⁵⁴

Der Erste Weltkrieg brachte mit dem weiten deutschen Ausgreifen nach Polen und Rußland einen verstärkten Zustrom von Ostjuden nach Deutschland. Diese waren zumeist durch die Heeresverwaltung zur Verwendung in der Kriegswirtschaft dorthin zwangsverpflichtet worden. Ihre Zahl belief sich bei Kriegsende auf ungefähr 35 000.⁵⁵ Die Antisemiten benutzten diesen ostjüdischen Zustrom — wie schon gezeigt⁵⁶ — seit 1915 für eine verschärfte antijüdische Propaganda. Nach dem Ende des Weltkrieges verstärkte sich die ostjüdische Einwanderung noch. Das Entstehen neuer Nationalstaaten in Mittel- und Osteuropa, Krieg und Bürgerkrieg sowie Pogrome in Polen und Rußland ließen immer neue Ostjuden Zuflucht in Deutschland suchen. Dieselben Ereignisse veranlaßten aber auch den größten Teil der während des Krieges nach Deutschland verbrachten Ostjuden, trotz Kündigung ihrer Arbeits- und Unterkunftsverhältnisse nicht wieder in die Heimatgebiete zurückzukehren. Insgesamt waren in den Kriegs- und Nachkriegsjahren bis 1922 ungefähr 100 000 bis 110 000 Ostjuden nach Deutschland gekommen, von denen allerdings knapp die Hälfte nach kurzer Zeit in andere Länder abwanderte.⁵⁷ Am stärksten von der ostjüdischen Zuwanderung betroffen war Preußen und besonders die Stadt Berlin. Hier hatte der preußische Innenminister Wolfgang Heine mit einem Erlaß vom 1. November 1919 den nach 1918 meist illegal nach Deutschland gekommenen Ostjuden und den jüdischen Hilfsorganisationen besondere Zugeständnisse und Rechte eingeräumt.⁵⁸ Seine Tat der Menschlichkeit stieß, und dies nicht nur in nationalen Kreisen, auf strikte Ablehnung.

Von Anfang an nutzte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund die Ostjudenfrage agitatorisch für seine allgemeinen antisemitischen Ziele aus. Noch im Sommer 1919 startete der Bund eine große Propagandaaktion für eine »Volksabstimmung über die Juden-Einwanderung in Deutschland«. Dem deutschen Volk wurde prophezeit, daß infolge dieser Einwanderung in den nächsten zwei Jahren »etwa zehn Millionen deutscher Menschen« auswandern müßten. Demgegenüber würde die Zulassung einer Einwanderung von »täglich tausenden russischer, polnischer, galizischer und anderer Juden« nachgerade »ein Verbrechen am deutschen Volke« bedeuten.⁵⁹ Zugleich ließ der Bund verkünden, daß er bis Ende August 1919 die nach der Verfassung für ein Volksbegehren notwendigen Stimmen zusammenzubringen hoffe. Ebenso vorschnell wie dilettantisch hatte die Schutz- und Trutz-Bund-Leitung schon Eintragungslisten herausgegeben, mit denen man einen Volksentscheid über die »weitere Judeneinwanderung« herbeiführen wollte.⁶⁰ Weder hatte man das endgültige Reichsgesetz, welches das Verfahren beim Volksentscheid und beim Volksbegehren regeln sollte und das erst am 27. Juni 1921 erlassen wurde, abgewartet noch selbst einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, der dem Volksbegehren, so wie es die Verfassung vorschrieb, zugrunde liegen mußte, so daß Roth im Sommer 1920 schließlich bekennen mußte, daß alle bisherige Tätigkeit in dieser Frage »lediglich als Aufklärungsarbeit gewertet« werden könnte.⁶¹

Selbst nachdem der Bund die Plebiszit-Aktion vorläufig aufgegeben hatte, nahmen die Angriffe gegen die Ostjuden und deren Verbleiben in Deutschland einen hervorragenden Platz in der Propaganda des Bundes ein. Die Ostjuden wurden dabei als »gierige Wüstengeier«, als »Schnorrer und Verschwörer«, als »Taschendiebe und Schieber« hingestellt, ihre Einwanderung nach Deutschland der »Judenrepublik« und der »von den Juden geleiteten Regierung« zur Last gelegt.⁶² Ganz besonders heftig waren die Angriffe gegen den bereits erwähnten Erlaß des preußischen Innenministers vom 1. November 1919. Immer wieder wurden der preußische Innenminister Heine und der damalige preußische Ministerpräsident Hirsch als Juden bezeichnet — tatsächlich war nur Paul Hirsch jüdischer Herkunft — und von daher eine jüdische Verschwörung suggeriert.⁶³ Mit Resolutionen, die der Schutz- und Trutz-Bund immer wieder mit großem Erfolg auf öffentlichen Massenversammlungen verabschieden ließ, mit Eingaben der Ortsgruppen wandten sich die Deutschvölkischen zu unzähligen Malen an die Behörden und Regierungen des Reiches und der Länder, an die Länderparlamente und den Reichstag.⁶⁴ Selbst Reichspräsident Ebert blieb davon nicht verschont.

In einem Telegramm, das die Bundesleitung Ebert unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches zugehen ließ, forderte der Bund: 1. »Aufhebung des Erlasses des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch über die Einbürgerung der Ostjuden«, 2. »Verbot ihrer weiteren Einwanderung« sowie »Schließung der Ostgrenzen«, 3. »Ausweisung aller seit 1. Juli 1914 nach Deutschland eingewanderten Juden und Beschlagnahme ihrer meist erwucherten Vermögen«, 4. »Schutzhaft« und »beschleunigte Abschiebung« für besonders gefährliche »jüdische Elemente«. ⁶⁵

Ganz ähnlich lautete der Gesetzentwurf, mit dem Roth nach Verabschiedung des Gesetzes über den Volksentscheid durch den Reichstag im Juni 1921 eine neue Kampagne für ein Volksbegehren in der Ostjudenfrage in Gang zu setzen versuchte. Er beabsichtigte, alle deutschvölkischen und antisemitischen Verbände an dieser Aktion zu beteiligen. Doch scheiterte das Projekt diesmal von vornherein an der schlechten Finanzsituation im völkischen Lager. ⁶⁶ Die Angriffe gegen die Ostjuden und gegen deren vermeintliche Begünstigung durch die deutschen Regierungen blieben allerdings weiterhin im Propagandarepertoire des Bundes als besonders massenwirksames Agitationsmittel. Noch im Mai 1922 kamen mehrere Tausend Personen zu einer Kundgebung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes im Zirkus Busch in Berlin, mit der der Bund gegen die Einwanderung der Ostjuden protestierte. ⁶⁷

Der Schutz- und Trutz-Bund konnte durchaus damit rechnen, mit seiner vehementen Propaganda in der Ostjudenfrage auf Zustimmung in weiten Kreisen zu treffen und damit dem Antisemitismus neue Verbreitung zu verschaffen. Von der Rechten bis hin zur bürgerlichen Mitte wurden energische Abwehrmaßnahmen gegen die ostjüdische Zuwanderung gefordert. Die DNVP suchte schon frühzeitig diese Stimmung für sich nutzbar zu machen. Am 2. Juli 1919 forderte der ehemalige christlich-soziale Abgeordnete Mumm zusammen mit einigen Fraktionskollegen in der Nationalversammlung die Regierung auf, zu dem Problem der Zuwanderung aus dem Osten in einer Zeit, »in der wir völlig ungenügende Nahrung für unsere deutsche Bevölkerung haben und eine starke Auswanderung Deutscher aus ihrem Vaterland unausbleiblich erscheint«, Stellung zu nehmen. ⁶⁸ Ein Jahr später folgte im Reichstag ein Antrag der DNVP-Fraktion, mit dem von der Reichsregierung die Schließung der Grenzen und die Abschiebung der lästigen »fremdstämmigen Elemente« verlangt wurde. ⁶⁹ Über die Stimmung in den Landesverbänden der DNVP gibt ein Schreiben des Landesverbandes Berlin an Reichskanzler Wirth vom 4. September 1922 Aus-

kunft, in dem unter anderem gefordert wird: »Ausweisung aller lästigen Ausländer, zu denen sämtliche Ostjuden und Bolschewisten gehören. Diese Elemente stehlen uns Deutschen Brot, Arbeit und Wohnung«.70

Auch die Sicherheitsbehörden waren nicht frei von pauschalen Vorurteilen. »Die Ostjudenfrage wird«, so warnte der Berliner Polizeipräsident in einem Schreiben vom 9. Juni 1920 den preußischen Innenminister, »da es sich hier nicht nur um lästige, sondern höchst gefährliche Ausländer handelt, in ihrer jetzigen Duldung und wohlwollenden Behandlung künftighin politisch, wirtschaftlich und gesundheitlich die furchtbarsten Gefahren zeitigen.«71 Noch deutlicher werden die Ressentiments der Behörden in einem Bericht der Polizeidirektion Braunschweig: »Seit Ausbruch des Krieges sind Ausländer aus dem östlichen Europa in großen Mengen fortgesetzt nach Deutschland zugezogen«, deren Zustrom nicht nur »aus Gründen der Ernährung«, sondern auch »wegen der Schädigung der einheimischen Bevölkerung durch das unlautere Geschäftsgebaren der Ausländer, durch ihre Unsauberkeit und moralische Unzuverlässigkeit« als »in höchstem Maße unerwünscht bezeichnet werden« müsse.72 Beide Berichte, deren Verfasser ausdrücklich antisemitische Einstellungen weit von sich weisen, machen deutlich, in welchem Maße sich den Antisemiten in der Ostjudenfrage, in der sie mit weitesten Kreisen übereinstimmten, eine Gelegenheit bot, eine mehr allgemeine Abwehrhaltung propagandistisch zu kompakten antisemitischen Vorurteilen zu vertiefen.

Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Mißstände sowie die Gefahren innerer Unruhen, die durch die ostjüdische Zuwanderung beträchtlich erhöht würden, waren auch die Argumente, mit denen die Reichsregierung für die Aufhebung der gesetzlichen Vorzugsbehandlung in Preußen beim preußischen Staatsministerium plädierte und sie schließlich auch erreichte.73 Anfang des Jahres 1921 wurden in Preußen sogar Konzentrationslager für Ostjuden eingerichtet, die schon seit 1919 diskutiert worden waren.74 Bei der wenig später einsetzenden Internierung kam es zu zahlreichen Übergriffen und Mißhandlungen. Erst nach Rückkehr der SPD in die preußische Regierung im Jahre 1923 wurde die Internierung ausdrücklich nur auf »Vorbefristete« und »erwiesenermaßen staatsfeindliche Elemente« beschränkt und noch Ende desselben Jahres nach Stabilisierung der innenpolitischen Verhältnisse gänzlich aufgehoben.75

Das Vorgehen der Reichs- und Länderregierungen erweckt den Eindruck, als ob sie angesichts der tatsächlich bestehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der mangelnden innenpolitischen Stabilität nur zu

bereitwillig der antisemitischen Hetze nachgaben, wenn sie nicht gar partiell die Vorurteile gegenüber den Ostjuden teilten. Dabei ist auch die Haltung der anderen Staaten zu berücksichtigen, die, wie Polen und Rußland, den Ostjuden die Rückwanderung verweigerten, oder, wie die USA, seit Ende des Jahres 1921 die Einwanderung ablehnten.⁷⁶ Immerhin bleibt jedoch festzustellen, daß sich die Reichs- und Länderminister der bürgerlichen Parteien weniger von Vorurteilen frei zeigten und sich eher nationaler Argumente bedienten als ihre sozialdemokratischen Kollegen.⁷⁷ Es ist auch bezeichnend, daß der Erfolg der antisemitischen Propaganda in der Ostjudenfrage dort am größten war, wo die Regierung besonders bürgerlich und national war. Wie in der Frage der Weizenlieferung die Kapp-Regierung in Berlin, so hofierte die durch den Kapp-Putsch in Bayern in den Sattel gehobene Regierung Kahr die weitverbreitete antisemitische Stimmung im April 1920 mit dem Versuch, sämtliche nach 1914 nach Bayern gekommenen Ostjuden innerhalb weniger Tage auszuweisen, und sei es nur in das ohnehin schon von den Ostjuden bevorzugte Preußen.⁷⁸ Diese Maßnahme kann um so weniger überraschen, als der Münchener Polizeipräsident Pöhner schon Ende des Jahres 1919 die Meinung vertreten hatte, daß zwar einerseits der ansässige »ehrliche« Teil der Judenschaft in Deutschland des Schutzes des Staates bedürfe, daß andererseits aber »gegen andere Erscheinungen wie gegen das Eindringen des russischen und Ost-Judentums, dem Drängen der Masse unbedingt nachzugeben« sei.⁷⁹ Diese in weiten Kreisen der Bevölkerung vorhandene Abneigung gegen die Ostjuden nutzte der Schutz- und Trutz-Bund zu Angriffen gegen das Judentum überhaupt und gegen die Regierungen der Weimarer Republik aus.

13. Die antisemitische Reaktion in Kultur, Bildungswesen und Kirche

Weitere Gebiete, auf die der antisemitische Kampf des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes sich erstreckte, waren das kulturelle Leben, das Bildungswesen und die Kirchen. Für die Deutschvölkischen und ihren antisemitischen Kampf hatte dieser Bereich des öffentlichen Lebens eine ebenso große Bedeutung wie der wirtschaftliche oder der politische. Zwar machten sie im wesentlichen die Tätigkeit von Juden in Wirtschaft und Politik dafür verantwortlich, daß es gelungen sei, in Deutschland eine »jüdische Herrschaft« aufzurichten, doch suchten sie

die Ursachen für die angebliche Hinnahme dieser »Herrschaft« durch die Deutschen und deren angeblich zu geringe Abwehrbereitschaft gegenüber den Juden in einer tiefgehenden religiösen und zunehmend auch geistigen Beeinflussung der Deutschen durch das Judentum. »Die Tatsache der freiwilligen Unterordnung unter die Fremden«, so führte der Musikhistoriker und -kritiker Dr. Karl Grunsky in einer programmatischen Schrift des Schutz- und Trutz-Bundes zum Thema »Geistesleben und Judentum« aus, »ist so ungeheuerlich, daß sie eben nur verstanden und gewürdigt werden kann durch eingehende Betrachtungen darüber, wie das heutige Geschlecht geistig beeinflußt und bearbeitet und zubereitet worden ist, die Herrschaft der Juden geduldig hinzunehmen.«¹ Damit kam dem »Abwehrkampf« des Bundes gegen die Juden und das Jüdische in Kultur, Bildungswesen und Kirche eine grundlegende Bedeutung zu. Im folgenden soll versucht werden, Hintergrund, Ausmaß und Wirkung dieser Agitation aufzuweisen, die sich vornehmlich gegen den modernen Pluralismus im Kulturleben richtete und auf eine Politisierung von Schule, Universität und Kirche im völkischen Sinne abzielte.

Kulturreaktionärer Antisemitismus

Nachdem der Weltkrieg und die Revolution mit dem Kaiserreich auch die Scheinblüte einer traditionalistischen und pseudonationalen Kultur endgültig fortgeräumt hatten, feierte die Moderne wahre Triumphe. Die Deutschvölkischen, die schon im Kaiserreich die deutsche Kultur bedroht geglaubt hatten, stemmten sich nun mit verschärftem Eifer gegen die modernen Tendenzen im kulturellen Leben. Der Geist der Moderne war für sie identisch mit dem Geist des Judentums, so wie sie schon vor dem Krieg auch die modernen Ideen des industriellen Fortschritts, des Liberalismus und der Demokratie als Ausflüsse jüdischen Geistes abgestempelt hatten. Da sie dem Judentum jegliche Fähigkeiten, Kunstwerke zu schaffen, absprachen — diesem »fehlt jeder Sinn dafür«, so formuliert es Grunsky in der bereits erwähnten Schrift, »daß die Welt außer den nützlichen und nötigen Dingen noch eine Eigenschaft besitzt, nämlich die, schön zu sein«² —, deuteten sie den reichen Beitrag von Juden zum deutschen Kulturleben nach dem Krieg als Zeichen des Verfalls. Vor dem Bruch mit der Tradition, vor einer Vielfalt der Stile, vor den Experimenten und Neuerungen, vor einer nahezu hemmungslosen Expressivität, die sich mit den Tendenzen von Symbolismus, Expressionismus, Dadaismus und Surrealismus verknüpften, wandten sich die Deutschvölkischen verständnislos ab. Sie sahen darin

nur die »häßliche Zerstörungssucht des alljüdischen Geistes« und beklagten, daß die deutsche Kultur »entgeistert und entwürdigt, aufs Diesseits und die jüdischen Genußziele gerichtet« sei.³ Ein Flugblatt des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes urteilte kurz und bündig: »Das Kunstwesen Deutschlands, vornehmlich der Theaterbetrieb, ist auf das Schwein gekommen.«⁴ »Es gibt keine deutsche Kunst mehr«, so heißt es in einem anderen Flugblatt des Bundes, »sie wird nach jüdischem Ausspruch ausnahmslos von Juden verwaltet. Die Folge ist die völlige Entartung der Kunst in Deutschland zur eklen ›Geschlechts- und Geschäftskunst‹, die sich gleichermaßen auf Theatern, in Kinos, in Operetten, in Kabarett, in Nachtkafees und in Tingeltangeln breitmacht. Das Schrifttum atmet nur noch den Pesthauch tierischer Geschlechtstrieb-Schilderungen aus.«⁵

Die Ablehnung der modernen Tendenzen in der Kunst und im kulturellen Leben war stark verbreitet. Dem Schutz- und Trutz-Bund blieb es allerdings vorbehalten, dagegen als erster mit den Parolen von der »entarteten Kunst« und der »Bordellkunst«⁶ auf breitester Front und in massiver Weise anzugehen.

Mit seiner Agitation verlieh der Bund einer seit langer Zeit in der deutschvölkischen Bewegung betriebenen rassentheoretisch begründeten Kulturkritik außerordentliche Publizität. Mit seinen Ortsgruppen stellte er ihr gleichermaßen »Kulturstoßtrupps«⁷ zur Verfügung, die ihre Bestrebungen häufig mit Gewalt durchzusetzen versuchten. Maßgebende Autorität und Lehrmeister war der Literaturkritiker Adolf Bartels, der dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund eng verbunden war und dessen Wirken tatkräftig unterstützte.⁸ Bartels hatte als erster in größerem Rahmen die Lehren der völkischen Rassentheoretiker, wonach die germanische Rasse eine schöpferische, die jüdische hingegen eine unproduktive, zersetzende sei, auf den Bereich der Literaturwissenschaft übertragen. Seine Arbeit beschränkte sich im wesentlichen darauf, die arische, beziehungsweise jüdische Herkunft deutscher Schriftsteller festzustellen.⁹ Die Abstammung und, in kausalem Zusammenhang damit, die politische Einstellung des Schriftstellers waren für Bartels die entscheidenden Kriterien zur Beurteilung von dessen Werken. Daneben erarbeitete er ästhetisch-stilistische Merkmale, auf Grund deren er aus literarischen Werken wissenschaftlich exakt die jüdische Abstammung oder Beeinflussung des Autors ermitteln zu können meinte.¹⁰ In jedem Falle war das Ergebnis eines jüdischen Nachweises die künstlerische und moralische Verurteilung des literarischen Werkes.

Durch das Wirken des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes

fand diese Art der Literaturbetrachtung, die auch auf andere Bereiche der Kunst übertragen wurde, in verstärktem Maße Eingang in das deutsche Bürgertum, das sich schon vor dem Kriege dafür empfänglich gezeigt hatte. Von dem Kampf der Antisemiten des Vorweltkrieges gegen die Heine-Denkmäler führte ein gerader Weg zu den antisemitischen Theaterskandalen der Weimarer Republik. Die Wortführer von damals, Adolf Bartels und Ferdinand Werner,¹¹ standen wiederum mit an der Spitze. Stärker noch als die Vorkriegsdiskussion um Heine trugen die Angriffe der Antisemiten gegen das moderne deutsche Theater politische Züge. Sie sind besonders eindringliche Beispiele für den umfassenden, teilweise organisierten Kampf des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes gegen die Tätigkeit von Juden und gegen die Entfaltung moderner Gedanken und Tendenzen im kulturellen Leben Deutschlands, sei es nun auf der Bühne oder aber in der Dichtung, in der Musik, in den bildenden Künsten. Zugleich lassen sich an ihnen besonders gut Methoden, Verbreitung, Wirksamkeit und Ziele dieses Kampfes aufweisen, der letzten Endes der Kampf einer auf Radau und Gewalt ausgerichteten Minderheit war, die versuchte, eine allgemeine Ablehnung moderner kultureller Tendenzen im Bürgertum politisch für sich nutzbar zu machen.

Das Theater als Avantgarde der Moderne

Theaterskandale waren in den frühen Jahren der Weimarer Republik keine Seltenheit. Auffällig groß war dabei allerdings die Zahl derer, denen nicht gegensätzliche Kunstauffassungen, sondern politische Motive zugrunde lagen und in denen sich antisemitischer Terror ausdrückte. Diese antisemitischen Krawalle waren, wie im folgenden gezeigt wird, nicht örtlich beschränkt; sie ereigneten sich vielmehr in allen Theaterstädten Deutschlands. Die Methoden waren überall die gleichen, nur die Anlässe wechselten; bald galten die Angriffe dem Stück und seinem Autor, bald der Inszenierung oder den Darstellern. Immer aber versuchte eine geschlossene Gruppe von Antisemiten unter Ausnutzung eines in bürgerlichen Kreisen weitverbreiteten Unverständnisses gegenüber die Moderne, die Theateraufführungen zu unterbrechen oder gar ganz unmöglich zu machen und die mehr allgemeine Abwehrhaltung in eine antisemitische Richtung zu lenken. Indem schließlich diese Aktionen sowohl Juden als auch Nichtjuden, die dann zu Juden abgestempelt wurden, trafen, enthüllten sie ihr allgemeines politisches Ziel.

Am bekanntesten sind die Auseinandersetzungen um die Szenenfolge »Reigen« von Arthur Schnitzler geworden. Das Stück hatte am 23.

Dezember 1920 im »Kleinen Schauspielhaus« in Berlin eine glänzende Uraufführung erlebt, nachdem es vorher zahlreiche Proteste und Einsprüche gegeben hatte.¹² Am 22. Februar 1921 besetzten zur Abendaufführung Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes die Seitenränge, um gegen die »abgrundtiefen Lasterhaftigkeiten« des »Juden Schnitzler« und gegen die jüdische Theaterleitung zu protestieren, die »deutsches Seelengut planmäßig verwüestet«.¹³ Es kam zu einer heftigen Demonstration; Stinkbomben flogen auf die Bühne und in den Zuschauerraum, Sprechchöre brüllten antisemitische Parolen. Schließlich entfernte die Polizei die Randalierer. Die wenige Tage später erscheinende Ausgabe der Deutschvölkischen Blätter verzeichnete mit Entrüstung 34 zeitweilige Verhaftungen.¹⁴ Unter den Verhafteten befand sich der Geschäftsführer des Schutz- und Trutz-Bund-Gaues Brandenburg-Berlin, Arthur Schmolke,¹⁵ der, wie eine gerichtliche Untersuchung später ergab, Eintrittskarten unter Schutz- und Trutz-Bündler verteilt hatte.¹⁶

Ähnliche Demonstrationen seitens der Deutschvölkischen ereigneten sich bei Aufführungen von Schnitzlers »Reigen« unter anderem im Residenztheater in Hannover,¹⁷ ferner in München. Ein nachhaltiger Erfolg war ihnen in München beschieden, da sich der Polizeipräsident außerstande zeigte, mit den Demonstranten fertigzuwerden, und weitere Vorstellungen verbot.¹⁸ Daß dies für München kein Zufall war und in der politischen Einstellung des Polizeipräsidenten Pöhner begründet lag, zeigen dessen Stellungnahmen zu den Auseinandersetzungen um die Aufführung von Wedekinds »Schloß Wetterstein« in den Münchener Kammerspielen im Dezember 1919. Immer wieder war es anlässlich dieser Aufführung zu Zwischenfällen und Tumulten gekommen. Sie zielten einmal auf den »jüdischen« Autor, der Wedekind trotz gegenteiliger Behauptungen von Bartels nicht war,¹⁹ sowie auf dessen Werk, zum anderen richteten sie sich gegen die Theaterleitung und die »in großer Zahl anwesenden Juden«, welche — einem Polizeibericht zufolge — »dem Stücke begeistert Beifall klatschten«.²⁰ Die Demonstrationen erreichten am Sonntag, dem 14. Dezember, ihren Höhepunkt, als auf Grund eines erneuten Tumultes die Vorstellung abgebrochen und der Theatersaal geräumt wurde. Der Polizeibericht Pöhners vom 15. Dezember 1919 kommentiert das Geschehen mit Worten, die sowohl an dem antisemitischen Charakter der Aktionen als auch an der nationalistischen und völkischen Haltung dieses Mannes keinen Zweifel aufkommen lassen:²¹ »Wenn in derartigen Fällen auch Studenten oder Offiziere — was vorerst noch gar nicht erwiesen ist — sich an den Demonstrationen, vielleicht sogar führend, beteiligten, so

geht man doch fehl, derartige Ausflüsse eines gesunden Empfindens ohne weiteres als reaktionären Unfug u. dgl. abzutun.« Denn »die breiten, gesund empfindenden Massen«, so folgerte Pöhner, »wollen von derartigem Schmutz auf der Bühne nichts wissen«. Wenn sich junge Leute gefunden hätten, »die diesem Empfinden in der Vorstellung Ausdruck verliehen und diesem Empfinden gegenüber dem sensationslüsternden, sich größtenteils aus dem Judentum rekrutierenden Besuchertum demonstrativ Ausdruck verliehen«, so könne man »diese Leute ebenso gut als die Stoßtrupps des wahren Volksempfindens und des Gott sei Dank im Allgemeinen noch nicht ganz verrohten Geschmacks der Bevölkerung ansprechen, der der verderbende, zersetzende Einfluß des Judentums in Kunst und Wissenschaft wie in der Politik auf die Dauer unerträglich wird«.

Um der angeblichen Stimmung »der breiten Masse« Rechnung zu tragen,²² entschloß sich Pöhner am 23. Dezember, weitere Aufführungen von Wedekinds »Schloß Wetterstein« zu verbieten. Er begründete das Verbot einmal mit den Ruhestörungen, die »sich auf der Straße fortpflanzten« und deren Ende noch nicht abzusehen sei, zum anderen damit, daß allein der »ganz außergewöhnlich hohe Prozentsatz jüdischer Besucher« dem Stück zum Erfolg verholfen habe.²³ Der erste antisemitische »Stoßtrupp des wahren Volksempfindens« war in München zu dieser Zeit der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund. Seine Ortsgruppe war aus einer studentischen Vereinigung hervorgegangen und zählte sowohl unter ihren Mitgliedern als auch unter ihren führenden Propagandisten zahlreiche Studenten; im November 1919 gehörten ihr bereits über 1500 Mitglieder an. Diese Studenten waren es, die den Antisemitismus in München noch vor Hitler und vor dem Nationalsozialismus auf die Straße trugen.²⁴

Frank Wedekind gehörte nicht nur in Bayern zu den beliebtesten Zielscheiben antisemitischer Verhetzung. Im selben Dezember 1919 protestierten die Deutschvölkischen Hannovers lautstark gegen die Aufführung des Stückes »Die Büchse der Pandora« im Residenztheater.²⁵ Ein Jahr später, am 5. Dezember 1920, war dasselbe Stück Angriffsziel der deutschvölkischen Jugendgruppe Elberfeld. Die Tatsache, daß vom 3. Akt an der Radau der Jugendlichen ein ungestörtes Zuhören nicht mehr erlaubte, wertete das Bundesorgan des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes als einen »vorbildlichen Erfolg« und empfahl das Vorgehen der Jugendlichen »dringend zur Nachahmung«.²⁶

Ganz besonders heftig war der Protest von Mitgliedern des Schutz- und Trutz-Bundes in Nürnberg gegen die Uraufführungen von Theaterstücken Ernst Tollers, dessen Rolle während der Rätezeit in München

nicht vergessen war. In einem von den Ortsgruppenleitern Mik und Maerz unterzeichneten Schreiben an den Nürnberger Stadtrat wird das Werk Tollers als das »Geisteserzeugnis eines landfremden Verbrechers« bezeichnet und Toller selbst für »den Tod vieler verhetzter, unreifer und unschuldiger Menschen« verantwortlich gemacht.²⁷ Doch konnten die Deutschvölkischen Nürnbergs die Uraufführung des Dramas »Masse Mensch« am 15. November 1920 nicht verhindern, da diese als eine von den Gewerkschaften veranstaltete geschlossene Vorstellung stattfand. Um so heftiger gestaltete sich der Radau bei der Wiederholung des Stückes am 26. November 1920, obwohl nur wenige Karten im öffentlichen Verkauf vertrieben worden waren. Allerdings blieben Zwischenrufe und andere Störversuche von Schutz- und Trutz-Bund-Mitgliedern nicht unbeantwortet. Die zum Teil tätlichen Auseinandersetzungen endeten schließlich mit einer gewaltsamen Entfernung der Störenfriede durch Theaterpersonal und Publikum.²⁸ Ihr Ziel hatten die Deutschvölkischen Nürnbergs aber erreicht. Es kam zu keiner weiteren Vorstellung. Erst knapp ein Jahr später, am 29. September 1921, erlebte Tollers Stück »Masse Mensch« in Berlin die erste öffentliche Aufführung.

Im Rahmen der allgemeinen Kulturkampagne des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, die sich insbesondere gegen das moderne Theater richtete,²⁹ ergriffen die einzelnen Gruppen in Deutschland jede sich bietende Gelegenheit zu gezielten Aktionen. In Wiesbaden protestierte die dortige Ortsgruppe Wiesbaden-Biebrich gegen die angeblich einseitige Vergabe des Kurhauses an »undeutsche Elemente«. Sie erhob dagegen Einspruch, daß Stücke von dem »Literaturbolschewisten Hasenclever« und von »drei Rassen- und Stammesfremden wie Sternheim, Kaiser und Heinrich Mann« gespielt werden sollten.³⁰ Hier wie in vielen anderen Fällen hatte die antisemitische Hetze die Wahrheit verkehrt — Kaiser und Mann waren bekanntlich nichtjüdischer Herkunft —, um mit dem Schimpfwort »Jude« eine ganze literarische Bewegung pauschal zu verdammen. In Berlin nahmen die Deutschvölkischen am 12. Dezember 1919 eine avantgardistische Neuinszenierung von Schillers »Wilhelm Tell« durch den »Juden Leopold Jessner« zum Anlaß, um dem Theaterskandal eine deutlich antisemitische Spitze zu geben.³¹ In Hamburg, dem Hauptsitz des Bundes, erzwangen die Deutschvölkischen am 28. Januar 1920 den Abbruch eines Rezitationsabends Alexander Moissis, der im übrigen nicht jüdischer, sondern süd-slawischer Herkunft war. Die Hamburger Sicherheitspolizei ließ wegen der tumultuarischen Auseinandersetzungen den mit 2000 Personen besetzten großen Saal des Conventgartens räumen.³²

Die Reihe dieser kleineren und größeren kulturreaktionären Theaterkrawalle ließe sich noch fortsetzen, in die dann auch ähnliche antisemitische Radauszenen gegen den nach dem Weltkrieg aufkommenden Film aufzunehmen wären.³ Hier sei nur auf die heftigen Auseinandersetzungen anlässlich des Filmes »Anders als die Andern« von Magnus Hirschfeld verwiesen, die dadurch eine besondere Schärfe erhielten, daß dieser Film die Problematik der Homosexualität und ihrer strafgesetzlichen Verfolgung behandelte.³⁴ Die bisher angeführten Beispiele reichen jedoch aus, um nicht nur die Methoden und Verbreitung dieser antisemitischen Kulturkampagne zu belegen, sondern auch um genauere Aussagen über ihre Ziele zu machen. Dabei standen, wie schon gesagt, der propagandistische Kampf und die direkten Aktionen des Bundes gegen das angeblich »verjudete« Theater nur als ein, wenn auch besonders eklatantes Beispiel für dessen gesamten Kampf auf dem kulturellen Sektor. Die Agitation des Bundes gegen das »jüdische Unwesen« in der Kunst und in den »Kunstbetrieben«³⁵ stand dem nicht nach. Allerdings verfügte der Bund hier über weniger Möglichkeiten zu direkten Aktionen. Im Vortrags- und Theatersaal sowie im Kino konnte dagegen eine entschlossene Minderheit bei Duldung durch weite bürgerliche Kreise nachhaltige Erfolge erzielen, wurde aus antisemitischen Parolen antisemitischer Terror.

Das deutsche Kulturleben nach dem Weltkrieg bot den Anhängern des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes reichlich Gelegenheit zu wirkungsvollen Angriffen. Einmal stieß der eingangs erwähnte breite Durchbruch moderner kultureller Tendenzen im Bürgertum auf Widerstand; zum anderen hatten deutsche Juden an ihnen einen hervorragenden Anteil. Es hätte gar nicht der antisemitischen Verfälschungen bedurft, um aufzuzeigen, daß Juden mit dem Kulturleben im Deutschland der Nachkriegszeit enger und stärker verbunden waren,³⁶ als es die deutschvölkischen Prozentrechner dulden wollten. Aber es ging dem Schutz- und Trutz-Bund — das zeigen seine Angriffe deutlich — gar nicht um die Feststellung wahrer Sachverhalte, um die Auseinandersetzung gegensätzlicher Kunstauffassungen, sondern darum, das demokratische Deutschland als das »Land der Judenkunst«³⁷ schlechthin zu diskreditieren, das »System« auch im kulturellen Bereich zu denunzieren. Die einzelnen Juden waren zugleich Objekt und Vorwand. Sie dienten als Indizien, die es rechtfertigten, den Geist der Moderne als undeutsche »materialistische Weltanschauung«,³⁸ die das deutsche Kunst- und Kulturleben in »satanisch geschickter« Weise »vergiftet« und »erdrosselt«,³⁹ abzuurteilen. Indem der Schutz- und Trutz-Bund sich an die Spitze einer weitverbreiteten kulturreaktionären Bewegung

stellte und sich zum Verteidiger einer traditionellen, volkstümlichen, wenn nicht gar volkstümelnden Kunst machte, schuf er sich günstige Voraussetzungen, um seine Thesen von der jüdischen Beherrschung des deutschen Kulturlebens weiten bürgerlichen Kreisen zu insinuieren. »Geheiligte Güter der Nation«, so schrieb der Theaterkritiker Herbert Ihering anlässlich der Krawalle gegen die Jessnersche Neuinszenierung des »Wilhelm Tell« in Berlin, »pflegen von denen, die sie verschandelt haben, am lautesten in Schutz genommen zu werden«.40 Im Falle des Schutz- und Trutz-Bundes wurden sie nicht nur »verschandelt«, sondern politisch mißbraucht.

Antisemitismus und Bildungswesen: Die Schule

Zu verhindern, daß der »materialistisch-jüdische Zeitgeist«⁴¹ auch beherrschend in den Bildungsinstitutionen von Schule und Universität würde, darin sah der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund eine weitere Aufgabe seines Kampfes. Die nationale und völkische Rechte in der Weimarer Republik war von Anfang an entschlossen gewesen, Schule und Hochschule und damit die Jugend nicht den Repräsentanten des demokratischen Deutschlands zu überlassen. Die Alldeutschen hatten schon in ihrer Bamberger Erklärung vom Februar 1919 nachdrücklich »eine Umbildung des deutschen Schul- und Erziehungswesens im deutschen Sinne« gefordert und verlangt, daß die »Jugend planmäßig zu stolzem Nationalgefühl« erzogen würde. Da sie jedoch annahmen, »daß die derzeitigen Machthaber das Umgekehrte betreiben und durchzusetzen versuchen« würden, verlangten sie die Errichtung von Sonderschulen, »in denen wenigstens ein Teil unserer Jugend als Kern der zukünftigen Wiederaufrichter des Vaterlandes deutsch erzogen« werden sollte.⁴² »Rücksichtslose Selbstbehauptung« in völkisch-nationaler Hinsicht zum obersten Gebot von Erziehung und Ausbildung zu erheben, war denn auch in diesem Bereich das erklärte Ziel der Bestrebungen des Schutz- und Trutz-Bundes.⁴³ Als außerparlamentarischer Bewegung war dem Bund wie dem Alldeutschen Verband allerdings der Weg der direkten Einflußnahme auf das Bildungswesen verschlossen. Wie und in welchem Maße es dem Bund dennoch gelang, hier in seinem Sinne tätig zu werden, soll an Hand von Beispielen dargelegt werden, die einmal antisemitische Vorfälle in den Schulen, zum anderen antisemitische Agitation bei der Wahl von jüdischen Personen für Schulämter zum Inhalt haben. In einem letzten Abschnitt wird dann auf die Hochschulen einzugehen sein, wo sich der Bund im wesentlichen darauf beschränkt sah, über eigene studentische Gruppen in der Studentenschaft

für den völkischen Gedanken und den Antisemitismus zu werben und einzutreten.

Daß der »deutschvölkische Geist« aus der Schule verbannt würde,⁴⁴ suchte der Schutz- und Trutz-Bund vornehmlich auf dem Wege über Schüler und Lehrer zu verhindern. Durch diese fand dann auch der Antisemitismus nach dem Weltkrieg verstärkt Eingang in die deutsche Schule. Allerdings läßt sich für antisemitische Beeinflussung von Schülern durch Lehrer nicht immer eine Verbindung zu Personen oder Gruppen aus dem Schutz- und Trutz-Bund nachweisen. Erinnerung sei hier aber an die relativ große Zahl von Lehrern unter den Anhängern und Führern des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes sowie an die Erfolge, die der Bund mit der Organisation von Jugendgruppen unter den Jugendlichen erzielte. Es kann daher angenommen werden, daß tatsächlich ein nicht unerheblicher Teil antisemitischer Vorfälle in den Schulen, ähnlich den im folgenden als Beispiele angeführten, auf die Agitation des Bundes zurückgingen.

Äußere Anzeichen für Antisemitismus in der Schule gab es schon frühzeitig: Schüler trugen Hakenkreuzabzeichen. Antisemitische Flugschriften wurden in Klassenräumen und auf Schulhöfen gefunden. Jüdische Schüler wurden von Klassenkameraden gehänselt. Schulleitungen sahen sich bald gezwungen, durch Verbote, die das Verteilen antisemitischer Flugschriften und das Tragen von Hakenkreuzen auf dem Schulgelände untersagten, dagegen anzugehen.⁴⁵ Schließlich wurde in einigen Ländern generell durch die Kultusministerien die Verbreitung parteipolitischer und antisemitischer Schriften sowie das Tragen von politischen Abzeichen in der Schule verboten, wobei ausdrücklich auf die zunehmende antisemitische Agitation und Verbreitung des Hakenkreuzes Bezug genommen wurde.⁴⁶

In Hamburg, für das einiges Material erschlossen werden konnte,⁴⁷ ergaben Untersuchungen der Oberschulbehörde, daß seit dem Wahlkampf für die Reichstagswahlen im Juni 1920 der politische »Zettelkampf« in stärkerem Maße auf Schulen und Schüler übergegriffen hatte. In einzelnen Schulen mußten die Leitungen wiederholt der Verbreitung politischer und antisemitischer Flugschriften in Schulräumen und auf Schulhöfen entgegenreten. Die Oberschulbehörde erreichten Beschwerden darüber, daß zehnjährige Schüler »Hetzettel gegen die Juden« an Häuser klebten. Wann und durch wen die Schüler in den Besitz von antisemitischem Propagandamaterial gelangten, ließ sich allerdings nicht ermitteln. Immerhin schien jedoch die Schule zeitweilig gleichsam als Umschlagplatz dieses Materials zu dienen, wurde doch in einem konkreten Fall ausdrücklich Klage darüber geführt, daß Schüler,

»welche direkt aus der Schule kamen«, »ganze Stapel Pamphlete des Schutz- und Trutz-Bundes in den Händen trugen und sich befleißigten, damit die Häuser zu beschmutzen«.48 Diese und ähnliche Klagen veranlaßten die Hamburger Oberschulbehörde schließlich, sämtliche Schulen zu ersuchen, der Verbreitung von antisemitischen Flugblättern durch Schüler »mit größtem Nachdruck« entgegenzuwirken.49

Nicht immer blieb es dabei, daß für den Antisemitismus mit Flugblättern geworben und mit Abzeichen demonstriert wurde.50 In einigen Fällen wurde antisemitische Gesinnung seitens der Schüler auch praktiziert, indem sie ihre jüdischen Klassenkameraden diskriminierten, wie wiederum an Hamburger Beispielen gezeigt werden kann. An einem Hamburger Realgymnasium hatte es sich unter den Schülern der Mittelstufe eingebürgert, die jüdischen Mitschüler mit Zurufen wie »Judenbengel« oder »Itzig« zu ärgern und sie während der Pausen in einem nur vom Schulhof zugänglichen Keller einzusperren, der bald den Namen »Judenkäfig« erhielt. In derselben Schule wurden jüdische Schüler von ihren Mitschülern während der Pausen zu einem Wasserbecken geschleppt und mit Regenwasser »getauft«. Erst die mehrfachen Klagen jüdischer Eltern führten in diesen Fällen zu einem Ende der Mißstände. Bei einer Untersuchung dieser Vorkommnisse wurde bei den betreffenden Schülern antisemitisches Propagandamaterial des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes sichergestellt.51

Für den Antisemitismus unter den Schülern können, da im allgemeinen der Einfluß des Elternhauses maßgebend gewesen sein wird, keineswegs allein Lehrer verantwortlich gemacht werden. Es ist aber anzunehmen, daß die Tausende von Lehrern, die sich durch ihre Mitgliedschaft im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund offen zum Antisemitismus bekannten, auch im Unterricht ihre völkisch-antisemitische Gesinnung nicht verleugneten. Allerdings wird eine Beeinflussung der Schüler nicht immer so offen zutage getreten sein wie im Holzmindener Gymnasium, wo ein Oberlehrer Dr. Müller seinen Schülern aus dem antisemitischen Roman Artur Dinters »Die Sünde wider das Blut« vorlas und ihnen das Buch angelegentlich empfahl.52 Auf welcher einfachen Weise Lehrer bisweilen ihre antisemitische Einstellung den Schülern gegenüber zum Ausdruck brachten, zeigt das Beispiel eines Hamburger Oberlehrers. Dieser redete einen jüdischen Schüler seiner Realgymnasium-Klasse stets mit »Moses« an, obwohl der Schüler unter Hinweis auf seinen tatsächlichen Namen mehrfach dagegen protestiert hatte. Zur gleichen Zeit waren Schüler und Lehrer dieser Schule ausdrücklich wegen antisemitischer Vorfälle von der Schulleitung ermahnt worden.53 Festzuhalten bleibt ferner, daß bei den Hamburger

Vorfällen erst auf Grund von Klagen seitens jüdischer Eltern eingeschritten wurde, daß vorher aber die in den Pausen Aufsicht führenden Lehrer die antijüdischen Spiele und Hänseleien der Schüler zumindest geschehen ließen.

Über Schüler und Lehrer war der eine mögliche Weg, auf dem der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund versuchte, auf den »Geist der Schule« Einfluß auszuüben und der »Entnationalisierung der Schulen« entgegenzuwirken.⁵⁴ Der andere Weg war der über die Eltern schulpflichtiger Kinder unter seinen Mitgliedern. Der Bund forderte diese Eltern nachdrücklich auf, für eine möglichst starke völkische Vertretung in den Eltern- und Schulbeiräten zu sorgen und von dort auf die Schule und die Schulverwaltungen Einfluß zu nehmen.⁵⁵ Wenngleich im einzelnen nichts darüber ausgesagt werden kann, inwieweit Schutz- und Trutz-Bund-Mitglieder organisiert und mit Erfolg in diesem Sinne zu wirken versucht haben, so bleibt doch zu bemerken, daß in einigen Fällen deutlich Antisemitismus mobilisiert wurde, um die Wahl politisch mißliebiger Personen zu verhindern.⁵⁶

Am meisten Aufsehen erregten damals zweifellos die Auseinandersetzungen um die Nominierung des USPD-Mitgliedes Dr. Kurt Löwenstein zum Stadtschulrat von Berlin durch die Berliner Stadtparlamentsfraktionen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen im Herbst 1920. Die Nominierung Löwensteins, der jüdischer Dissident und kein ausgesprochener Schulfachmann war, empfanden weite bürgerliche Kreise nicht nur in Berlin als Provokation. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund griff den Fall Löwenstein auf und stellte ihn in seiner Propaganda nachdrücklich als Beweis dafür heraus, daß »das herrschende Judentum« nunmehr »auch die Hand nach der deutschen Schule« ausstrecke.⁵⁷ Darüber hinaus forderte die Hauptgeschäftsstelle des Bundes alle Ortsgruppen auf, in Entschließungen, deren Text ihnen gleich mitgeliefert wurde, bei der preußischen Regierung gegen diese »unerhörte Zumutung« zu protestieren.⁵⁸ Der Fall Löwenstein war für die Deutschvölkischen ein willkommener Anlaß, eine Kampagne gegen das Judentum und den jüdischen Einfluß im deutschen Schulwesen in Gang zu setzen, die nicht ohne Rückwirkung auch auf die Haltung anderer protestierender Gruppen blieb. So trugen etwa die Massenversammlungen sowohl der DNVP als auch der DVP in Berlin, mit denen diese Parteien gegen die Nominierung Löwensteins protestierten, deutlich antisemitische Akzente.⁵⁹

Die Schule stellte in der Weimarer Republik keinen politischen Schonraum dar.^{59a} Nach dem Verständnis der nationalen und völkischen Rechten, und zweifellos nicht nur in ihrem Sinne, war der Kampf

um die politische Beeinflussung der Schüler ein Kampf um die Republik und deren Zukunft. Wenngleich es dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund nicht gelang, auf die Gestaltung der Schule Einfluß zu nehmen, so hielt doch sein Geist der nationalen und völkischen Unduldsamkeit auf dem Weg über Lehrer und Schüler Einzug in die Schulen. Der Bund, dem es auf eine Politisierung der Jugend im völkischen Sinne ankam, setzte auch Schüler im politisch-propagandistischen Kampf ein, sei es in Schmier- oder Verteilerkommandos, sei es in Saalschutzformationen, und ließ durch Schüler seine Hetzblätter in die Schulen hineinragen. Lehrer interpretierten den Auftrag der Reichsverfassung, Bildung »im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben«,⁶⁰ einseitig als Volkstumserziehung, die es ihnen — entgegen dem Sinn der Verfassung — als möglich erscheinen ließ, durch versteckte oder eindeutige Hinweise Haß gegen die Juden zu erwecken. Dadurch konnte sich in vielen Schülern schon frühzeitig die Meinung festsetzen, als bestünde in Deutschland eine brennende Judenfrage, als gäbe es in Deutschland eine gefährliche andersartige, wenn nicht gar minderwertige jüdische Minorität. Unter den Schülern äußerte sich dieses antisemitische Vorurteil noch in kindlichen, wenn auch bereits seelisch grausamen Spielen und Hänseleien.

Die Universität

In der Universität war der Antisemitismus schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert heimisch. Er wurde unter der Studentenschaft zunächst durch den 1881 gegründeten »Kyffhäuser-Verband — Vereine Deutscher Studenten« vertreten,⁶¹ während zur gleichen Zeit das Wirken des Geschichtsprofessors Heinrich von Treitschke das herausragendste Beispiel für einen auf nationalistischen Maximen beruhenden konservativen Antisemitismus unter den deutschen Hochschullehrern bot. Im Zusammenhang mit dem allgemeinen Aufbruch des völkischen Antisemitismus spalteten sich vor dem Weltkrieg radikalere völkische Studentengruppen vom »Kyffhäuser-Verband« ab und bildeten an mehreren Universitäten eigene »Deutschvölkische Studentenverbände«, die sich jedoch nur wenige Jahre zu behaupten vermochten.⁶² Nach dem Krieg stieg der Antisemitismus an Deutschlands Universitäten, vor allem unter den Studenten, sprunghaft an. »Die akademische Stimmung«, so berichtet ein Hochschullehrer, der Münchener Sozialökonom Max Weber, am 9. Januar 1920, »ist extrem reaktionär und außerdem radikal antisemitisch geworden.«⁶³ Ein studentisches Mitglied des Hochschulpolitischen Ausschusses der Deutschen Burschenschaft er-

klärte am 3. Juni 1921: »Jeder, der die heutige Studentenschaft kennt, weiß, daß sie antisemitisch ist.«⁶⁴ Die nach dem Krieg verschärfte und weit verbreitete antisemitische Einstellung unter den deutschen Studenten, die in den angeführten Zitaten nachdrücklich konstatiert wird, führte zu einem verstärkten Hervortreten nationalistisch-völkischer Studentengruppen; der Versuch seitens dieser Gruppen, die lästige jüdische Konkurrenz auf ein Minimum zu beschränken oder gar ganz zu beseitigen, sollte zum Kernproblem des neugeschaffenen Gesamtverbandes der »Deutschen Studentenschaft« in den ersten Jahren seines Bestehens werden.

Die alten und die neuen nationalistischen und völkischen Studentenkorporationen und -verbände, die sich im Sommer 1920 größtenteils im »Hochschulring Deutscher Art« zusammenfanden, erhielten starken Zulauf und bestimmten im wesentlichen das politische Bild der deutschen Studentenschaft. Ihnen gegenüber stellten die jüdischen, sozialistischen und demokratischen Studentengruppen eine Minderheit dar. Diese eindeutigen Machtverhältnisse spiegeln die Wahlen zu den Allgemeinen Studenten-Ausschüssen wider. An der Berliner Universität erhielten Anfang 1921 die radikalen nationalen und völkischen Gruppen zwei Drittel aller Stimmen,⁶⁵ in Würzburg konnten zur gleichen Zeit die gleichen Gruppen mehr als drei Viertel aller Stimmen auf sich vereinigen.⁶⁶ In München erreichten die nationalen und völkischen Gruppen an der Universität 1921 ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit.⁶⁷ Eine ähnliche Verteilung der politischen Kräfte in den Allgemeinen Studenten-Ausschüssen auch an anderen deutschen Hochschulen wurde von den radikalen Völkischen immer wieder zu antisemitischen Vorstößen ausgenutzt, die nicht selten zum Erfolg führten. In Marburg nahm noch im November 1919 die Vereinigung aller Vorkliniker eine Bestimmung für ihre Satzungen an, wonach nur Medizinstudenten von nachweislich »arischer Abkunft« Mitglieder der Vorklinikerschaft werden durften.⁶⁸ Die Studentenversammlung der Technischen Hochschule Dresden forderte zu Anfang des Jahres 1920, daß Juden nur im Prozentsatz ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung zum Studium zugelassen werden sollten.⁶⁹ Für eine ähnliche Regelung sprach sich im Juni 1920 nahezu einstimmig die Studentenvertretung an der Universität Königsberg aus.⁷⁰ Zur gleichen Zeit stimmte die Studentenversammlung an der Technischen Hochschule Hannover mit Zweidrittelmehrheit einem Antrag zu, der den Ausschluß aller »Studierenden jüdischer Abstammung« aus dem Verband der Deutschen Studentenschaft forderte.⁷¹

Das öffentliche Forum, auf dem diese antisemitischen Vorstöße und

die sich daran entzündenden politischen Auseinandersetzungen ausgetragen wurden, bildeten die Studententage und der Verband der »Deutschen Studentenschaft«, dem ursprünglich alle deutschen Studenten in Deutschland, Österreich und in den deutschsprachigen Gebieten der Tschechoslowakei angehörten. Seit dem ersten allgemeinen Studententag im Juli 1919 in Würzburg drängten die völkischen und nationalistischen Studentengruppen darauf, die Frage der Zugehörigkeit zur »Deutschen Studentenschaft« eindeutig im Sinne des völkischen Abstammungsprinzips zu entscheiden. Doch vermochten sie trotz starker Unterstützung seitens der österreichischen und sudetendeutschen Vertreter ihre Anschauung nicht allgemein durchzusetzen. Vielmehr wurde auf dem außerordentlichen Studententag im Mai 1920 die Formel von der Gesamtheit der »Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache«⁷² ausdrücklich dahingehend interpretiert, daß diese auch alle Studenten deutscher Staatsangehörigkeit einschließe.⁷³ Knapp zwei Jahre später sollte die Einheit des Verbandes der »Deutschen Studentenschaft« über der Frage des Zulassungsprinzips zerbrechen.⁷⁴

Die außerordentliche Verbreitung des studentischen Antisemitismus und seine Streitbarkeit kamen nicht nur in den Auseinandersetzungen um die Versuche zum Ausdruck, die Zulassung jüdischer Studenten an Deutschlands Hochschulen radikal zu beschränken und ihnen einen Sonderstatus zuzuweisen, sondern sie offenbarten sich ebenso in einer schnellen und nahezu konfliktlosen Rezeption des sogenannten Arierparagraphen durch die meisten und bedeutendsten Korporationen⁷⁵ sowie in zahllosen persönlichen Diskriminierungen, denen sowohl jüdische Kommilitonen als auch jüdische Hochschullehrer ausgesetzt waren. Auch hierfür ließen sich viele Beispiele anführen.⁷⁶ Für die vorliegende Untersuchung, die die Tätigkeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in bezug auf die Universität beschreiben und die Rolle, die der Bund bei der Ausbreitung des Antisemitismus innerhalb der Universität spielte, bestimmen will, genügen jedoch schon die bisher angeführten Beispiele, um allgemein Ausmaß und Intensität des Antisemitismus zu belegen, der die studierende Jugend in der Nachkriegszeit erfaßte.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund bezog von Anfang an die Universität in seine Agitation mit ein und suchte Studenten für seine Organisation zu gewinnen. Noch im Sommer 1919 brachte er ein Flugblatt heraus, das sich ausschließlich an die Studenten wandte, und gab die Parolen von der »Verjudung« des Professorenstandes und der deutschen Wissenschaft aus. Sein Ziel war eine aktive und passive Bekämpfung der Juden, sowohl der studierenden als auch der lehrenden,

auf Deutschlands Hochschulen, die »Ausscheidung« alles »Jüdischen« aus der deutschen Wissenschaft, eine Rückbesinnung aller Fachrichtungen auf vermeintlich deutsch-germanische Traditionen und Grundlagen sowie schließlich die politische Beeinflussung der deutschen Studentenschaft im völkischen Sinne.⁷⁷ Außer in seiner allgemeinen Propaganda, die den »Todeskampf der deutschen Hochschule« ebenfalls zum Inhalt hatte,⁷⁸ stand dem Bund im wesentlichen nur eine Möglichkeit offen, auf die Universität einzuwirken: durch die Schaffung eigener deutsch-völkischer Studentengruppen in direkten Kontakt mit der Studentenschaft zu kommen. Zwar zählte der Bund unter seinen Mitgliedern, mitunter sogar in führenden Stellungen, etliche Hochschullehrer — genannt seien nur der Breslauer Staatsrechtler Axel von Freytagh-Loringhoven und der Marburger Jurist Erich Jung⁷⁹ —, doch liegt keinerlei Material darüber vor, daß der Bund über die Hochschullehrer unter seinen Mitgliedern versucht hat, in einer dezidierten Weise auf die Professorenschaft Einfluß auszuüben. Es blieb bei Einzelinitiativen wie etwa dem Aufruf des Professors für Bauwissenschaft an der Technischen Hochschule Danzig, Petersen, »8 Fragen an die deutschen Professoren!«,⁸⁰ die ohne nennenswerte Wirkung blieben.

Im Sommer 1919 entstanden in Anlehnung an den Schutz- und Trutz-Bund die ersten deutschvölkischen Studentengruppen. Diese Gruppen, die wie der Hauptverband die Ablegung eines Blutsbekenntnisses verlangten, waren zugleich als Sammelpunkt völkisch eingestellter Studenten und als Dachorganisation für die völkischen Studentenverbände und Burschenschaften geplant und nahmen daher sowohl Einzelmitglieder als auch geschlossene Gruppen korporativ auf.⁸¹ Das war auch der Grund dafür, daß die deutschvölkischen Studentenorganisationen häufig nur sehr lockere Formationen darstellten, denen es an Geschlossenheit mangelte und in denen die Schutz- und Trutz-Bund-Führung sich nicht immer den beherrschenden Einfluß zu sichern wußte. Zudem unterließ es die Bundesleitung, ihre völkischen Studentengruppen überregional zusammenzufassen und deren Arbeit zu koordinieren, womit sie sich von vornherein der Möglichkeit wirkungsvoller Einflußnahme auf die deutsche Studentenschaft begab. Immerhin entwickelten sich an mehreren Universitäten — so in Göttingen, Hamburg, München und Würzburg⁸² — Studentengruppen des Schutz- und Trutz-Bundes zu rührigen Zentren des Antisemitismus. Sie zählten zu der Avantgarde des völkischen Gedankens in der Universität und waren wesentlich dafür mitverantwortlich, daß Antisemitismus und Arierparagraph aus den politischen Diskussionen der Studenten nicht verschwanden und Eingang in die Korporationen und Studentenverbände

fanden, wie im folgenden am Beispiel der Münchner Gruppe gezeigt werden soll.

Die deutschvölkische Studentengruppe des Schutz- und Trutz-Bundes in München war gleichsam eine Vorwegnahme späterer nationalsozialistischer Studentengruppen. Mit ihrem Führer, cand. phil. Karl Braßler, dem heftigsten antisemitischen Agitator im Münchner Hochschulleben in den Jahren 1919 und 1920, betrat bereits jener politisierte Student der späten Weimarer Republik die Bühne, den Helmut Kuhn in seinem Aufsatz über die deutsche Universität am Ende der Weimarer Republik beschreibt.⁸³ Diesem ging es nicht mehr um Wissenschaft und Ausbildung, sondern allein um die agitatorische Beeinflussung der Studentenschaft. Er machte die Universität zum Feld ausschließlich politischer Aktionen. Im Sommersemester 1919 trat Braßler zum ersten Mal mit heftigen Parolen gegen den »jüdischen Geist der Zersetzung und des Verfalls« in der Universität und unter den Studenten auf. In Zeitungsartikeln, mit Flugblättern und Vorträgen warb er unter der Studentenschaft der Universität und der Technischen Hochschule für den Schutz- und Trutz-Bund. Noch am Ende desselben Semesters konnte er eine deutschvölkische Studentengruppe gründen,⁸⁴ die im August 1919 mit mehreren Veranstaltungen an die Öffentlichkeit trat.⁸⁵ Ihr erster Versammlungsredner war Dietrich Eckart, der seit Mai 1919 dem Schutz- und Trutz-Bund angehörte und zu den prominentesten frühen Mitgliedern der NSDAP zählte.⁸⁶ In seiner Münchner Burschenschaft setzte Braßler im selben Sommer die Annahme des Arierparagraphen durch.⁸⁷ Darüber hinaus drang er mit seinen Kommilitonen aus der Schutz- und Trutz-Bund-Gruppe im »Allgemeinen Deutschen Burschenbund« darauf, daß dieser auf einem außerordentlichen Bundestag die »Rassenfrage« zur Diskussion stellte.⁸⁸ Zusammen mit gleichgerichteten Anträgen von anderen Universitäten führte dieser Vorstoß schließlich dazu, daß der »Allgemeine Deutsche Burschenbund«, der bis zur Revolution jüdische Mitglieder aufgenommen hatte und einen hohen Prozentsatz jüdischer alter Herren aufwies, im Oktober 1919 als erster der großen Verbände nach dem Krieg den Beschluß faßte, jüdische Studenten nicht mehr aufzunehmen.⁸⁹

Die deutschvölkische Studentengruppe des Schutz- und Trutz-Bundes wurde im Herbst 1919, nachdem in München eine allgemeine Ortsgruppe entstanden war, von dieser übernommen, blieb aber als »Akademische Vereinigung München des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes« eine eigene organisatorische Einheit.⁹⁰ Sie zählte Ende des Jahres 1919 bereits über 900 Mitglieder.⁹¹ Nachdem die Vereinigung im November 1919 noch darauf verzichtet hatte, bei den Studen-

tenwahlen eigene Kandidaten aufzustellen, und den Studenten nur empfohlen hatte, ausschließlich »judenreinen Listen« die Stimme zu geben,⁹² bewarben sich im folgenden Sommersemester erstmals studentische Schutz- und Trutz-Bund-Mitglieder um einen Sitz im Studentenausschuß der Münchner Universität. Der Bund warb mit heftigen Parolen gegen die »schändliche Judenrevolution« und den »jüdischen Morast« in Deutschland für seine Kandidaten, deren wesentlichste Forderungen die Beseitigung des »jüdischen Einflusses« auf die deutschen Hochschulen und die Lösung der »Ausländerfrage« auf rassischer Grundlage waren.⁹³ Zusammen mit der »Nationalen Finkenschaft« und der »Fichte-Hochschulgemeinde«, mit denen die Schutz- und Trutz-Bündler eine völkische Liste bildeten, errangen sie die meisten Stimmen. Auf die völkische Liste entfielen 13 von insgesamt 60 Sitzen.⁹⁴

Im Juli 1920 vereinigte die deutschvölkische Studentengruppe des Schutz- und Trutz-Bundes über 1800 Mitglieder.⁹⁵ Allerdings sagt diese Zahl kaum etwas über die tatsächliche Bedeutung der deutschvölkischen Organisation aus, da sie im wesentlichen durch den körperchaftlichen Anschluß zahlreicher Verbindungen zustande gekommen war. Sie illustriert allerdings die politische Haltung großer Teile der Studentenschaft an der Münchener Universität, die zu der Zeit etwas über 9000 Studierende zählte, und zeigt das Ausmaß der Verbreitung, die der antisemitische und völkische Gedanke unter dieser Studentenschaft gefunden hatte. Die Jahre 1919 und 1920, in denen Studenten den Antisemitismus auch auf die Straße trugen und in Theatern gewaltsam praktizierten,⁹⁶ stellten zweifellos den Höhepunkt für die deutschvölkische Studentenbewegung des Schutz- und Trutz-Bundes in München dar. Auf die Dauer vermochte sie sich aber neben den reinen Studentenorganisationen nicht zu behaupten, vor allem nachdem einerseits die völkischen und antisemitischen Forderungen nach »Ausscheidung« der Juden von den wesentlichsten Gruppen der nationalen Studentenverbände übernommen worden waren und andererseits eine überregionale Organisation der studentischen Schutz- und Trutz-Bund-Gruppen unterblieb. So verlor die deutschvölkische Studentenbewegung des Bundes zunehmend an Einfluß und Bedeutung. Dieser Niedergang wurde noch dadurch beschleunigt, daß ihr führender Propagandist Braßler, der wegen Erpressungsversuchs verhaftet worden war, aus der antisemitischen Agitation ausschied und erst 1922, nun als nationalsozialistischer Propagandaredner, wieder auftauchte.⁹⁷

Das Münchner Beispiel und die Haltung der Münchner Studentenschaft ist sicherlich nicht repräsentativ für die deutsche Hochschule und

für die Tätigkeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes innerhalb der Universität und der Studentenschaft. Doch zeigen einmal die zu Anfang dieses Abschnittes angeführten Beispiele deutlich, daß es fast überall an Deutschlands Hochschulen starke völkische Tendenzen unter der Studentenschaft gab, die darauf hinzielten, Rasse und Volkstum zu bestimmenden Faktoren einer Wissenschaftsauslese zu erheben. Zum anderen gibt es deutliche Hinweise, daß studentische Schutz- und Trutz-Bund-Gruppen auch an anderen Hochschulen eine starke Aktivität entfalteten.⁹⁸ Insgesamt muß aber festgestellt werden, daß der Schutz- und Trutz-Bund selbst nie einen bestimmenden Einfluß auf die deutsche Studentenschaft hat ausüben können und daß seine Hetze und seine studentischen Organisationen der raschen Ausbreitung eines militanten Antisemitismus keinesfalls als ausschließliche Ursache zugrunde lagen. »Das gewaltige Anschwellen der antisemitischen Strömung auf unseren Hochschulen«, so führte der damalige preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Konrad Haenisch, im Sommer 1920 in einem Vortrag aus, sei nicht »aus dem leeren Nichts heraus« zu erklären und auch nicht allein aus einer »Verhetzung« herzuleiten, sondern werde in erster Linie durch »wirtschaftliche Triebkräfte« bestimmt.⁹⁹ Sicherlich bildete die Angst vor einer steigenden, insbesondere jüdischen Konkurrenz zu einer Zeit, wo für viele Hochschulabsolventen kaum Aussicht bestand, einen ihrer Ausbildung gemäßen Arbeitsplatz zu finden, einen wesentlichen Faktor. Sicherlich ebenso bestimmend waren aber nationalistische Emotionen, wie sie in dem bereits erwähnten Bericht eines studentischen Mitgliedes des Hochschulpolitischen Ausschusses der Deutschen Burschenschaft vom 3. Juni 1921 deutlich zum Ausdruck kommen: »Als wir nach den Kriegsjahren in die Heimat zurückkehrten und sahen, was aus unserem deutschen Volke geworden war, haben wir uns, um nicht an unserem Volk und unserem eigenen Deutschtum verzweifeln zu müssen, geklammert an die Gewißheit, daß unser Volk undeutsch geworden, weil verführt war, daß aber der gute alte deutsche Stamm sieghaft wieder durchbrechen werde, sobald er sich löse von den Banden der volksfremden Verführer«.¹⁰⁰ Vor einer trostlosen Zukunft und einer verdunkelten Vergangenheit suchten viele Studenten Zuflucht im Antisemitismus, hierbei tatkräftig unterstützt und gefördert von der Propaganda des Schutz- und Trutz-Bundes, die die Universität bewußt in ihren antisemitischen Kampf mit einbezog, sowie von deutschvölkischen Studentengruppen, die vielfach zu den Wegbereitern des Antisemitismus unter der deutschen Studentenschaft der Nachkriegszeit zu zählen sind.

Deutschvölkisches Christentum

Auf die zentrale Bedeutung, die die Deutschvölkischen im Schutz- und Trutz-Bund neben Schule und Universität der christlichen »Erziehung und Gewöhnung« für ihren antisemitischen »Abwehrkampf« zumaßen, ist zu Anfang dieses Kapitels bereits hingewiesen worden. Außer in einer angeblich tiefgehenden Beeinflussung der Deutschen durch den übermächtigen »materialistisch-jüdischen Zeitgeist« in Kulturleben und Bildungsinstitutionen wähten sie in dem so eng mit der jüdischen Geschichte und dem Judentum verbundenen Christentum eine der wesentlichsten Ursachen für die schwächliche Hinnahme der »jüdischen Fremdherrschaft« durch die Deutschen.¹⁰¹ Ziel ihrer Bestrebungen war es daher, zwischen Judentum und Christentum »reinlich« zu scheiden und das Christentum zu »entjuden«.

Von einem einheitlichen Kampf des Schutz- und Trutz-Bundes gegen die beiden großen christlichen Konfessionen kann allerdings nicht gesprochen werden. Dazu waren die Bestrebungen innerhalb des Bundes, die gegen die »Verjudung des Christentums«¹⁰² auftraten und die von deutsch-christlichen bis zu germanisch-gläubigen nahezu alle Richtungen aufwiesen, zu unterschiedlich. Die Bundesleitung hatte Mühe, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen und religiöse Auseinandersetzungen innerhalb des Bundes zu vermeiden.¹⁰³ Die Haltung der Bundesleitung selbst war wesentlich von taktischen Rücksichten bestimmt, wenngleich sie an ihrer grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber deutschvölkischen Erneuerungsbestrebungen im Christentum keine Zweifel aufkommen ließ. »Wir können nicht mit dem Kopf durch die Wand«, hielt der Bundesvorsitzende, v. Hertzberg, dem allzu heftig gegen die christlichen Kirchen agitierenden Hoffmann-Kutschke entgegen, »und es wird auch nicht möglich sein, in der Zeit, in der wir den Kampf gegen das Judentum führen müssen, eine neue Religion auf die Beine zu stellen«, um dann erklärend fortzufahren, »wenn wir die Judenfrage gelöst haben und die staatliche Macht in die Hände unserer Menschen übergegangen ist, dann wird die Zeit reif sein, auch die religiösen Fragen im Sinne des deutschen Volkes zu lösen«.¹⁰⁴

Die Initiatoren des Schutz- und Trutz-Bundes hatten in dem Bestreben, eine allgemeine, über ganz Deutschland verbreitete Organisation aufzuziehen, seinerzeit bewußt darauf verzichtet, die Einstellung des Bundes zu den christlichen Kirchen näher zu bestimmen,¹⁰⁵ und einen Passus in die Satzungen aufgenommen, wonach »Bestrebungen konfessioneller Art« im Bund ausgeschlossen sein sollten.¹⁰⁶ Sie hatten damit den gläubigen Christen, insbesondere den Katholiken, Rech-

nung tragen wollen, und der Erfolg schien ihnen recht zu geben. So zählten etwa die Ortsgruppen im Paderborner Land am Anfang »katholische Pfarrer, Vikare und Oberlehrer« zu ihren Mitgliedern und wußten zu berichten, daß selbst »höhere katholische Geistliche« offen für den Schutz- und Trutz-Bund eingetreten seien.¹⁰⁷ Auf die Dauer war aber eine derartige taktische Zurückhaltung in einer für die Deutschvölkischen letztlich so grundlegenden Frage wie der nach dem Verhältnis von Judentum und Christentum gar nicht durchzuhalten, auch wenn die Angriffe gegen das Jüdische im christlichen Glauben innerhalb des Bundes dazu führen mußten, daß sich strenggläubige Christen vom Bund fernhielten oder lossagten.

Insgesamt bestanden im Schutz- und Trutz-Bund drei Hauptbestrebungen, die sich gegen die traditionellen christlichen Kirchen richteten: Einmal die entschieden »germanische« Richtung von Theodor Fritsch, die das Christentum als Ganzes als »Hebraismus« verwarf und pseudo-religiöse germanische Traditionen pflegte;¹⁰⁸ ihr zentrales Organ war auch innerhalb des Bundes immer noch der von Fritsch herausgegebene »Hammer«.¹⁰⁹ Zum zweiten die Anhänger des von Artur Dinter verkündeten »Geistchristentums«, eines völlig denaturierten »ario-germanischen«, spiritistischen »Christentums«, das sich nur noch auf das Johannesevangelium gründete.¹¹⁰ Diese Richtung, die im Schutz- und Trutz-Bund nicht ohne Widerspruch blieb,¹¹¹ erhielt ihre Stoßkraft fast ausschließlich durch den sektiererischen Eifer Dinters selbst, der zu den Hauptagitatoren des Bundes zählte. Zudem propagierte der Schriftleiter der Deutschvölkischen Blätter, Thomas Westerich, diese Lehren und feierte in den Spalten des Bundesorgans Dinter als einen zweiten Luther.¹¹² Größere Bedeutung für die Tätigkeit des Bundes kommt allein der dritten Bewegung, der deutschchristlichen, zu, da sie am stärksten im Bund vertreten war und von ihm auch offiziell gefördert wurde.

Repräsentant und entschiedenster Verfechter dieser aus dem deutschen Protestantismus hervorgegangenen Bewegung¹¹³ innerhalb des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes war der Flensburger Hauptpastor Friedrich Andersen. 1907 hatte er zum ersten Mal seine deutschchristlichen Thesen im Zusammenhang dargestellt.¹¹⁴ Als er nach Krieg und Revolution die »Verwirklichung der jüdischen Welt-herrschaftsidee« unmittelbar bevorstehend wähnte,¹¹⁵ stellte er sich dem Schutz- und Trutz-Bund zur Verfügung. Er wollte dem negativen Antisemitismus im Kampf um die »germanische Volksseele« einen »positiven Bundesgenossen« zur Seite stellen.¹¹⁶ Andersen gab den großen Feiern des Schutz- und Trutz-Bundes, insbesondere den »Deutschen

Tagen«, die religiöse Weihe, trat als Versammlungsredner im Bund auf und brachte in der Reihe »Hammer-Schläge« zwei Kampfschriften heraus.¹¹⁷ Zudem fungierte er in der Organisation des »Deutschen Tages« als Sachverständiger für »Deutsche Religion«.¹¹⁸

Die von Friedrich Andersen verfochtene und vom Schutz- und Trutz-Bund geförderte deutschchristliche Bewegung hatte sich zur Aufgabe gesetzt, die angeblich von Luther eingeleitete »Verdeutschung des Christentums« fortzusetzen¹¹⁹ und dem deutschen Volk eine seiner »rassischen und völkischen Naturanlage« entsprechende »bodenständige« Religion zu geben;¹²⁰ sie erstrebte ein »Christentum in germanischer Ausgestaltung«.¹²¹ Dieses suchte man durch eine Rückbesinnung ausschließlich auf das Evangelium und die Gestalt Jesu Christi zu gewinnen und rechtfertigte ein solches Vorgehen mit der angeblichen Unabhängigkeit Jesu Christi vom Judentum, die man nach Andersen weniger auf die seit Chamberlain immer wieder propagierte arische Abstammung Jesu Christi als vielmehr auf innere Kriterien gründen zu können glaubte.¹²² Die deutschchristliche Bewegung forderte daher eine rücksichtslose »Ausscheidung« des Alten Testaments, eine »Reinigung« des Neuen Testaments von »jüdischen Einflüssen«¹²³ und eine Hervorkehrung und Betonung der kämpferischen und heldischen Züge des »Heilandes«.¹²⁴

Es waren diese deutschchristlichen Forderungen und Thesen, zu deren öffentlichem Fürsprecher sich der Schutz- und Trutz-Bund machte und die er als Teil einer umfassenden völkischen Erneuerungsbewegung verstand. Er suchte ihnen innerhalb des Bundes Geltung zu verschaffen und sie durch seine Propaganda unter Aktivierung christlicher anti-jüdischer Vorurteile auch in der Öffentlichkeit zu verbreiten.¹²⁵ Als im Jahre 1920 der Berliner Assyriologe Friedrich Delitzsch den ersten Teil seines Werkes »Die große Täuschung« herausgab,¹²⁶ nahm der Bund das zum Anlaß, nachdrücklich für die deutschchristlichen Bestrebungen einzutreten. Er popularisierte nicht nur die von Delitzsch aufgestellten Thesen von der nichtjüdischen Abstammung und Geistesart Jesu Christi und von der Bedeutungslosigkeit des Alten Testaments sowie dessen zahllose Angriffe gegen die jüdische Religion in den Deutschvölkischen Blättern und in Flugschriften, sondern wertete gleichzeitig das Werk dieses ehemals anerkannten Wissenschaftlers als Rechtfertigung für den eigenen antisemitischen Kampf. Die Bundesleitung machte es darüber hinaus ihren Ortsgruppen zur Aufgabe, für »Die große Täuschung« in weitesten Kreisen zu werben.¹²⁷ Andersens »Weckruf an die evangelischen Geistlichen in Deutschland«, der ebenfalls 1920 als »Hammer-Schlag« erschien, sollte den Auftakt bilden für eine gezielte propagan-

distische Beeinflussung vornehmlich der evangelischen Geistlichkeit. Zugleich hoffte der Bund, damit die Wirkung kirchlicher Stellungnahmen, die sich gegen den Antisemitismus und den Schutz- und Trutz-Bund gerichtet hatten, auffangen zu können.¹²⁸ Doch der Ankündigung folgten keine einheitlichen Aktionen. Versuche wie die der Lübecker Ortsgruppe, die die dortige Pastorenschaft regelmäßig mit antisemitischem Propagandamaterial versorgte,¹²⁹ blieben regionale Einzelercheinungen.

Andernorts beschritt man andere Wege, um den deutschvölkischen Bestrebungen auch in den Kirchen Geltung zu verschaffen, wobei sich besonders die thüringischen Ortsgruppen des Bundes auszeichneten. In Meiningen protestierte die Ortsgruppe bei der dortigen evangelischen Kirchengemeinde dagegen, daß zwei Jüdinnen im Kirchenchor mitgesungen hätten, und drohte: »Wir haben die Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß wir uns eine Wiederholung nicht gefallen lassen, sondern zu verhindern wissen werden.« Der Referent im thüringischen Innenministerium, Müller-Brandenburg, der nach dem Verbot des Schutz- und Trutz-Bundes neben diesem Schriftstück zahllose weitere Belege zur Erhärtung der Verbotsbegründung zusammengetragen hatte, kommentierte das Vorgehen der Meininger Deutschvölkischen: »Das ist glatt diktatorische Gewalt und Terror.«¹³⁰ Generell hatte die Bundesleitung ihre Mitglieder und Ortsgruppen ersucht, sich in Kirchenvertretungen einen Einfluß zu sichern, und gefordert: »Es darf keine kirchliche Wahl mehr stattfinden, ohne daß unsre Gesinnungsfreunde mit Macht sich daran beteiligen.«¹³¹ Angaben darüber, daß es dem Bund gelang, eine massive deutschvölkische Vertretung bei solchen Wahlen durchzusetzen, liegen allerdings nur für einen Fall vor: für Gera zu Anfang des Jahres 1922.¹³² Dort war auf Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes die Hälfte aller Stimmen entfallen. Diese erklärten am 3. März 1922 anlässlich der ersten öffentlichen Kirchenvertreterversammlung unmißverständlich, daß sie ihre Aufgabe darin sähen, auf eine Übereinstimmung von christlicher Religion und deutschem Volkstum hinzuwirken.¹³³ Daß sie sich dabei nicht allein auf Gera zu beschränken gedachten, bewiesen sie wenig später, als sie beim bayerischen evangelisch-lutherischen Landeskirchenrat energisch gegen die Amtsenthebung dreier Pastoren in Oettingen, Nürnberg und Regensburg protestierten, die mit deutschchristlichen Bestrebungen sympathisiert hatten.¹³⁴ Das Verbot des Schutz- und Trutz-Bundes setzte dieser Aktivität der Geraer Ortsgruppe ein Ende.

Insgesamt ging von der Tätigkeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes im kirchlich-religiösen Bereich,¹³⁵ die recht uneinheitli-

che Züge zeigte, nur wenig augenblickliche Wirkung aus. Bedeutung erhielt diese Tätigkeit allerdings dadurch, daß es dem Bund vereinzelt gelang, Vertreter beider christlichen Konfessionen für sich zu gewinnen und sich mit einer innerkirchlichen protestantischen Bestrebung zu solidarisieren. Hierdurch wie auch durch die nicht immer genügend entschiedene Abwehrhaltung der Kirchen — so beließ die evangelische Kirche einen so offen sich zum Antisemitismus bekennenden Pastor wie Friedrich Andersen im Amt — wurden Abwehrkräfte gegen den Antisemitismus im Bürgertum, die sich auf den christlichen Glauben gründen konnten, teilweise neutralisiert. Außerdem muß die Tätigkeit des Schutz- und Trutz-Bundes im kirchlich-religiösen Bereich, insbesondere sein Eintreten für die deutschchristliche Bewegung, im Zusammenhang mit seinen allgemeinen Bestrebungen gesehen werden. Mehr als in anderen Bereichen verstand er hier sein Wirken als Vorbereitung auf den Zeitpunkt, zu dem »die staatliche Macht in die Hände unserer Menschen übergegangen ist«, zu dem dann »auch die religiösen Fragen im Sinne des deutschen Volkes« gelöst werden sollten. Welches die weiteren Stationen auf dem Weg dahin für die deutschchristliche Bewegung sein würden, deutete sich schon wenige Jahre nach dem Verbot des Schutz- und Trutz-Bundes an, als die »Deutschen Christen« Thüringens, die einst vom Bund Förderung erfahren hatten, sich den Nationalsozialisten anschlossen.¹³⁶

Dem propagandistischen Kampf des Schutz- und Trutz-Bundes für eine »Entjudung« des Christentums und eine völkische Ausrichtung der christlichen Konfessionen in Deutschland hatte derselbe Impetus zugrunde gelegen wie seiner Abwehr vermeintlich jüdischer Tendenzen im kulturellen Leben und seinen Versuchen, Schule und Hochschule im völkischen Sinne zu politisieren: der Wille zur »Beseitigung des unterdrückenden und zersetzenden Einflusses des Judentums« und des angeblich von diesem Einfluß geprägten und bestimmten politischen, sozialen und kulturellen »Systems«. Er wollte damit den Weg frei machen für ein völkisches, rassenbewußtes Deutschland, in dem sich dann auch wieder »lebendige Frömmigkeit, Heimatkunst, hohe Kunst und blühendes geistiges Leben« einstellen würden.¹³⁷

14. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund und die politische Entwicklung der Weimarer Republik

Die heftigste und folgenreichste Agitation entfaltete der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund zweifellos im politischen Bereich. Der militärische Zusammenbruch, der politische Umbruch und die folgenden innenpolitischen Wirren waren nicht nur insofern historisch bedeutsam, als aus ihnen die neue Republik hervorging, ihre Auswertung durch die antisemitische Agitation war darüber hinaus von grundlegender Bedeutung für die Virulenz und die Wirksamkeit des gesamten deutschen Nachkriegsantisemitismus. Als der Schutz- und Trutz-Bund im Februar 1919 in den politischen Tageskampf eingriff, zog er aus der Tatsache, daß die Republik ihre Entstehung der Niederlage und der Revolution verdankte, den größten Propagandaeffekt.

Der Kriegsausgang und der Zusammenbruch der Monarchie hatten die deutsche Bevölkerung nahezu unvorbereitet getroffen. Weite bürgerliche Kreise sahen mit dem Ende der Monarchie ihre politischen Wert- und Ordnungsvorstellungen zusammenbrechen. Sie wurden orientierungslos, zumal auch die überkommenen großen bürgerlichen Parteien und politischen Organisationen die Revolution nicht überdauert hatten und die neuformierten Kräfte auf der bürgerlichen Rechten in dem »Traumland der Waffenstillstandsperiode«¹ noch keine festen Positionen einzunehmen wagten. Es war von entscheidender Bedeutung, daß in dieser Periode zwischen Kriegsende und Versailler Vertrag der Alldeutsche Verband sich eindeutig gegen die neue politische Ordnung stellte und ihr unmißverständlich den Kampf ansagte. In Bamberg nahm der Verband den Antisemitismus bewußt auf und schuf sich eine gesonderte Organisation, mittels deren die Republik sogleich auf breitester Front bekämpft und ihre Repräsentanten als Werkzeuge und Helfer einer allgemeinen antideutschen Weltverschwörung diskreditiert werden sollten. Noch bevor in Versailles das Deutsche Reich und seine Verbündeten für den Krieg und die Kriegsschäden verantwortlich gemacht wurden, noch bevor Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung die Dolchstoßthese verkündete, wodurch die Fragen nach Kriegsschuld und Ursachen des deutschen Zusammenbruchs eine entscheidende Politisierung erfuhren, klärte der Schutz- und Trutz-Bund das deutsche Volk in ersten Massenflugblättern und Broschüren über die »wahren« Schuldigen und Urheber des Weltkrieges und des deutschen Zusammenbruchs auf. Alle

Schuld wurde darin den Juden zugemessen, alles durch das Prinzip jüdischen Weltherrschaftsstrebens erklärt, Thesen, die in den stereotypen Formeln vom »Judenkrieg«, vom »Dolchstoß durch das Judentum« und von der »Judenrevolution« ihren Niederschlag fanden.² Weltkrieg und Revolution waren danach nur zwei verschiedene Äußerungen ein- und desselben Prinzips. Sie seien von den Juden gegen Deutschland in Szene gesetzt worden, um mit dem monarchischen Deutschland das »letzte Bollwerk« auf dem Weg zur Verwirklichung »der Jahrtausende alten jüdischen Weltherrschaftspläne« zu beseitigen. Mit dieser früh und massiv einsetzenden Propaganda wirkte der Schutz- und Trutz-Bund nicht unwesentlich auf die politischen Vorstellungen großer Teile des deutschen Bürgertums ein und machte damit zahlreiche Ansätze zu politischer Neubestimmung und sachlicher Überprüfung überkommener Positionen zunichte.

»Jüdische Weltverschwörung«

Die Thesen des Schutz- und Trutz-Bundes von einer jüdischen Weltverschwörung und einem jüdischen Dolchstoß fielen im deutschen Volk deshalb auf fruchtbaren Boden, weil dieses in großen Teilen nicht bereit war, die militärische Niederlage zu akzeptieren und die innere Schwäche des Zusammengebrochenen anzuerkennen. Sie verloren auch in der Folgezeit nicht an Suggestivkraft. Vielmehr trieb der Versailler Friede viele in das Lager der Alldeutschen und Deutschvölkischen, die von Anfang an eine absolute Opposition propagiert hatten. Die alliierten Friedensbedingungen machten die bangen und falschen Hoffnungen, die sich vielfach an die Staatsumwälzung in Deutschland geknüpft hatten, zunichte und enttäuschten auch jene, die der politischen Neuordnung abwartend und mit Skepsis gegenübergestanden hatten. Das »Opfer« der Monarchie erschien sinnlos, und der »Makel« der Entstehung aus Niederlage und Revolution lastete um so schwerer auf der Republik.

Gerade Versailles gab der antisemitischen Weltverschwörungsthese starken Auftrieb. Von ihr handelten die ersten vom Schutz- und Trutz-Bund herausgegebenen Flugblätter und die ersten Nummern der Schriftenreihe »Hammer-Schläge«.³ Der europäischen Politik der Vorkriegszeit, der von deutscher Seite so gefürchteten Einkreisung, wurde ein geheimer jüdischer Plan unterlegt; die Entfesselung des Weltkrieges und der Kriegsausgang wurden mit Juden in den kriegführenden Staaten in Verbindung gebracht. In England und Amerika, in Frankreich und Italien, in Rußland, Rumänien und Serbien sowie in Österreich-Ungarn

wurden Juden in einflußreichen Positionen in Politik und politischer Publizistik aufgespürt. Wo jüdische Herkunft nicht nachgewiesen, wo jüdische Verbindung nicht einfach behauptet werden konnte, da mußte die Freimaurerei herhalten, um das internationale Verschwörungsprinzip vollständig erscheinen zu lassen. Die Namensliste, die der Bund in seinem Flugblatt »Ganz Israel bürgt füreinander!« veröffentlichte, füllt zwei engbedruckte Seiten. Die angeführten Personen, ob als Juden, jüdisch versippt oder beeinflusst oder als Freimaurer klassifiziert, sollten Verschworene der großen antideutschen Weltkoalition sein und Deutschland bewußt in Krieg und Revolution getrieben haben. Die ausführliche Aufzählung ihrer Namen suggerierte nachdrücklich den Eindruck einer großen alljüdischen Weltverschwörung.

Das berüchtigtste Beweisstück einer solchen antisemitischen Agitation wurden die »Zionistischen Protokolle«, die angebliche Geheimverhandlungen des ersten, 1897 in Basel veranstalteten Zionistischen Kongresses wiedergeben sollen.⁴ Die »Protokolle« erschienen in Deutschland zuerst Anfang 1920 unter dem Titel »Die Geheimnisse der Weisen von Zion« in drei verschiedenen, inhaltlich aber identischen Ausgaben.⁵ Diese Ausgaben hatte der Vorsitzende des Verbandes gegen Überhebung des Judentums und Herausgeber der Zeitschrift »Auf Vorposten«, Ludwig Müller von Hausen, besorgt. Er verbarg sich allerdings hinter dem Pseudonym Gottfried zur Beek.⁶ Die »Protokolle« fanden eine schnelle und weite Verbreitung. Noch 1920 erschien eine sechste Auflage, der in den Jahren 1922 bis 1924 je eine weitere folgte.⁷ Ihr Inhalt wurde darüber hinaus in zahllosen Flugschriften und Broschüren propagiert sowie in völkischen Zeitungen ausführlich kommentiert. Vor allen anderen Organisationen und Publizisten machte sich der Schutz- und Trutz-Bund diese antisemitische Fälschung aus Rußland zunutze⁸ und operierte mit ihr als dem grundlegenden Beweisstück für eine angeblich bestehende jüdische Weltverschwörung. In Verfolg dieser Kampagne nahm der Bund auch antisemitische Elaborate aus dem 19. Jahrhundert in seine Propaganda auf, die — wie die »Protokolle der Weisen von Zion« — jüdische Geheimpläne zur Errichtung einer Weltherrschaft zu enthüllen vorgaben. Dabei handelte es sich zum größten Teil um Passagen und Auszüge aus populärhistorischen Romanen des deutschen Schriftstellers Hermann Goedsche, nach 1848 Schriftleiter der konservativen Kreuz-Zeitung, die dieser unter dem Pseudonym Sir John Retcliffe seit den 50er Jahren verfaßt hatte. Insbesondere wurde seine Schilderung einer jüdischen Konspiration auf dem Prager Judenfriedhof immer wieder zitiert. Sie ist in dem achtbändigen Werk »Biarritz« (1869) enthalten und wirkte stilbildend für

alle späteren antisemitischen Machwerke dieser Art. Alle diese Veröffentlichungen des Bundes,⁹ ob sie sich nun auf die »Zionistischen Protokolle«, auf Goedsche oder auf sonstige fragwürdige Quellen stützten, verfolgten nur den einen Zweck: die wahren Ursachen und Gründe des Weltkrieges und des deutschen Zusammenbruchs zu verschleiern und die gesamte politische Entwicklung auf ein allgemeines Prinzip jüdischer Herrschsucht und Machtgier zurückzuführen. Dies zu erreichen, schien mit Hilfe solcher »Dokumente« nicht unmöglich, denn in der Tat ließen sich aus den antisemitischen Prognosen und Fälschungen der Vorweltkriegszeit erstaunliche Parallelen zur geschichtlichen Entwicklung herstellen, die den Eindruck erweckten, als ob der gegen Deutschland gerichteten Weltkriegskoalition ein geheimer internationaler Plan zugrunde gelegen habe.

»Judenrevolution«

Die Errichtung einer solchen Weltkoalition war nach der antisemitischen Argumentation nur die eine Seite des Versuches des »internationalen Judentums«, das monarchische Deutschland zu zerstören; die Demokratisierung und Revolutionierung Deutschlands von innen heraus war die andere. Diese habe letztlich den Ausschlag gegeben: »Die Demokratie«, so heißt es an zentraler Stelle in einem frühen Flugblatt des Schutz- und Trutz-Bundes, »war die eigentliche Wegbereiterin zur politischen Beherrschung und wirtschaftlichen Vergewaltigung des deutschen Volkes durch das Judentum.« Erst das Wirken der Juden im Innern, ihre »skrupellose und zielbewußte Hetze« gegen alles Deutsche, ihr »Schieben und Wuchern« in den Kriegsgesellschaften und die von ihnen provozierten innenpolitischen Auseinandersetzungen hätten den deutschen Siegeswillen geschwächt, die deutsche Widerstandskraft zermürbt und Deutschland »reif« gemacht für die »jüdische Revolution«,¹⁰ so daß es schließlich »wenige Wochen vor dem Sieg ungeschlagen« die Waffen einfach hingeworfen und die »Putsche einiger jüdischer Hetzer und ihrer paar tausend Werkzeuge« geschehen lassen habe:¹¹ »Der Jude war es, der dem Vaterlande auch hier in den Rücken fiel«. ¹² Das Einmünden der innerdeutschen Entwicklung in den politischen Umbruch — der doch im wesentlichen Folge des Weltkrieges und der militärischen Niederlage war — ermöglichte es den Propagandisten des Schutz- und Trutz-Bundes, die Revolution als ein von bestimmten Kräften bewußt angestrebtes Ziel hinzustellen und die liberalen und demokratischen Tendenzen in Deutschland als antideutsch und verräterisch zu brandmarken.

Noch im Frühjahr 1919 brachte der Bund eine Schrift unter dem Titel »Judas Schuldbuch« heraus, die eine beispiellose Abrechnung mit der deutschen innenpolitischen Entwicklung und mit den Juden darstellt. Sie war von dem alldeutschen Paul Bang im März eilfertig zusammengeschrieben worden und wurde innerhalb von zwei Jahren in mehr als 30 000 Exemplaren verbreitet.¹³ Indem Bang an alldeutsche und völkische Gedankengänge vor und im Weltkrieg anknüpft, zeichnet er darin die innerdeutsche Entwicklung als eine gerade Linie der bewußten Zersetzung seitens der Juden: Diese führe von den »Judenwahlen« des Jahres 1912 über den »Judenkrieg« zu »Judenrevolution« und »Judensieg« und damit »zur inneren und äußeren Judenherrschaft« in Deutschland.¹⁴ Damit war der Tenor vorgegeben, der allen späteren Äußerungen und Publikationen der Schutz- und Trutz-Bund-Propagandisten in diesem Bereich eigen sein sollte. Um die Richtigkeit dieser Thesen zu beweisen, wurden in üblicher Weise überall jüdischer Einfluß enthüllt und Juden entdeckt, die für die innerpolitische Entwicklung verantwortlich gewesen seien, wobei bewußte Unwahrheit und persönliche Verunglimpfung an der Tagesordnung waren.¹⁵ Dem Kaiser wurde sein Umgang mit Juden vorgeworfen, die ihn dem deutschen Volk entfremdet hätten. Dem deutschen Reichskanzler Bethmann Hollweg wurde eine jüdische Herkunft nachgesagt, sein persönlicher Referent und engster Berater, Kurt Riezler, zum Juden erklärt, wodurch hinreichend bewiesen zu sein schien, daß sie nur Werkzeuge zur Vollstreckung eines allgemeinen »Judenwillens« gewesen seien. Ebenso verfuhr die antisemitische Propaganda mit anderen Persönlichkeiten, die an der Spitze von Reichsämtern gestanden hatten. Ihnen zur Seite gestellt wurden führende Vertreter des deutschen Reichstages: der Initiator der Friedensresolution, Erzberger, »der auch aus jüdischem Stamme« sei, der »Judenapostel« Scheidemann als der hervorragendste Vertreter der sozialdemokratischen »Schutztruppe der Juden« und andere. Ähnliche Aufstellungen über Juden und jüdischen Einfluß in der Kriegswirtschaft und in der politischen Publizistik komplettierten die Beweisführung, daß das monarchische Deutschland »trotz seiner Siege den Krieg verlieren« mußte.¹⁶ Nie vergaßen die Propagandisten des Bundes auch auf jenes Rathenau-Wort hinzuweisen, das in dessen politischer Betrachtung »Der Kaiser« von 1919 enthalten ist und welches sie immer wieder als Enthüllung der wahren jüdischen Absichten zitierten: »Als der Krieg begann, begegneten wir uns, beide vom schlimmen Ausgang überzeugt. Abermals widersprach er mir nicht, als ich sagte: Nie wird der Augenblick kommen, wo der Kaiser, als Sieger der Welt, mit seinen Paladinen auf weißen Rossen durchs Brandenburger Tor

zieht. An diesem Tag hätte die Weltgeschichte ihren Sinn verloren.«¹⁷ Die Kennzeichnung führender Persönlichkeiten als Juden bzw. als mit Juden in Verbindung stehend war ein Stigma. Sie reichte hin, um den Betreffenden eine lautere Gesinnung abzusprechen und ihnen bewußte oder unbewußte Deutschfeindlichkeit zu unterstellen. Der Feststellung, daß Juden in Reichsämtern oder Behörden tätig gewesen seien, folgte stets der Vorwurf, dort sei gegen deutsche Interessen gearbeitet worden. Die Beispiele Bethmann Hollweg und Riezler, Erzberger und Scheidemann machen den antisemitischen Propaganda-Mechanismus deutlich: Die bekämpften politischen Persönlichkeiten, Gruppen und Richtungen wurden erst in möglichst enge Verbindung zum Judentum gebracht, um danach um so wirkungsvoller und heftiger als undeutsch und verräterisch attackiert zu werden.

Ein solches Verfahren mußte dort besonders wirksam sein, wo politische Ereignisse und Entwicklungen tatsächlich unter relativ hoher Beteiligung von Juden stattgefunden hatten und wo sie auf eine allgemeine Abwehrbewegung im deutschen Volke stießen. Beides galt in besonderem Maße für die deutsche Revolution. In der Tat lehnten einmal weite an dem politischen Umbruch nicht beteiligte, d. h. bürgerliche Kreise der Bevölkerung die Revolution ab und empfanden sie als einen Makel für den neuen Staat. Zum anderen waren Juden an der Entwicklung sozial-revolutionärer Ideen maßgeblich beteiligt gewesen — erinnert sei hier an Karl Marx und Ferdinand Lasalle, Eduard Bernstein, Rudolf Hilferding und Rosa Luxemburg, an Max Adler und Leo Trotzki¹⁸ —; und jüdische Namen waren eng mit den revolutionären Ereignissen und Experimenten in Deutschland¹⁹ und in Europa verbunden: An der Spitze von drei der vier größten Bundesstaaten standen als Ministerpräsidenten in der Revolutionszeit Juden, nämlich Paul Hirsch in Preußen, Georg Gradnauer in Sachsen und Kurt Eisner in Bayern. In Baden hatte zur gleichen Zeit Ludwig Haas, der ebenfalls jüdischer Herkunft war, das Amt des Innenministers inne. Auf Reichsebene waren zwei Juden unter den sechs Volksbeauftragten vertreten: Hugo Haase und Otto Landsberg; in den Reichsämtern fungierten Hugo Preuß als Staatssekretär des Reichsamtes des Innern, Eugen Schiffer im Reichsschatzamt, Oscar Cohn als Unterstaatssekretär im Reichsjustizamt und Emanuel Wurm als Präsident des Kriegsernährungsamtes. Der ersten gewählten Regierung nach dem Kriege, dem Reichskabinett Scheidemann, gehörten drei Minister jüdischer Herkunft an.²⁰ Daneben sind noch die Namen derer zu erwähnen, die unmittelbar an den revolutionären Ereignissen mitwirkten: Oscar Cohn und Rosa Luxemburg in Berlin, Eugen Leviné und Gustav Landauer, Ernst Toller und

Erich Mühsam in München.²¹ Auch in den Arbeiter- und Soldatenräten waren Juden stark vertreten. Wenngleich detaillierte Untersuchungen darüber nicht vorliegen, so kann doch auf Grund unverdächtigter Zeugnisse angenommen werden, daß jüdische Soldaten und Unteroffiziere, die wegen des in der Armee herrschenden Antisemitismus nicht befördert worden waren, häufig infolge ihrer relativ höheren Bildung in die Räte gewählt und dort führend tätig wurden.²² Schließlich war mit Max Cohen-Reuß in der Leitung des Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte ebenfalls ein Jude vertreten. Mag also insgesamt auch die überwiegende Mehrzahl der Juden in Deutschland »staatserhaltend« und konservativ eingestellt gewesen sein in dem Sinne, daß sie die Revolution ablehnten, für die bestehende Ordnung eintraten und liberal-demokratischen oder monarchistisch-konservativen Ideen anhängen,²³ so bleibt doch festzustellen, daß mit dem politischen Umbruch Juden »in ganz ungewöhnlichem Ausmaße zu politischer Führerschaft und Prominenz aufgestiegen sind«,²⁴ was nicht zuletzt auch darauf zurückzuführen ist, daß viele Juden sich seit langem in Parteien engagiert hatten, die nun durch die Revolution in die Verantwortung aufgestiegen waren. Immerhin macht eine solche Feststellung deutlich, welche Propagandamöglichkeiten sich einem Antisemitismus eröffneten, der mit den oben erwähnten Namen operierte. In der Frage der Revolution, in deren Ablehnung weite Teile der Bevölkerung mit den Antisemiten übereinstimmten, bot sich die Gelegenheit, eine mehr allgemeine Abwehrlage mit antisemitischen Vorurteilen zu überlagern.²⁵

Der Schutz- und Trutz-Bund hat diese Chance mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu nutzen gesucht. Mit unerbittlichem Haß verfolgte und verunglimpfte er die Männer der Revolution, die Praktiker ebenso wie die Theoretiker. Lange Namenslisten jüdischer und vermeintlich jüdischer Persönlichkeiten sollten den Beweis dafür erbringen, daß die Juden die »Brandstifter« und »Nutznießer« der Revolution seien:²⁶ »Die Revolution ist der Stern Judas« behaupteten die Antisemiten mit einem Wort, das sie hartnäckig dem jüdischen Historiker Professor Heinrich Graetz, Verfasser einer elfbändigen Geschichte der Juden, zuschrieben.²⁷ Ob im bolschewistischen Rußland oder in der ungarischen Räterepublik, ob bei den kommunistischen Erhebungen in Berlin und Westdeutschland oder beim Rätestaatexperiment in München, überall sollten Juden die »Träger und Drahtzieher der Revolution« gewesen sein. Ob Sozialisten, Kommunisten oder Bolschewisten, die antisemitische Propaganda erklärte sie alle unterschiedslos zu Werkzeugen des »internationalen Judentums«, zu »Höllenhunden der jüdischen Weltrevolution«. Sie steigerte die Furcht der Deutschen durch

abenteuerliche Berichte über das »Schreckensregiment« der Bolschewisten in Rußland und Ungarn und entwarf das Bild einer geschlossenen Phalanx von Juden, die gegen die arischen Völker angetreten sei:²⁸ Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Kurt Eisner und die bayerischen Rätekommunisten, die Reihe russischer Bolschewisten von Lenin und Trotzki bis zu Radek und Joffe und die Führer der ungarischen Räterepublik Bela Kun und Tibor Szamuely.²⁹ Ziel dieses »bluttriefenden jüdischen Bolschewismus« seien nicht Befreiung und Neuordnung, sondern Chaos und Verelendung, sei die Aufrichtung einer »volksbedrückenden Judenherrschaft«. Auch in Deutschland habe die Revolution nur ein Chaos heraufgeführt, sei der Hohenzollernherrschaft die »Judenherrschaft« gefolgt: »22 Fürsten sind vertrieben«, heißt es in einem der frühesten Flugblätter des Schutz- und Trutz-Bundes,³⁰ »dafür haben wir 1000 jüdische Tyrannen erhalten, die ungezählte Scharen ihrer Rasse- und Blutsgenossen aus Rußland in unser Reich haben einströmen lassen, Horden neuer Wucherer, Blutsauger und Blutsäuerer; und die mit diesen Verbrechern zusammen nur auf den Augenblick warten, um sich ganz als das zu zeigen, was sie sind, als die rücksichtslosesten, gemeinsten, gierigsten Ausbeuter deutschen Landes, deutscher Männer, deutscher Frauen und Kinder.« Das Deutsche Reich sei zur »Juden-Republik« geworden.

»Judenrepublik«

Damit ist das Stichwort gefallen, unter dem der gesamte politische Kampf des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes stehen sollte. Nicht nur war der Weimarer Staat aus Niederlage und Revolution hervorgegangen, die beide von Juden bewußt herbeigeführt worden sein sollten, sondern er trug zudem wesentliche Züge, die die Antisemiten seit jeher mit dem Judentum in Zusammenhang gebracht hatten: liberal, demokratisch und kapitalistisch. Für die Antisemiten stand die Republik von Weimar am Ende einer langen, verhängnisvollen Entwicklung zum Liberalismus, zur Demokratie und zu sozialen Umschichtungen, bei der Deutschlands Größe und Machtstellung auf der Strecke geblieben seien. In der Tat verkörperte die Weimarer Republik wesentlich das, was die Antisemiten seit Jahrzehnten den Deutschen als Menetekel vorgehalten hatte: Sie war der von ihnen befürchtete liberal-demokratische Staat, wehrlos nach außen, im Innern zerrissen von Interessen- und Parteigegensätzen. Blind für die historische Entwicklung und die aktuellen politischen Realitäten, versuchten sie sich dagegen zur Wehr zu setzen.

»Antisemitismus«, so schrieb der Bundesvorsitzende Ferdinand Werner in einem programmatischen Artikel,³¹ »ist uns Deutschvölkischen nur der Beginn der Arbeit, ist zunächst negativ«. Denn »ehe der Aufbau kommt, ehe er Dauer verheißt, muß das fort, was sich zum Bunde gegen den Bismarckgeist zusammengefunden hat, muß die Fehrenbach-Haußmann-Scheidemanndemokratie zu Boden«. Die Angriffe des Schutz- und Trutz-Bundes gegen die Juden und die »Judenrepublik« galten — das macht dieses Zitat deutlich — nicht den einzelnen Juden und jüdischen Repräsentanten des Staates, sondern der Weimarer Koalition und der von ihr geschaffenen Republik. Sie zielten auf die demokratisch-parlamentarische Grundlage der Neuordnung und auf deren liberale, kapitalistische und soziale Wesensmerkmale.

Die Weimarer Republik war den Vorstellungen der Deutschvölkischen diametral entgegengesetzt. Diese erstrebten — darüber war man sich trotz aller Divergenzen zwischen den einzelnen Gruppen einig — ein neues völkisches Deutschland, das im Innern den Pluralismus der Partei- und Klassengegensätze durch eine organisch gegliederte »Volksgemeinschaft« überwinden und nach außen als ein wehrhafter deutschgermanischer Nationalstaat auf ethnisch-kultureller Grundlage auftreten sollte.³² Weil also die deutsche Republik von 1918 diesen deutschvölkischen Vorstellungen weder im Innern noch nach außen entsprach, wurde sie als »Judenrepublik« abgestempelt und mit der Forderung »Deutschland den Deutschen!« konfrontiert.³³ Der Antisemitismus sollte der Hebel sein, um die politische Neuordnung aus den Angeln zu heben. Deshalb mußte diese aus einer jüdischen Weltverschwörung und einer von Juden inszenierten Revolution hervorgegangen sein; deshalb wurde die Abstammung des Verfassungsschöpfers Hugo Preuß politisch bedeutsam, bekam die Mitarbeit von Juden in der Politik symptomatische Bedeutung. Noch das Gold der neuen, umstrittenen Reichsflagge werteten die Deutschvölkischen agitatorisch als »Kennzeichen der jüdischen Herrschaft in Deutschland« aus und brandmarkten es als »gelben Judenfleck«.³⁴

Was immer die mit innen- und außenpolitischen Hypotheken schwer belastete Republik unternahm, sie erntete von deutschvölkischer Seite nur Protest, Ablehnung und Haß. Stets bemühte sich der Schutz- und Trutz-Bund nachzuweisen, daß deutsche Interessen verraten würden und daß Juden dabei ihre Hand im Spiel hätten. Durch eine massive Propaganda, die die innen- und außenpolitische Schwäche des geschlagenen Deutschlands in immer neuen Situationen zu Vorstößen gegen die Republik und die Regierung benutzte, sowie durch gezielte Versuche, Parteien und Wahlen zu beeinflussen, suchte der Bund — wie im

folgenden an einigen Beispielen dargestellt werden soll — die politische Neuordnung in Deutschland zu unterminieren. Dabei kam ihm zugute, daß dem unbedingten Vernichtungswillen auf seiner Seite eine allzu große Liberalität auf seiten des Staates gegenüberstand, der sich erst spät, im Sommer 1922, zu aktivem Vorgehen bereitfand, und daß die demokratischen Parteien der Weimarer Republik niemals zu einer geschlossenen Front gegen den Antisemitismus zusammenfanden.

Die Versailler Friedensverhandlungen

Es lag in der Entstehungsgeschichte des Schutz- und Trutz-Bundes begründet, daß es vor den Wahlen zur Nationalversammlung nicht mehr zu seiner Organisierung gekommen war. Mehrere Mitglieder des Gründungsausschusses hatten dies lebhaft bedauert, da sie meinten, sich dadurch »eines der wirksamsten Agitationsmittel für die Wahlen« zu begeben,³⁵ aber Schwierigkeiten vor allem verkehrstechnischer Art im Revolutionswinter 1918/19 hatten eine Verschiebung der Gründungsversammlung mehrmals notwendig gemacht. So wurden die Verhandlungen um den Versailler Friedensvertrag das erste aktuelle politische Ereignis, das der sich allmählich formierenden antisemitischen Organisation Anlaß zu einer größeren Kampagne gab. Die alliierten Friedensbedingungen hatten im deutschen Volk eine Welle der Empörung ausgelöst. Auch die in der Aula der Berliner Universität versammelte Nationalversammlung reagierte am 12. Mai 1919 mit einem eindeutigen »unannehmbar« darauf. Für den Schutz- und Trutz-Bund kam die neuerliche Erregung im deutschen Volk zur rechten Zeit. Seine Initiatoren hatten ohnehin keine positiven Erwartungen mit der Friedenskonferenz verbunden. Vielmehr hatten sie von vornherein eine Politik der internationalen Verständigung verhöhnt und den »bösen«, allein auf die Vernichtung des Deutschen Reiches gerichteten Willen der Feinde propagandistisch herausgestellt.³⁶ Nunmehr glaubten sie sich durch die Friedensverhandlungen bestätigt.

Ganz in diesem Sinne stellte auch die antisemitische Propaganda Versailles in die Kontinuität einer Vernichtungspolitik gegenüber Deutschland. Für sie war Versailles nur eine weitere Äußerung der geheimen jüdischen Weltverschwörung. Sie konzentrierte sich deshalb darauf, Juden in den Delegationen, insbesondere auf deutscher Seite namhaft zu machen, die den Beweis dafür liefern sollten.³⁷ Die Angriffe der deutschvölkischen Propagandisten zielten vor allem auf die Sachverständigen in der deutschen Delegation, Max Warburg und Carl Melchior, Inhaber und Mitinhaber des Hamburger Bankhauses M. M.

Warburg und Co. Sie warfen ihnen die verwandtschaftlichen und geschäftlichen Verbindungen zu den New Yorker Mitgliedern der Warburg-Familie, Felix M. und Paul M. Warburg, Teilhaber des berühmten Bankhauses Kuhn, Loeb und Co., vor und versuchten, den bestimmten Eindruck zu erwecken, als ob deutsche Belange zugunsten jüdischer Geschäfts- und Bankinteressen verraten würden. Insbesondere Max Warburg, der sich gerade in der Politik außerordentliche Zurückhaltung auferlegte, geriet in das Kreuzfeuer antisemitischer Hetze und wurde als der klassische Vertreter des internationalen jüdischen Kapitalismus herausgestellt.

Es kam den Deutschvölkischen alles darauf an, die ungeheure Erregung über den Versailler Frieden in Deutschland in ihrem Sinne zu kanalisieren und für Angriffe gegen die Regierung und die »Judenrepublik« auszunutzen. Geschickt verbanden sie die Klagen über die erdrückenden Bestimmungen des Vertrages mit Enthüllungen über die eigentlichen »Macher« und »Nutznießer« dieses Friedens.³⁸ Der »deutsche Todesfrieden«, wie sie den Versailler Vertrag apostrophierten, sollte als ein »Judenfrieden« dastehen,³⁹ als ein Werk, an dem sowohl auf alliierter als auch auf deutscher Seite Juden gearbeitet hätten und das deshalb notwendigerweise gegen die deutschen Interessen gerichtet sei und nur die Belange des internationalen Judentums fördere.

Der Versailler Vertrag führte in Deutschland zu einer Klärung und Verhärtung der innenpolitischen Fronten. Der Ausgang der Friedensverhandlungen und die letztlich vorbehaltlose Zustimmung des Deutschen Reiches zum Vertrag ließen in Deutschland Ernüchterung und tiefe Enttäuschung Raum greifen. Große Teile des deutschen Bürgertums, die dem Experiment der Weimarer Republik vorerst ablehnend oder doch abwartend begegnet waren, begannen sich nach rechts zu orientieren. Dort zeitigte das kompromißlose Auftreten der Alldeutschen und Deutschvölkischen in dem raschen Erstarken bzw. raschen Aufbau der Organisationen die ersten Erfolge. Diese blieben nicht ohne Einfluß auf die Haltung der großen nationalen Rechtspartei, der DNVP, die bisher durch sehr vieldeutige und allgemeine Formulierungen einer klaren Entscheidung ausgewichen war.

Der Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung

Die Annahme des Versailler Vertrages durch die deutsche Regierung stellte für die Deutschvölkischen den Beginn einer Politik des nationalen Verrats und der nationalen Würdelosigkeit dar, die den beherrschenden Einfluß des Judentums und die »jüdische Zersetzung« in

Deutschland deutlich offenbare. Wenig später erhielt der Schutz- und Trutz-Bund Gelegenheit, dieses allen sinnfällig und eindringlich vor Augen zu führen. Am 19. August 1919 hatte die Deutsche Nationalversammlung parlamentarische Untersuchungsausschüsse eingesetzt mit der Aufgabe, die Fragen der Ursachen des Krieges, der Kriegsführung und -folgen zu klären. Da die Ausschüsse mit Abgeordneten der einzelnen in der Nationalversammlung vertretenen Parteien besetzt waren, führte ihre Arbeit notwendigerweise zu einer Konfrontation der Repräsentanten der neuen Republik mit denen des Kaiserreiches, die als Zeugen gehört wurden. Diese Praxis wie auch die Tatsache, daß hier von deutscher Seite versucht wurde, die mit dem Krieg zusammenhängenden eminent politischen Probleme relativ unvoreingenommen zu erörtern, stießen in nationalen Kreisen auf strikte Ablehnung. Als im November 1919 der ehemalige kaiserliche Staatssekretär Helfferich und die beiden Heerführer Ludendorff und Hindenburg — auf Erscheinen des letzteren hatte Ludendorff bestanden — vor dem zweiten Untersuchungsausschuß erscheinen sollten, kannte die Empörung in diesen Kreisen keine Grenzen.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund schaltete sich ebenfalls mit seiner Propaganda ein und versuchte, die Erregung für seine antisemitischen Ziele auszunutzen, wozu ihm die Zusammensetzung des zweiten Untersuchungsausschusses günstige Gelegenheit bot. Dem Ausschuß gehörten nämlich außer dem deutschnationalen Landgerichtsdirektor Warmuth als Vorsitzendem die Rechtsanwälte Oscar Cohn und Hugo Sinzheimer, Abgeordnete der Unabhängigen bzw. der Mehrheitssozialdemokratie, an, die beide jüdischer Herkunft waren. In Telegrammen seiner Ortsgruppen an den Vorsitzenden Warmuth ließ der Schutz- und Trutz-Bund ausdrücklich auf diese »Abstammung« hinweisen und den Vorsitzenden auffordern, darüber zu wachen, »daß nicht auch Hindenburg und Ludendorff, diese Verkörperer wahren Deutschtums, der jüdischen Inquisition verfallen«.40 Warmuth wurde wenig später durch den demokratischen Abgeordneten Gothein, seinen Stellvertreter, ersetzt. Er hatte sich mit den Anklagen Helfferichs, der bei seinem Auftritt am 15. November den Unabhängigen Sozialdemokraten Cohn wegen dessen Beziehungen zu den Sowjets vor und während der Revolution heftig beschuldigte und ihn als befangen ablehnte, solidarisch erklärt und war von dem Vorsitz zurückgetreten. Vor dem nun mit Cohn, Sinzheimer und Gothein besetzten Untersuchungsausschuß — letzterer war den Antisemiten als 1. Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus höchst suspekt — sollten Hindenburg und Ludendorff aussagen. Das Zusammentreffen des von großen

Teilen des deutschen Volkes kritiklos bewunderten Heerführers und seines Generalquartiermeisters mit diesen Männern barg außerordentlichen Zündstoff.⁴¹ In der antisemitischen Propaganda des Schutz- und Trutz-Bundes wurde der Untersuchungsausschuß zu einem »Judenausschuß«, einer »jüdischen Inquisition« abgestempelt; er wurde als »Gerichtshof« bezeichnet, in dem »hochverräterische« Juden über die »Verkörperer wahren Deutschtums« zu Gericht säßen. Er war das Beweisstück der deutschvölkischen Propaganda, welches allen sichtbar dokumentieren sollte, daß Deutschland unter jüdischer Vorherrschaft stehe.⁴²

Wurde das Erscheinen Ludendorffs und Hindenburgs vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung in erster Linie von den Antisemiten in der besprochenen Weise ausgenutzt, so war es auch noch in anderer Hinsicht bedeutungsvoll. Vor diesem Untersuchungsausschuß fiel am 18. November 1919 Hindenburgs Wort vom Dolchstoß, das sogleich von der gesamten nationalen Rechten aufgenommen und verbreitet wurde, ehe es noch eine Korrektur finden konnte. Der Kampf des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes gegen den innenpolitischen Gegner fand dadurch eine außerordentliche Bekräftigung. Der Bund paßte das Wort vom Dolchstoß alsbald seiner antisemitischen Propaganda ein und wertete es als nachträglichen Beweis für die zersetzende Tätigkeit der Juden hinter der Front und in der Heimat.⁴³

Die alliierte Forderung nach Auslieferung der »Kriegsverbrecher«

Der Schutz- und Trutz-Bund fand wenige Wochen später erneut Gelegenheit, sich zum Vorkämpfer deutscher Ehre und Würde aufzuwerfen, als vom Dezember des Jahres 1919 an die alliierte Forderung nach Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher verhandelt wurde. Das Auftreten des Bundes in dieser Frage ist in zweierlei Hinsicht bedeutsam: Einmal beleuchtet es die Stellung der Bundesführung zu den Auswirkungen der eigenen Propaganda im deutschen Volk, zum anderen nahm der Bund die Auslieferungsforderung der Alliierten zum Anlaß, um seinerseits eine Liste von Kriegsverbrechern aufzustellen. Die Aktivität des Bundes beschränkte sich diesmal nicht auf die Propaganda, sondern man versuchte, die Reichsregierung selbst durch massive Drohungen unter Druck zu setzen. Am 24. Januar 1920 richtete Alfred Roth im Namen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes ein Schreiben an den Reichspräsidenten Friedrich Ebert, das später auch als Flugblatt unter dem Titel »Völkische Schande oder — Auferstehung?« veröffentlicht wurde.⁴⁴ Roth glaubte, mit diesem Schreiben den Präsi-

denten an seine »Pflicht und Schuldigkeit vor Gott und dem deutschen Volk« erinnern zu müssen, und warnte nachdrücklich vor den innenpolitischen Folgen im Falle einer Auslieferung deutscher Soldaten und Offiziere sowie anderer Reichsangehöriger. Denn, so folgerte Roth, da die Erkenntnis von dem Treiben »der widervölkischen und undeutschen Mächte« und damit von den wahren Ursachen des Elends im deutschen Volk unaufhörlich wachse, sei es zu erwarten, »daß weite Volkskreise gewillt sind, jede derartige Zwangsmaßnahme zu verhindern und in solchem Falle womöglich selbständig an denjenigen Wieder Vergeltung zu üben, die nach ihrer Überzeugung die Auslieferung betrieben haben und zur Tat werden ließen«. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund müsse jegliche Verantwortung für ein solches gewalttätiges Vorgehen von sich weisen. Er habe bei der Durchsetzung seiner Ziele stets nur gesetzliche Mittel angewandt und mäßigend zu wirken versucht. Aber »das empörte Volk« würde in diesem Falle alle Warnungen in den Wind schlagen, »wenn es seine Ehre vollends preisgeben oder gar verloren sähe«. Das Schreiben an den Reichspräsidenten offenbart die Gewissenlosigkeit der vom Schutz- und Trutz-Bund praktizierten Hetze in aller Deutlichkeit. Im vollen Bewußtsein der möglichen Auswirkungen seiner Propaganda schürte der Bund eine Pogromstimmung und rechtfertigte im voraus politischen Mord, lehnte aber für die daraus resultierenden Aktionen jegliche Verantwortung ab.

In diesem Zusammenhang muß auch die Liste von »Kriegsverbrechern« gesehen werden, die der Bund im Anschluß an die Auseinandersetzungen um die alliierte Auslieferungsforderung veröffentlichte.⁴⁵ Die deutsche Regierung hatte die Forderung energisch zurückgewiesen, erklärte sich ihrerseits aber bereit, des Kriegsverbrechens dringend verdächtige Personen vor dem Reichsgericht anzuklagen. Der Schutz- und Trutz-Bund verlangte nunmehr, indem er an diese Zusage der Reichsregierung anknüpfte, eine Verurteilung der »wahren« Kriegsverbrecher in Deutschland. Er forderte daher die Einsetzung eines »Deutschen Volksgerichts«, dem — eine deutliche Anspielung auf die Praxis der Untersuchungsausschüsse — nur »Richter deutschen Blutes und deutschen Geistes« angehören sollten. Vor ihm sollten sich alle diejenigen verantworten, die als »Vertreter des Judentums die Entfaltung der nationalen Kräfte des deutschen Volkes planmäßig verhindert« und darauf hingearbeitet hätten, »die Herrschaft des internationalen jüdischen Großkapitals in Deutschland vorzubereiten und aufzurichten«. Eine Liste der zunächst anzuklagenden Personen lieferte der Bund gleich mit. Sie führt unterschiedslos Journalisten und Verleger, Politiker und

Männer der Wirtschaft an, die mit Ausnahme von Karl Kautsky alle Juden waren.⁴⁶ Als weitere Aufgaben stellte der Schutz- und Trutz-Bund dem »Deutschen Volksgericht«, die Aktivität von Juden in Behörden, Ministerien und Parlamenten zu untersuchen und die im Kulturleben und in der Publizistik tätigen Juden wegen »planmäßiger sittlicher Entwurzelung des deutschen Volkes« zur Rechenschaft zu ziehen.

In deutlicher Gegenüberstellung zu der alliierten Auslieferungsliste vom 2. Februar 1920, die fast sämtliche deutschen Heerführer des Weltkrieges und hohe und höchste Verwaltungsbeamte umfaßte, präsentierte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund hiermit seinen Anhängern und der Öffentlichkeit eine Reihe von »jüdischen Kriegsverbrechern«, die sich des Verrats am deutschen Volk schuldig gemacht haben sollten. Die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses und die Verhandlungen um die Auslieferungsforderungen der Alliierten wurden vom Bund aufgegriffen, um in der verfälschenden Gegenüberstellung von Hindenburg-Ludendorff-Helfferich zu Cohn-Gothein-Sinzheimer sowie von deutschen Heerführern und Staatsbeamten zu Harden, Warburg und Rathenau die Vergangenheit gegen die Gegenwart auszuspielen. Für die Deutschvölkischen führte der Weg ins Unglück der Nachkriegszeit nicht über den Kaiser, über Hindenburg und Ludendorff, sondern über Erzberger und Scheidemann, Warburg und Rathenau. Ihre Namen behaftete die antisemitische Propaganda mit der Schuld an Niederlage und Revolution sowie an der gegenwärtigen Situation und versuchte, dies in der Konfrontation der Repräsentanten des Kaiserreiches mit den Vertretern der neuen Republik sinnfällig darzustellen.

Der Kapp-Putsch und das »weiße« Ungarn

Die Auseinandersetzungen im und um den Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung, um die Auflösung der deutschen Baltikum-Freikorps, den Erzberger-Helfferich-Prozeß und um die alliierten Auslieferungsforderungen hatten das innenpolitische Klima in Deutschland im Winter 1919/20 wesentlich mitbestimmt und der nationalen und antisemitischen Rechten Anlaß gegeben, die Stimmung gegen Regierung und Republik weiter zu schüren. In diese erregte Atmosphäre fiel am 13. März 1920 der Versuch von Kapp und Lüttwitz, die parlamentarische Regierung in Deutschland gewaltsam zu stürzen. Wenngleich die Bundesorganisation des Schutz- und Trutz-Bundes in keinerlei Weise in den Putsch verwickelt war, so begrüßte sie doch offen die neue »Reichsregierung«. Der Bund intensivierte zu dieser Zeit in Ber-

lin seine Zettel- und Flugschriftenpropaganda außerordentlich. Er wurde hierbei von den Kapp-Soldaten, insbesondere von der II. Marine-Brigade Ehrhardt tatkräftig unterstützt.⁴⁷ Diese hatten Hakenkreuze auf ihre Stahlhelme und Fahrzeuge gemalt und verteilten von ihren Kraftwagen herab Flugblätter des Schutz- und Trutz-Bundes.⁴⁸ Auch die offiziellen Kundgebungen der Kapp-Regierung trugen antisemitische Akzente. Sie kündigte eine unerbittliche Bekämpfung des Wucher-, Schieber- und Verbrechertums an und trat mit scharfen Worten gegen die »internationale Verknechtung« Deutschlands unter das Großkapital auf. In einer letzten Verfügung ließ sie dann verkünden, daß die für Juden reservierten Mehllieferungen an die Arbeiterschaft verteilt werden würden.⁴⁹ Als Folge der maßlosen antisemitischen Verhetzung in den Kapp-Putsch-Tagen kam es in Berlin zu Tötlichkeiten und zu Judenmißhandlungen.⁵⁰ »Die Gefahr von Pogromen lag tatsächlich vor«, notierte ein Jahr später ein Angehöriger der Marine-Brigade Ehrhardt in seinen Erinnerungen.⁵¹ Die antisemitischen Ausbrüche waren zweifellos in Berlin, dem Zentrum des Putsches, am heftigsten. Doch brach sich der Antisemitismus auch an anderen Orten während der Putschtage Bahn, wurde mit antisemitischen Parolen für die neue »Regierung« geworben.⁵²

Diese allgemeine Stimmung ausnutzend, trat der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund mit gezielten Forderungen an die Kapp-Regierung heran. In einem vom Hauptgeschäftsführer Roth unterzeichneten Telegramm wurde die neue »Reichsregierung« aufgefordert, die preußische Gesetzgebung über die Einbürgerung der Ostjuden aufzuheben und jede weitere Einwanderung zu verbieten. Ferner sollte die Regierung alle seit dem 1. Juli 1914 eingewanderten Juden ausweisen und über die gefährlichen »jüdischen Elemente« alsbald Schutzhaft verhängen.⁵³ Der schnelle Zusammenbruch des Kapp-Regimes machte weitere Vorstöße in dieser Richtung hinfällig.

Der Kapp-Lüttwitz-Putsch war im Grunde ein isoliertes Unternehmen. Viele nationale und völkische Verbände standen ihm abwartend gegenüber und zeigten sich skeptisch über die Erfolgsaussichten, so daß von ihnen selten aktive Unterstützung kam. Das gilt auch für den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, der den Handlungen und Forderungen der Kapp-Putschisten offen zustimmte und sie für die eigenen antisemitischen Zwecke ausnutzte. Von seinen führenden Mitgliedern hatte sich allein der Hamburger Rechtsanwalt Alfred Jacobsen den Kapp-Putschisten zur Verfügung gestellt und war durch den General von Lüttwitz zum Regierungskommissar für den Befehlsbereich von Groß-Hamburg ernannt worden.⁵⁴ Die oberste Bundesleitung war sich

mit der alldeutschen Verbandsführung in der Verurteilung des Kapp-Putsches einig.⁵⁵ Beide lehnten nicht den Umsturz überhaupt ab, sondern verurteilten nur den Dilettantismus des Kapp-Unternehmens. Es sei zur Unzeit unternommen worden und habe um kleiner Erfolge willen große Machtmittel aufs Spiel gesetzt und verbraucht. Nicht zu Unrecht fürchteten sie nach dem Zusammenbruch des Putsches einen Rückschlag für die völkische und nationale Bewegung. Doch hatten sie sogleich das probate Mittel, um einen solchen Schlag zu parieren: Jetzt müßten, so forderte Claß, »in der Judenfrage alle Register aufgezogen« werden.⁵⁶

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund begann damit unmittelbar nach dem Sturz des Kapp-Regimes. In den Deutschvölkischen Blättern vom 18. März 1920 rechtfertigte er den Putsch als einen »gewaltsamen Ausbruch der starken Unzufriedenheit« über die »unerträgliche Mißwirtschaft« in Deutschland, für die er ausdrücklich die unge löste Judenfrage verantwortlich machte. Zugleich richtete der Bund dieselben Forderungen an den Reichspräsidenten Ebert, mit denen er auch an die Kapp-Regierung herangetreten war, und informierte die Schriftleitungen nationaler Zeitungen durch eine gesonderte Flugschrift über diesen Schritt.⁵⁷ Eine Woche später präziserte der Bund seine Forderungen und verlangte eine durchgreifende Lösung der Judenfrage.⁵⁸ Das Scheitern des Kapp-Unternehmens wurde als ein Triumph des Judentums herausgestellt, das sich noch einmal habe behaupten können, gleichzeitig aber wurde unmißverständlich erklärt, daß die Stunde ganz gewiß komme, »wo Judas Ischarioth seinen Meister findet«.⁵⁹ Der Fehlschlag des Putsches und die Selbstbehauptung der Republik vermochten in keiner Weise, Selbstbesinnung und -prüfung in die Reihen der Republikgegner zu bringen, sondern verschärften nur noch die innenpolitischen Fronten und brachten den Antisemitismus noch stärker ins Spiel. Davon profitierte wesentlich auch der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund, dessen Organisation in diesen Monaten einen außerordentlichen Aufschwung erfuhr.⁶⁰

Die Vorstöße des Schutz- und Trutz-Bundes gegenüber der Kapp-Regierung deuteten bereits an, was der Bund von einem Umsturz von rechts in Deutschland erwartete. Seine Hoffnungen und Erwartungen waren nicht ganz unberechtigt. Das zeigen einmal die Kundgebungen und Handlungen der Kapp-Regierung in Berlin sowie der in Bayern durch den Putsch in den Sattel gehobenen Regierung Kahr,⁶¹ zum anderen die Vorgänge in Ungarn nach der Flucht Bela Kuns und dessen Mitarbeiter, deren Wiederholung im Reich sich die Deutschvölkischen — wie es die folgenden Ausführungen nahelegen — insgeheim von dem Kapp-Regime versprochen. In Ungarn wütete seit dem feierlichen Ein-

zug der Nationalarmee in Budapest am 16. November 1919 der »weiße Terror« des Admirals Horthy, der sich in zunehmendem Maße gegen die Juden richtete. Die Juden wurden, obwohl sie vornehmlich dem Bürgertum zugehörten und nicht das Bürgertum, sondern die Arbeiterschaft von Budapest der eigentliche Träger der Räterepublik gewesen war, für die Taten Bela Kuns und für die Räterepublik verantwortlich gemacht.⁶²

Seit den Kapp-Putsch-Tagen trat der Schutz- und Trutz-Bund nachdrücklich als Fürsprecher für das neue Ungarn hervor. Zahlreiche Artikel, Flugblätter und Schriften widmete er der dortigen »christlich-völkischen Erhebung«.⁶³ Darin hob der Bund einerseits das Vorgehen der »nationalen Regierung« gegen die Juden als »den schlimmsten Feinden des ungarischen Volkes« hervor und begründete es mit dem vorhergegangenen »Wüten der jüdisch-bolschewistischen Horden«, andererseits versuchte er aber, den Nachrichten vom »weißen Terror« entgegenzuwirken.⁶⁴ Zu diesem Zweck verbreitete der Bund Bildflugblätter aus Ungarn in deutscher Sprache, die solche Meldungen als böswillige Fälschungen entlarven sollten,⁶⁵ und ließ in seinen Publikationsorganen christlich-völkische Verbände aus Ungarn ausführlich zu Wort kommen.⁶⁶ Eine internationale Boykottbewegung der Gewerkschaften gegenüber Ungarn prangerten die deutschvölkischen Propagandisten als »eine Mache Weltjudas«⁶⁷ an und stellten sie als einen »schlagenden Beweis« für das internationale Zusammenwirken und den Einfluß des Judentums heraus.⁶⁸

Das Aufgreifen der Ungarn-Frage durch den Schutz- und Trutz-Bund im Frühjahr 1920 steht in engem Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch und dessen Scheitern. Mit Hilfe einer solchen Propaganda versuchte die Bundesführung, einen möglichen Rückschlag in der völkischen Bewegung aufzufangen. Das Ungarn des Admirals Horthy wurde als Modellfall einer gelungenen Restauration gepriesen, die Ungarn aus der tiefsten Erniedrigung herausgeführt habe; der ständisch-autoritäre ungarische Staat, in dem die Möglichkeit einer Rückkehr zur Monarchie bewußt offengelassen war,⁶⁹ und die nationale Regierung, von der man fälschlicherweise behauptete, sie stütze sich wesentlich auf die Bauern und den Mittelstand, wurden den Deutschen als Muster vorgehalten. Ungarn, so hieß es, habe Deutschland den Weg gewiesen, »auf dem die gräßliche Judennot überwunden werden kann«.⁷⁰

Die Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 und die Stellung zu den politischen Parteien

Mit den nach dem Kapp-Putsch auf den 6. Juni 1920 festgesetzten Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik glaubte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund den Augenblick gekommen, in dem seine Agitationstätigkeit ihren ersten sichtbaren Niederschlag finden würde. In den Wochen nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches hatten viele Antisemiten und Deutschvölkische auf die Gründung einer großen nationalen Volkspartei gehofft, die alle Schichten des deutschen Volkes umfassen und eine geschlossene Abwehrfront gegen die internationalen »jüdischen« und sozialistischen Parteien bilden sollte.⁷¹ Erste Ansätze dafür sahen sie in der DNVP, in der neben den Konservativen und Freikonservativen auch die Christlich-Sozialen und die Antisemiten aufgegangen waren.⁷² Für die DNVP kandidierten denn auch zahlreiche führende Völkische und Parteiantisemiten, unter ihnen Alfred Roth und Ferdinand Werner — letzterer gehörte als ehemaliger Vorsitzender der Deutschvölkischen Partei dem vorläufigen Vorstand der DNVP an —, und der neuen Partei galten auch die Stimmen ihrer Anhänger. An diese war vor den Wahlen der Aufruf ergangen, allein der DNVP als der »einzigen, in völkischem Sinne wirklich zuverlässigen Partei« die Stimme zu geben.⁷³

Der Ausgang der Wahlen brachte für die Völkischen jedoch eine doppelte Enttäuschung. Einmal konnte die DNVP nur wenig mehr als 10 % aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen, zum anderen unterlagen mit Ferdinand Werner-Butzbach, Ludwig Werner-Hersfeld, Herzog, Rupp und Lattmann nahezu alle führenden Parteiantisemiten der Vorkriegszeit; Alfred Roth vermochte sich ebensowenig durchzusetzen. Damit aber war die Stellung des Antisemitismus innerhalb der neuen Partei von vornherein entscheidend geschwächt, denn über die grundsätzliche Haltung der Gesamtpartei zur Judenfrage war noch nicht entschieden worden, wie überhaupt die Formulierung eines endgültigen Parteiprogramms noch ausstand. Das Vorgehen der DNVP während der Wahlkämpfe war gekennzeichnet gewesen durch allgemeine Formulierungen und vorsichtiges Taktieren, womit sie sich sowohl den gemäßigeren als auch den nationalistischen rechten bürgerlichen Wählern annehmbar machen wollte.⁷⁴ Vom Ideal einer echten nationalen Volkspartei schien sie den Deutschvölkischen sowohl hinsichtlich des Programms als auch der personellen Zusammensetzung nach noch weit entfernt zu sein.⁷⁵

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung und bei den in ihr ver-

tretenen Parteien hatte der Antisemitismus keine entscheidende Rolle gespielt. Eine von den Deutschvölkischen angestrebte geschlossene Abwehrfront gegen die »jüdisch-sozialistische Internationale« war ebenfalls nicht zustande gekommen. Es lag nicht zuletzt in diesen beiden Tatsachen begründet, daß sich Hoffnungen und Aktivitäten im völkischen Lager nun auf die neue Organisation des Schutz- und Trutz-Bundes richteten.⁷⁶ Dieser Bund sollte die umfassende Einheitsbewegung bringen. Ihr sollten sowohl Bürger als auch Arbeiter, sowohl Konservative als auch Sozialisten in gemeinsamer Abwehr gegen die Juden angehören können. »Wir müssen aufhören«, so formulierte es der Vorsitzende Werner in einem programmatischen Artikel »Wir und die politischen Parteien«, »von ›rechts‹ und von ›links‹ zu sprechen. Deutsch und undeutsch sind die beiden Welten, die sich brückenlos scheiden.«⁷⁷ Der Schutz- und Trutz-Bund wollte sich als eine deutsche Volksbewegung verstanden wissen, die über den Parteien stand. Eine solche Haltung wurde auch von dem größten Teil seiner Anhänger vertreten.⁷⁸

Hinter dieser prononcierten Überparteilichkeit des Schutz- und Trutz-Bundes stand die Überzeugung, daß der Parlamentarismus und das Parteienwesen undeutsch seien und nur einer jüdischen Herrschaft Vorschub leisteten. Für die Deutschvölkischen war — wie bereits ausgeführt — der Aufstieg des Parlamentarismus in Deutschland Ursache und Zeichen zugleich für den Niedergang des Deutschen Reiches, der sich über die Friedensresolution der Mehrheitsparteien und den Eintritt dieser Parteien in die kaiserliche Regierung vollzogen habe. Deshalb verzichteten der Bund und seine führenden Mitglieder auf jeglichen Versuch parlamentarischer Betätigung und legten sich auch in parteipolitischer Hinsicht nicht fest. Der Bund sollte den völkischen Gedanken in alle Parteien hineinragen. Er verstand sein Wirken als eine Art überparteilicher »politischer Erziehungsarbeit«, als eine »Zukunftsarbeit«, die das Feld für eine ganz neuartige Partei bereiten sollte.⁷⁹ Dereinst werde, so erklärten die Schutz- und Trutz-Bund-Führer, »die große Deutsche Freiheitspartei entstehen, die alle Volksgenossen umfassen kann und Deutschland frei machen wird von der Verknechtung durch das stammfremde Judentum.«⁸⁰ Und diese Partei werde »allein unser Zeichen« — das Hakenkreuz — »auf ihrem blanken Schilde« führen.⁸¹

Es ist also bei der folgenden Betrachtung der Schutz- und Trutz-Bund-Tätigkeit gegenüber den Parteien zu berücksichtigen, daß einerseits der Bund grundsätzlich beabsichtigte, auf alle Parteien einzuwirken, andererseits aber seine ideologische Grundhaltung ihn von vornherein von allen eindeutig demokratisch eingestellten Parteien schied.

Folglich konnte von einem Hineinwirken in diese Parteien seitens des Bundes nicht die Rede sein. Es blieb ihm nur die Propaganda gegen diese Parteien und der Versuch, deren Wählerschichten zu beeinflussen. Allein auf der Rechten hatte der Bund die Möglichkeit direkter Einflußnahme mit Hilfe von Mitgliedern, die zugleich Parteiangehörige waren. Besonderes Interesse richtete er auf die beiden großen Flügelparteien: Einmal suchte der Bund, wenigstens in der ihm am nächsten stehenden Partei, der DNVP, dem völkischen Antisemitismus zum Durchbruch zu verhelfen, während zum anderen seine Angriffe gegen die SPD darauf zielten, den Antisemitismus endlich auch unter den Arbeitern heimisch werden zu lassen.

Der Bund wandte einen Großteil seiner Mittel gerade für dieses letztgenannte Ziel auf. Fast alle Flugblätter und -schriften sprachen die Arbeiter direkt an und suchten sie in eine gemeinsame deutsche Abwehrfront gegen die Juden zu integrieren;⁸² zahlreiche Schriften waren speziell für Arbeiter bestimmt.⁸³ Der Bund versuchte, die Arbeiterschaft systematisch den Parteiführungen der sozialistischen Parteien zu entfremden. Seine Propaganda wies immer wieder auf die Juden unter den marxistischen und sozialistischen Theoretikern hin, ebenso auf die Juden in den Parteiführungen. Dagegen setzte sie dann die Behauptung, daß es unter den »wirklichen« Arbeitern überhaupt keine Juden gebe. Die Sozialdemokratie, so erklärte sie, sei eine »Judenschutztruppe«, die nicht dem Interesse der deutschen Arbeiter, sondern dem internationalen Judentum diene.⁸⁴ Nachhaltige Erfolge vermochte der Bund mit dieser Propaganda allerdings nicht zu erzielen, wie bereits an Hand der Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Schutz- und Trutz-Bund-Anhängerschaft aufgezeigt werden konnte.⁸⁵

Innerhalb der DNVP stellten die Antisemiten und Anhänger des Schutz- und Trutz-Bundes insgesamt eine Minderheit dar. Sie erwiesen sich jedoch als sehr aktiv und konnten in einigen Landesverbänden und Kreisvereinen der Partei die Oberhand gewinnen. Von Anfang an arbeiteten sie darauf hin, daß die Partei den Kampf gegen das Judentum in das offizielle Parteiprogramm aufnehme und die Juden von der Mitgliedschaft ausschließe.⁸⁶ Diese Kräfte vermochten sich jedoch auf dem ersten Parteitag der DNVP am 12. und 13. Juli 1919 in Berlin nicht durchzusetzen. Sie mußten sich vorläufig mit einer Erklärung begnügen, die zwar betonte, daß die Partei »auf dem Boden des deutschen Volkstums« stehe und Front machen wolle gegen »den undeutschen, zersetzenden Geist« und gegen »volksfremde Elemente« in der Führung des deutschen Staates, in der aber das Wort Judentum nicht vorkam.⁸⁷ Dieser »Mangel« wurde drei Monate später auf der Tagung

des Hauptvorstandes der DNVP in Berlin behoben, als der Vorstand eine wesentlich schärfer formulierte EntschlieÙung zur Judenfrage annahm.⁸⁸ Im April 1920 wurde diese EntschlieÙung fast wörtlich in die offiziellen Grundsätze der Partei übernommen. Nach einem Bekenntnis zum deutschen Volkstum heißt es darin unter Punkt 11:⁸⁹ »Deshalb kämpfen wir gegen jeden zersetzenden, undeutschen Geist, mag er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgehen. Wir wenden uns nachdrücklich gegen die seit der Revolution immer verhängnisvoller hervortretende Vorherrschaft des Judentums in Regierung und Öffentlichkeit. Der Zustrom Fremdstämmiger über unsere Grenzen ist zu unterbinden.«

Damit versuchte die Parteiführung, einen antisemitischen Druck aufzufangen, der von innen und außen in zunehmendem Maße auf die Gesamtpartei ausgeübt wurde, ohne ihm völlig nachzugeben. In einigen ihrer Landesverbände trat ein radikaler Antisemitismus offen zutage, was von den Kräften außerhalb der Partei dazu benutzt wurde, die Parteileitung zu einer klaren Entscheidung in der Judenfrage zu drängen. Eine besondere Rolle spielte dabei die deutschnationale Ortsgruppe Erfurt. Diese hatte schon im August 1919 einen Passus in die Satzungen aufgenommen, wonach »Juden und in einem bewußten Gegensatz zum Deutschtum stehende Angehörige anderer Nationen oder Rassen« keinerlei Mitgliederrechte erwerben durften.⁹⁰ Ähnliche Vorstöße zur Annahme eines Arierparagraphen kamen später auch von anderen Ortsgruppen der DNVP.⁹¹ Sie wurden von der antisemitischen Propaganda aufgegriffen und agitatorisch gegen die Gesamtpartei verwendet.⁹² Im übrigen suchte der Schutz- und Trutz-Bund von unten her Einfluß über seine Anhänger in einigen Landesverbänden geltend zu machen und dort wenigstens eine stärkere antisemitische Ausrichtung herbeizuführen.

In Hamburg hatten die Völkischen in der DNVP von Anfang an ein deutliches Übergewicht. Hier spielte vom Schutz- und Trutz-Bund vor allem Rechtsanwalt Jacobsen eine führende Rolle. Er war 2. Vorsitzender der Partei und hatte bei den Hamburger Bürgerschaftswahlen im März 1919 die DNVP-Liste angeführt.⁹³ Auf dem ersten Parteitag im Sommer 1919 in Berlin hatte er sich nachdrücklich für eine scharfe Wendung gegen das Judentum ausgesprochen.⁹⁴ Der Eröffnungsaufsatz in der parteieigenen »Hamburgischen Deutschnationalen Monatsschrift« beleuchtet die in diesem Landesverband herrschende radikal antisemitische Einstellung. Dort heißt es u. a.: »Und schließlich wollen wir deutschen Stamm und deutsches Wesen schützen gegen die vergiftende und zersetzende Einwirkung des internationalen Judentums, die dieser

Krieg und diese Revolution mit allen aus ihr erwachsenen Erscheinungen auch dem Blindesten und Befangenen mit erschütternder Deutlichkeit klar gemacht hat.«⁹⁵ In Bayern provozierte der dortige Schutz- und Trutz-Bund durch eine offizielle Anfrage bei der Parteileitung eine ausführliche Diskussion über die Stellung der Bayerischen Mittelpartei zur Judenfrage.⁹⁶ Diese Erörterungen führten zu einer programmatischen Festlegung, die auf der Landesausschußsitzung der Partei am 22. November 1919 in Nürnberg angenommen und der Presse übergeben wurde. Darin wurde — über die Formulierungen der deutschnationalen Grundsätze hinausgehend — das Judentum als ein »nach Bluts- und Geistesart durch seinen eigenen Willen abgeschlossener völkischer Fremdkörper« charakterisiert und ihm eine Beteiligung an der Leitung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Angelegenheiten in Deutschland versagt.⁹⁷ Von den Schutz- und Trutz-Bündlern, die in dieser Zeit in der Bayerischen Mittelpartei tätig waren, sei nur der Münchener Rechtsanwalt Dr. Ottmar Rutz erwähnt. Rutz erhielt am 6. Dezember 1919 die Leitung des Kreisverbandes Südbayern übertragen, dessen Sitz in München war.⁹⁸

Insgesamt muß aber festgestellt werden, daß der Schutz- und Trutz-Bund in bezug auf die DNVP wie auf alle anderen Parteien weniger durch direkte Propaganda oder Beeinflussungsversuche wirksam wurde⁹⁹ als vielmehr durch seine allgemeine, breit angelegte antisemitische Agitation. Wesentlich dadurch war der Antisemitismus im Jahre 1920 ein politischer Faktor geworden, wurden vor den Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 nicht nur die DNVP, sondern auch die anderen Parteien mit der Judenfrage konfrontiert. Die Parteien reagierten auf diese Herausforderung unterschiedlich; zu einer geschlossenen Abwehr der gesamten demokratischen Parteien gegen den antidemokratischen Judenhaß ist es nicht gekommen. Besonders betroffen waren die Parteien, deren Wähler sich aus dem für den Antisemitismus sich anfällig erweisenden Bürgertum rekrutierten. Von ihnen war die DNVP bald offen antisemitisch, wengleich nicht in der scharfen Form, wie es die Völkischen innerhalb und außerhalb der Partei wünschten. Immerhin ließ sie es geschehen, daß der Landesverband Potsdam eine erneute Kandidatur Anna von Gierkes erfolgreich hintertrieb, weil deren Mutter Jüdin war.¹⁰⁰ Ingeheim mochte die Parteileitung auch hoffen, daß — wie es einer der Parteiführer im Herbst 1919 auf einer Parteiversammlung in Greifswald ausgedrückt hatte — »die antisemitische Welle den kommenden Wahlkampf für die Deutschnationalen ganz außerordentlich erleichtern« werde.¹⁰¹

Auch die Deutsche Volkspartei (DVP), die offiziell nicht antisemi-

tisch war,¹⁰² zeigte sich gegenüber antisemitischen Propagandathesen nicht völlig immun. Bezeichnenderweise prellte in dieser Hinsicht die DVP in Bayern am weitesten vor. Mit einer besonderen EntschlieÙung trug sie auf ihrem Vertretertag Anfang Januar 1920 in München der in Bayern starken antisemitischen Stimmung Rechnung. Die Partei verwarf darin »alle Bestrebungen, die unser deutsches Empfinden zurückdrängen zu Gunsten weltbürgerlicher und wesensfremder Auffassungen«, forderte ihrerseits die »Zurückdrängung und Wiederausweisung der dem deutschen Volke so schädlich gewordenen Ostjuden« und sagte der »seit der Revolution eingetretenen Überflutung der leitenden Stellen durch fremdstämmige Elemente« nachdrücklich den Kampf an.¹⁰³ Vor und während der Wahlkampagne äußerten sich DVP-Kandidaten auch in anderen Teilen Deutschlands wiederholt im antisemitischen Sinne.¹⁰⁴

Als die Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik näherkamen, versuchte der Schutz- und Trutz-Bund ebenfalls in den Kampf einzugreifen. Getreu seiner Parole von der eigenen Überparteilichkeit gab der Bund keiner Partei ausdrücklich den Vorzug. Vielmehr stellte er die Wahlen unter die Alternative »Hie Juden und Judentzer — hie Deutschland den Deutschen!«;¹⁰⁵ es gelte zwischen Deutschlands »Tod oder Leben« zu wählen.¹⁰⁶ Der Bund forderte seine Anhänger auf, die Judenfrage und die Stellung der Parteien zu ihr als das ausschlaggebende Kriterium zu betrachten¹⁰⁷ und Listen, die »Juden, Judenabkömmlinge oder jüdisch Versippte« aufwiesen, abzulehnen.¹⁰⁸ Trotz der erheblichen Differenzen, die zwischen den radikalen Völkischen des Schutz- und Trutz-Bundes und den Deutschnationalen bestanden, konnte eine solche Propaganda nur zu einer Unterstützung dieser Partei führen.¹⁰⁹ Überdies warben einige führende Schutz- und Trutz-Bündler auch öffentlich für die DNVP und stellten sich, wie Jürgen von Ramin und Arnold Ruge in Berlin, Ottmar Rutz und Erich Kühn in Bayern, für deutschnationale Wahlversammlungen als Redner zur Verfügung.¹¹⁰

Der Ausgang der Wahlen verwies die politische Tätigkeit des Schutz- und Trutz-Bundes in ihre Grenzen. Zwar hatten die Wahlen einen deutlichen Rechtsruck gebracht, aber der Antisemitismus war nicht entscheidend zum Tragen gekommen. Immerhin glaubte die Bundesführung, daß die Bundesagitation einen nicht unerheblichen Beitrag zur Einleitung dieser Rechtsentwicklung geleistet habe, und verwies auf die Gewinne der DNVP, die diese auf Grund antisemitischer Agitation erzielt haben sollte.¹¹¹ In der Tat hatte die DNVP über die ehemalige konservative Basis hinaus in Gebieten Fuß fassen können, die

vorher den Konservativen verschlossen gewesen waren, worunter vor allem der »Einbruch in die Stadt« zu rechnen ist.¹¹² Der ehemalige deutschkonservative Fraktionsführer und führende Deutschnationale Kuno Graf von Westarp führte diese Erfolge ebenfalls auf die völkische Bewegung zurück, die »der DNVP namentlich aus den Großstädten und deren Vororten einen starken Zustrom« gebracht habe;¹¹³ allerdings war diese Ansicht in der DNVP nicht unbestritten.

Gestützt auf diesen angeblichen Erfolg versuchten die Völkischen, eine weitere Radikalisierung der Partei zu erreichen. Zum zweiten Parteitag der DNVP am 25. und 26. Oktober 1920 in Hannover reichten sie Anträge ein, die eine Stellungnahme der Partei zur Rassenfrage und einen Ausschluß der Juden aus der Partei forderten. Doch wurden diese Anträge, für die sich auch der Schutz- und Trutz-Bund-Vorsitzende Wiegershaus in einer Rede vor dem Parteitag einsetzte, abschlägig beschieden.¹¹⁴ Die Völkischen gaben indessen nicht auf; vielmehr versteifte sich ihr Widerstand innerhalb der Partei, und auch außerhalb, im völkischen Lager, begegnete man der DNVP mit wachsendem Mißtrauen.¹¹⁵

Anläßlich des dritten deutschnationalen Parteitags, der Ende August/Anfang September 1921 in München stattfand, wollten die Völkischen in und außerhalb der Partei dem radikalen Antisemitismus endlich zum Durchbruch verhelfen. Der Schutz- und Trutz-Bund spielte dabei keine unwesentliche Rolle. Schon Wochen vorher ließ sich die Bundesleitung über die Besucher des Münchener Parteitages informieren.¹¹⁶ In einem vertraulichen Nachrichtenblatt forderte sie ihre Anhänger auf, in München für eine starke völkische Vertretung zu sorgen.¹¹⁷ In ähnlichem Sinne wandte sich der Gau Nordbayern an seine Ortsgruppen und Mitglieder. Er forderte sie darüber hinaus auf, der Hauptgeschäftsleitung der DNVP noch vor dem Parteitag völkische Resolutionen zu senden und ähnliche Resolutionen in befreundeten nationalen Verbänden und Vereinen sowie deutschnationalen Ortsgruppen zu veranlassen.¹¹⁸ Der Erfolg blieb diesmal nicht aus: Eine wahre Briefflut ergoß sich über die Hauptgeschäftsleitung der DNVP.¹¹⁹ Es trafen Schreiben von Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppen ein, von nationalen Verbänden — darunter fallen vor allem zahlreiche Schreiben des Nationalverbandes Deutscher Offiziere auf —, von Vorstandsmitgliedern der deutschnationalen Gliederungen, von Parteiangehörigen und Wählern der Partei. Sie alle verlangten im Hinblick auf den bevorstehenden Parteitag ein unmißverständliches Bekenntnis der Partei zum deutschvölkischen Gedanken, eine Säuberung der Partei von allen »international gesinnten, fremdblütigen Elementen« und eine rücksichtslose

Kampfansage an die Regierung und die Regierungsparteien. Der Münchener Parteitag müsse, so heißt es in einer Zuschrift, »für die Partei ein Stahlbad« werden.¹²⁰

Die Leitung und die Hauptgeschäftsstelle der DNVP erreichten vor dem Parteitag täglich »etwa 5–6 Schreiben« dieser Art, »deren Wortlaut meist ein völlig gleicher« war.¹²¹ Die DNVP-Führung war sich völlig im klaren darüber, daß eine solche Übereinstimmung »auf eine einheitliche Anregung zurückgehen« mußte, wenngleich man die näheren Zusammenhänge noch nicht durchschaute, und rüstete sich zur Gegenwehr gegen diesen organisierten und intensiven Beeinflussungsversuch.¹²² In München sprach dann der Parteivorsitzende Hergt selbst zur Judenfrage und regte an, zur Untersuchung dieser Frage einen Sonderausschuß einzusetzen.¹²³ Doch vermochte weder dieser Hinweis noch das Referat des Erlanger Professors Friedrich Brunstäd am 2. September 1921 über die »Völkisch-nationale Erneuerung« – welches im Grunde nur zeigte, wie weit die DNVP noch von einer radikalen Position in der Judenfrage entfernt war¹²⁴ – die von außen geschürte Unruhe völlig zu beseitigen. Der Münchner Parteitag leitete vielmehr den Beginn eines allmählichen Rückzuges der radikalen Völkischen aus der DNVP ein. Mit München waren die Energien auch im Schutz- und Trutz-Bund erschöpft, wenigstens in einer Partei den radikalen völkischen Gedanken durchzusetzen. In den verbleibenden zehn Monaten der Schutz- und Trutz-Bund-Aktivität gab es keine ähnlichen Versuche mehr.

Der Ausgang der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920, die mangelnde Durchschlagskraft seiner Anhänger in der DNVP sowie schließlich das Scheitern eines organisierten Versuches, diese Partei auf ihrem Parteitag in München unter Druck zu setzen, zeigen deutlich die Grenzen, die der Tätigkeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes bei einer aktiven Beteiligung an parteipolitischen Entscheidungen gesetzt waren. Auf der anderen Seite kann nicht übersehen werden, daß infolge einer außerordentlichen, in erster Linie vom Schutz- und Trutz-Bund betriebenen Agitation eine antisemitische Stimmung sich weiter Kreise des deutschen Bürgertums bemächtigte, der auch von politischen Parteien Rechnung getragen wurde. Die DNVP-Führung war in keiner Weise bereit, auf den Antisemitismus als Wahlpropaganda zu verzichten, obwohl sie sich energisch und erfolgreich gegen den Druck der radikalen Völkischen zu wehren wußte. Ganz frei von Antisemitismus hatte sich, vor allem aus wahltaktischen Rücksichten, auch die DVP nicht gezeigt.

Die bolschewistische Gefahr

Das Kapp-Lüttwitz-Unternehmen und die Wahlen zum ersten Reichstag der Weimarer Republik hatten den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund außerordentlich aktiv werden lassen.^{124a} Dem Fehlschlag des Putsches und den eindrucksvollen Streiks und Demonstrationen gegen diesen Umsturzversuch waren unmittelbar schwere Arbeiterunruhen im Ruhrgebiet und in Thüringen gefolgt, die von der Reichsregierung nur mit Hilfe von Reichswehr und Freikorps niedergeschlagen werden konnten. Diese von linksradikalen Kräften angezettelten Aufstände sowie das terroristische Treiben des Kommunisten Max Hölz im sächsischen Vogtland nahm nun der Bund zum Anlaß, um eine große Propagandakampagne gegen den »jüdischen Bolschewismus« in Gang zu setzen und um vor diesem Hintergrund den Putsch von rechts noch nachträglich zu rechtfertigen. Er setzte einem eventuellen Stimmungsumschwung nach der Selbstbehauptung der Republik die drohende bolschewistische Gefahr entgegen. Durch Greuelnachrichten aus dem bolschewistischen Rußland, durch Meldungen an Zeitungen sowie an Reichswehr- und Regierungsstellen über einen bevorstehenden kommunistischen Umsturzversuch suchte der Bund eine Art Angstpsychose hervorzurufen.¹²⁵ In einem »Mahn- und Warnruf in letzter Stunde«, der in dieser Zeit erschien, wurde erklärt, daß sich die Lage in Deutschland offenkundig »zu einer letzten gewaltigen Machtprobe zwischen den ordnungsliebenden Deutschen und den durch jüdische Antreiber verhetzten Spartakisten und Kommunisten« zuspitze.¹²⁶ Die Bundesleitung machte in geheimen Erlassen ihre Anhänger auf die drohende Gefahr aufmerksam und forderte zu sofortigen Abwehrmaßnahmen auf. Die Ortsgruppen wurden darin angewiesen, Fühlung mit den regionalen Heimatschutzverbänden und Ordnungsblocks aufzunehmen, Zufluchts- und Meldestellen einzurichten sowie Verpflegungsbestände zu sammeln.¹²⁷ Aus »Sicherheitsgründen« erhielt die Hauptgeschäftsstelle eine Deckbezeichnung und eine geheime Adresse.¹²⁸

Zu dieser künstlich hochgetriebenen Unruhe kam im Sommer 1920 mit dem scheinbar unaufhaltsamen Vorrücken sowjetischer Truppen nach Westen im polnisch-russischen Krieg ein weiteres Moment der Beruhigung. Der Schutz- und Trutz-Bund nutzte es sogleich für seine eigenen Zwecke. Mit Hilfe von groß herausgebrachten, angeblich von Polen erbeuteten Dokumenten suchte die deutschvölkische Propaganda nachzuweisen, daß die Juden die eigentlichen Kriegstreiber seien, die mit dem Krieg die »bolschewistische Tyrannei« auszubreiten beabsichtigten.¹²⁹ Innere und äußere Bedrohung wurden von ihr in engen Zu-

sammenhang gebracht und auf ein gemeinsames »talmudisch-jüdisches Programm« zurückgeführt. Eindringlich warnte der Bund vor einem Übergreifen des Bolschewismus nach Deutschland und rief nach Abwehrmaßnahmen. Er selbst forderte seine Anhänger auf, bei der Abwendung der Gefahr mitzuhelfen. Sie sollten die »jüdischen Oberleiter« der deutschen Arbeiterschaft mit der Drohung einschüchtern, »daß bei Ausbruch des Bürgerkrieges persönlich Vergeltung an ihnen geübt werden« würde.¹³⁰ Solche Forderungen und eine solche Propaganda zielten darauf ab, Angst und Ratlosigkeit im deutschen Volke zu erzeugen. Der Bund suchte ihre Wirkung noch dadurch zu verstärken, daß er die von der Reichsregierung geforderte Entwaffnung der Einwohnerwehren mit ins Spiel brachte. Er wollte den Eindruck erwecken, als ob die Reichsregierung Deutschland im Augenblick höchster Gefährdung völlig wehrlos mache, und versuchte damit, die von ihm geschürten Emotionen direkt auf die Regierung zu lenken.¹³¹

Das Schreckgespenst eines satanischen jüdischen Bolschewismus blieb auch nach der Zurückdrängung der sowjetischen Truppen durch die Polen ein besonderes Moment deutschvölkischer Stimmungsmache. Es wurde dort in prononciierter Weise herausgestellt, wo es galt, Arbeiterunruhen und kommunistische Aufstände propagandistisch auszunutzen.¹³² Zugleich bekundeten die Deutschvölkischen stets ihre feste Entschlossenheit, »Gut und Blut« einzusetzen, um »die jüdisch-bolschewistischen Teufel in die Hölle« zurückzuschlagen, aus der sie gekommen seien, wenn diese es wagen sollten, »ihre blutige Herrschaft in Deutschland aufzurichten«.¹³³

Die Erfüllungspolitik und Walther Rathenau

Das politische Schuldkonto der »Judenrepublik«, zu dem die Deutschvölkischen Deutschlands Niederlage und Revolutionierung, die Annahme des Versailler Friedensvertrages, Deutschlands weitere militärische Schwächung durch die Entwaffnung der Freiwilligen- und Baltikum-Truppen¹³⁴ sowie der Einwohnerwehren und Deutschlands Entehrung durch den parlamentarischen Untersuchungsausschuß und die Kriegsverbrecherprozesse¹³⁵ zählten, erhöhte sich in den Augen der Deutschvölkischen noch um ein beträchtliches durch die von der Regierung Wirth eingeleitete »Erfüllungspolitik«. Sie sahen in ihr nur den deutschen Beitrag zu einer großangelegten wirtschaftlichen Versklavung Deutschlands durch das internationale Judentum, die auf den Reparationskonferenzen von 1920 in Spa und Brüssel sowie zu Anfang des Jahres 1921 in Paris und London ausgehandelt worden sei. »Wir Deut-

schen sollen die Kulis der Welt werden«, so prophezeite es die deutschvölkische Propaganda, »und als solche sollen wir nach dem Willen des Weltjudentums und seiner Handlanger die Lasten freiwillig auf uns nehmen, die uns durch Jahrhunderte hindurch zum Sklavenvolke Europas, ja der Welt machen sollen!«¹³⁶

Während der Bund also in üblicher Weise das Judentum als Drahtzieher auf beiden Seiten hinter den Reparationsverhandlungen zu entlarven suchte, bezichtigte er zugleich die deutschen Juden der Schuld an den überhöhten Forderungen der Alliierten. In Wort und Bild wurde den Deutschen suggeriert, daß allein jüdische Schieber und Schlemmer, die das »von dem deutschen Arbeiter und Bürger erpreßte Geld verjubeln«, die Entente zu der Auffassung hätten kommen lassen, das deutsche Volk könne ihren Forderungen nachkommen, während die wahre Not der deutschen Bevölkerung unbekannt bleibe.¹³⁷

In den Protest der Deutschvölkischen gegen die deutsche Erfüllungspolitik mischten sich echte Empörung gegen die hohen alliierten Forderungen und Erbitterung über die wirtschaftlichen Nöte und die politische Ohnmacht Deutschlands. Diese Emotionen wurden auf das Judentum und die »Judenrepublik« projiziert. Die Deutschvölkischen waren nicht bereit, die deutsche Niederlage und die daraus resultierenden Folgen auch nur teilweise zu akzeptieren. Sie wälzten die Verantwortung für die augenblickliche Situation auf die führenden Politiker der Republik ab. Nicht der Krieg des kaiserlichen Deutschlands, sondern die parlamentarisch-demokratische Bewegung habe Deutschland in dieses Elend geführt.¹³⁸ Uneinsichtig forderten sie von der republikanischen Regierung eine Politik der Stärke und des Widerstandes, deren Voraussetzungen längst nicht mehr bestanden. Der »irrsinnigen Erfüllungspolitik«, die bewußt das Chaos anstrebe,¹³⁹ wurde in völliger Mißachtung der politischen Gegebenheiten eine »wahre deutsche Politik« gegenübergestellt. Die deutschvölkische Propaganda nährte in gefährlicher Weise Hoffnungen auf eine vollständige Revision des Versailler Vertrages und predigte unablässig den Revanchekrieg. Ein charakteristisches Beispiel für derartige Brandreden war die Ansprache Artur Dinters am Hermannsdenkmal während des 2. Deutschen Tages in Detmold Mitte Oktober 1921;¹⁴⁰ sie erhielt durch den kurz zuvor erfolgten alliierten Beschluß, Oberschlesien zwischen Polen und Deutschland aufzuteilen, einen besonderen aktuellen Akzent. Nach heftigen Angriffen gegen die Alliierten und den Versailler Vertrag erklärte Dinter: »Wir werden jetzt nicht eher ruhen, als bis Oberschlesien ganz und ungeteilt wieder beim deutschen Reiche ist. Wir werden nicht eher ruhen, als bis Posen, Danzig, Schleswig-Holstein, Elsaß-Lothringen und das Saargebiet wie-

der deutsch sind! Wir werden nicht eher ruhen, als bis der letzte schwarze Halunke aus dem Rheinland wieder verschwunden und bis der ganze Rhein wieder frei und deutsch ist! Wir werden nicht eher ruhen, als bis der letzte Franzose jeden Quadratmeter deutschen Grund und Bodens geräumt hat! Keinen Pfennig zahlen wir mehr für den Versailler Lügenvertrag! Sie sollen sich ihre Goldmilliarden selber holen kommen! Wir werden ihnen antworten mit allen Mitteln, mit denen ein zu Tode gequältes waffenloses, aber nicht ehrloses großes Volk nur antworten kann!« Die deutschvölkischen Propagandisten rechtfertigten ihre Anschauungen, deren Verwirklichung zu der Zeit nur den Untergang Deutschlands hätte bedeuten können, indem sie militärische Ehrenkodices und Schillerzitate heranzogen. In heroischer Pose verkündeten sie die Parole »Lever dod as Slav«¹⁴¹ und forderten das deutsche Volk und die Regierung auf, »einen Tod in Ehren einem Leben in Knechtschaft« vorzuziehen.¹⁴²

Die Propagierung einer solchen Haltung und solcher illusionärer Hoffnungen trug wesentlich dazu bei, daß in den deutschvölkischen Kreisen realistische Anschauungen über die politischen Gegebenheiten gar nicht aufkamen und daß sich eine nahezu unüberbrückbare Kluft zwischen diesen und den politische Verantwortung Tragenden auftat. Enttäuschung über den Versailler Friedensvertrag und vage Hoffnungen auf dessen Revision, die im deutschen Volk weit verbreitet waren, wurden bedenkenlos mißbraucht, um sie gegen die Regierung und die Republik auszuspielen. Von hier aus werden auch die Heftigkeit der Angriffe, die der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund gegen die »Erfüllungspolitik« und die »Erfüllungspolitiker« richtete, und deren Virulenz verständlich. Im Mittelpunkt dieser Angriffe stand mit Walther Rathenau ein Mann, der wie kein anderer geeignet schien, das neue Deutschland, die »Judenrepublik«, zu symbolisieren.

Die politische Agitation des Schutz- und Trutz-Bundes hatte sich auch vorher schon auf bestimmte Persönlichkeiten konzentriert, die an der politischen Entwicklung der letzten Jahre hervorragend beteiligt gewesen waren. Diese waren durch die deutschvölkische Propaganda zu Symbolen für Deutschlands Niedergang und den Aufstieg des Judentums und der »Judenrepublik« gemacht und stellvertretend für die politischen Tendenzen und das politische System bekämpft worden. Die deutschvölkische Propaganda setzte die Attacken gegen den ehemaligen Reichskanzler Bethmann Hollweg fort, der schon im Krieg den Haß der Alldeutschen auf sich gezogen hatte, sie bekämpfte in Erzberger den Inspirator der Friedensresolution vom Juli 1917 und den Unterzeichner des Waffenstillstandes und befehdete den Sozialdemokraten Schei-

demann, der die Republik ausgerufen hatte mit den Worten: »Das deutsche Volk hat auf der ganzen Linie gesiegt«¹⁴³ und die Reihe der republikanischen Reichskanzler eröffnete. Als Beispiel eines solchen Kampfstiles soll im folgenden die Agitation des Schutz- und Trutz-Bundes gegen Walther Rathenau dargestellt werden.

Im Angriff gegen Rathenau erreichte die antisemitische Agitation des Schutz- und Trutz-Bundes ihren Höhepunkt. Entscheidenden Anteil daran hatte der Hauptgeschäftsführer Alfred Roth, der in unzähligen Artikeln und Reden gegen Rathenau hetzte. Seit dem Frühsommer 1921 füllten die Attacken gegen die »Erfüllungspolitik« und den Reichsminister Rathenau Seite um Seite in den Deutschvölkischen Blättern. Roths Schrift »Rathenau, ›Der Kandidat des Auslandes‹«,¹⁴⁴ welche Anfang März 1922 erschien und die wesentlichsten Aufsätze zusammenfaßt, ist an Haß und Verleumdung nicht mehr zu überbieten. Die Bundesleitung ließ sich die Verbreitung dieser Schmähchrift besonders angelegen sein. Sie scheute sich darüber hinaus nicht, sie den Mitgliedern der Reichsregierung und den Führern der im Reichstag vertretenen Parteien zu schicken, und forderte die Gauleiter des Bundes auf, ihrerseits die Schrift den Mitgliedern der Länderregierungen zuzuleiten.¹⁴⁵

Wie kein anderer vor und nach ihm schien allerdings Walther Rathenau nach Herkunft, Wesen und Geistesart geeignet zu sein, dem übersteigerten Antisemitismus als Zielpunkt zu dienen.¹⁴⁶ Der Politiker Rathenau hatte im Kriege als Leiter der Kriegsrohstoffabteilungen im preußischen Kriegsministerium zeitweilig eine ebenso maßgebliche Position inne wie wenige Jahre später als Wiederaufbau- und Außenminister der Weimarer Republik. Mit dem Großindustriellen Rathenau und dem väterlichen Unternehmen der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft verbanden sich die Erinnerungen an die entscheidende Industrialisierung Deutschlands und an die Bildung von Großunternehmen in der deutschen Wirtschaft. Nicht zu trennen von dem Politiker und Wirtschaftler ist der Schriftsteller Rathenau. In seinen zahlreichen Schriften finden sich neben moralisch-philosophischen Reflexionen, die um das Problem des Zwiespaltes von Intellekt und Seele kreisen, auch wirtschaftspolitische Überlegungen. In ihnen schlug sich seine Neigung zu Verstaatlichung und Sozialisierung nieder. Darüber hinaus registrierte Rathenau in sozialpolitischen Betrachtungen die politischen und soziologischen Stationen und Wandlungen einer sich rasch ändernden Welt. Dabei bot sein Hang zu pointierten Formulierungen böswilligen Verleumdern leichte Angriffsflächen. Allzu leicht ließen sich solche Worte und Sätze aus ihrem Zusammenhang lösen, in ihr Gegenteil verkehren und schließlich gegen ihren Schöpfer selbst richten. Solche

aus dem Kontext herausgerissenen Sätze führten dann in der antisemitischen Literatur ein Eigenleben als Beweisstücke für die jüdische Schuld an Krieg und deutscher Niederlage, für das jüdische Streben nach wirtschaftlicher und politischer Weltherrschaft.¹⁴⁷ Nicht zuletzt spielte die Persönlichkeit Rathenaus für die Wirksamkeit der antisemitischen Agitation eine maßgebliche Rolle. Seine Kompliziertheit und Zwiespältigkeit, seine zurückhaltende, kühl-distanzierte Lebensweise lieferten wichtige Elemente zu einer Dämonisierung seiner Person. Rathenau wurde das Ziel von verschiedenartigsten und widersprüchlichsten Angriffen. Er wurde in einem Atemzuge angeklagt als Saboteur der deutschen Kriegsführung wie als Kriegshetzer und -verlängerer, als Vertreter des internationalen Kapitalismus wie des internationalen Sozialismus, als »Gerichtsvollzieher der Entente«¹⁴⁸ wie als »eifrigster Führer des Bolschewismus«.¹⁴⁹ So wie alle Widersprüche antisemitischer Argumentation sich aufhoben in dem Haß gegen die Juden, so wurden auch diese Angriffe, die immer denselben Menschen meinten, von der Tatsache zusammengehalten, daß er Jude war.

Schon im Laufe des Krieges war Rathenau Ziel verstärkter antisemitischer Angriffe geworden. Diese hatten vor allem der Rolle gegolten, die er in der deutschen Wirtschaft und Kriegswirtschaft gespielt hatte. Die Antisemiten hatten ihn einmal als den Schöpfer der deutschen Kriegswirtschaft bekämpft, der jüdischen Schiebern und Wucherern Tür und Tor geöffnet habe,¹⁵⁰ zum anderen gegen seine wirtschaftstheoretischen Betrachtungen und Reflexionen polemisiert;¹⁵¹ sie hatten diese pauschal als mechanistisch und kapitalistisch, als unorganisch und unethisch gekennzeichnet sowie als undeutsch und typisch jüdisch verurteilt.¹⁵² Als der Krieg verloren war, knüpften die Propagandisten des Schutz- und Trutz-Bundes sogleich an diese Vorwürfe an: Hoffmann-Kutschke erklärte, Rathenau habe »die Zwangswirtschaft und Kriegsgesellschaften« während des Weltkrieges eingeführt, »um uns zu versklaven«;¹⁵³ der Hauptgeschäftsführer Roth machte in seiner Broschüre über die »Juden in den Kriegs-Gesellschaften« eben jene angeblich Rathenausche Kriegswirtschaft dafür verantwortlich, »nicht zum wenigsten den wirtschaftlichen und seelischen Zusammenbruch des deutschen Volkes verschuldet« zu haben.¹⁵⁴ Der Name Rathenaus geriet durch eine solche Propaganda immer stärker in die Auseinandersetzungen um die Ursachen des deutschen Zusammenbruches. Seine nachträglich in der Betrachtung »Der Kaiser« aufgezeichnete dunkle Prophezeiung über den Ausgang des Weltkrieges diente den Deutschvölkischen immer wieder als Beweis dafür, daß Rathenau und die Juden den deutschen Sieg nicht gewollt und ihn bewußt hintertrieben hätten.¹⁵⁵ Auch mußte

Rathenau als Kronzeuge erhalten für die antisemitische Behauptung von der wirtschaftlichen Vorherrschaft der Juden in Europa und in der Welt. Jedenfalls wurde sein Wort, das in einem von der Neuen Freien Presse in Wien am 25. Dezember 1909 veröffentlichten Artikel enthalten ist und wonach »dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt«, die »wirtschaftlichen Geschicke des Kontinents« leiteten, von den Antisemiten immer in dieser Weise interpretiert und agitatorisch mißbraucht.¹⁵⁶

Alle diese Angriffe wurden indessen von der Heftigkeit jener Anschuldigungen und Verleumdungen übertroffen, die nach Rathenaus Eintritt in das Reichskabinett gegen ihn auf antisemitischer Seite erhoben wurden. Der ersten Regierung Wirth gehörten im übrigen neben Rathenau als Wiederaufbauminister mit Gradnauer und Schiffer zwei weitere Minister jüdischer Herkunft an, zu denen die antisemitische Propaganda wohl des Namens wegen stets den Außenminister Rosen noch hinzuzählte.¹⁵⁷ Es ist nicht unwichtig, daß Rathenaus Eintritt in die Regierung Wirth zusammenfiel mit ernsthaften Versuchen deutscherseits, den alliierten Reparationsforderungen versuchsweise nachzukommen. Der Schutz- und Trutz-Bund nahm dies zum Anlaß, um eine außerordentliche Hetzkampagne gegen die »jüdische« Regierung und die von ihr eingeleitete »Erfüllungspolitik« zu starten. »Wir haben heute«, so führte Alfred Roth in den Deutschvölkischen Blättern aus, »die Regierung aus dem Volk — Juda! durch das Volk — Juda! für das Volk — Juda!«. Rathenau aber wurde als »Gerichtsvollzieher der Entente« im Amt begrüßt.¹⁵⁸ Ein Flugblatt des Bundes erklärte: »Der Mann, der unseren Untergang gewollt hat, ist jetzt Wiederaufbau-Minister!«¹⁵⁹ Keine Unterstellung schien zu böse, keine Verunglimpfung zu niedrig, um gegen Rathenau und die neue Regierung in den Äußerungen und Schriften der Schutz- und Trutz-Bund-Propagandisten Verwendung zu finden. »Ich bin mir keinen Augenblick im Zweifel darüber«, erklärte Roth mehrfach schriftlich,¹⁶⁰ »daß deren Regierungsmethode mit allem Vorbedacht darauf angelegt ist, in Deutschland Zustände zu schaffen, welche die Festigung der Weltjudenherrschaft zum Ziele haben.« Rathenaus Politik der Verständigung mit dem Westen wurde als Verrat, seine Politik der Erfüllung als bewußte Auslieferung Deutschlands an den jüdischen Weltkapitalismus gebrandmarkt. Auch das Lob, das der Westen Rathenau und dessen Politik zollte, kehrten die Deutschvölkischen gegen Rathenau, indem sie ihn zu einem »Kandidaten des Auslandes« machten.¹⁶¹ In derselben Weise befehdeten sie auch Rathenaus ersten diplomatischen Erfolg im neuen Amt, das Wiesbadener Abkommen vom 6. Ok-

tober 1921. Rathenaus französischer Verhandlungspartner Loucheur wurde, um das jüdische Komplott vollständig erscheinen zu lassen, als Jude und obendrein noch als Freimaurer hingestellt, das Abkommen selbst nur als ein weiteres Stück auf dem Wege zum Untergang gekennzeichnet, das den »letzten Rest deutscher Wirtschaft vernichtet«. ¹⁶² Das war der Tenor aller Kommentare, die Rathenaus Äußerungen und Handlungen begleiteten. In stereotyper Wiederholung propagierten die Schutz- und Trutz-Bund-Agitatoren als Ziel Rathenauscher Erfüllungspolitik »Deutschlands Versklavung unter den Weltkapitalismus« und »Aufrichtung der hemmungslosen Judenherrschaft über Deutschland«. ¹⁶³

Eine letzte Steigerung erfuhr diese Hetze gegen Walther Rathenau nach dessen Ernennung zum Reichsaußenminister. ¹⁶⁴ Der Bundesvorstand des Schutz- und Trutz-Bundes protestierte in Telegrammen an Reichspräsident und Reichskanzler schärfstens dagegen und bezog sich dabei ausdrücklich auf Rathenaus Wort aus der Schrift »Der Kaiser«. ¹⁶⁵ Nunmehr sei der Ring endgültig geschlossen, lamentierten die deutschvölkischen Propagandisten. Sie hielten dem deutschen Volk vor, daß sich »noch nie ein Volk« gleichgültiger habe »erniedrigen lassen, als das durch die geduldige Hinnahme der Ernennung Rathenaus zum Außenminister geschehen« sei, und erklärten mit zunehmender Heftigkeit, daß Deutschlands Schicksal nun völlig von den »jüdischen Welt herrschern«, zu denen auch Rathenau gehöre, abhängige. ¹⁶⁶ Die internationale Wirtschaftskonferenz von Genua und der während dieser Konferenz zwischen Deutschland und Rußland abgeschlossene Rapallo-Vertrag lieferten dem Schutz- und Trutz-Bund Stoff zu neuer Hetze. ¹⁶⁷ Von Rathenau, der bisher weitgehend als »Erfüllungspolitiker« und Teilnehmer einer kapitalistischen Weltverschwörung gegen Deutschland bekämpft wurde, entwarf die deutschvölkische Propaganda ein neues Bild als »eifrigster Führer« des jüdischen Bolschewismus. ¹⁶⁸ Das zeigt, wie wenig politischer Sinn die Angriffe des Schutz- und Trutz-Bundes leitete, bildete doch die unter Rathenau offen zutage tretende deutsche Ostpolitik zu der als jüdisch verdammten Verständigungspolitik mit dem Westen die einzige Alternative. Solche politischen Überlegungen fanden indessen in die allein vom Haß diktierten Äußerungen der deutschvölkischen Agitatoren keinen Eingang. Diese suchten vielmehr, hinter den sich anbahnenden deutschen Ostaktivitäten einen geheimen jüdischen Plan zur Bolschewisierung Deutschlands zu entlarven. ¹⁶⁹ In den volkswirtschaftlichen Schriften Rathenaus fanden sie Material genug, um den neuen Außenminister als heimlichen Bolschewisten auszugeben. Alfred Roth schloß einen seiner zahlreichen

Artikel gegen Rathenau mit den Worten:¹⁷⁰ »Wir harren der ›kommenen Dinge‹; erklären aber mit aller Deutlichkeit, daß in Deutschland für einen Trotzky-Rathenau keine Statt ist.«

In den Angriffen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes verdichtete sich das Bild Walther Rathenaus zu dem eines hassenswerten und todeswürdigen Menschen. Rathenau sollte getroffen werden, weil er Jude war und weil er die »Judenrepublik« symbolisierte. Dem Juden Rathenau sollte verwehrt werden, dem deutschen Volke an höchster und verantwortungsreichster Stelle zu dienen,¹⁷¹ wie auch dieselbe antisemitische Propaganda den jüdischen Soldaten abstreiten wollte, für Deutschland auf den Schlachtfeldern tapfer gekämpft zu haben. In der Diffamierung der jüdischen Soldaten des Weltkrieges und in der vernichtenden Hetze gegen Rathenau wurde von nationalistischer und deutschvölkischer Seite das deutsch-jüdische Zusammenleben endgültig aufgekündigt. Auf den Politiker Rathenau zielten die Angriffe stellvertretend für die verhaßte Republik. Er galt als Exponent eines angeblich in Deutschland zum System gewordenen undeutschen, jüdischen Geistes. In Rathenau wurde das aus Niederlage und Revolution hervorgegangene liberale, demokratische Deutschland bekämpft, dem er diente mit einer Politik der Verständigung, des Ausgleichs, der Gewaltlosigkeit.¹⁷²

15. Die Gefährdung der Republik

Die drei vorhergehenden Kapitel haben gezeigt, auf welcher breiter Front der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund gegen die »Judenrepublik« kämpfte. Der organisierte Antisemitismus des Bundes war die Vorhut einer gewaltigen irrationalen Protestbewegung in Deutschland gegen die historische Entwicklung. In ihm verbanden sich Feindseligkeit gegen den Westen und dessen liberal-demokratische und soziale Ideen, Scheu vor der Moderne, Angst vor dem Bolschewismus mit einem rassistisch überhitzten Nationalismus. Nicht die Schutz- und Trutz-Bund-Organisation als solche stellte eine Gefährdung für die deutsche Republik dar, sondern die Propagierung des wesensmäßig weder durch politisch-demokratische Normen noch durch menschlich-sittliche Maßstäbe kontrollierten Antisemitismus. Denn die hemmungslose und ununterbrochene antisemitische Hetze des Bundes blieb in ihrer Wirkung nicht auf die annähernd zweihunderttausend Mitglieder beschränkt; der Antisemitismus brach in breite Schichten des deutschen

Bürgertums ein und beeinflusste die politische Grundhaltung von Kreisen — wie etwa in der Beamtenschaft —, deren Mitarbeit die junge Republik bedurfte. Die antisemitische Kampagne gegen die neue Ordnung in allen Bereichen des öffentlichen Lebens behinderte von Anfang an eine Annäherung großer Teile des deutschen Bürgertums an den Weimarer Staat und trug maßgeblich dazu bei, daß sich eine Kluft zwischen Bevölkerung und Republik auftat, die eine latente Gefahr darstellte.

Die antisemitische Front der Verbände

Dies wird besonders deutlich, wenn man die Reihe nationalistischer und militärischer Verbände in der Nachkriegszeit durchgeht, die nicht zum engeren völkischen Lager zählten. Von Beginn an war der Schutz- und Trutz-Bund bestrebt gewesen, auch in diesen Verbänden dem Antisemitismus zum Durchbruch zu verhelfen und gleichsam eine antisemitische Front der Rechtsverbände herzustellen, die sich letztlich gegen die liberal-demokratische Republik richtete. Grundlegend hierfür waren weniger die Verbindungen der einzelnen Organisationen untereinander und die persönlichen Beziehungen der Schutz- und Trutz-Bundleitung, entscheidend war vielmehr die Tatsache, daß die nationalistischen und militärischen Verbände ihre Anhänger aus denselben Schichten rekrutierten wie der Schutz- und Trutz-Bund; zum Teil war die Anhängerschaft sogar identisch. Die einzelnen aktiven Rechtsradikalen gehörten in der Nachkriegszeit nicht nur einer, sondern möglichst vielen Organisationen an. Besonders unter den jüngeren Schutz- und Trutz-Bund-Anhängern war die Zahl der Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften ausgesprochen groß. Dies wurde noch dadurch begünstigt, daß der Schutz- und Trutz-Bund einmal für seine antisemitischen Zielsetzungen Allgemeingültigkeit und Überparteilichkeit beanspruchte, zum anderen bewußt auf eine antisemitische Unterwanderung der nationalistischen Verbände hinarbeitete. Grundsätzlich kann gesagt werden, daß alle diese Verbände durch die allgemeine antisemitische Kampagne von außen und durch die Antisemiten unter ihren Anhängern von innen her mit der Judenfrage konfrontiert wurden. Die Reaktion darauf war — wie im folgenden gezeigt wird — nicht nur von Verband zu Verband, sondern auch regional verschieden: Das Endergebnis war aber in fast allen Fällen die Aufnahme eines Arierparagraphen in die Verbandsatzungen.

Der Jungdeutsche Orden Artur Mahrauns sah sich vor allem in Nordbayern einem starken antisemitischen Druck ausgesetzt. Hier war die Ordensorganisation stark mit Schutz- und Trutz-Bund-Anhängern

durchsetzt. Ihr Führer war der Coburger Lehrer Hans Dietrich, der im Schutz- und Trutz-Bund während der Jahre 1920 bis 1923 die Stelle eines Gauleiters von Nordbayern innehatte. Zugleich stand er als 2. »Komtur« an der Spitze der Jungdeutschen »Ballei« Franken.¹ Das starke deutschvölkische Kontingent setzte in der fränkischen Gliederung des Jungdeutschen Ordens gegen den Willen der Ordensleitung eine stark antisemitische Ausrichtung durch. Es war auch wesentlich dafür verantwortlich, daß die Jungdeutschen in Franken eng mit dem Schutz- und Trutz-Bund und den Nationalsozialisten zusammenarbeiteten,² was schließlich nach dem Hitler-Putsch vom November 1923 zum Bruch zwischen der Ordensleitung und der Ballei Franken führte.³ Die Entwicklung in Franken blieb allerdings im Jungdeutschen Orden ein Einzelfall. Nirgendwo sonst vermochten sich die Deutschvölkischen in dem Orden in ähnlicher Weise durchzusetzen. Auch der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik stellte in seinem Beschluß, das über den Jungdeutschen Orden verhängte Verbot aufzuheben, fest, daß »eine organisatorische Verbindung des ›Jungdeutschen Ordens‹ mit dem ›Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund‹ ... nicht gestattetgefunden« habe, obwohl »beide Vereinigungen zum Teil dieselben Mitglieder gehabt« hätten: Letzteres sei auch »von den Vertretern des Ordens niemals abgeleugnet worden.«⁴

Einen vergleichsweise noch größeren Anteil stellten die Deutschvölkischen in den Soldatenverbänden der Nachkriegszeit, wo sie ebenfalls im antisemitischen Sinne zu wirken suchten: Es handelte sich hierbei um den Bund der Frontsoldaten »Stahlhelm«, den Nationalverband Deutscher Offiziere und den Verband nationalgesinnter Soldaten; von letzterem splitterte im Frühjahr 1922 der Nationalverband Deutscher Soldaten ab und trat vielfach ganz dessen Nachfolge an. An Hand von Mitgliederlisten, die für das Land Oldenburg vorliegen, kann nachgewiesen werden, daß in den dortigen Ortsgruppen des Verbandes nationalgesinnter Soldaten bzw. des Nationalverbandes Deutscher Soldaten die Schutz- und Trutz-Bund-Anhänger ein Sechstel bis zu einem Drittel der Mitglieder dieser Verbände stellten. Die führenden Deutschvölkischen in Oldenburg, Delmenhorst, Jever und Wilhelmshaven-Rüstringen waren stets zugleich Mitglieder dieser Soldatenverbände.⁵ Ein ähnliches Ineinandergreifen der Organisation des Schutz- und Trutz-Bundes mit Soldatenverbänden auf der Mitgliederebene belegen polizeiliche Feststellungen des Polizei-Präsidiums Elberfeld im Rheinland.⁶ Dort stellten die Deutschvölkischen ein Drittel der Anhänger des Nationalverbandes Deutscher Soldaten. Die dortige Stahlhelmgruppe verdankte sogar ihre Entstehung dem Schutz- und Trutz-Bund⁷ und wur-

de seit März 1922 von einem Deutschvölkischen geleitet.⁸ Wenngleich auf Grund der Quellenlage eine breitere Streuung der Beispiele nicht gegeben und daher eine Verallgemeinerung nicht ohne weiteres zulässig ist, so kann doch angenommen werden, daß die Verhältnisse in diesen Soldatenverbänden in anderen Gegenden von den hier aufgezeigten nicht grundsätzlich verschieden gewesen sein werden.

Ähnlich wie in diesen großen Verbänden lagen die Verhältnisse auch in den kleineren nationalistischen Organisationen, wie am Beispiel des Bundes der Aufrechten gezeigt werden soll. Dieser Bund war im Sommer 1919 gegründet worden und verfolgte als oberstes Ziel die Wiederaufrichtung einer starken Hohenzollern-Monarchie in Deutschland. Er war vor allem in Preußen verbreitet und zählte Anfang 1922 ungefähr 15 000 Mitglieder.⁹ Unter diesen stellten die Antisemiten aus dem Schutz- und Trutz-Bund ein starkes Kontingent. In Bremen arbeitete der Bund der Aufrechten auch propagandistisch mit dem Schutz- und Trutz-Bund zusammen, so daß dort die Politische Polizei zur Auffassung gelangte, daß die Gruppe »anscheinend nichts anderes als ein Ableger des deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes« sei.¹⁰ An der Spitze der Breslauer Gruppe des Bundes der Aufrechten stand mit Professor v. Freytagh-Loringhoven ein führender Schutz- und Trutz-Bündler.¹¹ In Hamburg wurde die dortige Gruppe ebenfalls von einem rührigen Antisemiten und Schutz- und Trutz-Bund-Anhänger, dem Zigarrenhändler und späteren Führer der Hamburger Nationalsozialisten Josef Klant, geleitet.¹²

Insgesamt vermochten die nationalistischen und militärischen Verbände dem nachhaltigen Druck der Antisemiten unter ihren Anhängern sowie der intensiven Propaganda der antisemitischen Organisationen nicht zu widerstehen. Sie mußten sich der Judenfrage stellen und schwenkten nahezu alle auf einen judengegnerischen Kurs ein. »Die ganze nationale Bewegung«, so urteilte später Ernst von Salomon, »war antisemitisch«.¹³ Bezeichnend ist die Stellungnahme des Führers des Jungdeutschen Ordens, Artur Mahraun, der doch einer stärker völkischen Ausrichtung der Ballei Franken entgegengetreten war. Dieser erklärte am 9. Juli 1922 in einem Rundschreiben: »In Deutschland gibt es eine Judenfrage, welche außerordentlich zersplitternd, insbesondere in vaterländischen Verbänden, wirkt. Mit der Aufnahme von Juden wäre das Ideal des Ordens, Zusammenfassung im brüderlichen Sinn, niemals möglich. Zank und Streit über die Judenfrage würde das beste Wollen verhindern«.¹⁴ Die Folge war, daß auch der Jungdeutsche Orden keine Juden aufnahm. Ähnlich verfahren die anderen bereits erwähnten Verbände.¹⁵ Zumeist fanden sich in den Satzungen auch noch

Erklärungen, die sich nachdrücklich gegen »internationale Bestrebungen« wandten und für eine »Bekämpfung alles Fremdstämmigen in unserem Volke« eintraten.¹⁶ Im »Stahlhelm«, der im Gegensatz zu den anderen nationalistischen Soldatenverbänden die Juden nicht von Anfang an von einer Mitgliedschaft ausgeschlossen hatte, stand die Judenfrage seit dem Frontsoldatentag 1922 auf der Tagesordnung. Im März 1924 mußte auch hier die Leitung dem verstärkten antisemitischen Druck von unten nachgeben und einen Arierparagrafen für die Gesamtorganisation des »Stahlhelm« akzeptieren.¹⁷ Die im März 1922 beschlossenen Satzungen des Bundes der Aufrechten bestimmten zur Mitgliedschaft ebenfalls: »Juden werden nicht aufgenommen.«¹⁸ Selbst eine so umfassende Dachorganisation wie der bürgerliche Bayerische Ordnungsbund, dem ungefähr vierzig Organisationen angeschlossen waren, glaubte einer programmatischen Stellungnahme gegen das Judentum nicht entraten zu können.¹⁹

Die militärischen und nationalistischen Verbände der Nachkriegszeit bildeten zusammen mit den völkischen Organisationen eine nahezu geschlossene antisemitische Front gegen die Republik. Versuche des Schutz- und Trutz-Bundes, über die Gemeinsamkeit antisemitischer Anschauungen und über persönliche Verbindungen hinaus zu organisatorischer Zusammenarbeit zu kommen, schlugen allerdings fehl.²⁰ Immerhin legte der Schutz- und Trutz-Bund durch seine Propaganda und durch die Tätigkeit seiner Mitglieder die Grundlagen zu einer politischen Annäherung, indem er mit dem Antisemitismus antidemokratische und rassistische Elemente einer völkischen Weltanschauung in diese Verbände eintrug. Er schuf zugleich dort die Voraussetzungen für die »reinliche Scheidung« zwischen Deutschen und Juden. Diese nahm in den zahllosen großen und kleinen Organisationen der nationalistischen Rechten ihren Anfang. Sie machte auch vor den mitgliederstarken Soldatenverbänden nicht Halt, was insofern bedeutsam ist, als man mit dem Judenverbot diejenigen im Frieden ausschloß, die im Krieg noch Kameraden gewesen waren. Gerade die Haltung dieser Verbände zeigt, wie tief die aufbrechende Kluft zwischen Deutschen und Juden zumindest in diesen Kreisen in dem Augenblick war, als die letzten antijüdischen Schranken in Deutschland fielen. Sie deutet zugleich an, auf welche Widerstände der durch die antisemitische Propaganda zur »Judenrepublik« verkehrte Weimarer Staat in diesen Kreisen treffen mußte.

Schutz- und Trutz-Bund, Reichswehr und Marine-Brigade Ehrhardt

Eine solche betont antisemitische Frontstellung gegen den Staat bedeutete zweifellos eine latente Gefahr für die Republik. Sie mußte jedoch zur unmittelbaren Bedrohung werden, wo eine solche Haltung sich mit einem effektiven politischen Machtfaktor oder einem bedingungslosen Aktivismus verband. Insofern ist die Frage nach den Verbindungen zwischen dem Antisemitismus und dem Schutz- und Trutz-Bund einerseits und der Reichswehr sowie den Freikorps andererseits von noch größerer Wichtigkeit. Aus dem Zusammenwirken von Schutz- und Trutz-Bund und der Nachfolgeorganisation der Marine-Brigade Ehrhardt sollten dann auch einige der großen Anschläge gegen die Republik und deren Repräsentanten hervorgehen, weshalb im folgenden ausführlicher auf die Beziehungen zwischen diesen beiden Organisationen einzugehen sein wird. Daneben ist die Rolle des Antisemitismus in der Reichswehr nicht zu unterschätzen. Im Gegenteil, da die Reichswehrleitung bewußt auf eine politische Neutralität der Armee hinarbeitete, kommt dem Eindringen des Antisemitismus in die Reichswehr sogar erhöhte Bedeutung zu.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund war auch hier maßgeblich an der Ausbreitung des Antisemitismus beteiligt. Seine Propagandisten hielten im ersten Nachkriegsjahr Vorträge vor Soldaten.²¹ Der Bund belieferte etliche Verbindungsmänner in der Reichswehr in ganz Deutschland mit Flugschriften.²² Er fand — wie an Hand der Untersuchungen zur sozialen Zusammensetzung der Schutz- und Trutz-Bund-Anhängerschaft nachgewiesen werden konnte²³ — unter den Soldaten und Offizieren zahllose Anhänger. Reichswehroffiziere und -soldaten beteiligten sich offen an der antisemitischen Propaganda des Bundes.²⁴ Generäle, denen während der Zeiten des Ausnahmezustandes die Ausübung der vollziehenden Gewalt übertragen wurde, begünstigten den Schutz- und Trutz-Bund bei der Veröffentlichung von Hetzschriften.²⁵ Es kann nach alledem kein Zweifel darüber bestehen, daß nicht zuletzt auf Grund der Schutz- und Trutz-Bund-Tätigkeit in Teilen der Reichswehr eine starke antisemitische Stimmung herrschte und daß die Propaganda des Bundes dort ein Denken förderte, das durch nichts weniger als durch Loyalität gegenüber der Republik gekennzeichnet war. An einigen Orten war diese Stimmung in der Reichswehr während des Kapp-Putsches auch zum Ausbruch gekommen. Für die vorliegende Untersuchung muß indessen festgestellt werden, daß die Verbindungen des Schutz- und Trutz-Bundes zur Armee während dessen kurzer Wirkungszeit nicht mehr entscheidend zum Tragen gekommen sind.

Anders verhielt es sich mit den Freikorps. Ihre Soldaten, die sich vorwiegend aus dem Offizierskorps und den Unteroffizieren des ehemaligen Weltkriegsheeres rekrutierten, waren vom Ende des Krieges und den Versailler Demobilmachungsbestimmungen besonders hart getroffen. Nach den Jahren des Kampfes fanden sie nur schwer zurück in eine bürgerliche Welt, die sie zumeist jung und noch ohne Abschluß ihrer Ausbildung verlassen hatten. Politisch orientierungslos, von Soldaten und nicht von Politikern geführt, waren die Freikorpsangehörigen in hohem Maße anfällig für den Antisemitismus, denn dieser arbeitete mit einem den Soldaten vertrauten einfachen Freund-Feind-Schema und mit simplen Formeln: Er propagierte die Fortführung des Kampfes, führte Niederlage und Umbruch auf Verrat und Meuterei zurück und reduzierte die verwirrenden innenpolitischen Auseinandersetzungen auf die Antithese »deutsch-jüdisch«. Die völkische Weltanschauung mit ihrer primitiven und totalen Welterklärung und der eindeutigen Stigmatisierung des Gegners kam dem Denken der Freikorpsoldaten entgegen und ließ sich ihrem radikalen nationalistischen Aktivismus leicht zuordnen.

Die Führung des Schutz- und Trutz-Bundes bemühte sich von Anfang an darum, Kontakt zu den Freiwilligentruppen zu bekommen und sie im antisemitischen Sinne zu beeinflussen. Roth trat noch im März 1919 an den Führer des Freikorps Dohna, das zu der Zeit in Sagan stand, mit dem Plan heran, durch den Bund Freiwillige anzuwerben.²⁶ Im Sommer 1919 brachte der Schutz- und Trutz-Bund ein speziell an die Freikorpsoldaten gerichtetes Flugblatt heraus. Darin wird den Soldaten in der bereits bekannten Weise der Zusammenbruch des »herrlichen deutschen Heeres« durch die jüdische Zersetzung erklärt und die Juden für den Umbruch verantwortlich gemacht. Überdies bezichtigt das Blatt die Juden der »Verlästerung und Beschimpfung der deutschen Freiwilligentruppen« und versucht so, diese noch besonders gegen die Juden einzunehmen.²⁷

Der Antisemitismus verbreitete sich in den Freikorps außerordentlich schnell. Hierzu trug wie bei den nationalistischen und den Soldatenverbänden die partielle Identität der Anhängerschaft wesentlich bei. Eine besondere Rolle spielte dabei auch das Zusammentreffen starker deutschvölkischer Gruppen und der Freikorpsoldaten anlässlich der Kämpfe gegen die polnischen Freischaren in Oberschlesien im Frühjahr und Sommer 1921. Darauf wird später noch näher einzugehen sein. Sichtbares Zeichen für das Eindringen völkisch-antisemitischer Ideen in die Freikorps war allenthalben das Auftauchen des Hakenkreuzes. Zunächst nur als bloßes Abzeichen getragen, wurde es mehr und mehr zum

Ausdruck eines Programms. In dem Lied der Marine-Brigade Ehrhardt fand es seine sprachliche Fixierung: »Hakenkreuz am Stahlhelm, Schwarz-weiß-rotes Band«. Überhaupt spiegeln die Freikorpslieder den Geist wider, der in diesen Truppen herrschte. Ein besonders kras- ses Beispiel für die dort verbreitete brutal antisemitische Stimmung ist das sogenannte »Rossbachlied«, welches in geradezu monotoner Wei- se dazu auffordert: »Schlagt alle Juden tot / Haut alle Juden tot / Schlagt alle tot / Ebert und Scheidemann / Kommen auch noch dran / Schlagt alle Juden tot / Schlagt alle tot.«²⁸ Wenn auch der Judenhaß unter den Freiwilligentruppen sich vorwiegend verbal auslebte, so äußerte sich dennoch diese Haltung gelegentlich in Aktionen. Auf die anti-jüdischen Ausschreitungen der Ehrhardt-Truppen in Berlin während des Kapp-Putsches ist schon hingewiesen worden.²⁹ In Hamburg be- teiligten sich junge Angehörige der Bahrenfelder Zeitfreiwilligen auf Aufforderung ihrer Vorgesetzten im Januar 1920 tatkräftig an den antisemitischen Aktionen gegen den angeblichen »Judenstämmling« Moissi und verhinderten im Verein mit den Deutschvölkischen Ham- burgs dessen Rezitationsabend.³⁰

Allgemein kann also ein starker Antisemitismus in den Freiwilligen- truppen festgestellt werden. Indessen ist es außerordentlich schwierig, seine Ursprünge im einzelnen aufzuweisen oder gar den Nachweis zu führen, daß er unmittelbar mit der Tätigkeit des Schutz- und Trutz- Bundes zusammenhängt. Immerhin läßt sich für die hier zu untersu- chende Frage nach dem Verhältnis der II. Marine-Brigade Ehrhardt und deren geheimer Nachfolgeorganisation, der Organisation Consul (O. C.), zum Antisemitismus und zum Schutz- und Trutz-Bund eini- ges Material beibringen, das eine Antwort auf diese Frage durchaus ermöglicht. Es ist höchst wahrscheinlich, daß sich die ersten Beziehun- gen zwischen dem Marine-Freikorps und dem völkischen Verband und damit eine antisemitische Beeinflussung der Ehrhardt-Soldaten schon in der Wilhelmshavener Zeit der II. Marine-Brigade ergaben. In Wil- helmshaven-Rüstringen bestand seit den frühesten Tagen der Republik eine aktive Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bun- des. Sie besaß — wie einige Zeugnisse belegen³¹ — einen starken An- hang in der Marine und wurde in der ersten Zeit von einem Marine- Baurat Oberländer geleitet.³² Nachweislich zählte die Gruppe auch führende Mitglieder der Marine-Brigade Ehrhardt zu ihren Anhän- gern. Von ihnen seien vor allen Karl Tillessen erwähnt,³³ der der II. Marine-Brigade vom ersten bis zum letzten Tag angehörte und später eine zentrale Rolle in der geheimen Organisation Consul spielte, so- wie der ehemalige Korvetten-Kapitän Paul Werber. Werber war in der

rechtsradikalen Bewegung außerordentlich aktiv. Er gehörte zum engsten Kreis um Ehrhardt, führte zeitweilig die Wilhelmshavener Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes als 1. Vorsitzender und stand danach an der Spitze des dortigen Verbandes nationalgesinnter Soldaten. Später leitete er den Bezirk Hannover-Essen-Köln der Organisation Consul.³⁴

Nachdem die Marine-Brigade Ehrhardt zur Bekämpfung kommunistischer Aufstände eingesetzt worden war und insbesondere an der Niederschlagung der Münchener Räteherrschaft teilgenommen hatte, wurde sie im August 1919 nach Oberschlesien verlegt. Nach einer ersten antisemitischen Beeinflussung durch den Schutz- und Trutz-Bund in Wilhelmshaven und der Begegnung mit dem in München grassierenden radikalen Antisemitismus erfuhr das Freikorps hier eine verstärkte Politisierung. Sie wurde vor allem von der Eliteformation der Brigade, der Sturmkompanie, betrieben. Diese glich nach Aussage eines ihrer führenden Mitglieder zeitweilig einer »fliegenden Ortsgruppe des Reichshammerbundes«,³⁵ der zu jener Zeit ja noch neben dem Schutz- und Trutz-Bund formal weiterbestand. Eine wahre Flut völkisch-antisemitischer Propagandaschriften ergoß sich über die Truppe.³⁶ Der Erfolg dieser massiven Beeinflussung wurde bald sichtbar: Als die Marine-Brigade zu Beginn des Winters 1919 in die Winterquartiere verlegt wurde, prangten an den Wänden der Transportzüge unmißverständliche antisemitische Parolen und Zeichnungen.³⁷

Im Döberitzer Lager bei Berlin wurde diese einseitige Politisierung fortgesetzt. Das Hakenkreuz erschien an Stahlhelmen und Fahrzeugen; Gebäude wurden mit farbigen antisemitischen Blättern und Zetteln beklebt. Die Hetze gegen die Juden stand, nach Aussage eines Brigade-Angehörigen, »im Lager in hoher Blüte«. ³⁸ Der Kapp-Putsch ließ die letzten der demokratischen Regierung loyal gegenüberstehenden Kräfte aus der Marine-Brigade Ehrhardt ausscheiden. Das Hakenkreuz trat endgültig neben die schwarz-weiß-rote Kokarde. Es wurde Zeichen einer politischen Gesinnung. Nachdem die Brigade im September 1920 aufgelöst und die größten Teile unter Ehrhardt in die geheime Organisation Consul überführt wurden, radikalisierte sich der dort herrschende antidemokratische und antisemitische Geist noch mehr.

Wenngleich Ehrhardt selbst eher eine nationalistisch-reaktionäre Haltung einnahm,³⁹ fanden doch die völkisch-antisemitischen Ideen unter seinen Anhängern weiteste Verbreitung und gewannen immer mehr an Boden. Völkisch-antisemitische Einstellung spricht ebenso aus den Satzungen der Organisation Consul wie aus der von ihr seit Juni 1921 herausgegebenen Zeitschrift »Der Wiking«. Sitzungsgemäß wurde von

den Mitgliedern ein Blutsbekenntnis gefordert; die Bekämpfung des Judentums gehörte zu den Zielen der Organisation.⁴⁰ In der Eröffnungsnummer der Zeitschrift »Der Wiking« wurde die Tätigkeit der deutschvölkischen Bewegung nachdrücklich begrüßt und in diesem Zusammenhang insbesondere auf den Schutz- und Trutz-Bund und dessen Versuche, die Bewegung organisatorisch zusammenzufassen, hingewiesen.⁴¹ Ein Artikel vom 15. Februar 1922 anlässlich der Übernahme des Reichsaußenministeriums durch Rathenau spiegelt die zunehmend antisemitische Ausrichtung der Organisation Consul wider. Darin wird die »jüdische Frage« zur »Kardinalsfrage« und zum »Angelpunkt unserer gesamten inneren, wie äußeren Politik« gemacht, eine »befriedigende, durchgreifende Lösung« dieser Frage wurde als »die elementarste Voraussetzung jedes deutschen Wiederaufstiegs« ausgegeben.⁴² Zu diesem Zeitpunkt war der Antisemitismus — die angeführten Zitate zeigen es deutlich — auch in der Organisation Consul zur Grundlage politischen Denkens und Handelns geworden.

Bisher ist weitgehend von der politisch-geistigen Beeinflussung der Marine-Brigade Ehrhardt und ihrer Nachfolgeorganisation die Rede gewesen; persönliche Verbindungen zwischen diesen und dem Schutz- und Trutz-Bund sind nur am Anfang kurz erwähnt worden. Sie ergaben sich nach der politisch-weltanschaulichen Annäherung der beiden Verbände in verstärktem Maße. Vor allem gerieten deutschvölkische Jugendgruppen des Schutz- und Trutz-Bundes nach der Umgestaltung der Marine-Brigade in den Bannkreis des aktivistischen Geheimverbandes, denn die jüngeren Mitglieder fanden nur selten Genüge an der Vortrags- und Stammtischtätigkeit des Bundes. Diese Entwicklung wurde durch die Oberschlesienkämpfe im Frühjahr und Sommer 1921 entscheidend gefördert.

Nach der Abstimmung in Oberschlesien, bei der sich insgesamt eine Mehrheit für ein Verbleiben beim Deutschen Reich ausgesprochen hatte, waren Anfang Mai polnische Freischaren in das Abstimmungsgebiet eingedrungen. Dieser Gewaltakt wie auch das zögernde Verhalten der Alliierten in der Grenzziehungsfrage verursachten in Deutschland eine starke Erregung. Selbstschutzformationen und Freikorps organisierten sich zur Verteidigung Oberschlesiens. In den nationalistischen Verbänden setzte eine intensive Freiwilligenwerbung ein. Zahllose Völkische aus dem Schutz- und Trutz-Bund zogen daraufhin nach Oberschlesien.⁴³ Allein aus der Elberfelder Jugendgruppe reiste eine Schar von knapp vierzig Jugendlichen dorthin.⁴⁴ Sie wurden in die Selbstschutzformationen eingereiht.

Das Zusammentreffen von radikalen Antisemiten und aktivistischen

Freikorpsoldaten war in zweifacher Hinsicht folgenreich. Einmal fanden völkische und antisemitische Ideen verstärkten Eingang in die Freiwilligentruppen. Neben den zahlreichen Deutschvölkischen waren hierfür auch Angehörige bayerischer Verbände — wie des Bundes Oberland — verantwortlich, die schon vorher vom Antisemitismus geprägt waren. Als Folge des außerordentlich schnell um sich greifenden Antisemitismus setzte in den vom Selbstschutz besetzten ober-schlesischen Gebieten eine intensive antijüdische Hetze ein. Es kam zu Ausschreitungen, die sich insbesondere gegen Ostjuden richteten. Hakenkreuze prangten auf schwarz-weiß-roten Fahnen, an Uniformen, Fahrzeugen und Häusern. Lieder mit Refrains wie »Wir brauchen keine Judenrepublik« und »Schlagt die Juden tot« machten die Runde. In Oberschlesien kam auch die berüchtigte antisemitische »Mörderhymne« gegen Wirth und Rathenau auf und verbreitete sich von hier aus über ganz Deutschland.⁴⁵ Zum anderen wurden hier in der persönlichen Begegnung von Völkischen aus dem Schutz- und Trutz-Bund und Freikorpsoldaten aus der Organisation Consul die Grundlagen für etliche Verbindungen zwischen diesen beiden Verbänden gelegt. Junge Deutschvölkische aus der Elberfelder Ortsgruppe des Schutz- und Trutz-Bundes, die in die Sturmkompanie des Bataillons Graf Bethusy-Huc eingereicht wurden, gelangten hier unter die Führung Manfred von Killingers, eines führenden Mitgliedes der Organisation Consul, und nahmen über ihn zum erstenmal Kontakt auf mit dieser Organisation. Die Namen von Alfred Günther, Hanns Hustert, Karl Kaufmann und Willi Rabenschlag, die alle in Oberschlesien unter seiner Leitung gestanden hatten, sollten später bei den Verhandlungen gegen die Scheidemann-Attentäter und im Offenburger Geheimbündelei-Prozeß wieder auftauchen.⁴⁶

Die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen die Polen in Oberschlesien besiegelte neben den ideellen die personellen und organisatorischen Verbindungen zwischen dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund und der Organisation Consul. Diese liefen vornehmlich über Personen, die im Schutz- und Trutz-Bund wichtige Positionen bekleideten und — was besonders auffällt — teilweise sich intensiv um die deutschvölkische Jugendarbeit kümmerten. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist der bereits erwähnte Alfred Günther. Günther war wegen seiner Arbeit unter den Jugendlichen Elberfelds von der Schutz- und Trutz-Bund-Leitung ausgezeichnet und mit der Organisation von deutschvölkischen Jugendgruppen im unbesetzten Rheinland und in Westfalen beauftragt worden.⁴⁷ Seit den Oberschlesienkämpfen fungierte Günther zugleich als Leiter der Organisation Consul in Elberfeld. Als sol-

der gab er dem militärischen Leiter der Gesamtorganisation, Killinger, mehrfach Gelegenheit, vor deutschvölkischen Jugendgruppen des Schutz- und Trutz-Bundes zu sprechen.⁴⁸ Im besetzten Rheinland war der Gauleiter dieses Schutz- und Trutz-Bund-Gaues, Egon Lützeler, der oberste Verbindungsmann zur Organisation Consul. Lützeler hielt nachweislich engen Kontakt mit der O. C.-Zentrale in München. Auch hier war die Organisation Consul besonders an den Jugendgruppen interessiert. Das beweist ihre finanzielle Unterstützung der deutschvölkischen Jugendarbeit in diesem Gebiet.⁴⁹ In Nordwestdeutschland liefen die Verbindungen zwischen dem Schutz- und Trutz-Bund und der Organisation Consul ebenfalls über den Gauleiter. Dr. Richard Rüttnick unterhielt enge Beziehungen zu dem O. C.-Leiter dieses Bereiches, Paul Werber, und war selbst Führer der Organisation Consul in Bremen.⁵⁰ In Mecklenburg stand mit Erich Bade aus Schwerin gleichfalls ein O. C.-Mitglied an der Spitze des dortigen Schutz- und Trutz-Bund-Gaues.⁵¹ Ebenso wie Günther und Lützeler hatte sich auch Bade tatkräftig um die Organisierung der Jugendlichen bemüht⁵² und später versucht, unter ihnen Anhänger für die Organisation Consul zu werben.⁵³

Diese Beispiele, die bewußt auf einige führende Personen im Schutz- und Trutz-Bund beschränkt sind, machen hinreichend deutlich, daß sich zwischen der antisemitischen Massenorganisation des Schutz- und Trutz-Bundes und dem geheimen Aktivistenverband der Organisation Consul über die gemeinsame politisch-ideologische Grundhaltung hinaus eine Art Kampfgenossenschaft herausgebildet hatte. Dabei muß es weitgehend ungeklärt bleiben, inwieweit tatsächlich feste organisatorische Abhängigkeiten zwischen den beiden Verbänden entstanden und inwieweit den Völkischen jeweils die einzelnen über den Grenzschutz hinausgehenden Ziele der geheimen Organisation bekannt waren. Aufschluß darüber, wie die Schutz- und Trutz-Bündler das Verhältnis ihres Bundes zur O. C. sahen, gibt ein vertrauliches Rundschreiben Erich Bades vom März 1922. Darin werden die Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes aufgefordert, den Angehörigen der ehemaligen Brigade Ehrhardt »jede erdenkliche Hilfe zu leisten«, und es wird erklärend hinzugefügt, in dem Kampf gegen die Juden müsse »der eine die Mittel zum Kampf stellen, der andere Leib und Leben opfern«. ⁵⁴ Für die Organisation Consul — das läßt sich nach den bisherigen Ausführungen mit einiger Bestimmtheit sagen — stellte der Schutz- und Trutz-Bund vornehmlich ein Rekrutierungsreservoir für den eigenen Nachwuchs dar. In der Tat wechselten viele, vornehmlich jüngere Schutz- und Trutz-Bund-Mitglieder zur Organisation Consul über, um fortan für beide

Verbände tätig zu werden. Die Personalien der in den Akten zum Offenburger Geheimbündelei-Prozeß erfaßten O. C.-Mitglieder belegen dies nachdrücklich.⁵⁵

In dem Zusammenwirken von Schutz- und Trutz-Bund und Organisation Consul, in dem Zusammentreffen einer radikalen und ahumanen völkisch-antisemitischen Weltanschauung mit einem bedingungslosen Aktivismus wurden die Grundlagen für einige der großen politischen Attentate der Nachkriegszeit gelegt. Sowenig auch ein originärer Zusammenhang zwischen den Mordtaten gegen Erzberger und gegen Rathenau sowie dem Attentat gegen Scheideemann festgestellt werden kann, haben sie doch alle etwas Gemeinsames: Die Spuren der Täter führen in allen drei Fällen sowohl in die Organisation Consul als auch in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund zurück. Vor einer Untersuchung dieser Zusammenhänge ist jedoch noch zu klären, inwieweit der Schutz- und Trutz-Bund selbst zu Gewaltaktionen aufforderte und als Anstifter zu diesen Mordtaten gelten kann.

Der Aufruf zur Tat

Die Tätigkeit des Schutz- und Trutz-Bundes war — wie oben bereits ausgeführt — wesentlich propagandistisch; sie war nicht in erster Linie auf direkte Aktionen ausgerichtet. Dennoch resultierten aus ihr persönlicher Terror, Pogrome und politischer Mord. Die Führer des Bundes waren sich dieser Folgen ihrer Tätigkeit wohl bewußt. Das beweist das schon zitierte Schreiben der Bundesleitung vom 24. Januar 1920 an den Reichspräsidenten anläßlich der Verhandlungen um die Auslieferung angeblicher Kriegsverbrecher. Darin hatte die Bundesleitung Ebert davor gewarnt, daß die steigende Erregung im deutschen Volk in Gewalttätigkeiten umschlagen würde, falls sich die Regierung den alliierten Forderungen gegenüber wiederum nachgiebig zeigen sollte, und hatte alle Verantwortung für solche oder ähnliche Weiterungen nachdrücklich von sich gewiesen.⁵⁶ Als nur zwei Tage später, am 26. Januar, ein ehemaliger Fähnrich, Oltwig von Hirschfeld, ein Attentat auf den Reichsfinanzminister Erzberger verübte, offensichtlich unter dem Eindruck der gegen Erzberger gerichteten maßlosen Hetze während des Erzberger-Helfferich-Prozesses,⁵⁷ da empfanden die deutschvölkischen Führer nichts als Genugtuung über die eigene richtige Einschätzung der »Stimmung im Volke«. In einem Kommentar zu dem Schreiben an den Reichspräsidenten Ebert — beides wurde in den Deutschvölkischen Blättern veröffentlicht und als Flugblatt verbreitet — lasteten sie das Attentat der Regierung an. Diese habe »im Volke ein Gefühl der

Erbitterung und des Zornes« erzeugt, welches »schließlich zu Handlungen und Taten verdichtet, wie eine solche sich jetzt gegen den im Volksbewußtsein namhaftesten Vertreter des Systems gerichtet hat«. ⁵⁸

Sowohl das Schreiben an Ebert als auch der Kommentar verbergen hinter einem heuchlerischen Verantwortungsbewußtsein nur schlecht die Genugtuung über die wachsende regierungsfeindliche Stimmung und über die Tat. Sie enthüllen trotz Verdrehung der Verantwortlichkeiten die wahren Schuldigen. Beide Schriftstücke lassen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß man sich in der Schutz- und Trutz-Bund-Leitung über die möglichen Folgen der maßlosen Verhetzung, die der Bund trieb, durchaus im klaren war. Man wußte, daß die steigende Erregung sich »zur Tat verdichten«, daß schließlich das Wort die Tat induzieren konnte.

Dennoch legten sich die deutschvölkischen Propagandisten in ihren Äußerungen keine Zügel an. Im Gegenteil, sie schlossen meist mit unheilvollen Drohungen und Prophezeiungen für die Zukunft, die kaum mehr die Absicht verhüllten, den Gegner vernichtend zu treffen. Die Schutz- und Trutz-Bund-Propagandisten erweckten in ihren Schriften und Reden den Eindruck, als ob nur die »Unschädlichmachung« des Judentums und der politischen Führer der Weimarer Republik dem Niedergang Deutschlands ein Ende bereiten würde, und sie warnten diese eindringlich vor der Stunde der Abrechnung: Haßtiraden gegen die Regierung wurden mit einem »Wehe diesen Staatsmännern«, »Wehe den Verführern« geschlossen; ⁵⁹ ein »Kreuzige« wurde gegen die »schwarz-rot-goldene Internationale« ausgerufen. ⁶⁰ Dem deutschen Volk wurde prophezeit, daß es bald seine Kraft wiederfinden werde, um »das Joch Judas abzuschütteln und seine teuflischen Peiniger zum Teufel zu jagen«; ⁶¹ nachdrücklich wurde es aufgefordert, die jüdischen »Schänder« Deutschlands »in ihrem Wirken für alle Zukunft unschädlich zu machen«; ⁶² den Juden aber wurde bedeutet, sie hätten nur noch »eine Galgenfrist«, bis »der Tag der großen Abrechnung heraufsteigt«. ⁶³ Ein anderes Mal heißt es: »Auch Herr Scheidemann, dieser Hauptschuldige am deutschen Elend, wird noch erfahren, daß ein Volk sich auf die Dauer nicht von Ehrgeizlingen mißbrauchen läßt. Es mag verführt werden können von Leuten seines Schlages, aber die Stunde kommt, wo es sich zurechtfindet. Dann wehe den Verführern!« ⁶⁴ Gegenüber Rathenau wird gar erklärt, »daß in Deutschland für einen Trotzky-Rathenau keine Statt ist«. ⁶⁵ Mit diesen mehr oder weniger offenen Drohungen waren Erklärungen verbunden, die die Tatbereitschaft und Entschlossenheit der Völkischen bekräftigen sollten. Einmal erklärte man, die Völkischen seien »zum Äußersten entschlossen und

bereit«;⁶⁶ ein anderes Mal, nichts könne sie davon abhalten, »gegen Reichskanzler und Minister mit allen tauglichen Mitteln anzugehen«.⁶⁷ Die »jungen Deutschvölkischen« wurden zu »starker Entschlossenheit« aufgerufen, »die weiß, daß sie jederzeit zur Tat bereit sein muß«.⁶⁸

Bei den zitierten Beispielen handelt es sich um schriftliche Äußerungen von Schutz- und Trutz-Bund-Propagandisten, zumeist vom Hauptgeschäftsführer Roth. Wenngleich über die mündlichen Äußerungen nur wenig und unterschiedliches Quellenmaterial vorliegt, so kann doch angenommen werden, daß diese nicht weniger kraß und deutlich waren. Aufschluß darüber gibt eine Rede Roths vom 8. Mai 1922 in Stettin, die auch Gegenstand der Verhandlungen gegen Roth vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik im Frühjahr 1923 war.⁶⁹ Danach soll Roth auf einer öffentlichen Versammlung des Schutz- und Trutz-Bundes in Stettin erklärt haben, die Juden »hätten die Stadtverordnetenversammlungen und die Parlamente zu Kaschemmen erniedrigt, es sei daher Pflicht und Forderung der Stunde, sie aus dem deutschen Vaterlande hinauszupeitschen, eher werde es nicht besser«. Wenn auch der Staatsgerichtshof in seinem Urteil zu dem Schluß kam, Roth habe in diesem Falle »nicht, worauf es entscheidend ankommt, zu Gewalttätigkeiten gegen die Juden im allgemeinen, sondern nur zu solchen gegen die Juden, welche sich in einer von ihm näher gekennzeichneten Art und Weise politisch betätigten, angereizt«, so handelte es sich hier lediglich um eine abstrakt juristische Unterscheidung, die der tatsächlichen Wirkung der betreffenden Worte Roths auf die Zuhörerschaft keineswegs entsprach. Denn die antisemitische Propaganda zielte auf einzelne Juden immer nur als Repräsentanten des gesamten Judentums. Die Kennzeichnung als Jude war ein Stigma. »Jude«, »jüdisch«, »Juda«, »Judentum« bezeichneten immer das Böse und sollten den einzelnen wie auch die Gesamtheit treffen.⁷⁰

Nach einer Meldung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus soll Dr. Arnold Ruge, einer der heftigsten Schutz- und Trutz-Bund-Agitatoren, auf einer Versammlung des Bundes in Frankfurt am Main zum Ostjudenproblem ausgeführt haben: »Man habe diesen als ›Asiaten‹ das Wohnrecht bewilligt. Da sie sich jedoch lästig gemacht hätten, müßten sie schleunigst aus Deutschland heraus. Wenn sie nicht freiwillig gingen, müßte man ihnen mit Dolch und Messer an den Hals gehen.«⁷¹ 1922 nahm Roth ein angebliches Wort des französischen Staatsmannes Clemenceau von den »zwanzig Millionen Deutschen zuviel«⁷² auf, um damit gegen die Juden zu hetzen. Am 10. März erklärte er in Karlsruhe: »Wenn die jüdischen Staatsmänner in Frankreich sagen, es seien 20 Millionen Menschen zuviel in Deutschland und der Außenmi-

nister dies zugebe, so müßten vor allen anderen Rathenau und seine Rassegenossen von der Bildfläche verschwinden.«⁷³ Drei Tage später wurde Roth in Kassel noch deutlicher. Dort führte er nach einem Bericht des Kasseler Tageblatts unter anderem aus: »Wenn wirklich, wie Clemenceau einmal sagte, 20 Millionen Deutsche zuviel seien, so müßten die 2 Millionen [!] Juden in Deutschland zuerst daran glauben«, um dann fortzufahren: »wenn wir Deutschvölkischen einmal zur Macht gelangen würden«, dann würden »die Judengenossen« mitsamt »den Juden nicht nur an den Pranger, sondern an den Galgen gebracht.«⁷⁴ Unmittelbarer noch forderte Andrea Ellendt bei ihren Vorträgen zur Tat auf. Sie gehörte zu den aktivsten Schutz- und Trutz-Bund-Agitatoren in Bayern und Franken und erhielt wegen ihrer Hetze gegen Rathenau im Frühjahr 1922 in einigen fränkischen Städten Redeverbot. Am 11. Mai 1922 erklärte sie in einer diesmal von der NSDAP veranstalteten öffentlichen Versammlung: »Ich appelliere an Euch alle: Zeigt Mut, schließt Euch fester zusammen, die Zeit erfordert es! Wir fordern die Ausschaltung und Beseitigung der Juden. Nicht mit Worten können wir die Juden bekämpfen, wir müssen vielmehr zur Tat schreiten. Dazu seid Ihr aber alle berufen, alle die Ihr hier seid. Seid einig, wenn es gilt, Rache an den Juden zu üben!«⁷⁵

Die allgemeine Aufhetzung, der Aufruf zu Gewalttätigkeiten waren, wenn auch zum Teil verklausuliert, in den Reden der Schutz- und Trutz-Bund-Propagandisten nicht zu überhören. Sowenig die deutschvölkischen Führer auch nur einen direkten Befehl zu Gewaltaktionen gegeben haben mögen, so gewiß haben sie doch den Boden dafür bereitet. Die Tat wurde von ihnen immer wieder gefordert, als Befreiungstat, als Racheakt und als Notwehr beschworen, als Götterdämmerung mythisch verklärt sowie in Versen poetisch verbrämt, wo es dann zuweilen zu bei aller Pathetik so deutlichen Wendungen kam wie den folgenden: »Bis aus der Scheide schnellend / Der Blutstahl fährt / Und wie der Blitz erhellend / Die Nacht verklärt; / Bis aus den Mörderhirnen / Das Leben raucht / Und hoch zu den Gestirnen / Ihr Opfer haucht.«⁷⁶ In diesem Zusammenhang enthüllen die Worte von den zwei Millionen Juden in Deutschland, die von der Bildfläche verschwinden und zum Teufel gejagt werden müßten, deren Ausschaltung und Unschädlichmachung gefordert wurde, Stimmungen im deutschen Volk, die nur ein Jahrzehnt später offen zutage treten sollten. Dabei entsprach die Identität der Vokabeln bereits der Identität der Absicht und des Wollens. Der Einbruch ahumanen Denkens gegenüber den Juden in das Bewußtsein etlicher Deutscher erfolgte nicht erst unter dem Eindruck des Nationalsozialismus, sondern häufig schon durch die Hetze

des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Das belegen eindrücklich die Aussagen des Bundesmitgliedes Gerhard Görtz aus Rheydt. Der 46jährige Tuchreisende hatte nur wenige Wochen nach dem Rathenaumord öffentlich erklärt und diese Erklärung bei der polizeilichen Vernehmung ausdrücklich als seine feste politische Überzeugung bestätigt: Die Juden »hätten Rußland und Österreich kaputt gemacht und so würde es auch Deutschland ergehen, wenn ich Befehl und die Macht hätte, ich würde sie alle umbringen, denn ich habe in meinem Geschäft schon oft trübe Erfahrungen damit gemacht«.77

Verallgemeinerungen vermeintlicher Erfahrungen und politische Einflüsterungen schienen zu genügen, um den jüdischen Bevölkerungsteil des deutschen Volkes zum Tode zu verurteilen. Dahinter standen die Agitation des Schutz- und Trutz-Bundes und die von ihm propagierte völkische Weltanschauung. Sie löschten hier jegliches kritische Denken aus. Der Antisemitismus weckte negative menschliche Instinkte und schürte weiterhin eine Art Kriegspsychose, indem er den Völkerkampf des Weltkrieges auf die Judengegnerschaft transponierte. Dadurch wurde auch das ahumane, auf Vernichtung des Gegners gerichtete Denken perpetuiert und in den Antisemitismus integriert. Die langen Jahre des Krieges selbst hatten zu tiefe Spuren in dem sittlichen Bewußtsein vieler Deutscher hinterlassen, als daß ein solches Denken überall auf festen Widerstand gestoßen wäre. Wie der Tuchhändler Görtz warteten viele Anhänger des Schutz- und Trutz-Bundes, viele Freikorpsoldaten auf den Befehl, auf die Macht oder auf die Stunde, die alles wieder zurechtrücken sollten. In dieser Atmosphäre des Wartens und Hassens mußten die Aufrufe des Schutz- und Trutz-Bundes zur Tat wie ein Zwang wirken. In letzter Konsequenz drängte der fanatische totale und organisierte Antisemitismus des Schutz- und Trutz-Bundes zur Tat.

Ein weiteres ist in diesem Zusammenhang noch zu berücksichtigen. So vage sich auch die Aufforderungen zur Tat in den Äußerungen der deutschvölkischen Propagandisten ausnehmen, der Gegner wurde stets eindeutig benannt. Es kann deshalb nicht verwundern, daß in rechtsradikalen Kreisen Gerüchte auftauchten über bestimmte schwarze Listen von Persönlichkeiten, die beseitigt werden mußten.⁷⁸ Tatsächlich hat sich die Existenz solcher Mordlisten nie nachweisen lassen. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund allerdings scheute sich nicht, Listen von jüdischen oder von angeblich unter jüdischem Einfluß stehenden Persönlichkeiten herauszugeben und diese als »Schädlinge« öffentlich zu brandmarken. Eine besondere Rolle spielte der am 17. März 1920 zuerst veröffentlichte Aufruf des Bundes zur Schaffung eines

»Deutschen Volksgerichtshofes«. Darin wurden elf Persönlichkeiten namentlich aufgeführt, die — so wollten es die Verfasser dieses Aufrufes — »als Träger eines Systems widervölkischen und undeutschen Wollens und Handelns« zur Rechenschaft gezogen werden sollten.⁷⁹ Auf zwei von ihnen, nämlich auf Rathenau und Harden, wurden Attentate verübt; ein Dritter, Max Warburg, entging einem Anschlag nur durch rechtzeitige Warnung.⁸⁰ Dieselbe Hamburger Gruppe, die den Anschlag auf Warburg plante, hatte als weitere »Opfer« Oscar Cohn und Theodor Wolff ausersehen.⁸¹ Sowohl Cohn, der als Mitglied der USPD im November 1918 Verbindung zu russischen Bolschewisten gehabt haben soll, als auch Wolff, der Chefredakteur des liberalen »Berliner Tageblatt«, standen auf der erwähnten Anklageliste des Schutz- und Trutz-Bundes. Wenngleich bei allen diesen Anschlägen ein direkter Zusammenhang mit der Schutz- und Trutz-Bund-Liste nicht nachzuweisen ist, so konnte doch das Bestehen einer solchen Liste wie eine Aufforderung zur Tat auf die von einer maßlosen Propaganda verhetzten und in einer von der Wirklichkeit abgelösten Vorstellungswelt gefangenen Anhänger des Schutz- und Trutz-Bundes wirken.

Die Ermordung Erzbergers

Die Opfer waren gezeichnet; die Tat war schon im voraus gerechtfertigt. Es bedurfte nur noch eines Anstoßes, damit es zu den großen politischen Attentaten der Nachkriegszeit kam.⁸² Im Falle der beiden Erzberger-Mörder Heinrich Schulz und Heinrich Tillessen genügte ein nicht unterzeichneter Zettel. Dieser wurde den beiden von ihrem unmittelbaren »Vorgesetzten« in der Organisation Consul, Manfred von Killinger, überreicht. Er besagte, daß eine Auslosung die beiden dazu ausersehen hätte, den ehemaligen Reichsfinanzminister zu beseitigen.⁸³ Schulz und Tillessen stellen geradezu das klassische Beispiel jener im Interferenzraum von deutschvölkischer Weltanschauung und nationalistischem Aktivismus angesiedelten politischen Attentäter in den Jahren 1921 und 1922 dar. Beide, im Kriege zu Offizieren aufgestiegen, fühlten sich am Ende als »Enterbte« des verlorenen Weltkrieges. Sie sahen ihre Existenz durch die Heeresreduzierung in besonderem Maße bedroht, da sie nichts als das Kriegshandwerk erlernt hatten. Sie wurden Mitglieder der Marine-Brigade Ehrhardt. Nach dem Kapp-Putsch flohen Schulz und Tillessen nach Bayern, wo sie schließlich in Regensburg als kaufmännische Angestellte in der Zentralgenossenschaft des nationalistischen bayerischen Bauernvereins unterkamen. In die Regensburger Zeit — von Juni 1920 bis April 1921 — fällt die intensive Beschäfti-

gung der beiden Ehrhardt-Offiziere mit völkischem und antisemitischem Schrifttum und ihre Beeinflussung durch den Schutz- und Trutz-Bund, dessen Thesen sie sich kritiklos zu eigen machten.⁸⁴ Zwei Briefe Heinrich Tillessens an seinen ältesten Bruder aus dieser Zeit offenbaren ein totales Gefangensein im Antisemitismus.⁸⁵ Schulz und Tillessen nahmen die antisemitischen Anschuldigungen »als bare Münze«⁸⁶ und glaubten im Antisemitismus »den Schlüssel« gefunden zu haben »zu all dem, was wir erlebt, und all den Erschütterungen, die seit 300 Jahren über die ganze Welt gehen«.⁸⁷

Auffällig an dem von Tillessen in den beiden Briefen bekundeten Antisemitismus war eine scharfe Wendung gegen Freimaurerei und Jesuitentum. Diese antifreimaurerischen und antijesuitischen Akzente weisen auf eine Beeinflussung durch den Vorsitzenden der deutschvölkischen Ortsgruppe in Regensburg, den Architekten Lorenz Mesch zurück, mit dem Schulz und Tillessen engen Kontakt hatten. Mesch stand im Schutz- und Trutz-Bund an der Spitze einer antifreimaurerischen Bewegung, die – wie noch zu zeigen sein wird – im Bund selbst viel Unfrieden verursachte, und leitete zugleich den Regensburger Germanenorden. Dieser war eine Nachfolgeorganisation des 1912 aus Hammer-Kreisen hervorgegangenen und während des Krieges in zwei konkurrierende Bünde zerfallenen Germanenordens und hatte neben dem Kampf gegen die Juden die Bekämpfung des Freimaurerwesens zum Ziel. Schulz und Tillessen haben selbst mit ihren Aussagen nach dem Zweiten Weltkrieg den Germanenorden in Verbindung mit dem Erzbergermord gebracht, doch hat die Forschung bisher angenommen, daß Germanenorden und Organisation Consul identisch seien.⁸⁸ Dagegen beweisen bisher unausgewertete Materialien, die der württembergischen Polizei 1921 in Regensburg bei Mesch und einem weiteren führenden Ordensmitglied in die Hände fielen, daß Schulz und Tillessen einem mit der Organisation Consul nicht identischen Germanenorden angehörten. In den von der Polizei beschlagnahmten Mitgliederlisten tauchen u. a. folgende Namen auf: Manfred von Killinger, Dr. Arnold Ruge, führender Propagandist des Schutz- und Trutz-Bundes, in dessen Büro Tillessen nach Zeugenaussage Meschs einzutreten gedachte, sowie Albert Grenz, der eine entscheidende Rolle im Harden-Attentat spielte.⁸⁹ Doch läßt auch dieses Material eine Beantwortung der Frage nach der Herkunft des anonymen Mordbefehls nicht zu. Es zeigt nur die engen personellen Verbindungen zwischen den einzelnen rechtsextremistischen Organisationen, auf die oben schon hingewiesen worden ist, und beweist, daß Schulz und Tillessen tatsächlich in den völkisch-antisemitischen Kreisen um den Schutz- und Trutz-Bund-Führer Lorenz Mesch verkehrten. In Re-

gensburg gerieten Schulz und Tillessen unter den Einfluß einer fanatischen antisemitischen Demagogie.

Im Mai 1921 zogen Schulz und Tillessen nach München und traten dort der als Bayerische Holzverwertungsgesellschaft getarnten Organisation Consul bei, in der Manfred von Killinger eine führende Rolle spielte. Durch die Person Killingers verquickten sich die O. C. und der Germanenorden, so daß Schulz und Tillessen selbst über die wahren organisatorischen Verhältnisse im unklaren waren. Auf Grund ihrer Aussagen in den Erzberger-Mord-Prozessen nach dem Zweiten Weltkrieg läßt sich jedoch so viel feststellen:⁹⁰ Schulz und Tillessen wurden durch Killinger im Beisein eines anderen angeblichen Ordensmitgliedes, Rittmeister a. D. von Möhring, auf den Germanenorden vereidigt und erhielten wenig später wiederum durch Killinger den schriftlichen Mordbefehl, der Hinweise auf den Orden enthielt.⁹¹ Damit erscheint der Germanenorden als der eigentliche Auftraggeber. Inwieweit aber dieser wie viele andere völkische Verbände unmilitärisch-sektiererische Geheimbund⁹² tatsächlich den Befehl gab oder nur von der Organisation Consul als Deckung benutzt wurde, bleibt auch jetzt noch ungeklärt. Für die letztere Vorsichtsmaßnahme bestand wegen der in der O. C. geltenden scharfen Femeordnung eigentlich keine Veranlassung. Auch die Tatsache, daß sich die O. C. nach dem Mord des allgemein auf der extremen Rechten verhaßten Erzberger vor die Mörder stellte, weist nicht unbedingt auf eine Urheberchaft seitens der O. C. zurück. Vielmehr erscheint es bei der verborgenen Befehlsstruktur dieser Geheimorganisation nicht ausgeschlossen, daß es sich bei dem Attentat um ein Vorgehen einzelner Mitglieder handelte, an dem die höchste O. C.-Spitze planend nicht beteiligt gewesen war und dem ein konkretes politisches Aktionsprogramm nicht zugrunde gelegen hatte.

Ein anonymen Befehl, dessen Herkunft selbst für die Täter im dunkeln lag, war der »zündende Funken«,⁹³ der einen von antisemitischer und antirepublikanischer Hetze erzeugten Haß schließlich tätig werden ließ. Am 26. August 1921 starb der ehemalige Reichsfinanzminister Matthias Erzberger, der Mann der Friedensresolution und des Compiegner Waffenstillstandes, in seinem Urlaubsort Bad Griesbach im Schwarzwald durch die Schüsse zweier noch nicht dreißigjähriger verblendeter und mißbrauchter Weltkriegsoffiziere.

Das Attentat auf Scheidemann

Am Nachmittag des 4. Juni 1922 wurde auf den damaligen Kasseler Oberbürgermeister Philipp Scheidemann ein Blausäure-Attentat ver-

übt, als er mit seinen Angehörigen in der Nähe von Wilhelmshöhe spazieren ging.⁹⁴ Wie Erzberger hatte auch Scheidemann als führender Sozialdemokrat, als Volksbeauftragter und Chef des ersten Reichskabinetts der Weimarer Republik entscheidenden Anteil an der Gestaltung der Umbruchszeit gehabt und im Mittelpunkt einer wütenden und verleumderischen Hetze gestanden. Die Attentäter, der zweiundzwanzigjährige Kaufmann Hanns Hustert und der neunundzwanzigjährige Angestellte Karl Oehlschläger, waren schon im April 1922 aus Elberfeld angereist. Obwohl sie in Kassel keiner Arbeit nachgingen, verfügten sie während ihres wochenlangen Aufenthaltes über größere Geldmittel. Sie wurden in Kassel wiederholt von dem bereits mehrfach erwähnten Alfred Günther besucht.

Günther kam ebenfalls aus Elberfeld. Er leitete im Rheinland die Jugendgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und war Führer der Elberfelder Organisation Consul. Wie Günther waren auch Hustert und Oehlschläger Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes und der Organisation Consul.⁹⁵ Hustert war 1917, siebzehnjährig, als Kriegsfreiwilliger in das Heer eingetreten und nach Kriegsende in der Sicherheitswehr und in der politischen Polizei seiner Heimatstadt tätig gewesen. Seit Anfang 1920 gehörte er dem Schutz- und Trutz-Bund Elberfeld an. Dadurch lernte er den etwa fünf Jahre älteren Alfred Günther kennen, durch den er stark im antisemitischen Sinne beeinflußt wurde.⁹⁶ Günther vertrat einen radikalen Rassenantisemitismus, für den er unter seinen Freunden und in zahlreichen nationalistischen Verbänden warb.^{96a} Günther war nach dem Krieg, in dem er es bis zum Leutnant gebracht hatte, in der nationalistischen Bewegung sehr aktiv geworden; führende Positionen hatte er vor allem im Schutz- und Trutz-Bund und in der Organisation Consul inne.⁹⁷

Hustert und Günther zogen mit einer starken Elberfelder Gruppe aus dem Schutz- und Trutz-Bund im Frühsommer 1921 nach Oberschlesien und nahmen dort unter der Führung Killingers an den Kämpfen gegen die Polen teil. Aus dieser Zeit datieren ihre Verbindungen zu der Organisation Consul.⁹⁸ In Oberschlesien lernten sie Karl Oehlschläger kennen. Oehlschläger hatte sich im Weltkrieg als Offizier mehrfach ausgezeichnet und nach Kriegsende nicht mehr den Weg zurück ins bürgerliche Leben gefunden. Er war zeitweilig Mitglied der Marine-Brigade Ehrhardt, um die Jahreswende 1920/21 tauchte er bei der nationalistischen Organisation der »Erwachenden Ungarn« in Ungarn auf, im Frühjahr 1921 hielt er sich bei der »Eisernen Division« in Holstein auf, um schließlich im Sommer 1921 als Maschinengewehroffizier an den oberschlesischen Kämpfen teilzunehmen.⁹⁹ Im Herbst 1921 ge-

langte er durch die Vermittlung Günthers nach Elberfeld und trat dort in den Kreis der Deutschvölkischen und O. C.-Mitglieder ein, die über Günther engen Kontakt mit den O. C.-Führern Werber und Killinger hielten.¹⁰⁰

Ein vagabundierender Weltkriegsoffizier, ein politisch verhetzter Jungendlicher und ein von seiner Aufgabe in den Organisationen der nationalen Rechten besessener Völkischer bildeten den engeren Kreis der am Scheidemann-Attentat Beteiligten. Was sie verband, war einmal ihre völkische Gesinnung. Sie alle vertraten jenen »wissenschaftlichen Antisemitismus«,¹⁰¹ der in Versammlungen und Vorträgen des Schutz- und Trutz-Bundes propagiert wurde. Zum anderen verband sie Tatbereitschaft. Diese war nicht mehr durch politische Einsicht kontrolliert, sondern durch eine verantwortungslose Hetze geradezu enthemmt. Was sich hinter diesen dreien verbarg, ob und woher ein Anstoß zur Tat erfolgte, wurde nie aufgeklärt. Sowohl Hustert als auch Oehlschläger stritten während der Gerichtsverhandlungen jegliche Anstiftung auf das entschiedenste ab und bestanden auf ihrer alleinigen Verantwortlichkeit. Die Blausäure, mit der das Attentat verübt wurde, wollte Oehlschläger von einem Ungarn erhalten haben. Immerhin deuten die großen Geldmittel, über die Hustert und Oehlschläger in Kassel verfügten, die wiederholten Besuche durch Alfred Günther und das Auftauchen eines unbekannt gebliebenen Mannes am Abend vor dem Anschlag bei Hustert und Oehlschläger auf einen größeren Kreis, wenn nicht gar auf eine Organisation als eigentliche Urheber hin. Die beiden Attentäter selbst bekannten sich jedenfalls in einem mißverstandenen Heroismus zu ihrer Tat.¹⁰²

Die Ermordung Rathenaus

Vergleichsweise groß war der Kreis derjenigen, die Anteil an den Vorbereitungen zur Ermordung des Reichsaußenministers Walther Rathenau hatten.¹⁰³ Sie kamen aus voneinander so entfernt liegenden Städten wie Kiel, Hamburg, Berlin, Schwerin, Frankfurt am Main und Freiberg. Daß dennoch nichts von dem Mordplan durchsickerte, ist Beweis für die Einmütigkeit, mit der im völkischen und nationalistischen Lager die Beseitigung Rathenaus gewünscht wurde. Die »Drachensaat«¹⁰⁴ des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes war aufgegangen.

Wiederum kamen Täter und Beteiligte aus der Organisation Consul und dem Schutz- und Trutz-Bund. Doch kann hier noch weniger als beim Erzbergermord und beim Scheidemann-Attentat von einem ein-

heitlichen Plan der Organisationen gesprochen werden. Es genügte, daß zwei in O. C.- und Schutz- und Trutz-Bund-Kreisen bekannte ehemalige Weltkriegsoffiziere sich für die Tat entschieden, um ihnen von vielen Seiten Hilfe zuteil werden zu lassen.

Die zentrale Figur in Planung und Ausführung des Mordes war ohne Zweifel der dreiundzwanzigjährige ehemalige Oberleutnant z. S. Erwin Kern. Nach dem Kriege war er zur Marine-Brigade Ehrhardt gestoßen und hatte im März 1920 am Kapp-Putsch in Berlin teilgenommen. Auch nach der Auflösung der Brigade verblieb Kern im Kreis der Leute um Ehrhardt und beteiligte sich aktiv an zahlreichen Aktionen der Organisation Consul.¹⁰⁵ Seit seinem Ausscheiden aus der Marine studierte Kern Rechtswissenschaften in Kiel.¹⁰⁶ Der zweite Attentäter war der zweieinhalb Jahre ältere Maschinenbauingenieur Hermann Fischer. Fischer hatte sich bei Kriegsausbruch freiwillig gemeldet und war zuletzt Leutnant und Kompanieführer gewesen. Nach einer kurzen Zugehörigkeit zur Marine-Brigade Ehrhardt nahm er in Chemnitz das Studium des Maschinenbaues auf, das er im März 1922 erfolgreich abschloß.¹⁰⁷ Während dieser Zeit stellte sich Fischer anläßlich der Chemnitzer Unruhen im August und September 1919 einem Freikorps zur Verfügung, trat während des Kapp-Putsches in ein Zeitfreiwilligen-Regiment ein und kämpfte im Frühsommer 1921 in Oberschlesien.¹⁰⁸ Sowohl Kern als auch Fischer gehörten mehreren nationalistischen Verbänden an. Sie waren beide nachweislich Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes.¹⁰⁹

Um die beiden Mörder scharte sich ein großer Kreis von Helfern und Mitwissern. Sie kamen wie Kern und Fischer ausschließlich aus der völkisch-nationalen Bewegung, waren Mitglieder der Organisation Consul oder des Schutz- und Trutz-Bundes. Den Wagen der Attentäter steuerte der einundzwanzigjährige Student Ernst Werner Techow. Techow war noch im Herbst 1918 als Seekadett in die Marine eingetreten und hatte nach der Entlassung mehreren Freiwilligenformationen angehört. Am Kapp-Putsch nahm er unter Führung Killingers in der Marine-Brigade Ehrhardt teil und zählte später zu der Organisation Consul. Auch Ernst Werner Techow war Mitglied mehrerer rechtsradikaler Verbände, darunter zeitweilig des Schutz- und Trutz-Bundes.¹¹⁰ Sein jüngerer Bruder Hans Gerd Techow war ebenfalls in den Mordplan eingeweiht. Trotz seiner Jugend — Hans Gerd Techow war damals siebzehn Jahre alt — spielte er in völkischen und deutschnationalen Jugendverbänden in Berlin, darunter im Schutz- und Trutz-Bund, schon eine beachtenswerte Rolle.¹¹¹

Die Tatwaffe, eine Maschinenpistole, lieferte der als Sekretär beim

Gau Mecklenburg des Schutz- und Trutz-Bundes angestellte ehemalige Seekadett Christian Ilseman. Ilseman hatte vom Februar bis Oktober 1919 der Marine-Brigade Ehrhardt angehört und dort die Bekanntschaft Erwin Kerns gemacht. Von einem über einjährigen Mexikoaufenthalt zurückgekehrt, wandte sich Ilseman im Frühjahr 1922 mit der Bitte an Kern, ihn in nationalen Kreisen zu beschäftigen. Ilseman wurde von Kern daraufhin an den Gauleiter des Schutz- und Trutz-Bundes in Schwerin, Erich Bade, verwiesen. Am Tage vor der Ermordung Rathenaus erschienen die beiden Attentäter und zwei weitere Begleiter in Schwerin. Sie verbrachten den Tag in der Wohnung Bades und ließen sich von Ilseman die Maschinenpistole aushändigen.¹¹² Sowohl Bade als auch Ilseman stritten später zwar ab, von dem Mordplan gewußt zu haben oder auch nur der Organisation Consul anzugehören, doch kann dies wohl bezweifelt werden. Denn zumindest Erich Bade war nachweislich Mitglied der O. C. und unterstützte deren Tätigkeit aktiv.¹¹³ Daß zudem in den Kreisen des Schutz- und Trutz-Bundes der Gedanke an eine Ermordung Rathenaus in Zusammenhang mit den Vorbereitungen Kerns und Fischers durchaus aufkommen konnte, zeigt das Beispiel des Freiburger Fabrikanten Johannes Küchenmeister.

Johannes Küchenmeister war aktives Mitglied des von seinem Bruder und Teilhaber Fritz Küchenmeister geleiteten Freiburger Schutz- und Trutz-Bundes und galt als eifriger Förderer rechtsradikaler Organisationen.¹¹⁴ Er stellte den Attentätern seinen großen Personenkraftwagen zur Verfügung, obwohl er — wie er später bekannte — ahnte, zu welchem Zweck das Auto benutzt werden sollte. Dennoch habe er sich dazu entschlossen, um das zu unterstützen, was er »für das Gebot der Stunde hielt«.¹¹⁵

Die Hetze gegen den Erfüllungspolitiker und den angeblichen Bolschewisten sowie nicht zuletzt gegen den Juden Rathenau hatte ihn in den völkisch-nationalistischen Kreisen als einen Menschen erscheinen lassen, der sein Leben verwirkt habe. Sie ist die Ursache dafür, daß Kern und Fischer mit ihrem Mordplan im Schutz- und Trutz-Bund und in der Organisation Consul auf keinen festen Widerstand stießen. Sie bewirkte schließlich, daß Mordpläne entstanden in den Köpfen unreifer und durch antisemitische Propaganda verhetzter Jugendlicher wie des Gymnasiasten Stubenrauch, der unabhängig von Kern und Fischer die Ermordung Rathenaus plante, oder völkischer Sektierer und Hochstapler wie des am Rathenau mord beteiligten Wilhelm Günther.¹¹⁶ Wie der Erzbergermord und das Scheidemann-Attentat war auch der Mord an Rathenau nicht eigentlich die Aktion einer bestimmten Orga-

nisation, sondern die Tat einzelner, die sich allerdings aus O. C. und Schutz- und Trutz-Bund kannten und die eine gemeinsame Gesinnung verband. Dem Mord lagen auch nicht ein konkreter politischer Plan oder umfassende politische Zukunftsvorstellungen zugrunde. Das Auftreten und die Aussagen der am Mord Beteiligten im Prozeß lassen es vielmehr angezeigt erscheinen, von ihnen als Opfern einer maßlosen Verhetzung zu sprechen, denn was sie vor dem Staatsgerichtshof ausführten, konnte man als »Tatsachen« in den völkischen und antisemitischen Propagandaschriften lesen.

Werden die Hintergründe des Erzbergermordes und des Scheidemann-Attentates mitberücksichtigt, so wird deutlich, daß die Täter und ihre Helfer in einer von der antisemitischen Propaganda angeheizten Atmosphäre des Hasses agierten. Die fanatische antisemitische Hetze gegen Judentum und Republik hatte letztlich ihr Denken und Handeln bestimmt. Als am späten Morgen des 24. Juni 1922 der Reichsaußenminister Walther Rathenau auf der Fahrt ins Ministerium dem Anschlag Kerns und Fischers zum Opfer fiel, da hatte vor allem der Antisemitismus ein Ziel erreicht. Mit Rathenau starb die Persönlichkeit, die als Exponent des angeblich undeutschen jüdischen Systems in Deutschland immer wieder angegriffen worden war und nach Meinung weiter völkisch-nationalistischer Kreise wie keine andere das deutsche Judentum und die neue Republik repräsentierte.

Das Attentat auf Harden

Nur neun Tage nach der Ermordung Rathenaus, am 3. Juli 1922, wurde der Schriftsteller Maximilian Harden in der Nähe seiner Wohnung im Grunewald von dem ehemaligen Oberleutnant Walter Ankermann aus Oldenburg hinterrücks überfallen und mit einem eisernen Gegenstand lebensgefährlich verletzt.¹¹⁷ Den Täter deckte bei dem Mordanschlag der landwirtschaftliche Beamte Herbert Weichardt, der ebenfalls aus Oldenburg stammte. Die beiden Attentäter waren durch den Oldenburger Buchhändler Albert Grenz zur Tat angestiftet worden. Obwohl die Polizei Weichardts und Grenz' sofort habhaft wurde, konnten die eigentlichen Hintergründe dieses Mordversuches nie ganz aufgedeckt werden. Vor allem blieb die von Grenz hartnäckig behauptete Verbindung nach München völlig unaufgeklärt, von wo aus im März 1922 durch ein anonymes Schreiben sowohl der Befehl zur »Erledigung« Hardens gegeben als auch die nicht unerheblichen Geldsummen für die Attentäter zur Verfügung gestellt worden sein sollten.

Albert Grenz war in der völkischen Bewegung kein Unbekannter; er

unterhielt politische Beziehungen, die weit über seine Heimatstadt hinausreichten. In Oldenburg war er in den beiden Soldatenverbänden »Stahlhelm« und Nationalverband Deutscher Soldaten vertreten und gehörte dem Schutz- und Trutz-Bund als Geschäftsführer der Oldenburger Ortsgruppe an; für letztere betätigte er sich auch agitatorisch. Darüber hinaus war Grenz Mitglied des Treubundes für aufsteigendes Leben, einer von dem Stuttgarter Schriftsteller Richard Ungewitter gegründeten und geleiteten Vereinigung völkischer Anhänger der Freikörperkultur.¹¹⁸ Unbekannt war bisher, daß Grenz dem Germanenorden angehörte, der — wie die nachträglich zutage getretenen Hintergründe zeigten — eine so bedeutsame Rolle bei der Ermordung Erzbergers gespielt hatte. Die bei dem Regensburger Architekten Lorenz Mesch, der die späteren Erzberger-Mörder in den Schutz- und Trutz-Bund und den Germanenorden eingeführt hatte, seinerzeit beschlagnahmten Mitgliederlisten weisen unter der Gruppe »Friesland — Fosetisland« den Namen und die Adresse von Albert Grenz auf. Außerdem befand sich unter den beschlagnahmten Papieren ein Brief von Grenz an Mesch vom 8. August 1921, in dem Grenz über seine Tätigkeiten in der völkisch-nationalen Bewegung berichtete.¹¹⁹

Diese enge Verbindung Grenz' zum Germanenorden und zum Regensburger Kreis der Erzberger-Mörder läßt vermuten, daß — wenn man den Aussagen Grenz' über die anonymen Schreiben und die Herkunft des Geldes Glauben schenken will — wiederum wie beim Erzbergermord der Germanenorden oder Ordensmitglieder als vorgeschobene oder eigentliche Auftraggeber fungierten. Wie bei den Erzberger-Mördern traf der Auftrag einen in der völkischen Weltanschauung völlig befangenen Antisemiten, der die Juden unbarmherzig bekämpfte.¹²⁰ Für Grenz kam der Auftrag zur Beseitigung Hardens einem Rechtsspruch gleich, der mit seiner eigenen politischen Überzeugung übereinstimmte, so daß er auch nach dem Attentat sein Handeln nicht zu bedauern vermochte.¹²¹ Für das Attentat diente sich der selbst noch recht junge Buchhändler zwei jüngere Mitglieder Oldenburger Soldatenverbände, die ihm von seiner Tätigkeit in diesen Organisationen bekannt waren. Es handelte sich einmal um den zweiundzwanzigjährigen Oldenburger Zahnarztsohn Herbert Weichardt — dieser hatte die Aufmerksamkeit Grenz' erweckt, als er sich aktiv bei der Sprengung einer Versammlung der Ernsten Bibelforscher durch Oldenburger Völkische beteiligte —, zum anderen um den dreißigjährigen ehemaligen Oberleutnant Walter Ankermann. Ankermann stammte aus Königsberg und war dort nach dem Kriege als Nachschub- und Verbindungsoffizier für die Baltikumtruppen tätig gewesen. Später lebte er von Betrügereien, Unterschla-

gungen und dem Geld seiner Freunde. Seit dem Sommer 1921 leitete Ankermann einen völkischen Jungmannenbund in Oldenburg.¹²² Nach Aussagen eines ehemaligen Offizierskollegen war Ankermann entschiedener Antisemit und eifriges Mitglied des Schutz- und Trutz-Bundes.¹²³

Anders als die Täter und Beteiligten der zuvor behandelten Attentate gehörten Weichardt und Ankermann nicht der Organisation Consul an. Auch spricht ihr Leben in Berlin vor Ausführung der Tat dafür, daß weniger nationalistischer Tatendrang als vielmehr das Geld auslösendes Motiv ihres Handelns war. Zudem traten sie immer wieder an Grenz heran, ihnen Geld zu senden, so daß dieser schließlich aus eigenen Mitteln die Attentäter unterstützte. Dennoch gehört auch das Harden-Attentat in die Reihe der politischen Mordanschläge, da bei ihm ebenso wie bei den anderen das Zusammentreffen völkischer Borniertheit, politischer Verhetzung und sittlicher Verrohung zu beobachten ist. Im Falle Maximilian Hardens hatte ebenfalls ein anonymer Befehl genügt, um einen durch antisemitische Hetze fanatisierten Völkischen tätig werden zu lassen.

Mordorganisation?

Wenngleich hinter allen aufgeführten politischen Attentaten während der Jahre 1921/22, zu denen noch der bis heute weitgehend ungeklärte Mord an dem Führer der Münchener MSPD, Gareis, am 9. Juni 1921 hinzuzuzählen ist, immer wieder dieselben Organisationen auftauchen, so zeigen die Untersuchungsergebnisse doch deutlich, daß es eine große Mordorganisation im eigentlichen Sinne nicht gegeben hat und daß der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund als solche kaum, die Organisation Consul nur sehr bedingt anzusprechen sind. Es gab zwar Organisationen, in denen das Gewaltdenken des Weltkrieges fortlebte, in denen die Gewalt verherrlicht und Mord als Mittel zu politischen Zwecken bejaht wurde. Es gab auch ein vielfaches, personell bedingtes Zusammenarbeiten mehrerer Organisationen, so daß die Verbände wechselseitig ihre Einflußbereiche auszudehnen vermochten und schließlich ein weitgespanntes, wenn auch lockeres Netz befreundeter und sympathisierender Gruppen entstand. Entscheidend war letztlich jedoch das Zusammentreffen von persönlichem Aktivismus und allgemeiner Haß- und Mordpropaganda. Diese hatte den politischen Mord im voraus gerechtfertigt, so daß es nur eines Anstoßes bedurfte, sei es, daß er aus eigenem Antrieb, sei es, daß er von fremder Seite erfolgte. Die Gruppen und Organisationen standen dann bereit, um die Täter zu decken.

Gerade die erst nach dem Zweiten Weltkrieg bekannt gewordenen

Hintergründe des Erzbergermordes machen deutlich, wie sehr die Täter und ihre Helfer als deklassierte Söhne eines zum Untergang verurteilten Mittelstandes — so hatte Rathenau einmal die Erzberger-Mörder charakterisiert¹²⁴ — Opfer einer primitiven Verhetzung waren, in welchem hohen Maße sie politisch verführt und verblendet waren. Die Attentäter und ihre Helfer der Jahre 1921/1922 waren keineswegs die revolutionären Bahnbrecher eines neuen Nationalismus, wozu spätere literarische Darstellungen und eine spätere Zeit sie zu machen suchten.¹²⁵ Allein ihre Bereitschaft zur Tat deutete etwas Neues an, doch war die Verherrlichung der Tat nicht frei von Herostratentum. Sie lehnten sich gegen die bürgerlich liberale, mit der Weltkriegsniederlage belastete, politisch ohnmächtige und wirtschaftlich geschwächte Weimarer Republik auf. Die antisemitische und antirepublikanische Hetze lieferte ihnen dazu Argument, Motiv und Ziel. So fallen denn die politischen Attentate insbesondere auch auf den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund zurück. Nicht nur war der Bund in dieser Hetze am stärksten hervorgetreten, sondern die Attentäter und ihre Helfer und Mitwisser entstammten auch fast ausnahmslos seinem Anhängerkreis.

Erst nach dieser Kette politischer Morde und Mordversuche schuf sich die Weimarer Republik eine rechtliche Grundlage, um dem Zusammenwirken von Einzelaktionen, geheimen Organisationen und öffentlicher Propaganda gegen die Republik wirksam entgegenzutreten zu können. Diese Frage der Haltung des Staates und seiner Gerichte gegenüber der Tätigkeit des Schutz- und Trutz-Bundes wird im nächsten Kapitel zu untersuchen sein.

16. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund vor Gericht

Rechtsprechung und Judentum

Mit den Verordnungen und dem abschließenden Gesetz zum Schutze der Republik vom Juni/Juli 1922, die unmittelbar durch den Rathenau-Mord veranlaßt worden waren, schuf sich die Weimarer Republik — so schien es wenigstens — ein Instrument, um gegen die antirepublikanischen Organisationen und die antirepublikanische Hetze vorgehen zu können, nachdem die Verordnungen vom August 1921 anlässlich des Erzbergermordes, die auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung erlassen worden waren, nur von temporärer Dauer gewesen wa-

ren. Bis dahin hatte die Tätigkeit des Schutz- und Trutz-Bundes seitens des Staates nur wenig Beeinträchtigung erfahren. Das lag nicht zuletzt in der Haltung vieler für die öffentliche Ordnung verantwortlichen Ämter und zahlreicher Gerichte in den deutschen Ländern begründet, die eine Bedrohung der Ordnung fast ausschließlich von links erwarteten und in den nationalen Kreisen vornehmlich staaterhaltende Kräfte sahen.¹ Es kam zwar in den Jahren 1919 bis 1922 zu Beschlagnahmungen von Flugblättern des Schutz- und Trutz-Bundes durch die Polizei. Auch wurden in mehreren Städten öffentliche Versammlungen des Bundes verboten. In einigen Ländern untersagten die Kultusministerien oder Schulbehörden den Schülern, in der Schule Hakenkreuze zu tragen und antisemitische Pamphlete zu verbreiten. Der Reichswehrminister verbot den Angehörigen der Reichswehr, dem Schutz- und Trutz-Bund anzugehören. Doch taten diese und andere lokal oder personell begrenzte Maßnahmen der eigentlichen Öffentlichkeitsarbeit des Schutz- und Trutz-Bundes keinen Abbruch. Die Verbote wurden vielfach umgangen und blieben ohne Rückwirkungen auf den Umfang wie auf den fanatischen Stil antisemitischer Propaganda.

Den Angegriffenen blieben zumeist zur Abwehr nur zwei Möglichkeiten: entweder in einen öffentlichen Propagandakampf mit dem Schutz- und Trutz-Bund einzutreten, wie es der Verein zur Abwehr des Antisemitismus und der Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mit ihren Zeitschriften, Flugblättern und Aufklärungsversammlungen taten, oder aber Gerichtsverfahren anzustrengen. Doch beinhaltete die antisemitische Propaganda zuviel an Verdächtigung, Verleumdung und Aufhetzung, als daß jeder einzelne Akt hätte geahndet werden können.

Bei den Gerichtsverhandlungen kam den Antisemiten zudem zugute, daß die Juden auf Grund eines Reichsgerichtsurteils vom 6. Oktober 1881 von dem Schutz gegen Kollektivbeleidigung ausgenommen waren und somit der einzelne Jude nicht ohne weiteres durch die Beschimpfung der Juden im allgemeinen als beleidigt anzusehen war.² Entscheidender war jedoch, daß zahlreiche Gerichte der Weimarer Republik den Juden auch den Schutz als Religionsgesellschaft (§ 166 StGB) und als Bevölkerungsklasse (§ 130 StGB) entzogen, indem sie sich den Standpunkt der Antisemiten zu eigen machten und die Beschimpfung der Juden nicht als Verunglimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft oder als Hetze gegen die jüdische Bevölkerungsklasse werteten, sondern als gegen die jüdische Rasse gerichtet hinstellten, wofür es keinen Straftatbestand gab.³ Für eine solche Justizpraxis seien im folgenden zwei Beispiele zitiert.

In Guhrau hatte der Führer eines deutschvölkischen Jungsturms, der Hauslehrer Th. Knobel, die Jungen vor dem jüdischen Friedhof dreimal ausspucken lassen und war daraufhin wegen Beschimpfung einer Religionsgesellschaft angeklagt worden. Doch kam das Landgericht Glogau in seiner Verhandlung am 10. November 1921 zu der Auffassung, der Angeklagte habe nicht die religiöse Gemeinschaft der Juden, sondern die jüdische Rasse treffen wollen, und sprach den Angeklagten frei. Der Staatsanwalt legte keine Berufung ein.⁴ War hier den Juden der Schutz des § 166 StGB verwehrt worden, so lehnte es in Glatz der Oberstaatsanwalt ab, gegen den Studienrat Krumschmidt wegen Aufhetzung zum Klassenhaß einzuschreiten. 1921 war die deutschvölkische Jugendgruppe des städtischen Gymnasiums in Frankenstein unter der Führung Krumschmidts durch die Stadt gezogen und hatte dabei ein Lied gesungen, dessen Refrain lautete: »Schmiert die Guillotine ein mit Judenblut, Blut muß fließen, Judenblut«. Zur Begründung seiner Haltung gab der Oberstaatsanwalt an, daß »nach dem neuerdings von den Gerichten eingenommenen Standpunkt Deutsche und Juden nicht verschiedene Klassen, sondern verschiedene Rassen« darstellten, um dann erläuternd fortzufahren: »Auch selbst wenn man in dem bemängelten Kehrreim schon eine Aufreizung erblicken wollte, so könnten dadurch höchstens die Rassengegensätze verschärft, nicht aber zum Klassenkampf aufgereizt werden. Dieser Umstand würde allein schon aus Rechtsgründen ein Einschreiten verbieten«.⁵

Aber auch wo einzelne Personen oder bestimmte Gruppen von den Antisemiten beschimpft und beleidigt wurden, fanden diese Straftaten nur eine schwache oder gar keine Ahndung. Der rheinländische Propagandist des Schutz- und Trutz-Bundes und Schriftleiter der antisemitischen Zeitung »Das freie Wort«, Klein-Rhoden, hatte dem preußischen Innenminister Severing mehrfach Lebensmittelschiebungen und Bestechlichkeit vorgeworfen. Obwohl er während der Gerichtsverhandlungen nicht den geringsten Wahrheitsbeweis erbringen konnte, verurteilte ihn die Strafkammer Bochum 1921 nur zu einer Geldstrafe von 200 Mark.⁶ Derselbe Minister war auch Ziel heftiger Angriffe seitens der Deutschvölkischen Schlesiens anläßlich der Auflösung der oberschlesischen Selbstschutzverbände. Der für den Schutz- und Trutz-Bund-Gau Schlesien tätige Hauptschriftleiter Goitsch bezichtigte Severing der Leichtfertigkeit und Gewissenlosigkeit. Goitsch wurde zwar in erster Instanz wegen Beleidigung verurteilt, in der Berufung aber von der Strafkammer Breslau freigesprochen. Das Gericht erklärte in seiner Begründung, Goitsch habe »nur eine in politischen Kreisen bereits feststehende Meinung« zum Ausdruck gebracht.⁷

In anderen Fällen zogen deutsche Gerichte § 193 StGB (Wahrnehmung berechtigter Interessen) heran, um deutschvölkische Agitatoren freizusprechen. In Breslau hatte der erste Vorsitzende der Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppe, Reiffgerste, auf einer öffentlichen Versammlung 1921 den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens in Halle beschuldigt, Kommunisten zum Mord an dem bekannten deutschnationalen Politiker und Schriftleiter Wulle aufgefordert zu haben. Als daraufhin der Vorsitzende des Hallenser Central-Vereins Privatklage wegen übler Nachrede gegen Reiffgerste erhob, wurde dieser am 6. August 1921 von einem Schöffengericht zu einer Geldstrafe verurteilt. Doch die Berufungskammer hob das Urteil auf. Sie billigte dem Angeklagten Reiffgerste den Schutz des § 193 StGB zu und sprach ihn von der Anklage wegen übler Nachrede frei.⁸

Bei solcher Spruchpraxis der Gerichte und solcher Einstellung zahlreicher Staatsanwaltschaften, die von unsicherer Loyalität gegenüber der Republik bis hin zum offenen Sympathisieren mit den nationalistischen und völkischen Gruppen reichte,⁹ war der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund vor einer Beeinträchtigung seiner Tätigkeit von dieser Seite nahezu sicher. Nur in den seltensten Fällen führte die Anrufung eines Gerichtes zu einer Verurteilung des Bundes und seiner antisemitischen Hetzer. Nach eigenen Angaben stand Alfred Roth allein in der Zeit bis zum 1. Juli 1920 achtzehnmal als Angeklagter vor Gericht. Nur in einem Fall wurde er rechtskräftig verurteilt, und zwar wegen Vergehens gegen das Preßgesetz zu einer Geldstrafe von 50 Mark.¹⁰ Im folgenden soll an Hand einiger exemplarischer Fälle die Haltung der Gerichte gegenüber dem Schutz- und Trutz-Bund und dessen Tätigkeit aufgezeigt werden. Die Beispiele führen zugleich an eines der Grundprobleme der Weimarer Republik heran: nämlich zu der Frage, inwieweit eine aus dem Kaiserreich nahezu unverändert übernommene Beamtenschaft bereit sein konnte, unvoreingenommen gegenüber dem neuen Staat Recht zu sprechen, und wieweit die Republik sich selbst und ganze Bevölkerungsteile durch eine maßlose Demagogie in Frage stellen lassen durfte, ohne die Grundlagen der eigenen Existenz zu gefährden.

Deutschvölkische Agitatoren vor Gericht

Über drei Instanzen versuchten die Essener Rechtsanwälte Dr. Levy und Dr. Stern sich gegenüber dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund Recht zu verschaffen. Sie traten als Nebenkläger in einem Prozeß auf, den der Staatsanwalt gegen Roth und den Hauptschriftleiter Dr.

Horlacher wegen eines in der »Süddeutschen Zeitung« erschienenen Artikels »Die Diktatoren des Proletariats« angestrengt hatte. Darin hatte Roth in üblicher Weise gegen die Juden gehetzt und sie insbesondere als Drahtzieher bolschewistischer Unruhen und Führer der Roten Armee beschimpft. Als Beweis für seine Behauptungen hatte Roth etliche Namen aufgeführt, darunter die der Nebenkläger,^{10a} die er für die Aufstände im Ruhrgebiet verantwortlich machte. Nachdem das Schöffengericht Roth und Horlacher freigesprochen und das Landgericht das Verfahren auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 eingestellt hatte, legten die Nebenkläger Berufung beim Oberlandesgericht in Stuttgart ein. Doch dieses schloß sich am 16. Januar 1922 dem Spruch des Landgerichtes an. Es hob in seiner Begründung hervor, daß die Gesamttendenz des beanstandeten Artikels keinen Zweifel über die Absicht des Angeklagten lasse, »die wahren Ursachen und die eigentlichen treibenden Kräfte des Aufstandes aufzudecken«, die »Öffentlichkeit und die Behörden. . . in weitestem Sinne hierüber aufzuklären und damit dem Gelingen und der Weiterverbreitung des Aufstands entgegenzuwirken«. ¹¹

Billigte hier das Gericht den antisemitischen Agitatoren und ihrer Propaganda ausdrücklich zu, in Abwehr hochverräterischer Unternehmungen gehandelt zu haben, so stellte ein anderes Gericht die Subjektivität der deutschvölkischen Propagandisten heraus, um sie von einer Anklage freizusprechen. In Kassel hatte der wegen seiner Angriffe gegen die jüdische Religion bekannte Agitator Artur Dinter am 21. Mai 1920 auf einer Versammlung des Schutz- und Trutz-Bundes öffentlich die jüdische Religion beschimpft. Nach übereinstimmenden Zeugenaussagen hatte Dinter unter anderem den Gott der Juden als einen »Gott der Geschäftemacher« und als einen »Geschäftsmann« charakterisiert und von den alttestamentlichen Schriften behauptet, sie seien »Tagebücher jüdischer Betrügereien«. Darüber hinaus hatte Dinter erklärt, das jüdische Kolnidre-Gebet ermächtige die Juden, »Meineide, Betrügereien und sogar Totschlag« zu begehen. In einem daraufhin von der Staatsanwaltschaft Kassel angestregten Prozeß kam der Vertreter der Anklage zu der Auffassung, daß Dinter sich der Gotteslästerung und der Beschimpfung der Schriften, die die Grundlagen der jüdischen Religion bildeten, schuldig gemacht habe und sich der Tragweite seiner Behauptungen bewußt gewesen sein müsse. Das Gericht sah aber den Straftatbestand nach § 166 StGB für nicht gegeben an, da der Angeklagte »nur subjektiv die jüdische Lehre habe angreifen« wollen, und sprach am 11. Juli 1921 den Angeklagten frei. ¹²

Zu einem Prestigefall für den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-

Bund gestaltete sich der Prozeß des Bundes gegen die Textilienfirma C. Lewin aus Breslau.¹³ Den Anlaß dazu hatte ein vom Bund herausgegebenes Flugblatt gegeben. Darin wurde unter Bezugnahme auf den Verkauf von größeren Mengen Alt-Textilien an die genannte Firma der Regierung »Heeresgutverschleuderung« an Juden und diesen Wucher und Betrug vorgeworfen. Diese Behauptungen versuchte das Blatt am Beispiel der Firma C. Lewin zu beweisen, indem es den Eindruck zu erwecken suchte, als ob diese Firma Alt-Textilien, die sie für nur 2 Mark erworben, nahezu unverändert für 500 Mark wieder verkauft habe.¹⁴ Die angegriffene Firma erwirkte daraufhin beim Landgericht in Breslau eine einstweilige Verfügung gegen die im Flugblatt aufgestellten Behauptungen und reichte im Mai 1920 gegen den Bund und seinen Hauptgeschäftsführer eine Unterlassungs- und Schadenersatzklage ein. Obwohl von vornherein bekannt war, daß nicht die Firma C. Lewin, sondern die Textil-Notstandsversorgung G.m.b.H. über die von der Firma hergestellten Kleidungsstücke und deren Verkauf verfügte und obwohl noch im Mai 1920 der 20. Ausschuß der Nationalversammlung einstimmig beschloß, das Geschäftsverhältnis zu der Firma C. Lewin in vollem Umfange aufrechtzuerhalten, und feststellte, daß die Angriffe unberechtigt seien, vielmehr diese Firma so preiswert wie kein zweites Unternehmen arbeite,¹⁵ glaubte das Gericht umfangreiche Untersuchungen anstellen zu müssen. Vor allem der Schutz- und Trutz-Bund wartete mit immer neuen Beweisanträgen und Anträgen auf Vernehmung weiterer Zeugen auf. Dadurch zog sich der Prozeß außerordentlich in die Länge; das Gericht konnte zu keiner Urteilsfindung kommen. Da der Prozeß beide Parteien finanziell stark belastete, die Firma C. Lewin überdies in ihrer Geschäftsausübung beeinträchtigte, schlossen die beiden Parteien schließlich einen Vergleich. Der Bund verpflichtete sich darin zur Unterlassung seiner gegen die Firma gerichteten Behauptungen und zur Zurücknahme seiner Berufung gegen die einstweilige Verfügung. Die Firma C. Lewin sagte dagegen zu, die Klage gegen den Bund zurückzuziehen und die Gerichtskosten zu tragen.¹⁶ Auch in diesem Prozeß konnte sich das Gericht nicht zu einer Verurteilung der antisemitischen Agitatoren entschließen, obwohl diese für ihre entscheidende Behauptung des »Wuchers« den Wahrheitsbeweis nicht zu erbringen vermochten.

Ein eindringliches Beispiel für die Praxis deutscher Gerichte, das vermeintlich nationale Interesse einzelner Organisationen und ihrer Propagandisten höher zu stellen als das Recht des einzelnen oder bestimmter Bevölkerungsklassen, stellt der Prozeß dar, den der erste Vorsitzende des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glau-

bens, Dr. Julius Brodnitz, gegen den Münchner Ortsgruppenleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Willibald von Zezschwitz, anstrebte. Da das Quellenmaterial einen Einblick in die Urteilsfindung der mit diesem Fall befaßten Gerichte erlaubt,¹⁷ soll er im folgenden ausführlicher dargestellt werden. Ausgangspunkt war ein im Mai 1921 in der Stadt München verbreitetes Plakat des Schutz- und Trutz-Bundes. Es lud zu einer öffentlichen Volksversammlung ein, auf der der Bundesvorsitzende, Hertzberg, über »völkischen Aufbau« sprechen sollte. In der von Zezschwitz verfaßten und unterzeichneten Vorankündigung wurde unter anderem als Vorbedingung für einen »gesunden völkischen Aufbau« eine völlige Ausschaltung des dem deutschen »Volkkörper fremdbleibenden Judentums« gefordert. In diesem Zusammenhang griff Zezschwitz auch den Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und dessen Tätigkeit an und verurteilte die von diesem betriebene Politik »des Einpassens der Juden in deutsches Volkstum und Staatsbürgertum« als bewußte Täuschung des deutschen Volkes. Als Beweis wurde neben einigen Bibelzitatzen eine Äußerung während einer Central-Vereins-Versammlung vom 17. Mai 1913 herangezogen, in der behauptet worden war, daß ein Jude kein deutsches Nationalgefühl haben könne.¹⁸ Dieses Plakat erzeugte große Erregung unter den zahlreichen national eingestellten Juden Münchens.¹⁹ Der Vorsitzende des Central-Vereins machte sich zu ihrem Sprecher und erhob Klage gegen den Urheber und Verfasser dieser Veröffentlichung.

Der Angeklagte Zezschwitz ließ während der Verhandlungen vor dem Münchner Schöffengericht zahlreiche Zeugen zu seiner Verteidigung heranziehen. Unter ihnen befanden sich die bekannten Münchner Antisemiten Dietrich Eckart, Alfred Rosenberg und Wilhelm Rohmeder. Sie alle unterstützten Zezschwitz in seiner Argumentation, die darin bestand, dem Central-Verein Verbindungen zu außerdeutschen jüdischen Organisationen nachzuweisen und eine mangelnde Abwehrhaltung gegenüber den Ostjuden vorzuwerfen. Das Gericht ließ dies allerdings nicht als Wahrheitsbeweis für die beanstandeten Behauptungen gelten. Dagegen konnte die Gegenseite dem Gericht glaubhaft machen, daß die im Central-Verein zusammengeschlossenen deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens sich tatsächlich um die Pflege einer »deutschen Gesinnung« bemühten. Insbesondere konnte sie auch darauf verweisen, daß die von dem antisemitischen Agitator herangezogene Äußerung eines Juden aus dem Jahre 1913 durch den Central-Verein eine scharfe Zurückweisung erfahren hatte.²⁰ In seinem Urteil vom 16. Januar 1922 kam das Schöffengericht am Amtsgericht München zu

der Auffassung, daß die von Zezschwitz aufgestellten Behauptungen tatsächlich geeignet seien, die Mitglieder und insbesondere den Vorsitzenden des Central-Vereins verächtlich zu machen und in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen. Es verurteilte deshalb den Angeklagten wegen Vergehens der üblen Nachrede zu einer Geldstrafe von 500 Mark sowie zu den gesamten Kosten des Verfahrens. Als strafmildernd hatte es das Gericht angesehen, daß der »durch und durch nationalgesinnte« Angeklagte eine »ehrliche«, auf Grund von Studien gewonnene Überzeugung vertreten und sich dabei keiner gehässigen Ausdrucksweise bedient habe.²¹

Da beide Parteien gegen das Urteil Berufung einlegten, kam es mehrere Monate später vor dem Münchner Landgericht zu erneuten Verhandlungen. Dabei gelangte die I. Strafkammer des Landgerichts zu einer gänzlich anderen Beurteilung des Falles. Wohl sah sie den objektiven Tatbestand eines Vergehens der öffentlich verübten Beleidigung als gegeben an, doch billigte sie dem Angeklagten den Schutz des § 193 StGB zu, dessen Anwendung das Schöffengericht in seinem Urteil ausdrücklich zurückgewiesen hatte. In der Urteilsbegründung beschäftigte sich das Landgericht ausführlich mit den Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen jüdischen Organisationen des Central-Vereins, des Verbandes nationaldeutscher Juden und der Zionisten sowie mit der ostjüdischen Zuwanderung. Es leitete daraus die Überzeugung ab, daß sich unter den in Deutschland lebenden Juden tatsächlich sehr viele befänden, »bei welchen von einem Einpassen in deutsches Volkstum keine Rede sein« könne und die daher als »Ausländer« zu betrachten seien. Solche Personen ließen die grundlegende Voraussetzung jeglicher Staatsgemeinschaft, nämlich »die Vaterlandsliebe«, vermissen und seien, so folgerte das Gericht, »als eine Gefahr für den Staat, als Schädlinge zu betrachten«. Dies gelte um so mehr für die augenblickliche Lage Deutschlands, als es »durch Feinde von allen Seiten, von außen und innen« bedrängt werde. In dieser Zeit höchster politischer und wirtschaftlicher Not, so führte das Gericht in seiner Urteilsbegründung weiter aus, seien »nur Männer mit durch und durch deutscher Gesinnung, die auch nur deutsch empfinden«, dazu fähig, »sei es als deutsche Staatsbürger am Wohle des deutschen Volkes mitzuarbeiten, sei es in führender Stelle im wohlverstandenen deutschen Interesse zu wirken«. Zweck dieser subjektiven, die nationalistische Gesinnung des Gerichtes nicht verhehlenden Überlegungen war es, dem Schutz- und Trutz-Bund eine Berechtigung für seinen Kampf gegen die Juden zuzubilligen. Das Gericht gestand darüber hinaus dem Angeklagten als deutschem Staatsbürger ein gleiches Interesse zu, eine von ihm als dro-

hend angenommene Gefahr für den deutschen Staat abzuwehren. Das Gericht gab am 23. Oktober 1922 der Berufung von Zezschwitz statt und sprach den Angeklagten frei, da er als Vorsitzender der Münchner Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes wie als deutscher Staatsbürger zumindest subjektiv »zum Zwecke der Wahrnehmung berechtigter Interessen« gehandelt habe. Dem Privatkläger Dr. Brodnitz wurden die gesamten Kosten des Verfahrens beider Rechtszüge einschließlich der dem Angeklagten erwachsenen Auslagen auferlegt.²²

Brodnitz legte daraufhin Revision ein, doch wurde sie am 26. Januar 1923 vom 1. Strafsenat des Obersten Landesgerichtes zurückgewiesen. Der Strafsenat bestätigte ausdrücklich die angefochtene Zuerkennung des § 193, da der Angeklagte im Interesse des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes gehandelt habe und der Bund das Judentum als eine Gefahr für Deutschland bekämpfe. Dabei war es nach Meinung des Gerichtes unerheblich, ob diese Gefahr tatsächlich gegeben sei. Auch die vom Beschwerdeführer Brodnitz geltend gemachten Einwände, daß die gewählte Art der Interessenwahrnehmung gegen die Rechtsordnung und gegen mehrere Grundsätze der Reichsverfassung vom 11. August 1919 verstoße, wie etwa die in dem Plakat geforderte Ausschaltung der Juden, wies das Oberste Landesgericht zurück. In seiner Begründung führte es aus, daß der Angeklagte »ja gerade diese Reichsverfassung« bekämpfe, »weil sie nach seiner Meinung unter dem schädlichen Einfluß der Juden zustande gekommen sei«. »Die Wahrnehmung der berechtigten Interessen«, so heißt es in der Urteilsbegründung weiter, »erstreckt sich somit auch gegen die vom Beschwerdeführer auch für die Juden in Anspruch genommenen Verfassungsbestimmungen«²³.

Der oberste bayerische Gerichtshof fällte seine Entscheidung ein halbes Jahr nach der Ermordung Rathenaus und der durch den Mord ausgelösten Republikschutzgesetzgebung, die allerdings auf diesen Fall keine Anwendung finden konnte. Er legitimierte mit dem Hinweis auf eine Wahrnehmung subjektiv berechtigter Interessen, was höchst anfechtbar und kaum zu kontrollieren war, den Kampf des Schutz- und Trutz-Bundes sowohl gegen die Juden als auch gegen die Reichsverfassung. Mit der Anwendung des § 193 StGB auf einen antisemitischen Agitator stellte sich das bayerische Oberste Landesgericht wie vor ihm das Münchner Landgericht und andere deutsche Gerichte außerhalb der ständigen Rechtsprechung des Reichsgerichtes, wonach allgemeine, jedem Staatsbürger zustehende Interessen oder auch Interessen der eigenen politischen Partei nicht unter den Schutz dieser Bestimmung fielen.²⁴

Bei der Beurteilung dieser Rechtsprechung muß zwar berücksichtigt

werden, daß es sich um Urteile Münchner Gerichte handelt, in denen sich die stark ausgeprägte nationalistische, zuweilen republik- und reichsfeindliche Atmosphäre in Bayern widerspiegelt, so daß eine Verallgemeinerung auf die deutschen Gerichte nicht ohne weiteres zulässig erscheint. Dennoch sind diese Urteile — die vorher geschilderten Fälle beweisen es — nur besonders krasse Beispiele in der Reihe des Versagens der Justiz gegenüber dem Antisemitismus. Die deutsche Justiz in der Weimarer Republik fand sich vielfach nicht bereit, die Juden als einzelne, als Religionsgesellschaft, als Bevölkerungsklasse oder aus verfassungsrechtlichen Gründen vor dem unerbittlichen Haß der Antisemiten zu schützen. Erst als die Ermordung Rathenaus allen die Gefährlichkeit des organisierten Antisemitismus offenbarte, entschloß sich die politische Führung der Republik zu einem energischen Durchgreifen mittels eines eigens dafür geschaffenen Sondergerichtshofes.

Der Schutz- und Trutz-Bund vor dem Staatsgerichtshof

Unmittelbar nach dem Mord an Rathenau erließen der Reichspräsident und die Reichsregierung am 26. und am 29. Juni 1922 zwei Verordnungen zum Schutze der Republik, die die Reichs- und Länderregierungen umgehend in den Stand setzen sollten, gegen antirepublikanische Vereine, Kundgebungen und Druckschriften sowie gegen politische Hetzer gerichtlich vorzugehen.²⁵ Die Verordnungen fanden eine endgültige Ausgestaltung in dem Gesetz zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922.²⁶ Auf Grund dieser Republikenschutzgesetzgebung, deren politische und rechtliche Problematik Gotthard Jasper in einer eingehenden Studie untersucht hat, so daß hier nicht näher darauf eingegangen zu werden braucht, wurden dann im Sommer 1922 zahlreiche Verbote ausgesprochen. Sie richteten sich insbesondere gegen völkische Organisationen. Von diesen wiederum war der Schutz- und Trutz-Bund als der zweifellos größte und aktivste völkische Verband am stärksten betroffen. Den Anfang machte das Land Thüringen, das am 27. Juni für sein Gebiet den Schutz- und Trutz-Bund auflöste und verbot. Es folgten am 1. Juli Preußen und Hamburg und dann in rascher Folge Mecklenburg-Schwerin, Braunschweig, Lübeck, Baden, Sachsen, Oldenburg, Schaumburg-Lippe, Lippe-Detmold, Bremen und Hessen. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund wurde nicht verboten in Anhalt und Mecklenburg-Strelitz, obwohl dort über andere nationalistische Vereinigungen Auflösung und Verbot verhängt wurden, sowie in Württemberg und Bayern, wo auf Grund der Republikenschutzgesetze überhaupt keine Verbote ausgesprochen wurden.²⁷

In Anhalt war das Staatsministerium zu der Auffassung gekommen, daß sich ein Verbot des Schutz- und Trutz-Bundes erübrige. Nach Polizeiberichten hätten dort ohnehin nur wenige Ortsgruppen des Bundes bestanden und diese hätten zum größten Teil nach den großen Demonstrationen anlässlich der Trauerfeiern für Rathenau von selbst ihre Tätigkeit eingestellt.²⁸ In Württemberg bestimmten eine ähnliche Sachlage sowie darüber hinaus weitergehende rechtliche Überlegungen das Staatsministerium, gegen die in den anderen Ländern verfolgten rechtsgerichteten Verbände nicht einzuschreiten. Nach Berichten des Landespolizeiamtes verfügten diese Verbände in Württemberg nur über geringe Anhängerschaft und seien durchweg als harmlos anzusehen.²⁹ Die einzige Maßnahme war ein Erlaß des Innenministers vom 13. September 1922, der die Oberämter aufforderte, der NSDAP, dem Verband nationalgesinnter Soldaten sowie dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund besondere Aufmerksamkeit zu widmen.³⁰ In Bayern hatte es die Regierung von vornherein abgelehnt, in ihrem Land die Republikschutzgesetze zur Anwendung zu bringen.

Richtungweisend für das Vorgehen in den übrigen deutschen Ländern war das Verbotsdekret des preußischen Ministers des Innern vom 1. Juli 1922.³¹ Zahlreiche Länderregierungen beriefen sich bei den von ihnen ausgesprochenen Verboten ausdrücklich auf das preußische Beispiel.³² Insgesamt wurden bei dem Vorgehen gegenüber dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund auf Grund der beiden Verordnungen zum Schutze der Republik vom 26. und 29. Juni 1922 folgende Gründe geltend gemacht: a) Verwicklung mehrerer Bundesmitglieder in den Rathenau-Mord als Mitwisser und Begünstiger, b) Beteiligung des Bundesmitgliedes Grenz am Attentat auf Harden, c) Verbindung des Schutz- und Trutz-Bundes zu anderen, ebenfalls im Zuge der Republikschutzgesetzgebung verbotenen Vereinigungen, d) Beschimpfung von Regierungsmitgliedern sowie der Republik, Aufreizung zu Gewalttaten und Aufhetzung gegen den jüdischen Teil der deutschen Bevölkerung.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund setzte sich gegen die ihn in fast allen Ländern treffenden Auflösungs- und Verbotsverfügungen sofort zur Wehr. In gleichlautenden Schreiben legte die Bundesleitung bei den einzelnen Länderregierungen Beschwerde ein. Darin wies die Leitung die Anwendung der §§ 1 und 2 der Verordnung zum Schutze der Republik vom 26. Juni 1922 nachdrücklich zurück. Der Bund erfülle, so erklärte sie, in keiner Weise die in den genannten Paragraphen umschriebenen Straftatbestände. Weder seien die in den Satzungen des Bundes genannten Ziele und die dort erwähnten Kampf-

mittel gesetz- und verfassungswidrig noch habe der Bund zur gesetzwidrigen Beseitigung der republikanischen Staatsform oder zu irgendwelchen Gewalttaten aufgefordert; auch hätten Erörterungen darüber innerhalb des Bundes nicht stattgefunden.³³ Daneben gingen den jeweiligen Landesregierungen zahlreiche Beschwerden von Schutz- und Trutz-Bund-Gauen und -Ortsgruppen zu. Diese wiederholten zumeist den Text der offiziellen Beschwerde seitens der Bundesleitung und verwiesen darüber hinaus auf die angeblich positiven völkischen Ziele des Schutz- und Trutz-Bundes.³⁴

Keiner dieser Beschwerden wurde durch die zuständigen Landesregierungen stattgegeben, so daß schließlich der vorläufige Staatsgerichtshof über sie zu befinden hatte. Dieser stellte in einem grundsätzlichen Beschluß am 1. August 1922 fest, daß Auflösung und Verbot des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zu Recht bestünden. In der Begründung führte der Staatsgerichtshof aus, der Bund lasse bei der satzungsmäßigen Feststellung seiner Kampfmittel den ausdrücklichen Hinweis auf eine verfassungsrechtliche Einschränkung vermissen. Auch widerstreite nach Ansicht des Gerichtshofes die vom Bund betriebene systematische Hetze gegen den jüdischen Teil der deutschen Bevölkerung den Grundsätzen der Verfassung und der Auffassung eines zum mindesten sehr großen Teiles der deutschen Bevölkerung. Der Staatsgerichtshof sah darüber hinaus zumindest die Besorgnis für berechtigt an, daß innerhalb des Bundes Erörterungen zur Beseitigung der republikanischen Staatsform und über Gewalttaten gegen ehemalige oder gegenwärtige Mitglieder der Regierung stattgefunden hätten, und begründete dies mit dem Hinweis darauf, daß der Bund enge Beziehungen zu anderen gleichfalls unter dem schweren Verdacht der Staatsfeindlichkeit stehenden Organisationen unterhalten habe und die Mörder Rathenaus und deren Helfer Mitglieder des Bundes gewesen seien oder dem Bund doch nahegestanden hätten.³⁵ Trotz dieses klaren Beschlusses gab die Bundesleitung nicht auf.³⁶ Sie erreichte schließlich, daß die noch laufenden Verfahren zusammengelegt und dem nach dem Gesetz zum Schutze der Republik neu zu bildenden Staatsgerichtshof zugewiesen wurden. Der neue Staatsgerichtshof erklärte dann am 14. September 1922 auch die Wiederaufnahme des Verfahrens in sämtlichen Fällen für »zulässig«; damit hatte dem Verfahren gegen den Schutz- und Trutz-Bund das Gesetz zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 zugrunde zu liegen.³⁷

In der Folgezeit versuchte die Bundesführung daher Nutzen daraus zu ziehen, daß dieses Gesetz verfassungswidrige Ziele nur dann unter Strafe stellte, wenn sie in strafbarer Weise verfolgt wurden. Es kam

dem Bund bei seiner Beweisführung vor allem darauf an, die Behauptung zu entkräften, zwischen dem Bund beziehungsweise seinen Mitgliedern und dem Kreis der Rathenau-Attentäter bestünden irgendwelche Verbindungen.³⁸ In ihren Schriftsätzen an den Staatsgerichtshof legte die Bundesführung besonderen Nachdruck darauf, daß die im Zusammenhang mit dem Rathenau-Mord wegen Verdachts der Mittäterschaft, Begünstigung oder der Mitwisserschaft verhafteten Bundesmitglieder Erich Bade, Waldemar von Haugwitz und Fritz Küchenmeister auf Anordnung des Oberreichsanwaltes außer Verfolgung gesetzt worden waren. Sie wies vor allem darauf hin, daß die Mörder Rathenaus, Kern und Fischer, »als Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes überhaupt nicht festgestellt« seien.³⁹ In der Tat blieb zumindest die Mitgliedschaft von Kern völlig unbekannt. In diesem Zusammenhang muß auch der Versuch der Bundesleitung gesehen werden, an den Verteidiger der beiden Techow im Rathenau-Mord-Prozeß, Dr. Luetgebrune, heranzutreten. In einem Schreiben vom 3. Oktober 1922 forderte Roth den Rechtsanwalt auf, auf eine Klärung der Beziehungen der Angeklagten zum Schutz- und Trutz-Bund und zu dessen Leitung in dem Sinne hinzuwirken, daß die »Verdächtigungen«, die den Bund mit dem Mord in Verbindung brächten, nicht mehr aufrechterhalten werden könnten.⁴⁰

Nachdem die Bundesführung im November 1922 hatte Einsicht in das vom Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung zusammengetragene Material der Anklage nehmen können,⁴¹ änderte sie die Methoden ihrer Beweisführung.⁴² Sie ging nun dazu über, die Berechtigung des judengegnerischen Kampfes in den Vordergrund zu stellen. Sie wiederholte ihre Anschuldigungen gegenüber dem Judentum im allgemeinen und gegenüber Rathenau im besonderen. Sie scheute sich nicht, den ehemaligen Kaiser als Zeugen anzurufen und mit plumpen antisemitischen Fälschungen als Beweismitteln aufzuwarten. In einer abschließenden schriftlichen Erklärung vor den mündlichen Verhandlungen forderte die Bundesführung den Staatsgerichtshof auf, Beweiserhebungen über die »jüdische Überhebung« in Politik und Presse und über deren angeblich unheilvolle Folgen sowie über die angebliche Schädlichkeit des Wirkens Rathenaus im und nach dem Weltkrieg anzustellen.⁴³

Nachdem der Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung in einer abschließenden Stellungnahme alle Gründe für ein Verbot des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zusammengestellt und beim Staatsgerichtshof beantragt hatte, es bei der Verwerfung der Beschwerden zu belassen,⁴⁴ setzte dieser die Wiederaufnahme

sämtlicher Verfahren auf den 18. Januar 1923 fest.⁴⁵ In der mündlichen Verhandlung unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schmidt brachten weder die Beschwerdeführer des Bundes neue Argumente noch vermochten die einzelnen Regierungsvertreter neue Tatbestände aufzuweisen, so daß der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik schon einen Tag später das Urteil fällen konnte.⁴⁶ Nach Ansicht des Gerichtes konnten die §§ 1 bis 7 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 auf den Schutz- und Trutz-Bund keine Anwendung finden. Denn einmal könne die Tatsache, daß einzelne Bundesmitglieder in irgendwie strafbarer Weise an den Anschlägen gegen Scheidemann und Rathenau beteiligt gewesen seien, nicht dem Bund als ganzem zur Last gelegt werden, zum anderen sei dem Bund auch nicht nachzuweisen, daß seinem Kampf gegen den Reichsaußenminister ein auf Gewalttätigkeit gerichteter Vorsatz zugrunde gelegen habe. Für erwiesen hielt das Gericht allerdings eine Verfehlung nach § 8 Nr. 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik, wonach derjenige zu bestrafen war, der »öffentlich oder in einer Versammlung die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder dadurch herabwürdigt, daß er Mitglieder der republikanischen Regierung des Reichs oder eines Landes beschimpft oder verleumdet«. Im Kampf des Schutz- und Trutz-Bundes gegen den Reichsaußenminister, so führte das Gericht in seiner Urteilsbegründung aus, seien in vielen Fällen die gegen Rathenau und andere Regierungsglieder vorgebrachten Äußerungen zu maßlosen Beschimpfungen ausgeartet. Diese bedeuteten vor allem in ihrer »unerschöpflichen Häufung« insbesondere in den bundeseigenen »Deutschvölkischen Blättern« eine eindeutige Herabwürdigung der republikanischen Staatsform des Reiches. In diesem »hartnäckig, lange geführten Kampfe, der in gehässigster Weise unter schweren persönlichen Verunglimpfungen geführt wurde«, sah der Staatsgerichtshof zudem die eigentlichen »Bestrebungen« des Bundes verkörpert und damit den Straftatbestand des § 14 Abs. 2 ebenfalls erfüllt. Danach konnten Vereine und Vereinigungen mit Bestrebungen, die den Tatbestand einer der in den §§ 1 bis 8 bezeichneten strafbaren Handlungen bildeten, verboten und aufgelöst werden. Der Staatsgerichtshof erkannte daher die von den einzelnen Länderregierungen ergriffenen Maßnahmen »als im Rechte begründet« an und verwarf sämtliche Beschwerden des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Allein die von dem Rechtsanwalt Hermann Meyer geführte Leipziger Ortsgruppe konnte eine Aufhebung des vom Polizeiamt Leipzig gegen sie ergangenen Verbotsdekrets erreichen, da sie als selbständiger eingetragener Verein dem Gesamt-

bund nur körperschaftlich beigetreten war und ihre Vereinszeitschrift nicht die »Deutschvölkischen Blätter« waren.⁴⁸

Die Beweisführung des Staatsgerichtshofes zeigt, wie eng begrenzt auch nach der Republikschutzgesetzgebung die Straftatbestände waren, die als rechtliche Grundlage zum Verbot von Vereinigungen dienen konnten. Eindeutige Verstöße seiner Mitglieder durften dem Schutz- und Trutz-Bund als ganzem nicht zur Last gelegt werden. Auch ließ sich aus dem Gesetz ein Verbot wegen einer im Widerspruch zur republikanischen Verfassung stehenden systematischen Hetze gegen den jüdischen Teil der deutschen Bevölkerung⁴⁹ nicht rechtfertigen. Allein die Tatsache, daß der Bund in den letzten Monaten in maßloser Weise gegen den Minister Rathenau gehetzt hatte, wurde ihm zum Verhängnis.

Roth vor dem Staatsgerichtshof

Wenige Zeit später stand Alfred Roth abermals vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig. Er war vom Oberreichsanwalt wegen Beleidigung des Reichsministers Rathenau sowie wegen Anreizung zum Klassenkampf angeklagt worden. In dem Prozeß vom 25. bis zum 31. Mai 1923 ging es vor allem um eine Rede Roths, die dieser am 8. Mai 1922 auf einer öffentlichen Versammlung des Schutz- und Trutz-Bundes in Stettin gehalten hatte.⁵⁰ Oberreichsanwalt Ebermayer beschuldigte Roth, er habe in seiner Stettiner Rede Rathenau als »Kandidaten des Weltjudentums«, als »Sowjetjuden«, als »Handlanger der Sklavenhalter« sowie als »Minister der bewußten Unwahrheit« bezeichnet und ihm die Verfolgung deutschfeindlicher Ziele vorgeworfen. Darin sah der Oberreichsanwalt den Tatbestand der öffentlich verübten Beleidigung für gegeben. Als Belege führte er Zeugenaussagen sowie Parallelstellen aus der Schrift des Angeklagten »Rathenau — Der Kandidat des Auslandes« an. Nach Ansicht des Oberreichsanwaltes hatte sich Roth in derselben Rede darüber hinaus der Anreizung zum Klassenkampf und zur Gewalttätigkeit schuldig gemacht. Nach übereinstimmenden Aussagen mehrerer Zeugen habe Roth in Stettin erklärt, es sei Pflicht und Forderung der Stunde, die Juden »aus dem deutschen Vaterlande hinauzupeitschen«. Der Oberreichsanwalt bekräftigte seine Anklage in diesem Punkt durch die Schilderung eines Zwischenfalles am Ende der Stettiner Versammlung vom 8. Mai 1922. Danach war ein Versammlungsteilnehmer, dem eine Entgegnung nicht gestattet worden war und der daraufhin den Zwischenruf »Feigheit« eingeworfen hatte, von einer großen Anzahl Zuhörer unter den Rufen »Schlagt den Juden tot!« mißhandelt worden.⁵¹

Während der viertägigen öffentlichen Verhandlungen war es Roth ein leichtes, unter seinen deutschvölkischen Gesinnungsfreunden in Stettin Zeugen zu finden, die die ihm zur Last gelegten Äußerungen in der allgemein gegen die Juden gerichteten Form abstritten, so daß der Oberreichsanwalt die Anklage wegen Anreizung zum Klassenkampf fallenlassen mußte.⁵² Immerhin kam jedoch der Staatsgerichtshof im zweiten Anklagepunkt zu der Auffassung, daß, wenn auch die wörtlichen Äußerungen Roths nicht mehr mit einiger Sicherheit festzustellen wären, der Angeklagte zumindest dem Sinne nach erklärt habe, daß der Reichsminister Rathenau wegen seiner jüdischen Rasse zur Vertretung deutscher Interessen nicht fähig sei und auf Kosten Deutschlands der Weltherrschaft des Judentums zugearbeitet habe. Der Staatsgerichtshof wertete die Äußerungen, die der Angeklagte in dieser Form nicht bestritt, sie vielmehr durch sein Auftreten und seine Reden vor Gericht noch bekräftigte, als Beleidigung und üble Nachrede im Sinne der §§ 185 und 186 StGB. Er verurteilte daher am 31. Mai 1923 Alfred Roth zu einer Geldstrafe von 500 000 Mark, im Falle der Uneinbringlichkeit zu einer Gefängnisstrafe von hundert Tagen.⁵⁴

Mit den Urteilen des Staatsgerichtshofes vom 19. Januar und 31. Mai 1923 fand die jahrelange antisemitische und antirepublikanische Hetze des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes schließlich doch noch eine gerichtliche Ahndung. Es hatte aber der Schaffung besonderer Gesetze und eines besonderen Gerichtshofes bedurft, damit die deutsche Justiz einschritt gegen den vom Bund zum System erhobenen »Kampf mit der Waffe der Lüge und Verleumdung« — wie es in einem Bericht des Thüringischen Innenministeriums zum Verbot des Schutz- und Trutz-Bundes heißt⁵⁵ —, gegen den »Kampf mit den allerniedrigsten und hetzerischsten Mitteln«.

Totale Demagogie und liberaler Staat

Die Rechtsprechung deutscher Gerichte in den Jahren 1919 bis 1923 einschließlich des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in Sachen Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund beleuchtet in der Tat eines der Grundprobleme der Weimarer Republik: Der Maßlosigkeit antisemitischer Hetze und antisemitischer Aktionen stand staatlicherseits eine außerordentliche Toleranz gegenüber, die es zuließ, daß selbst die demokratischen und republikanischen Grundlagen des Staates in Frage gestellt wurden. Diese Justizpraxis läßt sich — vereinfachend — im wesentlichen auf zwei verschiedene Ursprünge zurückführen. Einmal entsprang die zumeist einseitig nach rechts geübte Toleranz der of-

fenen oder heimlichen Sympathie eines zumindest sehr großen Teiles der Richter und Staatsanwälte mit den nationalistischen, völkischen und antidemokratischen Ideen beziehungsweise mit den aus diesen Überzeugungen resultierenden Taten. Zum anderen folgte sie aus einer prononciert liberalen politischen Grundhaltung, die den Gründern und vielen demokratischen Politikern der Weimarer Republik eigen war. Ihr rigoroser politischer Liberalismus bestimmte maßgeblich die Innenpolitik der Republik, in der dadurch ein nahezu uneingeschränkter Relativismus zum Prinzip erhoben wurde. Er prägte die Verfassung vom 11. August 1919 wie auch noch die Republikenschutzgesetzgebung vom Juni/Juli 1922. Er führte dazu, mehr an die Sicherung der Freiheit des einzelnen gegenüber staatlichen Zugriffen zu denken als an die Sicherung des Staates und dessen demokratischer und republikanischer Form. Der Staat wurde zur Neutralität auch dort verpflichtet, wo die eigenen Grundlagen angegriffen wurden.

Beide Haltungen hatten die Tolerierung eines Antisemitismus zur Folge, der sich in seinem Kern anerkanntermaßen gegen die Demokratie und die Republik richtete. Dieser war auch nach dem Republikenschutzgesetz in seinen verfassungswidrigen Zielen nicht anfechtbar, da er vorgab, diese Ziele auf verfassungsmäßigem Wege durchsetzen zu wollen. Das Gesetz bedrohte aber nur verfassungswidrige Methoden mit Strafe. Es umschrieb darüber hinaus die Tatbestände so eng, daß selbst bei vorhandenem Willen — die beiden behandelten Urteilsbegründungen des Staatsgerichtshofes zeigen es — das Verbot einer Organisation und die Verurteilung eines demagogischen Agitators, deren Wirken nach Überzeugung des Staatsgerichtshofes den Boden für den Rathenaumord hatte bereiten helfen, nur schwer zu erwirken war. Die weitgehende politische Toleranz des Weimarer Staates, verbunden mit der antirepublikanischen Gesinnung großer Teile seiner Beamten-schaft, begünstigte entscheidend die Ausbildung einer maßlosen und verlogenen völkischen Haßpropaganda. Das Gewährenlassen einer solchen totalen Demagogie wie der des Schutz- und Trutz-Bundes in einer von nationalen und sozialen Emotionen stark bewegten Massendemokratie mußte den demokratischen Staat letztlich selbst auf das äußerste gefährden, da sie ihm die Grundlage seiner Existenz, den consensus seiner Bürger, momentan oder für länger zu entziehen drohte. »Ein Staat«, so führte das Thüringische Innenministerium in seiner Begründung zum Verbot des Schutz- und Trutz-Bundes aus, »der eine derartig ungeheuerliche Unterwühlung seiner Autorität dulden würde, würde Selbstmord begehen.«⁵⁶

Mit den Urteilen des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik

vom 19. Januar und 31. Mai 1923 endet die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und seines herausragendsten Agitators und Organisators Alfred Roth, wiewohl Gliederungen des Bundes in Württemberg und Bayern fortbestanden und Roth selbst sich durch die rapide steigende Inflation bald der drückenden Strafe ledig sah. Die Gründe für das schnelle Ende des Bundes lagen nicht allein in einer strikten Befolgung der Verbote, sondern wurden auch wesentlich mitbestimmt von Bedingungen innerhalb des Bundes und der deutschvölkischen Bewegung, worauf im folgenden noch eingegangen werden soll. Überdies ging der Kampf zwischen der Weimarer Republik und mit Antisemitismus und Rassenbiologie operierenden totalitären Demagogen weiter. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund als der anerkannt »größte, tätigste und einflußreichste antisemitische Verband in Deutschland«⁵⁷ hatte dafür Impulse gegeben und Schrittmacherdienste geleistet. Es ist daher berechtigt zu fragen, wohin die Agitatoren des Schutz- und Trutz-Bundes und die von ihm aufgeborenen Massen sich nach dessen Auflösung wandten und ob und in welcher Weise seine Propagandatätigkeit in den Jahren 1919 bis 1923 nach dem Ende des Bundes weiterwirkte.

Das Ende

Vorbemerkung

Die Verbots- und Auflösungsbestimmungen der Ordnungsbehörden der meisten deutschen Länder im Juli/August 1922 trafen einen von inneren Krisen geschwächten Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund. Diese Krisen hatten, ob sie nun von außen durch konkurrierende deutschvölkische Organisationen heraufbeschworen oder von innen durch eigene Gliederungen oder Mitglieder ausgelöst wurden, dieselbe Ursache: den Führungsanspruch der Schutz- und Trutz-Bund-Leitung. Damit trat auch der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund nicht aus der Tradition deutschvölkischer und antisemitischer Vereinigungen heraus, deren Geschichte seit Beginn gekennzeichnet ist durch ständig wiederkehrende Friktionen und Absplitterungen, unterbrochen von einzelnen ephemeren Versuchen, die von allen beschworene Einheit der Völkischen zu verwirklichen. Die Ursache der dauernden Streitigkeiten und Führerrivalitäten lag in der Heterogenität und in dem Weltanschauungscharakter des deutschvölkischen Gedankenguts begründet, das eine breite Skala von Anschauungen zuließ und das Auftreten fanatisch eigensinniger völkischer Sektierer begünstigte. Die Erkenntnis, daß allein eine straffe Zusammenfassung aller nationalen, auf dem Boden des Rassegedankens stehenden Kräfte diese in einer modernen Massengesellschaft vor Wirkungslosigkeit bewahren könne, hatte, wie gezeigt, im Laufe des Weltkrieges in zunehmendem Maße in den völkischen und alldeutschen Kreisen Eingang gefunden. Nach dem Zusam-

menbruch hatte sie zu einer Einigungsbereitschaft geführt, der zum einen der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund, zum anderen die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde ihre Entstehung verdankten. Ferner herrschte im völkischen Lager Einigkeit darüber, daß die völkische Bewegung nur nach dem Führerprinzip geleitet werden könne und daß das gemeinsame Ziel die Errichtung einer völkischen Diktatur in Deutschland sein müsse. Diese Gemeinsamkeiten reichten jedoch nicht hin, um eine einheitlich organisierte völkische Bewegung zu gewährleisten. Auf der einen Seite mangelte es an einer überragenden, allgemein anerkannten Persönlichkeit – die Person Ludendorffs tauchte in diesem Zusammenhang zuerst bei den Wehrverbänden auf und wurde erst später auch von außerbayerischen völkischen Verbänden als »Schirmherr« anerkannt –, auf der anderen Seite fühlten sich gar zu viele selbst als Führer auf dem Wege zur völkischen Diktatur, um zu einer Unterordnung bereit zu sein.¹

Eine Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und der völkischen Bewegung wäre unvollständig ohne wenigstens ein kurzes Eingehen auf die in ihrer engen und kleingeistigen Art typischen Streitigkeiten unter den Völkischen. Diese sind darüber hinaus in mehrfacher Hinsicht von Bedeutung. Einmal beanspruchten sie einen nicht geringen Teil der Arbeitszeit der führenden Schutz- und Trutz-Bündler² und beeinträchtigten die Wirksamkeit der Organisation. Zum zweiten trugen sie entscheidend zu der schnellen Auflösung des Schutz- und Trutz-Bundes nach den Verbotsdekreten vom Sommer 1922 bei und erklärten, weshalb es nicht gelang, den Bund in der Illegalität weiterzuführen. Zum dritten illustrieren sie deutlich, wie recht Hitler teilweise mit seinem beißenden Hohn gegenüber der völkischen Bewegung hatte und wie politisch er handelte, als er die NSDAP von ihr distanzierte trotz und wegen aller Gemeinsamkeit.

17. Die innere Auflösung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes

Rivalitäten in der völkischen Bewegung (Der antifreimaurerische Affekt)

Ansatzpunkt für die innervölkische Kritik am Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund war dessen geheimer Nebenverband, der von dem Hamburger Rechtsanwalt Jacobsen initiierte »Bund«. Die An-

griffe gegen Jacobsen und die von ihm geleitete Organisation, die indessen nie zum Tragen gekommen war, begann ausgerechnet der Germanenorden. Er war der neuen Organisation in Anlage und Zielsetzung ähnlich und fürchtete in ihr wohl einen neuen, von alldeutscher Hand geförderten Konkurrenten. Die Anfeindungen¹ zielten vor allem auf Jacobsens Zugehörigkeit zu einer Freimaurerloge sowie auf die geheime logenartige Struktur des Bundes, die nicht zu Unrecht auf den Einfluß des ebenfalls einer Loge angehörenden Dr. Paul Köthner² zurückgeführt wurde. Bald gerieten auch der Hauptgeschäftsführer Alfred Roth und der geschäftsführende Vorsitzende von Hertzberg in den Verdacht, freimaurerischen und jesuitischen Einflüssen zu unterliegen.³ Auch diese Vorwürfe zielten auf die Person Jacobsens und auf die Beziehungen Roths zu Dr. Köthner. Roth hatte zwar dessen seltsam esoterische Schriften über die deutsche »Geistesrasse«, die berufen sei, den Kampf gegen die Lüge in der Welt aufzunehmen, den Schutz- und Trutz-Bündlern angelegentlich empfohlen,⁴ leugnete aber die seit dem Frühjahr 1919 bestehende enge Verbindung zu Köthner.⁵

Die Wirksamkeit solcher Vorwürfe im völkischen Lager darf nicht unterschätzt werden. Denn die Abwehrhaltung gegenüber der angeblich jüdisch geleiteten internationalen Freimaurerei war hier stark verbreitet. Vielfach war es die Stellung zur Freimaurerfrage, die allein die einzelnen völkischen Organisationen und Agitatoren voneinander unterschied und die Anlaß zu zahlreichen Streitigkeiten gab.⁶

Ein Beispiel für die enge Verquickung von Antisemitismus und Freimaureregegnerschaft bilden die in Deutschland zuerst von Müller von Hausen herausgegebenen »Geheimnisse der Weisen von Zion«. Müller von Hausen, selbst ehemaliger Freimaurer, brachte als erster Völkischer die Freimaurerei in Zusammenhang mit dem Weltkrieg⁷ und wurde zum entschiedensten antifreimaurerischen Kämpfer im antisemitischen Lager. Kurz vor Kriegsende folgte Karl Heises Werk »Die Entente-Freimaurerei und der Weltkrieg«,⁸ und 1918 veröffentlichte der J. F. Lehmann-Verlag das Buch des Österreicher Friedrich Wichtl »Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik«. Wichtl setzte darin die Freimaurerei in Beziehung zu den anderen angeblich jüdisch betriebenen internationalen Bestrebungen des Weltkapitalismus und Bolschewismus und stellte als deren letztes Ziel die Errichtung einer »Weltrepublik unter jüdischer Führung« heraus.⁹ Das Buch fand in völkischen Kreisen eine außerordentlich weite Verbreitung, und sein Autor wurde zu einem vielgesuchten Vortragsredner. Auch der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund trat agitatorisch gegen die Freimaurerei auf. Er führte Wichtl bis zu dessen Tod 1921 in seinen offiziellen Red-

nerverzeichnissen und veröffentlichte antifreimaurerische Schriften.¹⁰ In den antifreimaurerischen »Enthüllungen« fanden die Antisemiten einen weiteren Schlüssel für das geheime alljüdische Streben nach Welt Herrschaft, und es gab für sie fortan keinen Zweifel mehr, daß Freimaurerei nichts anderes war als ein Werkzeug der Juden, dessen diese sich schon im Weltkrieg bedient hatten und das nicht unwesentlich am Ausbruch des Weltkrieges, an der Niederlage und am Zusammenbruch der Mittelmächte beteiligt gewesen sei. In der antisemitischen Propaganda fand dies seinen Niederschlag in der Kennzeichnung mißliebiger Politiker, die selbst die Antisemiten nicht als Juden oder als jüdisch versippt hinstellen konnten, als Freimaurer, was im Grunde aber dasselbe bezweckte, nämlich den Angegriffenen undeutsche und internationale Motive für ihr Handeln zu unterschieben.¹¹

Dieser Exkurs war notwendig, um die Bedeutung der gegen die Leitung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes erhobenen Vorwürfe und deren Wirkung selbst in dessen eigenen Reihen abschätzen zu können. Die Anschuldigungen wurden vor allem von den konkurrierenden Bündeln erhoben, die mit Neid den schnellen und steten Aufstieg des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes beobachteten. Dieser hatte in wenigen Monaten eindeutig die Führung im völkischen außerparlamentarischen Lager an sich gerissen und war nicht bereit, sie mit anderen zu teilen.

Treibende Kraft hinter den Angriffen gegen den Schutz- und Trutz-Bund war in erster Linie der Deutschvölkische Arbeitsring Berlin. Er war im Frühjahr 1920 von dem damaligen Hauptschriftleiter und Verlagsdirektor der »Deutschen Zeitung«, Reinhold Wulle, zusammen mit Richard Kunze und Dr. Arnold Ruge in Berlin als übergeordnete »politische Zentralstelle« aller völkischen Verbände gegründet worden, die anlässlich der bevorstehenden Wahlen eine »feste nationale Einheitsfront« gewährleisten sollte.¹² Das Konkurrenzunternehmen zu der vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund geleiteten Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde löste sofort eine intensive Gegen­tätigkeit der Schutz- und Trutz-Bund-Führung aus, die zunächst auch erfolgreich war. Im Juni 1920 konnte mit Ruge einer der Initiatoren der Berliner Gemeinschaft für die eigene Bewegung gewonnen werden, nachdem Kunze schon vorher wegen Meinungsverschiedenheiten aus dem Ring ausgeschieden war und nachdem auch Wulle seit seiner Wahl in den Reichstag kaum noch Aktivität für ihn zeigte.¹³ Als auch der Antrag des Deutschvölkischen Arbeitsrings auf seine Zulassung zur Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde, in der er als einem dauernd tagenden »Generalstab der völkischen Bewegung« zu arbeiten gedach-

te,¹⁴ auf Betreiben Roths abgelehnt und ihm dabei nahegelegt wurde, sich dem Berliner Schutz- und Trutz-Bund anzuschließen,¹⁵ schien die neue völkische Organisation endgültig gescheitert.

Die neuen Männer des Arbeitsringes allerdings, der Vorsitzende Dr. Bernhard Koerner und sein Hauptgeschäftsführer, Major a. D. Voigt, hielten an der neuen Organisation fest und begannen systematisch gegen die Führung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, Hertzberg und Roth, zu arbeiten und zu intrigieren. Sie machten sich vor allem den Vorwurf zu eigen, diese sei freimaurerisch-jesuitisch beeinflusst¹⁶ und erzeugten damit in den Reihen des Schutz- und Trutz-Bundes erhebliche Unruhe, so daß sich die Bundesleitung in der Deutschen Zeitung und in den Deutschvölkischen Blättern öffentlich mit den heftigen Beschuldigungen des Arbeitsringes auseinandersetzen mußte. Der Gesamtvorstand sah sich auf dem Deutschen Tag in Weimar zu der öffentlichen Erklärung gezwungen, daß kein Vorstandsmitglied einer Loge angehöre oder angehört habe und daß alle Vorstandsmitglieder sich von freimaurerisch-jesuitischen Einflüssen frei fühlten.¹⁷

Das Ausscheiden Wulles aus der Leitung der Deutschen Zeitung zum Jahresende 1920 schuf jedoch neuen Zündstoff. Die Angriffe richteten sich nun auch gegen den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes. Die Unruhe zog immer weitere Kreise.¹⁸ In Berlin, wo der deutschvölkische Arbeitsring über die meisten Anhänger verfügte, kam es zu schweren persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Mitgliedern der konkurrierenden völkischen Parteien. In Sachsen und Anhalt wurde von den Kräften um Wulle versucht, die dortigen Gliederungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes abzuspalten und sie in die völkische Organisation des Wälsungenordens zu überführen.¹⁹ Von einer weiteren völkischen Organisation, dem Treubund für aufsteigendes Leben, wurde im Februar 1921 ein von dem Bundesmitglied Alfred Spörr verfaßtes Rundschreiben verbreitet, das zum Sturz Hertzbergs und Roths aufforderte und Wulle als eigentlichen Führer der völkischen Bewegung herausstellte.²⁰ In der April/Mai-Nummer seiner Zeitschrift »Auf Vorposten« begann 1921 Müller von Hausen, einer der Initiatoren des Kampfes gegen den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, seine Enthüllungen über die Entstehung des Schutz- und Trutz-Bundes und des geheimen »Bundes«. Er behauptete, die »Logenbrüder« Jacobsen und Köthner hätten den »Bund« mit dem Ziel gegründet, »die völkischen Führer nach und nach im freimaurerischen Sinne zu beeinflussen«.²¹ Diese Behauptungen wurden dann auch von dem Außenseiter unter den völkischen Propagandisten, Dr. Heinrich Pudor, in dessen »Antisemitischem Rüstzeug« verbreitet.²² Der Völ-

kische Beobachter befaßte sich ebenfalls mit den Vorwürfen gegen Roth und trat gegen Jacobsen und Köthner auf.²³ Der Alldeutsche Verband und der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund reagierten in ihren Presseorganen, der Deutschen Zeitung und den Deutschvölkischen Blättern, mit heftigen Entgegnungen.²⁴

Verdächtigungen, Verleumdungen und Beleidigungen hatten die persönlichen Eitelkeiten verletzt, Ressentiments aktiviert sowie persönliche Angelegenheiten und Verbandsinteressen so sehr miteinander verquickt, daß ein Ausgleich nicht mehr möglich schien. Einige der völkischen Kontrahenten versuchten nach traditionellem Offiziersgebrauch, die Angelegenheit mit Duellforderungen zu bereinigen,²⁵ andere betrieben vergeblich den Aufbau eines allgemeinen »deutschvölkischen Ehrenhofes«.²⁶ Schließlich gingen sie alle vor Gericht. Voigt klagte gegen Hertzberg,²⁸ Roth gegen Spörr,²⁹ Müller von Hausen gegen Roth.³⁰ Roth konnte in seinen Angelegenheiten einen doppelten Erfolg verbuchen, da das Schöffengericht Potsdam am 5. Juli 1921 Alfred Spörr wegen absichtlicher Beleidigung zu einer Geldstrafe verurteilte,³¹ das Amtsgericht Charlottenburg aber die Privatklage Müller von Hausens am 25. Januar 1922 kostenpflichtig zurückwies.³²

Gerichtsbeschlüsse waren indessen keineswegs die geeigneten Mittel, der inneren Zerfallenheit des völkischen Lagers zu steuern. Denn letztlich ging es bei den heftigen Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in der völkischen Bewegung.³³ Schutz- und Trutz-Bund und Alldeutscher Verband beanspruchten die alleinige Führung, wogegen sich neue und alte antisemitische Gruppen mit den ihnen geläufigen Mitteln der Verleumdung und Verhetzung zur Wehr zu setzen suchten.

Bayerische Sezession

Der innere Widerspruch im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund entzündete sich an der verwaltungstechnischen Gängelung der einzelnen Gliederungen, dem Finanzgebaren und der mehr als langsamen Arbeitsweise in der Hauptgeschäftsstelle. Tatsächlich konnten die Ortsgruppen die Tätigkeit der Hauptgeschäftsstelle nicht klar durchschauen. Besonders blieb es für sie im dunkeln, zu welchem Zweck die nach Hamburg abgeführten Gelder verwendet wurden, da in den ersten Jahren nur ein minimaler Betrag rückvergütet wurde und außer der Zusage der äußerst dürftigen »Deutschvölkischen Warte« keine sichtbaren Gegenleistungen erfolgten. Diese Sachlage brachte auch weniger auf Eigenständigkeit bedachte Ortsgruppen in Gegensatz zur Bundesleitung.³⁴

Neben den Gauen Württemberg und Baden vor allem in der ersten Zeit waren es besonders Sachsen und die beiden bayerischen Gaue, die gegen die norddeutsche Leitung des Schutz- und Trutz-Bundes opponierten.³⁵ Die bayerischen Ortsgruppen zielten mit ihrer Kritik auf die bürokratische und unbewegliche Leitung des Bundes und auf dessen starken Zentralismus. Sie beanspruchten, den starken föderalistischen Kräften in den eigenen Reihen Rechnung tragend, eine politische und verwaltungstechnische Sonderstellung für die bayerischen Gliederungen. Der Konflikt zwischen dem Landesverband Bayern und der Hamburger Zentrale verschärfte sich darüber hinaus durch Mißgriffe der Bundesleitung bei der Besetzung einzelner Gauleiter- und Geschäftsführerstellen.

Schon auf dem Deutschen Tag in Weimar vom 1. bis 3. Oktober 1920 hatten sich die bayerischen Vertreter, allen voran der Gauleiter Ernst Mik aus Nürnberg, die Anschuldigungen gegen Roth wegen freimaurerischer Beeinflussung zunutze gemacht, um damit gegen die Hauptleitung aufzutreten.³⁶ Nachdem aber die Führung des Bundes sich auf dem Deutschen Tag eindrucksvoll behaupten konnte, drang sie auch auf eine endgültige Klärung ihres Verhältnisses zu Bayern. Sie setzte im Frühjahr 1921 den Münchener Großkaufmann Rudolf Schmidt als Gauleiter für Süd-Bayern und zugleich als übergeordneten Landesleiter für ganz Bayern ein, ernannte den Regensburger Architekten Lorenz Mesch zum Gauleiter für Nord-Bayern und verpflichtete beide zur Einhaltung der Finanz- und Geschäftsordnung. Mit Mesch war jedoch ein führendes Mitglied des Germanenordens, der den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund stark befehdete, bestellt worden, demgegenüber sich Schmidt nicht zu behaupten vermochte. So setzte Hertzberg im Juli 1921 Rudolf John, der sich Rudolf John Gorsleben nannte und als Schriftsteller und Edda-Übersetzer in den völkischen Kreisen einigen Ruhm erworben hatte, als Nachfolger Schmidts ein, um zugleich auch die Führungsaspirationen des ehemaligen Heidelberger Dozenten und Oberland-Führers Arnold Ruge zu blockieren.³⁷

Obwohl die neuen bayerischen Leiter sich ausdrücklich dazu verpflichtet hatten, dachten sie nicht daran, sich der Leitung von Roth und Hertzberg unterzuordnen, vielmehr versuchten sie zusammen mit Ruge, die Sonderstellung Bayerns innerhalb des Schutz- und Trutz-Bundes noch weiter auszubauen. Insbesondere drängten sie auf die Herausgabe eines bundeseigenen Organs für Bayern, womit sie zugleich den Beschlüssen des Detmolder Deutschen Tages im Oktober 1921 entgegenwirkten, in denen die Belieferung aller Mitglieder mit den Deutschvölkischen Blättern festgesetzt worden war. Mitte Dezember 1921 kam

es dann zum endgültigen Bruch der bayerischen Leitung mit der Führung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. In Flugblättern an die Bundesmitglieder in Bayern verkündeten Mesch und John Gorsleben unter völlig haltlosen Beschuldigungen gegen die Zentrale in Hamburg die bayerische Sezession.³⁸ Der neue bayerische Schutz- und Trutz-Bund erklärte die Zeitung Julius Streichers »Deutscher Volkswille« zum Bundesorgan, das in den ersten Nummern des Jahres 1922 ebenfalls den Kampf gegen Hamburg aufnahm.³⁹

Hertzberg und Roth entschlossen sich jetzt, da ihnen die Verhältnisse in Bayern völlig zu entgleiten drohten, zu energischem Durchgreifen. In Rundschreiben und Flugblättern traten sie den Anschuldigungen Johns und Meschs entgegen⁴⁰ und beraumten durch den Münchener Ortsgruppenvorsitzenden, von Zezschwitz, einen Vertretertag für Bayern zum 21. und 22. Januar 1922 in München an.⁴¹ Diese Zusammenkunft zeigte die schmale Machtbasis Meschs und Johns; sie verfügten lediglich in Regensburg und Nürnberg über einen stärkeren Anhang. Die beiden wurden ihres Amtes als Gauleiter enthoben und wenig später zusammen mit Arnold Ruge durch den Bundesvorstand aus dem Schutz- und Trutz-Bund ausgeschlossen.⁴² Zu neuen Gauleitern bestellte der Münchener Vertretertag den Rechtsanwalt Dr. Ottmar Rutz aus München und den Coburger Lehrer Hans Dietrich, bisher Kreisleiter von Oberfranken, und beauftragte sie mit der Neuordnung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Bayern.⁴³

Damit war aber noch keine Ruhe in die Reihen der bayerischen Schutz- und Trutz-Bündler eingekehrt, vielmehr führten Mesch, John Gorsleben und Ruge den Kampf gegen die Bundeshauptleitung in verschärfter Form weiter. Der Machtkampf im Bund um die Führung in Bayern weitete sich immer mehr aus und zog auch in der bayerischen völkischen Bewegung immer größere Kreise.⁴⁴ Neue Verhandlungen zwischen dem Bundesvorstand und den bayerischen Opponenten Anfang März in Nürnberg und Anfang April in Kassel brachten nur neue Höhepunkte an persönlichen Verleumdungen⁴⁵ und verschärften nur noch die Gegensätze. Die Bundesleitung des Schutz- und Trutz-Bundes wurde »jüdischer Machenschaften« beschuldigt, alte Vorwürfe der Freimaurerei wurden wieder hervorgeholt, der Bund als ein Verein charakterisiert, in den »Judenstämme, innerlich verjudete Dunkelgestalten und Verräter« Einlaß gefunden hätten, schließlich zum Kampf gegen den despotischen Zentralismus der Leitung aufgefordert.⁴⁶ Im Mai 1922 kam Arnold Ruge mit einer eigenen Zeitschrift, »Deutsche Wohlfahrt«, heraus,⁴⁷ nachdem Julius Streicher mit seinem »Deutschen Volkswillen« auf die Seite Roths und Hertzbergs übergeschwenkt

war.⁴⁸ Gleichzeitig unternahmen Mesch und John Gorsleben den Versuch, mit Hilfe eines Aufrufes für eine Arnold-Ruge-Spende einen eigenen bayerischen Schutz- und Trutz-Bund zu gründen. Eine gerichtliche Unterlassungsklage seitens der Bundesleitung in Hamburg setzte diesem Unternehmen bald ein Ende.⁴⁹

So war, wie schon bei den Auseinandersetzungen mit den konkurrierenden Bündeln, auch im Falle der bayerischen Sezession, der mehr und mehr zu einem persönlichen Fall John-Mesch-Ruge geworden war, der Weg zum Gericht das letzte Mittel zur Schlichtung innervölkischer Streitigkeiten. In kurzer Zeit waren in dieser Sache nicht weniger als sieben Prozesse angestrengt.⁵⁰ Auch nach dem Erlaß der die Existenz des gesamten Bundes bedrohenden Verbotsdekrete der deutschen Länder blieben Bemühungen um einen internen Ausgleich, die der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes, Claß, und der alldeutsche Physikprofessor in Heidelberg, Lenard, unternahmen, ohne Erfolg.⁵¹ Immerhin verständigte man sich mit Rücksicht auf die durch die innenpolitische Entwicklung geschaffene Lage dahingehend, daß der Austrag der Streitigkeiten unterblieb und die eingereichten gerichtlichen Klagen zurückgezogen wurden; eine Annäherung ergab sich dadurch aber nicht.⁵²

Die Auseinandersetzungen um die bayerische Sezession lassen die Schwächen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und seiner führenden Persönlichkeiten wie überhaupt völkischer Organisationen und der in ihnen agitierenden Männer deutlich hervortreten. Wenn gleich sich am Ende mit Roth und Hertzberg die Führer des Schutz- und Trutz-Bundes und damit die Vertreter des diktatorischen Prinzips durchgesetzt hatten, konnte dieser Sieg die dieser deutschvölkischen Organisation immanenten Schwierigkeiten nicht aufheben. Um der Bewegung, der eine feste Programmatik fehlte und die bewußt an das Irrationale im Menschen appellierte, eine feste Form zu geben, in der nur ein Wille bestimmend war, bedurfte es mehr als einer äußeren diktatorischen Verfassung und eines verwaltungstechnischen Zentralismus, nämlich einer starken Führerpersönlichkeit. Das war weder der eher zurückhaltende, wenn gleich bestimmt auftretende geschäftsführende Vorsitzende Hertzberg noch der taktierende, dabei sehr reizbare Hauptgeschäftsführer Roth. Darüber vermochten, was letzteren angeht, auch die Erfolge als Agitationsredner sowie seine rastlose, leicht subalterne Tüchtigkeit und sein selbstgerechtes Sendungsbewußtsein nicht hinwegzutäuschen. Nur die verpflichtende Persönlichkeit eines charismatischen Führers hätte – wie sich später zeigen sollte – auf die Dauer in der Spannung zwischen der Vieldeutigkeit und Gestaltlosigkeit einer letztlich trotz allen pseudowissenschaftlichen Beiwerks irrationalen völk-

kischen Weltanschauung und dem Zentralismus und der einseitigen Befehlsstruktur der politischen Kampfbewegung bestehen können.

Die dargestellten Ereignisse in Bayern haben nicht nur demonstrativen Charakter, als sie völkische Streitigkeiten in ihrer typischen Art zeigen, sondern sie waren auch folgenreich für die Entwicklung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes nach den Verbotsdekreten vom Sommer 1922; und hierin liegt ihre eigentliche Bedeutung. Denn nach den fanatisch geführten Auseinandersetzungen konnte Bayern, damals das sicherste und fruchtbarste Feld für eine völkische oder nationalistische Bewegung, nicht mehr zum Kristallisationspunkt eines neuen Schutz- und Trutz-Bundes werden, als die Verbotswelle diesen aus fast allen deutschen Ländern vertrieben hatte. Zu diesem Zeitpunkt war die bayerische Organisation noch stark zerrüttet und im Umbau begriffen; die Bundesleitung war nach ihrer Ausschaltung durch die Verbote in Hamburg und Preußen ohne Einflußmöglichkeit, zumal sie auch bei den vielen verbliebenen bayerischen Ortsgruppen in Mißkredit stand.

Damit trugen die erbitterten Kämpfe um die bayerische Sezession in dem ersten Halbjahr 1922 zu dem schnellen Verschwinden dieser antisemitischen Großorganisation bei, da sie den Rückhalt, den der Schutz- und Trutz-Bund insbesondere noch in Niederbayern und Franken besaß, im entscheidenden Moment verspielten und so der Bund anderen, geschlosseneren Organisationen das Feld überlassen mußte. Sieht man von Anhalt und Mecklenburg-Strelitz, wo der Bund ebenfalls nicht verboten wurde, einmal ab, so war auch in Württemberg die Machtbasis zu schmal, als daß von dort aus eine längere Verbotszeit zu überdauern gewesen wäre.

Vor diesem Hintergrund stellt die Demonstration des dritten Deutschen Tages am 14. und 15. Oktober 1922 in Coburg — vorbereitet von den bayerischen Gliederungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Zusammenarbeit mit der von Roth geleiteten, nicht unter das Verbot fallenden Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde — einen letzten Höhepunkt in der Geschichte des Schutz- und Trutz-Bundes dar. Diese Demonstration trug zugleich bereits deutlich die Zeichen einer neuen Organisation. Zu der Kundgebung⁵³ fanden sich noch einmal die führenden völkischen Vertreter des Bundes und der der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde angeschlossenen Verbände und über vier-tausend Anhänger aus ganz Deutschland ein, um gegen die Verbots-politik der Reichs- und Länderregierungen zu protestieren und für die Ziele der deutschvölkischen Bewegung zu demonstrieren. Wie die vor-angegangenen Deutschen Tage war auch dieser dritte Deutsche Tag in

Coburg ein glanzvolles Spektakel mit pathetischen Reden, Theaterspiel, Fahnenweihe, deutsch-christlicher Predigt und feierlichem gemeinsamem Schlußgebet. Allein die Teilnahme Adolf Hitlers, der mit sämtlichen damaligen NSDAP-Größen und starken Hundertschaften der SA angetreten war und den Deutschvölkischen die Straße freiräumte, wies über den bisher üblichen Rahmen hinaus und machte das Treffen in Coburg zu einem Wendepunkt in der deutschvölkischen Bewegung. Für den Schutz- und Trutz-Bund war es, ohne daß seine Führer es wahrhaben wollten oder auch nur ahnten,⁵⁴ ein Schlußakt, für Adolf Hitler und die NSDAP markiert es den Durchbruch in der Bewegung. Die Zukunft der völkischen Bewegung, erklärte der Völkische Beobachter in einem großaufgemachten Artikel über den Deutschen Tag in Coburg,⁵⁵ liege nicht in der »sentimalen Schwärmerei«, bei den »Worten an die Vergangenheit« und den Reden von innerer Erneuerung und von Geistesrevolution, sondern allein in dem rücksichtslosen Willen zum Kampf und in der zielbewußten Organisation. Das Blatt ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, »daß die Leitung der deutschen Freiheitsbewegung sich in München befindet, und daß ihr Führer Adolf Hitler heißt.«

Krise in der Führungsspitze

Mehr noch als von den Angriffen konkurrierender deutschvölkischer Unternehmungen und dem Aufstand bayerischer Förderalisten war das Ende des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes beeinflusst und überschattet von persönlichen Rivalitäten in der Führungsspitze des Bundes. Die Spitze bestand aus einem geschäftsführenden Bundesvorstand, dem Hertzberg als geschäftsführender Vorsitzender, Roth als Hauptgeschäftsführer sowie Werner und Wiegershaus als stellvertretende Vorsitzende angehörten; ihnen übergeordnet war der geheime Vorsitzende Gebattel.⁵⁶ Im Mittelpunkt der teilweise äußerst heftigen Auseinandersetzungen standen vor allem die Persönlichkeit Roths sowie die diktatorische Struktur des Führungsgremiums.

Die ersten Reibereien setzten schon sehr früh von seiten der durch die Fusion mit dem Deutschvölkischen Bund in die Führung übernommenen Dr. Werner und Wiegershaus ein. Von Anfang an wollten Werner und Wiegershaus sich nicht mit ihrer durch das diktatorische Prinzip festgelegten Abhängigkeit abfinden. Auch opponierten sie gegen das freie und selbstherrliche Schalten des Hauptgeschäftsführers; Werner drohte schon ein knappes halbes Jahr nach dem Zusammenschluß der beiden Organisationen mit einer Sprengung des neuen Gesamtver-

bandes.⁵⁷ Anlaß der Auseinandersetzungen waren die seit dem Zusammenschluß nicht eindeutig geregelten Kompetenzen und Abhängigkeitsverhältnisse in der Führung des Schutz- und Trutz-Bundes. Damals hatte Roth die Führer des Deutschvölkischen Bundes über die hinter dem Schutz- und Trutz-Bund stehenden Kräfte im unklaren gelassen.⁵⁸ Immerhin war aber Werner als Mitglied des damaligen alldeutschen Judenausschusses zumindest über die Vorgänge, die zur Gründung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes geführt hatten, informiert gewesen. Dennoch war Werner in dem Kampf gegen die alldeutsche Abhängigkeit des Bundes die treibende Kraft; Wiegershaus sekundierte ihm dabei. Sie erstrebten eine Führungsspitze aus gleichberechtigten und gewählten Vorsitzenden unter Ausschaltung des geheimen diktatorischen Leiters.

Aber Roth, Hertzberg und Gebattel stimmten in der Beibehaltung des einmal festgelegten Prinzips völlig überein⁵⁹ und erklärten, »daß nur die Diktaturverfassung uns im Bund, wie auch in Deutschland retten kann«.⁶⁰ Nachdem Werner im Frühjahr 1921 Hertzberg und Gebattel auch durch die Drohung mit seinem Rücktritt nicht zur Aufgabe des von ihm im Bund bekämpften »alldeutschen Machtgedankens« hatte bewegen können,⁶¹ zog er sich völlig aus den Führungsgeschäften des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zurück, ohne aber sein Vorstandsamt offiziell niederzulegen. Er wich den eigens für ihn einberufenen Zusammenkünften aus, boykottierte die Vorstandssitzungen und beschränkte sich auf seine Tätigkeit als Redner. Seine obstruktive Politik gegenüber der Hamburger Geschäftsstelle gab er jedoch nicht auf. Immerhin trat eine gewisse Beruhigung in der Führungsspitze ein, so daß Gebattel und Hertzberg ihren Plan, Werner seines Amtes zu entheben, vorerst zurückstellten.⁶²

Das Führungsproblem im Schutz- und Trutz-Bund blieb damit aber weiterhin ungelöst; und es wurde durch Wiegershaus immer wieder zur Sprache gebracht. Auch ohne die tatkräftige Rückendeckung durch Werner opponierte Wiegershaus weiter gegen die Ausschaltung der ehemals führenden Parteiantisemiten von den Führungsgeschäften im Bund⁶³ und nutzte jede Gelegenheit, um gegen die selbstherrliche Leitung des Bundes durch Roth und gegen das diktatorische Prinzip der Alldeutschen zu protestieren.⁶⁴ Zwar vermochten sich Roth und Hertzberg gegenüber diesen Angriffen stets zu behaupten, vor einem endgültigen Bruch mit Werner und Wiegershaus scheuten sie jedoch zurück⁶⁵ und ließen es so zu, daß die Anti-Roth-Hertzberg-Koalition auch im Bundesvorstand an Boden gewinnen konnte.

Im Juni 1922 schlossen sich Werner und Wiegershaus mit Dinter zu-

sammen, um die Position des Hauptgeschäftsführers endgültig zu erschüttern.⁶⁶ Dinter hatte durch den engen Mitarbeiter Roths in der Hamburger Zentrale, Walter Otto, erfahren, daß Roth unverändert engen Kontakt mit dem stark angefeindeten Freimaurer Köthner pflegte, und war daraufhin in das Roth feindlich gesonnene Lager übergewechselt.⁶⁷ Die Gruppe bestand auch nach der Ermordung Rathenaus und den sich daran anschließenden Verbotsdekreten auf einer Austragung der Differenzen und war weiterhin bestrebt, eine größere Anhängerschaft innerhalb des Bundes für ihren Vorstoß zu gewinnen. Sie bemühte sich darüber hinaus, ihren Kampf gegen Roth, Hertzberg und den alldeutschen diktatorischen Machtanspruch zugleich neuen Strömungen in dem durch die Ereignisse des Sommers 1922 in Bewegung geratenen völkischen Lager anzupassen.

Verbot und Auflösung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes ließen nicht nur die Abspaltung der ehemaligen Gruppe des Deutschvölkischen Bundes offen zutage treten, sondern sie offenbarten auch die seit langer Zeit schon schwelende Vertrauenskrise zwischen Roth und Hertzberg. In der Abwehr der Angriffe von Werner und Wiegershaus hatten sie stets an einem Strang gezogen und gemeinsam im Einvernehmen mit Gebattel gehandelt. Hertzberg und Gebattel waren sogar bereit gewesen, einige berechtigte Klagen gegen Roths Geschäftsführung mit dem Hinweis auf dessen überragende Tüchtigkeit und Tatkraft sowie dessen Überlastung zu überspielen. Am Ende aber machte Roths Selbstherrlichkeit auch nicht vor der Stellung des geschäftsführenden und des geheimen Vorsitzenden halt.

Roth hatte von Anfang an den Schutz- und Trutz-Bund als eine eigenständige Organisation und als sein Werk betrachtet, bei dem die alldeutsche Mitwirkung sich auf die Gründungsinitiative und auf zeitweilige finanzielle Unterstützung beschränkt habe. Diese Haltung Roths änderte sich auch nach der Einsetzung Hertzbergs nicht, von der sich Claß und Gebattel eine direktere Einflußnahme auf Geschäftsführung und Propagandapolitik des Schutz- und Trutz-Bundes erhofft hatten. Beide klagten darüber, daß sie von Roth nur schlecht unterrichtet würden und daß dieser unter Hinweis auf seine Überlastung Zusagen zu persönlichen Zusammenkünften allzu oft nicht einhalte.⁶⁸

Hertzberg erfuhr eine nicht viel bessere Behandlung. Von seinem Wohnsitz Berlin aus konnte er kaum Einfluß auf den Gang der Geschäfte nehmen und war so, vor allem was die innere Geschäftsführung betraf, nicht immer ausreichend informiert. Roth suchte einer alldeutschen Bevormundung bewußt entgegenzuarbeiten. Die Umstellung der Deutschvölkischen Blätter zum Bundesorgan und der damit verbun-

dene Wechsel der Druck- und Verlagsgesellschaft Ende 1921 liefern dafür ein treffendes Beispiel. Unter Mißachtung alldeutscher Interessen und ohne Rücksicht auf vorherige Absprachen entschied sich Roth hier aus fadenscheinigen Gründen eigenmächtig gegen das Angebot der dem Alldeutschen Verband gehörigen Neudeutschen Verlags- und Treuhand-Gesellschaft.⁶⁹

Auf die daraufhin von alldeutscher Seite einsetzende Kritik⁷⁰ reagierte Roth wie in vielen vorangegangenen Fällen außerordentlich gereizt. Roth verstand sein Wirken als eine Art Sendung und wollte dafür keine übergeordnete Instanz dulden.⁷¹ Auch jetzt lehnte er es, die satzungsmäßigen Gegebenheiten mißachtend, kurzerhand ab, sich und den Schutz- und Trutz-Bund »in ein Hörigkeitsverhältnis« zu Hertzberg und den hinter diesem stehenden alldeutschen Kreisen zu bringen und drohte mit Rücktritt.⁷² Zwar vermochte eine von Claß herbeigeführte persönliche Aussprache die weitere Zusammenarbeit zu gewährleisten,⁷³ aber das grundlegende Problem, wer die eigentliche Führung im Schutz- und Trutz-Bund innehatte, blieb auch hier ungelöst. Der geschäftsführende Vorsitzende hatte weiterhin über die unregelmäßige und dilatorische Bearbeitung seiner Anfragen und Anordnungen durch die Hauptgeschäftsstelle zu klagen,⁷⁴ und in den Julitagen 1922, als alles auf ein gut koordiniertes Zusammenarbeiten im Bund ankam, wollte Roth die neue Situation in eigensinniger Weise dazu benutzen, die Machtverhältnisse im geschäftsführenden Bundesvorstand sowohl gegenüber Werner und Wiegershaus als auch gegenüber Hertzberg endgültig zu seinen Gunsten zu verändern.⁷⁵

So trafen die Verbots- und Auflösungsdekrete den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund nicht nur überraschend und unvorbereitet, sondern auch zu einem Zeitpunkt, da die scharfen Fehden mit den rivalisierenden völkischen Unternehmungen noch nicht vergessen waren, die bayerische Krise kaum überwunden und die Führungsspitze in sich zerfallen war. Auch die folgende gemeinsame Notzeit vermochte nicht, die partikularen und persönlichen Interessen einander anzunähern und ein gemeinsames Vorgehen zu bewirken, vielmehr verstärkte sie die Auflösungs- und Umgruppierungserscheinungen, die zu diesem Zeitpunkt im Schutz- und Trutz-Bund wie in der deutschvölkischen Bewegung überhaupt zu bemerken waren.

Auseinanderfall der Gesamtorganisation

Am 9. Juli 1922 versammelte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund noch einmal die führenden Mitglieder in Berlin. Aber selbst unter

dem Eindruck der in fast allen Ländern nach und nach erfolgenden Verbote konnten die Rivalitäten in der Führungsspitze nicht beigelegt werden. Zwar wurde auf Betreiben Hertzbergs die Fortführung des Bundes unter anderem Namen, aber in nahezu unveränderter Form beschlossen, und die einzelnen Gliederungen des Bundes wurden aufgefordert, sich bis auf weiteres in örtlichen gesellschaftlichen oder anderen Vereinen zusammenzuschließen, doch konnten diese Beschlüsse den zentrifugalen Kräften im Schutz- und Trutz-Bund nicht mehr Einhalt gebieten.⁷⁶ Hertzberg verstärkte diese vielmehr unabsichtlich noch dadurch, daß er Walter Otto wegen des gegenüber Roth begangenen Vertrauensbruchs aus allen Geschäften entließ.⁷⁷

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund schien wieder in seine früheren Bestandteile zu zerfallen: Werner und Wiegershaus, die ehemaligen Führer der Parteiantisemiten und des Deutschvölkischen Bundes, wandten sich mit Interesse den Plänen einer neuen Gesamtorganisation innerhalb der völkischen Bewegung sowie der Gründung einer neuen völkischen Partei zu. Otto versuchte den Reichshammerbund, den er 1912 hatte begründen helfen, wieder aufleben zu lassen und dem Schutz- und Trutz-Bund die ehemaligen Reichshammerbündler abzuwerben.⁷⁸ Unterstützt von westfälischen Reichshammerbund-Mitgliedern unter der Leitung von Walther Hoffmann, gab Otto Rundschreiben und Geschäftsordnung eines neuen Reichshammerbundes heraus.⁷⁹ Roth zog sich vorläufig ganz zurück, allerdings nicht ohne vorher gegenüber Hertzberg zum Ausdruck gebracht zu haben, daß er sich durch keine Verpflichtung gebunden fühle und das tun werde, was er »mit Rücksicht auf die Gesamtbelange der völkischen Bewegung für nötig und richtig« erachte.⁸⁰ Von seinem Urlaubsdomizil aus, der Villa des Dr. Hirth am Bodensee, verfolgte Roth neue ehrgeizige Pläne; er versuchte mit Wulle und dem Grafen Reventlow zu paktieren und auf eine Zusammenlegung der beiden Zeitungen Reichswart und Deutschvölkische Blätter hinzuarbeiten.

Allein Hertzberg bemühte sich, mit alldeutscher Rückendeckung den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund gegen alle Loslösungsbestrebungen aufrechtzuerhalten. Dank der unermüdlichen Vermittlung Gebstatts, der Roth trotz aller seiner Fehler halten wollte, weil er ihn in der völkischen Bewegung für unentbehrlich hielt,⁸¹ kam noch einmal ein Ausgleich zwischen Hertzberg und Roth zustande.⁸² Gemeinsam traten sie dann den Gegnern Roths, des alldeutschen Führungsanspruchs sowie der diktatorischen Struktur innerhalb und außerhalb des Bundes entgegen. Diese Gruppe hatte sich unter der Leitung von Dinter, Fritsch, Werner und Wiegershaus neu formiert.⁸³ Sie warb für einen

neuen Verband, der unter der Führung des Grafen Reventlow stehen und später in eine noch zu gründende völkische Partei eingebracht werden sollte.⁸⁴ Diese Pläne bildeten einen der Ausgangspunkte, die Ende 1922 zur Gründung der Deutschvölkischen Freiheitspartei führten. Hertzberg und Roth weigerten sich jedoch, die aufgelöste Organisation des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in einem neuen völkischen Unternehmen aufgehen zu lassen. Sie hielten vielmehr am Bund fest und vermochten sich auf dem Deutschen Tag in Coburg mit ihrer Auffassung auch unter der verbliebenen Anhängerschaft durchzusetzen, da es die führenden Aufrührer vorgezogen hatten, nicht zu erscheinen.⁸⁵ Der Bruch mit ihnen war endgültig, als Hertzberg im Einvernehmen mit den in Coburg anwesenden Vorstandsmitgliedern Werner und Wiegershaus förmlich ihrer Ämter als stellvertretende Vorsitzende und Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes enthob⁸⁶ und Dinter und Fritsch mangels satzungsmäßiger Handhabe nicht mehr als dem Gesamtvorstand zugehörig betrachtete.⁸⁷

Der Beschluß des Staatsgerichtshofes zur Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den aufgelösten Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund und zur Ansetzung einer einheitlichen mündlichen Verhandlung am 18. Januar 1923 ließ die gesamte Bundesorganisation noch einmal aktiv werden, der Bundesvorstand wurde für die folgenden Tage nach Leipzig eingeladen.⁸⁸ Im Kreise der in Leipzig erschienenen ehemaligen und noch amtierenden Gauleiter des Schutz- und Trutz-Bundes diskutierten Roth und Hertzberg das endgültige Verbot des Staatsgerichtshofes und beschlossen, einen neuen Deutschvölkischen Führerbund zu schaffen, der die ehemaligen führenden Männer und Vertrauensleute des Schutz- und Trutz-Bundes zusammenfassen sollte. Er erhielt den einst in Bamberg für den Schutz- und Trutz-Bund ausersehenen Namen Deutscher Befreiungs-Bund. Zu seinem alleinigen Leiter wurde Hertzberg bestimmt.⁸⁹

Die Hoffnung auf eine Aufhebung der Verbots- und Auflösungsdekrete durch den Staatsgerichtshof hatte bis zu diesem Zeitpunkt die um die Führung im Schutz- und Trutz-Bund ringenden Rivalen immer wieder zusammengeführt; mit der endgültigen Verbotsbestätigung waren aber auch diese letzten gemeinsamen Interessen gefallen. Roth war nicht mehr bereit, auf der gleichen Basis wie 1919 mit den alldeutschen Kräften zusammenzuarbeiten. Nur wenige Tage nach den Leipziger Besprechungen überraschte er Freund und Feind mit einem Aufruf zur Gründung eines eigenen Deutschen Befreiungs-Bundes.⁹⁰ Schon zwei Tage später, am 27. Januar 1923, wandte sich der Deutsche Befreiungs-Bund, der zu diesem Zeitpunkt kaum woanders als in der Phantasie

Roths bestand, mit seiner Eingabe an den Reichskanzler und an die Schriftleitungen rechtsgerichteter Zeitungen, in der die alten programmatischen Forderungen des Schutz- und Trutz-Bundes wiederholt wurden.⁹¹ Am 6. Februar 1923 folgten ein weiterer, diesmal gedruckter Aufruf des Deutschen Befreiungs-Bundes und eine Denkschrift über dessen Ziele.⁹² Erst gegen Ende Februar bequeme sich Roth, Hertzberg und Gebattel, die ihm schriftlich Vorhaltungen gemacht hatten, über sein eigenmächtiges Vorgehen und seine weiteren Absichten zu unterrichten. Roth lehnte jede weitere Unterordnung oder Zusammenarbeit wie seinerzeit im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund ab und forderte völlige Freiheit für sich und sein »Werk«.⁹³ Da damit eine Einwirkung auf die Geschicke des Deutschen Befreiungs-Bundes nicht mehr gewährleistet werden konnte, gaben sowohl Hertzberg als auch Gebattel jede Hoffnung auf ein Zusammenwirken mit Roth auf. Sie überließen ihm den Deutschen Befreiungs-Bund, behielten sich aber das Verfügungsrecht über die noch bestehenden Ortsgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes vor.⁹⁴ Zwei Rundschreiben waren die letzten beiden Handlungen des ehemaligen geschäftsführenden Bundesvorstandes; das eine versandte Hertzberg am 3. Mai 1923 an die Teilnehmer der Leipziger Besprechung vom 19. Januar 1923, um sie über die Hintergründe der Entstehung des neuen Deutschen Befreiungs-Bundes und über den endgültigen Bruch zwischen Hertzberg und Roth zu unterrichten;⁹⁵ das andere war ein Gegen schreiben Roths vom 11. Mai.⁹⁶

Es war kein spektakuläres Ende. Die Gesamtorganisation des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes hatte einfach zu existieren aufgehört. Mit Roth und Hertzberg/Gebattel trennten sich die beiden konstitutiven Kräfte des Bundes, die dessen Form und Wirken entscheidend geprägt hatten: der sendungsbewußte Völkische, der tüchtige, wenn auch allzu kleinliche Organisator und fanatische Propagandist einerseits und die politisch zielbewußten Alldeutschen und finanziellen Förderer andererseits.

Der Wille zur Einheit in der gesamtvölkischen Bewegung, der den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund in der ersten Nachkriegszeit so schnell groß werden ließ, war in vier Jahren zermürbt worden durch den Mangel an entscheidenden politischen Erfolgen und an effizienten politischen Aktionen der Gesamtorganisation; die Hoffnung auf eine parteipolitische Repräsentanz durch die DNVP war geschwunden. Auch stellte der Schutz- und Trutz-Bund in der außerparlamentarischen Bewegung nicht in der angestrebten Weise einen Machtfaktor dar. Die Republik hatte sich widerstandsfähiger gezeigt, als erwartet

worden war, ihr Durchgreifen nach der Ermordung Rathenaus, unter dem der Schutz- und Trutz-Bund endgültig zerbrach, hatte die völkische Bewegung in noch größere Unruhe versetzt, so daß nach neuen Männern und neuen Formen der Organisation Ausschau gehalten wurde. Das Jahr 1923 mit dem Ruhreinmarsch der Franzosen und Belgier verstärkte noch diese Umgruppierungstendenzen in der rechtsradikalen Bewegung. Der nationalistische Gedanke wurde stärker betont; die Wehrverbände traten mehr als zuvor in den Vordergrund.

18. Aktivitäten nach dem endgültigen Verbot

Die Darstellung der Krisen und der allmählichen Desintegration in der Bundesführung wies die Gründe dafür auf, daß das vorwiegend auf die nord- und mitteldeutschen Länder beschränkte Durchgreifen der einzelnen Regierungen das Ende für den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund bedeutete und daß der Bund nicht in der Lage war, auch nur eine kürzere Verbotszeit zu überdauern.

Deutschvölkische Tarnorganisationen

Da die Republikschutzgesetze den verbotenen Vereinigungen jede weitere Tätigkeit sowie jeglichen Zusammenschluß in einer Nachfolgeorganisation untersagten, waren den Versuchen des Bundes, die Reichsorganisation aufrechtzuerhalten, von vornherein enge Grenzen gesteckt, und ein Fortbestehen und engerer Zusammenhalt waren nur auf lokaler Ebene möglich.¹ Hinzu kam, daß alte und neu entstehende völkische Verbände versuchten, die Anhänger des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes für sich zu gewinnen, so daß Hertzberg sich gezwungen sah, in einem Leitartikel in der Deutschen Zeitung² die Mitglieder zu ermahnen, »die endgültige Entscheidung des Staatsgerichtshofes abzuwarten und dem alten Bunde die Treue zu halten«. Auch Roth versuchte in zwei Rundschreiben vom 20. September 1922, die Mitglieder zusammenzuhalten und sie um die Deutschvölkischen Blätter zu scharen.³

Tatsächlich gelang es auch nach den Verboten im Sommer 1922, aber auch noch nach der endgültigen Verbotsbestätigung durch den Staatsgerichtshof im Januar 1923, die Anhänger des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Lesegemeinden und -zirkeln oder in völk-

kischen Vereinen unter den verschiedensten Namen eine Zeitlang zusammenzuhalten. So führte in Bremen Dr. Rühnick die ehemaligen Schutz- und Trutz-Bündler in einen Bund für deutsche Freiheit und deutsches Recht über,⁴ in Wilhelmshaven-Rüstringen und anderen Städten Ostfrieslands wurden zahlreiche ehemalige Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes in einem Treudeutschen Bund und einem Verein deutschenkender Arbeiter tätig, die beide Anfang 1923 entstanden.⁵ In Dresden hielten zwei ehemalige Vorstandsmitglieder, der Oberpostinspektor Gerhard Börner und der Lehrer Richard Krause, völkische Anhänger in Lesegemeinschaften der »Deutschen Zeitung« beziehungsweise der »Sächsischen Landeszeitung« zusammen.⁶

Ein übergreifender Versuch, eine größere Organisationseinheit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in einem neuen Verband aufzufangen, gelang nur in Sachsen und Thüringen, wo nach dem Verbot des Schutz- und Trutz-Bundes überall Ortsgruppen eines Deutschen Volksbundes entstanden. Ausgangspunkt und Zentrum dieser Neuorganisation war die ehemalige starke und tätige Ortsgruppe Gera des Schutz- und Trutz-Bundes mit dem Kaufmann Alfred Lauterbach an der Spitze, der auch mit Roth in Fühlung stand.⁷ Aber diese Neugründungen entgingen zumeist nicht der Aufmerksamkeit der Polizei. Sie wurden in Thüringen, wo sie in einigen Orten größeren Umfang annahmen oder stärker hervortraten, auch sogleich verboten.⁸

Tatsächlich war mit der Bestätigung der Verbote durch den Staatsgerichtshof das Schicksal des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes besiegelt worden. Nur vereinzelt entstanden wirksame Nachfolgeorganisationen, aber auch sie konnten nur einen Bruchteil der ehemaligen Schutz- und Trutz-Bündler auffangen und waren zumeist von ganz kurzer Dauer. Sie bildeten für die meisten ihrer Anhänger nur eine Durchgangsstufe für den Eintritt in eine größere Organisation. Diese Entwicklung wurde dadurch begünstigt, daß viele dieser Vereine und Verbände zugleich Mitgliedern anderer vorübergehend verbotener Organisationen und Parteien, insbesondere der NSDAP, als Tarnorganisation dienten. Da es dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund nicht gelang, selbst eine Nachfolgeorganisation zu schaffen, und der Bund tatsächlich mit der Verbotsbestätigung als Reichsorganisation ein Ende fand, ist hier noch die Frage anzuschließen, wohin sich die im Schutz- und Trutz-Bund ehemals aktiven Kräfte wandten und wo insbesondere die nahezu zweihunderttausend Mitglieder des Bundes verblieben.

Die Alldeutschen

Der Alldeutsche Verband hatte sich wieder ganz auf sich selbst zurückgezogen. Sosehr auch Gebattel den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund als sein eigenes Werk betrachtete, sosehr sich auch Hertzberg für diese antisemitische Großorganisation, an deren Spitze er stand, persönlich einsetzte, so waren doch beide zugleich immer noch Alldeutsche und blieben innerlich dem Alldeutschen Verband und seinem Vorsitzenden Claß stark verbunden. Der Schutz- und Trutz-Bund war für sie nur eine Form alldeutscher politischer Tätigkeit, mit der Claß und der Alldeutsche Verband der neuen Zeit der Massendemokratien Rechnung tragen wollten. Nun, da diese Formation, die zwar nicht alle hochgespannten Erwartungen ihrer Initiatoren erfüllt, aber doch tatkräftig in ihrem Sinne gewirkt hatte, aufgelöst und verboten worden war, hatten Gebattel und Hertzberg nicht mehr die Kraft, der Alldeutsche Verband in der Zeit des schnellen Währungsverfalls auch nicht die nötigen Mittel, um wieder von vorne zu beginnen. Gebattel und Hertzberg zogen sich in ihrer politischen Tätigkeit auf den Alldeutschen Verband zurück. Hertzberg trat 1924 in die Hauptleitung des Verbandes ein und wurde Anfang 1929 Nachfolger des kaum noch hervortretenden Gebattel als stellvertretender Vorsitzender.⁹ Die Aufgabe einer wirksamen Massenorganisation durch den Alldeutschen Verband war aber nicht gleichbedeutend mit einer Absage an die völkische Bewegung und die völkischen Ziele. Vielmehr versuchte der Verband weiterhin, gestützt auf die eigene begrenzte, aber auch geschlosseneren Organisation, hartnäckig in der gesamtvölkischen Bewegung seinen Einfluß zu bewahren und für die eigenen politischen Ziele zu wirken. Der Antisemitismus, der in den Alldeutschen Verband nur allmählich Eingang gefunden hatte, wurde nun, nachdem er sich in der Arbeit des Schutz- und Trutz-Bundes bewährt hatte, endgültig in das Programm und die Tätigkeit des Verbandes integriert.¹⁰ Dem Verband gelang es allerdings nicht, dadurch in weitere Bevölkerungsschichten vorzudringen oder auch nur einen größeren Teil der ehemaligen Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes an sich zu binden.

Die Versuche einiger ehemaliger führender Reichshammerbündler, aus der sich auflösenden Mitgliederschaft des Schutz- und Trutz-Bundes neue Hammergruppen zu bilden und sie um die von Fritsch herausgegebene Zeitschrift »Hammer« zu organisieren, scheiterten zumeist. Nur an wenigen Orten, wie etwa München,¹¹ gelang es, regelrechte Gruppen aufzuziehen, die aber bald darauf wieder verschwanden.

Roth und der Deutsche Befreiungs-Bund

Ebensowenig vermochte der Deutsche Befreiungs-Bund unter Roth die Nachfolge des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes anzutreten, wenngleich Roth schon im März 1923 verkündete: »Unsere Sache marschieret! Die tätigsten Mitarbeiter haben sich uns angeschlossen und wir dürfen voller Zuversicht der weiteren Entwicklung der Dinge entgegensehen.«¹² Aber Roth hatte keinen Grund, so hoffnungsfroh in die Zukunft zu sehen; die von ihm im Verein mit Westerich und Arthur Götting herausgegebenen Deutschvölkischen Blätter fristeten ein kümmerliches Dasein; der neuen Organisation des Deutschen Befreiungs-Bundes gelang es nicht, in Norddeutschland Fuß zu fassen. Auch der Versuch Roths, durch die Veranstaltung eines vierten Deutschen Tages in Hameln vom 5. bis 7. Oktober 1923 seiner neuen Organisation Auftrieb zu geben,¹³ scheiterte an der Haltung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Noske, der Roth das Verbot einer derartigen Veranstaltung in Aussicht stellte.¹⁴ So verließ Roth den norddeutschen Raum und siedelte im Spätsommer 1923 in seine Heimatstadt Stuttgart über, um dort für die völkische Bewegung tätig zu werden. Sein Ziel war, wie er am 26. September 1923 an Ludendorff schrieb,¹⁵ aus Württemberg »ein zweites Bayern an völkisch-vaterländischer Gesinnung« und »Land und Volk sturmreif zu machen«.

Roths Württemberger Zeit ist charakterisiert durch unermüdliche rednerische, schriftstellerische und organisatorische Arbeit, die gleich nach der Übersiedelung einsetzte. Den organisatorischen Rahmen seines Wirkens gaben einmal der Deutsche Befreiungs-Bund, in den Roth die seit Januar 1923 von Hugo Kroll als Gruppenwart und Eugen Haug als Kassenwart geleitete Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppe Stuttgart überführte,¹⁶ zum anderen die Vereinigten Vaterländischen Verbände von Württemberg und Hohenzollern, deren Landesvorstand Roth angehörte.¹⁷ Schon am 3. November 1923 sprachen führende Nationalsozialisten Württembergs bei Roth vor, um ihn für Hitler zu gewinnen. Die Nationalsozialisten suchten offenbar in den kritischen Tagen vor dem Putsch am 8./9. November, sich der Unterstützung der württembergischen Völkischen zu versichern. Hitler, so berichtete Roth in einem Schreiben an Claß aus dieser Zeit, wünsche eine sofortige Aussprache mit ihm, und er, Roth, habe den Eindruck gewonnen, daß »keine Minute mehr zu verlieren« sei, um die »gesammelte Stoßkraft der Völkischen für den Endsieg anzusetzen«.¹⁸ Doch die Münchener Ereignisse rollten ab ohne Beteiligung der württembergischen Völkischen.

Im Dezember 1923 schuf sich Roth mit der »Reichs-Sturmflagge«, die die Nachfolge der Deutschvölkischen Blätter antrat, ein neues publizistisches Organ.¹⁹ Kurz darauf gründete er einen eigenen völkischen Verlag. Er trat dem Wikingbund des Kapitäns Ehrhardt bei²⁰ und wurde Mitglied des Stahlhelms.²¹ Am 4. Mai 1924 wurde er über den Reichswahlvorschlag der DNVP in den Reichstag gewählt, aus dem er noch im selben Jahr wieder ausschied, nachdem er gegen den Dawes-Plan gestimmt hatte.²² Trotz seines rastlosen Eifers, Verbindungen mit anderen Verbänden aufzunehmen, trotz seines persönlichen Einsatzes und seiner publizistischen Tätigkeit war die Wirkung seiner Aktivität begrenzt. Auch in Württemberg verstellte sich Roth durch seine eigene Person die Möglichkeiten maßgeblicher Mitarbeit in größeren Organisationen. Durch »Eigenmächtigkeit und Eigensinn«, so urteilte der Lagebericht des Polizei-Präsidiums Stuttgart vom 30. Januar 1924, habe Roth »von der anfänglichen Beliebtheit, deren er sich die erste Zeit nach seiner Übersiedlung aus Hamburg nach Stuttgart in Rechtskreisen weitgehend erfreute, viel verloren«.²³

Der Deutsche Befreiungs-Bund, bei dem Roth als Bundeswart fungierte, blieb trotz aller politischer Flugblatтарbeit, insbesondere in den Jahren nach 1924,²⁴ eine lokale Erscheinung.²⁵ Die Vereinigten Vaterländischen Verbände von Württemberg und Hohenzollern fanden nach Roths eigener Aussage »bei ihren eigenen Anhängern wie bei den Gegnern nicht mehr genügend Achtung« und wurden von der württembergischen Regierung »als eine Null angesehen«.²⁶ Darüber vermochte auch eine glanzvolle »Deutsche Tagung« am 4. und 5. April 1925 nicht hinwegzutäuschen, die sogar von dem deutschnationalen württembergischen Staatspräsidenten Bazille, einst Fraktionskollege Roths im Deutschen Reichstag, besucht wurde.²⁷

An die Nachkriegserfolge des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes vermochte Roth nie mehr anzuknüpfen. Die günstige Konstellation der Nachkriegszeit, da fanatischer Antisemitismus in Verbindung mit Redner- und Organisationstalent hinreichte, um politisch effiziente Verbände entstehen zu lassen, war nicht mehr gegeben. Mit der zunehmenden Stabilisierung der politischen Verhältnisse zeigte sich, daß Roth nicht die Persönlichkeit war, um auch unter veränderten Bedingungen größere Massen politisch an sich zu binden. Was Roth in Württemberg trieb als erster Vorsitzender der unbedeutenden Vereinigten Vaterländischen Verbände von Württemberg und Hohenzollern, als »Bundeswart« eines auf Stuttgart beschränkten Deutschen Befreiungs-Bundes sowie als zweiter Vorsitzender der alldeutschen Ortsgruppe Stuttgart, war kaum mehr als völkisches »Marionettentheater«.²⁸

Als wirtschaftliche Nöte ihn und seine große Familie bedrängten, suchte er noch einmal Zuflucht in einem Aufruf zu einer umfassenden, aber schon im Entwurf illusorischen gesamtvölkischen Organisation. Diese war ähnlich wie seinerseits der »Deutsche Tag« konzipiert und sollte alle führenden völkischen und nationalistischen Persönlichkeiten von Adolf Hitler bis zu Hauptpastor Andersen vereinigen,²⁹ während Roth als bezahlter Leiter der Geschäftsstelle tätig werden wollte. Der Aufruf blieb aber ohne jegliches Echo. Wenige Monate später, im April 1928, mußte Roth das Erscheinen seiner »Reichs-Sturmflagge« einstellen und selbst eine Beschäftigung in einem Stuttgarter Verlag annehmen.³⁰ Im Mai 1929 siedelte er wieder nach Hamburg-Bergedorf über, wo er eine Pension aus seiner früheren Verwaltungstätigkeit im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband bezog. Aber ganz konnte Roth der politischen Tätigkeit nicht entsagen. Er versandte von 1929 bis 1931 in unregelmäßigen Abständen persönlich gehaltene »Sendschreiben an den Deutschen«, in denen er die politischen Ereignisse kommentierte und für eine völkische Politik warb.³¹ 1932 kandidierte er für die NSDAP zur Hamburger Bürgerschaftswahl.

Den Deutschen Befreiungs-Bund hatte er in den Händen Hugo Krolls und Eugen Haugs in Stuttgart zurückgelassen, zeichnete aber noch als verantwortlicher Herausgeber der Flugblätter in der Kampagne für einen Volksentscheid gegen den Young-Plan.³² Im Juni 1930 stellte der Deutsche Befreiungs-Bund seine Versammlungs- und Vortragstätigkeit ein. Die beiden Stuttgarter Leiter forderten die Mitglieder auf, der neuen Stuttgarter Ortsgruppe des nationalsozialistischen »Kampfbundes für deutsche Kultur« beizutreten.³³

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund in Bayern

Neben Württemberg war Bayern das einzige deutsche Land, in dem der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund nach dem Urteil des Staatsgerichtshofes vom 19. Januar 1923 noch über eine größere Zahl von Ortsgruppen verfügte.³⁴ Doch war nach den erbitterten Feuden im bayerischen Schutz- und Trutz-Bund von hier aus kein neuer Impetus zur Aufrechterhaltung der Gesamtorganisation zu erwarten, zumal hier die übermächtige Konkurrenz der Nationalsozialisten einen solchen Versuch auch von vornherein zum Scheitern verurteilt hätte. Seit dem 2. August 1922 bestand der Schutz- und Trutz-Bund in Bayern als eingetragener Verein mit dem Justizrat Willibald von Zezschwitz an der Spitze sowie dem Rechtsanwalt Dr. Ottmar Rutz aus München, dem Lehrer Hans Dietrich aus Coburg, Hildolf Freiherrn von Thün-

gen aus München und dem Zahnarzt Dr. Otto Hellmuth aus Marktbreit als Mitgliedern des geschäftsführenden Vorstandes.³⁵ Diese suchten die Kontinuität des Bundes bis zur Aufhebung des Verbots zu wahren. Doch trat diese Organisationsspitze in Bayern praktisch nicht in Erscheinung.

Immerhin bestanden da, wo bestimmende Persönlichkeiten sich für den Fortbestand der Schutz- und Trutz-Bund-Gruppen einsetzten, bayerische Ortsgruppen des Bundes noch für mehrere Jahre. Sie waren aber auf sich allein gestellt und hatten zumeist kaum noch Kontakt mit anderen Ortsgruppen. Als Ende 1923 etliche dieser lokalen Vereinigungen den Nationalsozialisten, deren Partei auch in Bayern vorübergehend verboten war, als Übergangs- und Tarnorganisation dienten, verfielen viele der noch bestehenden deutschvölkischen Ortsgruppen ebenfalls dem Verbot.³⁶ In München, wo die deutschvölkische Ortsgruppe zu Anfang des Jahres 1923 noch etwa 6000 persönliche Mitglieder zählte,³⁷ trat der Schutz- und Trutz-Bund zwar 1923 noch mit einigen Versammlungen an die Öffentlichkeit, verschwand danach aber vollends aus dem politischen Leben der bayerischen Hauptstadt, wenngleich ihm mit Dr. Hans Buchner, Dr. Erich Kühn, Dr. Wilhelm Rohmeder, Dr. Ernst Boepple und Hans Stiegeler führende völkische Publizisten und Verleger immer noch angehörten.

Im Januar 1930 zeigte eine amtsgerichtlich eingetragene Veränderung der Satzungen, daß der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund in Bayern e. V. noch bestand, und erst im Juli 1935 wurde der Verein auf Veranlassung der Bayerischen Politischen Polizei wegen »Wegfall sämtlicher Mitglieder« aufgelöst und aus dem Vereinsregister gestrichen.³⁸

Entscheidender für den Fortgang der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung war die Entwicklung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Franken, wo dieser von Anfang an einen starken Rückhalt gefunden hatte. Dieses Gebiet, insbesondere der Raum im Main-Dreieck, wurde 1922/23 von den beiden führenden Schutz- und Trutz-Bündlern Hellmuth und Frau Andrea Ellendt³⁹ mit antisemitischer und völkischer Propaganda überzogen, wobei Versammlungssprengungen und Saalschlachten an der Tagesordnung waren.⁴⁰

Auf dem »Fränkischen Tag« in Marktbreit am 14. und 15. April 1923, zu dem zahlreiche bayerische Wehrverbände, vaterländische Krieger- und völkische Turnvereine erschienen waren, fand zugleich der Gautag des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Nordbayern statt. Während der Tagung wurde Dr. Hellmuth zum Nachfolger Dietrichs als Gauleiter gewählt. Gleichzeitig übergab Andrea Ellendt dem

neugeschaffenen und unter der Leitung Hellmuths stehenden Sturmtrupp »Frankenland« die Kampfswimpel.⁴¹ Von nun an verging kaum ein Tag, ohne daß in irgendeinem fränkischen Ort eine öffentliche Versammlung dieser neuen völkischen Formation stattfand.⁴² Der Erfolg blieb nicht aus: In Franken entstanden neue Ortsgruppen des Schutz- und Trutz-Bundes.⁴³ Bis gegen Ende 1925 behauptete Hellmuth sich mit seiner deutschvölkischen Organisation, die er zu einem Bund Frankenland e. V. zusammengefaßt hatte, ehe er nach einem mißglückten Kartell zwischen Wiking und Blücherbund sowie dem Bund Frankenland⁴⁴ seine Anhänger der NSDAP zuführte.⁴⁵ Damit hatte auch die größte Organisationseinheit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes nach dessen Verbot zu bestehen aufgehört. Was als politisch belangloser Restbestand danach noch existierte, das waren nur noch lokkere Vereinigungen, völkische Stammtische oder Lesegemeinden wie etwa in Nürnberg, wo der Schutz- und Trutz-Bund ein völkisches »Leseheim« unterhielt.⁴⁶

Aufhebung des Verbotes

Den nur noch monographisch interessanten Schlußpunkt der Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes bildeten die Versuche Roths, nach Auslaufen der Verlängerung des Republikschutzgesetzes 1932 eine Aufhebung der Verbote durch die einzelnen Länderregierungen zu erwirken.⁴⁷ Auf Anfragen der Länder teilte der Reichsminister des Innern mit, daß auf seiten der Reichsregierung keine Bedenken gegen eine Aufhebung solcher Verbotsverfügungen bestünden, die durch den Fortfall des Republikschutzgesetzes vom 21. Juli 1922 der materiellen Rechtsgrundlagen entbehrten.⁴⁸ Aber ebensowenig wie seinerzeit die Aufhebung des Verbots des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Oldenburg am 29. Dezember 1924 irgendwelche Folgen nach sich gezogen hatte, vielmehr der ehemaligen Leitung des Schutz- und Trutz-Bundes gar nicht bekannt geworden war,⁴⁹ lebte nun auch nach dieser generellen Unbedenklichkeitserklärung der Bund nirgends wieder auf. Auch nach dem 30. Januar 1933 hatten die neuen Machthaber in keiner Weise ein Interesse daran, eine alte völkisch-nationalistische Organisation wiedererstehen zu lassen.⁵⁰

Die Nachfolge

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund war eine bedeutsame politische und sozialpsychologische Erscheinung der frühen Jahre der

Weimarer Republik. Nach Zusammenbruch und Revolution schlossen sich in ihm nahezu zweihunderttausend Mitglieder zusammen; über sie hinausgehend wirkte seine Propaganda auf noch größere Teile der Bevölkerung ein. Der Bund entsprach mit seinem Antisemitismus und seinem fanatischen Haß gegen die »Judenrepublik« dem Bedürfnis nach einer plausiblen politischen Welterklärung sowie dem Drang heftiger Emotionen der Enttäuschung und der Erbitterung. Es gelang ihm, mit Hilfe einer fadenscheinigen, gedanklich und sprachlich ungesicherten Weltanschauung eine breite Front zu schaffen, die von Anfang an der politischen Neuordnung in Deutschland feindlich gegenüberstand. Den sich wandelnden politischen Verhältnissen, der Konkurrenz neuer Verbände und Parteien sowie schließlich dem Zugriff des Staates erwiesen sich die Organisationen und die führenden Persönlichkeiten des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes jedoch nicht gewachsen. In vielem waren sie noch der Zeit vor dem Umbruch stark verpflichtet. Zugleich aber wies das Wirken des Bundes, der einzelne zu fanatisieren und Massen zu mobilisieren gewußt hatte, in die Zukunft. Der organisierte Antisemitismus des Schutz- und Trutz-Bundes stand so an der Schwelle, die den ideologisierten Antisemitismus des ausgehenden 19. Jahrhunderts mit der totalitären Ideologie und den faschistischen Methoden des Nationalsozialismus verbindet.

Zwar wechselten etliche Anhänger des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zu anderen Parteien und Verbänden über, aber die eigentliche Nachfolge des Bundes trat die NSDAP an — das sollen die Untersuchungen des folgenden Teiles nachweisen. Von den prominenten Mitgliedern des ehemaligen Gesamtvorstandes des Bundes allerdings verpflichtete sich ein großer Teil schon Ende 1922 der neugegründeten Deutschvölkischen Freiheitspartei; es handelte sich hierbei jedoch hauptsächlich um die innere Opposition im Bund.⁵¹ Die Freiheitspartei konnte auch auf regionaler Ebene vereinzelt ehemalige Schutz- und Trutz-Bund-Gruppen für sich gewinnen, wie etwa in Thüringen, wo nach dem mißglückten Versuch mit dem Deutschen Volksbund viele unter der Leitung des bereits erwähnten Geraer Kaufmanns Alfred Lauterbach zur Deutschvölkischen Freiheitspartei stießen.⁵² In vereinzelten Fällen wechselten Völkische aus dem Schutz- und Trutz-Bund zu der neuen Deutsch-sozialen Partei Richard Kunzes über, betrachteten diese Vereinigung zumeist aber nur als eine Übergangsorganisation, zumal sie auch den Nationalsozialisten als Tarnung diente.⁵³ Ein nicht unerheblicher Teil der Schutz- und Trutz-Bund-Anhänger aber kehrte in den Wirren völkischer Richtungs- und Machtkämpfe, die nach den ersten Verboten 1922 einsetzten und nach dem Novemberputsch 1923

auch auf die NSDAP übergriffen, völkischen Organisationen den Rücken und fand erst ab 1928 und dann in zunehmendem Maße zur völkischen Bewegung zurück, die nun beherrschend von der NSDAP repräsentiert wurde.

Die NSDAP war schon vor den Verbotsdekreten vom Sommer 1922 diejenige völkische Organisation, deren Konkurrenz der Schutz- und Trutz-Bund am meisten spürte. Sie wurde zum Sammelbecken der aktiven Kräfte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Diese Entwicklung besiegelte die Weisung Gebtsattels und Hertzbergs an die Mitglieder, der NSDAP Hitlers beizutreten,⁵⁴ nachdem eine Einigung mit Roth über den Deutschen Befreiungs-Bund nicht hatte erzielt werden können.

Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund und NSDAP

19. Zusammenarbeit und Konkurrenz. Das Verhältnis des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zur NSDAP

Mit der Weisung an die Mitglieder, der NSDAP beizutreten, anerkannte die Schutz- und Trutz-Bund-Führung den gleichgerichteten Kampf dieser immer stärker hervortretenden nationalsozialistischen Bewegung. Damit fand ein seit längerer Zeit sich vollziehender Prozeß seinen vorläufigen Abschluß: der Übergang vieler völkischer Anhänger zur NSDAP und der Aufstieg des Nationalsozialismus zur beherrschenden Organisation im völkischen Lager. Daran änderte auch das kurze Zwischenspiel der Deutschvölkischen Freiheitspartei nichts, der es nach der endgültigen Auflösung des Schutz- und Trutz-Bundes und dem Verbot der NSDAP 1923 vorübergehend gelungen war, größere Anhängerscharen vor allem in Norddeutschland auf sich zu vereinigen.

Nationalsozialismus und völkische »Vorkämpfer«

Es ist nicht immer einfach, den hier angedeuteten geistigen, organisatorischen und personellen Zusammenhang von Deutschvölkischem Schutz- und Trutz-Bund und NSDAP nachzuzeichnen. Das tatsächliche Verhältnis wird vertuscht einmal durch den beißenden Hohn und Spott, mit denen sich führende Nationalsozialisten von den völkischen »Vorkämpfern« distanzieren,¹ zum anderen durch das Bemühen zahlreicher Völkischer, nach 1933 ihr Wirken als einen von Anfang an für

Hitler und den Nationalsozialismus geführten Kampf darzustellen. Aber ebensowenig wie das erste die tatsächliche Bedeutung des Schutz- und Trutz-Bundes für den Nationalsozialismus zu mindern vermag, bedeutet das zweite, daß das historische Dritte Reich auch dem Willen der Völkischen in allem entsprochen hätte. Für den mit dem Anspruch einer säkularisierten Heilslehre auftretenden Nationalsozialismus durfte es keine Nationalsozialisten vor Hitler gegeben haben. So betonen die amtlichen Parteigeschichten folgerichtig die Unabhängigkeit und Einzigartigkeit des Nationalsozialismus in Deutschland.² Demgegenüber steht das Zeugnis vieler vor allem früher Parteigenossen, die wie selbstverständlich dem Weg des Antisemitismus und des Hakenkreuzes von der Deutsch-Sozialen und der Deutschvölkischen Partei, von dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband und dem Reichshammerbund über den Schutz- und Trutz-Bund zum Nationalsozialismus gefolgt waren.³ So wenig die führenden Nationalsozialisten, Parteideologen und -historiker es wahrhaben wollten, die völkisch-antisemitische Bewegung spielte dennoch als ideologischer, personeller und organisatorischer Wegbereiter des Nationalsozialismus eine entscheidende Rolle und bildete somit einen integralen Bestandteil seiner Entstehungsgeschichte.

Im Bereich der Ideologie sind diese Zusammenhänge bereits eingehend abgehandelt und festgestellt worden. Es kann sich im folgenden daher nicht darum handeln, in Ergänzung dazu möglichst weit zurückliegende »geistige Ursprünge« aufzudecken oder gar »gerade Linien« in der deutschen Geistesgeschichte freizulegen, die auf den Nationalsozialismus und das Dritte Reich hinführten.⁴ Vielmehr sollen an Hand der Entwicklung des Schutz- und Trutz-Bundes die direkten Verbindungen zwischen völkischer Bewegung und Nationalsozialismus untersucht werden. Durch eine solche Untersuchung auf personeller und organisatorischer Basis könnte dann der Nachweis geliefert werden, inwieweit der Nationalsozialismus tatsächlich als eine geschichtliche Fortsetzung des radikalen völkischen Antisemitismus zu verstehen ist. Dabei soll die Rolle des Schutz- und Trutz-Bundes nicht überbewertet werden. Er ist wiederum nur Exemplum für viele andere gleichgerichtete Verbände^{4a}, wenngleich zweifelsfrei feststeht, daß in den frühen Jahren der Weimarer Republik keine andere Organisation dem Nationalsozialismus so vorgearbeitet hat wie der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund. Ein wenig davon erkannte auch Adolf Hitler an, wenn er in »Mein Kampf« schrieb: »So verfehlt der ›Schutz- und Trutzbund‹ in seiner organisatorischen Anlage war, so groß war nichtsdestoweniger sein Verdienst, die Judenfrage als solche aufgerollt zu haben.«⁵

Im Laufe der Arbeit ist mehrfach auf den Nationalsozialismus Bezug genommen worden, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufzuzeigen, Vorbild und Gegenbild abzugrenzen und damit zeitgebundene Dispositionen und Elemente deutlich zu machen. In den wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Forderungen des Schutz- und Trutz-Bundes waren nationalsozialistische Zielsetzungen aufgeleuchtet. Hier soll nun nach der Rolle gefragt werden, die der Schutz- und Trutz-Bund als Propagandist, Förderer und Anhängerreservoir für die NSDAP spielte. Der Schutz- und Trutz-Bund hatte nicht nur als erster »die Judenfrage als solche aufgerollt«, sondern hatte noch vor dem Nationalsozialismus den Antisemitismus »zum treibenden Motiv einer großen Volksbewegung« gemacht — was Hitler ausdrücklich für die NSDAP beanspruchte⁶ —, und zwar in einer Ausschließlichkeit und Radikalität, die von den Nationalsozialisten kaum zu überbieten waren. Wohin der Nationalsozialismus von München aus vorstieß, traf er schon auf von Antisemitismus und rassistischem Denken geprägte Menschen und Organisationen, denen der Name Hitler und der Nationalsozialismus nicht mehr unbekannt waren. Es bedurfte in vielen Fällen nur des Anstoßes, um die Tatkräftigsten unter ihnen in der neuen Partei zu sammeln. Bevor jedoch im einzelnen darauf eingegangen wird, ist noch auf die Mittel und Wege hinzuweisen, durch die im Schutz- und Trutz-Bund erste Kenntnisse über Hitler und den Nationalsozialismus verbreitet wurden.

Der Schutz- und Trutz-Bund als Propagandist des Nationalsozialismus

Die Kenntnis von Hitler und seiner Partei unter den organisierten Völkischen im ganzen Deutschen Reich wurde durch zwei Faktoren entscheidend gefördert. Einmal war der Blick nahezu aller Völkischen und Nationalisten in Deutschland wie gebannt auf die »Ordnungszelle« Bayern gerichtet. München war gleichsam das völkische Mekka. Dort war im Frühjahr 1919 das »jüdisch-bolschewistische Räteresystem« brutal zerschlagen worden. Seit dem Kapp-Putsch regierte dort, allerdings mit Unterbrechung, der Konservative Kahr. Ludendorff hatte sich in der Nähe Münchens niedergelassen. Schließlich konnte dort die nationalistische und völkische Rechte große Anhängerscharen mobilisieren und offen gegen das »verjudete Reich« auftreten. Zum anderen war es die Unverwechselbarkeit der NSDAP im völkischen Lager. Sie war weder völkische Organisation noch Wehrverband, vereinte indessen wesentliche Züge beider. Die NSDAP war dank Hitler Volksbewegung, politische Partei und Kampfverband in einem. Sie vertrat eine

Weltanschauung, in der die gängigen rassistischen und antisemitischen Gedanken eingeschmolzen waren, verband diese aber mit einem festen, »unabänderlichen« politischen Programm. Durch die Zuordnung eigener paramilitärischer Verbände brachte sie ihren Willen zum Kampf und zur politischen Macht deutlich zum Ausdruck. Überdies distanzieren sich die Nationalsozialisten bewußt von den gleichgerichteten Organisationen und lehnten jegliche Verschmelzung mit anderen Verbänden oder den Eintritt in nationalistische Dachvereinigungen ostentativ ab, während der Nationalsozialismus selbst eine starke innere Geschlossenheit gewann durch die unbedingte Ausrichtung seiner Anhänger auf die Person Hitlers.

Diese spezifische Ausformung der NSDAP in Anlehnung an völkische und nationalistische Gruppierungen und in bewußter Konkurrenz zu ihnen geschah erst nach und nach. Zunächst war die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus der sich dann die NSDAP entwickelte, nichts anderes als einer von vielen völkischen Klubs gewesen. Ihre Gedankenmitte bildete ebenfalls der Antisemitismus, nur hatte sie sich speziell die judengegnerische Aufklärung unter der Arbeiterschaft zur Aufgabe gemacht.

Die Deutschvölkischen begrüßten die Gründung der DAP als Verstärkung ihrer Front. In einer längeren Rezension stellten sie die Programmschrift des Parteivorsitzenden Anton Drexler »Mein politisches Erwachen« vor und machten nachdrücklich auf die junge DAP aufmerksam.⁷ Im April 1920 berichteten die Deutschvölkischen Blätter von ersten gemeinsamen Aktionen des Schutz- und Trutz-Bundes und der NSDAP.⁸ In der Folgezeit wurde immer wieder anerkennend auf die scharfe antisemitische Agitation der NSDAP hingewiesen.⁹ Viele Deutschvölkische erfuhren so durch die Blätter des Schutz- und Trutz-Bundes zum ersten Mal von der NSDAP und von Adolf Hitler.¹⁰

In seinem Bestreben, das antisemitische Propagandaschrifttum möglichst in seiner ganzen Breite bekannt zu machen, warb der Schutz- und Trutz-Bund in seinen Versammlungen und Schriften nahezu für jedes antisemitische Pamphlet. Er forderte seine Anhänger nicht nur auf, die Erzeugnisse der bundeigenen Deutschvölkischen Verlagsanstalt zu kaufen und zu lesen, sondern trat auch für die Produktion anderer Verlage ein, insbesondere des J. F. Lehmann-Verlages und des Deutschen Volksverlages Dr. Ernst Boepple. Damit machte aber der Schutz- und Trutz-Bund zugleich Reklame für die Schriften führender Nationalsozialisten. 1922 brachte sogar die Deutschvölkische Verlagsanstalt in Hamburg selbst eine Schrift des bekannten nationalsozialistischen Propagandisten Alfred Rosenberg heraus.¹¹ Der Schutz- und Trutz-Bund

trat überdies als Vorkämpfer für eine starke völkische Publizistik auf und warb in besonderen »Deutschvölkischen Zeitungswochen« für die großen antisemitischen Zeitungen,¹² unter anderem auch für den seit Dezember 1920 von den Nationalsozialisten herausgegebenen »Völkischen Beobachter«, der in Süddeutschland in Schutz- und Trutz-Bund-Kreisen eine große Verbreitung fand.

Neben dieser schriftlichen, zumeist indirekten Propaganda seitens des Schutz- und Trutz-Bundes für den Nationalsozialismus stand die mündliche. Ihre Träger waren in erster Linie Studenten. Diese hatten während eines Studiums in München Hitler und die NSDAP kennengelernt und blieben zumeist auch nach dem Wechsel des Hochschulortes deren Ideen treu. Nicht selten waren sie es, die die deutschvölkischen Gesinnungsgenossen im Schutz- und Trutz-Bund auf die neue Bewegung in München aufmerksam machten und innerhalb des Bundes eine erste Gruppe von Nationalsozialisten bildeten.¹³ Von besonderer Bedeutung für die Ausbreitung der Kenntnis von Hitler und dem Nationalsozialismus waren außerdem die großen überregionalen Zusammenkünfte der deutschvölkischen Gliederungen. Das galt insbesondere für die Deutschen Tage. Auf ihnen kamen Vertreter des Schutz- und Trutz-Bundes aus allen Teilen des Reiches zusammen, und dort blieben die Berichte der bayerischen Ortsgruppen von dem sich rasch ausbreitenden Nationalsozialismus nicht ohne Wirkung. Die eindrucksvollste Demonstration für diese neue Bewegung im Rahmen des Schutz- und Trutz-Bundes stellte zweifellos das Erscheinen Hitlers, der damaligen Parteileitung sowie der SA auf dem Deutschen Tag in Coburg dar. Die Coburger Ereignisse waren für viele Völkische, die sie miterlebten oder auch nur von ihnen hörten oder lasen, das Signal zum Übertritt in die NSDAP.¹³

Die Versammlungserfolge der Nationalsozialisten in München und Bayern führten dazu, daß deutschvölkische Ortsgruppen versuchten, Nationalsozialisten als Redner zu gewinnen. Am begehrtesten war Adolf Hitler selbst.^{14a} Er, der seine Karriere als Redner auf völkischen Versammlungen begonnen hatte, benutzte nun die Versammlungen der Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppen, um sich und seiner Partei auch außerhalb von München und Bayern Geltung zu verschaffen. Später überließ Hitler diese Aufgabe anderen nationalsozialistischen Propagandisten. Unter ihnen ist vor allem Hermann Esser hervorzuheben, der in den Schutz- und Trutz-Bund-Gruppen Westdeutschlands ein häufiger Redner war. Dazu kamen viele regionale Propagandisten. Die tätigsten gehörten bald sowohl dem Schutz- und Trutz-Bund als auch der NSDAP an und sprachen für beide Organisationen. Doch gingen

sie mehr und mehr dazu über, die Versammlungen des Schutz- und Trutz-Bundes zu Werbezwecken für die nationalsozialistische Bewegung zu benutzen.¹⁵

Die Stellung der Schutz- und Trutz-Bund-Führung zur NSDAP

Die Führung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes hatte zunächst der DAP wohlgesonnen gegenübergestanden. Im Jahre 1920 empfahl sie nach Roths eigenen Angaben den Schutz- und Trutz-Bund-Gliederungen, die Nationalsozialisten rückhaltlos zu unterstützen und die Bildung von nationalsozialistischen Zweigstellen zu fördern.¹⁶ Man hoffte, auf diesem Wege die Arbeiterschaft doch noch für die völkische Bewegung gewinnen zu können. In der Tat griffen die Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppen bei solchen Versuchen immer stärker auf Propagandamaterialien der NSDAP zurück und stellten nationalsozialistische Programmpunkte heraus. In den Versammlungen des Bundes in Nord- und Westdeutschland tauchten Flugblätter und Schriften der NSDAP auf, wurde der »Völkische Beobachter« verteilt und das Parteiprogramm erörtert.^{16a} Einzelne Gruppen gewannen — wie bereits ausgeführt — nationalsozialistische Redner für öffentliche Vorträge.

Die wohlwollende Unterstützung des Nationalsozialismus seitens der Schutz- und Trutz-Bund-Leitung wich spätestens seit Mitte 1921 einer wachsenden Abwehrhaltung. Der Bund bekam die Konkurrenz der NSDAP immer stärker zu spüren, die nur in Ausnahmefällen zur Kooperation bereit war.¹⁷ Roth nahm daher im September 1921 einen öffentlichen Angriff der Nationalsozialisten auf den Schutz- und Trutz-Bund in der antisemitischen »Halleschen Zeitung« vom 27. August 1921 zum Anlaß, um generell bei der nationalsozialistischen Parteiführung gegen den verschärften Konkurrenzkampf und die mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit zu protestieren.¹⁸ Intern suchte sich der Bund gegen den Nationalsozialismus abzusichern, indem er auf dessen Parteicharakter hinwies und demgegenüber die eigene grundsätzliche Ablehnung des Parteiwesens herausstellte, dessen Überwindung zu den Zielen des Bundes zählte.¹⁹ Die Ablehnung des Nationalsozialismus als Partei entsprach durchaus der Überzeugung zahlreicher führender Deutschvölkischer.²⁰ Dabei übersahen sie allerdings, daß die NSDAP keine Partei im üblichen Sinne war und in bezug auf den Parlamentarismus eine ähnlich scharf ablehnende Haltung einnahm. In dessen war mit Protesten und internen Beschwichtigungsversuchen die Entwicklung nicht mehr aufzuhalten. Hitler und der Nationalsozialismus hatten in den Ortsgruppen und Gauen des Schutz- und Trutz-

Bundes schon entschiedene Fürsprecher und Förderer gefunden. Das Programm und das Auftreten der NSDAP sowie die Person ihres Führers wurden unter den Deutschvölkischen lebhaft diskutiert.²¹

Es war nur folgerichtig, wenn die Führung des Schutz- und Trutz-Bundes angesichts der Erfolge der Nationalsozialisten unter der eigenen Anhängerschaft am Ende versuchte, dem erfolgreichen Konkurrenten nachzueifern. So wurden Hitler und die Nationalsozialisten zum dritten Deutschen Tag in Coburg von der noch amtierenden Schutz- und Trutz-Bund-Führung eingeladen mit dem erklärten Ziel, den eigenen Anhängern zu demonstrieren, »wie man Stoßtrupps aufzieht und durch eigene Kraft den Mob im Zaume hält.«²² Doch die deutschvölkische Führung täuschte sich, wenn sie glaubte, im übrigen die Wirkung Hitlers und seiner Scharen dadurch mindern zu können, daß man sie nur in den Mittelpunkt des Begrüßungsabends stellte, sie aber von den eigentlichen Besprechungen des Deutschen Tages ausschloß.²³ Nicht die Deutschvölkischen profitierten von Hitlers Erscheinen, sosehr sie auch versuchten, die Gleichwertigkeit der eigenen Bewegung herauszustellen.²⁴

Hitler hatte diesen ersten Auftritt der Münchener Parteileitung und der SA außerhalb Münchens genau geplant und suchte ihn ganz für die eigenen Zwecke auszunutzen.²⁵ Noch ein Jahr zuvor hatte er es abgelehnt, einer Einladung des Schriftführers des Schutz- und Trutz-Bund-Gaues Niedersachsen, Gustav Seifert, zum Deutschen Tag in Detmold zu folgen oder andere führende Nationalsozialisten zu entsenden.²⁶ Nunmehr glaubte Hitler, wohl auch im Hinblick auf die politischen Ereignisse in der Türkei und in Italien, die Zeit gekommen, die Macht und Geschlossenheit seiner Bewegung auch außerhalb Münchens und dessen Umkreis zu demonstrieren. Der Deutsche Tag Mitte Oktober 1922 in Coburg, dessen Bevölkerung überwiegend sozialistisch eingestellt war, bot ihm einen willkommenen Anlaß, und der Erfolg gab ihm recht. Coburg wurde zum Beispiel des faschistischen Kampfes des Nationalsozialismus gegen die öffentlichen Gewalten und die organisierte Arbeiterschaft.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund hatte dabei das Nachsehen. Roths Einsicht: »Es wäre . . . wirklich gut, wenn wir eine Art Faszistenbewegung aufbauen könnten, die insbesondere entschlossen ist, der Gewalt durch Gewalt zu begegnen. Wie heilsam das wirkt, hat Coburg gelehrt, und wir sollten auf diesem Wege fortschreiten,«²⁷ kam für den Schutz- und Trutz-Bund zu spät. Coburg war das äußere Zeichen dafür, daß der Faschismus der Nationalsozialisten die Nachfolge des organisierten Antisemitismus der Deutschvölkischen angetreten hat-

te, noch ehe Gebattel und Hertzberg offiziell die Weisung an die Mitglieder erließen, der NSDAP beizutreten.

20. Antisemitismus, Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund und NSDAP in München 1919 bis 1923

Die erste direkte Konfrontation des Schutz- und Trutz-Bundes mit dem Nationalsozialismus fand im Geburtsort der DAP beziehungsweise der NSDAP, in München, statt. Der Bund hatte dort, noch bevor Hitler zur DAP stieß und den Antisemitismus zum alles überlagernden Moment der Propaganda dieser Partei machte, den Antisemitismus organisiert und damit Massen mobilisiert. Die Ursprünge dieses Antisemitismus reichen in der bayerischen Metropole ebenfalls noch in die Zeit vor dem Zusammenbruch des Kaiserreiches zurück, allerdings erhielt dort die antisemitische Hetze durch die führende Beteiligung von Juden an den revolutionären Ereignissen und an der Räteregierung neuen außerordentlichen Zündstoff. Immerhin hatte aber schon im Oktober 1918 der Münchener alldeutsche Verleger J. F. Lehmann die große propagandistische Wirksamkeit der Behandlung der Judenfrage in öffentlichen Versammlungen feststellen können und diese Stimmung für eine große antisemitische Flugblattkampagne zu nutzen gesucht.¹

Gleich nach dem Umsturz tauchten in München antisemitische Flugblätter und Druckschriften in verstärktem Maße auf.² Der bedeutendste Propagandist dieser Bewegung war der bayerische Schriftsteller Dietrich Eckart mit seiner seit Dezember 1918 erscheinenden Wochenschrift »Auf gut deutsch«. Das organisatorische Zentrum bildete die aus dem Germanenorden hervorgegangene Thule-Gesellschaft unter Rudolf von Sebottendorf. Ihre Räume im Münchener Hotel »Vier Jahreszeiten« waren während der Jahreswende und in den ersten Monaten des Jahres 1919 der Treffpunkt von Münchens Alldeutschen, Völkischen, Antisemiten und ersten Nationalsozialisten.

Die Entwicklung des Schutz- und Trutz-Bundes in München

Der Name des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes erschien Anfang April 1919 zum ersten Mal im Münchener Beobachter in einer Werbeanzeige. Von nun an brachte das völkische Blatt fast in jeder Nummer

Anzeigen des Bundes, der offensichtlich bestrebt war, in München einen Stützpunkt zu gründen.³ Man war in der Hamburger Zentrale inzwischen auch auf die propagandistische Tätigkeit Dietrich Eckarts aufmerksam geworden und wandte sich im Mai an ihn, um sein wirksames Flugblattmaterial für die eigene Propaganda sowie seine Unterstützung für eine Ortsgruppengründung zu gewinnen.⁴ Daneben konnte der Schutz- und Trutz-Bund sich auf eine bereits seit Anfang des Jahres 1919 bestehende Gruppe des Reichshammerbundes stützen, die der ehemalige Schulrat Dr. Wilhelm Rohmeder leitete.⁵ Doch ging nicht von diesen Verbindungen, sondern von antisemitischen Studenten der Münchener Universität und der Technischen Hochschule der Anstoß zu einer Ortsgruppengründung sowie zur Veranstaltung von öffentlichen Versammlungen aus. Motor und herausragendster Agitator der neuen völkischen Bewegung in München wurde der Student Karl Braßler, dessen Artikel im Münchener Beobachter durch ihre außerordentliche Schärfe und Hetze hervorstachen. Die Bewegung organisierte sich noch im Sommersemester 1919 zu einer studentischen Ortsgruppe des Schutz- und Trutz-Bundes und traf sich allwöchentlich in den Räumen der Thule-Gesellschaft. Im August veröffentlichte der Münchener Beobachter die ersten Vortragsbekanntmachungen. Die Reihe der öffentlichen Vorträge eröffnete am 6. August das Bundesmitglied Dietrich Eckart. Daran schlossen sich in rascher Folge zahlreiche weitere Versammlungen an.⁶

Im September 1919 entstand in München auch eine allgemeine Ortsgruppe des Schutz- und Trutz-Bundes, deren Leitung der führende Hammerbündler Rohmeder übernahm. Die studentische Organisation gliederte sich der neuen Gesamtgruppe als »Akademische Vereinigung« ein.⁷ Im folgenden Monat begann der Schutz- und Trutz-Bund in München mit seiner Öffentlichkeitsarbeit. Eine rege Versammlungstätigkeit setzte ein; eine Flut von antisemitischen Flugblättern, Handzetteln und Klebmarken ergoß sich über die Stadt. Der Antisemitismus verbreitete sich zusehends unter der Münchener Bevölkerung. Am 10. Oktober 1919 ging der Nachrichten-Abteilung des Bayerischen Reichswehr-Gruppenkommandos 4 eine Meldung zu, wonach »Ende Oktober ds. Js. in München Judenpogrome stattfinden« sollten, ähnlich denen von »Wien und Rußland«. Weiter heißt es in dieser Meldung: »Judenfamilien, welche in der Sache informiert sind, haben München bereits verlassen«.⁸ Ähnliche Befürchtungen werden auch in einem Tagesbericht der Münchener Polizeidirektion vom 29. Oktober geäußert: »Bedenklich ist die Ausbeutung der Unzufriedenheit in der Behandlung der Schieberfrage für die Zwecke der antisemitischen Propaganda in

allen Kreisen. Der Berichterstatter hält in der Auswirkung dieser Hetze das Eintreten von Judenpogromen nach und nach für möglich.⁹ Die wachsende antisemitische Stimmung in der Bevölkerung begann die Münchener Polizei in verstärktem Maße zu beschäftigen. In seinem Wochenbericht vom 22. November 1919 glaubte der Polizeipräsident Pöhner die Ursachen vor allem in der Judenhetze des »Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes und einzelner Ableger desselben« feststellen zu können, hielt aber eine Eindämmung dieser Hetze »aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen« für »ungemein schwierig«.¹⁰ Immerhin erging wenige Tage später, am 27. November, ein Erlaß des bayerischen Innenministers an die rechtsrheinischen bayerischen Regierungspräsidenten, in dem die Polizeibehörden angewiesen wurden, gegen Personen zu ermitteln, die judenhetzerisches Propagandamaterial herstellten oder verbreiteten.¹¹

In München breitete sich indessen der Antisemitismus immer weiter aus. Er radikalisierte sich zusehends. Es kam zu antisemitischen Aktionen und Ausschreitungen, an denen vor allem Studenten beteiligt waren. Ersten Anlaß zu polizeilichem Vorgehen gab eine nationale Kundgebung im November 1919 auf dem Odeonsplatz, an der auch die Reichswehr teilnahm. Sie gestaltete sich nach Abschluß der eigentlichen Veranstaltung zu einer Kundgebung gegen die »Berliner Judenregierung« und das Judentum; es kam zu Tätlichkeiten gegenüber Juden, die nur mit Mühe von Reichswehrangehörigen unterbunden werden konnten. Als Urheber der Ausschreitungen wurden überwiegend Studenten festgestellt.¹² Studenten waren im wesentlichen auch für die Theaterskandale im Dezember 1919 verantwortlich. Diese Aktionen richteten sich besonders gegen die Erstaufführung von Lautensacks »Das Gelübde« und von Wedekinds »Schloß Wetterstein« und hatten einen deutlich antisemitischen Einschlag.¹³

Die Hetze des Schutz- und Trutz-Bundes trug aber nicht nur unter der Studentenschaft, die gleichsam die Avantgarde stellte, ihre Früchte; der Antisemitismus war eine allgemeine Bewegung geworden; in ihrem Zentrum stand der Schutz- und Trutz-Bund. Das beweisen die Zahlen seiner Anhänger und der Versammlungsteilnehmer. Der Bund zählte Anfang November 1919 bereits über 1500 Mitglieder; allein in der ersten Novemberwoche waren über zweihundert Neuaufnahmen zu verzeichnen.¹⁴ Im nächsten halben Jahr stieg die Anhängerzahl um mehr als das Zweieinhalbfache.¹⁵ Der Ortsgruppe gehörten nahezu alle führenden Persönlichkeiten aus der traditionellen völkisch-alldeutschen Bewegung Münchens an.¹⁶ Die Versammlungen des Schutz- und Trutz-Bundes waren gleichsam ein Diskussionsforum, auf dem sich

zahlreiche Völkische und Antisemiten, aber auch gegnerische Sozialisten einfanden. Außer den führenden Schutz- und Trutz-Bündlern wie Rohmeder, Wilhelm Hoster, der die »Akademische Vereinigung« leitete, dem Schriftführer Max Sesselmann, dem Rechtspraktikanten und späteren Rechtsanwalt Hemmeter sprachen weitere bekannte Münchener Propagandisten. Gottfried Feder trug in Schutz- und Trutz-Bund-Versammlungen der Öffentlichkeit die aus seinen Schriften schon bekannten Theorien über die »Brechung der Zinsknechtschaft« vor; die enragierten Antisemiten Dr. Dallmayr und Dannehl fehlten auf fast keiner Versammlung.¹⁷

Den Höhepunkt dieser ersten antisemitischen Propagandawelle bildete eine öffentliche Versammlung des Schutz- und Trutz-Bundes am 7. Januar 1920 im Münchener Kindlkeller. Kurt Kerlen, Geschäftsführer des Schutz- und Trutz-Bund-Gaues Nordbayern, war als Redner mit dem Thema »Die Judenfrage« angekündigt, und Tausende kamen. Der Saal war mit fast siebentausend Zuhörern überfüllt, die Stimmung hektisch. Schon vorher war es auf den Versammlungen des Schutz- und Trutz-Bundes nicht zimperlich zugegangen. Da waren »ein Antisemitismus der Tat« gefordert und Judenpogrome als letztes Mittel gegen den Bolschewismus empfohlen worden.¹⁸ Hier steigerte sich die Erregung zu tumultartigen Szenen. Mit schweren Angriffen gegen das Judentum und die Reichsregierung, mit Worten wie »verfluchter jüdischer Saustall«, »Stinkbande«, »Vaterlandsverräter und Lumpen« erzielte Kerlen immer wieder stürmischen Beifall und forderte zu Zwischenrufen heraus, die sich zwischen »Nieder mit den Juden« und »Am Marienplatz gehören sie alle aufgehängt« bewegten. Gegnerische Stellungnahmen führten zu Tumulten, Tätlichkeiten und Hinauswürfen. In der Diskussion trat wieder die bekannte völkische Rednergarde mit Dannehl, Feder, Sesselmann und anderen an. Zum ersten Mal war auch Adolf Hitler dabei, der sich ebenfalls zu Wort meldete.¹⁹ Noch bevor Hitler selbst mit der NSDAP eine außerordentliche Propaganda- und Versammlungskampagne startete, die die Partei in kurzer Zeit zur beherrschenden politischen Gruppe in München machen sollte, hatte er hier eine Massenversammlung erlebt, die später so typisch für den politischen Kampfstil der Nationalsozialisten werden sollte. Die Versammlung vom 7. Januar war für den Antisemitismus ein großer Erfolg und stärkte die Position des Schutz- und Trutz-Bundes außerordentlich: Der Bund war zu diesem Zeitpunkt die tätigste Organisation in der völkischen Bewegung Münchens und führte diese eindeutig an.

Der Bund ließ sich auch nicht durch ein von der Polizeidirektion erlassenes allgemeines Verbot öffentlicher Versammlungen für den Zeit-

raum vom 12. Januar bis zum 9. Februar 1920²⁰ hemmen. Er umging das Verbot durch sogenannte Mitgliederversammlungen. Am 19. Januar sprach der Österreicher Dr. Wichtl vor 500 Zuhörern in der Schwabinger Brauerei über »Weltfreimaurerei«.²¹ Der schon bekannte antisemitische Agitator Kurt Kerlen folgte am 28. Januar ebenfalls im Schwabinger Bräu mit einem Vortrag über die »Kriegsgesellschaft«,²² den er wegen des großen Erfolges zwei Tage später im Hotel Wagner wiederholte.²³ Auch hier war der große Saal voll besetzt. Wiederum zogen die hetzerischen Ausführungen des Redners Diskussionsbeiträge nach sich, in denen Sofortmaßnahmen und direkte Aktionen gegen die Juden gefordert wurden: Die Juden sollten binnen vierzehn Tagen unter Zurücklassung ihrer Vermögen ausgewiesen oder zur Zwangsarbeit in Bergwerken und Wäldern herangezogen werden. Die radikal antisemitische Stimmung auf dieser Versammlung beleuchtet der Beitrag eines Teilnehmers, der vorschlug, »wenn es nicht mehr anders« ginge, allen Juden »die Gurgel abzuschneiden«.²⁴

Kaum war das Verbot für öffentliche Versammlungen aufgehoben, da setzte der Schutz- und Trutz-Bund seine Propagandatätigkeit mit zwei Massenversammlungen am 19. und 21. Februar 1920 fort, auf denen Richard Kunze über »Staatsbankrott« sprach. Wieder kamen insgesamt 5000 Menschen zusammen, um den demagogischen Anklagen gegen das Judentum und die »Judenherrschaft« frenetisch Beifall zu spenden, um Haßparolen von sich zu geben und die vereinzelt politischen Gegner niederzuschreien und aus dem Saal zu befördern.²⁵ Die sich steigernde Versammlungstätigkeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes war begleitet von der Verbreitung von Flugblättern und dem Ankleben kaum noch zu zählender Zettel mit antisemitischen Parolen. »Die Zettelhetze«, so führte der Wochenbericht der Polizeidirektion München vom 1. März 1920 aus, »nimmt immer unangenehmere Formen an und führt zu Beleidigungen und Belästigungen der Personen, die die Zettel vernichten sollen. Damit befaßte Schutzleute werden allgemein als bezahlte Söldner des Judentums beschimpft.«²⁶

Der Aufstieg Hitlers und der NSDAP

Zu diesem Zeitpunkt, als Hitler mit der Verkündung des 25-Punkte-Programms die Ausformung der NSDAP begann und einen unerhörten Propagandafeldzug für die neue Partei startete, war der Antisemitismus in München ein entscheidender politischer Faktor. Er war nahezu in alle Bevölkerungsschichten eingedrungen, hatte ebenso das Bürgertum wie die Arbeiterschaft, die Reichswehr wie die Studentenschaft

erreicht und selbst vor Schulen und Jugendlichen nicht haltgemacht.²⁷ Er konnte Massen mobilisieren und fanatisieren. Das Stichwort »Judenfrage« reichte, um fast 7000 Menschen am 7. Januar 1920 zu dem Vortrag eines bis dahin in München nicht hervorgetretenen Redners zusammenkommen zu lassen. Wer in München mit politischen Parolen Massen werben wollte, mußte den Antisemitismus zumindest in Rechnung stellen. Das hatten sowohl die Bayerische Mittelpartei auf ihrer Landesausschußsitzung Ende November 1919 als auch die bayerische DVP auf ihrem Vertretertag in München Anfang Januar 1920 getan, als sie den »völkischen Fremdkörpern« und den »fremdstämmigen Elementen« den Kampf ansagten.²⁸ Das tat mit besonderer Hemmungslosigkeit auch Hitler. Nicht erst Hitler und die NSDAP machten den Antisemitismus »zum treibenden Motiv einer großen Volksbewegung«²⁹ und mobilisierten die Massen in Riesenversammlungen. Das hatte entgegen der Darstellung Hitlers und der ihm folgenden Legende schon der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund getan.³⁰ Der Aufstieg Hitlers und der NSDAP vollzog sich vielmehr in Anlehnung an die antisemitische Propagandapolitik des Schutz- und Trutz-Bundes und später in bewußter Konkurrenz zu ihr. Die ersten öffentlichen Auftritte Hitlers und der DAP machen dies sehr deutlich.

Für ihren Versammlungsabend am 16. Oktober 1919 — dem ersten nach Hitlers Beitritt — hatte die DAP den alldeutschen Hauptschriftleiter Dr. Erich Kühn engagiert, der über »Die Judenfrage — eine deutsche Frage« referierte. Erst in der Diskussion, in der führende Schutz- und Trutz-Bündler wie Kreller und Sesselmann — letzterer betrieb gleichzeitig die Gründung einer Deutschsozialistischen Partei in München — sprachen, meldete sich Adolf Hitler zu Wort.³¹ In ihrer dritten Versammlung stellte die DAP am 26. November 1919 mit Dr. Kühn, Dr. Dallmayr, Feder und Dannehl als Referenten zur politischen Lage ebenfalls aus dem Schutz- und Trutz-Bund bekannte völkische Propagandisten heraus. Danach erst sprach Adolf Hitler.³² Bis zu der öffentlichen Verkündung des Parteiprogramms am 24. Februar 1920 veranstaltete die DAP Versammlungen am 20. Dezember 1919 mit Hitler,³³ am 16. Januar 1920 mit Feder,³⁴ am 23. Januar wiederum mit Hitler³⁵ und am 6. Februar mit Dietrich Eckart als Referenten.³⁶ Die Vorträge unterschieden sich kaum von jenen, die in Schutz- und Trutz-Bund-Versammlungen gehalten wurden. Sie erschöpften sich hier wie dort in Angriffen gegen die Juden, gegen die Reichsregierung und den Versailler Vertrag und brachten die völkischen Theorien von Staatsbankrott und Zinsknechtschaft. Die Versammlungen fanden im oberen Saal des Eberlbräukellers und im Gasthaus »Zum Deutschen Reich«

statt und waren durchschnittlich von 250 bis 400 Menschen besucht. Diese Zahlen machen deutlich, daß zu diesem Zeitpunkt auf der völkisch-nationalistischen Rechten noch der Schutz- und Trutz-Bund die öffentliche Szene in München beherrschte. Mit welchen einfachen Mitteln dieser es erreicht hatte, davon hatte die Schutz- und Trutz-Bund-Versammlung vom 7. Januar 1920 mit ihren fast 7000 Zuhörern Hitler ein treffendes Beispiel gegeben.

In der von den beiden großen Kunze-Versammlungen des Schutz- und Trutz-Bundes angeheizten antisemitischen Stimmung veranstaltete die DAP am 24. Februar 1920 ihren Versammlungsabend. Wiederum war ein völkischer Redner, Dr. Johannes Dingfelder, angekündigt. Er sprach vor über zweitausend Zuhörern, die ihm mit »langanhaltendem Beifall« dankten. Erst danach kam Hitler zu Wort und verkündete unter lautem Tumult von Zustimmung und Widerspruch das 25-Punkte-Programm seiner Partei, woran sich dann noch eine Entschließung gegen die Zuweisung von Weizenmehl an die israelitische Kultusgemeinde und eine Diskussion anschlossen.³⁷

Zwar handelte es sich in der Tat bei diesem Vortragsabend im Hofbräuhaus um eine große Volksversammlung; sie stellte aber keineswegs etwas Neues dar und war nicht die erste ihrer Art, so wie es Hitler beschreibt und worin ihm viele folgten.³⁸ Auch war dieser Erfolg nur mit Hilfe eines völkischen Wanderredners zustande gekommen, und die Programm-Verkündung der DAP spielte nur eine untergeordnete Rolle. So stellte etwa der »Völkische Beobachter« in seinem Bericht vor allem die Rede Dingfelders heraus und widmete der Schlußentschließung der Versammlung mehr Aufmerksamkeit als dem neuen Parteiprogramm.³⁹

Dennoch kommt diesem Abend eine gewisse Bedeutung zu. Zum ersten Mal war es der DAP gelungen, ebenfalls eine Massenversammlung zu organisieren und eine breitere Öffentlichkeit anzusprechen. Von nun an sollte die Zuhörerzahl bei öffentlichen Versammlungen der neuen NSDAP nur noch in den seltensten Fällen unter tausend sinken, so daß der 24. Februar 1920 tatsächlich eine Art Durchbruch markiert, wenngleich in einem viel bescheideneren Maße, als es Hitler vorgibt, und allein auf die nationalsozialistische Bewegung bezogen. Darüber hinaus bedeutete die Verkündung eines politischen »Zeit-Programms« eine bewußte Ausformung der DAP, die sich damit von den sogenannten unpolitischen völkischen Vereinen distanzierte, ohne aber den Charakter einer deutschvölkischen Bewegung aufzugeben. Mit diesem Programm hatte die nationalsozialistische Bewegung eine spezifische Eigenart und Einheitlichkeit gewonnen, die die völkische entbehrte; sie hatte

sich zugleich die Möglichkeit offengelassen, völkische Politik und Tagespolitik zu verbinden, ohne in innere Richtungskämpfe zu verfallen. Dabei war der Inhalt des Programms nur von sekundärer Bedeutung. Er war ohnehin nicht originär und umschrieb Forderungen, die im völkischen Lager allenthalben, wenngleich mit unterschiedlichem Nachdruck, propagiert wurden.

Nach dem 24. Februar 1920 und einer durch die Märzereignisse im Reich und in Bayern verursachten Unterbrechung setzte eine Propaganda- und Versammlungswelle seitens der NSDAP ein, bei der die Völkischen Münchens kaum noch mithalten konnten und der sie am Ende nichts mehr entgegenzusetzen hatten. Dazu kam noch, daß sich das völkische Lager neu gruppierte. Seit dem Frühjahr 1920 führte Dr. Rohmeder eine Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft in München an. Sie war als Dachorganisation für alle völkischen und antisemitischen Verbände konzipiert, trat aber als solche kaum in Erscheinung und wirkte wesentlich nur im Zusammenhang mit dem Schutz- und Trutz-Bund.⁴⁰ Daneben bestand schon eine ähnliche übergeordnete Vereinigung, der Bayerische Ordnungsbund, in dem das Schutz- und Trutz-Bund-Mitglied Dr. ing. Paul Tafel eine leitende Rolle spielte.⁴¹ Den Vorsitz im Schutz- und Trutz-Bund übernahm Justizrat Willibald von Zezschwitz.^{41a} Wie im Reich die Hamburger Leitung und die alldeutsche Führung in Berlin, so glaubte auch hier der Schutz- und Trutz-Bund seinen Einfluß auf Nebenorganisationen durch Personen in deren einzelnen Führungsgremien sichern zu können, übersah aber, daß die Unterstützung anderer Organisationen nur zu einer Zersplitterung der Kräfte und zur Schwächung der eigenen Position als der einzigen großen antisemitischen Sammelbewegung führen mußte.

Immerhin behaupteten sich die Deutschvölkischen bis zur Reichstagswahl am 6. Juni 1920.⁴² Den zehn Versammlungen der NSDAP in diesem Zeitraum standen fast gleichviele Kundgebungen des Schutz- und Trutz-Bundes und der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft gegenüber.⁴³ Dabei waren Auftreten und Programmatik der beiden Konkurrenten so ähnlich, die personelle Verflechtung häufig so eng, daß der Bund und die neue Partei in dieser wie auch noch in der folgenden Zeit vielfach verwechselt wurden.⁴⁴ Indessen überragte Hitler bald alle anderen antisemitischen Agitatoren. Von der »Münchener Post«, dem Organ der bayerischen Sozialdemokratie, wurde er im August 1920 als »der gerissenste Hetzer, der derzeit in München sein Unwesen treibt«, herausgestellt.⁴⁵ Die wachsenden Erfolge der NSDAP führten im Sommer 1920 zu einem ersten Konflikt mit dem völkischen Konkurrenzunternehmen. Zu diesem Zeitpunkt glaubten Hitler und die NSDAP

sich schon stark genug, um den Schutz- und Trutz-Bund in bestimmte Grenzen zurückweisen zu können. Jedenfalls berichtete Pöhner in seinem vertraulichen Wochenbericht vom 19. Juli 1920 davon, daß die Leitung der NSDAP den Schutz- und Trutz-Bund gebeten habe, »sich zur Vermeidung von Spaltungen von Politik fernzuhalten«.46 In Zusammenhang mit dieser Meldung könnte eine Bekanntmachung des Schutz- und Trutz-Bundes im »Völkischen Beobachter« stehen. Darin lehnt der Bund ausdrücklich die Parteibildung im Antisemitismus ab und nennt als seine Aufgabe, die nationale Bewegung zu organisieren und in die eigenen Reihen jeden »Stammesgenossen«, ganz gleich welcher politischen Richtung, aufzunehmen. Wörtlich heißt es: »Es soll dies wiederholt betont werden, weil man vielfach noch die Meinung hört, als handele es sich beim Schutz- und Trutzbund um einen Verein, in dem Parteipolitik getrieben werde.«47

Spielte sich zunächst dieser Machtkampf noch im Verborgenen ab, so wurde er am 16. Juli 1920 in einer Versammlung des Schutz- und Trutz-Bundes auch der Öffentlichkeit offenbar.48 Nach einem Vortrag von Dr. Rutz ergriff das Bundesmitglied Oskar Körner das Wort. Körner, der seit Februar 1920 auch der NSDAP angehörte, übte scharfe Kritik an den Schutz- und Trutz-Bund-Versammlungen und stellte sie als Gefahr für die gesamte völkische Bewegung hin. Im Anschluß daran warb er eindringlich für die NSDAP, die »rücksichtsloser« als alle anderen »für die restlose Durchführung des völkischen Gedankens« eintrete.49 Einerseits bestand also die NSDAP darauf, daß der Schutz- und Trutz-Bund sich von der Politik fernhielte, andererseits benutzte sie gerade diese politische Abstinenz, um den Bund gegen die Partei auszuspielen. Die NSDAP nutzte die Schwäche des Bundes, die in dessen völliger Ausrichtung auf die Judenfrage begründet lag, bewußt aus und drängte ihn immer stärker in den Hintergrund. Gegen Ende des Jahres hatte sie in der völkischen Bewegung eindeutig die Oberhand gewonnen. Schließlich gehörten fast alle führenden Münchener Schutz- und Trutz-Bündler auch der NSDAP an.

Auf diesem Weg zur beherrschenden Organisation der radikalen Rechten in München ließ die NSDAP trotz ihrer Kritik an den völkischen Verbänden deren Propagandisten weiterhin für sich arbeiten. Auch verschmähten es die führenden Nationalsozialisten nicht, in deren Versammlungen als Diskussionsredner aufzutreten. Von den völkischen Rednern, die mit Erfolg in NSDAP-Versammlungen sprachen, sind vor allem der Rechtsanwalt Ludwig Ruetz und die bereits mehrfach erwähnte Andrea Ellendt hervorzuheben.50 Herausragendster nationalsozialistischer Diskussionsredner auf deutschvölkischen Versamm-

lungen war Adolf Hitler. Hitler besuchte in dieser Zeit nachweislich zumindest zwei Versammlungen der Deutschvölkischen Arbeitsgemeinschaft.⁵¹ Von Bedeutung war vor allem die zweite Kundgebung am 23. November 1920, auf der der führende Schutz- und Trutz-Bund-Propagandist Arnold Ruge über die »Gefährdung des deutschen Geisteslebens durch die zunehmende Verjudung der deutschen Hochschulen« sprach. In der anschließenden Diskussion wandte sich Hitler zum erstenmal ausführlich an die Studenten und forderte sie auf, sich mit der Arbeiterschaft zusammenzutun. Hitler zielte damit auf jenen Kreis, in dem der Schutz- und Trutz-Bund noch immer einen verhältnismäßig großen Rückhalt besaß, und versuchte ihn auf die Seite der NSDAP herüberzuziehen.

Die Rolle des Antisemitismus in der nationalsozialistischen Propaganda

Doch alle taktischen Manöver organisatorischer und propagandistischer Art, mit denen sich Hitler der Völkischen bediente und mit denen er sie überspielte, hätten den Aufstieg der NSDAP in München im Jahre 1920 nicht ermöglichen können, hätten Hitler und die NSDAP nicht in dem entscheidenden Kriterium für die Öffentlichkeitsarbeit mit den Völkischen gleichgezogen: im Antisemitismus. Bei der Erörterung dieses Problems kann die Frage nach den Quellen, aus denen Hitler sein Rassedenken und seinen Antisemitismus schöpfte, außer Betracht bleiben. Diese Frage ist zudem zu vielschichtig, als daß sie durch Erforschung zeitlich begrenzter und monokausaler Ursprünge allein beantwortet werden könnte.⁵² Wo immer auch Hitlers Antisemitismus sich gründete, und wie immer er auch ausgebildet war, Hitlers Antisemitismus der Jahre 1919 bis 1923 und der seiner Partei bildeten einen Teil der judengegnerischen und judenhetzerischen Atmosphäre, die überall im geschlagenen Nachkriegsdeutschland und speziell in München herrschte, und wurde von daher entscheidend geprägt. Der nationalsozialistische Antisemitismus war zu diesem Zeitpunkt weniger ursprünglich als vielmehr Konkurrenz- und Zeiterscheinung. Denn schon vor dem Nationalsozialismus hatte der chronische Antisemitismus des deutschen Bürgertums über die eigenen engen Grenzen hinausgegriffen und sich der akuten, aus Krieg und Revolution geborenen antijüdischen Ressentiments bemächtigt. Er hatte sich bereits mit Hilfe pseudowissenschaftlicher Rassetheorien und eines primitiven Sozialdarwinismus eine ideologische Grundlage gegeben sowie eine Antwort formuliert und eine Bewegung organisiert, die sich gegen den sozialen Um-

schichtungs- und Nivellierungsprozeß und die parlamentarische Massendemokratie richteten.

Der Antisemitismus Hitlers und der NSDAP unterschied sich kaum von dem, den der Schutz- und Trutz-Bund propagierte. Das belegen die Dokumente, Versammlungsberichte, Reden und Flugblätter, von denen nunmehr ein Teil, insbesondere aus dem Jahr 1920, veröffentlicht ist.⁵³ Ein beweiskräftiges Dokument ist das »erste Schriftstück der politischen Laufbahn Hitlers«, ein Schreiben, das dieser im Auftrag des Reichwehr-Gruppenkommandos 4 zur Judenfrage anfertigte.⁵⁴ In diesem Brief propagiert Hitler einen »Antisemitismus der Vernunft« und distanziert sich von dem »Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen«. Doch bedeutet diese Unterscheidung nun keineswegs, daß Hitler etwas anderes anstrebte oder betrieb als der Nachkriegsantisemitismus. Auch dieser distanzierte sich in seinen mündlichen und schriftlichen Äußerungen von dem Radauantisemitismus vergangener Zeiten und forderte aus einer angeblich verstandesmäßigen Durchdringung der politischen Situation heraus eine Fremdengesetzgebung und als letztes Ziel die Entfernung der Juden überhaupt. Hitler unterschied sich damit keineswegs vom organisierten Antisemitismus der Nachkriegszeit. So tauchen denn auch in dem Schreiben dieselben typischen Vorwürfe auf: Die Juden seien die Triebfeder der Revolution und deren Nutznießer sowie die heimlichen Lenker des neuen Staates in Deutschland.

Auch das Parteiprogramm vom 24. Februar 1920 verleugnet nicht die Nähe zum völkischen Antisemitismus. Die Punkte 4, 5, 6, 7, 8 und 23 beschäftigen sich ausführlich mit der Frage der Staatsbürgerschaft und der zukünftigen rechtlichen Stellung der »Nicht-Staatsbürger«. Sie fordern eine Beschränkung der Staatsbürgerschaft auf »Volksgegnossen« »deutschen Blutes«, eine Fremdengesetzgebung für alle »Nicht-Staatsbürger« sowie die Ausweisung aller seit dem 2. August 1914 eingewanderten »Nicht-Deutschen«. Alle geforderten Maßnahmen sollten sich ausdrücklich auch auf die Juden beziehen. Im Sinne eines Kampfes gegen »den jüdisch-materialistischen Geist« konnten die Antisemiten ebenfalls die Kampfansage an das »arbeits- und mühelose Einkommen«, an die Kriegsgewinnler, die Groß-Warenhäuser, die Bodenspekulanten sowie die Wucherer und Schieber verstehen.⁵⁵ Die nationalsozialistischen Zielsetzungen waren in diesem Bereich ein getreues Spiegelbild antisemitischer Forderungen, wie sie auch der Schutz- und Trutz-Bund erhob, und unterschieden sich von ihnen weder in quantitativer noch in qualitativer Hinsicht.⁵⁶

Wie in den programmatischen Niederlegungen spielte der Antisemi-

tismus auch in der Propaganda der NSDAP eine grundlegende Rolle.⁵⁷ Er bewegte sich hier in Bahnen, die denen des Schutz- und Trutz-Bundes ähnlich waren, wenn sie nicht gar von diesem vorgezeichnet waren.⁵⁸ Es herrschte in der nationalsozialistischen Propaganda derselbe fanatische und umfassende Judenhaß, der den Versammlungen und Flugschriften des Schutz- und Trutz-Bundes eigen war. Der Antisemitismus war das beherrschende unveränderliche Moment aller nationalsozialistischen Propaganda von 1919 bis 1923 und fehlte als Bezugspunkt in kaum einer Rede oder einem Plakat.⁵⁹

Für Adolf Hitler wie für die Völkischen stellte sich die »Judenfrage« als ein Rassenproblem, dessen Lösung dem wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbau Deutschlands und der sittlichen Erneuerung des Volkes voranzugehen hatte.⁶⁰ Ebenso machte er das internationale Judentum verantwortlich für den Krieg und den Versailler Frieden, wie er auch die Juden als Urheber der Zermürbung des deutschen Volkes und als Anstifter der Revolution beschuldigte, aus der ein wahres »Judenparadies« hervorgegangen sei. Gleichermaßen warnte er vor dem jüdischen Weltkapitalismus wie vor dem jüdischen Bolschewismus und malte das Gespenst einer jüdischen Weltherrschaft aus. Liberalismus und Parteienstaat, Bolschewismus, Börse und Leihkapital, Presse und Freimaurertum waren ihm Ausfluß eines »jüdisch-materialistischen Geistes« und zugleich Mittel und Werkzeuge des Judentums.

In der »Judenfrage« fand Hitler den Schlüssel zum Verständnis aller politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen; der Antisemitismus war das Bezugssystem, dem sich alle anderen Probleme zuordneten. Damit unterschied sich der Hitler der Jahre 1919 bis 1923 in keiner Weise von den Agitatoren des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Aber anders als diese theoretisierte Hitler in seiner Propaganda fast nie und erging sich nicht in langatmigen historischen, anthropologischen oder rassenkundlichen Erörterungen. Er kam stets von sozialen und tagespolitischen Ereignissen her. Und der Erfolg gab ihm recht. Der Motor dieses Erfolges blieb aber der Antisemitismus.⁶¹

Eintritt von Schutz- und Trutz-Bündlern in die NSDAP

In München war die Entwicklung des organisierten Antisemitismus über den Schutz- und Trutz-Bund hinweggegangen, wenngleich er bis 1923 weder inhaltlich noch propagandistisch über ihn hinauskam. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund, der die antisemitische Laune ausgelöst und entscheidenden Anteil an der Verbreitung des Antisemitismus in allen Teilen der Bevölkerung gehabt hatte, konnte die

Früchte seiner Arbeit nicht ernten, da er die vom Antisemitismus erfaßten Kreise nicht dauernd an sich zu binden vermochte. Mit aller Entschiedenheit war die NSDAP 1920 in dieses Organisationsvakuum gestoßen und hatte am Ende desselben Jahres die Oberhand gewonnen.^{61a} Von da an identifizierte sich die antisemitische Bewegung in München immer mehr mit der NSDAP. Wie sehr die NSDAP die Szene auf der völkischen und nationalistischen Rechten beherrschte, zeigen die Zahlen öffentlicher Versammlungen in München für das Jahr 1922. In diesem Jahr brachte es die NSDAP allein in München auf 51 öffentliche Versammlungen, eine Zahl, die der der KPD oder der der USPD und MSPD zusammen gleichkam. Dem standen nur noch sieben öffentliche Kundgebungen des Schutz- und Trutz-Bundes im selben Zeitraum gegenüber.⁶²

Es ist nicht zu verwundern, daß viele Münchener Anhänger des Schutz- und Trutz-Bundes der Faszination der Person Adolf Hitlers, der festeren politischen Programmatik und der strafferen und erfolgreicheren Organisation der NSDAP erlagen und zur nationalsozialistischen Bewegung überwechselten. Das galt sowohl für die Aktivisten, etwa für den zeitweiligen 2. Vorsitzenden der NSDAP Oskar Körner und die Mitglieder der 6. Sturmkompanie der NSDAP Anton Hekkenberg und Lorenz von Stransky, die alle drei am 9. November 1923 zu den Opfern des Hitler-Putsches zählten,⁶³ als auch für die Honoratioren des Schutz- und Trutz-Bundes, wie Dr. Ernst Boepple, Dr. Erich Kühn, Dr. Wilhelm Rohmeder, Dr. Ottmar Rutz, Hans Stiegeler und Willibald von Zezschwitz. Letztere pflegten den Bund gleichsam als politischen Stammtisch im Hintergrund auch über das Jahr 1922 fort. Zumeist Mitglied der Partei schon seit 1920, unterstützten und förderten sie die NSDAP in zunehmendem Maße, bis sie schließlich sich ganz dem »allverehrten Führer Adolf Hitler«⁶⁴ unterordneten. Die Liste der prominenten Völkischen, die die NSDAP in frühen Jahren förderten und ihr beitraten, ließe sich noch verlängern. Von Bedeutung sind noch die Namen jener, die später als führende Mitarbeiter oder Schriftleiter am »Völkischen Beobachter« ihr Tätigkeitsfeld fanden, wie Dr. Hans Buchner, Hansjörg Maurer, Joseph Stolzing-Cerny und Dr. Albrecht Wirth. Sie alle waren aus dem Schutz- und Trutz-Bund hervor- oder zumindest doch durch ihn hindurchgegangen und waren für ihn in Bayern propagandistisch tätig gewesen.

Die Bedeutung Münchens für die Entwicklung der NSDAP

Diese personellen Angaben unterstreichen noch die aus der Untersuchung der Öffentlichkeitsarbeit und der Inhalte des Antisemitismus gewonnenen historischen Zusammenhänge zwischen Schutz- und Trutz-Bund und NSDAP in München. Die nationalsozialistische Bewegung entstand in deutlicher Anlehnung an die völkische und entwickelte sich dann in Konkurrenz zu dieser. Ihr politisches Kampfmittel war der Antisemitismus, und Erfolg erschien ihr da sicher, wo Tausende schon dem Judenhaß und dem Hakenkreuz eines politisch undifferenzierten, organisatorisch weit weniger straffen und im Auftreten weit weniger aktivistischen völkischen Verbandes wie dem Schutz- und Trutz-Bund gefolgt waren. So steht am Ende dieser Betrachtung über die antisemitische Atmosphäre in München, die das Phänomen des Nationalsozialismus durch den Vergleich mit dem Schutz- und Trutz-Bund der politisch-sozialen Ressentiment- und Aufbruchsbewegung des Nachweltkrieges zuzuordnen suchte, die Frage, inwieweit der Nationalsozialismus in den Jahren 1919 bis 1923 wirklich nur eine singuläre bayerische und speziell Münchener Erscheinung war. Sicherlich begünstigten historische Gegebenheiten und Ereignisse den Aufstieg der NSDAP in Bayern: die ausgeprägte Abneigung gegen »Landfremde«, die Räterepublik und deren Niederschlagung, der Teilerfolg des Kapp-Putsches und die daraus resultierende Duldung der nationalistischen Rechten. Indessen verfügte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund neben München über zahlreiche andere Hochburgen des Antisemitismus, die durchaus auch als Ansatzpunkte zur Ausbildung einer nationalsozialistischen Bewegung hätten dienen können. So ist zwar München Geburtsort und Zentrum der NSDAP⁶⁵ aus dem Zusammenklang von historischen Gegebenheiten und Zufälligkeiten sowie dem bewußten Willen zur Beschränkung seitens Hitlers. Der Nationalsozialismus in den Jahren 1919 bis 1923 ist dennoch kein bayerisches, sondern ein deutsches Phänomen, wie an Hand der raschen Ausbreitung der NSDAP im folgenden Kapitel aufgezeigt werden kann.

2 I. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund als Wegbereiter des Nationalsozialismus

Das Ausgreifen der NSDAP über München hinaus ist durch zwei Faktoren gekennzeichnet: einmal durch eine bewußte Zurückhaltung und Schwerpunktbildung beim Ausbau der Organisation, zum anderen durch die personelle und organisatorische Förderung seitens einzelner Schutz- und Trutz-Bund-Mitglieder oder -Gruppen. Auf die Rolle der völkischen Bewegung als Vorbild und Gegenbild für die organisatorische Arbeit in der NSDAP ist schon früher hingewiesen worden.¹ In der Beschränkung auf einen Ort, in der Konzentrierung der Kräfte wie in der Wahrung der eigenen Unabhängigkeit gegenüber anderen Verbänden lag zum Teil das Geheimnis des Erfolges der NSDAP zunächst in München und dann auch in anderen Städten und Gegenden. Von Anfang an, in zunehmendem Maße seit seiner Machtübernahme in der Parteiführung Mitte 1921, suchte Hitler diesem Prinzip auch in Parteigruppen außerhalb Münchens Geltung zu verschaffen, wenn er ausdrücklich von dem Aufbau neuer Ortsgruppen sowie von Vereinigungen und Arbeitsgemeinschaften mit anderen völkischen Organisationen abriet.² Auf diesem Wege glaubte Hitler verhindern zu können, daß die NSDAP eine »zweite Auflage des Schutz- und Trutzbundes« werden und »genauso wie dieser dahinwelken und absterben« würde.³ So verzeichnete die nationalsozialistische Bewegung in den ersten Jahren keinen mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund vergleichbaren steilen Aufstieg, doch vollzog sich ihr Ausbau stetiger und kontinuierlicher, wenngleich dadurch auch nicht überall Friktionen und Richtungskämpfe in den Ortsgruppen verhindert und deren Fortbestehen dauernd gewährleistet werden konnte.

Für die Entwicklung der NSDAP im Reich war es von wesentlicher Bedeutung, daß ihr eine deutschvölkische Propaganda schon vorgearbeitet hatte. Der Antisemitismus, der ja als eigentlicher Motor auch der nationalsozialistischen Bewegung sich erwiesen hat, hatte schon vor dem Auftauchen der NSDAP im Reich weite Kreise der Bevölkerung durchdrungen, diese politisch indoktriniert und teilweise organisiert. Der Schutz- und Trutz-Bund insbesondere hatte jene Schichten mobilisiert, aus denen sich wenig später die Anhängerscharen der NSDAP rekrutieren sollten. Denn trotz ihres Namens war auch die NSDAP eine ausgesprochene Mittelstandsbewegung, wenngleich sie im Verhältnis zum Schutz- und Trutz-Bund einen größeren Anteil an Handwerkern, Facharbeitern und ungelerten Arbeitern unter ihren Mitgliedern verzeich-

nen konnte.⁴ Die bewußte Ausrichtung auf die Arbeiterschaft war ein wesentlicher Beweggrund für viele Deutschvölkische, die neue Partei zu unterstützen, nachdem die eigenen Versuche zur Gewinnung der Arbeiterschaft fehlgeschlagen waren. Daneben behauptete sich die NSDAP vor allem durch ihre straffere Organisation und ihr kämpferisches und rücksichtsloses Auftreten in der Öffentlichkeit.

Im Reich wiederholte sich die Entwicklung, die der Antisemitismus in München vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund zur NSDAP hin durchgemacht hatte, in abgewandelter Form an vielen Orten. Dabei waren die Zusammenhänge zwischen dem Bund und der Partei zumeist noch viel enger, als es in München der Fall gewesen war. Eine regional gegliederte und auf bestimmte Gebiete beschränkte Untersuchung der Entstehung der nationalsozialistischen Ortsgruppen und ihrer personellen Besetzung soll diese Zusammenhänge offenlegen und damit die außerordentliche Förderung, die Hitler und die NSDAP durch den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund erfuhren, dokumentieren. Die Auswahl der einzelnen Gebiete wurde zwar mitbestimmt von der Quellenlage sowie dem Verbreitungsgrad der NSDAP, sie erfolgte aber in erster Linie in der Absicht, möglichst Regionen unterschiedlicher Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur exemplarisch vorzuführen.

Bayern

Nach München machte die NSDAP dem Schutz- und Trutz-Bund zu allererst in nieder- und oberbayerischen Städten sowie in Schwaben Konkurrenz. Sie beeinträchtigte hier durch ihr frühes Auftreten — die ersten nationalsozialistischen Ortsgruppen entstanden schon 1920 — in erheblichem Maße den Aufbau deutschvölkischer Gruppen. Auch war in diesen Gebieten der Kontakt zur bayerischen Hauptstadt noch so eng, daß hier die Ereignisse in München unmittelbare Resonanz fanden.

Dennoch war es der Schutz- und Trutz-Bund, der als erster dieses Land mit dem Antisemitismus überzog, hetzerische Flugblätter und Klebezettel in großen Mengen verbreitete, öffentliche Versammlungen veranstaltete und Gruppen organisierte. Die Stadt Augsburg meldete schon im Spätsommer 1919 eine heftig einsetzende Judenhetze seitens eines »Deutschen Schutz- und Trutzbundes Hamburg«.⁵ Diese nahm im Laufe der Zeit immer mehr zu⁶ und fand ihren Niederschlag in der Formierung einer deutschvölkischen Ortsgruppe.⁷ Zu Anfang des Jahres 1920 konstatierte der Regierungspräsident von Schwaben und Neu-

burg eine wachsende Ausbreitung der antisemitischen Propaganda für seinen Bereich.⁸ Ähnliches mußte vom Frühjahr 1920 an auch sein Kollege von Niederbayern in seinen wöchentlichen Lageberichten vermerken.⁹ Die führenden Propagandisten und Organisatoren für den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund waren in diesen Gebieten der Hauptschriftleiter des »Völkischen Beobachters«, Hansjörg Maurer, der Justizreferendar Benedikt Settele, Kurt Kerlen aus Nürnberg sowie bis zu seinem vorläufigen Untertauchen nach einer gerichtlichen Verurteilung wegen übler Nachrede im September 1920 der führende Agitator an Münchens Hochschulen Karl Braßler.¹⁰

Auch in Oberbayern eröffnete der Schutz- und Trutz-Bund den antisemitischen Propagandakampf. Hier wirkte vor allem der Rechtsanwalt Ludwig Ruetz. Durch unermüdliche Rednertätigkeit rief er in dem Gebiet zwischen Tegernsee und Chiemsee eine Reihe von deutschvölkischen Ortsgruppen ins Leben und organisierte sie im Mangfall- und im Chiemseegau.¹¹ Neben Ruetz, der in München auch in NSDAP-Versammlungen sprach, taten sich in Oberbayern vor allem die Münchener Schutz- und Trutz-Bund-Anhänger Dr. Dallmayr und Ferdinand Wiegand als Redner hervor.¹² Die Priorität des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in diesen Gebieten wird besonders deutlich am Beispiel der Stadt Rosenheim. In Rosenheim bestand schon seit einiger Zeit eine deutschvölkische Gliederung,¹³ als sich dort die erste nationalsozialistische Ortsgruppe außerhalb Münchens überhaupt am 18. April 1920 organisierte. Dieser gehörte mit dem Regierungsrat Fritz Lauböck, dem späteren Förderer der Münchener NSDAP, ein führendes Schutz- und Trutz-Bund-Mitglied an.¹⁴

In dieser frühen Zeit des Nationalsozialismus arbeiteten auch in Bayern noch NSDAP und Schutz- und Trutz-Bund zusammen. Führende Propagandisten wie Maurer und Settele — letzterer stieß erst nach der Julikrise 1921 in der NSDAP zum hitlerfeindlichen Lager —, Ruetz und Wiegand waren gleichermaßen für beide Organisationen tätig. Zuweilen ging deren Verflechtung so weit, daß die Gründung einer nationalsozialistischen Ortsgruppe auf einer Versammlung des Schutz- und Trutz-Bundes erfolgte. So gab zum Beispiel der schon mehrfach erwähnte Settele auf einer Versammlung des Schutz- und Trutz-Bundes in Landsberg am Lech am 25. September 1920 die Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe bekannt.¹⁵ Angesichts einer solchen Verflechtung der beiden Organisationen wird es verständlich, daß sich die ersten Nationalsozialisten vorwiegend aus der Anhängerschaft des Schutz- und Trutz-Bundes rekrutierten. Ein treffendes, wenngleich spätes Beispiel bietet hierfür die Entwicklung der beiden Gruppen in Oettingen

am Rande des Nördlinger Rieses. Dort hatten sich die Schutz- und Trutz-Bündler seit dem 7. August 1920 zu einer Gruppe zusammengesetzt.¹⁶ Leiter dieser Vereinigung war Julian Schmittner, ihr tätigster Propagandist der Studienrat Frank.¹⁷ Als knapp zweieinhalb Jahre später in Oettingen eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet wurde, stellten sich Schmittner und Frank in gleicher Eigenschaft wie vorher im Schutz- und Trutz-Bund an ihre Spitze.¹⁸

Die in diesen Beispielen zum Ausdruck kommende personelle und organisatorische Kontinuität wurde schon im August 1920 von einem bayerischen Mitarbeiter der »Deutschen Zeitung« konstatiert, der bemerkte, »daß nicht selten die national sozialen [!] Ortsgruppen als Fortsetzung des Schutz- und Trutzbundes anzusehen« seien.¹⁹ Der Übergang einzelner Anhänger wie ganzer Gruppen zur NSDAP bildete gewöhnlich den Abschluß eines längeren Entwicklungsprozesses. Dieser nahm seinen Ausgang in der judengegnerischen »Aufklärungsarbeit« des Schutz- und Trutz-Bundes, führte weiter über die Organisation antisemitisch eingestellter Kreise durch den Bund, die durch ihn Kenntnis erhielten von Hitler und der NSDAP. Schließlich erfolgte nicht selten durch den Schutz- und Trutz-Bund selbst der Anstoß zum Übertritt in die NSDAP. Die hier vereinfacht skizzierte Entwicklung wiederholte sich in den Jahren 1920 bis 1923 zu vielen Malen. Sie wird desto deutlicher faßbar und ist desto häufiger anzutreffen, je entfernter das Zentrum der nationalsozialistischen Bewegung war.

Franken

In Franken und in der Oberpfalz konnte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund frühzeitig Fuß fassen und eine starke, weitverzweigte Gauorganisation aufbauen, die — wie bereits berichtet — zum Teil noch über das Jahr 1923 hinaus Bestand haben sollte. Zentren der Bewegung waren Nürnberg und Würzburg. Nürnberg, wo sich der Schutz- und Trutz-Bund zunächst auf bereits bestehende Gruppen des Deutschvölkischen Bundes und des Reichshammerbundes stützen konnte, war denn auch das erste Ziel einer intensiven antisemitischen Propaganda. Schon im März 1919 meldete die sozialdemokratische »Fränkische Tagespost«, daß diese Stadt und ihre Umgebung von judenhetzerischen Blättern und Handzetteln des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes überschwemmt werde.²⁰ Von Nürnberg aus breitete sich dann die antisemitische Bewegung rasch über das ganze umliegende Land aus. Der Wochenbericht der Polizeistelle für Nordbayern nahm am 21. November 1919 ausführlich Stellung zu dem immer stärker hervortretenden

Antisemitismus. Er weist nachdrücklich auf die außerordentliche Breitenwirkung der antisemitischen Bewegung in Franken hin, die sich auf »alle Schichten des Volkes« erstreckte und »Angehörige aller politischen Parteien bis hinein in die radikalste Linke« umfasse, und führt diese auf die starke Versammlungstätigkeit und die Verbreitung zahlloser Flugblätter, Handzettel und Klebmarken »scharfen und schärfsten Inhalts« an allen größeren Orten zurück, wobei sich der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund »als besonders rührig« erwiesen habe. Aus alledem folgerte der Berichtstatter: »Es ist nicht zu läugnen [sic!], daß die geschilderten Erscheinungen nachgerade fast so etwas wie eine Pogrom-Stimmung erzeugen und es ist wohl möglich, daß es da und dort einmal vereinzelt zu Tötlichkeiten gegen Juden kommen kann.«²¹

Da aber die antisemitische Bewegung trotz solcher Kommentare keine Beeinträchtigung seitens der Polizei erfuhr, zog sie immer weitere Kreise und radikalisierte sich zusehends. Von der Nürnberger Versammlung des Schutz- und Trutz-Bundes am 22. Januar 1920, in der Dr. Wichtl vor 800 Zuhörern über »Weltfreimaurerei, Weltkrieg und Weltrevolution« sprach, meldete der Bericht der Polizeistelle für Nordbayern, man habe »erstmal's Drohungen von Gewalttaten gegen das Leben der Juden vernehmen« können.²² Kaum anders ging es auf den Versammlungen des Nürnberger Agitators Kurt Kerlen zu,²³ dessen Wirken schon anläßlich seiner Auftritte in München näher charakterisiert worden ist.

In dieser hauptsächlich vom Schutz- und Trutz-Bund erzeugten judengegnerischen Atmosphäre gedieh nicht nur dessen eigene Organisation, die in Nürnberg über einen starken Rückhalt verfügte und zu zahlreichen Ortsgruppen in Franken kam, sondern auch andere völkische Vereinigungen wie die Deutschsozialistische Partei, die Deutsche Werkgemeinschaft und der Jungdeutsche Orden. Doch hatte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund eindeutig die Oberhand.²⁴ Das galt ebenfalls für Nürnberg, das Zentrum der Bewegung in Franken, zumindest bis zu den Auseinandersetzungen innerhalb des Bundes über die Stellung der bayerischen Landesleitung.

Die beherrschende Rolle des Schutz- und Trutz-Bundes in der völkischen Bewegung Frankens mußte auch Julius Streicher anerkennen, auf den die Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Nürnberg zurückging. Er hatte zunächst innerhalb des Schutz- und Trutz-Bundes im judengegnerischen Sinne gewirkt und dort die von Karl Maerz geführte radikalere Gruppe unterstützt, die sich insbesondere um die Verbreitung des Antisemitismus unter der Arbeiterschaft bemühte.²⁵ Der Widerstand der bürgerlichen Kräfte im Bund gegen eine solche Ausrichtung

auf die Arbeiterschaft veranlaßte Streicher zur Deutschsozialistischen Partei überzuwechseln, ohne jedoch die Fühlung zu den Schutz- und Trutz-Bündlern jemals ganz aufzugeben. So war Streicher in die Auseinandersetzungen zwischen der Hamburger Bundeszentrale und der bayerischen Landesleitung verwickelt und suchte daraus Gewinn zu ziehen für seine Zeitungen.²⁶ Er konnte in der neuen Partei auch neben dem Schutz- und Trutz-Bund eine größere antisemitische Anhänger-schar organisieren. Zu diesem Erfolg trug allerdings entscheidend bei, daß der Bund die von Karl Maerz gewonnenen Anhänger, welche teilweise sogar aus der KPD stammten, auf die Dauer, vor allem aber nach dem Tode Maerz', nicht an sich zu binden vermochte. Streicher dagegen wußte seine Anhängerschaft auch nach seinem Übertritt zur Deutschen Werkgemeinschaft zusammenzuhalten und führte sie am 20. Oktober 1922, nachdem es in der Werkgemeinschaft Nürnbergs zu Streitigkeiten in der Führung gekommen war, nahezu geschlossen der NSDAP zu.²⁷ Damit mündete die einzige radikal antisemitische Bewegung außerhalb Münchens, die, unabhängig von Hitler und dem Nationalsozialismus, Antisemitismus, Nationalismus und Sozialismus zu verbinden suchte und sich mit einigem Erfolg sowohl an die »Kopfarbeiter« als auch an die »Handarbeiter« wandte, ebenfalls in die NSDAP ein. Am Anfang dieser Entwicklung hatten der Schutz- und Trutz-Bund und dessen zeitweiliger Führer Karl Maerz gestanden. Letzterem galt Streichers Gedenken in seiner Rede zur Gründung der NSDAP-Ortsgruppe Nürnberg am 20. Oktober 1922.²⁸

Mit Ende des Jahres 1922 begann die große Zeit für die NSDAP in Franken und in der Oberpfalz. Die Verfallserscheinungen und internen Streitigkeiten im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund sowie die Lahmlegung seiner Reichsorganisation durch die Verbote außerhalb Bayerns waren der NSDAP dabei von großem Nutzen und ermöglichten ihr erst den massiven Einbruch in die völkischen Anhängerscharen. Auf die besondere Entwicklung der Nürnberger Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppe ist schon ausführlich eingegangen worden. Sie hatte sich bei den Auseinandersetzungen um die bayerische Landesleitung hinter Mesch, John Gorsleben und Ruge gestellt und dadurch ihre führende Stellung im nordbayerischen Schutz- und Trutz-Bund eingebüßt. Die Aktivität des Bundes verlagerte sich nunmehr auf das fränkische Land. Doch auch hier konnten sich die deutschvölkischen Gruppen seit Herbst 1922 nur noch schwer behaupten. Immer mehr führende Schutz- und Trutz-Bündler wechselten zur NSDAP über und halfen, die neue Bewegung in Franken und in der Oberpfalz zu organisieren.

Als sich im oberfränkischen Hof die ersten Nationalsozialisten am 26. November 1922 zu einer Ortsgruppe zusammaten, hatte der Vorsitzende des Hofer Schutz- und Trutz-Bundes, Baum, wesentlichen Anteil daran. Als 2. Vorsitzender stand er mit an der Spitze der neuen Organisation.²⁹ In Kulmbach verdankte schon der Schutz- und Trutz-Bund die Gründung seiner Ortsgruppe einer Initiative des Kartongefabrikanten Ludwig Söllner. Dieser förderte und unterstützte dann auch frühzeitig die ersten Nationalsozialisten Kulmbachs und fungierte bei der Neugründung der NSDAP-Ortsgruppe im Jahre 1925 als deren erster Vorsitzender.³⁰ In Coburg organisierten sich die Nationalsozialisten unter Franz Schwede, der vorher als Gast beim Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund tätig gewesen war.³¹ Prominentestes Mitglied der neuen Gruppe war der damalige Gauleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, Hans Dietrich. Dietrich zog 1924 als einer der ersten Nationalsozialisten in den Reichstag ein. Andere führende Schutz- und Trutz-Bündler Coburgs fanden ebenfalls in der NSDAP ein neues Betätigungsfeld: so der ehemalige deutschvölkische Geschäftsführer Linke, der Ende 1924 als Parteigenosse in den Coburger Stadtrat gewählt wurde und wenig später als Nachfolger Schwedes zum Ortsgruppenführer der Coburger Nationalsozialisten aufrückte.³² Auch in Bamberg, wo die Entwicklung des Bundes seit den außerbayerischen Verboten zu stagnieren begann, beteiligten sich Schutz- und Trutz-Bündler an der Gründung einer nationalsozialistischen Ortsgruppe.³³

Ähnlich wie in Oberfranken gestaltete sich die Ausbreitung der NSDAP in der Oberpfalz, für die auf das Beispiel Weiden verwiesen werden soll, wo der langjährige Vorsitzende der Deutschvölkischen, Hans Harbauer, 1923 auch die Führung der Nationalsozialisten übernahm,³⁴ und in Mittelfranken. Hier war für den Bund vor allem der Ansbacher Wilhelm Grimm propagandistisch und organisatorisch tätig gewesen, hatte sich aber 1921/22 bei den internen bayerischen Auseinandersetzungen auf die Seite von Mesch, John Gorsleben und Ruge gestellt.³⁵ Am 22. Januar 1923 gründete er dann die erste nationalsozialistische Ortsgruppe in Ansbach und übernahm deren Leitung. Später rückte Grimm zum NS-Kreisleiter von Ansbach und Gauleiter von Mittelfranken auf.³⁶

Über die Sonderentwicklung, die die deutschvölkische Bewegung in Unterfranken unter der Führung des rührigen Dr. Otto Hellmuth durchmachte, ist schon berichtet worden. Hellmuth, im Schutz- und Trutz-Bund zunächst Kreisleiter von Unterfranken, dann Gauleiter von Nordbayern, organisierte die Völkischen Mainfrankens in einem

Bund Frankenland. Dieser ging schließlich im Jahre 1925 in der NSDAP auf; Hellmuth erhielt in der Partei den Posten eines Gauleiters von Mainfranken.³⁷ Aber der Bund Frankenland umfaßte keineswegs alle ehemaligen Schutz- und Trutz-Bund-Anhänger in Unterfranken, vielmehr waren auch hier die Übergänge in den Jahren 1923 bis 1925 fließend, wie das Beispiel Schweinfurts zeigt. Die dortige Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppe verdankte ihre Entstehung und außerordentliche Wirksamkeit vornehmlich der Aktivität Fritz Sauckels, der Vorgänger Hellmuths im Amt des deutschvölkischen Kreisleiters von Unterfranken war³⁸ und später in der NSDAP zum Gauleiter von Thüringen aufrückte. Anfang 1923 wechselten führende Schutz- und Trutz-Bund-Mitglieder zur NSDAP über und wurden die treibenden Kräfte für die Ausbreitung des Nationalsozialismus in Schweinfurt.³⁹

Die Ausbreitung der NSDAP in Franken, begünstigt durch die zahlreichen deutschvölkischen Gruppen, wurde wesentlich noch dadurch gefördert, daß ehemals führende völkische Propagandisten des Schutz- und Trutz-Bundes sich mehr und mehr auch in den Dienst nationalsozialistischer Propaganda stellten. Das taten die bereits mehrfach erwähnten Otto Hellmuth und Andrea Ellendt sowie der Buchdruckereibesitzer Max Thiele aus Marktbreit, die seit Mai 1923 die Führungsspitze des Schutz- und Trutz-Bundes in Nordbayern und von dessen Nachfolgeorganisation, dem Bund Frankenland, bildeten.⁴⁰ In diesem Zusammenhang ist vor allem aber der Nürnberger Studienprofessor Karl Bohneberg zu erwähnen. Er hatte bis 1922 dem Schutz- und Trutz-Bund in leitender Stellung angehört⁴¹ und entfaltete dann seit 1923 eine beispiellose Werbetätigkeit für die NSDAP. Bohneberg ließ kaum einen Tag vorübergehen, an dem er nicht in irgendeinem fränkischen Ort auf einer öffentlichen Versammlung sprach.⁴²

Württemberg

Die Entwicklung der NSDAP in Württemberg und Hohenzollern wurde, abgesehen von einigen an Bayern grenzenden Randgemeinden, von Stuttgart aus bestimmt. Die nationalsozialistische Ortsgruppe in Stuttgart war die erste in Württemberg überhaupt; sie wurde das organisatorische Zentrum der nationalsozialistischen Bewegung im gesamten Südwesten des Deutschen Reiches.⁴³ Sie war darüber hinaus im Jahre 1925 die einzige, die sich entschieden gegen die sich von Hitler distanzierende Politik der nationalsozialistischen Landesleitung unter Professor Mergenthaler stellte, und wurde daher dann von Adolf Hitler mit der Neuorganisation der NSDAP in Württemberg beauftragt.⁴⁴

Die Antisemiten der Zeit nach dem Weltkrieg konnten in Stuttgart an eine längere Tradition anknüpfen. Diese hatte Anfang der 90er Jahre in den antisemitischen Jugendbundorganisationen ihren Ausgang genommen und war nach einem Jahrzehnt in die Hammerbundbewegung um Theodor Fritsch eingemündet.⁴⁵ Doch fristete diese scharf antisemitische Gruppe in Stuttgart sowie in Württemberg und Baden nur ein kümmerliches politische Randdasein. Das änderte sich schlagartig mit dem Ende des Weltkrieges. Seit Anfang 1919 agitierten mit wachsendem Erfolg im antisemitischen Sinne von Stuttgart aus der Reichshammerbund unter seinem langjährigen Vorsitzenden Eugen Haug, der Deutsche Bund zur Bekämpfung fremden und Förderung deutschen Wesens unter der Leitung des alldeutschen ehemaligen Hofrats Alfred Sachs sowie der zunächst selbständige Landesverein des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes mit dem Schriftleiter der »Süddeutschen Zeitung«, Anton Rösch, an der Spitze. Die drei Organisationen vereinigten sich wenig später im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund. In diesem nahmen die aus der antisemitischen Jugendbewegung hervorgegangenen Eugen Haug als Vorsitzender und Alfred Autenrieth als Propagandaobmann der Ortsgruppe Stuttgart führende Positionen ein. Die neue Stuttgarter Ortsgruppe verzeichnete mit steigender Aktivität immer größere Anhängerzahlen, doch blieben ihr mit wenigen Ausnahmen die Arbeiter fern. Als man in der Ortsgruppenführung auf Abhilfe sann, erinnerte man sich eines antisemitischen Deutschen Arbeiter-Vereins in München. Von diesem hatte man unter anderem im »Völkischen Beobachter« gelesen, der in süddeutschen Schutz- und Trutz-Bund-Kreisen stark verbreitet war. Die Leitung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Stuttgart wandte sich daraufhin schriftlich an die NSDAP, und im April 1920 begab sich ihr Propagandaobmann Autenrieth zusammen mit einem weiteren Propagandisten des Bundes, Ulshöfer, persönlich nach München. Auf diesem Wege kam Hitlers erster vom Schutz- und Trutz-Bund organisierter und finanzierter Auftritt in Stuttgart am 7. Mai 1920 zustande, bei dem Hitler über »Die Wahrheit über den ›Gewaltfrieden‹ von Brest-Litowsk und den ›Frieden der Verständigung und Versöhnung‹ von Versailles« sprach.⁴⁶ Am Tage nach dem Vortrag formierte sich innerhalb des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes die erste Gruppe Stuttgarter Nationalsozialisten; ihr gehörten sämtliche führenden Persönlichkeiten des Bundes in Stuttgart an. Diese Ortsgruppe der NSDAP wurde wenig später anlässlich Hitlers zweiten Vortrages in Stuttgart am 4. Juni 1920 offiziell anerkannt. Zunächst konnte jedoch von einer eigenen Arbeit nicht die Rede sein, vielmehr organisierte der Schutz-

und Trutz-Bund von nun an auch die Versammlungen der jungen NSDAP und unterstützte deren Propagandatätigkeit. Die enge Verbindung von Deutschvölkischem Schutz- und Trutz-Bund und NSDAP in dieser Zeit kam auch darin zum Ausdruck, daß der Kaufmann Nietzer als Geschäftsführer des Bundes gleichzeitig die Geschäfte der NSDAP besorgte und daß sich mit dem Arbeiter Ernst Ulshöfer ein führendes Bundesmitglied an die Spitze der Nationalsozialisten stellte. Ulshöfer spielte auch danach noch als Propagandist in der deutschvölkischen Organisation eine bedeutende Rolle. Die nationalsozialistischen Redner Bernhard Köhler, Gottfried Feder und Hermann Esser, die im selben Jahr 1920 in Stuttgart sprachen, waren noch Einladungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes gefolgt.

Doch schon im folgenden Jahr trat die NSDAP Stuttgart eigenständig auf.⁴⁷ Die treibende Kraft war ihr Leiter Ulshöfer. Er war ihr erfolgreichster Redner und Organisator; auf ihn ging die Gründung zahlreicher nationalsozialistischer Ortsgruppen im württembergischen Land zurück.⁴⁸ Nach seinem Fortgang nach Mannheim, wo er wiederum die Gründung einer NSDAP-Gruppe in die Wege leitete, ließ die nationalsozialistische Aktivität in Stuttgart für kurze Zeit nach.⁴⁹ Die Ortsgruppe erhielt jedoch im Sommer und Herbst 1922 neuen Auftrieb, einmal durch die Übernahme der Leitung durch den Zimmermann Theodor Jaschek, der vorher ebenfalls seine Sporen als völkischer Redner im Schutz- und Trutz-Bund verdient hatte,⁵⁰ zum anderen durch das Überwecheln zahlreicher Schutz- und Trutz-Bündler zur NSDAP nach der Zerschlagung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in den meisten deutschen Ländern. Die enge Zusammenarbeit zwischen Schutz- und Trutz-Bund und NSDAP in Stuttgart, die noch am 17. Juni 1922 in der Teilnahme der Nationalsozialisten an einer vom Schutz- und Trutz-Bund veranstalteten Sonnenwendfeier zum Ausdruck gekommen war,⁵¹ war dadurch entscheidend getrübt.⁵² Als sich im Januar 1923 der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund Stuttgart unter der Leitung des rührigen Hugo Kroll neu formierte, da war der Mitgliederschwund nicht mehr wettzumachen. Die NSDAP hatte dem völkischen Verein auch in Stuttgart den Rang abgelaufen.⁵³

Gerade die aktivsten Deutschvölkischen engagierten sich nach und nach in der nationalsozialistischen Bewegung. Einige von ihnen nahmen bald führende Positionen sowohl in der Stuttgarter Ortsgruppe als auch in der württembergischen Landesleitung der NSDAP ein. Für die Zeit vor dem Novemberputsch 1923 sind außer den bereits Genannten in dieser Hinsicht noch Alfred Autenrieth, Karl Wißmann und Dr. Bodo Kaltenböck zu erwähnen, sowie für die Zeit nach der

Neugründung der Partei 1925 Hugo Kroll, Friedrich Weidle, Eugen Munder und Professor Waldschmidt. Hugo Kroll, der im übrigen dem Schutz- und Trutz-Bund beziehungsweise dem Deutschen Befreiungsbund bis zu deren Ende treu blieb, organisierte seit 1924 von Stuttgart aus die deutschvölkische Jugend Württembergs und sorgte 1925 dafür, daß diese sich völlig hinter Adolf Hitler und die NSDAP stellte.⁵⁴ Eugen Munder übernahm als Vorsitzender der NSDAP-Ortsgruppe Stuttgart und Geschäftsführer des Gaues zusammen mit Professor Waldschmidt als Gauleiter und Verbindungsmann zu Adolf Hitler die Neuorganisation der NSDAP in Württemberg.⁵⁵ Während Waldschmidt in früheren Jahren für den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund in Stuttgart tätig gewesen war, hatte Munder seit 1919 im württembergischen Gaildorf agitiert.⁵⁶ Als Munder, inzwischen Gauleiter von Württemberg, 1928 aus der NSDAP ausschied, da folgte ihm im Amt ebenfalls ein ehemaliger Schutz- und Trutz-Bündler: Wilhelm Murr hatte im heimatlichen Eßlingen zunächst für den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband und den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund gewirkt, ehe er dort die Führung der Nationalsozialisten übernahm.⁵⁷

Der politische Weg des Eßlingers Wilhelm Murr deutet an, daß die für Stuttgart nachgewiesene Entwicklung der völkischen Bewegung und der NSDAP keinen Einzelfall darstellt. Sie kann vielmehr als typisch für die Entwicklung in zahlreichen anderen Orten angesehen werden, auf die hier nicht mehr eingegangen werden soll.⁵⁸ Stuttgart war in der Frühzeit der NSDAP der stärkste Vorort der nationalsozialistischen Bewegung im Südwesten des Deutschen Reiches. Von hier gingen entscheidende Impulse für die Fortentwicklung der NSDAP in Württemberg, Baden und im hessischen Odenwald aus.

In den Gebieten nördlich des Mains, von den fränkischen einmal abgesehen, begann die NSDAP erst ab 1921 Fuß zu fassen. Dann jedoch vermochte sie in verhältnismäßig kurzer Zeit sich ein Netz von Ortsgruppen zu schaffen. In der räumlichen Distanz vom Ursprungsort des Nationalsozialismus spielte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund als Vermittler und Förderer der NSDAP eine noch bedeutendere Rolle als dies schon für die bisher angesprochenen Regionen der Fall war. Der größte Teil der in Deutschland nördlich des Mains bis 1923 gegründeten nationalsozialistischen Organisationen verdankte seine Entstehung der Initiative von Mitgliedern und Gruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, und nicht selten wurden führende Schutz- und Trutz-Bündler in der nationalsozialistischen Bewegung an leitender Stelle tätig, wie dies im folgenden wiederum exemplarisch

an der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte einzelner nationalsozialistischer Ortsgruppen sowie am politischen Werdegang einiger führender Nationalsozialisten aufgewiesen werden soll. Dabei entspricht die geographische Gruppierung nicht mehr einer chronologischen Ordnung, wie sie wenigstens annähernd für die Ausbreitung der NSDAP in Bayern, Franken, Württemberg und Baden hat gelten können. In den Jahren 1922/1923 entstanden vielmehr nationalsozialistische Ortsgruppen gleichzeitig in fast allen Teilen des Deutschen Reiches.

Thüringen und Sachsen

In Thüringen, wo im Laufe des Jahres 1922 mehrere NSDAP-Ortsgruppen entstanden, gestaltete sich die Ausbreitung der nationalsozialistischen Bewegung äußerst schwierig, da ihr frühzeitig seit dem 26. Juni 1922 ein Verbot des Thüringischen Innenministeriums entgegenstand.⁵⁹ So agitierten hier die ersten Nationalsozialisten zumeist in Tarnorganisationen, versuchten aber die Verbindung nach München aufrechtzuerhalten.

In Weida hatte sich noch vor dem Verbotserlaß gegen die NSDAP eine nationalsozialistische Ortsgruppe gebildet. Sie wurde von einem Schutz- und Trutz-Bund-Mitglied, dem ehemaligen Postsekretär Johann Gnahn geführt, der vor allem im Bund um Anhänger für die Partei warb.⁶⁰ Eine entscheidende Stärkung erfuhr die nationalsozialistische Ortsgruppe dann, als nach dem Verbot des Schutz- und Trutz-Bundes in Thüringen der Leiter der Weidaer Gruppe, Zahnarzt Dr. Wicklein, ihr »die Anhänger des Schutz- und Trutz-Bundes zuführte und noch späterhin die Bewegung stark unterstützte und propagierte«. ⁶¹ Die Stärkung fand ihren deutlichen Niederschlag in der Bildung einer nationalsozialistischen SA-Abteilung in Weida. Diese wurde jedoch zur Umgehung des NSDAP-Verbotes in Thüringen der SA im bayerischen Hof unterstellt.⁶² Denn anders als die Schutz- und Trutz-Bündler blieben die Nationalsozialisten in Weida auch nach dem Verbot ihrer Partei zusammen und traten auf Weisung der Parteileitung nahezu geschlossen der NSDAP-Ortsgruppe München bei, der sie auch ihre Mitgliedsbeiträge überwiesen.⁶³

In Gera, wo der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund über eine besonders aktive Gruppe verfügte, suchten die Schutz- und Trutz-Bündler nach dem Verbot des eigenen Bundes sich neuen Organisationen anzuschließen. Während ein Teil den Schutz- und Trutz-Bund als Deutschen Volksbund fortzuführen gedachte,⁶⁴ wandte sich ein anderer Teil der NSDAP zu. Die Initiative hierzu ging bezeichnenderwei-

se von Besuchern des Deutschen Tages in Coburg aus.⁶⁵ Da die NSDAP aber in Thüringen gleichfalls verboten war, firmierten die ersten Nationalsozialisten Geras ihre Ortsgruppe als Deutsch-soziale Partei, ließen aber die Parteigruppen außerhalb Thüringens wissen, daß allein das Verbot sie hindere, sich »nationalsozialistisch« zu nennen.⁶⁶ Spiritus rector dieser Tarnorganisation für die NSDAP, die sich von Gera aus über ganz Thüringen ausbreiten sollte, war das ehemalige Schutz- und Trutz-Bund-Mitglied Karl Schultheiß. Er suchte vor allem unter seinen Bundesfreunden Unterstützung für den Aufbau eines geheimen nationalsozialistischen Landesverbandes in Thüringen.⁶⁷ Als die Thüringische Regierung auch den Deutschen Volksbund und die Deutsch-soziale Partei als Nachfolge- und Tarnorganisationen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und der NSDAP auflöste,⁶⁸ fanden sich viele Volksbündler und Nationalsozialisten in der Deutschvölkischen Freiheitspartei zusammen und suchten diese als Deckorganisation für die NSDAP zu benutzen.⁶⁹

Im Bezirk des Thüringer Waldes propagierte seit seiner Übersiedlung nach Ilmenau 1922 der ehemalige Kreisleiter des Schutz- und Trutz-Bundes von Unterfranken, Fritz Sauckel, die Ziele des Nationalsozialismus. Beim Aufbau einer illegalen nationalsozialistischen Organisation unter dem Deckmantel eines »Deutschen Wandervereins« konnte sich Sauckel auf zahlreiche Völkische aus den Reihen des Schutz- und Trutz-Bundes stützen.⁷⁰ Als Beispiel sei der ehemalige Vorsitzende der deutschvölkischen Ortsgruppe von Ilmenau, Richard Walther, erwähnt. Walther, nach 1933 Bürgermeister von Ilmenau, übernahm im Sommer 1924 die Führung der NSDAP im Bezirk Thüringer Wald, während Sauckel sich die Organisationsleitung vorbehielt.⁷¹ Bei der Neugründung der Partei im Jahre 1925 wurde aber nicht Sauckel, sondern Artur Dinter die Gauleitung für Thüringen übertragen, der allerdings alsbald Sauckel als Gaugeschäftsführer einsetzte. Nach dem Bruch zwischen Hitler und Dinter folgte Sauckel 1927 seinem ehemaligen Kollegen aus dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund in der Leitung des Gaues Thüringen der NSDAP.⁷²

Die Entwicklung der NSDAP im Freistaat Sachsen wurde in der Frühzeit entscheidend geprägt von zwei Männern: Fritz Tittmann aus Zwickau und Martin Mutschmann aus Plauen. Beide hatten, bevor sie zur NSDAP stießen, schon im Schutz- und Trutz-Bund für das Hakenkreuz agitiert. Tittmann war als Geschäftsführer und Schriftleiter im Schutz- und Trutz-Bund Zwickau tätig gewesen,⁷³ während Mutschmann im Vogtland Anhänger für den Antisemitismus zu gewinnen gesucht hatte.⁷⁴

Auf Tittmann ging die erste Ortsgruppe der NSDAP in Sachsen zurück. Sie wurde am 11. Oktober 1921 in Zwickau gegründet. Tittmann war ihr erster Leiter und Hauptredner. Darüber hinaus bemühte er sich um den Aufbau eines sächsischen Landesverbandes. Als Propagandist und Organisator wurde er auch über die engeren Grenzen Sachsens bekannt.⁷⁵ In der Verbotszeit sorgte Tittmann für den Zusammenhalt der Nationalsozialisten. 1924 wurde er in den zweiten Deutschen Reichstag gewählt. Bei der Neugründung der NSDAP ernannte ihn die Parteileitung zum Gauleiter von Zwickau und zum stellvertretenden Landesleiter von Sachsen,⁷⁶ ehe er 1926 als einer der beiden ersten Nationalsozialisten in den Sächsischen Landtag einrückte, um später, insbesondere nach 1933, zu weiteren Ämtern und Ehren zu gelangen.

Ein anderer Impuls zur Gründung einer NSDAP-Organisation in Sachsen ging vom Vogtland aus. Hier waren im Frühjahr 1922 die Ortsgruppen Markneukirchen und Plauen entstanden.⁷⁷ Leiter der ersten vogtländischen Nationalsozialisten war der Plauener Fabrikant Martin Mutschmann, der auch die Schutz- und Trutz-Bund-Anhänger im Vogtland anführte. Nachdem Mutschmann mit einer Abordnung am Deutschen Tag in Coburg teilgenommen hatte, wechselte er gänzlich in das nationalsozialistische Lager über. Unter seiner Leitung organisierte sich 1924 in Sachsen der Völkische Block, und 1925 übernahm Mutschmann, der Hitler mehrmals in Landsberg aufgesucht hatte, die Landesleitung der sächsischen NSDAP; später wurde er zum Gauleiter und Reichsstatthalter ernannt.

Niederrheinisch-westfälisches Industriegebiet

Nach Sachsen und Thüringen, wo der politische Antisemitismus seit seinen Anfängen Anhänger gefunden hatte und wo auch die völkische Bewegung der Nachkriegszeit größere Scharen auf sich vereinigen konnte — die politischen Ereignisse in Sachsen und Thüringen in den frühen Jahren der Republik verschleiern das ein wenig —, soll eine Region angesprochen werden, in der die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur dem Eindringen völkischer und antisemitischer Ideen entgegenstand: das niederrheinisch-westfälische Industriegebiet. Das politische Klima nach dem Zusammenbruch wurde hier durch zwei Faktoren entscheidend beeinflusst: zum einen durch die alliierte Besetzung, die sämtliche linksrheinischen Gebiete sowie rechtsrheinische Teile der Rheinprovinz umfaßte, zum anderen durch kommunistische Aufstandsbewegungen vor allem im Anschluß an den Kapp-Putsch. Diese hatten den Einsatz von Reichswehr- und Freikorpstruppen zur Folge. Beide

Faktoren begünstigten die Ausbreitung eines betont nationalistischen und antibolschewistischen Antisemitismus.

Von Anfang an verzeichnete der Schutz- und Trutz-Bund in diesem Raum einen starken Zulauf und verfügte hier frühzeitig über zahlreiche mitgliederstarke Organisationen, die sich auf die Gaue Westfalen-Lippe unter Walther Hoffmann-Hattingen, Rheinland (unbesetztes Gebiet) unter Friedrich Wiegershaus-Elberfeld und Rheinland (besetztes Gebiet) unter Egon Lützeler-Köln verteilten.⁷⁸ Das dichte Netz deutschvölkischer Ortsgruppen war auch in diesem Raum Grundlage für das Vordringen des Nationalsozialismus. Wenngleich Übergänge vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund zur NSDAP schon ab 1920 zu verzeichnen sind, faßte die nationalsozialistische Bewegung im Ruhrgebiet erst 1922 stärker Fuß. Am 8. März 1922 berichtete der »Völkische Beobachter« anlässlich einer Vortrags- und Werbereise Hermann Essers durch Westdeutschland zum erstenmal ausführlich über die »Nationalsozialistische Bewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet« und erwähnte nationalsozialistische Ortsgruppen in Dortmund, Hagen und Köln. Diese bereits vor dem Besuch Essers bestehenden Ortsgruppen erfuhren durch ihn ihre offizielle Bestätigung.⁷⁹

In Dortmund hatte sich schon im Frühjahr 1920 aus dem dortigen Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund heraus eine lockere nationalsozialistische Vereinigung unter der Führung von Wilhelm Ohne-sorge gebildet, der diese Position bis 1923 innehatte. Die Gruppe blieb zunächst verhältnismäßig klein und trat erst im Frühjahr 1922, als sie etwa hundert Mitglieder zählte, an die breitere Öffentlichkeit.⁸⁰

Die Geschichte der NSDAP-Ortsgruppe Hagen in der Frühzeit ist eng mit dem Namen des Zivil-Ingenieurs Hugo Wachenfeld verbunden. Wachenfeld war Vorsitzender des Schutz- und Trutz-Bundes in Hagen, der dort seit 1919 bestand, als er 1921 auf Hitler und die NSDAP aufmerksam wurde. Wenig später gründete er aus der deutschvölkischen Ortsgruppe heraus eine nationalsozialistische Ortsgruppe. Sie wurde am 1. März 1922 durch Hermann Esser offiziell bestätigt und Wachenfeld zu ihrem Führer gewählt. Wachenfeld behielt die Leitung der Gruppe bis in die Verbotszeit 1923. Seiner Initiative verdankte die NSDAP ihre starke Verbreitung im Hagener Bezirk.⁸¹

In Köln ging die Gründung der nationalsozialistischen Ortsgruppe ebenfalls von einem führenden Schutz- und Trutz-Bündler aus, nämlich dem Gauleiter von Rheinland (besetztes Gebiet) Egon Lützeler. Lützeler stand — wie oben näher ausgeführt — in engerem Kontakt mit der Zentrale der Organisation Consul in München und suchte diese im Laufe der Jahre mehrfach auf. Anlässlich eines Besuches im Februar

1921 machte ihn der Leiter der O. C., Ehrhardt, mit den führenden Persönlichkeiten der NSDAP bekannt.⁸² Seit diesem Besuch datiert Lützelers Zugehörigkeit zur NSDAP⁸³ sowie seine Werbetätigkeit für diese Partei im Rheinland. Lützeler ließ unter anderem das 25-Punkte-Programm der NSDAP auf eigene Kosten nachdrucken und in seinem Gau verbreiten. Er scharte in der Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Köln die ersten Nationalsozialisten um sich. Aus diesem Kader entwickelte sich dann im Sommer 1921 die NSDAP-Ortsgruppe Köln, an deren Spitze aus taktischen Gründen der Schreiner Hermann Breuer gestellt wurde. Doch gedieh die seit August 1921 eigenständige Gruppe im Schatten des mitgliederstarken Schutz- und Trutz-Bundes anfangs nur sehr langsam.⁸⁴ Daran vermochte auch eine öffentliche Versammlung mit dem bekannten nationalsozialistischen Propagandisten Hermann Esser am 3. März 1922 in Köln nichts zu ändern. Im übrigen erhielt die NSDAP-Ortsgruppe anlässlich des Esser-Besuches ihre offizielle Bestätigung durch die Münchener Parteileitung.⁸⁵

Erst nach dem Verbot des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes erlebte die NSDAP in Köln einen bedeutenden Aufschwung, als ihr viele ehemalige Schutz- und Trutz-Bündler zuströmten.⁸⁶ Doch schien der Erfolg der NSDAP ein schnelles Ende zu finden, als die Partei am 18. November 1922 in Preußen verboten wurde, zumal ihr Leiter Breuer dem Verbot ganz entsprechen und jegliche Aktivität einstellen wollte. Doch sammelten sich die aktiven Nationalsozialisten um Josef Grohé und Heinz Haake und setzten ihre Propagandatätigkeit für die NSDAP in einer Tarnorganisation fort. Auch Grohé und Haake waren über den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund zur NSDAP gestoßen.⁸⁷ Sie gründeten mit anderen 1924 den Völkisch-Sozialen Block Rheinland, dessen Führung Heinz Haake übernahm, und wurden die Wortführer der hitlertreuen Nationalsozialisten während der Interimszeit von Hitlers Festungshaft.⁸⁸ Josef Grohé, 1925 bei der Neugründung der NSDAP zunächst stellvertretender Gauleiter von Rheinland, wurde am 31. Mai 1931 bei der Zweiteilung des Gaus zum Gauleiter der NSDAP von Köln-Aachen bestellt.⁸⁹

Die für Dortmund, Hagen und Köln aufgezeigte Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung kann durchaus als exemplarisch für die Ausbreitung der NSDAP im niederrheinisch-westfälischen Raum gelten.⁹⁰ Eine 1938 herausgegebene parteioffizielle Geschichte der NSDAP im Gau Westfalen-Süd stellt als eines der wesentlichsten Merkmale in der Entwicklung »aller frühen Ortsgruppen« fest: »Die ersten Nationalsozialisten sind fast überall aus dem sogenannten ›Völkischen

Schutz- und Trutzbund hervorgegangen. Vielfach trug diese völkische Vereinigung auch einen anderen Namen, meistens aber waren die späteren Parteigenossen kurz nach dem Zusammenbruch in dieser Bewegung Alfred Roths organisiert.«⁹¹ Ähnlich urteilte 1941 Peter Schmidt in seiner Darstellung der Entwicklung des NSDAP-Gaues Rheinland und des politischen Werdeganges des späteren Gauleiters Josef Grohé. Schmidt betont ebenfalls die Bedeutung des Schutz- und Trutz-Bundes als erster Sammelorganisation der Völkischen nach dem Kriege und schreibt: »Auch die ersten Nationalsozialisten im Rheinland gehörten der völkischen Bewegung an.«⁹² Um das tatsächliche Ausmaß der Förderung, die die NSDAP-Organisation seitens des Schutz- und Trutz-Bundes erfuhr, sowie dessen Bedeutung als Wegbereiter des Nationalsozialismus auch im rheinisch-westfälischen Raum noch zu verdeutlichen, seien einige weitere Beispiele angeführt.

In Hattingen, einer mittleren Industriestadt an der Ruhr, wo der deutschvölkische Gau Westfalen-Lippe seinen Sitz hatte, führte der Weg der Völkischen aus dem Schutz- und Trutz-Bund erst über die Deutschsozialistische Partei zur NSDAP. Im Mai 1921 gründeten Arthur Etterich und Rudolf Likus — letzterer war im Schutz- und Trutz-Bund bereits an mehreren Orten als Geschäftsführer tätig gewesen — in Hattingen eine deutschsozialistische Ortsgruppe. Ihr trat alsbald auch der deutschvölkische Gauleiter Walther Hoffmann bei und unterstützte sie tatkräftig. Sie wurde im Herbst 1922 kurz nach dem Deutschen Tag in Coburg, dessen Verlauf auch in Hattingen bekannt wurde, in eine NSDAP-Ortsgruppe umgebildet. Etterich und Likus standen wiederum an der Spitze.⁹³

Die Ortsgruppe des Schutz- und Trutz-Bundes in Unna wurde seit ihrer Gründung von dem Prokuristen Heinrich Meinert geführt. Als sie sich im Frühjahr 1923 endgültig auflöste, gründete Meinert mit einigen entschlossenen Anhängern aus dem aufgelösten Bund eine NSDAP-Ortsgruppe und übernahm deren Leitung. Meinert blieb Führer der Nationalsozialisten Unnas — zeitweilig als Kreisleiter des NS-Kreises Unna — bis zum 30. Januar 1933.⁹⁴

Eine ähnliche Kontinuität konnte die nationalsozialistische Bewegung in Witten aufweisen. Dort gründeten Siegfried Kunisch und Max Pithan aus dem sich auflösenden Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund eine NSDAP-Ortsgruppe. Derselbe Max Pithan fungierte noch zum Zeitpunkt der »Machtergreifung« als NS-Kreisleiter von Witten.⁹⁵ In Bottrop stand bei der Neugründung der nationalsozialistischen Ortsgruppe 1925 Lothar Fuhrmann an der Spitze, der noch wenige Jahre vorher die Schutz- und Trutz-Bündler Bottrops geführt

hatte.⁹⁶ Ebenfalls aus dem örtlichen Schutz- und Trutz-Bund hervorgegangen war der Gründer der NSDAP-Ortsgruppe in Buer im August 1925, Friedrich Karl Florian, der 1929 zum Gauleiter des NSDAP-Gaues Düsseldorf bestellt wurde.⁹⁷

Das Zentrum der nationalsozialistischen Bewegung im rheinischen Teil des Ruhrgebietes war in der Frühzeit unbestritten Elberfeld, das zuvor auch Hauptsitz und Stützpunkt der Deutschvölkischen im unbesetzten Rheinland gewesen war. Elberfeld war die politische Heimat des späteren NS-Gauleiters vom Rheinland, Karl Kaufmann. Kaufmann gehörte dem Schutz- und Trutz-Bund seit 1920 an. 1921 übernahm er die Leitung der deutschvölkischen Jugendgruppe in Elberfeld. Als der Bund verboten wurde, wechselte Kaufmann mit der Gruppe zur NSDAP über und gründete die erste nationalsozialistische Organisation in Elberfeld.⁹⁸ Von Elberfeld aus überzog Kaufmann in der folgenden Zeit die umliegenden Städte mit nationalsozialistischer Propaganda und trug wesentlich zum Aufbau eines NSDAP-Gauverbandes im Ruhrgebiet bei. Mit Kaufmann war auch der bereits mehrfach erwähnte Alfred Günther, Führer der deutschvölkischen Jugend im Rheinland, zur NSDAP gestoßen.⁹⁹ Ebenfalls von Elberfeld aus organisierte Viktor Lutze, nach dem 30. Juni 1934 Stabschef der SA, den ersten SA-Gauverband der NSDAP überhaupt. Auch Viktor Lutze war nach dem Kriege zuerst im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund politisch tätig geworden.¹⁰⁰

Wie für den westfälischen Teil des Ruhrgebietes ließen sich für den rheinischen Teil gleichfalls eine Reihe von nationalsozialistischen Ortsgruppen aufzählen, an deren Entstehung oder Entwicklung ehemalige Schutz- und Trutz-Bündler maßgeblich beteiligt waren.¹⁰¹ Das Beispiel Elberfelds als des bedeutendsten Stützpunktes der NSDAP in diesem Raum soll genügen. Namen und Orte ändern sich, der Vorgang bleibt der gleiche. Hier wie überhaupt im gesamten niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet hatte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund als erster größere Anhängerscharen für den Antisemitismus und den völkischen Gedanken gewinnen können. Seine Propagandatätigkeit und das dichte Netz seiner Ortsgruppen waren wesentliche Voraussetzungen für das Eindringen des Nationalsozialismus in diesen seit geraumer Zeit politisch von Zentrum und Sozialdemokratie beherrschten Raum.

Braunschweig—Hannover—Oldenburg

Abschließend soll die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung im nordwestdeutschen Raum untersucht werden. Dieses Gebiet, das die Länder Braunschweig und Oldenburg sowie die preußische Provinz Hannover umfaßte und etwa dem heutigen Land Niedersachsen entspricht, war, abgesehen von einiger Industrie um Hannover und Braunschweig, vornehmlich von der Landwirtschaft geprägt. Hier entstanden die ersten nationalsozialistischen Ortsgruppen Norddeutschlands überhaupt. Wiederum war das Aufkommen des Nationalsozialismus eng verbunden mit dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund. Auf Grund des reichen Quellenmaterials lassen sich die Entstehung einzelner nationalsozialistischer Gruppen und die Art und Weise der allmählichen Durchdringung der deutschvölkischen Organisation mit Nationalsozialisten sowie die Gründe und Motive für die Übergänge vom Schutz- und Trutz-Bund zur NSDAP besonders gut aufzeigen.¹⁰²

Erster Stützpunkt und stärkster Vorort des Nationalsozialismus in der Frühzeit war Hannover. Die Gründer der NSDAP-Ortsgruppe Hannover, der Kaufmann Bruno Wenzel und der Tischler Gustav Seifert, gehörten beide dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund an.¹⁰³ Seifert bekleidete in dessen Gau Niedersachsen den Posten eines Gauschriftführers. Obwohl Wenzel und Seifert mit der antisemitischen Agitation des Bundes vollkommen übereinstimmten und selber propagandistisch außerordentlich aktiv waren, zeigten sie sich doch unzufrieden mit der Arbeit des Bundes. Sie vermißten eine politische Konzeption in dessen antisemitischem Kampf. Diese glaubten sie im Nationalsozialismus gefunden zu haben, nachdem sie die Drexlersche Schrift »Mein politisches Erwachen« und das 25-Punkte-Programm der Partei kennengelernt hatten. So betrieben sie denn gemeinsam die Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe.¹⁰⁴ Wenzel versuchte sogar, den gesamten Schutz- und Trutz-Bund in Hannover in die neue Partei überzuführen, stieß damit aber auf den entschiedenen Widerstand einer großen Mehrheit im Schutz- und Trutz-Bund. Immerhin rekrutierte sich aus dem Bund noch der größte Teil der dreizehn Nationalsozialisten, die am 2. Juli 1921 die Ortsgruppe Hannover gründeten. Mit Seifert und Wenzel standen zwei Schutz- und Trutz-Bündler an der Spitze der neuen Organisation.¹⁰⁵ Wie üblich war ein Arbeiter, nämlich Seifert, zum ersten Vorsitzenden gewählt worden, während sich der eigentliche Kopf, Wenzel, als Stellvertreter im Hintergrund hielt. Mit dem Schriftsteller und Schriftleiter Ernst Löns, einem Bruder des Heidedichters Hermann Löns, wurde wenig später ein weiteres akti-

ves Mitglied des Schutz- und Trutz-Bundes führend in der NSDAP Hannovers tätig.¹⁰⁶ Doch stand diese aktivistische Gruppe zahlenmäßig zunächst noch eindeutig im Schatten des weitaus stärkeren Schutz- und Trutz-Bundes. Nach einem Jahr vereinigte die NSDAP in Hannover gerade hundert Mitglieder.¹⁰⁷ Die Mitgliederzahl stieg erst nach dem Verbot des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes im Sommer 1922 sprunghaft an.¹⁰⁸

Von Bedeutung für die Ausbreitung der NSDAP im Raum Hannover war die Tatsache, daß die führenden nationalsozialistischen Protagonisten im Schutz- und Trutz-Bund verblieben und weiterhin für diese Organisation tätig waren, um auf diesem Wege neue Anhänger für die NSDAP zu werben. Hierbei tat sich vor allem Seifert hervor, der sein Amt als Gauschriftführer weiter ausübte. Seifert gehörte im Schutz- und Trutz-Bund zum radikalen Flügel. Er war frühzeitig mißtrauisch geworden gegenüber den hinter dem Bund stehenden »rechten Kreisen« und verurteilte das allzu »bürgerliche« Gehabe im Bund. Auf dem zweiten Deutschen Tag in Detmold war er – von Hitler nachdrücklich dazu ermuntert¹⁰⁹ – energisch gegen »die Lauheit und Gleichgültigkeit der Schutzbund-Anhänger« aufgetreten, von denen er mit einigem Recht behauptete, sie seien nur stark, »wenn sie Festlichkeiten und dergleichen« zu veranstalten hätten.¹¹⁰ In welcher Weise Seifert seine Stellung im Schutz- und Trutz-Bund dazu benutzte, um für die NSDAP zu werben, läßt sich an Hand seines Vortrages in Helmstedt aufzeigen.

Der Vorstand der deutschvölkischen Ortsgruppe in Helmstedt hatte sich Anfang 1922 mit der Bitte an den Gauschriftführer gewandt, einen wirksamen Versammlungsredner zu entsenden, da die Ortsgruppe zu zerfallen drohe und dringend eines öffentlichen Erfolges bedürfe. »Es kommt aber für uns kein Jürgen von Ramin oder ein Landrat von sowieso als Redner in Betracht«, so schrieb man ihm, »sondern Männer, die weniger über Titel verfügen, als über Menschenkenntnis und die Gabe, dem einfachen Mann aus dem Volke zu Herzen zu sprechen«.¹¹¹ Der Vortrag kam zustande. Am 20. März 1922 sprach Seifert mit großem Erfolg in einer vom Schutz- und Trutz-Bund veranstalteten öffentlichen Versammlung in Helmstedt. Am Ende seiner Ausführungen wies Seifert die Zuhörer auf die Tätigkeit der NSDAP hin und warb nachdrücklich für diese Partei.¹¹² Wie in Helmstedt, so nutzte Seifert die Schwächen im Schutz- und Trutz-Bund, die er nur zu gut kannte, auch andernorts konsequent für die Propagierung des Nationalsozialismus aus. Wo immer er in deutschvölkischen Ortsgruppen als Redner auftrat, warb er für die NSDAP.¹¹³ Dank dieser Propagandatätig-

keit entstand in den Jahren 1921/1922 im Hannoverschen Raum bald eine ganze Reihe nationalsozialistischer Ortsgruppen.¹¹⁴

Zu einer der stärksten und aktivsten entwickelte sich die Ortsgruppe in Göttingen. Hier bestand schon seit 1919 eine Organisation des Schutz- und Trutz-Bundes. Sie hatte starken Zulauf von Studenten erfahren, aber auch unter den Dozenten der Universität zahlreiche Sympathisierende gefunden. Ihr erster Leiter war der Universitätsprofessor Dr. Hugo Willrich.¹¹⁵ Als unter seinem Nachfolger, dem in völkischen Kreisen als Nörgler bekannten Volkswirt Karl Nüse, die Zahl der Ortsgruppenmitglieder von insgesamt fünfhundert auf zweihundert herabgesunken war, ergriffen Studenten unter der Leitung von stud. med. Ludolf Haase die Initiative und stürzten mit Zustimmung der deutschvölkischen Landesleitung den inaktiven Vorstand und stellten sich selbst an die Spitze des Bundes.¹¹⁶ Aber auch Haase vermochte der allzu bürgerlichen Organisation keinen aktivistischen Schwung zu verleihen; vor allem blieben auch die verstärkten Versuche, für den Bund unter der Arbeiterschaft zu werben, ohne Erfolg. So hielten denn die jüngeren Mitglieder Ausschau nach neuen Formen der Aktivität und der Organisation. Als Haase die ersten Nachrichten von einer antisemitischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei in Bayern erhielt, reiste er im Sommer 1921 nach München, um sich selbst zu informieren.¹¹⁷ Von München zurückgekehrt, begann er sogleich unter seinen Bundesfreunden die ersten Anhänger für die NSDAP in Göttingen zu sammeln. Als Haase am 3. Januar 1922 auf einer Weihnachtsfeier des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Hannover mit Bruno Wenzel zusammentraf, war die Gründung eines nationalsozialistischen Stützpunktes in Göttingen endgültig entschieden. Von den ersten fünf Nationalsozialisten Göttingens kamen vier aus dem Schutz- und Trutz-Bund, unter anderem Haase selbst als die treibende Kraft der Bewegung sowie der zum ersten Vorsitzenden der im Februar 1922 gegründeten Ortsgruppe gewählte Hausmeister Heinrich Schrader.¹¹⁸

Ein ähnliches Bild liegt von der Gründung vieler weiterer NSDAP-Ortsgruppen im Raum von Hannover und Braunschweig vor.¹¹⁹ Besonders auffällig war die personelle und organisatorische Kontinuität in der braunschweigischen Stadt Wolfenbüttel. Dort hatte schon vor dem Weltkrieg unter Führung des Buchhändlers Hugo Schumacher eine Gruppe der Deutsch-Sozialen Partei bestanden, die sich nach der Vereinigung der beiden traditionellen Antisemitenparteien 1914 in eine Ortsgruppe der Deutschvölkischen Partei umwandelte.¹²⁰ Ihr gehörte auch der Arbeiter Heinrich Bode an.¹²¹ Schumacher und Bode gründeten dann nach dem Kriege eine Ortsgruppe des Schutz- und

Trutzbundes, die wiederum von Schumacher geleitet wurde und bald über hundert Mitglieder zählte.¹²² Nach der Auflösung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes versuchten führende Schutz- und Trutz-Bündler in Wolfenbüttel wie auch anderswo im Land Braunschweig eine Organisation der Kunzeschen Deutsch-sozialen Partei aufzumachen, blieben aber erfolglos, zumal die Partei in Braunschweig vorübergehend verboten wurde. So gründeten die ehemaligen Schutz- und Trutz-Bündler, unter ihnen als treibende Kräfte Bode und Schumacher, am 1. Dezember 1922 eine Ortsgruppe der NSDAP. Ihre Leitung übernahm Heinrich Bode.¹²³

Ehemals führende Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes spielten auch in der weiteren Geschichte der NSDAP bedeutende Rollen. Der in diesem Abschnitt bereits mehrfach genannte Ludolf Haase wurde als erster Nationalsozialist im gesamten Norddeutschland von der Parteileitung mit der Organisierung eines Gaues beauftragt.¹²⁴ Als sich zur Zeit von Hitlers Festungshaft erbitterte Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Anhängern der Deutschvölkischen Freiheitspartei um die Vorherrschaft in Norddeutschland entzündeten, organisierten sich die hitlertreuen Anhänger in einer nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft, die von einem Direktorium geleitet wurde. Diesem Führungsgremium gehörte neben Haase ein weiterer ehemaliger Schutz- und Trutz-Bündler an, der Lüneburger Rechtsanwalt Dr. Adalbert Volck. Volck hatte seit 1920 für den Schutz- und Trutz-Bund gearbeitet. Auf dem Deutschen Tag in Coburg 1922, auf dem der ehemalige Baltendeutsche als Redner des Schutz- und Trutz-Bundes für die Auslandsdeutschen sprach, war Volck Adolf Hitler zum erstenmal begegnet.¹²⁵ Bei der Neugründung und Neuordnung der NSDAP in Norddeutschland 1925 wurden mit dem Studienrat Bernhard Rust aus Hannover für den Gau Hannover-Süd¹²⁶ und dem Verwaltungsbeamten Otto Telschow für den Gau Lüneburg-Stade¹²⁷ (später Hannover-Ost) zwei weitere ehemalige Schutz- und Trutz-Bündler zu Gauleitern bestellt.

Bevor noch im hannover-braunschweigischen Raum die ersten NSDAP-Ortsgruppen entstanden, war die Kunde von Hitler und dem Nationalsozialismus nach Oldenburg gelangt. Dort hatte der in Oldenburg beheimatete, aber in München studierende Heinz Krampe im Kreis des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Oldenburg von der Münchener Bewegung berichtet und um Ostern 1921 eine Vereinigung »Männer für Hitler« initiiert.¹²⁸ Diese ersten Nationalsozialisten Oldenburgs kamen alle ausnahmslos aus dem Schutz- und Trutz-Bund. Die tätigsten unter ihnen, der Handlungsgehilfe Bruno Dieckelmann,

der Kaufmann Paul Hentze und der Leiter einer höheren Privatschule Heinz Spangemacher, 1932/33 oldenburgischer Staatsminister für Kultur und Justiz, betrieben den Aufbau einer regelrechten NSDAP-Ortsgruppe. Sie sorgten auch dafür, daß die Nationalsozialisten während der Verbotszeit 1923/24 zusammenblieben und sich als Mitglieder bei der Münchener Ortsgruppe einschrieben.¹²⁹ Als im April 1925 sich die Nationalsozialisten Oldenburgs unter der Führung von Karl Röver neu formierten, da waren von den Gründungsmitgliedern insgesamt noch ein Drittel ehemalige Schutz- und Trutz-Bündler.¹³⁰

Die enge Verbindung zwischen Schutz- und Trutz-Bund und NSDAP im Oldenburger Land wird auch in der Tätigkeit Johann Blankemeyers deutlich. Blankemeyer war zunächst für den Schutz- und Trutz-Bund tätig, wechselte dann aber zur NSDAP über und wurde in den Jahren 1922 bis 1924 ihr wirkungsvollster Propagandist in den ländlichen Distrikten Oldenburgs. Die Ortsgruppengründungen im Ammerland gingen alle auf ihn zurück. Da die NSDAP-Zentrale Blankemeyer erst im Mai 1923 zugestand, eigene nationalsozialistische Propagandaschriften herzustellen, hatte er bis dahin fast ausschließlich mit antisemitischen Flugblättern und Broschüren des Schutz- und Trutz-Bundes seine Werbekampagne für die NSDAP betrieben.¹³¹ Das Vorgehen Blankemeyers stellte keineswegs einen Einzelfall dar. Denn wie der Schutz- und Trutz-Bund mit Hilfe von nationalsozialistischen Parolen und Schriften insbesondere versuchte, Anhänger in der Arbeiterschaft zu gewinnen,¹³² so benutzten die ersten Nationalsozialisten vor allem in Norddeutschland ihrerseits das Propagandamaterial des Bundes für die eigene Agitation.¹³³

Das Problem der Kontinuität im Antisemitismus

Die politische Entwicklung einzelner Personen und Gruppen an den verschiedensten Orten in Bayern, Franken und Württemberg, Thüringen, Sachsen, dem niederrheinisch-westfälischen Industriegebiet und in Niedersachsen dokumentiert die außerordentliche Förderung, die Hitler und die NSDAP seitens des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in den Jahren 1920 bis 1923 erfahren haben, und zwar nicht nur in diesen Gebieten, sondern in allen Teilen des Deutschen Reiches. Die Vielzahl der Beispiele sowie die Vielfalt und der exemplarische Charakter der angesprochenen Regionen erlauben durchaus eine solche Verallgemeinerung. Es liegt zudem noch genügend Material vor, um ähnliche Entwicklungen wie die hier aufgezeigten auch in anderen Ländern aufzuweisen.

Mit dem Jahre 1923 endete zwar die unmittelbare Wirksamkeit des Schutz- und Trutz-Bundes für die NSDAP, doch ist damit die Bedeutung des Bundes für den Nationalsozialismus keineswegs erschöpft. Die Namen der Gauleiter Dinter, Haase und Klant¹³⁴ aus der Frühzeit der NSDAP, der Gauleiter Dr. Albrecht,¹³⁵ Florian, Grohé, Dr. Hellmuth, Kaufmann, Lohse, Murr, Mutschmann, Ringshausen,^{135a} Sauckel, Streicher, Telschow und Weinrich,¹³⁶ der Reichsleiter Walter Buch und Wilhelm Grimm, des SA-Stabschefs Viktor Lutze, der SS-Führer Dr. Best¹³⁷ und Heydrich,¹³⁸ des Reichsgesundheitsführers und Staatssekretärs im Reichsinnenministerium Dr. Conti¹³⁹ sowie der Reichsminister Wilhelm Ohnesorge und Bernhard Rust — sie alle hatten sich schon vor ihrem Anschluß an die NSDAP zum Antisemitismus bekannt und in den Reihen des Schutz- und Trutz-Bundes für das Hakenkreuz agitiert¹⁴⁰ — verbinden vielmehr auch die weitere Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung mit der des Schutz- und Trutz-Bundes und weisen darüber hinaus vom Dritten Reich auf die völkischen Anfänge zurück.

Die geistigen Verbindungen zwischen dem ideologisierten Antisemitismus der Vorweltkriegszeit und dem weltanschaulichen Nationalsozialismus sind vielfach gezogen und beschrieben worden. Das Dritte Reich war jedoch in seiner politischen Wirklichkeit wie in seinem ideologischen Anspruch »in viel höherem Maße eine Negation des Zweiten gewesen als seine geschichtliche Fortsetzung« — wie Zmarzlik in seiner Abhandlung über den Antisemitismus im Zweiten Reich nachdrücklich betont. Zmarzlik glaubt von daher die Kontinuität des Antisemitismus bis hin zum Nationalsozialismus vor allem im Hinblick auf die Verwirklichung antisemitischer Theoreme zumindest in Frage stellen zu müssen.¹⁴¹ Allein die in der vorliegenden Untersuchung aufgezeigte personelle und organisatorische Kontinuität zeigt mit genügender Beweiskraft, wie eng die Ursprünge des Nationalsozialismus und des Dritten Reiches mit der völkisch-antisemitischen Bewegung der Nachweltkriegszeit verbunden sind. Und diese Bewegung, deren hervorragendster Repräsentant der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund war, wurzelte ihrerseits — wie bereits vorher nachgewiesen — im Antisemitismus der Vorweltkriegszeit. Allerdings hatte der Antisemitismus unter dem Eindruck des Weltkrieges, des Zusammenbruches und der frühen Jahre der Weimarer Republik eine wesentliche Fortentwicklung erfahren. Es war jedoch der Schutz- und Trutz-Bund, hinsichtlich der äußeren Form und der Ideologie weitgehend Konzeptionen aus dem Zweiten Reich verpflichtet, der nach dem Weltkrieg die ersten, entscheidenden Schritte zur Organisation und Aktivierung des Anti-

semitismus unternahm; und seine Entwicklung mündete schließlich bruchlos in die nationalsozialistische Bewegung ein.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund vereinigte in sich sowohl Altes als auch Neues. In ihm fanden sich nicht nur traditionelle Antisemiten des in seinem sozialen Status bedrohten Mittelstandes sowie nationalistische Reaktionäre, die sich eine Massenbasis zu verschaffen suchten, sondern auch Angehörige der aus dem Weltkrieg nahezu ungesichert entlassenen jüngeren Frontgeneration. Was sie im Antisemitismus verband, waren die gemeinsame Ablehnung des Gegenwärtigen, die Negierung der geschichtlichen Entwicklung und die Hoffnung auf ein anderes, völkisches Deutschland. Allerdings zielte diese Hoffnung bei den einen mehr auf eine Wiederherstellung alter Ordnungen, bei den anderen auf eine Aufhebung aller Partei- und Klassegegensätze in einer »organischen Volksgemeinschaft«. Zwar war der Schutz- und Trutz-Bund in seiner Organisationswirklichkeit noch geprägt vom Vorbild antisemitischer Verbände aus der Vorweltkriegszeit, zwar standen an seiner obersten Spitze traditionelle Antisemiten und Alldeutsche, doch nahm der Bund im Laufe seiner kurzen Geschichte Züge an und entwickelte Methoden, die wesentliche Merkmale der nationalsozialistischen Bewegung vorwegnahmen: Radikalität im Auftreten wie in den Forderungen, bedenkenlose Fanatisierung der Massen, totale Indoktrination der Anhänger sowie schließlich persönlichen Terror und allgemeinere pogromartige Ausschreitungen. So steht der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund an der Wende vom Vorweltkriegsantisemitismus, der seinen Protest gegen die modernen Tendenzen in Wirtschaft und Politik mit Hilfe von Rassenlehre und Sozialdarwinismus ideologisch fundierte, zum weltanschaulichen Antisemitismus des Nationalsozialismus, der die antisemitischen Theoreme schließlich in die Tat umsetzte. Im Schutz- und Trutz-Bund trafen die alten Theoretiker und die jüngeren wie die späteren Praktiker des Antisemitismus zusammen.

Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund und das Dritte Reich

Die führenden Völkischen aus dem Schutz- und Trutz-Bund waren sich durchaus darüber im klaren, daß nicht sie allein eine völkische Diktatur in Deutschland würden heraufführen können. Sie verstanden ihr Tun vielmehr als Vorbereitung, als eine Aufbereitung des Bodens, auf dem später das völkische Deutschland erstehen sollte. Dies gab Roth den Anhängern des Bundes zu verstehen, als er in einer Programmschrift des Bundes schrieb: »Säen und pflanzen wir frisch, dem inneren Drang zu genügen; wird auch die Ernte nicht uns, ernte die Früchte wer

kann!«¹⁴² Die Früchte der deutschvölkischen Propagandaarbeit ernstete kein anderer als Adolf Hitler.

Allerdings fanden sich nicht alle Schutz- und Trutz-Bündler sogleich bereit, in Hitler, der sich im übrigen zu Anfang seiner Karriere selbst mehr als Trommler denn als Führer verstanden hatte, den von allen ersehnten völkischen Führer zu sehen. Doch als die Nationalsozialisten zur Macht gelangten, war die Zustimmung zunächst recht einhellig. Bei den ersten antijüdischen Maßnahmen der Nationalsozialisten erinnerten ehemals führende Schutz- und Trutz-Bündler an die eigene antisemitische Tätigkeit in den frühen Jahren der Weimarer Republik.¹⁴³ Die Hoffnungen vieler Völkischer aber, auf Grund ihrer »Verdienste« um die völkische Bewegung nun beim Aufbau des nationalsozialistischen Deutschlands mitwirken zu können, wurden enttäuscht. Jene, die nur völkisch geblieben waren und sich nicht rechtzeitig der neuen Bewegung angepaßt hatten, fanden sich »auf's tote Gleis geschoben«¹⁴⁴ oder »als Luft« behandelt.¹⁴⁵ Dieses Schicksal teilten allerdings vielfach auch diejenigen aus dem Schutz- und Trutz-Bund, die wie etwa Hugo Wachenfeld, Egon Lützeler oder Gustav Seifert schon in der Frühzeit der NSDAP angehört und für sie agitiert hatten. Erbittert konstatierten sie, daß »politische Märzhasen«,¹⁴⁶ »neue Männer« von 1933¹⁴⁷ oder »Gleichgeschaltete«¹⁴⁸ die Parteigenossen der »Alten Garde« überflügelten und verdrängten. Doch zeigen diese persönlichen Klagen nur, daß nicht alle der ehemaligen Deutschvölkischen sich im nationalsozialistischen Deutschland zurechtzufinden vermochten, über die tatsächliche Bedeutung des Schutz- und Trutz-Bundes für den Aufstieg des Nationalsozialismus sagen sie nichts aus. Die offizielle Haltung führender Schutz- und Trutz-Bündler zum Dritten Reich beleuchtet ein Telegramm, das Adolf Hitler anlässlich einer Wiedersehensfeier des Bundes am 24. September 1938 in Hamburg zuzuging und in dem es u. a. heißt: »Hunderte von Kampfkameraden aus dem vor 15 Jahren von den Systembehörden verbotenen Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund, Sitz Hamburg, grüßen Sie, mein Führer, als den Erfüller und Vollstrecker ihres Kampfzweckes ›Deutschland den Deutschen‹ dankerfüllten Herzens. Wir sind beglückt, in solcher Weise die Verwirklichung unserer Kampfziele erleben zu dürfen und versichern Sie unserer Gefolgschaftstreue immerdar.«^{148a}

Seitens der nationalsozialistischen Führung erfuhren der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund und sein ehemaliger Hauptgeschäftsführer Alfred Roth nur allmählich einige Anerkennung. Im Februar 1934 wurde Roth, allerdings erst nach Einschaltung des obersten Richters der NSDAP Walter Buch, eines ehemaligen Bundesmitgliedes, eine

Ehrengabe des Führers in Höhe von eintausend Reichsmark bewilligt.¹⁴⁹ Zwei Jahre später erhielt Roth in Anerkennung seiner Verdienste »im Kampf um die völkische Erneuerung des deutschen Volkes« einen Ehrensold vom Führer zugesprochen.¹⁵⁰ Bald folgten weitere Ehrungen vor allem seitens der Stadt Hamburg, wo das ehemalige Bundesmitglied Karl Kaufmann als Gauleiter und Reichsstatthalter fungierte.¹⁵¹ Zum 60. Geburtstag Alfred Roths im Jahre 1939 wies der Reichsinnenminister Frick in seinem Glückwunsch dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund und seinem Hauptgeschäftsführer jene Stellung in der Geschichte der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus zu, die sie tatsächlich innegehabt hatten: nämlich »Schrittmacher für das Dritte Reich gewesen zu sein«.¹⁵²

SCHLUSS

In einem Rückblick auf das Jahr 1933 führte der ehemalige Vorsitzende des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, von Hertzberg, aus: »Seit Monaten sehen wir zu unserer Freude den rücksichtslosen Kampf der staatlichen Gewalt gegen die Vormacht des Judentums auf allen Lebensgebieten des deutschen Volkes, in der staatlichen Verwaltung, in der Wirtschaft und auf den Gebieten der Kultur. Als der Arierparagraph zur Bereinigung des öffentlichen Lebens kam, da stand vielen braven Leuten der Verstand still vor so unermesslich Neuem, an das sie noch nie gedacht hatten — und sie hatten doch nur vergessen, daß sie sich schon vor Jahren mit all diesen Fragen gedanklich, zustimmend oder ablehnend, befaßt hatten.«¹ Hertzberg wies in seinen Ausführungen zu den ersten antijüdischen Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates nachdrücklich auf die Tätigkeit der völkisch-antisemitischen Bewegung in der unmittelbaren Nachkriegszeit hin. Seine Stellungnahme von 1933 führt damit noch einmal auf eine dieser Studie zugrunde liegende Kernfrage zurück, nämlich welche Bedeutung eben dieser Bewegung für die Entwicklung und das Ende der Weimarer Republik zukommt.

Der erstaunliche Aufstieg der NSDAP seit 1929 ist aus der unmittelbaren Krisensituation allein nicht zu erklären. Wesentlich ist, daß der Nationalsozialismus an breite politische und ideologische Strömungen

im deutschen Volke anknüpfen konnte, daß der Sturmflut des Nationalsozialismus eine starke Welle des völkischen Antisemitismus vorausgegangen war.² Das dreieinhalbjährige Wirken des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes im Verein mit vielen kleineren Verbänden war in mehrfacher Hinsicht folgenreich: Antisemitismus und völkisches Rassedenken waren in weite Kreise eingedrungen und hatten sich zu politischen Faktoren entwickelt. Politische wie moralische Abwehrkräfte waren demobilisiert worden, und antijüdische Vorurteile hatten sich auch in dem Bund ferner stehenden Kreisen festgesetzt. Weder fanden die demokratischen Parteien und die Kirchen sich gegen diese hemmungslose antisemitische Demagogie zu einer geschlossenen Front zusammen, noch traten sie einzeln entschieden genug für die Rechte der jüdischen Minderheit ein. Als die Reichsregierung sich im Sommer 1922 zu Gegenmaßnahmen entschloß, war es zu spät. Die Juden in Deutschland, die Judenfrage, objektiv ohne echte gesellschaftliche Problematik mehr, waren vielen Deutschen wieder zu einem politischen Problem geworden. Auch die Zeit der relativen politischen Stabilität vermochte keinen entscheidenden Wandel herbeizuführen. Wenngleich die heftigen antisemitischen Ausbrüche zurückgingen, war der Antisemitismus keineswegs im Schwinden begriffen und blieb eine latente Gefahr; die seit 1923 steigende Anzahl von Schändungen jüdischer Friedhöfe zeigt dies deutlich an.³ Als sich gegen Ende der zwanziger Jahre die politische und soziale Lage in Deutschland zu verschlechtern begann und diese nach dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise sich zu einer existentiellen Krise für große Teile der Bevölkerung ausweitete, wurde das ganz offenbar. Immer größere Kreise wandten sich der NSDAP zu, in der der Antisemitismus sowohl als Propagandamittel wie auch als ideologisches Element eine wesentliche Rolle spielte. Ihr strömten bei den ersten Erfolgen jene vielen Hunderttausende zu, die in der Frühzeit der Republik im völkisch-antisemitischen Sinne beeinflußt worden waren, und für Millionen von Wählern war der militante Antisemitismus der NSDAP zumindest kein Hinderungsgrund, dieser Partei ihre Stimme zu geben. Die Saat des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes war aufgegangen. Sein Wirken, seine hemmungslose Demagogie für Rassismus und Antisemitismus, hatte die Voraussetzungen schaffen helfen, daß nunmehr in einer neuerlichen, verschärften Krisensituation den gleichen irrationalen Kräften in Deutschland der endgültige Durchbruch gelang, ohne auf wirksamen Widerstand zu stoßen.

Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung waren zum erstenmal in Deutschland Bedingungen geschaffen, die eine Realisierung der antisemitischen Theoreme möglich erscheinen ließen. Mit grausamer

Konsequenz sollten die Nationalsozialisten daran gehen, diese Zug um Zug ins Werk zu setzen. Verfolgt man von hier aus rückblickend die Geschichte des politischen Antisemitismus in Deutschland von seinem Aufstieg im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts bis zur Judenkatastrophe im Zweiten Weltkrieg, so lassen sich in seiner Entwicklung drei große Phasen unterscheiden: die Phase der Ideologisierung, der Organisierung und der Realisierung. Im Zuge dieser Entwicklung kam dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund die Rolle zu, als erster den Antisemitismus in großem Maßstab zu organisieren. Er hatte eine Summe verschiedenartig motivierter Emotionen und negativer menschlicher Instinkte im weitesten Sinne politisch programmiert und zum entscheidenden Motiv und Ziel einer organisierten Massenbewegung gemacht, und schließlich hat sein Wirken bereits Gewaltaktionen provoziert. Der Standort des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in der Geschichte des Antisemitismus in Deutschland ist der zwischen Ideologie und Verwirklichung.

Mit der vom Nationalsozialismus heraufbeschworenen Judenkatastrophe endete das deutsch-jüdische Zusammenleben. Die Auflösung dieser engen Gemeinschaft begann aber nicht erst mit dem Niedergang der Weimarer Republik und dem Aufkommen des Nationalsozialismus,⁴ sondern setzte bereits unmittelbar nach dem Kriege ein, wie auch das Ende der Republik auf ihren Anfang zurückverweist.

ANMERKUNGEN

Einleitung

- ¹ Vgl. Deutschvölkische Jahrbücher 1. Jg.—3. Jg. 1920—1922, Herausgegeben mit Unterstützung deutschvölkischer Verbände von Georg Fritz (Jg. 1 bis 2) und H. Kellermann (Jg. 3), Weimar 1920—1922, S. 233—241 (Jg. 1), S. 126—138 (Jg. 2), S. 99—112 (Jg. 3).
- ² In einem Schreiben an den Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik v. 30. 11. 1922. Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, 329. (Künftig DZA Potsdam, RKo).
- ³ Kurt Stechert, *Wie war das möglich?*, Stockholm 1945, S. 29.
- ⁴ Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, daß, wo es in dieser Arbeit darum geht, den rassentheoretisch begründeten Antisemitismus und sein Selbstverständnis darzustellen, die Begriffe »Rasse« und »Judenfrage« im Sinne der judengegnerischen Argumentation verwendet werden. Der antisemitische Rassenbegriff entspricht allerdings ebensowenig den Begriffen einer wissenschaftlichen Anthropologie wie die von den Antisemiten herausgestellte Judenfrage zu jener Zeit einer objektiven gesellschaftlichen Problematik entsprang; sie war vielmehr — wie Eva Gabriele Reichmann (*Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe*, Frankfurt a. M. o. J., S. 36—39) dargelegt hat — eine »subjektive oder »unechte« Judenfrage«, deren Motive mit den Juden nur wenig zu tun hatten.
- ⁵ Vgl. u. a. Martin Broszat, *Die antisemitische Bewegung im Wilhelminischen Deutschland*, Phil. Diss. [maschinenschr.] Köln 1952; Paul W. Massing, *Vorgeschichte des politischen Antisemitismus*, Frankfurt a. M. 1959, (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 8); Peter G. J. Pulzer, *Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914*, Gütersloh 1966; sowie für den Nationalsozialismus Georg Franz-Willing,

Die Hitlerbewegung, Der Ursprung 1919–1922, Hamburg, Berlin 1962; Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche, Die Action française, Der italienische Faschismus, Der Nationalsozialismus, München 1963; Werner Maser, Die Frühgeschichte der NSDAP, Hitlers Weg bis 1924, Frankfurt a. M., Bonn 1965.

- ⁶ Martin Broszat, Der Nationalsozialismus, Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit, 4. Aufl. Stuttgart 1961, sowie Kommentar Werner Jochmanns in: *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933–1945*, Herausgegeben von Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann, Bielefeld 1966.

1. Kapitel

- ¹ Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses. Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Alldeutscher Verband, 122/1. (Künftig DZA Potsdam, ADV).
- ² Der Verbandsvorsitzende war vor den in Mainz einrückenden Franzosen nach Würzburg geflohen; später siedelte er zusammen mit der Redaktion der Alldeutschen Blätter nach Berlin über. Alldeutsche Blätter Nr. 3 v. 5. 2. 1939 (künftig ABl) und Alfred Kruck, *Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890–1939*, Wiesbaden 1954, (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Bd. 3), S. 126.
- ³ Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 17. 2. 1919 lehnten die Teilnehmer eine Änderung des Verbandsnamens einmütig ab, da dieser sichtbares Zeichen des von ihnen verfochtenen Kampfes sei. Ein Ausschußmitglied führte u. a. im Hinblick auf das Ausland aus: »Wenn die Fahne des Alldeutschen Verbandes verschwindet«, »wenn . . . das ungeheure Schreckgespenst des Furor teutonicus dahinschwindet, so wird es bald überhaupt kein Deutschland mehr geben.« Sitzungsprotokoll. DZA Potsdam, ADV, 122/1.
- ⁴ Anlässlich einer Umfrage des Verbandsvorsitzenden Claß hatte sich der überwiegende Teil des Geschäftsführenden Ausschusses für den Fortbestand des Alldeutschen Verbandes ausgesprochen. Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 16. u. 17. 2. 1919. DZA Potsdam, ADV, 122/1.
- ⁵ Noch am 15. November 1918 hatte Claß in den ABl Nr. 47 einen Aufruf erlassen, in dem die Gesinnungsgenossen aufgefordert wurden, der alldeutschen Sache treu zu bleiben, und in dem als Hauptaufgabe des Verbandes die Zusammenfassung aller »bewußter Deutscher« bezeichnet wurde.
- ⁶ Mit 34 075 Mitgliedern am 1. 2. 1919 verzeichnete der Alldeutsche Verband noch mehr als das Doppelte seiner Mitgliederzahl bei Kriegsbeginn.
- ⁷ 1918 umfaßte der Alldeutsche Verband 20 Gauverbände mit insgesamt 338 Ortsgruppen. Vgl. Lothar Werner, *Der Alldeutsche Verband 1890 bis 1918, Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Deutschland in den Jahren vor und während des Weltkrieges*, Berlin 1935, (Historische Studien H. 278), S. 43.
- ⁸ Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses. DZA Potsdam, ADV, 122/1.
- ⁹ Siehe S. 53.
- ¹⁰ Abgedruckt in: Werner Jochmann, *Nationalsozialismus und Revolution*,

Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922—1933, Dokumente, Frankfurt a. M. 1963, (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Bd. 3), Dok. 2, S. 10 bis 24. Vgl. auch Kruck, a.a.O., S. 125—130.

- 11 Vgl. Claß am 16. 2. 1919 auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses. Sitzungsprotokoll. DZA Potsdam, ADV, 1922/1.
- 12 Am 6. Februar 1919 hatte Friedrich Ebert seine Begrüßungsansprache an die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung mit den Worten geschlossen: »So wollen wir wahr machen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung gegeben hat: ›Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrhaftigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlitz trägt.« (Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, Bd. 326, Stenographische Berichte, Berlin 1920, S. 3). Es ist bezeichnend, daß die nationalistischen und völkischen Kreise diesen Satz Ebert und der Republik immer wieder anlasteten, ohne auf Fichte zu verweisen, den sie sonst so gern als ihren Ahnherrn beanspruchten. Vgl. u. a. Arthur Hoffmann-Kutschke, Sonnenwende, Gedanken zum nationalen Wiederaufbau Deutschlands, 2. Aufl. Leipzig o. J. [1919], S. 21, der eine solche Haltung durch einen rassistischen Biologismus zu widerlegen versucht.
- 13 Die Erklärung erschien zuerst in den Abl. Nr. 9 v. 1. 3. 1919. Am 28. Februar 1919 beauftragte der Alldeutsche Verband die Buchdruckerei der »Deutschen Tageszeitung« mit dem Druck von 300 000 Exemplaren, wovon 76 000 an die Tägliche Rundschau, Berlin, 24 000 an die Deutsche Zeitung, Berlin, 11 000 an die Neue Preuß. (Kreuz)Zeitung, Berlin, 65 000 an die Deutsche Tageszeitung, Berlin, 35 000 an den Hannoverschen Kurier, 35 000 an die Hamburger Nachrichten und 20 000 an die Süddeutsche Zeitung, Stuttgart, gingen. Kleinere Posten wurden an ostpreußische und hessische Zeitungen gesandt. Wenig später erfolgte noch ein kleiner Nachdruck. DZA Potsdam, ADV, 416/3.
- 14 Zur Entstehungsgeschichte des sogenannten Judenausschusses siehe unter S. 51 ff.
- 15 Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses. DZA Potsdam, ADV, 122/1.
- 16 Siehe S. 39 f.
- 17 Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg, Fasz. 11, C 3.
- 18 DZA Potsdam, ADV, 491.
- 18a Siehe S. 86 ff.
- 19 Vgl. die Satzungsentwürfe mit handschriftlichen Änderungen und Vorschlägen von Claß, Lohmann und Fritz (DZA Potsdam, ADV, 489) sowie das Schreiben Fritz' an Claß v. 4. 3. 1919 (DZA Potsdam, ADV, 491). Gebtsattel schickte die endgültige Fassung (ebd.) Roth am 10. 3. 1919 zu. Gebtsattel an Roth v. 10. 3. 1919 (DZA Potsdam, ADV, 489). Eine spätere gedruckte Ausführung der Satzungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes befindet sich DZA Potsdam, ADV, 494. — In der vorliegenden Untersuchung wird der Name des Bundes einheitlich mit Ausnahme der Zitate in der am häufigsten vorkommenden Schreibung verwendet.
- 20 Die Änderungen wurden vor allem vorgenommen, um den beiden ehemaligen Vorsitzenden des Deutschvölkischen Bundes, Ferdinand Werner und

Friedrich Wiegershaus, die ihren Bund mit dem Schutz- und Trutz-Bund vereinigt hatten, in dem neuen Bund angemessene Positionen einzuräumen. Siehe dazu S. 96.

- ²¹ Nicht zu veröffentlichende Bestimmung über die oberste Leitung des Bundes (DZA Potsdam, ADV, 491). Sie war Anfang März zusammen mit den Satzungen von Gebattel in eine endgültige Fassung gebracht worden. Gebattel an Roth v. 10. 3. 1919 (DZA Potsdam, ADV, 489).
- ²² Gedruckte Fassung der Satzungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. DZA Potsdam, ADV, 494.
- ²³ So hatte es noch in den Richtlinien des Ausschusses für die Bekämpfung des Judentums vom 18. Februar 1919 geheißsen, aus denen die Satzungen hervorgingen. Siehe S. 20.
- ²⁴ In Punkt 8 der Richtlinien des Ausschusses für die Bekämpfung des Judentums v. 18. 2. 1919 heißt es wörtlich: »Als besondere Ziele ihrer in Wort und Schrift zu betreibenden Tätigkeit sehen beide Verbände die Vorschläge an, die in Frymann's Kaiserbuch (5te Aufl.) Seite 74–79 und Seite 250 enthalten sind.« (DZA Potsdam, ADV, 491) — Vgl. Daniel Frymann (Heinrich Claß), *Wenn ich der Kaiser wär' — Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten*, 5. erw. Aufl., Leipzig 1914.
- ²⁵ Protokoll der Sitzung des alldeutschen Geschäftsführenden Ausschusses am 16. u. 17. 2. 1919. DZA Potsdam, ADV, 122/1.
- ²⁶ Im Spannungsfeld dieser Alternative gab es vielfach abgestufte Möglichkeiten. Vgl. dazu Ernst Nolte, der aber die vor 1918 liegenden Entwicklungen unberücksichtigt läßt. Ernst Nolte, *Die faschistischen Bewegungen, Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen*, München 1966 (dtv-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Bd. 4), S. 32 ff.
- ²⁷ Graf von Posadowsky-Wehner am 14. 2. 1919. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, a.a.O., Bd. 326, S. 79–88.
- ²⁸ Veröffentlicht u. a. in der Deutschen Zeitung Nr. 598 v. 24. 11. 1918 (künftig DZ).
- ²⁹ Forschungsstelle Hamburg, Sammlung DNVP. Beide Aufrufe sind abgedruckt bei Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918–1924*, Düsseldorf 1956, (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 8), S. 107–111.
- ³⁰ In ihr hatten sich Deutschkonservative, Freikonservative, Christlichsoziale und Deutschvölkische zusammengefunden. Vgl. Liebe a.a.O., S. 12.
- ³¹ Vgl. Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche, Die Action française, Der italienische Faschismus, Der Nationalsozialismus*, S. 378. — Am 6. 2. 1919 hatte Friedrich Ebert vor der Nationalversammlung erklärt: »Die provisorische Regierung hat eine üble Erbschaft angetreten. Wir waren im eigentlichen Wortsinne die Konkursverwalter des alten Regimes«. Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, a.a.O., Bd. 326, S. 2.
- ³² Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung, a.a.O., Bd. 326, S. 3.
- ³³ Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes am 16. u. 17. 2. 1919. DZA Potsdam, ADV, 122/1.

2. Kapitel

- ¹ Daniel Frymann, Wenn ich der Kaiser wär', Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, 1. Aufl., Leipzig 1912. Das Pseudonym entnahm Claß der Gottfried Keller-Novelle »Das Fähnlein der sieben Aufrechten«. Vgl. Adolf Leschnitzer, der in seinem Aufsatz »Der Gestaltwandel Ahasvers« (in: In zwei Welten, Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag, Tel-Aviv 1962, S. 470—505) auch auf diese Novelle und die Gestalt Frymanns eingeht.
- ² Heinrich Claß, Wider den Strom, Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich, Leipzig 1932, S. 232 f.
- ³ Claß-Frymann, Wenn ich der Kaiser wär', 1. Aufl. S. 53: »Wer nun sein Volk liebt und die Krisis der jetzigen Krankheit beschleunigen möchte, wird den Krieg herbeisehnen als den Erwecker aller guten, gesunden, starken Kräfte im Volk«.
- ⁴ Vgl. u. a. Daniel Frymann, Das Kaiserbuch, Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten, 7. Aufl. Leipzig 1925, S. 221: »Heute sind die Dinge so weit gediehen, daß nur die Diktatur das Vaterland retten kann. Als Diktator wird der mit der Kraft und Seele und des Geistes Begnadetste aus eigenem Recht kommen — ersehnt von allen Guten im Volke, unterstützt von allen Erkennenden, getragen von dem Vertrauen der Gesundgebliebenen, die nach so langer führerloser Zeit auf den Führer warten.«
- ⁵ 1914 erschien noch vor Kriegsausbruch in der 5. erweiterten Auflage das 21. bis 25. Tausend. — Für die Zustimmungserklärungen siehe S. 40, vgl. auch Claß, Wider den Strom, S. 235—237. — Der »Hammer« schrieb in einer enthusiastischen Besprechung u. a.: Das Buch müsse »ein Predigt- und Handbuch aller Deutschen« werden, und »Es ist Geist vom Geiste des ›Hammers‹ der in diesen Blättern spricht«. Hammer Nr. 240 v. 15. 6. 1912.
- ⁶ Georg Heym, Dichtungen und Schriften. Bd. 3, Tagebücher, Träume, Briefe, Hamburg, München 1960, S. 138 f.
- ⁷ Friedrich von Bernhardt, Deutschland und der nächste Krieg, Stuttgart, Berlin 1912. (6. Aufl. 1913!).
- ⁸ Gebattel an Claß v. 10. 6. 1913. DZA Potsdam, Nachlaß Gebattel.
- ⁹ Konstantin v. Gebattel, Das Gebot der Stunde, in: Der Panther, 3. Jg. Heft 10 (Okt. 1915), S. 1178 f. u. 1194. — Siehe dazu auch die bereits zitierten Äußerungen Claß' über den Krieg aus dem Jahre 1912 S. 339, Anm. 3.
- ^{9a} Vgl. dazu Hellmut von Gerlach, Vom deutschen Antisemitismus, in: Patria! Jahrbuch der Hilfe. 1904, S. 154 f. Gerlach läßt die Entwicklung des Partei-Antisemitismus im Jahre 1893 kulminieren.
- ¹⁰ Vgl. dazu die beiden Monographien über den Bund der Landwirte und den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband: Hans-Jürgen Puhle, Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893—1914), Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Hannover 1966, (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, B Historisch-Politische Schriften), und Iris Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893—1933, Frankfurt a. M. 1967, (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Bd. 6). — Puhle mißt allerdings dem Bund der

Landwirte für die Entwicklung des Antisemitismus eine allzu große Bedeutung bei, da er die tatsächlich bestehenden Verbindungslinien zwischen dem Antisemitismus des Kaiserreiches und dem organisierten Antisemitismus der Weimarer Republik nicht überschaute.

^{10a} Siehe S. 68.

¹¹ Gegründet wurden u. a. 1910: Deutschvölkischer Bund Urda, Deutschvölkischer Schriftstellerverband, Deutschvölkischer Studentenverband; 1911: Deutscher Jugendverband, Deutscher Orden, Deutscher Schafferbund, Deutschgläubige Gemeinschaft, Wandervogel Völkischer Bund; 1912: Deutscher Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation, Deutscher Schriftbund, Germanenorden, Germanische Glaubensgemeinschaft (Neugrd.), Reichshammerbund, Verband gegen Überhebung des Judentums; 1913: Bund deutschvölkischer Juristen, Gesellschaft zur Pflege deutscher Tonkunst, Schriftbund deutscher Hochschullehrer, Wandervogel Bund für Deutsches Jugendwandern. Vgl. Alfred Roth, Verzeichnis deutschvölkischer Vereine, Bünde und Orden, in: Deutschvölkisches Jahrbuch 1920, Herausgegeben mit Unterstützung deutschvölkischer Verbände von Georg Fritz, Weimar 1920, S. 232—241.

^{11a} U. a. sind zu nennen: Fritz Bley und Graf Ernst zu Reventlow vom Alldeutschen Verband, Theodor Goulbier und Wilhelm Herrmann von den völkischen Turnvereinen Berlins und Brandenburgs, Wilhelm Kube vom Deutschvölkischen Studentenverband, Oskar Thomas vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, Oberst z. D. Karl August Hellwig von der Deutsch-Sozialen Partei sowie Ludwig Müller von Hausen und Professor Dr. Reinhold von Lichtenberg, die die Leitung des neuen Verbandes übernahmen. Vgl. Gründungsauf Ruf des Verbandes gegen Überhebung des Judentums als Beilage zu den Deutsch-Sozialen Blättern (künftig DSBl) Nr. 58 v. 20. 7. 1912. Der neue Verband hielt auch Verbindung zum Bund der Landwirte, der ihn finanziell unterstützte. Vgl. Schreiben des Bundesvorsitzenden v. Wangenheim an Endell v. 3. 8. 1912. Abgedruckt bei Puhle, a.a.O., S. 323.

¹² Ebd. — In späteren Berichten des Verbandes wird u. a. immer wieder auf die Versammlung der »Freien Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums« hingewiesen, die am 24. Januar 1912 in Berlin stattfand und deren Verlauf angeblich den endgültigen Anstoß zur Verbandsgründung gegeben hat. Vgl. Auf Vorposten, Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums E. V. Charlottenburg, 11 (1923), S. 3.

¹³ Theodor Fritsch, Die Gegen-Revolution, in: Hammer Nr. 250 v. 15. 11. 1912, vgl. auch Weißkind, Vorschläge zur Organisierung der Gegen-Revolution, Hammer Nr. 252 v. 15. 12. 1912.

¹⁴ Vgl. die Initiative des Verbandes gegen Überhebung des Judentums und die Erörterung im Alldeutschen Verband S. 44.

¹⁵ Darunter verstanden die Initiatoren des Deutschen Tages vor allem die völkischen Verbände, die von ihren Mitgliedern die Abgabe des Blutsbekenntnisses verlangten. Eine solche Versicherung machten sie auch den Teilnehmern des Deutschen Tages zur Vorbedingung.

¹⁶ Hektographiertes Rundschreiben (undatiert) Wilhelm Schäfers. Bundesarchiv Koblenz (künftig BA Koblenz), NS 26, 885.

¹⁷ Ebd.

¹⁸ BA Koblenz, NS 26, 883. Vgl. auch Hammer Nr. 273 v. 1. 11. 1913. Der

Mahnruf ist von elf Verbänden und einer Reihe von Einzelpersonen unterzeichnet.

- ¹⁹ Alfred Roth, der Initiator von »Deutschen Tagen« in den Jahren 1920 bis 1922, berichtete rückblickend über diesen ersten Versuch eines gesamt-völkischen Zusammenschlusses: »So ging die Eisenacher Tagung aus wie's Hornberger Schießen«. Die Ursachen dafür sah er in der »Unklarheit der Ziele« und einer mangelnden Teilnahme »führender Persönlichkeiten«. Alfred Roth, *Der Deutsche Tag*, in: *Deutschvölkisches Jahrbuch 1922*, S. 94.
- ²⁰ Vgl. Broszat, *Die antisemitische Bewegung*, S. 116—118.

3. Kapitel

- ¹ Claß, *Wider den Strom*, S. 17.
- ² Ebd. Vgl. auch Hans-Günther Zmarzlik, *Der Antisemitismus im Zweiten Reich*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 14 (1963), S. 278.
- ³ Heinrich von Treitschke, *Ein Wort über unser Judentum*, Separatabdruck aus dem 44., 45. und 46. Bande der *Preußischen Jahrbücher*, 4. verm. Aufl. Berlin 1881. Vgl. auch *Der Berliner Antisemitismusstreit*, Herausgegeben von Walter Boehlich, Frankfurt a. M. 1965, (sammlung insel 6).
- ⁴ Claß, *Wider den Strom*, S. 16.
- ⁵ Ebd., S. 21 f.
- ⁶ Ebd., S. 29.
- ⁷ Ebd., S. 30.
- ⁸ Friedrich Lange, *Reines Deutschtum, Grundzüge einer nationalen Weltanschauung, Mit einem Anhang: Nationale Arbeit und Erlebnisse*, 3. verm. Aufl. Berlin 1904, S. 350 f. Zum Deutschbund vgl. außerdem die Berichte der beiden führenden Mitglieder: Gustav Holle, *Deutschbund-Arbeit*, in: *Deutschbund-Blätter*, 7. Jg. Nr. 1 v. 15. 1. 1902, S. 2—4, und Paul Langhans, *Der Deutschbund*, in: *DZ* Nr. 161 v. 8. 4. 1921. Zur Zielsetzung des Bundes führt Holle (*Deutschbund-Arbeit*, S. 2 f.) u. a. aus: *Der Bund habe sich, »ohne selber politisch hervorzutreten«, zur Aufgabe gestellt, »einen Stamm von Deutschen heranzuziehen, der gelernt hat, die Auffassung aller Verhältnisse und die Richtung aller Thätigkeit dem Deutschbewußtsein unterzuordnen, und der dieses zum Deutschgewissen vertiefte Deutschbewußtsein auch bei anderen zu wecken und in beruflichen und sozialen Beziehungen wie im politischen Leben zur Geltung zu bringen sucht«.*
- ⁹ Fr. Lange, a.a.O., S. 353; *Verfassung und Regeln des Deutschbundes*, Forschungsstelle Hamburg, Fsz. Deutschbund.
- ¹⁰ Fr. Lange, a.a.O., S. 352—354.
- ¹¹ Broszat, *Die antisemitische Bewegung*, S. 145.
- ¹² *Verfassung und Regeln des Deutschbundes*, Forschungsstelle Hamburg, Fsz. Deutschbund.
- ¹³ Fr. Lange, a.a.O., S. 350, *Aufruf* v. 1. 4. 1894. Vgl. auch die Ausführungen Holles S. 341, Anm. 8.
- ¹⁴ Der Deutschbund blieb allerdings in seiner Mitgliederzahl beschränkt; 1904 zählte er in ganz Deutschland 35 Gemeinden mit insgesamt 800 Mitgliedern (Fr. Lange, a.a.O., S. 352); 1910 etwa 1100 Mitglieder (Willi Buch, *50 Jahre antisemitische Bewegung, Beiträge zu ihrer Geschichte*, München 1937, S. 27) und 1913 insgesamt 54 Gemeinden (Hammer Nr.

- 264 v. 15. 6. 1913). Er baute bei seiner politischen Wirksamkeit vor allem auf die soziale Stellung seiner Mitglieder, die zumeist dem mittleren und dem Großbürgertum entstammen.
- ¹⁵ Insbesondere durch den von Lange und anderen Deutschbundmitgliedern 1902 gegründeten Nationalen Reichswahlverband, der sich für ein Zusammengehen der Rechtsparteien bei den Reichstagswahlen einsetzte und drei Jahre später in den alldeutsch bestimmten Reichsverband gegen die Sozialdemokratie übergang. Fr. Lange, a.a.O., S. 438—443.
- ¹⁶ Ebd., S. 421—424.
- ¹⁷ Claß, *Wider den Strom*, S. 31.
- ¹⁸ Ebd., S. 87. — 1899 veröffentlichte Houston Stewart Chamberlain »Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts« und Ludwig Schemann brachte in den Jahren 1898 bis 1901 Joseph Gobineaus »Essai sur l'inégalité des races humaines« in deutscher Übersetzung heraus.
- ¹⁹ Fr. Lange, a.a.O., S. 433—436.
- ²⁰ Claß, *Wider den Strom*, S. 32 f.
- ²¹ Claß, *Wider den Strom*, S. 34.
- ²² Ebd., S. 37.
- ²³ Ebd., S. 88.
- ²⁴ Ebd., S. 131.
- ²⁵ Vgl. Broszat, *Die antisemitische Bewegung*, S. 136.
- ^{25a} Claß, *Wider den Strom*, S. 130. Claß übernahm den Verbandsvorsitz unter drei — wie er schreibt — »unausgesprochenen Vorbehalten«: »Es mußte mir gelingen, den Verband ganz fest in meine Hand zu bringen, also unbestrittener Führer zu werden, zum anderen mußte langsam aber sicher das Bekenntnis zur völkischen Weltanschauung und Staatsauffassung durchgesetzt werden, und schließlich mußte die politische Arbeitsleistung des Verbandes erheblich über das bisherige Maß hinausgesteigert werden. Ich war von vornherein entschlossen, den Platz zu räumen, sobald ich erkennen würde, daß ich mit diesen drei Vorhaben scheitere.«
- ²⁶ Vgl. Broszat, *Die antisemitische Bewegung*, S. 140 f. — Die offizielle Stellung des Verbandes gegenüber der Judenfrage wurde in der ersten Zeit durch die Haltung des ersten Verbandsvorsitzenden Professor Ernst Hasse bestimmt, der den Ausschluß der Juden aus dem Verband ablehnte, solange sie dessen nationalistische Politik unterstützten. Vgl. auch Claß' späteres Urteil: »Der Alldeutsche Verband zur Zeit seiner Gründung und unserer beginnenden Arbeit, ja eigentlich bis zu meiner Wahl zum Vorsitzenden (1908) war ebensowenig antisemitisch wie seine Führer. . . . Nach meinen Eindrücken wäre es zu Hasses Lebzeiten ausgeschlossen gewesen, den Alldeutschen Verband zum Träger einer völkischen Politik zu machen, wie sie aus den Erkenntnissen der Rassenlehren sich ergab.« Claß, *Wider den Strom*, S. 88.
- ²⁷ Satzungen des Alldeutschen Verbandes, in: *Handbuch des Alldeutschen Verbandes*, 22. Aufl., Mainz 1918, S. 5.
- ²⁸ *Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe*, Herausgegeben von der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes, Leipzig 1910, S. 272—275. Vgl. dazu auch Ludwig Kuhlenbeck, *Rasse und Volkstum*, München 1905, sowie *Das Evangelium der Rasse*, Briefe über das Rassenproblem, Prenzlau 1905, (Deutsches Wollen! Bd. 2).
- ^{28a} Der französische Anthropologe Lapouge hatte in seinen Werken »Les

sélections sociales« (1896) und »L'Aryen, son rôle sociale« (1899) die besondere Bedeutung der Rasse für die kulturellen Leistungen der Völker hervorzuheben versucht und der »nordischen Rasse« in erster Linie eine hohe Kulturbegabung zugemessen. — Der Karlsruher Sozialanthropologe Otto Ammon widmete seine Untersuchungen vor allem den Zusammenhängen zwischen Rasse und Gesellschaft. Vgl. Otto Ammon, Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen. Entwurf einer Sozial-Anthropologie, 3. umgearb. Aufl., Jena 1900. — Zu Ammon wie zu diesem ganzen Fragenkomplex vgl. Hedwig Conrad-Martius, Utopien der Menschenzüchtung, Der Sozialdarwinismus und seine Folgen, München 1955, bes. S. 61. ff.

²⁹ Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe, S. 384—389.

³⁰ Ebd., S. 245 f.

³¹ Zitiert nach Lothar Werner, a.a.O., S. 84

³² DSBl Nr. 77 v. 24. 9. 1913.

³³ Zitiert nach Lothar Werner, a.a.O., S. 85.

³⁴ Ebd.

³⁵ Dies wird auch belegt durch die Unterstützung, die die unter der Leitung des Claß-Freundes Ludwig Schemann stehende 1894 gegründete Gobineau-Vereinigung durch den Alldeutschen Verband erfuhr, sowie durch die Verteilung von Gobineaus Hauptwerk in den alldeutschen Gliederungen seitens der Hauptleitung. Ludwig Schemann, Fünfundzwanzig Jahre Gobineau-Vereinigung 1894 — 12. Februar — 1919. Ein Rückblick, Straßburg, Berlin 1919, S. 32 f. u. S. 8. Claß, Wider den Strom, S. 131.

³⁶ In der Berliner Ortsgruppe war es schon Anfang der 90er Jahre zu Auseinandersetzungen über den Antisemitismus gekommen, in denen die Antisemiten dann das Feld behaupteten. Lothar Werner, a.a.O., S. 33.

³⁷ Schreiben der Hauptgeschäftsstelle des Alldeutschen Verbandes an H. Kraeger v. 25. 6. 1913. DZA Potsdam, ADV, 508/1.

³⁸ Im Sommer 1912 war ein solcher Antrag von dem führenden Mitglied der Berliner Ortsgruppe Major K. Mey vorgelegt worden. Vgl. Mey an die Schriftleitung der ABl v. 16. 8. 1915, DZA Potsdam, ADV, 508/1; und Otto Bonhard, Geschichte des Alldeutschen Verbandes, Leipzig, Berlin 1920, S. 99.

³⁹ Claß-Frymann. Wenn ich der Kaiser wär, 1. Aufl. S. 30—39 u. 74—78.

⁴⁰ Ebd., S. 34 f.

⁴¹ Ebd., S. 30

⁴² Ebd., S. 35.

⁴³ Als Zeugen für diese »Wahrheit« bemühte Claß sogar die Zionisten. Ebd., S. 78.

⁴⁴ Ebd., S. 76.

⁴⁵ Im Februar 1914 fügte Claß zu den bisherigen Forderungen eine weitere, »daß eine völlige Trennung des Schulwesens in allen Stufen für Deutsche und Juden eintrete, daß das jüdische Schulwesen aller dieser Stufen aus jüdischen Mitteln erhalten werde, und daß Juden zum Universitätsstudium auf ihrer jüdischen Hochschule auch nur nach dem Verhältnis ihrer Zahl zur Gesamtzahl der Deutschen zugelassen werden.« Claß-Frymann, Wenn ich der Kaiser wär, 5. Aufl., S. 250. Diese 5. Auflage enthält im übrigen im Unterabschnitt »Dem Chaos entgegen« (S. 250—256) weitere scharfe Angriffe gegen die Juden.

- ⁴⁶ Claß-Frymann, Wenn ich der Kaiser wär, 1. Aufl. S. 75.
- ⁴⁷ Im »Hammer« des Jahrganges 1913 erschienen Anzeigen, die für das Claß-Buch mit diesem Spruch warben. Vgl. auch Claß, Wider den Strom, S. 236 f.
- ⁴⁸ Vgl. Ludwig von Gëbsattel, Notizen zur Geschichte meiner Familie, Skizze zum Stammbaum der Freiherrlich von Gëbsattel'schen Familie, Augsburg 1927.
- ⁴⁹ Gëbsattel an Frymann [!] v. 27. 5. 1913, DZA Potsdam, Nachlaß Gëbsattel.
- ⁵⁰ Ebd.
- ⁵¹ Briefwechsel zwischen Gëbsattel und Claß-Frymann Mai-August 1913. Ebd. Vgl. auch Claß, Wider den Strom, S. 243–246.
- ⁵² DZA Potsdam, Nachlaß Gëbsattel, Beilagen. Vgl. Gëbsattel an Claß v. 24. 8. 1913, DZA Potsdam, ADV, 204.
- ⁵³ Gëbsattel an Claß v. 16. 10. 1913, DZA Potsdam, ADV, 204. Der Kronprinz hatte sich den Alldeutschen als Fürsprecher empfohlen, als er in einem Telegramm die alldeutsche Führung zu dem Verlauf und den Ergebnissen ihres Verbandstages vom 5. bis 8. September 1913 in Breslau beglückwünschte (Claß, Wider den Strom, S. 279). Ihm waren auch die Schlußworte der Denkschrift zugeordnet, die den »gegebenen Führer« des deutschen Volkes herbeirufen, der die notwendigen Reformen in die Tat umsetzen solle. (Gëbsattel an Claß v. 22. 9. 1913, DZA Potsdam, ADV, 204). Einen ähnlichen Gedanken und Anruf an den Kronprinzen ließ Claß sehr viel deutlicher in der fünften Auflage seines Kaiserbuches vom Februar 1914 in den beiden Schlußabschnitten »Der Nächste am Throne« und »Vor der werdenden Tat« anklingen. Claß-Frymann, a.a.O., 5. Aufl., S. 267–270.
- ⁵⁴ Das gedruckte Begleitschreiben trägt als Datum Oktober 1913, DZA Potsdam, Nachlaß Gëbsattel, Beilagen.
- ⁵⁵ Ebd. Die Denkschrift wurde zuerst ausgewertet von Kurt Stenkewitz, Gegen Bajonett und Dividende, Die politische Krise in Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, Berlin 1960, (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig, Bd. 6), S. 290–292 und dann von Hartmut Pogge-v. Strandmann, Staatsstreichpläne, Alldeutsche und Bethmann Hollweg, in: Hartmut Pogge-v. Strandmann u. Imanuel Geiss, Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges, Frankfurt a. M. 1965, (Hamburger Studien zur neueren Geschichte, Bd. 2), S. 11–45; beide Male aber nur im Zusammenhang der Staatsstreichpläne.
- ⁵⁶ Näheres dazu führt Gëbsattel in einem Nachtrag zu seinem Schreiben an Frymann v. 27. 5. 1913 (DZA Potsdam, Nachlaß Gëbsattel) aus: »Der große Reichtum der Juden ist eine Folge des Ausnützens der Überlegenheit ihrer merkantilen Begabtheit über jene des Wirtsvolkes. Es wäre ungerecht zu gestatten, daß das letztere durch den Wegzug der Gäste dauernd geschädigt wird. Wer also auswandern will, läßt einen nicht zu klein bemessenen Teil des Vermögens, $\frac{4}{5}$ — $\frac{9}{10}$ zurück. Ein Verlust von 5–12 Milliarden ist immer schon hart genug. Um das zu ermöglichen, muß während der Reorganisation, bei der der Belagerungszustand doch nicht zu entbehren ist, vorübergehend ein scharfer Paßzwang nach russischem Muster eingeführt werden, bis eine Feststellung der jüdischen Vermögen erfolgt ist.«
- ⁵⁷ Gëbsattel an Frymann v. 27. 5. 1913, ebd.

- ⁵⁸ Vgl. auch Zmarzlik, Antisemitismus, S. 280.
- ⁵⁹ Siehe S. 344, Anm. 53.
- ⁶⁰ Pogge-v. Strandmann, a.a.O., S. 18.
- ⁶¹ Antwort Bethmann Hollwegs v. 15. 11. 1913, abgedruckt ebd. S. 32–36. Vgl. auch Stenkewitz, a.a.O., S. 292–294.
- ⁶² Antwort Wilhelms II. an den Kronprinzen v. 27. 11. 1913, abgedruckt ebd. S. 37–39. Vgl. auch Stenkewitz, a.a.O., S. 294–296.
- ⁶³ Der Kanzler nennt die Denkschrift ausdrücklich als »im Ganzen phantastisch« und hält es nicht für »wohl möglich«, sich mit den antijüdischen Vorschlägen »ernsthaft auseinanderzusetzen« (Pogge-v. Strandmann, a.a.O., S. 34). Der Kaiser charakterisiert den Autor der Denkschrift als einen »seltsamen Schwärmer«, der »der Geschichte und Politik mit der vollendeten Harmlosigkeit des Dilettanten« gegenüberstehe und tut dessen Plan, die Juden zur Auswanderung zu zwingen, als »geradezu kindlich« ab. (Ebd., S. 38). — Zur Kritik an der voreingenommenen, undifferenzierten Interpretation Pogge-v. Strandmanns vgl. Karl-Heinz Janßen, Bethmann ließ sich nicht drängen, Die Zeit, Nr. 2 v. 7. 1. 1966.
- ⁶⁴ Bethmann Hollweg hielt es für »unbestreitbar«, »daß das jüdische Wesen besonders mal zur Ausartung der Preßfreiheit beigetragen hat« und »daß dem Übel radikal gesteuert würde, wenn man den Juden auch die Preßfreiheit verböte«, wofür allerdings die indiskutable »Rechtloserklärung der Juden überhaupt« die Voraussetzung gewesen wäre. Pogge-v. Strandmann, a.a.O., S. 34.
- ⁶⁵ Der Kaiser urteilte noch drastischer über die »jüdisch beeinflusste Presse«: »In ihr hat das Judentum seinen gefährlichsten Tummelplatz gefunden. Ihr Zügel anzulegen und ihrer schmutzigen Skandal- und Verleumdungssucht Halt zu gebieten ist eine äußerst wichtige Aufgabe.« Im Gegensatz zum kulturellen Sektor wollte der Kaiser den »jüdischen Einfluß« von Armee und Verwaltung völlig ausgeschlossen sehen. Ebd., S. 38.
- ⁶⁶ Von dem Vorurteil gegen den »jüdischen Geist« war auch der Kronprinz Wilhelm nicht frei. So berichtete Prof. Dr. Max Kloß dem Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes am 30. 6. 1918 von seiner Begegnung mit dem Kronprinzen anlässlich der Verleihung des Ehrendoktor-Diploms der Technischen Hochschule Berlin zu Pfingsten: »Die Judenfrage schnitt der Kronprinz selbst an und betonte, daß er zwar kein Antisemit sei, aber den jüdischen Geist für den gefährlichsten halte. Allerdings gäbe es sehr vernünftige Juden, auf die man sich voll und ganz verlassen könne.« Sitzungsprotokoll, DZA Potsdam, ADV, 119.
- ⁶⁷ Gebtsattel an Claß v. 28. 7. 1913. DZA Potsdam, Nachlaß Gebtsattel.
- ⁶⁸ Claß an Gebtsattel, v. 12. 9. 1913. Ebd.
- ⁶⁹ Bonhard, Geschichte, S. 269.
- ⁷⁰ »Die Alldeutschen verwerfen jede Vogel-Strauß-Politik« so hielt Gebtsattel Claß in seinem Brief v. 28. 7. 1913 vor, »und wollen allen politischen Erscheinungen auf den Grund gehen. Und nun finde ich, daß sie dem Kampf mit unserem wichtigsten Feinde, der nach meiner Überzeugung die Hauptschuld an dem gefährlichsten Teil unserer Übelstände trägt, ausweichen, nämlich der Herrschaft des Judentums — Daniel Frymann ist mutiger —. Ist es wirklich nicht möglich diesen Krebs Schaden zu bekämpfen, ohne sich des politischen Einflusses zu berauben?« DZA Potsdam, Nachlaß Gebtsattel.
- ⁷¹ Siehe S. 31.

- ⁷² Müller v. Hausen an den Alldeutschen Verband v. 6. 6. 1913. DZA Potsdam, ADV, 508/1. Es entspann sich in den Monaten Juni bis August 1913 ein Briefwechsel, aus dem Claß' grundsätzliche Bereitschaft deutlich wird. Ob es zu einem Treffen von Vertretern der genannten völkischen Verbände gekommen ist, konnte nicht festgestellt werden.
- ⁷³ Hierbei handelte es sich um einen deutschnationalen und nationalsozialen Reformplan für das Habsburger Reich, der vor allem auf die Stärkung des Deutschtums in den zum alten Deutschen Reich gehörenden Gebieten abzielte. Er erhielt erst drei Jahre später, 1885, durch einen neuen, zwölften Punkt einen antisemitischen Akzent. Vgl. Paul Molisch, *Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie*, Mit einem Beitrage: *Das Wesen der deutschnationalen Bewegung* von Kurt Knoll, Jena 1926, S. 118–122, und Eduard Pichl (Hrsg.), *Georg Schönerer, Oldenburg i. O.*, Berlin 1938, Bd. I, S. 109–118.
- ⁷⁴ Claß, *Wider den Strom*, S. 164–166.
- ⁷⁵ Sitzungsprotokoll. DZA Potsdam, ADV, 508/1. Vgl. Claß, *Wider den Strom*, S. 238.
- ⁷⁶ Gebstattel an Claß v. 6. 1. 1914. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.
- ⁷⁷ Gebstattel warb für die antisemitische Sache u. a. auch beim bayerischen König (Bericht über eine Audienz beim bayerischen König am 20. 12. 1914. Gebstattel an Claß v. 20. 12. 1914. Ebd.). Im Jahre 1917 trat er mehrfach an den bayerischen Kriegsminister, von Hellingrath, heran, um auf die angeblich schädliche Wirkung der Juden im Heer und in der Weltkriegspolitik hinzuweisen. (Gebstattel an Hellingrath v. 4. 3. und 2. 4. 1917. Ebd.).
- ⁷⁸ Broszat, *Die antisemitische Bewegung*, S. 148.
- ⁷⁹ Gebstattel an v. Liebert v. 26. 6. 1914: »und wenn wir die Judenfrage wirklich öffentlich erörtern, fliegt der Verband auf«. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.
- ⁸⁰ Claß an Gebstattel v. 1. 6. 1915. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.
- ⁸¹ Gebstattel an Claß v. 2. 8. 1914, und an v. Walther v. 7. 12. 1914, Ebd.
- ⁸² Gebstattel an Claß v. 4. 8. 1914. Ebd. Gebstattel, der glaubte, daß das deutsche Volk durch einen von Industrie und Stadt verursachten »Rassetod« bedroht sei (Gebstattel an Keim v. 21. 3. 1916. Ebd.), forderte, daß das deutsche Volk zur Hälfte wieder zu einem Bauernvolk werden sollte. Gebstattel an Claß v. 23. 7. 1914. Ebd.
- ⁸³ Gebstattel an Claß v. 23. 7. 1914. Ebd.
- ⁸⁴ Gebstattel an Scherf v. 10. 3. 1916. Vgl. auch Gebstattel an v. Thompsen v. 3. 7. 1915. Ebd.
- ⁸⁵ Claß, *Wider den Strom*, S. 350 u. 398–413.
- ⁸⁶ Gebstattel an Brettreich v. 4. 12. 1914. Vgl. auch Gebstattel an Beck v. 12. 3. 1915, wo sich Gebstattel ausdrücklich auf Gobineau beruft. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.
- ⁸⁷ Kaiser Wilhelm II. erklärte am 15. Juni 1918 in einer Rede im Großen Hauptquartier: »Entweder soll die preußisch-deutsch-germanische Weltanschauung — Recht, Freiheit, Ehre und Sitte — in Ehren bleiben oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienst des Geldes verfallen. . . Diese beiden Anschauungen ringen miteinander, und da muß die eine unbedingt überwunden werden.« *Europäischer Geschichtskalender*, N.F., 34. Jg. München 1922, Teil I, S. 197 f.
- ⁸⁸ DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.

- ⁸⁹ Siehe S. 71 ff.
- ⁹⁰ Lehmann an Claß v. 17. 4. 1916. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel, Beilagen. Vgl. auch Melanie Lehmann (Hrsg.), Verleger J. F. Lehmann, Ein Leben im Kampf für Deutschland, Lebenslauf und Briefe, München 1935, S. 43 u. S. 135–138.
- ⁹¹ Claß an Gebstattel v. 27. 12. 1916. DZA Potsdam, ADV, 489. Das Stammkapital von etwa 2 Millionen Mark war durch Zeichnungen in alldeutschen und dem Verband nahestehenden Kreisen zusammengebracht worden, wobei sich besonders der Großindustrielle Hugenberg und der Legationsrat v. Schwerin engagiert hatten. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, C 3. Vgl. auch Politisch-Anthropologische Monatsschrift, Nr. 2 vom Mai 1917 S. 102 f. »Die neue ›Deutsche Zeitung‹«.
- ⁹² Gebstattel an Mathilde Claß u. an Claß v. 11. und 17. 4. 1916; Lucius an Gebstattel v. 11. u. 27. 6. 1916; Gebstattel an Lucius v. 18. 6. 1916. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel. — Zur Gründung der Germanenloge in Mainz vgl. Allgemeine Ordens-Nachrichten Nr. 9 vom Juli 1916.
- ⁹³ Gebstattel an Claß v. 23. 12. 1916. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ⁹⁴ Fritsch an Gebstattel v. 13. 12. 1916. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.
- ⁹⁵ Gebstattel an Claß v. 23. 12. 1916. DZA Potsdam, ADV, 489. — Die ungeduldrigen Antisemiten im Verband wurden von der Leitung immer wieder mit dem Hinweis auf die anerkannt völkische Haltung der Führung hingehalten. Vgl. Vietinghoff an Mey v. 26. 8. 1915 und an Wiegershaus v. 19. 6. 1916. DZA Potsdam ADV, 508/1
- ⁹⁶ Protokoll der Ausschußsitzung am 14. 4. 1917 in Berlin. DZA Potsdam, ADV, 113.
- ⁹⁷ Gebstattel an Fritsch v. 16. 12. 1916, DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.
- ⁹⁸ Gebstattel an Schmidt-Gibichenfels v. 4. 1. 1917. Ebd.
- ⁹⁹ Gebstattel an Claß v. 12. 6. 1917. Ebd.
- ¹⁰⁰ Claß an Gebstattel v. 14. 6. 1917. Ebd.
- ¹⁰¹ Gebstattel an Claß v. 16. 6. 1917. DZA Potsdam, ADV, 205. — DZ Nr. 305 v. 18. 6. 1917. Claß wollte mit diesem Aufsatz erst »das Gelände aufklären, auf dem wir kämpfen wollen« (Claß an Gebstattel v. 14. 6. 1917, DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel) ohne sich und den Verband zu sehr zu exponieren.
- ¹⁰² Gebstattel an Claß v. 16. 6. 1917. DZA Potsdam, ADV, 205.
- ¹⁰³ Vgl. Claß an Gebstattel v. 4. 7. 1917. DZA Potsdam, ADV, 508/1. »Was die Haltung des A.D.V. in der Judenfrage betrifft, empfehle ich Herrn von B.[odelschwingh] zu antworten, daß er sich darauf verlassen kann, daß wir Schritt für Schritt vorangehen, immer der öffentlichen Meinung den Puls fühlend und so verfahren, daß eine Schwächung und Zersplitterung unserer Kräfte nicht eintritt. Denn das wäre der größte Fehler, der jetzt begangen werden könnte, wenn wir uns aus Übereilung zu Schritten hinreißen ließen, die die Sache im entscheidenden Augenblick schwächen würde.«
- ¹⁰⁴ Gebstattel an Claß v. 21. 6. 1917. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.
- ¹⁰⁵ Georg Fritz, Deutschtum und Judentum, I. Das internationale Judentum, II. Das Ostjudentum, DZ Nr. 321 v. 28. 6. 1917 u. Nr. 323 v. 29. 6. 1917.
- ¹⁰⁶ DZ Nr. 366 v. 22. 7. 1917 »Deutsche Saat — Fremde Ernte.« Vgl. Claß an Gebstattel v. 15. u. 17. 7. 1917. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.
- ¹⁰⁷ DZ Nr. 480 v. 21. 9. 1917. Vgl. Claß an Gebstattel v. 17. 9. 1917 u. Gebstattel an Claß v. 19. 9. 1917. DZA Potsdam, Nachlaß Gebstattel.

- ¹⁰⁸ Siehe S. 346, Anm. 87.
- ¹⁰⁹ Claß, »Der Kampf der Weltanschauungen«, DZ Nr. 309 v. 20. 6. 1918 u. Gebattel, »Der Kampf der Weltanschauungen in der inneren Politik«, DZ Nr. 326 v. 29. 6. 1918.
- ¹¹⁰ Gebattel, »Ein neuer Burgfriede«, DZ Nr. 421 v. 19. 8. 1918.
- ¹¹¹ Gebattel, »Also nicht«, DZ Nr. 447 v. 2. 9. 1918.
- ¹¹² Auf der Sitzung der Hauptleitung und des Geschäftsführenden Ausschusses am 13. 9. 1918 erklärte Claß, der Aufruf habe den Beweis erbringen sollen und erbracht, daß selbst bei »gutem Willen« der Alldeutschen dieser bei den »Feinden« nicht vorhanden wäre. Sitzungsprotokoll. DZA Potsdam, ADV, 120.
- ¹¹³ Gebattel an Ruge v. 26. 1. 1918. DZA Potsdam, Nachlaß Gebattel. Siehe auch S. 61.
- ¹¹⁴ Claß an Gebattel v. 27. 5. 1918. DZA Potsdam, ADV, 205.
- ¹¹⁵ Sitzungsprotokoll. DZA Potsdam, ADV, 120.
- ¹¹⁶ Gebattel an Vietinghoff v. 23. 9. 1918. DZA Potsdam, ADV, 508/1.
- ¹¹⁷ Hans von Liebig war der Verfasser von »Die Politik von Bethmann Hollwegs, Eine Studie, Teil I u. II«, die 1915 als Handschrift gedruckt von den Alldeutschen verschickt wurde. Nach dem Kriege trat Liebig unter dem Pseudonym Dr. Walter Liek als Autor von wirkungsvollen antisemitischen Pamphleten hervor.
- ¹¹⁸ Gebattel an Vietinghoff v. 23. 9. 1918. DZA Potsdam, ADV, 508/1.
- ¹¹⁹ Vietinghoff an Gebattel v. 25. 9. 1918. Ebd.
- ¹²⁰ Deutschland erwache. Ein Ausschuß für nationale Verteidigung, DZ Nr. 525 v. 15. 10. 1918.
- ¹²¹ Das Ferment der Dekomposition, DZ Nr. 526 v. 15. 10. 1918.
- ¹²² Sitzungsprotokoll. DZA Potsdam, ADV, 121.
- ¹²³ Siehe S. 17.
- ¹²⁴ Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 13. 9. 1918 in Hannover. DZA Potsdam, ADV, 120.
- ¹²⁵ Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 19. u. 20. 10. 1918 in Berlin. DZA Potsdam, ADV, 121.
- ¹²⁶ In der vierten Strophe der Ode »Germania an ihre Kinder« heißt es wörtlich: »Schlagt ihn tot! Das Weltgericht / Fragt euch nach den Gründen nicht!«
- ¹²⁷ Triumphierend konnte Claß berichten, daß alle Ausschußmitglieder nunmehr auf dem antisemitischen Standpunkt ständen, Lehmann, der bis vor kurzem noch der antisemitischen Bewegung fern gestanden hätte, ebenso wie Kirdorf, der noch 1910 das Entgegenkommen der Juden in der Discontogesellschaft gerühmt hätte.
- ¹²⁸ Darüber, daß der Antisemitismus zu diesem Zeitpunkt bereits Aufnahme finden würde, konnte Lehmann schon aus eigener Erfahrung berichten. Ihm sei, so erzählte er, als er auf einer Versammlung der Vaterlandspartei »die Judenfrage nur angetippt« habe, »ein begeisterter Beifall« zuteil geworden, wie er ihn sonst als Redner nicht zu finden pflege.
- ¹²⁹ Vietinghoff an Fritz v. 23. 10. 1918 u. Gebattel an die Ausschußmitglieder v. 26. 10. 1918. DZA Potsdam, ADV, 508/1. Dem Ausschuß gehörten neben Gebattel und Fritz als Vorsitzende an aus dem Geschäftsführenden Ausschuß des Alldeutschen Verbandes: Bacmeister, Calmbach, Gebhard, Joerges, Lehmann, Lohmann, Pezoldt, Schlüter und aus dem Ver-

band: Jacobsen, Langhans, Lucius, Roth, v. Vietinghoff-Scheel. Auf Vorschlag von Lucius wurden Anfang November noch Adolf Bartels und Ferdinand Werner kooptiert. Lucius an den Ausschuß v. 8. 11. 1918. Ebd.

- ¹³⁰ Eingaben liegen vor von Joerges v. 29. 10. 1918, Jacobsen v. 2. 11. 1918, Langhans-Deutschbund undatiert, Lohmann v. 31. 10. 1918, Lucius v. 8. 11. 1918 (alle DZA Potsdam, ADV, 508/1) und Bodelschwingh undatiert, Lehmann v. 19. 11. 1918, Roth v. 25. 11. 1918, Schlüter v. 23. 12. 1918, Werner v. 18. 11. 1918 (alle DZA Potsdam, ADV, 491). Gebattel ließ sich von Claß beraten. Gebattel an Claß v. 31. 10. 1918, DZA Potsdam, Nachlaß Gebattel.
- ¹³¹ Gebattel an die Ausschußmitglieder v. 6. 2. 1919. DZA Potsdam, ADV, 508/1.
- ¹³² Dieser Name tauchte zum ersten Mal in dem Schreiben Gebattels an Claß v. 6. 12. 1918 (DZA Potsdam, ADV, 491) auf als einer vom Alldeutschen Verband zu gründenden Zentralstelle für die völkischen Gruppen, ohne daß die Beteiligung des Verbandes offenbar würde.

4. Kapitel

- ¹ Zur Biographie Alfred Roths vgl. Alfred Roth, Auf gerader Linie. Ein Rückblick auf 45 Jahre im Kampf ums Deutschtum, Privatdruck [Hamburg 1944] und die autobiographischen Notizen Alfred Roths v. 25. 7. 1947, Auf der Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DVSchTB.
- ² Siehe unten das Quellen- und Literaturverzeichnis S. 461 f.
- ³ Siehe S. 62.
- ⁴ Vgl. Hamel, a.a.O., S. 72—86.
- ⁵ Zum Deutschen Jugendbund Stuttgart vgl. Eugen Haug, Aufzeichnungen zur Vorgeschichte der Entstehung der NSDAP in Stuttgart, (BA Koblenz, NS 26, 166) und Alfred Autenrieth, Autobiographie über meine Tätigkeit in der völkischen Bewegung und besonders in der NSDAP von 1920/1923, (BA Koblenz NS 26, 1207).
- ⁶ Zur Deutschen Jugendbundbewegung vgl. Hamel, a.a.O., S. 72—82.
- ^{6a} Der Berliner Philosoph und Nationalökonom Karl Eugen Dühring (1833—1921) gilt als einer der Begründer des rassentheoretischen Antisemitismus in Deutschland. Er wirkte vor allem durch seine 1880 und 1883 herausgegebenen Schriften »Die Judenfrage als Rassen-, Sitten-, und Culturfrage« und »Ersatz der Religion durch Vollkommeneres und die Ausscheidung alles Judäertums durch den modernen Völkergeist«, die ein fanatischer Rassismus und eine scharfe Wendung gegen Christentum und Judentum auszeichnen. — Georg Ritter von Schönerer (1842—1921), ein entschiedener Verfechter großdeutscher, pangermanischer Ideen und maßgeblicher Verfasser des Linzer Programms (siehe S. 346, Anm. 73) war Begründer und Führer der alldeutschen Bewegung in Österreich und die treibende Kraft in der Los-von-Rom-Bewegung.
- ⁷ Vgl. die Zeitschrift der Hamburger Jugendbündler Deutschnationale Warte Nr. 1 v. 16. 10. 1894 u. Nr. 2 v. 1. 11. 1894 sowie Buch, a.a.O., S. 24. Zum Einfluß Schönerers auf die Deutsche Jugendbundbewegung vgl. auch Pichl. a.a.O., Bd. 6, S. 604—608.

- ⁸ Roth, Selbstzerstörerischer Zwiespalt, undatierte autobiographische Notiz; vgl. auch Roth an seine Braut v. 20. 11. 1904. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ⁹ Hamel, a.a.O., S. 79.
- ¹⁰ Flugblatt des Wahlvereins der deutsch-sozialen Partei für das Herzogtum Lauenburg. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. Deutsch-Soziale Partei.
- ¹¹ Roth konnte zwar den konservativen Rivalen hinter sich lassen, reichte aber um vieles nicht an die Stimmenzahlen für die Sozialdemokratie und die Fortschrittliche Volkspartei heran. DSBl Nr. 5 v. 17. 1. 1912.
- ¹² Zu Theodor Fritsch vgl. Reginald H. Phelps, Theodor Fritsch und der Antisemitismus, in: Deutsche Rundschau 87 (1961) S. 442–449.
- ¹³ Kurt Wawrzinek, Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873–1890), Berlin 1927, (Historische Studien H. 168), S. 38 f. u. 48.
- ¹⁴ Theodor Fritsch, Mittelstand, Kapital-Herrschaft, Monarchie, 3. Aufl., Leipzig 1917 (Hammer-Schriften Nr. 4), S. 3–6.
- ¹⁵ Ebd. S. 10–21. Vgl. auch Theodor Fritsch, Der Mittelstand und seine Ziele, Hammer Nr. 84 v. 15. 12. 1905.
- ¹⁶ Thomas Frey, Leuchtkugeln, Antisemitische Kernsprüche, Leipzig 1881.
- ¹⁷ Thomas Frey, Brennende Fragen, Nr. 1–37. Leipzig 1887 ff.
- ¹⁸ Zur »Antisemitischen Correspondenz« vgl. Josef Müller, Die Entwicklung des Rassenantisemitismus in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, (Dargestellt hauptsächlich auf Grundlage der »Antisemitischen Correspondenz«), Berlin 1940, (Historische Studien H. 372), S. 33–48.
- ¹⁹ Vgl. das Schriftenverzeichnis in: Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Hammer, Leipzig 1926, S. 135–147.
- ²⁰ Thomas Frey (Theodor Fritsch), Zur Bekämpfung zweitausendjähriger Irrthümer, Leipzig 1886, S. 45.
- ²¹ In der Nummer 3 seiner »Antisemitischen Correspondenz« vom Januar 1886 verkündete Fritsch: »Das letzte Ziel unserer Bewegung aber heißt summa summarum: Ausscheidung der jüdischen Rasse aus dem Völkerleben«. Zitiert nach Müller, a.a.O., S. 43.
- ²² Hammer Nr. 76. v. 15. 8. 1905.
- ²³ In Stuttgart führten die Jungdeutschen Richard und Eugen Haug seit 1906 einen Hammerbund (Eugen Haug, Aufzeichnungen, BA Koblenz, NS 26, 166) und in Nürnberg hatte Julius Rüttinger, Obmann der Lehrlingsabteilung im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband und Mitglied der Deutsch-Sozialen Partei, einen Kreis von Hammerlesern um sich geschart (Julius Rüttinger, Von 1904 bis 1937, BA Koblenz, NS 26, 886). Zur Entstehung der Hammergemeinde in Hamburg vgl. Willibald Schulze, Aus den Jugendtagen des Hammerbundes Hamburg und Anderes, in: Hammer-Festschrift, a.a.O., S. 69 f.
- ²⁴ Theodor Fritsch, Vom partei-politischen Antisemitismus, in: Hammer Nr. 234 v. 15. 3. 1912.
- ²⁵ Hammer Nr. 240 v. 15. 6. 1912. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u. a. die nachher im Hammerbund an führender Stelle stehenden Hellwig, Hoffmann, Kraeger, Pohl, Otto und Rüttinger, von denen einige später noch für den Schutz- und Trutz-Bund tätig werden sollten. — Zur Gründungsgeschichte des Reichshammerbundes vgl. auch Reginald H. Phelps, »Before Hitler came«: Thule Society and Germanen Orden, in: The Journal of Modern History 35 (1963), S. 248 f.

- ²⁶ Verfassung des Reichshammerbundes, Februar 1912, und Richtlinien für den Reichshammerbund, Ostern 1912. BA Koblenz, NS 26, 888.
- ²⁷ Rundschreiben des Bundesvorstandes v. 31. 10. 1913. BA Koblenz, NS 26, 888. Einen Tag später fand bekanntlich der Deutsche Tag in Eisenach statt. Siehe S. 31.
- ²⁸ Forschungsstelle Hamburg, Fsz. RHB.
- ²⁹ Paul Förster, Ein deutsch-völkischer General-Stab, Hammer Nr. 45 v. 1. 5. 1904, und Theodor Fritsch, Zusammenfassende nationale Organisation, Hammer Nr. 47 v. 1. 6. 1904.
- ³⁰ Zur Gründungsgeschichte vgl. Ordens-Nachrichten Nr. 14 vom September 1918.
- ³¹ Zum Beispiel Nürnberg: Dort leitete der Führer des Reichshammerbundes, Julius Rüttinger, auch den Germanenorden, wobei dem Reichshammerbund die Öffentlichkeitsarbeit zufallen sollte. Rüttinger, Von 1904 bis 1937, BA Koblenz, NS 26, 886, und Tebje an Rüttinger v. 2. 7. 1913, BA Koblenz, NS 26, 885.
- ³² Der Germanenorden zählte im Dezember 1912 6 Gaulogen mit insgesamt 316 Mitgliedern, im Mai 1913 7 Gaulogen mit 451 Mitgliedern. (Ordens-Nachrichten Nr. 2 v. Dezember 1912 u. Nr. 3 v. Mai 1913). Die Doppelmitgliedschaften wurden schließlich durch ein gemeinsames Abkommen von Reichshammerbund und Germanenorden dahingehend geregelt, daß Hammerbündler, die in den Germanenorden übertraten, nicht aufhörten, Mitglieder des Reichshammerbundes zu sein. Reichshammerbund-Rundschreiben v. 16. 6. 1914. BA Koblenz, NS 26, 888.
- ³³ Rundschreiben des Germanenordens v. 20. 10. 1916. BA Koblenz, NS 26, 852.
- ³⁴ Allgemeine Ordens-Nachrichten Nr. 10 vom Herbst 1917. Vgl. auch Phelps, »Before Hitler came«, S. 250.
- ³⁵ Hammer Nr. 294 v. 15. 9. 1914.
- ³⁶ Hammer Nr. 264 v. 15. 6. 1913. Bericht über die 2. Hauptversammlung des Reichshammerbundes.
- ³⁷ Eugen Haug, Aufzeichnungen. BA Koblenz, NS 26, 166.
- ³⁸ Rüttinger an Seidel v. 17. 11. 1913. BA Koblenz, NS 26, 885.
- ³⁹ »Die Arbeit der Hammerleute im neuen Jahr«, Hammer Nr. 254 v. 15. 1. 1913.
- ⁴⁰ Nach einem Bericht im Hammer Nr. 279 v. 1. 2. 1914, »Aus der Hammer-Werkstatt«, wurden in den Jahren 1912 und 1913 über 3 Millionen Flugblätter verbreitet.
- ⁴¹ Rundschreiben des Reichshammerbundes v. 16. 6. 1914, BA Koblenz, NS 26, 888.
- ⁴² Hamel, a.a.O., S. 119.
- ⁴³ Vgl. Roth an Clauss v. 8. 2. 1918, Forschungsstelle Hamburg, Fsz. Dv SchTB.
- ⁴⁴ Rundschreiben Roths v. 17. 7. 1914. BA Koblenz, NS 26, 888.
- ⁴⁵ Rundschreiben Roths v. 20. 7. 1914. Ebd.
- ⁴⁶ Theodor Fritsch, Der Weltkrieg, in: Hammer Nr. 293 v. 1. 9. 1914, und Rundschreiben des Reichshammerbundes v. 28. 8. 1914, Forschungsstelle Hamburg, Fsz. RHB. Vgl. auch Hammer Nr. 294 v. 15. 9. 1914. — Fritsch schreibt u. a.: »War es nicht wirklich so, daß das Leben seinen Wert verlor unter diesem einschläfernden Gleichmaß der Friedens-Tätigkeit? Was

- konnte Manneskraft und Mannesmut noch bedeuten in dieser ewigen Tretmühle des Geldverdienens, dieser schalen Einförmigkeit der gerühmten und doch so langweiligen ›Kultur-Fortschritte‹? . . . So bedeutet der Krieg für uns eine Erlösung.«
- 47 Forschungsstelle Hamburg, Fsz. RHB. Vgl. Hammer Nr. 294 v. 15. 9. 1914 sowie Kriegs-Flugblätter des Hammer-Bundes Nr. 1. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis.Organisationen.
- 48 Sogleich attestierte er den Juden Feigheit im Kampf und Drückebergerei in der Etappe und in der Heimat. Alfred Roth, So sah ich den Krieg, Briefe aus dem Felde und aus Lazaretten, Leipzig 1930, S. 99 f., 115 u. 118.
- 49 Siehe S. 72 f.
- 50 Roth, So sah ich den Krieg, S. 122 f. u. 129 f.
- 51 Ebd., S. 149 f.
- 52 Hammer Nr. 316 v. 15. 8. 1915
- 53 Reichshammerbund-Hauptgeschäftsstelle an Rüttinger v. 30. 12. 1916. BA Koblenz, NS 26, 888.
- 54 Forschungsstelle Hamburg, Fsz. RHB.
- 55 Vgl. S. 49.
- 56 Theodor Fritsch, Nationaler Sammelruf, in: Hammer Nr. 351 v. 1. 2. 1917.
- 57 Am 16. 3. 1916 versandte Roth im Namen des Reichshammerbundes eine Eingabe an sämtliche deutschen Bundesfürsten, die scharfe Angriffe gegen die Reichs- und Kriegsgesellschaften enthielt. (Hammerflugblatt Nr. 189 und Roth, So sah ich den Krieg, S. 217–225). Am 23. 6. 1916 protestierte Theodor Fritsch beim Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, v. Batocki, gegen den angeblichen »Wucher« der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft. (Otto Armin, d. i. Alfred Roth, Die Juden in den Kriegs-Gesellschaften und in der Kriegs-Wirtschaft, München 1921, S. 20). Im Herbst 1916 verschickte Roth ein Schreiben an zahlreiche Reichstagsabgeordnete, in dem er die Person und die Politik des Reichskanzlers von Bethmann Hollweg angriff. (Reichshammerbund-Tätigkeitsbericht vom April 1917, Forschungsstelle Hamburg, Fsz. RHB). Am 10. Januar 1917 wandte sich Roth mit einer Eingabe persönlich an den Reichskanzler. (DZA Potsdam, Nachlaß Gebattel, Beilagen). Über diese Adresse an Bethmann Hollweg kam es zu einem ersten Kontakt zwischen Roth und Gebattel, der dessen Eingabe guthieß. (Gebattel an Roth v. 28. 4. 1917 und Roth an Gebattel v. 30. 4. 1917, DZA Potsdam, Nachlaß Gebattel).
- 58 Roth, Leitsätze zum Vortrage am 23. September 1917 in der Tonhalle zu Duisburg, Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 59 Rundschreiben des Bundeswartes des Reichshammerbundes v. 12. 11. 1918, Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 60 Roth an Deutsche Vaterlandspartei, an Deutschkonservative Partei, an Deutschvölkische Partei, alle v. 10. 11. 1918. Ebd.
- 61 DNVP-Geschäftsstelle an Roth v. 19. 11. 1918. Ebd.
- 62 Roth an einen deutschvölkischen Parteifreund vom 2. 1. 1919. Ebd.
- 63 Siehe S. 348, Anm. 129.
- 64 Roth, Gedanken zur Judenfrage v. 25. 11. 1918, verschickt an die Mitglieder des Ausschusses für die Judenfrage am 2. 12. 1918. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 65 Gebattel an Claß v. 6. 12. 1918. DZA Potsdam, ADV, 491.

- ⁶⁶ Fritz an Jacobsen v. 6. 1. 1919. (Ebd.). Roth wurde für die ersten beiden Jahre ein festes Jahresgehalt von 15 000,— Mark zugesagt.
- ⁶⁷ Bericht Lohmanns über die Verhandlungen des alldeutschen »Judenausschusses« auf der Bamberger Tagung des Alldeutschen Verbandes. Sitzungsprotokoll, DZA Potsdam, ADV, 122/1.
- ⁶⁸ Siehe S. 81 f.

5. Kapitel

- ¹ Zur Entstehung der Antisemitenparteien vgl. Wawrzinek, a.a.O., S. 71—83. Für die weitere Entwicklung des parteipolitischen Antisemitismus vgl. Paul W. Massing, Vorgeschichte des politischen Antisemitismus, Frankfurt a. M. 1959, (Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Bd. 8), S. 80—95 u. 118—122; Peter G. J. Pulzer, Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914, Gütersloh 1966, S. 93—107 u. 155—162. Nachdrücklich sei auf die bereits zitierte maschinenschr. Diss. Broszats, Die antisemitische Bewegung, hingewiesen (vor allem S. 86—118).
- ² Böckel und der radikale antisemitische Agitator Hermann Ahlwardt waren aus der Reichstagsfraktion der Deutschsozialen Reformpartei ausgeschlossen.
- ³ Ferdinand Werner war der Sohn eines Schlossermeisters. Er wuchs in Gießen auf, das zu jener Zeit zusammen mit den wirtschaftlich rückständigen Gebieten Nordhessens ein fruchtbares Agitationsfeld der Antisemiten darstellte. Nach dem Studium der Fächer Geschichte, Germanistik und neuere Sprachen an der Gießener Universität trat Werner 1900 in den hessischen Schuldienst ein. Schon als Gymnasiast antisemitisch eingestellt, machte Werner auch als Lehrer keinen Hehl aus seiner antijüdischen Haltung, was ihm mehrere Versetzungen eintrug, bis er 1910 nach Butzbach gelangte. Vgl. Eugen Schmahl u. Wilhelm Seipel, Entwicklung der völkischen Bewegung, Die antisemitische Bauernbewegung in Hessen von der Böckelzeit bis zum Nationalsozialismus, Entwicklung der nationalsozialistischen Bauernbewegung in Hessen, Gießen o. J. [1933], S. 126—128.
- ⁴ DSBl Nr. 24 v. 25. 3. 1914.
- ⁵ Aufklärungsschriften des Reichsverbandes der deutsch-völkischen Partei Nr. 6 (155) v. Juni 1914, »Pflichten«.
- ⁶ Zum Auftakt des Jahres 1917 verkündete der antisemitische Literaturprofessor Adolf Bartels triumphierend in den »Deutschvölkischen Blättern«, daß der Krieg zwar die erwarteten Erfolge zur äußeren Sicherung der deutschen Zukunft noch nicht gebracht, immerhin aber eines schon erreicht hätte: »Wort und Begriff ›deutschvölkisch‹ sind gang und gäbe geworden«. Deutschvölkische Blätter (künftig DvBl) Nr. 1 v. 5. 1. 1917.
- ⁷ DvBl Nr. 1 v. 5. 1. 1917. — Das Hakenkreuz erfreute sich seit 1917 eines immer stärker werdenden Interesses. Im Märzheft der völkischen, deutschchristlichen Zeitschrift »Neues Leben« (Heft 9, 1917) veröffentlichte Theobald Bieber einen Aufsatz über »Ursprung und Bedeutung des Hakenkreuzes«. Im selben Jahr 1917 erschien Ludwig Wilers Schrift »Das Hakenkreuz nach Ursprung, Vorkommen und Bedeutung« im Sis-Verlag in Zeitz. Beide Veröffentlichungen erlebten nach dem Zusammenbruch mehrere Neuauflagen. Vgl. auch DZ Nr. 606 v. 1. 12. 1917, »Das Hakenkreuz«.

- ⁸ Vgl. DvBl Nr. 46 v. 15. 11. 1918, »Unsere deutschvölkische Arbeit wird fortgesetzt!« u. Nr. 50 v. 13. 12. 1918, »Parteigenossen!«.
- ⁹ DZA Potsdam, ADV, 491.
- ¹⁰ DvBl Nr. 52 v. 27. 12. 1918.
- ¹¹ DvBl Nr. 51 v. 20. 12. 1918 u. Nr. 52 v. 27. 12. 1918.
- ¹² Vgl. DvBl Nr. 1 v. 3. 1. 1919. Das erste Flugblatt des Bundes »Von der Hohenzollern- zur Judenherrschaft« erschien noch im Dezember 1918. Abgedruckt in: Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 1, S. 5–9.
- ¹³ DvBl Nr. 14 v. 4. 4. 1919. Der Deutschvölkische Bund forderte: »1. Ein deutsches Gesetz gegen jüdische Zuwanderung. 2. Schaffung eines Fremdenrechts für die Juden. 3. Errichtung einer rechtlich gesicherten Heimstätte der Juden in ihrem Vaterland Palästina. 4. Bekämpfung des unheilvollen jüdischen Einflusses auf unser geistiges, sittliches und wirtschaftliches Leben. 5. Amtliche Übersetzung der jüdischen Religionsvorschriften und Prüfung ihres Inhalts. 6. Weitgehende Förderung aller Bestrebungen zur Hebung der rassistischen, wirtschaftlichen, und seelischen Gesundheit des deutschen Volkes.«
- ¹⁴ Der am 2. Juni 1877 in Dilldorf bei Kupferdreh als Sohn eines Bäckermeisters geborene Friedrich Wieggershaus war als kaufmännischer Angestellter tätig gewesen. 1909 leitete er die Ortsgruppe Elberfeld des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, aus dem er jedoch noch vor dem Kriege ausschied. 1912 erscheint Wieggershaus als Vorstandsmitglied des Landesverbandes Westmark der Deutsch-Sozialen Partei und als Leiter der Elberfelder Ortsgruppe. Seit 1916 führte er den vereinigten Landesverband der Deutschvölkischen Partei. Seit Frühjahr 1919 war Wieggershaus deutschnationaler Stadtverordneter in Elberfeld. Vgl. DSBl Nr. 75 v. 18. 9. 1909, Nr. 78 v. 28. 9. 1912; DvBl Nr. 9 v. 29. 1. 1916, Nr. 10 v. 14. 3. 1919.
- ¹⁵ Der Bundesleitung gehörten an als 1. Vorsitzender der Oberlehrer Dr. Ferdinand Werner aus Butzbach (Hessen); als 2. Vorsitzender der Stadtverordnete und Kaufmann Friedrich Wieggershaus aus Elberfeld; als Schriftführer Johannes Henningsen aus Hamburg, der seit 1900 der Deutsch-Sozialen Partei als Generalsekretär für den Landesverband Nordmark, dann für die gesamte Reichsorganisation gedient hatte; als Beisitzer Arthur Götting aus Alt-Rahlstedt bei Hamburg, der seit 1900 in der Deutsch-Sozialen Partei in Hamburg und im Landesverband Nordmark als Vorsitzender, Geschäftsführer und Schriftführer fungiert hatte, der Kaufmann Heinrich Thams aus Hamburg, der seit 1910 den Landesverband Nordmark der Deutsch-Sozialen Partei geführt hatte, der Oberpostsekretär Gerhard Börner aus Dresden, der im März 1914 auf seiten der Deutschen Reformpartei die Einigungsverhandlungen geleitet hatte, sowie der Gutspächter Otto Wittich aus Römersberg (Hessen), der schon 1912 der Deutsch-Sozialen Partei angehört hatte und Vorstandsmitglied des Landesverbandes Kurhessen und Waldeck gewesen war. Vgl. u. a. DSBl Nr. 34 v. 27. 4. 1910, Nr. 14 v. 17. 2. 1912, Nr. 33 v. 24. 4. 1912, Nr. 78 v. 28. 9. 1912, Nr. 5 v. 18. 1. 1913, Nr. 33 v. 23. 4. 1913, Nr. 24 v. 25. 3. 1914, Nr. 32 v. 22. 4. 1914.
- ¹⁶ Siehe S. 82 ff.

6. Kapitel

- ¹ Vgl. die Eintragungen Julius Marx' vom 7. 9. 1914 u. 5. 10. 1914 in sein Kriegstagebuch. Julius Marx, Kriegstagebuch eines Juden, 2. Aufl., Frankfurt a. M. 1964, S. 21 u. 32.
- ² Vgl. S. Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880–1940, Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten, Tübingen 1959, (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Institute of Jews from Germany, 1), S. 64 f.
- ³ Georg Fritz, Die Ostjudenfrage, Zionismus und Grenzschluß, 4–6. Tsd., München 1915.
- ⁴ U. a. sind für 1915 zu nennen die Aufsätze eines Paphnutius »Die Judenfrage nach dem Kriege« im Septemberheft der »Grenzböten«, von Wolfgang Heinze, Mitglied des Alldeutschen Verbandes, »Ostjüdische Einwanderung« im Oktoberband der Preußischen Jahrbücher (162 [1915], S. 98–177), von Theodor Fritsch »Die fremde Rassenflut« im »Hammer« vom Oktober 1915 (Nr. 319 v. 1. 10. 1915) und von Heinz Klaus »Judenfrage und Deutschtum im Kriege« in der Zeitschrift »Natur und Gesellschaft«, (der Aufsatz erschien noch im selben Jahr als Sonderdruck, Berlin-Lichterfelde 1915). — Die Besprechung dieser Aufsätze im »Hammer« Nr. 323 v. 1. 12. 1915 trug bezeichnenderweise den Titel »Das Neu-Aufleben der Judenfrage«. — 1916 brachte Erich Bischoff eine Schrift mit dem Titel »Klarheit in der Ostjudenfrage, Tatsachen, Gedanken, Grundsätze« heraus; Dresden, Leipzig 1916, (Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft, Heft 28).
- ⁵ Vgl. Adler-Rudel, a.a.O., S. 64 f.
- ⁶ Baumann an Gebattel vom Juni 1917, vgl. auch Gebattel an Claß v. 12. 6. 1917. DZA Potsdam, Nachlaß Gebattel.
- ⁷ G. Seifert, Die Treue ist das Mark der Ehre! Beginn und Entwicklung der ersten norddeutschen Kämpfe der NSDAP in Hannover und Niedersachsen. Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover, Hann. Des. 310 I. G. 1. (künftig StA Hannover).
- ⁸ »Die weißen Blätter« 2. Jg. Heft 2 (Nov. 1915), angeführt bei George L. Mosse, The Crisis of German Ideology, Intellectual Origins of the Third Reich, New York (1964), S. 136.
- ^{8a} Vgl. die nicht unvoreingenommenen Erinnerungen des ehemaligen Direktors des Allgemeinen Kriegsdepartements Ernst von Wrisberg, Erinnerungen an die Kriegsjahre im Königlich Preußischen Kriegsministerium, Bd. 2, Heer und Heimat 1914–1918, Leipzig 1921, S. 93 ff.
- ⁹ Zur Diskussion um die »Judenstatistik« vgl. die Reichstagsdebatte v. 3. 11. 1916. Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, II. Session, Bd. 308, Stenographische Berichte, Berlin 1916, S. 2035–2054. Nach dem Kriege benutzte Alfred Roth in zwei unter Pseudonym veröffentlichten Pamphleten (Dr. Hans Friedrich, Die Juden im Heer, in: Deutschlands Erneuerung 3 (1919), S. 863–868, auch als Sonderdruck erschienen, sowie Otto Armin, Die Juden im Heere, Eine statistische Untersuchung nach amtlichen Quellen, München 1919) die ihm durch Indiskretion zugänglich gemachten statistischen Unterlagen, um außerordentlich heftig gegen das Judentum zu agitieren. Dem traten jüdischerseits entgegen: Walter Leiser, Die Juden im Heer, Eine Kriegsstatistik, Berlin 1919;

Jakob Segall, Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914—1918, Eine statistische Studie, Berlin 1921; Franz Oppenheimer, Die Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums, München 1922.

^{9a} Vgl. S. 64.

¹⁰ Ludwig Geiger, Die deutschen Juden und der Krieg, Berlin o. J. [1915], S. 71, und Marx, a.a.O., S. 118 u. 139. Vgl. auch die Memoiren des jüdischen Journalisten und Wissenschaftlers Gustav Mayer, Erinnerungen, Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung, München (1949), S. 367: »Je länger der Krieg sich hinauszog, um so häufiger erreichte mich die Kunde, daß in der scheinbaren Endlosigkeit des Stellungskrieges deutsche Feldgraue sich von den jüdischen Kameraden, die im Schützengraben neben ihnen lagen, absonderten.«

¹¹ Marx, a.a.O., S. 113.

¹² »Auf Vorposten« 3. Jg. Nr. 12, (Juni 1916).

¹³ Vgl. Hammer, Nr. 31 v. 1. 4. 1916 u. Nr. 345 v. 1. 11. 1916. Zur Geschichte der Fichte-Gesellschaft vgl. Nelson Edmondson, The Fichte Society: A Chapter in Germany's Conservative Revolution, in: The Journal of Modern History 38 (1966), S. 161—180.

¹⁴ Der als Sonderdruck erschienene Gründungsaufwurf des »Deutschen Volksbundes« ist abgedruckt in: Treumund Wälse, Das neue Boden-Recht, Von Bodenbesitz, Bodenreform, Bodenrente, Die Grundlage germanischer Wiedergeburt, Zeitz 1916, S. 34—44. Vgl. Hammer Nr. 351 v. 1. 2. 1917.

¹⁵ Hammer Nr. 359 v. 1. 6. 1917.

¹⁶ Auf Vorposten 5. Jg. Heft 9/10 (März/April 1918), S. 550—553.

¹⁷ Die »Judenordnung« sah u. a. vor, alle Juden mit deutscher Staatsangehörigkeit unter Fremdenrecht zu stellen und sie in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht vollständig aus der deutschen Volksgemeinschaft auszuschließen. Zur Unterscheidung sollten Juden keine deutschen Vor- und Familiennamen mehr führen dürfen, ihre amtlichen Ausweispapiere hatten den Vermerk »Jude« zu tragen; jüdische Geschäfte, Firmen und Unternehmungen sollten den »Stern Davids« auf sämtlichen Geschäftspapieren und als offizielles »Aushängeschild« führen. Als Juden galten nach Müller von Hausen sämtliche Personen, deren Vorfahren am Stichtag 11. März 1912 — Erlaß des Emanzipationsedikts in Preußen — der jüdischen Religionsgemeinschaft angehört hatten. Auf Vorposten 6. Jg. Heft 1—3, (Juli—September 1918), S. 72—76. Die »Deutsche Judenordnung« wurde dann in einer noch erweiterten Fassung als Sonderdruck herausgebracht und erschien auch als Anhang zu den von Müller von Hausen herausgegebenen »Die Geheimnisse der Weisen von Zion«. Siehe dazu S. 178.

¹⁸ Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB. Dolle an Lehmann v. 4. 11. 1918.

¹⁹ Forschungsstelle Hamburg, Fsz. Völkische Bewegung.

²⁰ Gebtsattel an Dolle v. 6. 11. 1918 u. Dolle an Gebtsattel v. 12. 11. 1918, Ebd.

²¹ Lehmann an Dolle v. 2. 11. 1918, Ebd.

²² Roth an Dolle v. 30. 10. 1918 u. Dolle an Roth v. 2. 11. 1918, Forschungsstelle Hamburg, Fsz. RHB.

7. Kapitel

- ¹ Roth an Thimm v. 12. 4. 1919 u. Roth an Berlin v. 21. 4. 1919. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB. — Zur Haltung des Deutschvölkischen Bundes vgl. S. 83. Die dem Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband nahestehende Fichte-Gesellschaft von 1914 folgte mit ihrer Ablehnung nur dem Beispiel des Handlungsgehilfen-Verbandes. Vgl. die folgende Anm.
- ² Roth an Berlin v. 21. 4. 1919 und Roth an Frentzel v. 26. 4. 1919. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB. — Allein der Deutschvölkische Bund, der sich zwar auf seinem ersten Bundestag am 30. März 1919 für ein Zusammengehen der völkischen Vereinigungen ausgesprochen hatte, verhielt sich zurückhaltend, als er sich durch den Elan des neuen Bundes überspielt sah. Zu diesem Zeitpunkt scherte der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband völlig aus der völkischen Bewegung aus. Er sperrte die Spalten seiner Verbandszeitung, der »Deutschen Handels-Wacht«, für Anzeigen des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes. Ebd.
- ³ Niederschrift über die Beratungen am 22. Juni 1919 in Berlin zur Bildung einer Gemeinschaft der deutschvölkischen Bünde. DZA Potsdam, ADV, 491.
- ⁴ DvBl Nr. 25 v. 18. 7. 1919. Einige Bedeutung kommt außer Schutz- und Trutz-Bund, Reichshammerbund, Deutschbund und Deutschvölkischem Bund vor allem dem noch Ende 1918 in Berlin vom ehemaligen Armierungssoldaten Josef Pelzer gegründeten Ausschuß für Volksaufklärung zu, der im Revolutionswinter 1918/19 in Berlin eine außerordentlich wirksame antisemitische Agitation entfaltet hatte. — Ebenfalls im Winter 1918/19 hatte der Diplomingenieur Fritz Helm den Orden für arisches Wesen gegründet, der als Führerrat für die völkische Bewegung konzipiert war, dann aber sang- und klanglos im Schutz- und Trutz-Bund aufging. Die übrigen Bünde entstammten der Vorkriegszeit. Sie waren aber kaum in Erscheinung getreten, wenn man einmal von den Versuchen völkischer Siedlungsgemeinschaften der Deutschen Erneuerungs-Gemeinde absieht, einer Vereinigung, die auf Theodor Fritsch und die Hammer-Zeitschrift zurückgeht.
- ⁵ Gebtsattel an Claß v. 25. 7. 1919. DZA Potsdam, ADV, 205.
- ⁶ Rundschreiben der Geschäftsleitung der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde v. 31. 5. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ⁷ Roth an die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde v. 16. 6. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ⁸ In Charlottenburg existierte ein Deutschvölkischer Block unter der Leitung des Schutz- und Trutz-Bündlers Dr. Hermann Lemberg und in München eine Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft unter der Leitung des Schutz- und Trutz-Bündlers Dr. Wilhelm Rohmeder. Beide Verbände faßten die regionalen völkischen Gruppen zusammen.
- ⁹ In dem Rundschreiben der Geschäftsleitung der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde v. 31. 5. 1920 wird nachdrücklich bedauert, »daß das Bestehen und das Zusammenwirken der ›Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde‹ noch wenig bekannt ist, und daß insbesondere über deren Grundlagen auch in den eigenen Reihen nicht volle Klarheit herrscht«. DZA Potsdam, ADV, 490.

- ^{9a} Alfred Roth, *Das sollt Ihr tun!*, Stade 1921, S. 27—30 und Alfred Roth, *Der Deutsche Tag*, in: *Deutschvölkisches Jahrbuch*, 3. Jg. 1922, S. 94—98.
- ¹⁰ Siehe dazu S. 128 f.
- ^{10a} Otto an Rüttinger v. 7. 2. 1919. BA Koblenz, NS 26, 888.
- ¹¹ Noch im Mai 1919 ging den Reichshammerbundortsgruppen ein ausführlicher Gliederungs- und Arbeitsplan zum Auf- und Ausbau ihrer Organisationen zu. Rundschreiben des Bundeswartes v. 25. 5. 1919. Ebd.
- ¹² Hauptgeschäftsstelle des Reichshammerbundes an die Ortsgruppe Nürnberg v. 5. 6. 1919. Ebd.
- ¹³ Hauptgeschäftsstelle des Reichshammerbundes an die Ortsgruppe Nürnberg v. 12. 7. 1919. Ebd.
- ¹⁴ Vgl. Hoffmann an Pott v. 12. 8. 1919. BA Koblenz, NS 26, 886; und Hauptgeschäftsstelle des Reichshammerbundes an die Ortsgruppe Nürnberg v. 13. 9. 1919. Schon am 2. 9. 1919 hatte die Hauptgeschäftsstelle derselben Ortsgruppe mitgeteilt, »daß in Hamburg irgendwelche organisatorischen Unterschiede zwischen R.H.B. und Schutz- und Trutz-Bund nicht mehr gemacht werden«. BA Koblenz, NS 26, 888.
- ¹⁵ Vgl. Roth an Gebtsattel v. 7. 3. 1919. Die Aktivierung des Reichshammerbundes stieß nicht ganz zu Unrecht auf das Mißtrauen von Claß und Gebtsattel. Gebtsattel an Claß und an Roth v. 10. 3. 1919. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ¹⁶ Siehe S. 95.
- ¹⁷ Im Mai 1919 war die Reichshammerbundführung an Hamburger Industrieunternehmen herantreten und hatte um die Erlaubnis ersucht, Flugblätter und Handzettel des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes unter deren Arbeiterschaft verteilen zu dürfen. Reichshammerbundrundschreiben v. 25. 5. 1919 Forschungsstelle Hamburg, Fsz. RHB.
- ¹⁸ Vgl. die S. 91—93 angeführten Beispiele für die Mitarbeit von Hammerbundmitgliedern und -gruppen beim Aufbau von Ortsgruppen und Gauen des Schutz- und Trutz-Bundes.
- ¹⁹ Vgl. Roths Schriftwechsel vom Frühsommer 1919 (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB) und Roths »Leitsätze für den Zusammenschluß des Deutschvölkischen Bundes und des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes« v. 20. 9. 1919 (DZA Potsdam, ADV, 491).
- ²⁰ Vgl. Hammer Nr. 429 v. 1. 5. 1920 sowie das letzte Rundschreiben der Reichshammerbund-Ortsgruppe Nürnberg an ihre Mitglieder v. 12. 4. 1920. BA Koblenz, NS 26, 888.
- ²¹ Siehe S. 70.
- ²² Roth an Nissen v. 19. 4. 1919. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ²³ Schon auf der Berliner Tagung der antisemitischen Verbände am 22. Juni 1919, auf der die Bildung einer Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde beraten wurde, hatte der Vertreter des Deutschvölkischen Bundes davor gewarnt, einen neuen Bund zum Träger einer Sammelbewegung zu machen, und erklärt, der Deutschvölkische Bund sei der ältere und darum könne von ihm eine Eingliederung nicht verlangt werden. »Niederschrift über die Beratungen am 22. Juni 1919 in Berlin zur Bildung einer Gemeinschaft der deutschvölkischen Bünde«. DZA Potsdam, ADV, 491.
- ²⁴ Der Deutschvölkische Bund sperrte schließlich dem Schutz- und Trutz-Bund sogar die verbandseigenen »Deutschvölkischen Blätter«, während dieser bei den alldeutschen Zeitungen, der »Deutschen Zeitung« und den »All-

- deutschen Blättern«, darauf drang, ihrerseits keine Anzeigen des Deutschvölkischen Bundes mehr aufzunehmen. Roth an Claß v. 8. 7. 1919. Ebd.
- 25 In Nürnberg, wo Roth sowohl im Mai als auch im Juni 1919 vor den Mitgliedern des Reichshammerbundes, des Schutz- und Trutz-Bundes und des Deutschvölkischen Bundes gesprochen hatte, war es schon im August zu einer Arbeitsgemeinschaft der drei genannten Bünde gekommen. Die Deutschvölkische Ortsgruppe forderte in einem Rundschreiben an die Hauptleitung und die anderen Ortsgruppen des Deutschvölkischen Bundes v. 5. 9. 1919 diese auf, sich einem Zusammenschluß mit dem Schutz- und Trutz-Bund nicht zu widersetzen. BA Koblenz, NS 26, 844.
- 26 In seiner Denkschrift »Der Zusammenschluß des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes und des Deutschvölkischen Bundes« vom 30. 7. 1919 forderte Roth u. a. die Aufgabe persönlicher Führungsansprüche und die Abkehr von dem Nebeneinander der vielen völkischen Verbände, denn den gegenwärtigen Zuständen könne nur durch ein »Zusammenschweißen aller volksdeutschempfindenden Menschen zu einer einheitlichen und geschlossenen Schlachtreihe« begegnet werden. DZA Potsdam, ADV, 489.
- 27 DvBl Nr. 37 v. 2. 10. 1919.
- 28 »Leitsätze für den Zusammenschluß des Deutschvölkischen Bundes und des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes«. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 29 DvBl Nr. 37 v. 2. 10. 1919.
- 30 Vgl. Wiegershaus an Hertzberg v. 10. 5. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 31 Vgl. Roth an Claß v. 17. 4. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 32 Rundschreiben Roths an die Beiratsmitglieder v. 21. 9. 1919. DZA Potsdam, ADV 489.
- 33 Rundschreiben Roths an die Beiratsmitglieder v. 21. 9. 1919, (DZA Potsdam, ADV, 489), und Alfred Roth, Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, Eine Erinnerungsschrift, Hamburg 1939, S. 15.
- 34 Vorläufiger Geschäftsbericht des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes vom September 1920, (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB), und Roth, Aus der Kampfzeit, S. 15. — Zum »Verband zur Befreiung vom Judenjoch« vgl. DvBl Nr. 28 v. 1. 8. 1919.
- 35 Ebd.
- 36 Ebd.
- 37 Vgl. S. 74. Volksbundgruppen gab es u. a. noch in Jena, Königsberg, Nürnberg und Regensburg. In Regensburg war der Volksbund ebenfalls dem Schutz- und Trutz-Bund angeschlossen. Schreiben des Geschäftsführers des Nürnberger Volksbundes an Ramin v. 25. 6. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 38 Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle des Schutz- und Trutz-Bundes v. 5. 8. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 490). Danach zählte der Deutsche Volksbund in Berlin etwa 3000 Mitglieder.
- 39 Siehe S. 74.
- 40 Jacobsen an die Mitglieder des »Judenausschusses« v. 24. 10. u. 2. 11. 1918. DZA Potsdam, ADV, 508/1.
- 41 Gebattel an Claß v. 28. 12. 1918. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 42 Jacobsen an Gebattel v. 8. 2. 1919. DZA Potsdam, ADV, 489.
- 43 Claß teilte am 18. 4. 1919 Gebattel mit, daß er Jacobsen »gründlich ein-geheizt« habe. DZA Potsdam, ADV, 491.

- 44 Rundschreiben Jacobsens v. 12. 5. 1919. Ebd.
- 45 »Bundessatzung festgestellt durch die begründende Versammlung am Ostersonntag, den 20. April 1919«. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 46 Jacobsen war Mitglied einer Freimaurerloge. Zudem hatte er die Bundessatzung in Anlehnung an die Gedankengänge konzipiert, die der Berliner Privatdozent Dr. Paul Köthner in seinen unter dem Pseudonym Renatus Ram herausgegebenen Schriften vertrat und die den Logen bei der völkischen Erneuerung Deutschlands eine entscheidende Rolle zumaßen. Jacobsen an Claß v. 1. 5. 1919. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 47 Vgl. den geheimen Zusatz zur Bundessatzung, undatiert, DZA, Potsdam, ADV, 492.
- 48 Jacobsen an Claß v. 17. 5. 1919. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 49 Werbeschreiben Jacobsens v. 30. 4. 1919 und Jacobsen an Claß v. 1. 5. 1919. Ebd.
- 50 Claß an Jacobsen v. 20. 5. und 23. 6. 1919, in letzterem Schreiben teilte Claß Jacobsen die Namen der von ihm Geworbenen, meist führende Alldeutsche, mit. Ebd.
- 51 Siehe S. 256 f.
- 52 Vgl. das Schreiben des führenden »Bund«-Mitgliedes Müllenhoff an Bang v. 25. 1. 1920, in dem er sich bei der alldeutschen Führung über die ziel- und planlose Arbeit im »Bund« und die allzu große Beeinflussung Jacobsens durch Köthner beschwert. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 53 Jacobsen trat dieses Amt gar nicht mehr an, da er, als die Polizei die Plakate mit der Bekanntmachung seiner Ernennung beschlagnahmte, Hamburg verließ. Lothar Danner, Ordnungspolizei Hamburg, Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933, Hamburg 1958, S. 38 f.
- 54 Gebattel an Claß v. 16. 7. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 55 Müllenhoff an Claß v. 5. 9. 1920. Ebd.

8. Kapitel

- 1 Roth an Claß v. 1. 5. 1919. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 2 Rundschreiben Roths an die Beiratsmitglieder v. 13. 8. 1919. Ebd. — In Stuttgart, ursprünglich als Sitz des Bundes vorgesehen, war schon frühzeitig eine Geschäftsstelle unter dem Schriftleiter der »Süddeutschen Zeitung« Anton Rösch entstanden. Dort trat der Deutsche Schutz- und Trutzbund als Landesverein Württemberg bereits zu Anfang des Jahres 1919 noch vor der eigentlichen Gründung des Bundes auf. Vgl. Rösch an Claß v. 24. 3. 1919. Ebd.
- 3 Der am 7. Dezember 1919 in den Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund eintretende Ingenieur Franz Petri erhielt die Mitgliedsnummer 26 353. »Ausweise aus dem politischen Werdegang des Ingenieurs Franz Petri in Cottbus«. BA Koblenz, NS 26, 149. — Die ersten Nummern, etwa 5000, waren für die Reichshammerbündler reserviert, die unter ihrer Hammerbund-Nummer gleichzeitig als Mitglieder des Schutz- und Trutzbundes geführt wurden. Vgl. Otto, Hauptgeschäftsstelle des RHB, an Rüttinger v. 13. 9. 1919. BA Koblenz, NS 26, 888.
- 4 Rundschreiben Roths an die Beiratsmitglieder v. 1. 12. 1919 u. Listen der bestehenden, in Arbeit befindlichen u. in Aussicht genommenen Ortsgruppen, Stand 1. 12. 1919. DZA Potsdam, ADV, 490 und 489.

- 5 Mitgliedskarte Gottfried Hussy, Köln, Nr. 45 128 ausgestellt am 12. 2. 1920. BA Koblenz, NS 26, 514.
- 6 Mitgliedskarte Werner Dietz, Altona, Nr. 70 191, ausgestellt am 31. 5. 1920. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 7 In einem Rundschreiben v. 18. 11. 1920 teilte Roth den Gauen und Ortsgruppen mit, »daß die im August aufgenommenen neuen Mitglieder die Stammrollen-Nummern 86 940—95 645 tragen«. DZA Potsdam, ADV 490. — Der am 18. 8. 1920 in den Bund eintretende Willi Jussen, Köln, erhielt die Nummer 95 416. Vernehmung Jussen v. 3. 7. 1922. National Archives Washington, Microcopy T — 253 / 15 / 1 465 474.
- 8 Die in den Monaten September bis Anfang November 1920 Eintretenden erhielten die Mitgliedsnummern 95 701 bis 107 400. Rundschreiben Roths an die Ortsgruppen, Gauen und Geschäftsstellen v. 14. 1. 1921 (DZA Potsdam, ADV, 490). So erhielt der am 7. 9. 1920 eintretende Hermann Sawallich, Frankfurt, die Nr. 96 884. Sawallich an die Gauleitung der NSDAP Hessen-Nassau v. 6. 2. 1937. BA Koblenz, NS 26, 532.
- 9 Vgl. Roth, Betrachtungen zur Beitragsfrage v. 1. 8. 1921, DZA Potsdam, ADV, 492.
- 10 Vgl. Hertzberg an Roth v. 3. 1. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493. — Der im Dezember 1921 in den Schutz- und Trutz-Bund eintretende Hans Wagner, Küstrin, erhielt die Mitgliedsnummer 147 998. Hans Wagner, Kampferlebnisse u. Politischer Werdegang, v. Januar 1937. BA Koblenz, NS 26, 530.
- 11 Siehe S. 112.
- 12 Im Juni 1921 waren seit der Gründung des Bundes ca. 25 000 Mitglieder aus den Listen gestrichen worden. Roth an die Bundesvorstandsmitglieder v. 28. 6. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 13 Protokoll der Bundesvorstandssitzung v. 28. 1. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 14 DvBl Nr. 15 v. 15. 4. 1922.
- 15 In einem in den Akten des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung befindlichen, von Roth handschriftlich ausgefüllten undatierten Vordruck gibt Roth die Mitgliederzahl mit »etwa 160 000« an. In einem Schreiben an den Staatsgerichtshof v. 18. 11. 1922 erklärt Roth, der Bund habe »in seinen Mitgliederlisten über 180 000 Namen verzeichnet«. Der Reichskommissar selbst arbeitete mit der Zahl von 180 000. (Reichskommissar an Staatsgerichtshof v. 30. 11. 1922). Alles DZA Potsdam, RKO 329. Die von Kruck, a.a.O., S. 132, genannte, quellenmäßig nicht belegte Zahl von »annähernd 300 000« ist in jedem Fall zu hoch gegriffen, wenn auch Roth selbst 1939 in seiner Erinnerungsschrift (Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, S. 27) von »fast eine Viertelmillion« sprach.
- 16 Siehe dazu die folgenden Ausführungen S. 91—99.
- 17 Hierzu wie zu dem Folgenden »Richtlinien und Winke für unsere Mitarbeiter«, undatiert, etwa Mai 1920 (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB) und »Gliederungs- und Geschäftsordnung sowie Bestimmungen für den Vertretertag des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes« vom August 1920 (DZA Potsdam, ADV, 489).
- 18 Vgl. S. 119.
- 19 In Stuttgart hatte seit 1906 ein aus der Jungdeutschen-Bund-Bewegung

hervorgegangener Hammerbund bestanden, dessen Leitung Eugen Haug seit 1909 innehatte. Beide, Eugen Haug und Alfred Autenrieth, waren über den »Deutschen Jugendbund« bzw. »Jungdeutschen Bund« der Jahrhundertwende zum Hammerbund gestoßen. Eugen Haug, Aufzeichnungen zur Vorgeschichte der Entstehung der NSDAP in Stuttgart (BA Koblenz, NS 26, 166) und Alfred Autenrieth, Autobiographie über meine Tätigkeit in der völkischen Bewegung und besonders in der NSDAP von 1920/1923 (BA Koblenz, NS 26, 1207). Siehe auch S. 57 f.

- ²⁰ Zur Entwicklung des Schutz- und Trutz-Bundes in Nürnberg vgl. den Schriftwechsel Rüttingers mit der Hauptgeschäftsstelle des Reichshammerbundes in Hamburg vornehmlich 1919 (BA Koblenz, NS 26, 888) und den autobiographischen Bericht Rüttingers »Von 1904 bis 1937« (BA Koblenz, NS 26, 886). Zur weiteren Entwicklung der Nürnberger Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes siehe S. 113 f.
- ²¹ Vgl. Ortsgruppenverzeichnis des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ²² Zur regionalen Verbreitung des Schutz- und Trutz-Bundes vgl. S. 118 ff.
- ²³ So kam es etwa in Coburg im Anschluß an eine DNVP-Versammlung, auf der das Beiratsmitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Artur Dinter über die Judenfrage gesprochen hatte, auf Anregung Dinters zu einer Ortsgruppengründung des Schutz- und Trutz-Bundes. Völkischer Beobachter (künftig VB) Nr. 16 v. 25. 2. 1920.
- ²⁴ Deutschvölkische Warte (künftig DvW) Nr. 2 vom April 1920.
- ²⁵ Vgl. Alfred Roths »Bericht über die bisherige Entwicklung des Bundes« am 2. 10. 1920 auf dem Deutschen Tag in Weimar. DvBl Nr. 41 v. 7. 10. 1920.
- ²⁶ Vertrauliches Rundschreiben Roths an die Gauwarte v. 3. 7. 1921, DZA Potsdam, ADV, 492.
- ²⁷ Handschriftliche Eintragung Roths in dem bereits erwähnten, in den Akten des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung befindlichen Vordruck. Siehe S. 361, Anm. 15. In seiner Erinnerungsschrift (Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes, S. 17) von 1939 gibt Roth eine detaillierte Übersicht über die regionale Verteilung von insgesamt 809 Ortsgruppen. Diese Zahl scheint ziemlich hoch gegriffen zu sein. Sie kann allerdings annähernd erreicht werden, wenn man die vielen schon nach kurzer Zeit wieder in Auflösung verfallenen Ortsgruppen mit in Rechnung stellt.
- ²⁸ Tätigkeitsbericht Alfred Roths »Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1920/21.« Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ²⁹ Vorläufiger Geschäftsbericht des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes bis zum 1. Juli 1920. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ³⁰ Vgl. Vorstandsliste DvBl Nr. 10 v. 10. 3. 1921. Als letzter Gau wurde der Landesverband Schlesien im April 1921 gegründet. VB Nr. 36 v. 8. 5. 1921.
- ³¹ »Gliederungs- und Geschäftsordnung sowie Bestimmungen für den Vertretertag des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes«. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ³² Vgl. Rundschreiben Roths an die Ortsgruppenvorstände v. 6. 1. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ³³ So führte Roth z. B. in der 1920 vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund herausgebrachten Broschüre »Unser Wollen — unsere Aufga-

be« Hamburg o. J. — sie erschien 1921 in einer nur unwesentlich erweiterten Form unter dem Titel »Unser Wollen — unsre Arbeit, Eine Antwort auf die Frage nach Zweck und Ziel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes«, — aus: »Die Frage nach den Zielen im einzelnen ist müßig. Sie stellen, heißt verkennen, worauf es ankommt. Es ist ein Leichtes, für jede Ausstrahlung deutschen Lebens bestimmte Forderungen aufzustellen, nach Art der politischen Parteien gewisse Programmsätze zu verkünden und so gewissermaßen eine Zentralpartei — die deutsche Partei — zu schaffen, deren Wirken darnach eingerichtet wird. Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Programme haben die gewisse Folge, daß sie entweder als zu weitgehend oder als zu engherzig empfunden werden, und darum oft weit mehr trennen als vereinen. Wir aber erblicken den Kern unseres Wirkens darin, daß wir zunächst und vor allem versuchen müssen, das Leben unseres Volkes organisch zu erfassen und alles auszuräumen, was einer solchen organischen Entwicklung im Wege steht.«

- 34 Vgl. »Richtlinien und Winke für unsere Mitarbeiter«, undatiert (ca. Mai 1920). Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 35 Für das Verhältnis von Hauptgeschäftsstelle und Ortsgruppen bzw. Gaue besonders kennzeichnend ist ein Rundschreiben Roths an alle Gaue und Ortsgruppen v. 9. 8. 1920, in dem Roth sich gegen »die neuerdings des öfteren hervortretenden Vorwürfe des Bürokratismus und des umständlichen Verwaltungsapparates« verteidigt und u. a. ausführt: »Wenn die Ortsgruppen überall das Bewußtsein für die inneren Zusammenhänge des Bundes hätten, so würden gewiß dadurch manche Mißhelligkeiten vermieden werden können, die jetzt hervortreten, weil eben gar zu oft übersehen wird, daß der Bund und nicht die Ortsgruppen der eigentliche Träger der Idee ist und demgemäß auch von den Mitgliedern angesehen wird. Erst muß der Bund bestehen, ehe seine Ortsgruppen in Wirksamkeit treten können; darum muß auch zunächst der Bestand des Bundes gesichert werden«. DZA Potsdam, ADV, 490.
- 36 Bericht vom Deutschen Tag in DvW Nr. 4 vom November 1920.
- 37 Claß hatte dieses Amt zunächst dem ihm seit den Deutschbundtagen eng verbundenen Georg von Stössel angetragen, der jedoch glaubte, »angesichts der Größe u. Bedeutung des mir angebotenen Amtes«, aus Gesundheitsrücksichten »schweren Herzens« ablehnen zu müssen. Immerhin stellte er sich dem neuen Bund als Beiratsmitglied zur Verfügung. (Stössel an Claß v. 27. 2. 1919. DZA Potsdam, ADV, 491). Nachdem auch der im Alldeutschen Verband führende tätige ehemalige Senatspräsident Thomsen aus Lübeck abgelehnt hatte, konzentrierten sich Gebsatls Bemühungen auf den ehemaligen Finanzrat im sächsischen Finanzministerium Dr. Paul Bang. Bang hatte seine radikale antisemitische Gesinnung und sein propagandistisches Talent im März 1919 bei der Abfassung einer Schrift unter Beweis gestellt, die der Schutz- und Trutz-Bund unter dem Pseudonym und Titel »Wilhelm Meister, Judas Schuldbuch, Eine deutsche Abrechnung« herausbrachte und die in kurzer Zeit zahlreiche Auflagen erlebte. (Gebattel an Claß v. 16. 3. 1919 u. v. 10. 4. 1919. Ebd.)
- 38 Claß hatte trotz der noch ausstehenden Entscheidung über die Besetzung der Führungsposten auf eine allgemeine öffentliche Kundgebung gedrängt. Schließlich kam Roth mit zwei programmatischen Flugblättern heraus, die vom Hauptgeschäftsführer und den Beiratsmitgliedern unterzeichnet

- waren. (Claß an Roth v. 18. 4. 1919. Ebd. — Rundschreiben Roths v. 18. 5. 1919. DZA Potsdam, ADV, 489). — Die beiden Gründungsflugblätter »Deutschland den Deutschen! Was wollen wir? Was sind wir?« und »Deutschland den Deutschen! Wir glauben und bekennen:« (Forschungsstelle Hamburg, Sammlung Antisemitische Organisationen; das erste der beiden Flugblätter ist abgedruckt in: Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 3, S. 25—28.) wurden u. a. auch als Beilage zu Zeitungen und Zeitschriften verbreitet. Vgl. ABl Nr. 26 v. 28. 6. 1919 u. Münchener Beobachter (künftig MüB) Nr. 22 v. 28. 6. 1919.
- ³⁹ Roth an Werner v. 20. 8. 1919 (DZA Potsdam, ADV, 492); vgl. auch Gebattel an Claß v. 2. 2. 1920 u. v. 19. 3. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 205).
- ⁴⁰ Gebattel an Claß v. 19. 3. 1920. DZA Potsdam, ADV, 205.
- ⁴¹ Gebattel mußte den beiden »nicht ganz unrecht« geben, da Roth »wirklich recht autokratisch« handelte, hoffte aber, Werner mit der Aussicht auf ein Reichstagsmandat beschwichtigen zu können, während er Wiegershaus kurzerhand als »kleinlich, eingebildet« und als »üblen deutschen Philister« abtat. Gebattel an Claß v. 19. 3. 1920 u. v. 10. 4. 1920. DZA Potsdam, ADV, 205 u. 491.
- ⁴² Gebattel an Claß v. 10. 4. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- ⁴³ Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11 C 3.
- ⁴⁴ Seine Entlassung stellte Gertzlaff von Hertzberg in einem Schreiben an Gebattel v. 14. 4. 1923 folgendermaßen dar: »Ich bin am 9. November 1918 auf Bitten meines Oberpräsidenten und meines Kreises auf meinem Posten geblieben, habe aber sofort der Regierung mitgeteilt, daß ich die Politik der jetzigen Regierung nicht mitmachen könne und nur bliebe, um meinen Kreis vor den Folgen des 9. November zu schützen. Aus meinen Personalakten geht hervor, daß ich der Regierung gegenüber bereits die Regierung des Prinzen Max als verfassungswidrig abgelehnt habe; ich habe dann im Laufe des Dezembers versucht, die ganzen Beamten der Provinz Pommern im aktiven Widerstand zusammenzufassen; auf mein Betreiben ist es zurückzuführen, daß der Oberpräsident dem Ministerium erklärt hat, Pommern werde sich selbständig machen, wenn Liebknecht und Luxemburg ans Ruder kämen. Ich habe Verordnungen der Revolutionsregierung, die ich für schädlich für meinen Bereich hielt, abgelehnt auszuführen und bin deshalb aus meinem Dienst binnen 24 Stunden entfernt worden. Der Titel Königlicher Landrat ist mir von meinem König verliehen und kann mir durch eine Revolutionsregierung nicht genommen werden.« DZA Potsdam, ADV, 494.
- ⁴⁵ Protokoll der Sitzung des alldeutschen Geschäftsführenden Ausschusses v. 6.—7. 12. 1919. DZA Potsdam, ADV, 125.
- ⁴⁶ Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11 C 3; vgl. auch Kruck, a.a.O., S. 135 f.
- ⁴⁷ Ernennungsurkunde v. 30. 4. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491. Gertzlaff von Hertzberg wurde am 1. 12. 1880 in Lottin als dritter Sohn des Rittergutsbesitzers Ernst von Hertzberg-Lottin geboren. Der Vater, der auf politischem und genossenschaftlichem Gebiet zu den aktivsten Großagrariern in Pommern gehörte, war seit 1895 Mitglied des preußischen Herrenhauses, wo er sich dem rechten Flügel zuzählte, seit 1914 Landschaftsdirektor für das Departement Treptow. Gertzlaff v. H. studierte Rechts- und Verwaltungswissenschaften und trat 1905 in den Staatsdienst ein. 1913

- ernannte ihn der preußische König zum Landrat seines Heimatkreises Neustettin. Nach seiner Teilnahme am Krieg, einer schweren Verwundung und einer zeitweiligen Verwendung als Kreishauptmann in Rußland übernahm Hertzberg wiederum das Amt des Landrates in Neustettin. Vgl. ABl Nr. 25 v. 6. 12. 1930 u. Pommersche Tagespost Nr. 309 v. 18. 12. 1920.
- 48 Rundschreiben Roths an die Beiratsmitglieder v. 19. 5. 1920. (DZA Potsdam, ADV, 490). Vgl. S. 21. Der Plan eines dreiköpfigen Direktoriums aus geschäftsführendem Vorsitzenden, Hauptgeschäftsführer und Schatzmeister als Führungsspitze des Bundes war ohnehin schon durchbrochen worden, nachdem der Hamburger Rechtsanwalt Jacobsen, der mit der Suche nach einem geeigneten Schatzmeister beauftragt worden war, diesen Posten durch die Einsetzung eines bezahlten Angestellten in ein einfaches Dienstverhältnis umgewandelt hatte. Gebstattel an Claß v. 13. 5. 1919. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 49 Sowohl Claß als auch Gebstattel klagten über mangelnde Information seitens Roths und der Hauptgeschäftsstelle. Vgl. Gebstattel an Claß v. 23. 2. 1920 u. Claß an Gebstattel v. 27. 3. 1920. DZA Potsdam, ADV, 205.
- 50 Hertzberg an Ratzel v. 28. 2. 1921 (DZA Potsdam, ADV, 492). — Hertzberg hatte die sich mehrenden Klagen der Ortsgruppen über die Hauptgeschäftsstelle und die verworrene Finanzlage im Bunde zum Ausgangspunkt genommen, um Ratzel zum 1. 4. 1921 als Stellvertreter Roths mit der Reorganisation der Verwaltung und der Neuordnung der Finanzen zu beauftragen.
- 51 Vgl. die beiden Gründungsflugblätter des Schutz- und Trutz-Bundes S. 363, Anm. 38.
- 52 Rundschreiben Roths an die Beiratsmitglieder v. 13. 8. 1919. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 53 Vorläufiger Geschäftsbericht des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes bis zum 1. Juli 1920. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 54 Rundschreiben Roths an die Beiratsmitglieder und Gauwarte v. 24. 9. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 491), sowie an die Ortsgruppen v. 19. 11. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 490).
- 55 Auf dieser Tagung waren Gliederungs- und Geschäftsordnungen für den Bund, die Gaue, Ortsgruppen sowie Geschäftsstellen verabschiedet worden, die im wesentlichen mit den Entwürfen Roths vom August übereinstimmten. (Siehe S. 361, Anm. 17). Vgl. Rundschreiben Roths an die Ortsgruppen v. 19. 11. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 490) und die Berichte über den Deutschen Tag in DvBl Nr. 41 v. 7. 10. 1920 u. DvW Nr. 4 v. November 1920.

9. Kapitel

- 1 Die überragende Bedeutung der Geldentwertung und der allgemeinen Preis- und Kostenbewegung in den Jahren 1919—1922 für die Finanzierungsprobleme des Bundes wird sichtbar, wenn man sich daran erinnert, daß eine Papiermark zwar Anfang 1919 noch etwa einer halben Goldmark entsprach, daß diese Parität sich aber in der folgenden Zeit in zunehmendem Maße verschlechterte. Anfang 1920 hatte eine Papiermark ungefähr den Wert von knapp einer zehntel Goldmark, Anfang 1921 von einer zwanzigstel Goldmark, Anfang 1922 von einer fünfzigstel Goldmark. Von hier aus erfahren auch die im Kapitel angeführten absoluten Summen, so-

- weit sie nicht mit einer Umrechnung in Goldmark versehen sind, ihre notwendige Relativierung.
- ² Eiffe an Gebsattel v. 2. 3. 1918. DZA Potsdam, Nachlaß Gebsattel.
 - ³ Vgl. Eiffe an Gebsattel v. 12. 12. 1917 und Gebsattel an Kirdorf v. 14. 12. 1917. Ebd.
 - ⁴ Gebsattel an Eiffe v. 21. 12. 1917. Ebd. — In einem Schreiben vom 8. 3. 1918 an Generalleutnant Mootz nennt Claß eine Summe von 266 000 Mark. DZA Potsdam, ADV, 245.
 - ⁵ Eiffe an Gebsattel v. 12. 12. 1917. DZA Potsdam, Nachlaß Gebsattel.
 - ⁶ Gebsattel an Claß v. 28. 12. 1918 u. Gebsattel an Claß v. 27. 3. 1920. DAZ Potsdam, ADV, 491. Vgl. auch S. 353, Anm. 66.
 - ⁷ Gebsattel an Claß v. 9. 10. 1919. DZA Potsdam, ADV, 491.
 - ⁸ Gebsattel an Claß v. 27. 3. 1920. Ebd.
 - ⁹ Claß an Gebsattel v. 8. 5. 1920. DZA Potsdam, ADV, 205.
 - ¹⁰ Hertzberg an Roth v. 20. 12. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
 - ¹¹ Nach Aussagen des Hauptgeschäftsführers v. Vietinghoff-Scheel auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 19. u. 20. 6. 1920 in Berlin gestaltete sich die Finanzlage des Alldeutschen Verbandes »immer schwieriger«, dessen Reserven im Laufe des Jahres 1920 völlig ausgeschöpft wurden. (DZA Potsdam, ADV, 125/2). Die »Geldlage des Verbandes« verschwand in der folgenden Zeit nicht mehr von der Tagesordnung der Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses. (Vgl. u. a. DZA Potsdam, ADV, 127; 128; 131). Kennzeichnend für die Lage 1922 war die Anweisung der Hauptleitung vom April 1922 an die Ortsgruppen, Listen über die vermögenden Mitglieder und über die vermögenden national Denkenden in den jeweiligen Orten zusammenzustellen. (DZA Potsdam, ADV, 202).
 - ¹² Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11 C 3.
 - ¹³ Ebd. — In einem Schreiben an Hugenberg v. 15. 1. 1920 mußte Claß diesen beschwichtigen: »Auf Ihr Schreiben vom 10. teile ich mit, daß die von Ihnen mitgesandten antisemitischen Schriften in der Hauptsache von einem gewissen Kunze stammen, früher Generalsekretär der deutsch-konservativen Partei. Ich will den Dingen nachgehen. Es zeigt sich, glaube ich, wie recht ich hatte, als ich sagte, es sei nötig, daß die antisemitische Bewegung von Leuten in die Hände genommen und gefördert werde, die sie vor Auswüchsen sicherten.« (DZA Potsdam, ADV, 179/1). — Vgl. auch Kruck (a.a.O., S. 131), der berichtet, daß die Entfremdung zwischen Claß und Hugo Stinnes ebenfalls auf Meinungsverschiedenheiten in der Frage des Antisemitismus zurückginge.
 - ¹⁴ Hertzberg an Gebsattel v. 3. 11. 1921, an Roth v. 2. 11., 15. 12. und 20. 12. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
 - ¹⁵ Roth an Hertzberg v. 31. 12. 1921. Ebd.
 - ¹⁶ Vgl. u. a. das Schreiben Hirths an Roth v. 13. 11. 1923. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DVSchTB. — Nach dem Verbot des Schutz- und Trutzbundes im Juli 1922 zog sich Roth vorübergehend in die Villa Hirths am Bodensee zurück.
 - ¹⁷ Protokoll der Gründungsversammlung der Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen am 2. 2. 1920. BA Koblenz, NS 26, 163.
 - ¹⁸ Vgl. Hertzberg an Roth v. 2. 11. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
 - ¹⁹ Ortsgruppenverzeichnis v. 30. 11. 1919. DZA Potsdam, ADV, 489.

- ²⁰ Ortsgruppenverzeichnis, undatiert, ca. Mai 1921. DZA Potsdam, ADV, 494.
- ²¹ Seifferlein an Rüttinger v. 24. 5. 1919. BA Koblenz, NS 26, 885.
- ²² VB Nr. 92 v. 21. 10. 1920.
- ²³ Kettembeil an Hertzberg v. 8. 6. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ²⁴ Vernehmung Küchenmeister v. 26. 7. 1922. National Archives Washington, T - 253/3/1454 841.
- ^{24a} In einem Schreiben des oben erwähnten Gustav Seifferlein an Rüttinger v. 9. 5. 1919 heißt es u. a.: »Ihre Anregung, tatkräftig an der Aufklärungsarbeit teilzunehmen, entspreche ich gerne, selbstverständlich unter Wahrung meiner Geschäftsinteressen, welche mir, was ich nicht verhehle, gewisse Beschränkungen in der Öffentlichkeit auferlegen.« BA Koblenz, NS 26, 885.
- ²⁵ Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ²⁶ Vgl. DvBl Nr. 3 v. 28. 10. 1922.
- ²⁷ Angeführt in der Verbotsbegründung des Thüringischen Innenministeriums gegen den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, abgedruckt in: Alfred Roth, Judas Herrschgewalt, Die Deutschvölkischen im Lichte der Behörden und des Staatsgerichtshofes, Eine Streitschrift, Hamburg 1923, S. 60. Vgl. auch C.V.—Zeitung Nr. 10 v. 13. 7. 1922. A. Wiener, Ist die Gefahr vorüber?
- ²⁸ Gebssattel an Claß v. 30. 12. 1919: »Wie leicht wäre das alles, wenn wir auch nur eine von den »ungezählten Millionen« hätten, die uns von jüdischer Seite zugeschrieben werden.« (DZA Potsdam, ADV, 205). — In einem Schreiben an Claß v. 17. 4. 1920 klagt Roth darüber, daß die Gliederungen der Hauptgeschäftsstelle des Bundes die Beiträge vorenthielten, und fährt fort: »Es ist dies eine Folge der von Juda verbreiteten Anschauung, als ob dem Bunde von der Schwerindustrie Millionengelder zur Verfügung gestellt worden seien. Die Leute vermögen es gar nicht zu begreifen, daß wir auf Mitgliedsbeiträge angewiesen sind.« (DZA Potsdam, ADV, 491).
- ²⁹ Roth an Gebssattel v. 7. 3. 1919 (DZA Potsdam, ADV, 489). Vgl. auch die frühen Flugblätter und Handzettel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes (Forschungsstelle Hamburg, Sammlung Antisemitische Organisationen).
- ³⁰ Rundschreiben Roths an die Ortsgruppen v. 12. 7. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ³¹ Rechnungsbericht des Schutz- und Trutz-Bundes vom 10. 10. 1921 (er faßt die Zeit vom 1. 1. 1921 bis 10. 10. 1921). DZA Potsdam, ADV, 489. — Derselbe Rechnungsbericht gibt Aufschluß über die absolute Höhe der im Bund in der angegebenen Zeit eingenommenen und verausgabten Gelder. In der Einnahmen- und Ausgabenrechnung werden knapp 1 Million Mark verrechnet, während die Bilanz eine Summe von über 750 000 Mark aufweist. (Das entsprach ungefähr 34 000 bzw. 25 100 Goldmark, Stand Oktober 1921).
- ³² Rundschreiben Roths an die Gaue und Ortsgruppen v. 7. u. 9. 8. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ³³ Vgl. Rechnungsbericht des Schutz- und Trutz-Bundes für 1921. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ³⁴ Rundschreiben Roths an die Ortsgruppen v. 12. 7. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.

- 35 Vgl. Alfred Roth, *Betrachtungen zur Beitragsfrage v. 1. 8. 1921*. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 36 Roth an die Bundesvorstandsmitglieder v. 8. 3. 1921. Ebd.
- 37 Ratzel an Hertzberg v. 6. 6. 1921. Ebd.
- 38 Richtlinien für das »Beitrags- und Rechnungswesen«, undatiert, ca. Anfang Juli 1921, vgl. auch Rechnungsbericht des Schutz- und Trutz-Bundes für 1921. DZA Potsdam, ADV, 489.
- 39 Rundschreiben Roths an die Bundesvorstandsmitglieder v. 28. 6. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 40 »Merkblatt über die Gestaltung und Durchführung des Beitrags- und Rechnungswesens im Bunde ab 1. Hartungs 1922, gemäß den Beschlüssen des Vertretertages in Detmold 1921«. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 41 Aufruf zum »Deutschen Volksnotopfer«. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB. — In einem Schreiben an Hertzberg v. 9. 6. 1920 berichtet Roth, daß bis zu diesem Zeitpunkt ohne die noch ausstehenden Abrechnungen der Ortsgruppen bereits über 20 000 Mark zusammengekommen seien. (Ungefähr 2150 Goldmark, Stand Juni 1920). DZA Potsdam, ADV, 491.
- 42 Aufruf und Sammeliste für den »deutschvölkischen Kampf- und Wehrschatz«. DZA Potsdam, ADV, 489.
- 43 Rechnungsbericht des Schutz- und Trutz-Bundes für 1921. Ebd. — 120 000 Mark gleich ca. 4000 Goldmark. Stand Oktober 1921.
- 44 Siehe S. 241 f.
- 45 Rechnungsbericht des Schutz- und Trutz-Bundes für 1921. DZA Potsdam, ADV, 489. — 100 000 Mark entsprachen Oktober 1921 ca. 3500 Goldmark.
- 46 Roth an Hertzberg v. 31. 12. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.— 250 000 Papiermark entsprachen im Januar 1922 etwa 5500 Goldmark.

10. Kapitel

- 1 Siehe S. 20.
- 2 Der Bundesvorstand setzte sich zusammen aus dem geschäftsführenden Vorstand, dem Beirat und den Leitern der einzelnen Gaue. In letzterem Fall sind sämtliche in der Zeit von 1919 bis 1922 in den Gauleitungen erscheinenden Personen berücksichtigt. Zur Zusammensetzung des Bundesvorstandes vgl. auch S. 96—98. — Bei der Aufgliederung nach Berufsgruppen mußte zumeist auf die von den Mitgliedern selbst gemachten Angaben zurückgegriffen werden.
- 3 Die tabellarische Übersicht wurde an Hand einer Liste aller Ortsgruppen und ihrer Vorsitzenden, die sich haben ermitteln lassen, angefertigt. Sie umfaßt insgesamt 523 Ortsgruppenführer, in 229 Fällen war der Beruf bekannt. Als Quellen lagen der Liste im wesentlichen zwei von der Hauptgeschäftsstelle angefertigte Ortsgruppenlisten vom November 1919 und vom Mai 1921 (DZA Potsdam, ADV, 489 und ADV, 494) sowie die »Deutschvölkischen Blätter« 1919—1922 und die »Deutschvölkische Warte« 1919—1921 zugrunde. — Bei der Aufgliederung nach Berufsgruppen mußte auf die von den Mitgliedern selbst gemachten Angaben zurückgegriffen werden.
- 4 Es konnte nicht ausgemacht werden, ob es sich bei den Kaufleuten jeweils

- um selbständige oder aber abhängige (kaufmännische Angestellte) handelte.
- 5 Die Frage der Selbständigkeit mußte offenbleiben.
 - 6 Zu den Studenten ist zu bemerken, daß sie durch den Semesterbetrieb und den Universitätswechsel nur selten an die Spitze einer außerstudentischen Ortsgruppe gelangten. Häufig ging jedoch gerade von ihnen der Impuls zu Ortsgruppengründungen aus, waren sie das aktivste Element in der Ortsgruppenarbeit. Vgl. dazu S. 168.
 - 7 Die Mitgliederverzeichnisse der vier oldenburgischen Ortsgruppen befinden sich im Niedersächsischen Staatsarchiv Oldenburg (künftig StA Oldenburg), 136, 2677. Vgl. Bericht des Gendarmerie-Standortes Delmenhorst v. 12. 7. 1922; Bericht des Gendarmerie-Beritts Jever v. 11. 7. 1922; Bericht des Gendarmerie-Standortes Rüstringen v. 15. 7. 1922.
 - 8 Schreiben der Polizeiverwaltung Crefeld an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf mit anhängender Mitgliedsliste v. 12. 10. 1922. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (künftig HStA Düsseldorf), Reg. Düss., 16 795.
 - 9 Bei der Aufgliederung nach Berufsgruppen mußte auf die von den Mitgliedern selbst gemachten Angaben zurückgegriffen werden. — Zahl der Mitglieder mit Berufsangaben = 100 0/0.
 - 10 Es konnte nicht ausgemacht werden, ob selbständig oder abhängig.
 - 11 Als selbständig ausgemacht.
 - 12 Technische Angestellte und Facharbeiter.
 - 13 Dieses Verhältnis in den fünf genannten Ortsgruppen kann durch einen Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern vom 16. Oktober 1922 bestätigt werden, wonach der Schutz- und Trutz-Bund von allen antirepublikanischen Organisationen den höchsten Anteil an Reichsbeamten unter seinen Mitgliedern verzeichnete. Von 94 der Polizei auf Grund von Mitgliederlisten des Schutz- und Trutz-Bundes namentlich bekannt gewordenen Reichsbeamten entfielen allein 60 auf den Verwaltungsbereich Post. Dazu heißt es in dem Bericht weiter: »Von den 41 Post- u. Telegraphenbeamten, die in Gera Mitglied des Schutz- und Trutz-Bundes waren, waren nur 5 Unterbeamte, dagegen 34 mittlere Beamte, dazu 2 höhere. Allein 23 Sekretäre und Obersekretäre wurden gezählt. Die mittlere und höhere Beamtschaft, die doch kopfzahlenmäßig weit hinter der Unterbeamtschaft steht, ist also im Vergleich zu dieser ganz besonders stark in dem Schutz- und Trutzbund vertreten gewesen.« Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (künftig HStA München), Abteilung I, Sonderabgabe I, 1623.— Die Ortsgruppe Gera des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zählte bei Auflösung 418 Mitglieder, so daß die Postbeamten allein schon knapp 10 0/0 der Anhänger stellten. (Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern über die auf Grund der Verordnung v. 26. Juni 1922 aufgelösten Organisationen v. 4. 8. 1922. DZA Potsdam, RKo, 329). Aus einem Schreiben des Reichspostministers an das Thüringische Staatsministerium v. 30. 3. 1923 geht hervor, daß 33 0/0 der bei den Verkehrsämtern in Gera (Reuß) beschäftigten höheren und mittleren Beamten Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes und der Frontsoldatenvereinigung »Stahlhelm« gewesen waren. (HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1623).
 - 14 So vor allem in der Ortsgruppe Oldenburg. — Vgl. auch den Bericht des vorübergehend in der Hauptgeschäftsstelle in Hamburg beschäftigten Gau-

- leiters des Schutz- und Trutz-Bund-Gaues Westfalen-Lippe, Lehrer Walther Hoffmann: »Jeden Tag kommt der Kriminalist [gemeint ist der zuständige Beamte der politischen Polizei] zu uns u. gibt uns erneute Anzeigen kund, er selbst ist Antisemit seit 20 J. Der Mann steht treu zu uns.« Hoffmann an Pott v. 12. 8. 1919. BA Koblenz, NS 26, 886.
- ¹⁵ Vgl. »Im Vertrauen«. Vertrauliches »Nachrichtenblatt für die Mitarbeiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes« Nr. 8 vom Oktober 1921. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ¹⁶ In ihrem Jahresbericht für 1921 vom Januar 1922 beklagt die Leitung der Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen, daß diese durch das vom Reichwehrministerium erlassene Verbot etliche Mitglieder verloren habe. Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover (künftig StA Hannover), Hann, 122a, 76a.
- ¹⁷ »Im Vertrauen« Nr. 8 vom Oktober 1921. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ¹⁸ Zur Haltung des Schutz- und Trutz-Bundes gegenüber den Kirchen und zum Auftreten von Geistlichen im Bunde siehe S. 171—175.
- ^{18a} Siehe S. 119.
- ¹⁹ Siehe S. 359, Anm. 25 und S. 92.
- ²⁰ Vgl. Heinz Preiß. Die Anfänge der völkischen Bewegung in Franken, o.O. 1937 (zugleich Phil. Diss. Erlangen 1937), S. 40 f. sowie das ausführlichere Typoskript »Juden und Völkische Bewegung in Franken bis 1923« in BA Koblenz, Collection Streicher, 18. — Bei seiner Propaganda stützte sich Maerz vor allem auf Materialien des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes, über die er dann Anschluß an den Reichshammerbund und den späteren Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund fand. Vgl. den Bericht der »Fränkischen Tagespost« v. 23. 3. 1919.
- ²¹ Wochenberichte der Polizeistelle für Nordbayern v. 3. u. 10. 1. 1920. HStA München, Abt. IV, Gruppenkommando 4, 43/1.
- ²² Wochenberichte der Polizeistelle für Nordbayern v. 10. 4. 1920 (ebd.) sowie v. 17. 4. u. 24. 4. 1920. HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1477.
- ²³ Nach § 1 der Satzungen vom 4. 5. 1920 hatte der »Aufklärungsbund« zum Ziel die »Zusammenfassung aller sozialistisch denkenden Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, um den unheilvollen jüdischen Einfluß von den Parteien fernzuhalten«. Der Vorsitzende und der Geschäftsführer des Bundes erhielten Sitz und Stimme im Ortsgruppenvorstand des Schutz- und Trutz-Bundes. Wochenberichte der Polizeistelle für Nordbayern v. 15. 5. u. 5. 6. 1920. HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 43/1.
- ²⁴ Wochenbericht der Polizeistelle für Nordbayern v. 24. 7. 1920. Ebd.
- ²⁵ Sie gab eigene Flugblätter und Broschüren heraus, richtete Denkschriften und Eingaben an den Nürnberger Stadtrat, veranstaltete öffentliche Versammlungen im großen Stil und gründete schließlich eine eigene Zeitung, die »Fränkische Volksstimme, unabhängiges Blatt für Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit«. Vgl. Allgemeinen Bericht der Polizeistelle für Nordbayern v. 10. 2. 1921. Ebd.
- ²⁶ Vgl. Gebssattel an Claß v. 3. 3. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 205) und Gebssattel an Hertzberg v. 1. u. 3. 7. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 491). Auf dem Deutschen Tag in Weimar Anfang Oktober 1920 setzte Maerz

- durch, daß die »Brechung der Zinsknechtschaft« zu einer allgemeinen Forderung des Bundes erhoben wurde. DvBl Nr. 41 v. 7. 10. 1920.
- ²⁷ Gebtsattel an Hertzberg v. 1. u. 3. 7. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- ²⁸ Ebd. Bei der »Stelle, die am besten informiert sein sollte«, handelt es sich um die Politische Polizei der Polizeistelle für Nordbayern, die damals noch ihren Sitz in Bamberg, dem Wohnort Gebtsattels, hatte.
- ²⁹ Siehe S. 308 f.
- ³⁰ Thomas Westerich, Der Kreislauf innerhalb der Deutschvölkischen Bewegung, undatiert. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ³¹ Zur Beteiligung der Studenten im Schutz- und Trutz-Bund siehe S. 167—170.
- ³² Siehe S. 130—132.
- ³³ Der Schutz- und Trutz-Bund glaubte, in den Frauen wirksame Unterstützung in seinem antisemitischen Kampf zu finden. Er maß ihnen eine entscheidende Rolle als »schlagendste Waffe« gegen den »fremden, teils gewinn- teils geschlechtslüsterne Geist« zu. In seiner Propaganda trat der Bund der angeblichen Entwürdigung der deutschen Frau entgegen und forderte die Frauen auf, sich auf ihre eigentlichen Aufgaben zu besinnen, nämlich »Frauen deutscher Männer«, »Mütter deutscher Kinder« und »Erzieher deutscher Mädchen und Knaben« zu sein. Vgl. Flugblatt des Schutz- und Trutz-Bundes, »Deutsche Frau!«, sowie »Gedanken zu deutschvölkischer Frauenarbeit«, Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund Ortsgruppe Erfurt, o.O. 1919. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ³⁴ Bei der nach Altersstufen aufgestaffelten Tabelle ist zu berücksichtigen, daß sie einmal den Stand vom 1. Oktober 1922 (Krefeld) — also ungefähr drei Monate nach Auflösung des Bundes — zum anderen den Stand vom 1. Januar 1922 (Wilhelmshaven-Rüstringen) wiedergibt, bei der Berechnung des Durchschnittsalters, daß in Krefeld das jüngste Mitglied 17, das älteste 65 Jahre zählte, in Wilhelmshaven-Rüstringen 18 resp. 70 Jahre.
- ³⁵ Vgl. Ernst Günther Gründel, Die Sendung der Jungen Generation, Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise, 5.—8. Tausend München 1932, S. 22 ff.
- ³⁶ Aufschluß über Zahl und Mitgliederstärke der Ortsgruppen in den einzelnen Gauen des Bundes geben der »Vorläufige Geschäftsbericht des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes« bis zum 1. Juli 1920, der Rechenschaftsbericht »Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1920/21« bis zum 1. Juli 1921 (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB), Roth, Aus der Kampfzeit, S. 17 (Vgl. dazu S. 362, Anm. 27) sowie eine Übersicht aller erfaßten Ortsgruppen.
- ³⁷ Vgl. die Aufstellung über die Stimmenanteile der Antisemitenparteien bei den Reichstagswahlen in den einzelnen Ländern und Provinzen von 1890—1912 bei Broszat, Die antisemitische Bewegung, S. 74.
- ³⁸ Es handelt sich hier um Orte und Gebiete, in denen Ortsgruppen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes nachweislich bestanden.
- ³⁹ Schreiben der Schutz- und Trutz-Bund-Leitung an die »Weltliga gegen das Judentum in Wien« v. 30. 8. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 491) und Hertzberg an Gebtsattel v. 27. 4. 1921 (DZA Potsdam, ADV, 493).
- ⁴⁰ »Im Vertrauen. Nachrichtenblatt für die Mitarbeiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes« Nr. 8 und Oktober 1921. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB. — Vgl. auch Claß an Hertzberg v. 5. 5.

- 1921 und Hertzberg an Roth v. 21. 9. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492. — Noch 1923 gab der »Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund für Österreich« eine Flugschrift seines Leiters Leo Haubenberger heraus mit dem Titel »Judas Macht und Einfluß im Kulturleben Österreichs«. DvBl Nr. 5 v. 23. 3. 1923.
- ⁴¹ Vgl. Schreiben des Geschäftsführers der Ortsgruppe St. Pölten, Oskar Pennerstorfer, an Hertzberg v. 20. und 29. 10. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493. — Die Gesamtorganisation leitete zuletzt Leo Haubenberger, der sie allerdings immer stärker ins nationalsozialistische Fahrwasser führte. Ebd.
- ⁴² Nolte, *Faschistische Bewegungen*, S. 155 ff. u. 227. — Die große Affinität zwischen radikalem Antisemitismus und nationalem Faschismus wird u. a. auch darin deutlich, daß sich auch die faschistischen Bewegungen in England, Italien und Spanien schließlich veranlaßt sahen, den Antisemitismus nachträglich zu integrieren. George L. Mosse, *Die Entstehung des Faschismus*, in: *Internationaler Faschismus 1920—1945*, Deutsche Buchausgabe von Heft 1 des *Journal of Contemporary History*, München 1966, S. 42 f.

11. Kapitel

- ¹ § 1 der Satzungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, siehe S. 22.
- ² Vgl. Rundschreiben an die Ortsgruppen v. 8. 7. 1921. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ³ Anfang 1921 gab die Ortsgruppe Breslau ein Verzeichnis »christlich-deutscher Geschäftsleute« heraus und die Ortsgruppe Frankfurt ließ ein Verzeichnis »nichtjüdischer« Geschäfte, Apotheken, Ärzte und Rechtsanwälte an ihre Mitglieder verteilen. (DvBl Nr. 7 v. 17. 2. 1921) Im Mai 1922 brachte der Gauleiter von Mecklenburg, Erich Bade, ein »Verzeichnis empfehlenswerter Geschäfte« für seinen Gaubereich heraus. (DZA Potsdam, RKO, 553).
- ⁴ Alfred Wiener, »Die Pogromhetze«, *Im deutschen Reich* Nr. 7/8 v. Juli/August 1919, S. 289.
- ⁵ Roth, *Aus der Kampfzeit*, S. 19. Vgl. auch die für das erste Halbjahr 1920 genannten Zahlen im »Vorläufigen Geschäftsbericht des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes« bis zum 1. Juli 1920. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ⁶ Roth an Bundesvorstand und Beirat v. 5. 8. 1920. DZA Potsdam, ADV 490. Vgl. auch *Politisch-Anthropologische Monatsschrift* (künftig PAM) Nr. 3 v. Juni 1920, S. 111 und Nr. 6 v. September 1920, S. 241 f.
- ⁷ Der Arzt, Sozialist und Anthropologe Ludwig Woltmann hatte die Zeitschrift 1902 als »Politisch-Anthropologische Revue« gegründet und in ihr seine rassen- und sozialanthropologischen Thesen verbreitet, die er im wesentlichen aus der Verbindung der Gobineauschen Rassentheorien mit den Abstammungs-, Entwicklungs- und Selektionslehren Darwins gewonnen hatte. Mit Schmidt-Gibichenfels erfuhr die Zeitschrift bei unveränderter Grundhaltung eine stärkere Ausrichtung auf die Politik, wie sie auch der veränderte Titel »Politisch-Anthropologische Monatsschrift für praktische Politik, für politische Bildung und Erziehung auf biologischer Grundlage« zum Ausdruck brachte.

- ⁸ Roth an die Bundesvorstandsmitglieder v. 5. 7. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- ⁹ PAM Nr. 5 v. August 1922, S. 193 f.
- ¹⁰ Am 3. 1. 1922 beklagte sich Hertzberg wieder einmal bei Roth über die Unzulänglichkeit der »Deutschvölkischen Blätter«: »Der Aufsatz von Westerich ›Christus und die Juden‹ ist für mich völlig unverstänglich und in einer Sprache geschrieben, die vielleicht den Mysterien des 12. Jahrhunderts gerecht werden würde, aber nicht heutigem Menschenverstand . . . ich bin mir klar, daß weitere solche Stilübungen unsere sogenannten Gegner [im Bund] trefflich unterstützen werden. Ich bin überzeugt, daß weder Götting noch Westerich jemals Mitarbeiter heranziehen können und geeignet sind, der Zeitung ein Gesicht zu geben.« DZA Potsdam, ADV, 493.
- ¹¹ Siehe S. 261 f.
- ¹² Hertzberg an den Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung v. 27. 11. 1922. DZA Potsdam, RKO, 329.
- ¹³ DvBl Nr. 1 v. 5. 1. 1922.
- ¹⁴ Rundschreiben Roths an die Schriftleitungen v. 9. 8. 1919. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ¹⁵ Vgl. »Deutschvölkische Pressenachrichten« Nr. 2/1921. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ¹⁶ Vgl. »Deutschvölkische Zeitungswoche vom 8. bis 15. 2. 1921«, DvBl Nr. 4 v. 27. 1. 1921.
- ¹⁷ Vgl. S. 137.
- ¹⁸ Theodor Fritsch (Hrsg.), Handbuch der Judenfrage, Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes, 28. Aufl. (48.—67. Tausend) Hamburg 1919.
- ¹⁹ Erschienen 1919 bzw. 1921 im Deutschen Volksverlag Dr. Ernst Boepple, München.
- ²⁰ Vgl. u. a. Friedrich Andersen, Zur religiösen Erneuerung des deutschen Volkes, Hamburg 1920 (Heft 12); ders., Weckruf an die evangelischen Geistlichen in Deutschland, Hamburg 1920 (Heft 16); Adolf Bartels, Weshalb ich die Juden bekämpfe. Eine deutliche Auskunft, Hamburg 1920 (Heft 8); ders., Was ich von einem deutschen Staat verlange. Eine deutliche Auskunft, Hamburg 1919 (Heft 10); Alfred Roth, Geheime Fäden im Weltkriege, Hamburg 1919 (Heft 2).
- ²¹ Vorläufiger Geschäftsbericht des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes bis 1. Juli 1920. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ²² Deutschvölkisches Jahrbuch, 3. Jg. 1922, S. 108 u. 147.
- ²³ Vgl. »Rüstzeug für den Kampf gegen das Judentum«, Anzeigen in den »Hammer-Schlägen« von Heft 12 (Hamburg 1920) an.
- ²⁴ Artur Dinter, Die Sünde wider das Blut, Ein Zeitroman, 1. Auflage Leipzig, Hartenstein i. Erzgeb. 1918; 16. Aufl. ebd. 1921. Ders., Die Sünde wider den Geist, Ein Zeitroman, 1.—10. Auflage Leipzig, Hartenstein i. Erzgeb. 1921; 11.—20. Auflage ebd. 1921.
- ²⁵ Artur Dinter, »Lichtstrahlen aus dem Talmud«, offene Briefe an den Landes-Rabbiner von Sachsen-Weimar-Eisenach Herrn Dr. Wiesen und öffentliche Aufforderung an die Herren Rabbiner Dr. Bruno Lange in Essen und Dr. Rosenack in Bremen sowie an sämtliche Rabbiner Deutschlands, Leipzig, Hartenstein 1920; 5. Aufl. ebd. 1922. Zuerst erschienen in DvBl Nr. 33 v. 5. 9. 1919 bis Nr. 47 v. 11. 12. 1919.

- ²⁶ Vgl. das im Literaturverzeichnis aufgeführte deutschvölkische Schrifttum für die Jahre 1919—1923, das allerdings nur einen ungefähren Eindruck vermitteln kann, da es keineswegs vollständig aufgeführt ist.
- ²⁷ Vgl. die im Anhang von Alfred Roths autobiographischem Bericht »Auf gerader Linie« gegebenen Zahlen für die Auflagenhöhen der Rothschen Schriften.
- ²⁸ Hinter dem Pseudonym verbarg sich der alldeutsche Paul Bang, ehemaliger Oberfinanzrat im sächsischen Finanzministerium. — Wilhelm Meister, Judas Schuldbuch, Eine deutsche Abrechnung, 1. Aufl. München 1919; 5. stark vermehrte Aufl. ebd. 1921.
- ²⁹ Vgl. Rundschreiben Roths an die Beiratsmitglieder v. 6. 1. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 490) und den Bericht des Thüringischen Innenministeriums v. 4. 8. 1922 (DZA Potsdam, RKO, 329).
- ³⁰ Vgl. Rundschreiben des Bundes v. 19. 8. 1920 mit einem Anhang: Rednerverzeichnis für Herbst/Winter 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ³¹ Ebd. Vgl. auch die beiden Geschäftsberichte des Bundes bis zum 1. 7. 1920 bzw. 1. 7. 1921. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ³² Vgl. die aufgeführten Zahlen für die Schutz- und Trutz-Bund-Versammlungen in München S. 239 f.
- ³³ Vgl. Ludolf Haase, Aufstand in Niedersachsen, Der Kampf der NSDAP 1921/24, 2. verm. u. verb. Niederschrift, 1942, maschinenschr., S. 108. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11 H 2.
- ³⁴ Für Kassel vgl. Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus (künftige MVA) Nr. 10. v. 29. 5. 1920, S. 79; für Bremen DvBl Nr. 1 v. 6. 1. 1921; für Berlin den Bericht des Führers der dortigen »Deutschvölkischen Wanderer« »Hakenkreuzfahne 1921 vor dem Generalfeldmarschall von Hindenburg« v. 16. 8. 1934. BA Koblenz, NS 26, 886.
- ³⁵ Rundschreiben Roths v. 28. 12. 1920. Darin berichtet Roth u. a.: »Selbst in solchen Städten, wo die Gegner alles darauf angelegt hatten, unsere Versammlungen zu sprengen, wie z. B. in Bochum, Buer und Düsseldorf, ist ihnen das nicht gelungen dank dem tatkräftigen Zusammenwirken der Stoßtrupps benachbarter Ortsgruppen.« DZA Potsdam, ADV, 490.
- ³⁶ Der Führer der »Deutschvölkischen Wanderer«, die in Berlin den Rednerschutz des Schutz- und Trutz-Bundes stellten und innerhalb des Bundes eine selbständige, außerordentliche aktive Formation darstellten, wollte sie nachträglich »hinsichtlich der zu lösenden Aufgaben und hinsichtlich ihres Menschenmaterials und Aktivität als die erste SA Berlins« bezeichnet wissen. Vgl. den Bericht »Hakenkreuzfahne 1921 vor dem Generalfeldmarschall von Hindenburg« v. 16. 8. 1934. BA Koblenz, NS 26, 886.
- ³⁷ Rundschreiben Roths v. 22. 5. 1921. DZA Potsdam, ADV, 490. Vgl. auch DvBl Nr. 19 v. 13. 5. 1922.
- ³⁸ Siehe 264 f. — Für den »Deutschen Tag« in Weimar vgl. DvBl Nr. 41 v. 7. 10. 1920, Arbeitsplan und Tagesordnung (BA Koblenz, NS 26, 846), in Detmold DvW Nr. 4 v. Oktober 1921 und DvBl Nr. 42 v. 20. 10. 1921 sowie Sondernummer der DvBl v. November 1921, in Coburg DvBl Nr. 3 v. 28. 10. 1922.
- ³⁹ Vgl. Lagebericht des preußischen Staatskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung v. 21. 12. 1921. HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 15609.
- ⁴⁰ »Richtlinien und Winke für unsere Mitarbeiter«, undatiert, ca. Mai 1920 (Forschungsstelle Hamburg Fsz., DvSchTB). Vgl. auch das Rund-

- schreiben des Bundes, Abteilung »Deutschformung«, vom August 1920 (DZA Potsdam, ADV, 490) und den Vortrag Thomas Westerichs auf dem Deutschen Tag in Weimar über »Deutschvölkische Kulturpolitik«, gedruckt 1921 in Hamburg erschienen.
- 41 »Richtlinien und Winke für unsere Mitarbeiter«, undatiert, ca. Mai 1920 (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB). Wieder aufgenommen in die Bundesschrift Alfred Roths, *Das sollt Ihr tun!*, Stade 1921, S. 13. Vgl. auch Westerich, *Deutschvölkische Kulturpolitik*, S. 18 ff. »Stoffanleitung«.
- 42 Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle, Abteilung Gesinnungsdienst, an alle Gliederungen v. Januar 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 43 Als Beispiel für die einseitige deutschvölkische Betrachtung deutscher Geschichte und Literatur sei auf das Heft 2 der Schriftenreihe »Deutsche Abende. Wege zu deutscher Wiedergeburt« hingewiesen, das aus Schiller einen »Priester deutschen Wesens« macht. DvBl Nr. 12 v. 25. 3. 1922. — Einen Überblick über die Tätigkeit der Ortsgruppen in dieser »Gesinnungspflege« geben die Rundschreiben des Gesinnungsdienstes vom Mai 1922 (DZA Potsdam, ADV, 493) und vom Juni 1922 (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB).
- 44 Rundschreiben Roths v. 19. 11. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- 45 Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle, Abteilung Gesinnungsdienst, vom Juni 1922, »Deutsche Jugend vor die Front!«. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 46 Vgl. MVA Nr. 10 v. 29. 5. 1920, die den Saalschutz der Kasseler Ortsgruppe als eine »Knüppelgarde von Gymnasiasten« bezeichneten.
- 47 DZA Potsdam, RKO, 329.
- 48 In der Praxis traten auch Ältere den Jugendgruppen bei. Vgl. die Mitgliederliste der »Deutsch-Völkischen Jugend« Barmen, die ein Durchschnittsalter von knapp 20 ausweist. Bericht der Polizeiverwaltung Barmen v. 4. 9. 1922. HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 15609.
- 49 Vgl. die Berichte der Landes-Kriminal-Abteilung Schwerin v. 30. 5. u. 15. 6. 1922 über die militärischen Übungen der Jugendgruppe Schwerin. DZA Potsdam, RKO, 553.
- 50 In einem vertraulichen Schreiben von Anfang Mai 1922 fordert der Gauleiter von Mecklenburg, Erich Bade, die Ortsgruppen auf, »völkische Jugendgruppen einzurichten, die in Schießen und Feldübungen auszubilden« seien. Weiterhin heißt es darin: »Erfahrungsgemäß laufen die Jungen sofort aus den pflaumenweichen Verbänden heraus zu uns, denn sie spüren am besten den kräftigen deutschen Zug von Unerschrockenheit in unserer Bewegung, der sie zu Männern macht.« Ebd.
- 51 Für Mecklenburg vgl. DZA Potsdam, RKO 553, für Rheinland und Westfalen den Bericht in der Bergisch-Märkischen Zeitung, Elberfeld, Nr. 595 v. 24. 10. 1921 über den Aufmarsch der Jugendgruppen beim zweiten »Deutschen Tag« in Detmold.
- 52 Die Organisierung der Jugendlichen im besetzten Rheinland hatte der Gauleiter, Oberstleutnant a. D. Egon Lützeler, selbst übernommen; im unbesetzten Teil und in Westfalen leitete der Leutnant d. R. Alfred Günther die Jugendarbeit. Die Leitung der Elberfelder Jugendgruppe, die Günther vorher innehatte, wurde von Karl Kaufmann übernommen. Sowohl Günther als auch Kaufmann hatten an den oberschlesischen Kämpfen im Frühsommer 1921 teilgenommen. In Mecklenburg war der ehemalige Leutnant

- Walter Schumann mit der militärischen Ausbildung der Jugendgruppen vom Gauleiter Bade beauftragt worden.
- 53 So zählte die Elberfelder Jugendgruppe bei Auflösung ca. 500 Jugendliche (Bericht der Polizei-Verwaltung Elberfeld an den Regierungs-Präsidenten v. 6. 9. 1922, HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 15609), die Remscheid-Gruppe ca. 350 Jugendliche (Polizeiliches Verhör mehrerer Bundesmitglieder vom 18. 8. bis 1. 9. 1922, HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 16751).
- 54 Hertzberg an Günther v. 1. 6. 1921. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 55 Wiegershaus an Hertzberg v. 19. 6. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 56 In einem Bericht der Polizeiverwaltung Elberfeld v. 1. 9. 1922 über Alfred Günther heißt es: »Er war Vorsitzender der Jugendgruppe des hiesigen ›Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes«, die ganz von seinem Geist beseelt war.« HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1474.
- 57 Über die Beziehungen des Schutz- und Trutz-Bundes insbesondere zu der Organisation Consul, der geheimen Nachfolgeorganisation der Marine-Brigade Ehrhardt, S. 217—222.
- 58 Zum Verhältnis von völkischer Bewegung und NSDAP vgl. die Ausführungen Jochmanns (in seinem Kommentar zu »Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933—1945«, S. 25 f.), der allerdings den Worten Hitlers zuviel Gewicht beimißt und die Gegensätzlichkeit überbetont. Hitlers scharfe Angriffe resultieren ja gerade aus der tatsächlich bestehenden Konkurrenzsituation der NSDAP zu den völkischen Verbänden.
- 59 Adolf Hitler zur General-Mitgliederversammlung und Parteitagung der NSDAP am 29./31. Januar 1922 in München. Beilage zu VB Nr. 7 v. 25. 1. 1922.
- 60 »Es ist kaum etwas mehr geeignet, die gesamte deutschvölkische Bewegung zu einer, wenn schon nicht von vornherein unfruchtbaren, so doch in ihren Folgen wirkungslosen zu machen, als der gänzliche Mangel an Verständnis dafür, daß jede Idee wertlos ist, solange sich ihr Wollen nicht umsetzt in die Tat, sondern ewig nur Gedanke bleibt.« Adolf Hitler, *Der völkische Gedanke und die Partei*, undatierte Denkschrift wohl aus dem Jahr 1921. BA Koblenz, NS 26, 46. Abgedruckt in: *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus*. — Vgl. auch die Rede Adolf Hitlers am 12. 4. 1922 im Bürgerbräukeller: »Die ›Hetzler‹ der Wahrheit!«, wo es u. a. heißt: »Ist endlich eine Wahrheit erkannt, dann ist sie doch so lange wertlos, solange nicht der unbändige Wille dazu kommt, diese Erkenntnis in die Tat umzusetzen!« Adolf-Viktor von Koerber (Hrsg.), *Adolf Hitler, Sein Leben und seine Reden*. München o. J. [1924], S. 31.
- 61 *Mitteilungsblatt der Parteileitung* Nr. 14 v. 26. 4. 1922. BA Koblenz, NS 26, 95. — Vgl. auch Georg Franz-Willing, *Die Hitlerbewegung, Der Ursprung 1919—1922*, Hamburg, Berlin (1962), S. 175.
- 62 Hitler zur Generalmitgliederversammlung und Parteitagung der NSDAP vom 29.—31. 1. 1922 in München. Beilage zu VB Nr. 7 v. 25. 1. 1922.
- 63 *Mitteilungsblatt* Nr. 14 v. 26. 4. 1922. BA Koblenz, NS 26, 95.
- 64 *Mitteilungsblatt* Nr. 10 v. 7. 1. 1922, BA Koblenz, NS 26, 95.
- 65 Hitler, *Der völkische Gedanke und die Partei*, in: *Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus*.
- 66 *Mitteilungsblatt* Nr. 10 v. 7. 1. 1922, BA Koblenz, NS 26, 95.

- ⁶⁷ Hitler, Rede »Die Hetzer« der Wahrheit!« am 12. 4. 1922 im Bürgerbräukeller, abgedruckt Koerber, a.a.O., S. 31. Vgl. auch mehrere Polizeiberichte zu dieser Versammlung in HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1480.
- ⁶⁸ Mitteilungsblatt der NSDAP Nr. 14 v. 26. 4. 1922. BA Koblenz, NS 26, 95.
- ⁶⁹ Noch am 26. 3. 1924 heißt es in einem Rundschreiben der Landesleitung der NSDAP Gau Süd-Hannover: »Unter keinen Umständen dürfen Ortsgruppen gegründet werden, wenn sich an dem betreffenden Ort kein Führer befindet, dessen Persönlichkeit ein energisches Weitertreiben der Bewegung gewährleistet. Fehlt ein solcher Mann, so muß an dem betreffenden Ort ohne Ortsgruppengründung unsere Idee solange propagiert werden, bis der Führer gefunden ist. Ortsgruppen, die diese Bedingungen nicht erfüllen, sind aufzulösen, wir dürfen keinesfalls in den Fehler des ›Schutz- und Trutzbundes‹ verfallen, der diesen fundamentalen Grundsatz vernachlässigte und zuletzt überall und nirgends war.« Haase, Aufstand in Niedersachsen, S. 402 f. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11 H 2.

Vorbemerkung zum vierten Teil

- ¹ Am 19. 7. 1932 schrieb Carl von Ossietzky in der »Weltbühne« 28. Jg., Nr. 29, S. 96: »Heute braucht sich kein schwachnerviger Skribler selbst zu bemühen. Ein gut gezieltes Wort genügt, um Hände in Bewegung zu bringen. In dieser Zeit liegt viel Blutgeruch in der Luft. Der literarische Antisemitismus liefert nur die immateriellen Waffen zum Totschlag. Das Weitere mögen dann die wackern und ehrlichen Hansen mit ihrer gottgesegneten Kraft besorgen.« Vgl. Hamel, a.a.O., S. 166.
- ² Hermann Müller-Brandenburg, Polizei, Reaktion und Republik in: Die Glocke 8. Jg., 23. Heft v. 4. 9. 1922, S. 598.
- ³ Arthur Hoffmann-Kutschke, Deutschland den Deutschen! 2. verm. u. verb. Aufl. Halle o. J. [1920], S. 16. Vgl. auch die vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund Ortsgruppe Meißen herausgegebene Broschüre »Eine unbewußte Blutschande — der Untergang Deutschlands. Naturgesetze über die Rassenlehre«, o. O. o. J., S. 13: »Die germanische Rasse ist die höchststehende auf Erden.« — Dr. Arthur Hoffmann-Kutschke, 1919 bis 1921 Gauleiter des Schutz- und Trutz-Bund-Gaues Sachsen-Anhalt-Thüringen, war besonders als »Rassenspezialist« propagandistisch im Schutz- und Trutz-Bund tätig. Seine hier zitierte Schrift, die 1919 in 1. Auflage erschien, stellt eine beispiellose Zusammenstellung sämtlicher antisemitischer Angriffe und Anklagen dar.
- ⁴ Hoffmann-Kutschke, Deutschland den Deutschen, S. 16.
- ⁵ Ebd. Vgl. auch Artur Dinters Nachwort zu seinem Roman »Die Sünde wider das Blut« (8. Aufl. 1920), S. 430 f: »Rasse ist alles! Sie ist der Schlüssel nicht nur zur Geschichte der Menschheit, der Völker und Familien, sondern auch zur Persönlichkeit des einzelnen Menschen. Alles, was ich bin, fühle, denke, will, was aus mir geworden ist, wird und werden kann, verdanke ich einzig und allein meiner Rasse.«
- ⁶ Hoffmann-Kutschke, Deutschland den Deutschen, S. 60.
- ⁷ Flugblatt des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes »Über Rassenunterschiede zwischen Deutschen und Juden. Zusammenstellung naturhistorischer Beobachtungen«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antisemitische Organisationen.

- ⁸ Hoffmann-Kutschke, Deutschland den Deutschen, S. 18.
- ⁹ Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund Ortsgruppe Meißen (Hrsg.), Eine unbewußte Blutschande, S. 7 f.
- ¹⁰ Vgl. Dinter, »Lichtstrahlen aus dem Talmud«, S. 18: »Denn die Juden sind ja nicht durch den Talmud erst so geworden, wie sie sind, sondern der Talmud ist umgekehrt ein kennzeichnendes Erzeugnis der Juden, die seit vielen tausend Jahren immer das waren, sind und bleiben werden, was sie eben sind! Rasseneigenschaften sind unausrottbar!«
- ¹¹ Prof. Dr. Aug. Rohling's Talmud-Jude, Mit einem Vorwort von Eduard Drumont aus der auch anderweitig vermehrten französischen Ausgabe von A. Pontigny in das Deutsche zurückübertragen von Carl Paasch, 21.—25. Tausend Hamburg: Deutschvölkische Verlagsanstalt o. J. [1919]. 26.—30. Tausend ebd. o. J. [1920]. (Die Schrift Rohlings, der Professor für semitische Sprachen in Prag war, erschien zuerst 1871 und gab Anlaß zu zahllosen z. T. auch gerichtlichen Auseinandersetzungen um die antisemitische Talmudauslegung). — Dr. Justus, Judenspiegel oder 100 neuenthüllte, heutzutage noch geltende, den Verkehr der Juden mit den Christen betreffende Gesetze der Juden; mit einer die Entstehung und Weiterentwicklung der jüdischen Gesetze darstellenden höchst interessanten Einleitung, neu herausgegeben auf Veranlassung des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes, 6. Aufl. Paderborn 1919. (Verfasser dieser 1883 zum ersten Mal erschienenen Schrift war der rumänische Jude Aron Brimann, der zum christlichen Glauben übergetreten war.) — Jakob Ecker, Der »Judenspiegel« im Lichte der Wahrheit, Eine wissenschaftliche Untersuchung, 3. Aufl. Paderborn 1921 (1. Aufl. 1884. Ecker, seinerzeit Privatdozent für semitische Philologie in Münster, war bei den gerichtlichen Auseinandersetzungen um den »Judenspiegel« Brimanns 1883/84 als wissenschaftlicher Gutachter tätig geworden und hatte den »Judenspiegel« weitgehend verteidigt.) — Deutscher Schutz- und Trutz-Bund (Hrsg.), Die Sittenlehren des Juden, Auszug aus dem Talmud (Schulchan-Aruch), Stuttgart o. J. [1919]. — Alle diese antisemitischen Talmudübersetzungen und -auslegungen gehen auf das umfangreiche Werk des Heidelberger Orientalisten Johann Eisenmenger »Entdecktes Judentum«, Frankfurt a. M. 1700, Neuaufl. Königsberg i. Pr. 1711, zurück. Vgl. dazu Hermann Leberecht Strack, Jüdische Geheimgesetze?, Berlin 1920, S. 19 ff.
- ¹² Besonders eifrige Propagandisten waren in dieser Hinsicht Theodor Fritsch (vgl. die Schrift »Der falsche Gott, Beweismaterial gegen Jahwe«, 5. Aufl. 8—12. Taus., Leipzig 1919; 8. Aufl. 25.—30. Taus. ebd. 1921! Die Schrift war 1911 zuerst unter dem Titel »Mein Beweis-Material gegen Jahwe« erschienen. Im selben Jahr hatte Fritsch ein Flugblatt mit Talmudzitaten »Einige Fragen an die gebildeten Juden« herausgegeben, und in Anlehnung an Fritsch Artur Dinter (vgl. vor allem die Schriften »Lichtstrahlen aus dem Talmud« und »Die Sünde wider das Blut«.)
- ¹³ Dinter, Lichtstrahlen aus dem Talmud, S. 8.
- ¹⁴ Alfred Roth, Der Judenpranger, Ein Spiegelbild der jüdischen Seele dargestellt an namenlosen Briefen und Zuschriften von Juden und Jüdinnen gerichtet an Alfred Roth, Hamburg 1922, S. 9.
- ¹⁵ 1921 brachte der Bund in der Deutschvölkischen Verlagsanstalt eine antisemitische Broschüre aus dem Jahre 1901 neu heraus, in der der Mord an einem Gymnasiasten in Konitz in Westpreußen 1900 entgegen allen ge-

- richtlichen Untersuchungen dem Judentum zur Last gelegt wird. »Der Blutmord in Konitz, Mit Streiflichtern auf die staatsrechtliche Stellung der Juden im Deutschen Reiche«, Nach authentischen Quellen dargestellt von einem besorgten Vaterlandsfreunde, 18. Aufl. Hamburg o. J.
- ¹⁶ Eingabe des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes an die Deutsche Nationalversammlung v. 1. 7. 1919. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ¹⁷ Vgl. u. a. Roth, Unser Wollen — unsre Arbeit. S. 7: »So ergibt sich aus unserer Weltanschauung ganz von selbst die Kampfstellung : hie deutsch-völkisch — hie international«.
- ¹⁸ Hoffmann-Kutschke, Sonnenwende, S. 23 f. Vgl. auch Westerich, Deutsch-völkische Kulturpolitik, S. 15: »Das Entweder-Oder, hie Gut — hie Böse, hie Gott — hie Luzifer, hie Christus — hie Ahasver, hie Lichtrasse — hie Schwarzalbentum hält uns gepackt.«
- ¹⁹ Rudolf John Gorsleben, Die Überwindung des Judentums in uns und außer uns, München 1920. — John Gorsleben war ein führender bayerischer Propagandist des Schutz- und Trutz-Bundes, trat vor allem als Rassen-theoretiker und Eddaübersetzer auf und war 1921/22 Leiter des Landesverbandes Bayern des Schutz- und Trutz-Bundes.
- ²⁰ Zur Einordnung der »völkischen Weltanschauung« in die Ideen des deutschen Nachkriegsnationalismus vgl. u. a. Armin Mohler, Die konservative Revolution in Deutschland 1918—1932, Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart 1950, S. 81 ff. u. S. 166 ff., Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik, Die Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962, bes. S. 164 ff. und Martin Broszat, Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus, in: Deutsche Rundschau 84 (1958), S. 53 ff.
- ²¹ Schreiben der Hauptgeschäftsstelle an die Beiratsmitglieder v. 1. 6. 1920, DZA Potsdam, ADV, 490. — Im Sommer 1920 hatte die Bundesleitung das einfache Hakenkreuz, das bis dahin von den Mitgliedern als Abzeichen getragen wurde, durch ein eigenes Bundesabzeichen ersetzt. Dieses zeigte eine stilisierte Kornblume und in deren Mitte ein Hakenkreuz, von dem aus sechs Strahlen an den Rand der Blume liefen; es verband somit das alte Zeichen der Deutschnationalen und Großdeutschen in Österreich und Deutschland aus dem 19. Jahrhundert mit dem neuen Zeichen der Völkischen. In dem angeführten Schreiben heißt es dazu: »Das Abzeichen soll symbolisch unser Sehnen nach der alten Größe und Herrlichkeit des Reiches ausdrücken und gleichzeitig das Zeichen zu erkennen geben, unter dem wir kämpfen und siegen wollen.« Vgl. auch DvBl. Nr. 19 v. 6. 5. 1920 und Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle v. 26. 8. 1920, DZA Potsdam, ADV, 490.
- ²² Vgl. dazu vor allem die von Alfred Roth verfaßten programmatischen Schriften des Bundes »Unser Wollen — unsere Aufgabe«, S. 7 ff. und »Unser Wollen — unsre Arbeit«, S. 7 ff.
- ²³ Wie Claß (siehe S. 39) erhob der Bund zwei Grundforderungen, nämlich 1. »Ausweisung aller seit dem 1. Juli 1914 zugereisten Ausländer jüdischer Abkunft« und 2. »Stellung der in Deutschland lebenden Juden unter Fremdrecht«, die dann in weiteren Punkten spezifiziert wurden. Roth, Unser Wollen — unsre Arbeit, S. 5 f. Vgl. auch die Flugblätter des Bundes »Jeder Deutsche muß wissen« und »Was wir wollen«, Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.

12. Kapitel

- ¹ Zur sozialen und wirtschaftlichen Umgruppierung vgl. Heinrich Bechtel, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands*, Bd. III, Im 19. und 20. Jahrhundert, München 1956, bes. S. 384 ff. und 415 ff., sowie Friedrich Lütge, *Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Ein Überblick*, 3. wesentl. verm. u. verb. Aufl., Berlin, Heidelberg, New York 1966, bes. 533 ff. und 553 ff.
- ² Vgl. Esra Bennathan, *Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden*, in: *Entscheidungsjahr 1932, Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik*, Ein Sammelband hrsg. von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1965, S. 102—128.
- ^{2a} Zu dem sehr komplexen Problem des großen jüdischen Anteils an der Industrialisierung Deutschlands und den daraus resultierenden Rückwirkungen auf den Antisemitismus vgl. u. a. Reichmann, a.a.O., S. 39 ff. und 168 ff.
- ³ Roth-Armin, *Die Juden in den Kriegs-Gesellschaften und in der Kriegs-Wirtschaft*, 1921.
- ⁴ C. B. Döppler, *Die Verjudung des Bank- und Börsenwesens in Deutschland*, Hamburg 1919 (Hammer-Schläge Heft 11).
- ⁵ Guido Roeder, *Wider den Wucher, Ein Sammelruf nach rechts und links von einem Gegner der Mitte*, Hamburg 1920 (Hammer-Schläge Heft 20).
- ⁶ C. B. Döppler, *Jüdische Wirtschaftsdiktatur in Deutschland?*, Hamburg o. J. [1921], S. 34: »Die Behauptung von einer jüdischen Diktatur in Industrie und Handel, Bank- und Börsenwesen darf also als erwiesen betrachtet werden.«
- ⁷ Roth-Armin, *Juden in den Kriegs-Gesellschaften*, S. 7.
- ⁸ Feder hatte seine wirtschaftspolitischen Theorien schon während des Krieges entwickelt und verfocht sie nach Kriegsende in München in zahllosen Vorträgen und Schriften. Im Jahre 1919 erschienen im Verlag Jos. C. Huber, Diessen vor München, seine beiden bekannten diesbezüglichen Broschüren »Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes« und »Der Staatsbankerott — die Rettung«. Vgl. auch die Sammlung seiner Veröffentlichung vom Februar 1919 an in: Gottfried Feder, *Kampf gegen die Hochfinanz*, 2. Aufl. München 1933.
- ⁹ Roth, *Unser Wollen — unsre Arbeit*, S. 8.
- ¹⁰ Roeder, a.a.O., S. 11
- ¹¹ Vgl. Bang an Hertzberg v. 2. 8. 1921: »Es kann sich nicht um Beseitigung des Kapitalismus, sondern nur um Beschneidung seiner Mißbräuche handeln«. Bang wollte auch nicht »taktische Rücksichten« gelten lassen, da er einmal »die tatsächliche Wirkung der Zinsfrage in Arbeiterkreisen« bezweifelte, zum anderen befürchtete, daß man dadurch »Geister ruft, die man später nicht mehr bannen kann«. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ¹² Ebd.
- ¹³ Vgl. die Handzettel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes »Die Zinseszinswirtschaft«, »Der Deutsche braucht die Juden nicht totzuschlagen« und »Deutsche, macht Euch frei von der jüdischen Zinsknechtschaft«. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ¹⁴ Siehe S. 127.
- ¹⁵ Roeder, *Wider den Wucher*, Hammer-Schläge Heft 20.
- ¹⁶ DZA Potsdam, ADV, 491.

- ¹⁷ Rundschreiben Roths an die Vorstands- und Beiratsmitglieder v. 23. 8. 1920. Ebd.
- ¹⁸ DZA Potsdam, ADV, 492. Vgl. auch Hertzberg an Roth v. 9. 6. 1921. Ebd.
- ¹⁹ Dieser Versuch knüpft sich an den Namen der Deutschvölkischen Bank, die im Herbst 1920 als Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Berlin gegründet wurde (Abschrift aus dem Genossenschaftsregister, BA Koblenz, NS 26, 846). Die Gründung kam allerdings ohne die Mithilfe des Schutz- und Trutz-Bundes und der hinter ihm stehenden alldeutschen Kreise zustande. Vielmehr betrachteten diese das Unternehmen mit Argwohn, da sie rivalisierende deutschvölkische Kreise dahinter vermuteten. Immerhin hatten auch die Schutz- und Trutz-Bund-Führer sich seit 1919 schon mit ähnlichen Plänen getragen und für sie erworben (vgl. Roth an Claß v. 29. 11. 1919 und Roth an Hertzberg v. 30. 8. 1920, DZA Potsdam, ADV, 491; sowie DvBl Nr. 45 v. 4. 11. 1920). Nach der Gründung der Deutschvölkischen Bank Berlin ließen sie nun die eigenen Pläne fallen und entschlossen sich wenig später, die Deutschvölkische Bank wenn auch zurückhaltend zu unterstützen (Vgl. Hertzberg an Roth v. 15. 4. 1921, DZA Potsdam, ADV, 492). An der Wirkungslosigkeit des gesamten Bankunternehmens vermochte allerdings auch diese Unterstützung nichts zu ändern.
- ²⁰ StA Hannover, Hann. 122 a, XXXIV, 182.
- ²¹ Vgl. den Bericht des preußischen Staatskommissars für Volksernährung v. 23. 6. 1920, in dem es u. a. heißt: »In letzter Zeit sind wieder wie im vergangenen Jahre in einzelnen Städten Lebensmittelunruhen vorgekommen«, sowie den Erlaß des preußischen Ministers des Innern v. 14. 9. 1921, in dem es u. a. heißt: »Im Laufe der letzten Wochen hat fast auf allen Gebieten des täglichen Bedarfs, insbesondere bei Lebensmitteln, eine derartige Preissteigerung eingesetzt, daß weite Kreise der Bevölkerung von starker Beunruhigung ergriffen worden sind, die in einzelnen Fällen auch bereits zu Ausschreitungen geführt hat.« StA Hannover, Hann. 122 a, XXXIV, 181 u. 182.
- ²² Für Preußen ebd.
- ²³ StA Hannover, Hann. 122 a, XXXIV, 181. Aufrufe und Plakate mit Graphiken von Käthe Kollwitz durch das Landespolizeiamt beim Staatskommissar für Volksernährung.
- ²⁴ Aufruf vom 26. 3. 1920. Ebd.
- ²⁵ Handzettel und Flugblätter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Hamburg »Wohin Ihr faßt«; »Wir wuchern und wir schieben« und »Es lebe der Schieber«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ²⁶ HStA München, Abt. II, MA 102 136.
- ²⁷ Politischer Stimmungsbericht v. 29. 10. 1919. HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1477.
- ²⁸ MVA Nr. 21 v. 16. 10. 1919.
- ²⁹ Für die Darstellung der Memminger Ereignisse vgl. die sozialdemokratischen Zeitungen Fränkische Tagespost Nr. 183 u. Nr. 184 v. 9. u. 10. 7. 1921 und Münchener Post Nr. 183 v. 9. 7. 1921 sowie VB Nr. 63 v. 11. 7. 1921.
- ³⁰ VB Nr. 39—43 v. 11. 5. 1920. Die Ortsgruppe war von dem Justizreferendar Benedikt Settele gegründet worden, der zusammen mit dem Münchener Karl Braßler zu den aktivsten Propagandisten des Schutz- und

Trutz-Bundes in Oberbayern und Schwaben zählte. Beide traten auch mehrfach in Memmingen auf. Vgl. u. a. VB Nr. 52 v. 2. 6. 1920, Nr. 87 v. 3. 10. 1920, Nr. 96 v. 4. 11. 1920. — Eine Ende des Jahres 1920 in Memmingen gegründete Ortsgruppe der NSDAP konnte sich dagegen nicht behaupten und mußte im April 1923 neu gegründet werden. Vgl. VB Nr. 103 v. 28. 11. 1920 u. Nr. 67 v. 14. 4. 1923.

³¹ MVA Nr. 19 v. 24. 9. 1921.

³² Bericht des Bezirksamtes Memmingen an den Staatskommissar für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg v. 7. 10. 1921. HStA München, Abt. II, MA 100 403.

³³ DvBl Nr. 32 v. 11. 8. 1921 u. Nr. 46 v. 17. 11. 1921. — Über das gerichtliche Nachspiel sei hier mitgeteilt, daß das Memminger Schöffengericht am 12. August 1921 Rosenbaum zu fünf Wochen Gefängnis verurteilte, weil er ohne Erlaubnis 56 Pfund Mehl erworben und 14 Tage zurückgehalten sowie 12 Zentner Butter aus der Juniproduktion für den Juli zurückgehalten hatte. (Münchener Post Nr. 187 v. 13./14. 8. 1921). Die deutschvölkischen Anstifter, Dr. Sicius und Eduard Hail, wurden in einem volksgerichtlichen Urteil vom 19. September 1921 zu je einem Monat Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt. Letztere wurde allerdings in der Berufungsinstanz vom Obersten Landesgericht München im Oktober 1921 aufgehoben. (Bericht des Bezirksamtes Memmingen v. 7. 10. 1921. HStA München, Abt. II, MA 100 403 und Kuttner, Warum versagt die Justiz?, Berlin 1921, S. 33).

³⁴ Vgl. den Bericht des Hamburger Bürgerschaftsausschusses über die Unruhen vom 24. und 25. Juni 1919. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. Allg. Akten, Unruhen 1919. Vgl. neuerdings Richard A. Comfort, *Revolutionary Hamburg, Labor Politics in the Early Weimar Republic*, Stanford 1966, S. 74 ff.

³⁵ DvBl Nr. 23 v. 27. 6. 1919, »Jüdische Schweinereien und ihre Folgen«.

³⁶ DvBl Nr. 24 v. 4. 7. 1919.

³⁷ Hamburger Fremdenblatt v. 1. 7. 1919, vgl. auch MVA Nr. 15/16 v. 24. 7. 1919.

³⁸ Vgl. das Schreiben der Reichshammerbund-Geschäftsstelle an die Ortsgruppe Nürnberg v. 2. 9. 1919. BA Koblenz, NS 26, 888.

³⁹ Vgl. DvBl Nr. 23 v. 3. 6. 1920 und das als Sonderdruck der DvBl erschienene Flugblatt »Es lebe der Schieber — Deutschland im Zeichen der Schieberrepublik — Was verschoben wird — Von wem es verschoben wird — Die Verschleuderung in Riesengrößen« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen) sowie Roth, *Juden in den Kriegs-Gesellschaften*, bes. S. 120—132.

⁴⁰ Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.

⁴¹ Vgl. dazu das Kapitel »Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund vor Gericht« S. 237 ff.

⁴² Frankfurter Zeitung v. 4. 6. 1920.

⁴³ Vgl. DvBl Nr. 22 v. 27. 5. 1920, Nr. 25 v. 17. 6. 1920, Nr. 50 v. 9. 12. 1920, Nr. 25 v. 23. 6. 1921, Nr. 51 v. 22. 12. 1921. Vgl. auch Roth, *Juden in den Kriegs-Gesellschaften*, S. 128—131.

⁴⁴ Siehe S. 106.

⁴⁵ Hertzberg an Roth v. 12. 6. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.

⁴⁶ In einer kleinen Anfrage an die Elberfelder Stadtverwaltung protestierte

der Stadtverordnete und Vorsitzende des Schutz- und Trutz-Bundes Wieggershaus gegen die Zuteilung von 2040 Tonnen Weizenmehl an die Zentrale für Mazzeversorgung G.m.b.H. in Frankfurt a. M. und führte u. a. aus: »In einer Zeit, wo die Städte für ihre magen- und darmkranke Bevölkerung nicht mehr notdürftig das nötige Weizenmehl auftreiben können, bedeutet eine derartige Maßnahme eine Bevorzugung gesunder jüdischer Menschen vor der kranken deutschen Bevölkerung.« Deutsche Tageszeitung Nr. 131 v. 11. 3. 1920.

47 Hammer Nr. 400 v. 15. 2. 1919, S. 33 f.; DvBl Nr. 10 v. 7. 3. 1919, Nr. 13 v. 25. 3. 1920, Nr. 12 v. 18. 3. 1920; Nr. 11 v. 18. 3. 1922.

48 BA Koblenz, R 43 I, 2 719.

49 Vgl. die Zusammenstellung von antijüdischen Abwehrmaßnahmen und deutschvölkischen Wirtschaftsforderungen in den drei vom Bund herausgegebenen Schriften: Carl Barthel, Der kommende Börsenkrach und die drohende Wirtschaftskrisis, Eine volkswirtschaftliche Studie zugleich ein Mahnruf an Regierung und Volk, Hamburg 1920, S. 23 f.; Döppler, Jüdische Wirtschaftsdiktatur, S. 39 f.; Roeder, a.a.O., S. 10 f.

50 Flugblatt des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes »Wähler aller Parteien!« Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.

51 Zum Problem der Ostjuden in Deutschland in den Jahren 1919 bis 1923 vgl. Adler-Rudel, a.a.O., S. 60–122.

52 Abgedruckt in: Auf Vorposten Nr. 9/10 v. 3. Juni 1913, S. 36 f. Zur Antisemitenpetition vgl. Massing, a.a.O., S. 43 und Pulzer, a.a.O., S. 85.

53 Es taucht auch in den Claßschen Forderungen zur Judenfrage 1912 auf, die ja dem Programm des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes zugrunde gelegt wurden. Siehe S. 39.

54 Im »Hammer« (Nr. 88 v. 15. 2. 1906 S. 119) wandte sich Theodor Fritsch 1906 gegen die zunehmende Einwanderung von polnischen Juden in die deutschen Ostgebiete und warnte vor den »unerfreulichen Einflüssen« auf »unser Wirtschafts-Leben und unsere Volks-Gesittung« sowie vor den politischen Folgen dieser Einwanderung, da es sich um »ausgesprochene Revolutionäre« handele.

55 Adler-Rudel, a.a.O., S. 47.

56 Siehe S. 72 f.

57 Adler-Rudel, a.a.O., S. 121.

58 BA Koblenz, R 43 I, 2 192. Wiedergegeben bei Adler-Rudel a.a.O., S. 158 bis 161. Darin heißt es u. a.: »Dagegen verbietet es sich zurzeit und bis auf weiteres trotz der Nöte der inländischen Bevölkerung aus völkerrechtlichen und aus Gründen der Menschlichkeit, die im Lande bereits befindlichen Ostjuden, selbst wenn sie unter Umgehung der Grenzsperrung und ohne im Besitze der vorgeschriebenen Legitimationspapiere und der Einreiseerlaubnis zu sein eingewandert sind, zwangsweise in ihre Heimat zurückzuweisen, weil sie dort nach Lage der Verhältnisse vielfach unmittelbar Gefahr für Leib und Leben, jedenfalls aber der Bestrafung wegen Fahnenflucht und Wehrpflichtentziehung ausgesetzt wären.«

59 Flugblatt »Eine Volksabstimmung über die Juden-Einwanderung nach Deutschland« und Handzettel »Durch Volksabstimmung« des Schutz- und Trutz-Bundes. DZA Potsdam, ADV, 489. Vgl. auch MüB Nr. 38 v. 23. 8. 1919.

60 »Durch Volksabstimmung«. DZA Potsdam, ADV, 489.

- ⁶¹ Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle an die Gauen und Ortsgruppen v. 15. 6. 1920, DZA Potsdam, ADV, 490.
- ⁶² Flugblätter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes »Gegen die Masseneinwanderung der Juden aus dem Osten!« und »Wähler aller Parteien!« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen) sowie Handzettel »Die Wohnungsnot wächst« (DZA Potsdam, ADV, 489).
- ⁶³ Vgl. vor allem die Propagandaschrift des Bundes: »Was wird aus den Ostjuden? Eine kritische Auseinandersetzung zur Ostjudenfrage«, Hamburg 1920, (Hammer-Schläge Heft 17/18).
- ⁶⁴ Vgl. u. a. DvBl. Nr. 39 v. 16. 10. 1919, Nr. 40 v. 23. 10. 1919, Nr. 42 v. 6. 11. 1919, Nr. 47 v. 11. 12. 1919, Nr. 49 v. 25. 12. 1919, Nr. 1 v. 1. 1. 1920; Nr. 10 v. 4. 3. 1920; Nr. 5 v. 3. 2. 1921; Nr. 19 v. 13. 5. 1922, Nr. 20 v. 20. 5. 1922.
- ⁶⁵ Flugblatt des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes »Gebote der nationalen Selbsterhaltung«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ⁶⁶ Rundschreiben Roths an die der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde angeschlossenen Verbände v. 22. 7. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ⁶⁷ DZ Nr. 208 v. 8. 5. 1922, »Gegen die Einwanderung der Ostjuden.«
- ⁶⁸ Verhandlungen der Deutschen Nationalversammlung 1919/20, Anlagen, S. 320, Anfrage Nr. 192.
- ⁶⁹ Antrag Nr. 88. Arnstadt und Genossen, Verhandlungen des Reichstages, I. Wahlperiode 1920, Anlagen, S. 88.
- ⁷⁰ BA Koblenz, R 43 I, 2 654.
- ⁷¹ BA Koblenz, R 43 I, 2 192.
- ⁷² In einem Schreiben an das braunschweigische Staatsministerium v. 25. 8. 1920. Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel (künftig StA Wolfenbüttel), 133 A Neu, 463.
- ⁷³ Schreiben des Reichsministers des Innern an den Präsidenten des preußischen Staatsministeriums v. 31. 5. 1920 und v. 20. 7. 1920. BA Koblenz, R 43 I, 2 192. — In seiner Propaganda benutzte der Schutz- und Trutz-Bund diese Schreiben, um sie gegen die preußischen Maßnahmen auszuspielen und zugleich den Eindruck zu erwecken, als ob die Forderungen des Bundes von der Reichsregierung weitgehend geteilt würden. Vgl. DvBl Nr. 24. 6. 1920 u. Nr. 32 v. 5. 8. 1920, sowie das Flugblatt »Wähler aller Parteien!«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ⁷⁴ Vgl. den Bericht der Württembergischen Gesandtschaft in Berlin an das Staatsministerium v. 4. 5. 1920 über eine Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten vom Vortage. Der Ausdruck »Konzentrationslager« sollte danach in diesem Zusammenhang »offiziell« möglichst vermieden werden. Württembergisches Hauptstaatsarchiv Stuttgart-Ludwigsburg (künftig HStA Ludwigsburg), E 131, R 2/1, Bd. I.
- ⁷⁵ Adler-Rudel, a.a.O., S. 115 ff.
- ⁷⁶ Ebd. S. 112.
- ⁷⁷ So drängte der demokratische Reichsminister des Innern Koch, der mütterlicherseits selbst jüdischer Herkunft war, seinen preußischen Kollegen von der SPD zur Aufgabe der »Vorzugsbehandlung« der Ostjuden (Siehe oben S. 338, Anm. 58) und erklärte im Reichsrat, daß die preußische Regierung »leider zu lange Milde« habe walten lassen und daß die Reichsregierung »mit diesem Verhalten der preußischen Regierung nicht einverstanden ge-

wesen« sei. (Bericht des württ. Bevollmächtigten zum Reichsrat v. 27. 10. 1920. (HStA Ludwigsburg, E 130, G XV, 6). Seine beiden sozialdemokratischen Nachfolger waren den menschlichen Problemen der Ostjudenfrage sehr viel näher. In einem Erlaß vom 18. 10. 1921 stellte Dr. Gradnauer zum erstenmal die Tatsache der Staatenlosigkeit offiziell fest und schuf Richtlinien für die Ausstellung von Personalausweisen. (StA Wolfenbüttel, 133 A Neu, 463). Am 3. 11. 1921 wies Dr. Köster während einer Ausschußsitzung des Reichsrates darauf hin, daß es die Oberste Heeresleitung gewesen sei, die zuerst Ostjuden nach Deutschland in größerem Maßstab gebracht hätte, und würdigte eindringlich die Bedeutung der jüdischen Kolonie in Berlin für den Osthandel als auch die Arbeit der jüdischen Organisationen, die sich u. a. um eine Auswanderung bzw. Rückführung der Ostjuden bemühten. (Bericht der Hamburgischen Gesandtschaft v. 6. 11. 1922. StA Hamburg, Senats-Kom. f. d. Reichs- u. ausw. Angelegenh., I B l e 8). — In Preußen brachte der Wechsel im Innenministerium, wo der demokratische Dominicus den Platz des Sozialdemokraten Severing einnahm, den Versuch, die ostjüdischen Zuwanderer in Massen abzuschieben bzw. in den Lagern von Stargard und Cottbus zu internieren. Vgl. Adler-Rudel, a.a.O., S. 116—118.

⁷⁸ Adler-Rudel, a.a.O., S. 115.

⁷⁹ Wochenbericht der Polizeidirektion München v. 22. 11. 1919. HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2.

13. Kapitel

¹ Karl Grunsky, Geistesleben und Judentum, Hamburg 1920, (Hammer-Schläge, Heft 14), S. 3.

² Ebd. S. 6.

³ Ebd. S. 8 u. 14.

⁴ Flugblatt »Jüdisches Komödienspiel«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.

⁵ Flugblatt »Was wir wollen«. Ebd. — Der erste Satz des Zitates spielt auf den Aufsatz »Deutsch-Jüdischer Parnaß« von Moritz Goldstein an, der im ersten Märzheft der von Ferdinand Avenarius herausgegebenen Halbmonatsschrift »Der Kunstwart« (25. Jg. 1911/12, 2. Viertel Heft 11, S. 281 bis 294) erschienen war. In ihm setzt sich der jüdische Autor, der später Mitarbeiter an der Vossischen Zeitung war, gleichsam aus zionistischer Sicht kritisch mit dem Problem der jüdischen Assimilation in Deutschland auseinander und fordert eine klare Trennung der beiden Kulturkreise. Dieser Aufsatz und insbesondere Sätze wie »Immer mehr gewinnt es den Anschein, als sollte das deutsche Kulturleben in jüdische Hände übergehen« und »Wir Juden verwalten den geistigen Besitz eines Volkes, das uns die Berechtigung und die Fähigkeit dazu abspricht« (ebd., S. 283) sollten den Antisemiten immer wieder als »Beweisstücke« ihrer Thesen von der jüdischen Vorherrschaft im deutschen Kulturleben dienen. Vgl. dazu Moritz Goldstein, German Jewry's Dilemma, The Story of a Provocative Essay, in: Publications of the Leo Baeck Institute of Jews from Germany, Year Book 2 (1957), S. 236—254; sowie ders., »Der Kunstwart«-Aufsatz zur Judenfrage, in: Von Juden in München, Ein Gedenkbuch, herausgegeben von Hans Lamm, 2. Aufl. München 1959, S. 130—134.

⁶ Westerich, Deutschvölkische Kulturpolitik, S. 12.

⁷ Ebd., S. 16.

⁸ Bartels hatte schon dem alldeutschen »Judenausschuß«, dessen Beratungen zur Gründung des Schutz- und Trutz-Bundes führten, angehört und war Beirats- bzw. Vorstandsmitglied des Bundes (siehe S. 98 u. 349). Er hatte die völkischen »Lebensregeln« des Bundes angeregt und entworfen (vgl. Bartels an Claß v. 26. 4. 1919, DZA Potsdam, ADV, 491) und wirkte auch propagandistisch für den Bund (vgl. vor allem die Hefte Nr. 8 und Nr. 10 der Hammer-Schläge mit den Titeln »Weshalb ich die Juden bekämpfe« und »Was ich von einem deutschen Staat verlange«). Darüber hinaus hatte sich Bartels der Gesamtorganisation des »Deutschen Tages« als »Obmann« für die Abteilung »Deutsches Schrifttum« zur Verfügung gestellt (siehe S. 80). — Zu Bartels' Wirken im Schutz- und Trutz-Bund vgl. auch Alfred Roths Beitrag »Ein völkischer Vorkämpfer« in der »Festgabe zum sechzigsten Geburtstag von Adolf Bartels«, Hrsg. vom Bartels-Bund durch Walter Loose, Leipzig 1922, S. 160–162.

⁹ Meistens berief Bartels sich auf den 1913 von Philipp Stauff herausgegebenen »Semi-Kürschner«, eine antisemitische Zusammenstellung jüdischer oder angeblich jüdischer Schriftsteller, Künstler, Politiker, Bankiers und Offiziere. Im Laufe seiner langen Karriere als Literaturkritiker glaubte Bartels jedoch einen nahezu unfehlbaren »Instinkt« entwickelt zu haben, der es ihm, wie er meinte, ermöglichte, auf Grund weniger Indizien der Person den entscheidenden rassischen Nachweis selbst zu liefern. Zuweilen genügte ihm schon der Name, ein Bild oder die Tatsache, daß sich ein Geburtsdatum oder -ort nicht ermitteln ließ. »Unmoralischer« Lebenswandel und zeitgenössischer Erfolg waren ihm ebenso untrügliche Beweise für jüdische Herkunft. Vgl. Adolf Bartels, Jüdische Herkunft und Literaturwissenschaft, Eine gründliche Erörterung, Leipzig 1925, S. 34 ff. u. S. 68. — Aus Bartels' damals aktuellstem Werk (Die deutsche Dichtung der Gegenwart, Die Jüngsten, 1. bis 10. Tausend, Leipzig 1921) seien einige Beispiele angeführt: Anton Wildgans: »Nach der Aufnahme, die er bei der jüdischen Kritik fand, zu rechnen, dürfte er Jude sein.« (S. 114), August Stramm: »Das Bild, das ich von Stramm gesehen, ließ mir ihn als Juden erscheinen« (S. 168). Rudolf Borchardt: »Von Rudolf Borchardt, . . ., weiß ich noch nichts. Jude wird er ja sein.« (S. 172); Klabund: »eigentlich Alfred Henschke . . . Er hatte immerhin eine jüdische Großmutter«. (S. 172 f.) — Als oberstes Ziel seiner Arbeit nannte Bartels einmal, »dem gefährdeten deutschen Volkstum in der Literatur und weiterhin im Leben wieder zu seinem vollen Recht zu verhelfen«. (Bartels, Weshalb ich die Juden bekämpfe, S. 7).

¹⁰ Jüdische Kunst, so verfügte Bartels, sei zuweilen »Virtuosentum«, zu meist aber nichts anderes als »reine, oft sehr gemeine Mache«. Die Werke jüdischer Künstler seien gekennzeichnet durch »Formgewandtheit«, »Aufmachungstalent«, »Radikalismus«, »Frivolität«, »Unverfrorenheit« und »Schamlosigkeit«. Bartels, Jüdische Herkunft, S. 10, 64, 162.

¹¹ Vgl. Adolf Bartels, Heinrich Heine, Auch ein Denkmal, Dresden u. Leipzig 1906; ders., Heine-Genossen, Zur Charakteristik der deutschen Presse und der deutschen Parteien, 2. Tsd. Dresden u. Leipzig 1908; Ferdinand Werner, Ein öffentliches Heinedenkmal auf deutschem Boden? Den Herren vom Hamburger Senat und Frankfurter Magistrat gewidmet, Leipzig 1913.

- ¹² Vgl. Lagebericht des preußischen Staatskommissars v. 23. 2. 1921, HStA München, Abt. II, MA 101 254; sowie Hellmut Andics, *Der ewige Jude, Ursachen und Geschichte des Antisemitismus*, Wien (1965), S. 269 f. Zur Uraufführung vgl. *Theater für die Republik 1917—1933*. Im Spiegel der Kritik, Herausgegeben von Günther Rühle (Frankfurt a. M. 1967), S. 278 ff.
- ¹³ DvBl Nr. 9 v. 3. 3. 1921.
- ¹⁴ Ebd.
- ¹⁵ Lagebericht des preußischen Staatskommissars v. 23. 2. 1921. HStA München, Abt. II, MA 101 254.
- ¹⁶ MVA Nr. 23 v. 24. 11. 1921, S. 146.
- ¹⁷ Wochenbericht der Meldestelle Hannover für die Zeit v. 2. bis 8. 10. 1921. Niedersächsisches Staatsarchiv Osnabrück (künftig StA Osnabrück), Dep. 29, 5 393.
- ¹⁸ Andics a.a.O., S. 269 f.
- ¹⁹ Vgl. u. a. Adolf Bartels, *Die deutsche Dichtung von Hebbel bis zur Gegenwart*, Teil 2 *Die Jüngerer*, 10.—12. Aufl. Leipzig 1922, vor allem S. 122.
- ²⁰ Wochenbericht der Polizeidirektion München v. 8. 12. 1919. Der Bericht fährt erläuternd fort: »Aus derartigen Vorfällen heraus erklären sich leicht Äußerungen, die bei solchen Gelegenheiten laut werden, wie: ›Die Juden seien es, die jeder Perversität und Schweinerei Vorschub leisten. Möge sie sich nun auf ‚künstlerischem‘, politischem oder wirtschaftlichem Bereich zeigen.« Es ist eine Unvorsichtigkeit des Judentums, sich unter den jetzigen Strömungen derart in Widerspruch zu setzen mit dem Empfinden des Volkes, unter dem es ungehindert leben will, unklug aber auch von den mehr oder weniger jüdisch geleiteten Theatern, der Stimmung der breiten Masse nicht entsprechend Rechnung zu tragen.« HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2.
- ²¹ Ebd.
- ²² Wochenbericht der Polizeidirektion München v. 8. 12. 1919. Ebd.
- ²³ Wochenbericht der Polizeidirektion München v. 29. 12. 1919. Ebd.
- ²⁴ Zur Entwicklung der Schutz- und Trutz-Bund Ortsgruppe München siehe S. 290—294.
- ²⁵ DvBl Nr. 9 v. 26. 2. 1920. Ein halbes Jahr später protestierten dieselben Kreise in Hannover gegen die Uraufführung eines Stückes »des berühmten jüdischen Dichters, der sich hinter dem Namen Klabund verbirgt«, wobei es zu heftigen Zusammenstößen kam. Hammer Nr. 432 v. 15. 6. 1920, S. 234 f.
- ²⁶ DvBl Nr. 1 v. 6. 1. 1921.
- ²⁷ VB Nr. 46 v. 4. 11. 1920. Vgl. auch die Broschüre »Denkschrift an den Stadtrat der Stadt Nürnberg eingereicht vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund Ortsgruppe Nürnberg« (Nürnberg 1920).
- ²⁸ Wochenbericht der Polizeistelle Nordbayern v. 27. 11. 1920. HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 43/1.
- ²⁹ Vgl. vor allem das Flugblatt »Jüdisches Komödienspiel« Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ³⁰ VB Nr. 99 v. 14. 11. 1920.
- ³¹ Berliner Zeitung am Mittag v. 13. 12. 1919; Deutsche Tageszeitung v. 18. 12. 1919. Vgl. auch die Schilderung des Premiereabends durch Fritz

- Kortner, der seinerzeit den Geßler spielte, in seinen Memoiren (Aller Tage Abend, München 1919, S. 352—359), wo Kortner aus der Rückschau die antisemitischen »Radaubröder« als eine »Avantgarde des sich erst regenden Vandalismus, das erste Rudel der Bluthunde, die auf Andersdenkende, anders Agierende, auf das »Artfremde« losgelassen wurde«, charakterisiert.
- 32 Lagebericht des preußischen Staatskommissars v. 30. 1. 1920. HStA München, Abt. II, MA 101 252. Vgl. auch Hamburger Warte Nr. 7 v. 14. 2. 1920 und MVA Nr. 4 v. 21. 2. 1920, S. 31.
- 33 In seiner Propaganda stellte der Bund das Kino als ein Kampfmittel des Judentums heraus, das beabsichtige, mit »schlüpfrigen« und »äußerst minderwertigen« Filmen »den moralischen und sittlichen Zusammenbruch des deutschen Volkes herbeizuführen«. Vgl. Flugblätter des Bundes »Jeder Deutsche muß wissen« und »Achtung Kinobesucher!« Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 34 In Hamburg protestierte der Schutz- und Trutz-Bund schon vorsorglich gegen eine beabsichtigte Aufführung des Filmes. Als der Film dennoch am 15. August 1919 in einem Hamburger Theater gezeigt wurde, verhinderte der Bund durch Tumulte seine weitere Vorführung. (Vgl. die Schreiben W. Hoffmanns, der seinerzeit in der Hauptgeschäftsstelle des Bundes tätig war, an Pott von Anfang August 1919 [undatiert] und vom 16. 8. 1919. BA Koblenz, NS 26, 886).
- 35 Vgl. die Flugblätter des Bundes »Jüdisches Komödienspiel!« und »Was wir wollen«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 36 Vgl. E. G. Lowenthal, Die Juden im öffentlichen Leben, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 59—76.
- 37 Aufruf des Bundes »Zur Reichsgründungsfeier und zur 50. Geburtstagsfeier des völkischen Dichters Eberhard König am 18. Hartungs 1921«. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 38 Roth, Unser Wollen — unsre Arbeit, S. 10.
- 39 Westerich, Deutschvölkische Kulturpolitik, S. 11.
- 40 Am 13. 12. 1919 im Berliner Börsen-Courier. Theater für die Republik 1917—1933, S. 190.
- 41 Westerich, Deutschvölkische Kulturpolitik, S. 12.
- 42 Siehe S. 336, Anm. 10.
- 43 Heinrich Wolf, Wenn ich Kultusminister wäre! Leipzig 1919, S. 110. Der Gymnasialprofessor Dr. Heinrich Wolf, Verfasser zahlreicher historischer Werke, gehörte dem Vorstand des Alldeutschen Verbandes an und war in den Jahren 1919 bis 1922 einer der führenden kulturpolitischen Versammlungsredner im Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund.
- 44 Roth, Das sollt Ihr tun!, S. 17.
- 45 Vgl. DvBl Nr. 42 v. 6. 11. 1919 u. Nr. 45 v. 27. 11. 1919.
- 46 Vgl. für Preußen den Erlaß vom 14. 11. 1919 sowie die Zusatzverfügung vom 8. 11. 1920 des preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, wiedergegeben in: Im deutschen Reich Nr. 6 vom Juni 1920, S. 212 und Nr. 12 vom Dezember 1920 S. 397 f.; für Sachsen die Verordnung vom 23. 12. 1921 des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts, wiedergegeben in: Im deutschen Reich Nr. 3/4 von März/April 1922, S. 78 f. Vgl. auch den »Hakenkreuzerlaß« des Provinzialschulkollegiums der Provinz Sachsen aus dem Jahre 1920, in: Im deutschen Reich Nr. 10 vom Oktober 1920, S. 323.

- 47 StA Hamburg, OSB V, 154 c.
- 48 E. Wiener an die Oberschulbehörde v. 19. 2. 1921. Ebd.
- 49 Erlaß der Oberschulbehörde v. 8. 3. 1921. Ebd.
- 50 Daß im übrigen die antisemitische Zettelhetze in der Schule und durch Schüler keineswegs auf Hamburg beschränkt war, zeigen die Anzeigen in den MVA. Vgl. vor allem die Vorkommnisse in einem Görlitzer Gymnasium und in mehreren Gymnasien in Halberstadt; Nr. 5 v. 3. 3. 1919, S. 39 f. u. Nr. 26 v. 24. 12. 1919, S. 201.
- 51 StA Hamburg, OSB V, 154 c.
- 52 MVA Nr. 8 v. 30. 4. 1920, S. 64. Das Braunschweigische Staatsministerium, auf die Holzmindener Vorfälle aufmerksam gemacht, ließ mitteilen: »Von der hiesigen Oberschulkommission angestellte Ermittlungen über die angeblichen Vorkommnisse am Holzmindener Gymnasium haben die völlige Haltlosigkeit der Behauptungen ergeben, daß die Lehrerschaft des genannten Gymnasiums eine den jüdischen Schülern der Anstalt feindliche Haltung einnehme.« Das Ministerium ließ allerdings dem Oberlehrer Müller die Erklärung durchgehen, daß er seinerzeit das Dintersche Buch »noch nicht in seinem vollen Umfang gelesen hatte und daß ihm die krasse antisemitische Tendenz des Buches nicht bekannt gewesen sei«, sowie daß es sich bei der Vorlesung um Stellen gehandelt hätte, »die keinerlei antisemitische Tendenz verraten und in denen das Judentum nicht einmal erwähnt« würde. Wiedergegeben in MVA Nr. 12/13 v. 29. 6. 1920, S. 96. — In Minden bestand im übrigen eine rührige Ortsgruppe des Schutz- und Trutzbundes, deren Leitung ein Oberlehrer innehatte. DvBl Nr. 9 v. 26. 2. 1920.
- 53 StA Hamburg, OBS V, 154 c.
- 54 Roth, Das sollt Ihr tun!, S. 16 f.
- 55 Ebd., S. 17 f.
- 56 Ähnliches galt auch für andere schulpolitische Wahlen. So wurden etwa in Hamburg bei der ersten Wahl der Hamburger Lehrerinnen für eine Vertretung in der Oberschulbehörde im Januar 1920 gegen die der schulreformerischen Bewegung nahe stehenden Kandidaten mit anonymen gelben Zetteln protestiert, die mitteilten, daß diese Kandidatin eine Jüdin sei, »die man uns von fremder Seite aufdrängen will«. Pädagogische Reform 44. Jg. Nr. 4 v. 28. 1. 1920, S. 32 f. und Nr. 5 v. 4. 2. 1920, S. 42.
- 57 Hammer Nr. 440 v. 15. 10. 1920, S. 386, »Der Kampf um die Schule«.
- 58 Rundschreiben v. 29. 10. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- 59 Vgl. Lagebericht des preußischen Staatskommissars v. 25. 9. 1920 HStA München, Abt. II, MA 101 253.
- 59a Vgl. dazu Hildegard Milberg, Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft, Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890—1935, Hamburg 1970, (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Bd. 7).
- 60 Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919, Artikel 148, Absatz 1.
- 61 Vgl. Pulzer, a.a.O., S. 204.
- 62 Der bekannteste unter den »Deutschvölkischen Studentenverbänden« war der 1909 entstandene Berliner Verband unter der Führung von Wilhelm Kube, dem späteren nationalsozialistischen Gauleiter. Berlin stellte auch das Zentrum der neuen studentischen Bewegung dar. Vgl. DSB1 Nr. 56 v. 12. 7. 1913 und Nr. 81 v. 8. 10. 1913 sowie Buch, a.a.O., S. 25 f.

- 63 In einem Brief an Hofrat von Lukaez. Zitiert nach Johannes Erger, *Der Kapp-Lüttwitz-Putsch, Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20*, Düsseldorf 1967 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 35), S. 62, Anm. 4.
- 64 Ulrich Dähne in den *Burschenschaftlichen Blättern* v. 3. 6. 1921. Zitiert nach Hans Peter Bleuel und Ernst Klinnert, *Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich, Ideologien — Programme — Aktionen 1918—1935*, Gütersloh 1967, S. 132.
- 65 Vgl. *DvBl* Nr. 6 v. 10. 2. 1921 und *MVA* Nr. 4/5 v. 24. 2. 1921, S. 35.
- 66 Vgl. *VB* Nr. 18 v. 3. 3. 1921.
- 67 Vgl. *VB* Nr. 58 v. 24. 7. 1921.
- 68 *DvBl* Nr. 10 v. 4. 3. 1920, vgl. auch *MVA* Nr. 26 v. 24. 12. 1919, S. 202.
- 69 *Im deutschen Reich* Nr. 4 v. April 1920, S. 143 f.
- 70 *DvBl* Nr. 28 v. 8. 7. 1920.
- 71 *DvBl* Nr. 27 v. 1. 7. 1920 und *MVA* Nr. 22 v. 27. 11. 1920, S. 155.
- 72 § 1 der ersten Würzburger Verfassung der »Deutschen Studentenschaft« lautete: »Die Studierenden deutscher Abstammung und Muttersprache der Hochschulen des deutschen Sprachgebietes bilden die deutsche Studentenschaft.« Die Verfassung ist wiedergegeben bei Hellmut Volkmann, *Die Deutsche Studentenschaft in ihrer Entwicklung seit 1919*, Leipzig 1925, S. 179—181.
- 73 Lagebericht des preußischen Staatskommissars v. 26. 5. 1920. *HStA München*, Abt. II, MA 101 253.
- 74 Zur Entwicklung der »Deutschen Studentenschaft« in den ersten Jahren der Weimarer Republik und insbesondere zur Frage ihrer Zusammensetzung vgl. die detaillierte Studie von Hellmut Volkmann (siehe S. 390, Anm. 72), neuerdings auch Bleuel u. Klinnert, a.a.O., S. 157—162.
- 75 Vgl. Oskar Franz Scheuer, *Burschenschaft und Judenfrage, Der Rassenantisemitismus in der deutschen Studentenschaft*, Berlin 1927, bes. S. 53 bis 60.
- 76 Vgl. das überwiegend aus Zeitschriften der großen studentischen Verbände zusammengetragene Material bei Bleuel u. Klinnert, a.a.O., bes. S. 164 bis 169. — *Erinnert sei hier nur an die Auseinandersetzungen um eine öffentliche Vorlesung Albert Einsteins an der Berliner Universität im Winter 1919/20*, wo der Studentenausschuß gegen eine Zulassung nicht eingeschriebener Hörer protestierte und antisemitische Studenten einen Abbruch der Vorlesung herbeiführten, sowie an die Protestaktionen der Karlsruher Studentenschaft und des Studentenausschusses im selben Winter anlässlich der Berufung des jüdischen Nationalökonom Prof. Max Meyer an die Technische Hochschule Karlsruhe. *DvBl* Nr. 8 v. 19. 2. 1920.
- 77 Vgl. die Flugblätter des Bundes »Deutschland den Deutschen! Kommilitonen!« und »Was wir wollen«. Forschungsstelle Hamburg, *Slg. Antis. Organisationen*.
- 78 *DvBl* Nr. 8 v. 19. 2. 1920.
- 79 A. von Freytagh-Loringhoven gehörte dem Vorstand der Breslauer Ortsgruppe an (vgl. Freytagh-Loringhoven an Hertzberg v. 26. 3. 1921, *DZA Potsdam*, ADV, 492); E. Jung, der bis 1918 an der Universität Straßburg gelehrt hatte, war Mitglied des Bundesverbandes (siehe S. 98).
- 80 Petersen forderte darin die deutschen Hochschullehrer auf, zu der »wichtigen deutschvölkischen Frage« Stellung zu nehmen und sie in »den Bereich

- ihrer Studien, ihres Unterrichts und ihrer Veröffentlichungen« miteinzubeziehen (DvBl Nr. 10 v. 11. 3. 1922). E. Petersen war 1919/20 Gauleiter von Ostpreußen und führte dann den Schutz- und Trutz-Bund in Danzig (DvBl Nr. 41 v. 7. 10. 1920).
- ⁸¹ Dem »Deutschvölkischen Studentenverband« in Hamburg hatten sich allein bis zum Februar 1920 elf Korporationen und Burschenschaften angeschlossen. Vgl. DvBl Nr. 36 v. 25. 9. 1919 und Nr. 6 v. 5. 2. 1920.
- ⁸² Für Göttingen vgl. u. a.: VB Nr. 27 v. 3. 4. 1920; für Hamburg: DvBl Nr. 14 v. 4. 4. 1919, Nr. 36 v. 25. 9. 1919, Nr. 6 v. 5. 2. 1920, Nr. 31 v. 29. 7. 1920; für München: vgl. die folgenden Ausführungen; für Würzburg: VB Nr. 1 v. 3. 1. 1920.
- ⁸³ Vgl. Helmut Kuhn, Die deutsche Universität am Ende der Weimarer Republik, in: Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München, München 1966, S. 35 f.
- ⁸⁴ Vgl. MüB Nr. 26 v. 12. 7. 1919, Nr. 27 v. 16. 7. 1919, Nr. 31 v. 30. 7. 1919, Nr. 33 v. 6. 8. 1919, Nr. 37 v. 20. 8. 1919.
- ⁸⁵ Vgl. MüB Nr. 35 v. 13. 8. 1919; Nr. 37 v. 20. 8. 1920 und den polizeilichen Versammlungsbericht über eine Versammlung am 27. 8. 1919. HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 36/7.
- ⁸⁶ MüB Nr. 32 v. 2. 8. 1919.
- ⁸⁷ MüB Nr. 35 v. 13. 8. 1919.
- ⁸⁸ MüB Nr. 55 v. 22. 10. 1919.
- ⁸⁹ Im deutschen Reich Nr. 2 v. Februar 1920, S. 76. Vgl. auch Scheuer, a.a.O., S. 53 f.
- ⁹⁰ MüB Nr. 52 v. 11. 10. 1919.
- ⁹¹ MüB Nr. 72 v. 20. 12. 1919.
- ⁹² MüB Nr. 60 v. 8. 11. 1919.
- ⁹³ VB Nr. 34 v. 20. 4. 1920.
- ⁹⁴ VB Nr. 53 v. 5. 6. 1920.
- ⁹⁵ VB Nr. 66 v. 22. 7. 1920.
- ⁹⁶ Vgl. S. 156 f. u. 292.
- ⁹⁷ Vgl. MVA Nr. 21 v. 10. 11. 1920, S. 143 und Nr. 23 v. 11. 12. 1920, S. 159.
- ⁹⁸ Siehe S. 391, Anm. 82.
- ⁹⁹ Konrad Haenisch, Staat und Hochschule, Ein Beitrag zur nationalen Erziehungsfrage 1920, S. 73.
- ¹⁰⁰ Siehe S. 390, Anm. 64.
- ¹⁰¹ Siehe S. 152 f.
- ¹⁰² Grunsky, Geistesleben und Judentum, S. 4.
- ¹⁰³ Über die vielfältigen damaligen religiösen und pseudoreligiösen Bestrebungen im völkischen Lager unterrichten zwei von katholischer Seite herausgegebene Abwehrschriften, die reichlich Material, allerdings von unterschiedlichem Informationswert, bieten: Erhard Schlund, Neugermanisches Heidentum im heutigen Deutschland, München 1924, und Alfons Steiger, Der neudeutsche Heide im Kampf gegen Christen und Juden, Berlin 1924.
- ¹⁰⁴ In einem Schreiben v. 4. 6. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ¹⁰⁵ Vgl. Gebattel an Claß v. 16. 3. 1919. DZA Potsdam, ADV, 491.
- ¹⁰⁶ Satzungen des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes. DZA Potsdam, ADV, 491.

- 107 Schreiben des Vorstandes der Ortsgruppe Paderborn an die Bundesleitung v. 10. 9. 1920. Ebd.
- 108 Vgl. dazu die bereits erwähnte Schrift von Theodor Fritsch »Der falsche Gott. Beweismaterial gegen Jahwe« sowie seine unter dem Pseudonym Fritz Thor herausgegebene Aufsatzsammlung »Der neue Glaube. Eine praktische Lebens-Philosophie und vernunftsgemäße Sittenlehre«, 2. Aufl. Leipzig 1921.
- 109 Vgl. P. Lehmann an Roth v. 19. 11. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 110 Dieses »Geistchristentum«, das die durch und durch »ario-germanische« Lehre des Heilands enthalten sollte, gewann Dinter durch die Verbindung seiner spiritistischen Geistlehre mit einem vom Alten Testament und dem »jüdisch-paulinischen Dogmenkram« »gereinigtem« Christentum, das diesen Namen im Grunde nicht mehr verdiente. Vgl. Artur Dinter, Der Kampf um die Geistlehre, Leipzig u. Hartenstein 1921. Seine beiden »Zeitromane«, der bereits erwähnte »Die Sünde wider den Geist« (1921), sowie der 1922 erschienene »Die Sünde wider die Liebe« (Leipzig u. Hartenstein 1922) stellen nichts anderes als eine in Romanform gekleidete Wiedergabe dieser Lehren dar. Ihnen folgte ein Jahr später die Dintersche Version der Evangelien: Artur Dinter, Das Evangelium unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus nach den Berichten des Johannes, Markus, Lukas und Matthäus im Geiste der Wahrheit neu übersetzt und dargestellt, Langensalza 1923.
- 111 Vgl. Roth an Dinter v. 13. 6. 1922.
- 112 Vgl. DvBl Nr. 52 v. 23. 12. 1920. Zu Thomas Westerich vgl. dessen Schrift »Der religiöse Weltaufbruch im völkischen Lichte«, Leipzig 1921.
- 113 Die Anfänge der deutschchristlichen Bewegung sind eng mit den Namen des Kirchenrats D. Dr. Ernst Katzer, Friedrich Andersen und Adolf Bartels verbunden. Sie gaben zusammen mit Hans Paul von Wolzogen im Lutherjahr 1917 die Schrift »Deutschchristentum auf rein-evangelischer Grundlage, 95 Leitsätze zum Reformationsfest 1917« Leipzig 1917 heraus, die ein grundlegendes Dokument für die deutschchristliche Bewegung darstellt. Darin sprechen sich die vier Autoren nachdrücklich dafür aus, das Alte Testament »auszuscheiden« und die Gestalt und Lehre Jesu Christi »aus der zeitgeschichtlich-jüdischen Einkleidung« herauszulösen. Vgl. auch Friedrich Andersen, Die deutsch-christliche Kirche, in: Deutschvölkisches Jahrbuch 1920, S. 123—130, und Adolf Bartels, Die deutsch-christliche Bewegung, in: Deutschvölkisches Jahrbuch 1921, S. 44—52.
- 114 Friedrich Andersen, Anticlericus, Eine Laientheologie auf geschichtlicher Grundlage, Schleswig 1907; Neuauflage: Der deutsche Heiland, München 1921.
- 115 Andersen, Weckruf, S. 10.
- 116 Andersen, Zur religiösen Erneuerung, S. 11.
- 117 Vgl. u. a. Friedrich Andersen, Heil, Freiheit und Wahrheit, Drei deutschvölkische Predigten gehalten in Weimar, Elberfeld und Hannover, Duisburg 1921 (Andersen hielt die in dieser Schrift zusammengefaßten Predigten am 3. 10. 1920 auf dem ersten Deutschen Tag in Weimar und auf den deutschvölkischen Gautagen in Elberfeld am 3. 4. 1921 und in Hannover am 10. 4. 1921), sowie die Hefte Nr. 12 und 15 der »Hammer-Schläge«.
- 118 Roth, Unser Wollen — unsre Arbeit, S. 9.
- 119 Andersen, Zur religiösen Erneuerung, S. 13.
- 120 Andersen, Weckruf, S. 6.

- ¹²¹ Vgl. den Vortrag Andersen »Wahres Christentum in germanischer Ausgestaltung« in: Auf Vorposten 9. Jg. (1921), S. 102—111.
- ¹²² Nach Andersen offenbaren sich »die tiefsten Wesensunterschiede zwischen der Religion Jesu« und dem Judentum in dem Gegensatz von jenseitigem Idealismus und ausschließlich diesseitigem und praktischem Materialismus. Andersen, Zur religiösen Erneuerung, S. 14—16.
- ¹²³ Andersen, Weckruf, S. 13 u. 19.
- ¹²⁴ Andersen, Wahres Christentum in germanischer Ausgestaltung, S. 109.
- ¹²⁵ Vgl. das Flugblatt des Bundes »Nicht Judenhatz, sondern Christenschutz«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ¹²⁶ Friedrich Delitzsch, Die große Täuschung, Teil I, II, Stuttgart u. Berlin 1920, 1921.
- ¹²⁷ Vgl. u. a. DvBl Nr. 25 v. 17. 6. 1920 und das Flugblatt »Es wird Licht«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ¹²⁸ Rundschreiben der Hauptgeschäftsstelle v. 13. 7. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ¹²⁹ Vgl. Neues Leben, Monatsschrift für deutsche Wiedergeburt, 17. Jg. Heft 3. (September 1922), S. 42 f. »Völkisch-religiöses Streben im Schutz- und Trutzbund«.
- ¹³⁰ Vgl. die »Niederschrift des Thüringischen Ministeriums des Innern über die Aktenlage«, abgedruckt bei Roth, Judas Herrschgewalt, S. 58.
- ¹³¹ Roth, Das sollt Ihr tun! S. 18.
- ¹³² Vgl. DvBl Nr. 15 v. 15. 4. 1922 u. Nr. 17 v. 29. 4. 1922.
- ¹³³ DvBl Nr. 15 v. 15. 4. 1922.
- ¹³⁴ Vgl. DvBl Nr. 23 v. 10. 6. 1922
- ¹³⁵ Mit seinem Kampf für eine Nationalisierung der beiden großen christlichen Kirchen in Deutschland und für eine Germanisierung der christlichen Lehre verband der Schutz- und Trutz-Bund die Abwehr gegen das Vordringen christlicher Sekten und theosophischer sowie anthroposophischer Ideen. Ganz besonders heftig war seine Agitation gegen die »Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher«, die der Bund in Verbindung mit der internationalen Freimaurerei, dem internationalen Sozialismus und dem internationalen Bolschewismus brachte. Wie diese sei die »Vereinigung« eine Schöpfung des internationalen Judentums und Werkzeug, mit dessen Hilfe das Judentum die Weltherrschaft zu erreichen strebe. Vgl. die beiden Flugblätter des Bundes »Die Kirchen, der religiöse Ringkampf und das Jahr 1925« und »Rudolf Steiner ein falscher Prophet!« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen) sowie die Schriften der beiden führenden Bundesmitglieder Thomas Westerich, Der religiöse Weltaufbruch im völkischen Licht, Leipzig 1921, und August Fetz, Der große Volks- und Weltbetrug durch die »Ernsten Bibelforscher«!, 4. erweiterte Aufl., Hamburg o. J. [1924], [1. Aufl. 1921!].
- ¹³⁶ Vgl. Hans-Joachim Kraus, Die evangelische Kirche, in: Entscheidungsjahr 1932, S. 255.
- ¹³⁷ Grunsky, Geistesleben und Judentum, S. 18.

14. Kapitel

- ¹ Ernst Troeltsch, Spektator-Briefe, Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22, Tübingen 1924, S. 69.

- ² Vgl. die Flugblätter des Bundes »Der Jude im Weltkrieg«, »Der Jude in der Kriegswirtschaft«, »Die Hintermänner«, »Ganz Israel bürgt füreinander!« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen) sowie zusammenfassend die 1922 von Arthur Hoffmann-Kutschke herausgegebene Schrift »Der Dolchstoß durch das Judentum«, 2. Aufl. Halle o. J. [1936].
- ³ Vgl. ebd. Die Flugblätter »Der Jude im Weltkrieg« und »Der Jude in der Kriegswirtschaft« erschienen schon im März 1919. Sie gingen auf Artikel des Landesvereins Württemberg des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes zurück, die die »Süddeutsche Zeitung« im Januar 1919 veröffentlicht hatte (DvBl Nr. 14 v. 4. 1919, siehe auch S. 360, Anm. 2). Das Flugblatt »Die Hintermänner« hatte der Deutschvölkische Bund noch vor den Wahlen zur Nationalversammlung herausgebracht; es wurde dann in kaum abgewandelter Form auch vom Schutz- und Trutz-Bund verbreitet. Für die Reihe der Hammer-Schläge vgl. vor allem die Hefte 2: Alfred Roth, Geheime Fäden im Weltkrieg — eine Zusammenstellung von Vorträgen, die Roth im Sommer/Herbst 1919 in mehreren deutschen Städten hielt. — und Nr. 3 bis 7: W. Asathor, »Die Dreihundert«, Bde 1–5, alle Hamburg 1919.
- ⁴ Es handelt sich dabei um eine russische Fälschung aus dem Anfang des 20. Jahrhunderts, als deren Grundlage ein französisches politisches Pamphlet von 1865 gedient hatte. Vgl. dazu John S. Curtiss, *An Appraisal of the Protocols of Zion*, New York 1942.
- ⁵ Auf Vorposten 8, Nr. 3–6 (März–Juni 1920), S. 64.
- ⁶ Die Geheimnisse der Weisen von Zion, herausgegeben von Gottfried zur Beek, Charlottenburg 1919.
- ⁷ Vgl. die 10. Aufl. dieser Schrift München 1930.
- ⁸ Theodor Fritsch z. B. nahm erst 1924 die »Zionistischen Protokolle« in sein antisemitisches Propagandaarsenal auf, nachdem er ihnen zunächst »mit einigen Zweifeln« begegnet war (Hammer Nr. 432 v. 15. 6. 1920, S. 229): Die Zionistischen Protokolle, Das Programm der internationalen Geheim-Regierung, aus dem Englischen übersetzt nach dem im Britischen Museum befindlichen Original [!], Leipzig 1924. Ein Jahr zuvor hatte der außenpolitische Experte der NSDAP Alfred Rosenberg eine Schrift über »Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik«, München 1923, herausgegeben. — Der obersten Führung des Schutz- und Trutz-Bundes hatten schon im März 1919 »Protokolle über die zionistischen Ausschüsse« vorgelegen. Gebtsattel kommentierte sie seinerzeit mit den Worten: »Ob es eine Fälschung ist oder nicht — jedenfalls entspricht es der Wirklichkeit.« (Gebtsattel an Claß v. 7. 3. 1919 DZA Potsdam, ADV, 489) und kam damit zu demselben Schluß, zu dem fünf Jahre später Adolf Hitler kommen sollte: vgl. *Mein Kampf*, ungekürzte Ausgabe in einem Band, 449–453. Aufl. München 1939, S. 337. Ob die Schutz- und Trutz-Bund-Führung ihrerseits eine Veröffentlichung der »Zionistischen Protokolle« geplant hatte, ließ sich nicht feststellen.
- ⁹ Vgl. die Flugblätter »Im Jahre 1905«, »Millionen Ahnungsloser« und »Judenbrief von Toledo«, die sich ausdrücklich auf die »Geheimnisse der Weisen von Zion« beziehen, die Flugblätter »Die Weltherrschaft des Judentums, Enthüllungen jüdischer Geheimpläne« und »Der Jude und der Christ, Ein Rabbiner über die Gojim« (alle Forschungsstelle Hamburg,

- Slg. Antis. Organisationen) sowie die von der Ortsgruppe Nürnberg herausgegebene Broschüre »Auf dem Judenkirchhof in Prag, Sonderdruck aus dem Roman ›Biarritz‹ von Sir John Retcliffe«, Nürnberg o. J. [1921]
- ¹⁰ Flugblätter des Schutz- und Trutz-Bundes »Der Jude im Weltkrieg« und »Die Hintermänner«. Siehe S. 394, Anm. 3.
- ¹¹ Walter Liek (= Hans von Liebig), Der Anteil des Judentums am Zusammenbruche Deutschlands, München 1919, (Flugblatt aus Deutschlands Erneuerung), S. 11 u. 14, zuerst erschienen in: Deutschlands Erneuerung 3 (1919) S. 29—43. Diese Flugschrift wurde in der Propaganda des Schutz- und Trutz-Bundes ausgiebig verwertet und nachdrücklich empfohlen.
- ¹² Flugblatt des Schutz- und Trutz-Bundes »Der Jude im Weltkrieg«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen. — Vgl. auch das Flugblatt »Der Jude in der Kriegswirtschaft« (ebd.): »Die Juden haben uns an die Schlachtbank gebracht.«
- ¹³ Siehe S. 126. — Einen ähnlichen Zweck verfolgte die vom Vorsitzenden des Schutz- und Trutz-Bundes Ferdinand Werner verfaßte Schrift: Der Wahrheit eine Gasse! Eine Abrechnung mit dem Judentum und seinen Helfern, München 1919.
- ¹⁴ Bang, Judas Schuldbuch, S. 11—13 u. S. 14.
- ¹⁵ Als ein Beispiel für viele andere sei das Flugblatt des Bundes »Ganz Israel bürgt füreinander!« angeführt. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ¹⁶ Ebd. Vgl. auch das Flugblatt »Die Hintermänner« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen), sowie Ludwig Langemann, Der deutsche Zusammenbruch und das Judentum, 2. verm. u. verb. Aufl., München 1919. — Es lag in der Konsequenz einer solchen Propaganda, die die deutschen Juden einer vorsätzlichen Zerstörung Deutschlands von innen heraus beschuldigte, daß sie auf der anderen Seite den militärischen Beitrag der deutschen Juden am Krieg zu bagatellisieren suchte. Obwohl von den deutschen Juden ca. 100 000 Soldaten wurden (etwa jeder Sechste), von denen wiederum ca. 80 000 an der Front gewesen waren, und obwohl über 12 000 deutsche Juden für Deutschland fielen, (vgl. Segall, a.a.O., S. 38 und Hugo Bieber, Anti-Semitism in the First Year of the German Republic, in: Yivo annual of Jewish Social Science IV (1949), S. 124 f.), warfen die Propagandisten des Schutz- und Trutz-Bundes den Juden Feigheit und Drückebergerei vor und versuchten, dies mit manipulierten Zahlen aus der Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums zu beweisen. Der Hauptgeschäftsführer des Bundes, Alfred Roth, tat sich in dieser Agitation mit zwei unter Pseudonym erschienenen Pamphleten besonders hervor. Siehe S. 355, Anm. 9.
- ¹⁷ Walther Rathenau, Der Kaiser, Eine Betrachtung, Berlin 1919, S. 28. Zur Verwendung von Rathenau-Zitaten durch die antisemitische Propaganda siehe S. 206 f.
- ¹⁸ Vgl. Golo Mann, Der Antisemitismus, Wurzeln, Wirkung und Überwindung, München 1960, (Vom Gestern zum Morgen Bd. 3), S. 22.
- ¹⁹ Vgl. dazu wie zum folgenden Walter Gross, Das politische Schicksal der deutschen Juden in der Weimarer Republik, in: In zwei Welten, S. 536—555.
- ²⁰ Eugen Schiffer (Stellvertreter des Reichskanzlers und Reichsfinanzminister) Hugo Preuß (Reichsminister des Innern), Otto Landsberg (Reichsjustiz-

- minister). Die jüdische Herkunft Georg Gotheins, der als Reichsminister ohne Portefeuille fungierte, ist umstritten. An die Stelle Schiffers trat im April 1919 Bernhard Dernburg, der ebenfalls jüdischer Herkunft war. Vgl. *Das Deutsche Reich von 1918 bis heute*, herausgegeben von Cuno Horkenbach, Berlin (1930), S. 55.
- ²¹ Vgl. Immanuel Birnbaum, *Juden in der Münchener Räterepublik*, in: *Von Juden in München*, S. 301–303.
- ²² Vgl. Gross, a.a.O., in: *In zwei Welten*, S. 542 f.
- ²³ So Golo Mann, a.a.O., S. 24.
- ²⁴ Gross, a.a.O., in: *In zwei Welten*, S. 544.
- ²⁵ Aus eben diesen Erwägungen heraus hatte sich der Münchener Industrielle und Sprecher der jüdischen Orthodoxie in Bayern Sigmund Fraenkel in einem offenen Brief vom 6. April 1919 an die jüdischen Führer der Räterepublik gewandt und u. a. ausgeführt: »Der heutige Tag, an dem Tausende und aber Tausende von aufreizenden antisemitischen Flugblättern in Münchens Straßen verteilt wurden, zeigt mir mit aller Deutlichkeit die Größe der Gefahr, die nicht die Bekenner unserer Glaubensgemeinschaft, sondern das Judentum selbst bedroht, wenn die große Masse von Münchens werktätiger Bevölkerung die erhabenen Lehren und Dogmen der jüdischen Religion in ideellen Zusammenhang mit bolschewistischen und kommunistischen Irrlehren bringt, die sie seit Wochen den durch die vier- einhalbjährige Kriegsdauer zermürbten und verwirrten Volksmassen predigen.« Abgedruckt in: *Von Juden in München*, S. 304–306.
- ²⁶ Vgl. u. a. die Flugblätter des Schutz- und Trutz-Bundes »Die Brandstifter der Revolution«, »Die Hintermänner« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen) sowie DvBl. Nr. 17 v. 16. 5. 1919 und Paul Krellmann, *Das Judentum im Lichte der Statistik*, Hamburg o. J. S. 30 bis 32.
- ²⁷ So u. a. bei Liebig-Liek, *Anteil des Judentums*, S. 2; Hoffmann-Kutschke, *Sonnenwende*, S. 19 und im Flugblatt des Bundes »Der Jude im Weltkrieg« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen). Graetz hat in seinen Schriften diese Äußerung nicht getan.
- ²⁸ Vgl. die Flugblätter des Bundes »Bolschewismus und Judentum«, »Israel Triumphator!« und »Die Maske herunter!« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen), DvBl. Nr. 28 v. 8. 7. 1920 und Nr. 26 v. 30. 6. 1921 sowie die beiden Broschüren: *Judentum und Bolschewismus, Enthüllungen aus jüdischen Geheimakten, Ein Mahn- und Warnruf in letzter Stunde*, Hamburg 1920 (Hammer-Schläge Heft 19); Walther Kramer, *Die Revolution als Rassenkampf*, 2. Aufl. Leipzig 1919 (Schriften der Erneuerungs-Gemeinde Nr. 1).
- ²⁹ Von den Genannten waren weder Liebknecht noch Lenin und Szamuely Juden.
- ³⁰ Flugblatt »Die Hintermänner«, vgl. auch das Flugblatt »Von der Hohenzollern- zur Judenherrschaft« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen).
- ³¹ »Deutschvölkisch — eine Fanfare« DZ Nr. 7 v. 6. 1. 1921.
- ³² Vgl. Roth, *Unser Wollen — unsre Arbeit*, S. 4 u. 7 f.
- ³³ Das Schlagwort »Deutschland den Deutschen!«, das der Schutz- und Trutz-Bund programmatisch im Titel zahlloser Flugblätter und -schriften führte, war seit Beginn des Jahrhunderts — insbesondere seit Julius Lang-

- behns Buch »Rembrandt als Erzieher« (vgl. dort 47. Aufl. Leipzig 1906, S. 348, 1. Aufl. 1890!) — zur Parole der Deutschvölkischen geworden.
- 34 Roth, Der gelbe Fleck, DvBl. Nr. 27 v. 7. 7. 1921, sowie DvBl. Nr. 1 v. 5. 1. 1922.
- 35 Bodelschwingh an Fritz v. 19. 12. 1918. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 36 Vgl. Bamberger Erklärung des Alldeutschen Verbandes, in: Jochmann, Nationalsozialismus und Revolution, Dok. 2, S. 16.
- 37 Vgl. »Die jüdische Rasse auf der deutschen Friedensdelegation« DvBl. Nr. 14 v. 4. 4. 1919 und besonders »Das Judentum als Vertreter des deutschen Volkes bei den Friedensverhandlungen« DvBl. Nr. 18 v. 23. 5. 1919.
- 38 Flugblatt des Schutz- und Trutz-Bundes »Die Nutznießer des deutschen Todesfriedens« Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 39 Vgl. Jacobsen an Claß v. 24. 6. 1919, in dem sich Jacobsen nachdrücklich dafür einsetzt, daß vom Versailler Friedensvertrag nur als vom »Judenfrieden« gesprochen werden sollte. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 40 DvBl. Nr. 45 v. 27. 11. 1919, vgl. auch DvBl. Nr. 1 v. 1. 1. 1920.
- 41 Hindenburgs Erscheinen in Berlin wurde von nationalen Kreisen zu Demonstrationen gegen die Republik benutzt. Kundgebungen von Jugendlichen wurden organisiert, während deren Rufe wie »Nieder mit dem Judenausschuß!«, »Nieder mit den Juden!« und »Nieder mit der Republik!« fielen. MVA Nr. 24. v. 24. 11. 1919, S. 185.
- 42 Flugblatt des Schutz- und Trutz-Bundes »Hindenburg-Ludendorff-Helferich vor dem Gerichtshof Cohn-Gothein-Sinzheimer«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 43 Vgl. ebd., wo es u. a. heißt: »Unser tapferes, glänzend geführtes deutsches Heer, das vier Jahre hindurch der Übermacht standhielt und durch seinen Siegeslauf dafür sorgte, daß der deutsche Boden während des Krieges von Feinden befreit blieb, wurde von hinten durch internationale Verräterbanden erdolcht, wie selbst ein englischer General bekannte«, sowie »Weitere ungezählte Beweise sind dafür vorhanden, daß Sozialdemokratie und bürgerliche Demokratie, allen voran deren jüdische Anhänger, auch Walt. Rathenau ist Jude, den Siegeswillen des deutschen Volkes gelähmt und gebrochen haben.«
- 44 Schreiben des Schutz- und Trutz-Bundes sowie Antwort des Büros des Reichspräsidenten v. 27. 1. 1920. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB; Flugblatt »Völkische Schande oder — Auferstehung?« Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 45 DvBl. Nr. 11 v. 11. 3. 1920, wieder aufgenommen in »Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1920/21« Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 46 Unter der Überschrift »Im einzelnen klagen wir an« werden der Reihe nach aufgeführt: Rudolf Mosse, Theodor Wolff, Maximilian Harden, Max M. Warburg, Karl Kautsky (hier wie in fast allen antisemitischen Publikationen der Nachkriegszeit als Jude bezeichnet), Oscar Cohn, Bernhard Dernburg, Walther Rathenau, Felix Cassirer (? gemeint ist offenbar der Kunsthändler und Verleger Paul Cassirer), Eduard Bernstein und Magnus Hirschfeld.
- 47 Zum Verhältnis der Marine-Brigade Ehrhardt zum Antisemitismus im allgemeinen und zum Schutz- und Trutz-Bund im besonderen siehe unten S. 217—222.

- 48 Vgl. Alfred Wiener: *Gegenrevolution!*, in: *Im deutschen Reich* Nr. 4 vom April 1920, S. 130–136.
- 49 Vgl. Karl Brammer, *Fünf Tage Militärdiktatur, Dokumente zur Gegenrevolution*, Berlin 1920. Siehe auch S. 146.
- 50 *Im deutschen Reich* Nr. 4 vom April 1920 S. 130, MVA Nr. 6 v. 30. 3. 1920, S. 42 f.
- 51 Rudolf Mann, *Mit Ehrhardt durch Deutschland, Erinnerungen eines Mitkämpfers von der 2. Marinebrigade*, Berlin 1921, S. 182.
- 52 In Breslau waren die Soldaten und Offiziere in den Putschtagen damit beschäftigt, antisemitische Klebezettel zu verbreiten (*Im deutschen Reich* Nr. 4 vom April 1920, S. 132), während in Ulm mit Parolen gegen die »Judenwirtschaft« unter der Bevölkerung und in den Kasernen für die »neue Regierung« geworben wurde (Schreiben der Bezirksleitung II der P.W. Ulm an die Oberleitung der Württ. Pol.-Wehr Stuttgart v. 18. 3. 1920. HStA Ludwigsburg, E 151 C, 566).
- 53 DvBl. Nr. 12 v. 18. 3. 1920.
- 54 Siehe S. 87.
- 55 Vgl. Gebtsattel an Claß v. 19. 3. 1920 und Claß an Gebtsattel v. 27. 3. 1920. DZA Potsdam, ADV, 205.
- 56 Claß an Rösch v. 29. 3. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491. — Dieses Mittels gedachte man sich auch in der DNVP zu bedienen. In einem Schreiben der DNVP, Kreis Neustettin, das der Hauptversammlung des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus am 18. 9. 1921 vorlag, heißt es u. a.: »Nutzen wir die für uns überaus günstige Situation richtig aus, indem wir die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Juden und nur auf die Juden lenken, dann wird der 13. März, der wie Frühlingsnahen hoffnungsvoll uns aufging, trotz Sturm und Wetter seine Blüten entfalten und reiche Früchte tragen.« MVA Nr. 22 v. 10. 11. 1921, S. 134.
- 57 DvBl. Nr. 12 v. 18. 3. 1920 und Flugblatt »Gebote der nationalen Selbsterhaltung«, Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 58 DvBl. Nr. 13 v. 25. 3. 1920 »Das Gebot der Stunde«. Unter diesem Titel auch als gesondertes Flugblatt erschienen. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 59 DvBl. Nr. 13 v. 25. 3. 1920.
- 60 Siehe S. 90.
- 61 Siehe S. 152.
- 62 Vgl. Nolte, *Faschistische Bewegungen*, S. 28 f.
- 63 Vgl. u. a. DvBl. Nr. 12 v. 18. 3. 1920, Nr. 22 v. 27. 5. 1920, sowie die Nr. 1, 2, 3, 5, 6, 9 der PAM 19. Jg. (1920/21) und das Heft 21 der *Hammer-Schläge*: Ottokar Proházka, *Die Judenfrage in Ungarn*, Hamburg 1920.
- 64 Flugblatt des Schutz- und Trutz-Bundes »Boykott der Juden gegen Ungarn«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 65 Vgl. Flugblatt »Eine Feldpostkarte aus der Kriegszeit als Beweis des ›Weißen Terrors‹ in Ungarn«. (Ebd.) — Dem Schutz- und Trutz-Bund wurden für diese Zwecke Gelder aus Ungarn zur Verfügung gestellt. (Schreiben Roths an die Vorstands- u. Beiratsmitglieder v. 30. 8. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490).
- 66 Vgl. vor allem PAM 19 (1920/21) u. DvBl. Nr. 22 v. 27. 5. 1920.
- 67 PAM Nr. 6 vom Sept. 1920 »Boykott gegen Ungarn eine Mache Weltjudas«, S. 281 f.

- 68 Flugblatt »Boykott der Juden gegen Ungarn«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 69 Dieses Detail war in den Augen der Schutz- und Trutz-Bund-Führung nicht unerheblich, denn im Bund herrschten in der Frage der Monarchie und in der Beurteilung der Persönlichkeit des letzten Kaisers und des Kronprinzen tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten. Die abfälligen Äußerungen einiger Schutz- und Trutz-Bund-Redner über Wilhelm II. und dessen angeblich jüdischen Umgang verursachten mehrfach große Unruhe unter der weitgehend noch monarchistisch eingestellten Anhängerschaft des Bundes. Deshalb glaubte die Bundes-Führung auf den monarchistischen Staatsgedanken nicht ganz verzichten zu können, wenngleich sie weder an eine Wiedereinsetzung des letzten Kaisers noch des Kronprinzen dachte. Vgl. vor allem die Kontroverse um die Äußerungen Hoffmann-Kutschkes auf einer Versammlung in Charlottenburg. Müller an Hertzberg v. 30. 5. 1921 und Hertzberg an Hoffmann-Kutschke v. 4. 6. 1921 (DZA Potsdam, ADV, 492) sowie Hertzberg an Roth v. 29. 5. 1922 (DZA Potsdam, ADV 493).
- 70 PAM Nr. 3 v. Juni 1920, S. 135.
- 71 Vgl. F. Werner, »Deutschvölkische!«, DvBl. Nr. 47 v. 22. 11. 1918 und A. Roth, »Die Deutsche Nationalpartei«, DvBl. Nr. 48 v. 29. 11. 1918. — Roth versuchte in dieser Richtung auch aktiv zu werden sowohl auf Reichsebene (siehe dazu S. 65) als auch in seinem damaligen Wohnort Duisburg, wo er Vertreter der bürgerlichen Parteien und Verbände, der Schulen und Kirchen sowie des Handels und der Industrie für eine politische Zusammenarbeit und die Bildung einer Bürgerwehr zu gewinnen suchte. (Vgl. Roth-Korrespondenz vom November/Dezember 1918. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB).
- 72 Siehe S. 338, Anm. 29.
- 73 DvBl. Nr. 3 v. 17. 1. 1919.
- 74 Siehe S. 24 f.
- 75 Auf der Bamberger Tagung des Alldeutschen Verbandes hatte Claß nachdrücklich die führende Rolle verurteilt, die »politische Schwerverbrecher wie Herr von Delbrück« und »Kompromißnaturen wie Graf Posadowski [!]« in der DNVP spielten. Sitzungsprotokoll. DZA Potsdam, ADV, 122/1.
- 76 Vgl. die beiden Ausführungen Claß': »Wie es bei der deutschnationalen Volkspartei aussieht, wissen wir alle, und weil es dort so aussieht, haben wir ja den Schutz- und Trutz-Bund gegründet«; (an Gebtsattel v. 5. 7. 1919. DZA Potsdam, ADV, 205) und: »Nach dem Verlauf der Beratung über die Judenfrage bei der Deutschnationalen Volkspartei erscheint es mir doppelt notwendig, daß der Schutz- und Trutz-Bund jetzt rasch vorgeht.« (an Roth v. 18. 4. 1919. DZA Potsdam, ADV, 491).
- 77 DvBl. Nr. 40 v. 13. 10. 1921, vgl. auch DvBl. Nr. 19 v. 6. 5. 1920.
- 78 In einem offenen Brief an die »Kölnische Volkszeitung« vom 21. 2. 1921 verwahrten sich die Ortsgruppe Köln und der Gau Rheinland (besetzter Westen) nachdrücklich dagegen, die deutschvölkische Bewegung nur als Anhängsel der DNVP anzusehen. »Wir kennen keine Parteien«, heißt es u. a. darin in Anlehnung an ein berühmtes Wort Wilhelms II., »wir kennen nur deutsche Volksgenossen und fremdstämmige oder entartete Schädlinge, denen selbstische Sonderbelange oder fremdvölkische und internationale Ver-

- heiungen über das Gesamtwohl des eigenen angestammten Volkes gehen.« DvBl. Nr. 11 v. 17. 3. 1921, auch als Flugblatt der Ortsgruppe Köln erschienen. DZA Potsdam, ADV, 489.
- 79 Roth an Nüse v. 18. 5. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 80 Vortrag F. Werners »Der deutschvölkische Gedanke und die politischen Parteien« auf dem ersten Deutschen Tag in Weimar. DvBl. Nr. 41 v. 7. 10. 1920.
- 81 F. Werner, »Wir und die politischen Parteien«, DvBl. Nr. 40 v. 13. 10. 1921.
- 82 Vgl. dazu die Flugblätter »Angestellte! Arbeiter! Volksgenossen!« (Staatsarchiv Bremen — künftig StA Bremen — 4,65—II—E—6.a.3) und »Arbeiter! Angestellte! Bauern! Deutsche aller Stände wacht auf!« »Arbeiter, Bürger aller Volksschichten!« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen) sowie die Hammer-Schläge Heft 15 u. 23/24: Paul Ebert, Der internationale Marx I u. II, Hamburg 1920.
- 83 Vgl. vor allem die Flugblätter: »Arbeiter! Schüttelt das Judenjoch ab!«, »Das Judentum und die deutsche Arbeiterschaft« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen), »Deutscher Arbeiter, wann erwacht Du!« und »Der Kampf um die Wahrheit« (DZA Potsdam, ADV, 489) sowie das von der alldeutschen »Verlags- und Treuhandgesellschaft« gedruckte Flugblatt »Ein Arbeiter über die russischen Juden« (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen).
- 84 Vgl. dazu auch Albert Grimpen, Judentum und Sozialdemokratie in ihren Beziehungen beleuchtet, 3. verm. u. verb. Aufl. Hamburg 1919.
- 85 Siehe S. 112 f.
- 86 Vgl. u. a. die Versammlungsentschließung der Gruppe Groß-Berlin des Deutschvölkischen Bundes vom 16. 6. 1919: »Die Mitglieder des Deutschvölkischen Bundes, welche auch Mitglieder der DNVP sind, fordern von der Parteileitung und dem im Herbst stattfindenden Parteitage der DNVP, daß in das neu aufzustellende Parteiprogramm folgender Satz aufgenommen werde: ›Juden und getaufte Juden können nicht Mitglieder der deutschnationalen Volkspartei werden.« DvBl. Nr. 23 v. 27. 6. 1919.
- 87 Fr. Wieggershaus, »Der deutschnationale Parteitag«, DvBl. Nr. 26 v. 18. 7. 1919 sowie DvBl. Nr. 27 v. 24. 7. 1919.
- 88 Am 13. Oktober 1919, vgl. DZ Nr. 464 v. 14. 10. 1919.
- 89 Grundsätze der Deutschnationalen Volkspartei, wiedergegeben bei Liebe, a.a.O., S. 115.
- 90 Hammer Nr. 416 v. 15. 10. 1919, S. 405.
- 91 Vgl. Buch, a.a.O., S. 67, auch Deutsche Tageszeitung (künftig DTz) Nr. 189 v. 24. 4. 1920.
- 92 Vgl. J. Henningsen. »Von der Gründung bis zur Auflösung der Deutschnationalen Volkspartei«, Hamburger Beobachter (vormals Hamburgische Deutschnationale Monatsschrift) Nr. 7 vom Juli 1933.
- 93 Vgl. DvBl. Nr. 12 v. 21. 3. 1919 und Nr. 13 v. 28. 3. 1919.
- 94 Vgl. DvBl. Nr. 26 v. 18. 7. 1919.
- 95 Prof. Dr. K. Ridderhoff, »Die Hamburgische Deutschnationale Monatsschrift«, Hamburgische Deutschnationale Monatsschrift, Heft 1 vom November 1919, S. 3.
- 96 Vgl. Liebe, a.a.O., S. 40.

- 97 DTz Nr. 592 v. 27. 11. 1919. Vgl. auch MüB Nr. 68 v. 6. 12. 1919 und Liebe, a.a.O., S. 40 f.
- 98 MüB Nr. 69 v. 10. 12. 1919.
- 99 Ergänzend wäre in diesem Zusammenhang hinzuweisen auf die Angriffe des Bundes gegen den »jüdischen Bolschewismus« der Kommunisten, gegen »die Judenpartei« der Demokraten wegen deren liberaldemokratischen Grundhaltung und der Juden unter den Mitgliedern, gegen die angebliche ultramontane Abhängigkeit des Zentrums von Rom und den Jesuiten, sowie gegen die DVP, deren Führer Stresemann, als »jüdisch verheiratet«, vor allem nach dem Wahlerfolg vom Juni 1920 in steigendem Maße befehdet wurde.
- 100 Vgl. Liebe, a.a.O., S. 65.
- 101 MVA Nr. 21 v. 16. 10. 1919, S. 153.
- 102 Vgl. Berliner Tageblatt v. 30. 5. 1920.
- 103 DTz Nr. 9 v. 6. 1. 1920 vgl. auch DvBl. Nr. 3 v. 15. 1. 1920.
- 104 So in Berlin, Pommern und Sachsen. MVA Nr. 3 v. 9. 2. 1920, S. 21 und Nr. 9 v. 15. 5. 1920, S. 69. — Die Frankfurter Zeitung stellte den Verlautbarungen der DVP-Leitung, wonach die Partei nicht antisemitisch sei, ein Flugblatt der Partei entgegen, welches — »für die bäuerliche Wählerschaft bestimmt« — »sich in übelster antisemitischer Verhetzung erging«. Sie druckte überdies den Briefwechsel des Vorstandes der DVP Chemnitz mit einem deutschen Juden ab, dem der Parteibeitritt mit der Begründung verwehrt worden war, »daß infolge der augenblicklichen Überflutung Deutschlands mit ostjüdischen und fremdstämmigen Elementen und in Anbetracht der in dieser Beziehung ganz besonders gearteten örtlichen Verhältnisse die Mehrzahl unserer Mitglieder sich zurzeit gegen eine Aufnahme von jüdischen Mitgliedern ausgesprochen« habe. Frankfurter Zeitung v. 23. 5. 1920. — Vgl. auch das Urteil Hertzbergs: »Die Deutsche Volkspartei wird schnell an ihrer Feigheit zu Grunde gehen. Der große Zulauf, den sie draußen auf dem Lande gefunden hat, beruht in der Hauptsache auf der Stellung der Außenkandidaten zur Judenfrage, die zum Teil ja noch schärfer gewesen sind als die Deutschnationalen«. (Hertzberg an Gebsattel v. 8. 7. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491).
- 105 DvBl. Nr. 19 v. 6. 5. 1920. — Als Judentzer bezeichneten die Völkischen — den Begriff übernahmen sie von Friedrich Jahn — Nichtjuden, die »jüdische Gesinnung angenommen haben und solche in ihrem geschäftlichen und privaten Leben betätigen. Judentzer sind also in jedem Falle Verräter an ihrem angestammten Volkstum«. DvBl. Nr. 20 v. 13. 5. 1920.
- 106 So die Wahlparole des Bundes, Süddeutsche Zeitung Nr. 131 v. 22. 5. 1920.
- 107 »Bindet die Klagen zum Kampf!« DvBl. Nr. 20 v. 13. 5. 1920.
- 108 DvBl. Nr. 20 v. 13. 5. 1920.
- 109 Die Haltung vieler Deutschvölkischer gibt ein Wort des Jugendführers in der Elberfelder Ortsgruppe des Schutz- und Trutz-Bundes wieder, der erklärte: »Kommen die Wahlen ... so werden wir selbstverständlich die Partei wählen, die uns am nächsten steht. Das ist die Deutschnationale Volkspartei. Hier aber wollen wir von Partei nichts hören«. Zitiert in einem Schreiben Wiegershaus' an einen deutschnationalen Parteikollegen v. 8. 8. 1922, DZA Potsdam, ADV, 493.
- 110 Für Berlin vgl. DTz Nr. 208 v. 5. 5. 1920, Nr. 239 v. 23. 5. 1920, Nr.

- 251 v. 31. 5. 1920; für Bayern die Polizeiberichte über eine NSDAP-Versammlung v. 19. 5. 1920 (HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1478), über eine deutschnationale Versammlung in München v. 17. 5. 1920 (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/6) und eine deutschnationale Versammlung in Augsburg v. 17. 5. 1920 (HStA München, Abt. I, MInn, 66282). — Es gab im Schutz- und Trutz-Bund aber auch prominente Kritiker der DNVP, die vor den restaurativen Kräften in dieser Partei warnen. Sie verlangten vom Schutz- und Trutz-Bund, daß er — entgegen der DNVP, die an die Zeit vor 1914 anknüpfen wolle — eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung fordern müsse. (Vgl. Schreiben des Gauleiters von Nordwestdeutschland Rühnick an Wulle v. 23. 3. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492).
- ¹¹¹ Vgl. Hertzberg an Gebtsattel v. 8. 7. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- ¹¹² Vgl. Wolfgang Hartenstein, *Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918—1920*, Düsseldorf 1962, (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 22), S. 232.
- ¹¹³ Zitiert nach Liebe, a.a.O., S. 159, Anm. 310.
- ¹¹⁴ Protokoll des 2. Parteitages der DNVP in Hannover. DZA Potsdam, DNVP, 53.
- ¹¹⁵ Vgl. »Die Deutschnationale Volkspartei und wir Deutschvölkischen« DvBl. Nr. 8 v. 24. 2. 1921.
- ¹¹⁶ Vgl. DvBl. Nr. 28 v. 14. 7. 1921, Nr. 29 v. 21. 7. 1921 und Nr. 32 v. 11. 8. 1921.
- ¹¹⁷ Anlage zu »Im Vertrauen« Nr. 4/5 von 1921. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ¹¹⁸ Gedrucktes Rundschreiben, undatiert DZA Potsdam, DNVP, 3.
- ¹¹⁹ DZA Potsdam, DNVP, 3. Diese Akte »Strömungen in der Partei 1919 bis 1922« enthält fast ausnahmslos Zuschriften zum Münchener Parteitag 1921.
- ¹²⁰ Schreiben P. Hermanns, Vorsitzender der Kreisgruppe Ruppiner des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, an den Parteivorsitzenden Oskar Hergt v. 5. 8. 1921. Ebd.
- ¹²¹ Schreiben H.-E. v. Lindeiner-Wildaus an den deutschnationalen Landesverband Potsdam I v. 20. 8. 1921. Ebd.
- ¹²² Ebd.
- ¹²³ Vgl. Lewis Hertzman, *DNVP Right-Wing Opposition in the Weimar Republic 1918—1924*, Lincoln 1963, S. 134.
- ¹²⁴ Friedrich Brunstäd, *Völkisch-nationale Erneuerung*, Berlin 1921 (Deutschnationale Flugschrift Nr. 119), vor allem S. 15 f.
- ^{124a} Es sei daran erinnert, daß der Alldeutsche Verband dem Bund in dieser politisch entscheidenden Phase zusätzliche Finanzierungsmittel zur Verfügung stellte. Siehe S. 101.
- ¹²⁵ Vgl. Claß an Gebtsattel v. 17. 5. 1920 und Gebtsattel an Claß v. 21. 5. 1920. DZA Potsdam, ADV, 205.
- ¹²⁶ *Judentum und Bolschewismus, Enthüllungen aus jüdischen Geheimakten, Ein Mahn- und Warnruf in letzter Stunde*, Hamburg 1920, (Hammer-Schläge 19), S. 3.
- ¹²⁷ Vertrauliches Rundschreiben an die Vertrauensmänner im Reich v. 31. 5. 1920. DZA Potsdam, ADV, 205.
- ¹²⁸ Vgl. Vertrauliche Rundschreiben an die Vertrauensmänner im Reich vom März 1920 und vom 13. 6. 1920. Ebd.

- ¹²⁹ DvBl. Nr. 28 v. 8. 7. 1920 und Judentum und Bolschewismus, S. 15 f. Vgl. schon vorher DvBl. Nr. 8 v. 19. 2. 1920 »Enthüllungen jüdischer Geheimpläne. Der Zusammenhang zwischen Judentum und Bolschewismus«.
- ¹³⁰ Rundschreiben v. 25. 8. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ¹³¹ Die Entwaffnung der Einwohnerwehren, die auf ein Verlangen der Alliierten gegenüber der Reichsregierung zurückgeht, ist für die deutschvölkische Bewegung nicht nur in propagandistischer Hinsicht bedeutsam gewesen. Dadurch, daß Bayern sich dem Reichsverlangen bis Juni 1921 widersetzte, begannen auch die Deutschvölkischen sich stärker nach Bayern zu orientieren. Funksprüche und Resolutionen gingen dem bayerischen Ministerpräsidenten von Kahr von Ortsgruppen und Gauen des Schutz- und Trutz-Bundes zu, die ihn als Vorkämpfer gegen die »Zwingherren der Ententevölker« feierten (DvBl. Nr. 12 v. 24. 3. 1921) und Bayern als »das einzige fraglos und dauernd zuverlässige Bollwerk gegen die Flut des Bolschewismus und den letzten starken Hort des völkischen Geistes« priesen (DZ Nr. 242 v. 28. 5. 1921). Das Bayern, das die Räterepublik brutal zerschlug, den Geismord im Luitpold-Gymnasium blutig rächte, während des Kapp-Putsches die sozialdemokratische Regierung verdrängte und gegen die Ostjuden vorging — kurz die »Ordnungszelle« Bayern rückte für die Deutschvölkischen im Reich immer mehr in den Mittelpunkt des Widerstandswillens; die dortigen nationalistischen und völkischen Strömungen wurden mit noch größerer Aufmerksamkeit als vorher verfolgt.
- ¹³² Vgl. das Flugblatt des Schutz- und Trutz-Bundes »Zwei Brüder Goldstein« über die Märzunruhen 1921 in Mitteldeutschland. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ¹³³ A. Roth, »Die jüdischen Hetzer zum Bürgerkrieg«, DvBl. Nr. 2 v. 13. 1. 1921.
- ¹³⁴ Vgl. DvBl. Nr. 49 v. 25. 12. 1919.
- ¹³⁵ Vgl. Roth, »Die deutsche Ehrenschändung zu Leipzig. Helden bleiben sie doch!« DvBl. Nr. 29 v. 21. 7. 1921.
- ¹³⁶ Roth, »Deutschlands Mission«, DvBl. Nr. 49 v. 8. 12. 1921.
- ¹³⁷ Flugblatt des Schutz- und Trutz-Bundes Berlin »Arbeiter, Bürger aller Volksschichten«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ¹³⁸ »Deutschlands Schicksalsstunde«, DvBl. Nr. 6 v. 10. 2. 1921. Dort heißt es zu den Pariser alliierten Forderungen vom Januar 1921 u. a.: »Was im Juli 1917 von mutlosen und feigherzigen Männern ausgedacht wurde, es hat die vorausgesagten Folgen gezeitigt.«
- ¹³⁹ Alfred Roth, Rathenau »Der Kandidat des Auslandes«, Hamburg 1922, S. 20.
- ¹⁴⁰ DvBl. Nr. 42 v. 20. 10. 1921.
- ¹⁴¹ So beendete Dinter seine oben zitierte Rede am Hermannsdenkmal mit den Worten: »Unüberwindlich sind wir, wenn wir einig sind, auch ohne Waffen! . . . Hier zu den Füßen Hermanns des Befreiers schwört: ›Lever dod as Slav!‹«. Ebd.
- ¹⁴² Entschließung des Bundes zu den Pariser Reparationsforderungen vom Januar 1921. Abgedruckt im Rechenschaftsbericht »Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1920/21«, S. 7. (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB). Vgl. auch DvBl. Nr. 6 v. 10. 2. 1921, »Deutschlands Schicksalsstunde«.
- ¹⁴³ Manfred Jessen-Klingenberg hat kürzlich in einem Aufsatz (»Die Aus-

- rufung der Republik durch Philipp Scheidemann am 9. November 1918* in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 19 (1968), S. 649—656) nachgewiesen, daß die Äußerung in der hier zitierten Form gefallen und erst nachträglich von Scheidemann modifiziert worden ist. Vgl. Philipp Scheidemann, *Memoiren eines Sozialdemokraten*, Bd. II, Dresden 1928, S. 311 f.
- 144 Siehe S. 403, Anm. 139.
- 145 DvBl Nr. 9 v. 4. 3. 1922.
- 146 Vgl. u. a. Harry Graf Kessler, *Walther Rathenau, Sein Leben und sein Werk*, Berlin 1928, und Bernhard Guttman, *Tragische Erinnerung*, in: *Die Gegenwart* 2 (1947), Nr. 36/37, S. 14—16.
- 147 Vgl. als ein Beispiel für viele die Zusammenstellung von Rathenau-Zitaten durch Günther Macketzanz (»Der Vertrauensmann aller ›Raffenden‹«, in: PAM Nr. 12 vom März 1922, S. 543—550) anlässlich der Ernennung Rathenaus zum Reichsaußenminister.
- 148 Roth, »Das Gerichtsvollzieheramt der Entente«, DvBl. Nr. 25 v. 23. 6. 1921, vgl. auch Roth, Rathenau, S. 8—11.
- 149 Roth, Rathenau, S. 32.
- 150 Siehe S. 64.
- 151 Vgl. vor allem Walther Rathenau, *Deutschlands Rohstoffversorgung*, Berlin 1916; *Probleme der Friedenswirtschaft*, Berlin 1917; *Die neue Wirtschaft*, Berlin 1918.
- 152 F. Roderich-Stolthelm (= Theodor Fritsch), *Anti-Rathenau*, Leipzig 1918, (*Hammer-Schrift* Nr. 15), zuerst erschienen in: *Hammer* Nr. 378—384 (März—Juni 1918); sowie Walther Lambach, *Diktator Rathenau*, 7.—12. Aufl. Hamburg 1918.
- 153 Hoffmann-Kutschke, *Deutschland den Deutschen*, S. 34.
- 154 Roth-Armin, *Juden in den Kriegs-Gesellschaften*, S. 7.
- 155 Siehe S. 180 f. — In ähnlicher Weise hatte sich schon Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß der Nationalversammlung über dieses Rathenau-Wort geäußert. Vgl. Guttman, a.a.O., S. 14.
- 156 Als ein Beispiel für viele sei auf Hoffmann-Kutschke, *Deutschland den Deutschen*, S. 44 f. verwiesen.
- 157 Vgl. Roth, *Das Gerichtsvollzieheramt der Entente*, DvBl. Nr. 35 v. 23. 6. 1921; wiederaufgenommen in Roth, Rathenau, S. 8—11.
- 158 Ebd.
- 159 Flugblatt des Gaus Mecklenburg »Wiederaufbau-Minister — Der Jude Rathenau«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 160 Roth, *Jüdischer Geist und deutscher Geist*, DvBl. Nr. 38 v. 22. 9. 1921 wiederaufgenommen in Roth, Rathenau, S. 21 f.
- 161 Roth, *Was nun kommt*, in: Roth, Rathenau, S. 28.
- 162 Roth, *Der Strick ist gedreht*, DvBl. Nr. 40 v. 13. 10. 1921; Vgl. auch Roth, *Der wandlungsfähige Aufbauminister*, DvBl. Nr. 33 v. 18. 8. 1921, beides wiederaufgenommen in: Roth, Rathenau, S. 11—14.
- 163 Roth, *Was nun kommt*, in: Roth, Rathenau, S. 29.
- 164 Die Ernennung Rathenaus zum Reichsminister des Äußeren wurde nicht nur von deutschvölkischen und nationalistischen Kreisen als Herausforderung empfunden. Angesichts der leidenschaftlichen Kampagne gegen Rathenau regten sich vielfach Bedenken. U. a. erhoben die Zionisten Vorbehalte. Der deutsche Zionistenführer Kurt Blumenfeld hielt Rathenau in einem Gespräch im April 1922 vor, er habe als Jude kein Recht, die Ange-

- legenheiten eines anderen Volkes zu vertreten. Kurt Blumenfeld, *Erlebte Judenfrage, Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus*, Stuttgart 1962, S. 143.
- ¹⁶⁵ DvBl. Nr. 5 v. 2. 2. 1922.
- ¹⁶⁶ Roth, *Der Ring ist geschlossen!*, DvBl. Nr. 6 v. 11. 2. 1922; wiederaufgenommen in: Roth, Rathenau, S. 26–28.
- ¹⁶⁷ Vgl. Roth, *Kahal in Genua*, DvBl. Nr. 17 v. 29. 4. 1922 auch als Flugblatt erschienen (Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis Organisationen).
- ¹⁶⁸ Roth, *Deutschlands Bolschewisierung*, DvBl. Nr. 7 v. 18. 2. 1922; wiederaufgenommen in: Roth, Rathenau, S. 30–32.
- ¹⁶⁹ Vgl. DvBl. Nr. 16 v. 22. 4. 1922 und Nr. 21 v. 27. 5. 1922.
- ¹⁷⁰ »Deutschlands Bolschewisierung«, DvBl. Nr. 7 v. 18. 2. 1922; wiederaufgenommen in: Roth, Rathenau, S. 30–32
- ¹⁷¹ Vgl. Roth, *Was nun kommt*, in Roth, Rathenau, S. 28–30.
- ¹⁷² Vielleicht ist Rathenau — wie es der deutsche Zionistenführer Kurt Blumenfeld betonte — kein »Märtyrer des jüdischen Volkes«. Rathenau war jedoch überzeugt, sich als deutscher Jude der Republik zur Verfügung stellen zu müssen, und übernahm die Aufgabe im vollen Bewußtsein des Wagnisses. Blumenfeld, a.a.O., S. 145.

15. Kapitel

- ¹ Vgl. *Heimatland*, Folge 29 v. 21. 7. 1923.
- ² Vgl. den Lagebericht Nr. 99 des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung v. 17. 12. 1923, HStA München, Abt. II, MA 101 249.
- ³ Zu den Auseinandersetzungen zwischen der Jungdeutschen Ordensleitung und der Ballei Franken vgl. auch Klaus Hornung, *Der Jungdeutsche Orden*, Düsseldorf 1958, (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 14), S. 38 f.
- ⁴ Beschluß des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik v. 20. 1. 1923. HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 16752.
- ⁵ Vgl. die Mitgliederlisten des Verbandes nationalgesinnter Soldaten bzw. des Nationalverbandes Deutscher Soldaten für die betreffenden Orte in StA Oldenburg, Best. 136, 2677. Für den Schutz- und Trutz-Bund siehe S. 369, Anm. 7.
- ⁶ Vgl. Bericht des Polizei-Präsidenten von Elberfeld-Barmen v. 25. 10. 1922 sowie Mitgliederliste des Nationalverbandes Deutscher Soldaten. HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 15 721.
- ⁷ Vgl. Bericht der Kriminalpolizei von Elberfeld v. 18. 3. 1922. HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 15 574.
- ⁸ Vgl. Aussage August Piepers v. 9. 7. 1922 im Offenburger Geheimbündel-Prozeß. National Archives Washington, T—253/15/1465436 f.
- ^{8a} Zum Bund der Aufrechten vgl. Ludwig Franz Gengler, *Die deutschen Monarchisten 1919 bis 1925, Ein Beitrag zur Geschichte der politischen Rechten von der Novemberrevolution 1918 bis zur ersten Übernahme der Reichspräsidentenschaft durch Generalfeldmarschall von Hindenburg 1925*, Kulmbach 1932, (Phil. Diss. Erlangen 1932), S. 53 ff. u. 142 ff.
- ⁹ Vgl. Bericht der Politischen Polizei in Bremen v. 30. 12. 1921. StA Bremen, 4,65. II. E.G.a. 2.

- ¹⁰ Ebd.
- ¹¹ Ebd.
- ¹² Vgl. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. Bund der Aufrechten.
- ¹³ Ernst von Salomon, *Der Fragebogen*, Hamburg 1951, S. 131.
- ¹⁴ Zitiert im Beschluß des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik v. 20. 1. 1923. Siehe S. 405, Anm. 4.
- ¹⁵ Sowohl der Nationalverband Deutscher Offiziere als auch der Verband nationalgesinnter Soldaten und der Nationalverband Deutscher Soldaten verlangten von ihren Mitgliedern eine Erklärung über deren »deutschvölkische« bzw. »deutschrassige« Abstammung. Vgl. die Satzungen dieser Verbände. StA Bremen, 4,65 — II. E. 4. e. 2.; II. E. 4. e. 1 und II. E. 4. e 3.a.
- ¹⁶ Satzungen des Verbandes nationalgesinnter Soldaten und Satzungen des Nationalverbandes Deutscher Soldaten. Ebd.
- ¹⁷ Vgl. Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm-Bund der Frontsoldaten 1918 bis 1935*, Düsseldorf 1966, (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 33) S. 66.
- ¹⁸ Satzungen des Bundes der Aufrechten vom 29. 3. 1922. StA Bremen, 4,65 — II. E. G. a. 2.
- ¹⁹ Vgl. Punkt III des Programms des Bayerischen Ordnungsblocks v. 15. 10. 1921. DZA Potsdam, ADV, 468. — Der Block wurde von dem führenden Mitglied des Alldeutschen Verbands und des Schutz- und Trutz-Bundes Dr. Ing. Paul Tafel geleitet.
- ²⁰ Ende 1921 wurde in Berlin der Versuch unternommen, einen »Reichsausschuß der nationalen und völkischen Verbände« zu konstituieren, an dem neben dem Schutz- und Trutz-Bund die beiden Soldatenverbände Nationalverband Deutscher Offiziere und Verband nationalgesinnter Soldaten führend beteiligt waren. Die Konzeption eines solchen »Reichsausschusses« nahm in wesentlichen Punkten schon die erst ein Jahr später entstandene Organisation der »Vereinigten Vaterländischen Verbände« voraus. Ihre Verwirklichung scheiterte an den Führungsansprüchen, die einerseits der Schutz- und Trutz-Bund, andererseits der Nationalverband Deutscher Offiziere geltend machte. Vgl. die Lage-Berichte des preußischen Staatskommissars vom 4./5. 12. 1921, vom 11. 1. 1922 und vom 22./23. 1. 1922. HStA München, Abt. II, MA 101 257. Zur Beteiligung des Schutz- und Trutz-Bundes vgl. auch das Schreiben Hertzbergs an die Bundesgeschäftsstelle v. 16. 6. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ²¹ In Hamburg standen im Sommer 1919 auf der Vortragsliste des Korps Lettow-Vorbeck u. a. die Namen der führenden Schutz- und Trutz-Bündler Roth, Dr. Esch und Henningsen. Tatsächlich haben auch Schutz- und Trutz-Bund-Propagandisten vor dem Korps Vorträge über die Judenfrage gehalten. Vgl. Korps-Tages-Befehl 220 und 220a des Korps von Lettow vom 16. 7. 1919 (StA Hamburg, S.-K. f. d. Reichs- u. Ausw. Angelegenheiten, V, 276) und Schreiben Hoffmanns an Pott v. 12. 8. 1919 (BA Koblenz, NS 26, 886).
- ²² Vgl. die Schreiben Roths an Schimmelmann, Major in der Kommandantur in Berlin C 2, v. 19. 4. 1919, des Hauptmanns im Generalstab Baumann von der Reichswehrbrigade 24 in Nürnberg an Roth v. 24. 11. 1919 sowie des Leutnants Jäger vom Pionier-Bataillon 16 in Wittenberg an Roth v. 3. 5. 1920. (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB). — Der

während der über Hamburg verhängten Reichsexekution im Sommer 1919 auf der Hauptgeschäftsstelle des Schutz- und Trutz-Bundes tätige W. Hoffmann berichtet in einem Schreiben an Pott v. 12. 8. 1919 u. a.: »Die Offiziere des Corps lassen Flugblätter zu 1000 holen.« (BA Koblenz, NS 26, 886).

²³ Siehe S. 112.

²⁴ Die sozialdemokratische Münchener Post berichtete am 4. September 1919, daß Flugblätter des Schutz- und Trutz-Bundes innerhalb der Kasernen verteilt würden (Münchener Post Nr. 205 v. 4. 9. 1919). Ein halbes Jahr später sah sich die Polizeidirektion von München veranlaßt, dem Reichswehrgruppenkommando 4 mitzuteilen, daß die Verbreitung von Flugblättern des Schutz- und Trutz-Bundes durch uniformierte Reichswehrsoldaten mehrfach öffentliches Ärgernis hervorgerufen hätte. (Vgl. Wochenbericht der Polizeidirektion München v. 29. 3. 1920. HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2). Daß die Beteiligung von Reichswehrangehörigen nicht auf München beschränkt blieb, zeigen etwa die Vorgänge in Allenstein 1920, wo Reichswehrangehörige Flugblätter des Bundes verteilten, antisemitische Zettel an das Synagogengebäude klebten und zur ostpreußischen Kampfspielwoche der Reichswehr mit Hakenkreuzen auf ihren Sportanzügen erschienen (MVA Nr. 21 v. 10. 11. 1920, S. 145). In Ostfriesland und Oldenburg beteiligten sich Angehörige der II. Minensuch-Halbflottille aus Wilhelmshaven tatkräftig an der Verbreitung antisemitischer Schriften und traten als Propagandaredner für den Schutz- und Trutz-Bund auf. (Vgl. die undatierten Aufzeichnungen aus dem Tagebuch des Paul Opitz. BA Koblenz, NS 26, 163. — Opitz war Angehöriger der II. Minensuch-Halbflottille und Werbeleiter des Schutz- und Trutz-Bundes Wilhelmshaven-Rüstringen).

²⁵ So etwa der mit der Reichsexekution gegen Hamburg beauftragte General von Lettow-Vorbeck im Sommer 1919 (siehe S. 406, Anm. 22). Im Februar 1920 wandte sich der Reichswehrminister Noske wegen eines anderen Falles, in dem ebenfalls eine Genehmigung zur Verbreitung eines aufhetzenden Flugblattes des Schutz- und Trutz-Bundes erteilt worden war, nachdrücklich an die Oberbefehlshaber der Reichswehrkommandos, Vgl. Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, 2. Aufl. Köln, Berlin (1965), S. 73.

²⁶ Vgl. Schreiben Roths an die Freikorps-Führung v. 1. 3., 24. 3. und 3. 5. 1919 sowie das Antwortschreiben des Freikorpsbeauftragten Major Kreker v. 7. 3. 1919 (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB). — Das Freikorps Dohna wurde von dem Korvetten-Kapitän Graf Dohna-Schlodien geführt. Es bestand von März bis August 1919. Vgl. Harold J. Gordon, Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919–1926, Frankfurt a. M. 1959, S. 415.

²⁷ Flugblatt »An die Angehörigen der Freiwilligentruppen!«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.

²⁸ Bericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung über Freikorps-Lieder v. 25. 7. 1922. HStA München, Abt. II, MA 101 243.

²⁹ Siehe S. 191.

³⁰ Vgl. den Bericht eines ehemaligen Bahrenfelder Zeitfreiwilligen und deutschen Juden vom November 1960. Wiedergegeben bei Erich Lüth, Ham-

- burger Theater 1933—1945, Ein theatergeschichtlicher Versuch, Hamburg 1962. S. 20. Siehe auch S. 158.
- ³¹ Siehe S. 112. Vgl. auch die bereits erwähnten Aufzeichnungen des Angehörigen der II. Minensuch-Halbflottille aus Wilhelmshaven Paul Opitz, S. 407, Anm. 24.
- ³² Vgl. Ortsgruppenliste des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes v. 1. 12. 1919. DZA Potsdam, ADV, 489.
- ³³ Mitgliederliste der Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen vom Juli 1922. StA Oldenburg, Best. 136, 2677.
- ³⁴ Vgl. Aussage Werbers v. 2. 12. 1921 im Offenburger Geheimbündelei-Prozeß. National Archives Washington T—253/15/1465—317 ff.
- ³⁵ Hartmut Plaas, Das Kapp-Unternehmen, in: Der Kampf um das Reich, Hrsg. von Ernst Jünger, 2. verm. Aufl., Essen o. J., S. 170.
- ³⁶ Vgl. ebd. S. 170 f. sowie Friedrich Wilhelm Heinz, Die Nation greift an, Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus, Berlin 1933, S. 87.
- ³⁷ Die Parolen lauteten u. a. »Deutschland den Deutschen!« und »Tod den Juden«, die Zeichnungen zeigten an Galgen hängende Juden. Plaas, Kapp-Unternehmen, S. 170.
- ³⁸ Aussage Riedels v. 25. 3. 1920. National Archives Washington T—253/12/1462 412. Vgl. auch Aussage Schrandts v. 25. 3. 1920. T—253/12/1462 406 f. — Franz Sontag berichtet, daß die Leute Ehrhardts im Döberitzer Lager »fast ausnahmslos das Hakenkreuz oder das Abzeichen des völkischen Schutz- und Trutzbundes trugen«. Junius Alter (= Franz Sontag), Nationalisten, Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit, 21.—25. T. Leipzig 1930, S. 35. Vgl. auch den autobiographischen Bericht Erhardts: Kapitän Ehrhardt, Abenteuer und Schicksale, Nach erzählt von ***, hrsg. von Friedrich Freksa, Berlin (1924), S. 164 f. Darüber, wie das Hakenkreuz in die Brigade eingeführt wurde, gibt Ehrhardt allerdings keine Auskunft.
- ³⁹ Vgl. etwa Hermann Ehrhardts Programmschrift: Deutschlands Zukunft, Aufgaben und Ziele, München 1921; sowie das Urteil Salomons, Fragebogen, S. 403.
- ⁴⁰ Satzungen der Organisation Consul. In der Anklageschrift des Oberreichsanwaltes v. 16. 5. 1924 im Offenburger Geheimbündelei-Prozeß. National Archives Washington T—253/16/1467008 ff. Abgedruckt in: Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, Dokumentation hrsg. von Gotthard Jasper, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962), S. 439 f.
- ⁴¹ Der Wiking 1. Jg. Nr. 1 vom Juni 1921.
- ⁴² Der Wiking 2. Jg. Nr. 1 vom 15. 2. 1922.
- ⁴³ Vgl. DvBl. Nr. 25 v. 23. 6. 1921 und Nr. 26 v. 30. 6. 1921.
- ⁴⁴ Aussage des Führers der Elberfelder Jugendgruppe Karl Kaufmann v. 8. 7. 1922. National Archives Washington T—253/15/1465 428 f.
- ⁴⁵ MVA Nr. 15/16 v. 19. 8. 1921, S. 94 f. und Nr. 19 v. 24. 9. 1921, S. 114. Die fünfte und letzte Strophe dieses Liedes lautet: »Haut immer feste auf den Wirth! / Haut seinen Schädel, daß er klirrt! / Knallt ab den Walther Rathenau / Die gottverfluchte Judensau!«
- ⁴⁶ Vgl. die Aussagen Karl Kaufmanns v. 8. 7. 1922 (National Archives Washingtons T—253/15/1465 428 f.), Willi Rabenschlags v. 14. 8. 1922 (T—

- 253/11/1461 997) und Hanns Husterts v. 7. 10. 1922 (T-253/11/1462 043).
- 47 Günther war im Besitz der »Führer-Nadel«, die der Schutz- und Trutzbund für besondere Verdienste verlieh. Vgl. Aussage Günthers v. 4. 7. 1922. National Archives Washington T-253/11/1462007 f. Siehe auch S. 131.
- 48 Vgl. Anklageschrift des Oberreichsanwaltes v. 16. 5. 1924 im Offenburger Geheimbündelei-Prozeß. National Archives Washington T-253/16/1467124 f.
- 49 Aussage Lützelers v. 30. 11. 1921 (National Archives Washington T-253/15/1465 376 ff.); vgl. auch Aussage Kurt Weges v. 26. 11. 1921 (T-253/15/1465 374).
- 50 Bremer Polizeibericht v. 25. 11. 1921. (StA Bremen, 4,65-II. E. 4. f. 1.) und Aussage Paul Werbers v. 16. 1. 1921. (National Archives Washington T-253/15/1465 340).
- 51 Nach einer 1922 in Rostock beschlagnahmten Mitgliederliste der Organisation Consul. Vgl. National Archives Washington T-253/3/1454 821.
- 52 Siehe S. 375, Anm. 50 u. 52.
- 53 Aussage Hermann Hesses v. 4. 7. 1922. National Archives Washington T-253/3/1454830.
- 54 Veröffentlicht im »Vorwärts« Nr. 321 v. 10. 7. 1922.
- 55 Vgl. vor allem die Rollen 14, 15 und 16, National Archives Washington T-253.
- 56 Siehe S. 188 f.
- 57 Vgl. Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin—Frankfurt a. M. 1962, S. 400 ff.
- 58 DvBl. Nr. 5 v. 29. 1. 1920 und Flugblatt »Völkische Schande oder — Auferstehung?«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis Organisationen.
- 59 DvBl. Nr. 45 v. 10. 10. 1921, »Zu Tode gesiegt«.
- 60 DvBl. Nr. 8 v. 25. 2. 1922, »Das Bettelvolk der Welt«.
- 61 Roth »Das Gerichtsvollzieheramt der Entente«, DvBl. Nr. 25 v. 23. 6. 1921; siehe auch Roth, Rathenau, S. 9.
- 62 DvBl. Nr. 11 v. 17. 3. 1920.
- 63 Roth, »Volksverräter«, DvBl. Nr. 20 v. 20. 5. 1922.
- 64 Zitiert nach dem Rechenschaftsbericht »Der deutschvölkische Schutz- und Trutzbund 1920/21«. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 65 Roth, »Deutschlands Bolschewisierung«, DvBl. Nr. 7 v. 18. 2. 1922; siehe auch Roth, Rathenau, S. 32.
- 66 Ebd.
- 67 Roth, »Jüdischer Geist und deutscher Geist«, DvBl. Nr. 38 v. 22. 9. 1921; siehe auch Roth, Rathenau, S. 22.
- 68 Roth, »Volksverräter«, DvBl. Nr. 20 v. 20. 5. 1922.
- 69 Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik vom 31. 5. 1923. DZA Potsdam, Rko 645.
- 70 Siehe 137 f.
- 71 MVA Nr. 23, v. 6. 11. 1919, S. 174 f.
- 72 Clemenceau hat dieses Wort nie gesprochen; es stammt vielmehr von einem rechtsextremistischen französischen Schriftsteller.
- 73 Polizeilicher Versammlungsbericht v. 11. 3. 1922, abgedruckt bei Roth, Herrschgewalt S. 25. — Für die Antisemiten des Schutz- und Trutz-Bundes mußte natürlich auch die politische Führung in Frankreich völlig »verju-

- det« sein. Vgl. DvBl Nr. 28 v. 14. 7. 1921: »Clemenceau ist geistig so vollkommen verjudet, daß es uns Deutschen belanglos sein kann, ob er es, wie anzunehmen, auch blutlich ist.«
- 74 Zitiert nach MVA Nr. 6 v. 24. 3. 1922, S. 36.
- 75 Polizeilicher Versammlungsbericht P.N.D. 363. HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1480.
- 76 Karl Westermann, »Wer Ohren hat zu hören«, DvBl. Nr. 28 v. 14. 7. 1921.
- 77 Protokoll der polizeilichen Vernehmung des Görtz vom 21. 7. 1922. HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 15609.
- 78 Vgl. Bericht des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung N.B. Nr. 19 v. 14. 7. 1922 (BA Koblenz, R. 43 I, 2193). Auch Salomon, (Fragebogen, S. 130 f.), spricht von einer solchen Liste, charakterisiert sie aber als eine zufällige Zusammenstellung vornehmlich jüdischer Namen.
- 79 DvBl Nr. 11 v. 17. 3. 1920. Siehe auch S. 198 f.
- 80 Bericht des Reichskommissars N.B. Nr. 19 v. 14. 7. 1922. BA Koblenz, R. 43 I, 2193.
- 81 Bericht der Polizeibehörde Hamburg v. 26. 6. 1922. National Archives Washington, T-253/3/1454 949.
- 82 Es kann nicht Aufgabe der vorliegenden Studie sein, eine Geschichte der politischen Attentate in der Frühzeit der Weimarer Republik zu geben; vielmehr soll hier nur zu zeigen versucht werden — damit allerdings über die bisherigen Untersuchungen hinausgehend —, in welchem hohem Maße das Zusammenwirken von Organisation Consul und Schutz- und Trutz-Bund, von aktivistischem Freikorpsgeist und antisemitischer Indoktrination für die Gewaltakte verantwortlich gemacht werden muß. Zu den politischen Mordtaten in der Weimarer Republik im allgemeinen vgl. die Veröffentlichungen Emil Julius Gumbels: Vier Jahre politischer Mord, Berlin-Fichtenau 1922; Verschwörer, Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Wien 1924; »Verräter verfallen der Feme«, Opfer-Mörder-Richter 1919—1929, Berlin 1929; sowie Wilhelm Hoegner, Die verratene Republik, Geschichte der deutschen Gegenrevolution, München 1958 und die neuere, allerdings nicht immer zuverlässige Zusammenfassung von Heinrich Hannover und Elisabeth Hannover-Drück, Politische Justiz 1918—1933, Frankfurt a. M. 1966, (Fischer Bücherei 770), ferner Howard Norman Stern, Political Crime and Justice in the Weimar Republic, (Diss. The Johns Hopkins University) Baltimore 1966. Hans Langemann geht in seiner kriminalwissenschaftlichen Studie (Das Attentat, Hamburg 1956) ebenfalls ausführlich auf die politischen Mordtaten der Weimarer Republik ein.
- 83 Vgl. dazu insbesondere die bereits erwähnte von Gotthard Jasper besorgte Dokumentation: Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, sowie Paul Schweder, Der Erzberger-Mord-Prozeß, Vorgeschichte, Anklageschrift und ausführlicher Verhandlungsbericht, Rudolstadt o. J. [1922], (Deutsche Kriminal-Bücherei Bd. 2).
- 84 Vgl. vor allem die Aussagen von Heinrich Tillessen aus dem Jahre 1946 und von Heinrich Schulz aus dem Jahre 1950 vor dem Untersuchungsrichter. Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, Dok. Nr. 9 u. 10, S. 448—453.
- 85 Briefe Heinrich Tillessens an seinen ältesten Bruder v. 27. 12. 1920 u. 12. 3. 1921. Ebd., Dok. Nr. 5 und 6, S. 442—447.

- ⁸⁶ Aussage von Heinrich Schulz vor dem Untersuchungsrichter v. 23. 1. 1950. Ebd., S. 449.
- ⁸⁷ Brief Heinrich Tillessens an seinen ältesten Bruder v. 27. 12. 1920. Ebd., S. 444.
- ⁸⁸ Die Identität behaupten u. a. Langemann, a.a.O., S. 154; Epstein, a.a.O., S. 434, und Jasper in der von ihm besorgten Dokumentation: Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, S. 434.
- ⁸⁹ Bericht des Württembergischen Landespolizeiamtes an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf v. 22. 11. 1921 nebst sechs Anlagen. HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 15639. — Zur Zeugenaussage von Mesch vgl. DZ Nr. 265 v. 13. 6. 1922.
- ⁹⁰ Vgl. die Aussagen von Heinrich Tillessen aus dem Jahre 1946 und von Heinrich Schulz aus dem Jahre 1950 vor dem Untersuchungsrichter. Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, Dok. Nr. 9 u. 10, S. 448—453.
- ⁹¹ Nach Aussage von Heinrich Schulz soll der Zettel das Zeichen des Germanenordens getragen und den Satz enthalten haben: »Brüder, Ihr könnt der Unterstützung des Ordens im Fall einer Entdeckung gewiß sein.« Ebd., S. 451.
- ⁹² Auf Grund des in Regensburg beschlagnahmten Materials kam das Württembergische Landespolizeiamt zu der Auffassung: »Überhaupt macht die Geheimniskrämerei, mit der sich der Orden umgibt, und die gekünstelte Sucht, altdeutsche Namen und Benennungen anzuwenden, mehr einen lächerlichen, als einen gefährlichen Eindruck.« In einem Schreiben an den Regierungspräsidenten von Düsseldorf. HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 15639.
- ⁹³ Aussage von Heinrich Schulz v. 2. 3. 1950 vor dem Untersuchungsrichter. Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder, S. 451.
- ⁹⁴ Zum Scheidemann-Attentat vgl. außer der angegebenen Literatur (S. 410, Anm. 82) Johannes Werthauer, Das Blausäure-Attentat auf Scheidemann, aktenmäßige Darstellung auf Grund der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof, Berlin 1923, (Politische Prozesse Heft 3).
- ⁹⁵ Vgl. Aussage Rabenschlags v. 14. 8. 1922, National Archives Washington, T—253/11/1461 997 f. — Zur Tätigkeit Husterts und Günthers in der O.C. vgl. Aussage Killingers v. 14. 3. 1922. T—253/15/1465 390.
- ⁹⁶ Vgl. Husterts Aussagen v. 12. 8. 1922 u. 7. 10. 1922, National Archives Washington T—253/11/1462 018 ff. und 1462 042 ff, sowie v. 23. 11. 1921, T—253/15/1465 368 ff.
- ^{96a} Siehe S. 376, Anm. 56. Von den oberschlesischen Freikorpskämpfern wurde Günther wegen seiner antisemitischen Werbetätigkeit nur der »Rassephilosoph« genannt. Vgl. Manfred von Killinger, Kampf von Oberschlesien 1921, Bisher unveröffentlichte Aufzeichnungen des Führers der »Abteilung v. Killinger« genannt »Sturmkompanie Koppe«, 2. Aufl., Leipzig o. J. [ca. 1939], S. 68 u. 96.
- ⁹⁷ Siehe S. 113 u. 220 f.
- ⁹⁸ Vgl. Aussagen Husterts und Günthers v. 23. 11. 1921. National Archives Washington, T—253/15/1465382.
- ⁹⁹ Aussagen Oehlschlägers v. 12. 8. 1922 und v. 19. 8. 1922. National Archives Washington, T—253/11/1462 023 ff und 1462 032 ff.
- ¹⁰⁰ Siehe S. 220 f.

- ¹⁰¹ Aussage Husters während der Gerichtsverhandlung. Zitiert nach Wert-
hauer, a.a.O., S. 27.
- ¹⁰² Vgl. den Brief Husters an den Gauleiter des Schutz- und Trutz-Bund-
Gaus Rheinland und Vorsitzenden der Ortsgruppe Elberfeld, Wiegers-
haus, v. 19. 8. 1922. National Archives Washington, T-253/11/1461 995.
- ¹⁰³ Zum Rathenaumord vgl. außer der S. 410, Anm. 82 angegebenen Literatur
Karl Brammer, *Das politische Ergebnis des Rathenauprozesses*, Berlin 1922,
(Politische Prozesse Heft 1).
- ¹⁰⁴ Alfred Wiener, »Wir klagen an!«, in: C-V-Zeitung Nr. 9. von 30. 6.
1922.
- ¹⁰⁵ So verhalf Kern u. a. dem Erzberger-Mörder Tillessen zur Flucht nach
Österreich. Nach dem Rathenaumord wurde Kern auch in Verbindung mit
dem Mord an Gareis gebracht, der bis heute nicht aufgeklärt ist. Vgl. Gott-
hard Jasper, *Der Schutz der Republik, Studien zur staatlichen Sicherung
der Demokratie in der Weimarer Republik 1922—1930*, Tübingen 1963,
(Tübinger Studien zur Geschichte und Politik Nr. 16), S. 112 u. 123.
- ¹⁰⁶ Zur Person Kerns vgl. auch die Anklageschrift des Oberreichsanwaltes v.
3. 9. 1922. National Archives Washington, T-253/3/1455 016 f.
- ¹⁰⁷ Vgl. Akte Herman Fischer, National Archives Washington, T-253/3/
1455 008 f.
- ¹⁰⁸ Vgl. Aussage Holzweißigs v. 1. 7. 1922. National Archives Washington
T-253/3/1455 508 f.
- ¹⁰⁹ Für Kern vgl. den Bericht der Schwester Gisela Kern über die letzten bei-
den Jahre ihres Bruders v. 8. 7. 1936. Danach befand sich im Nachlaß Er-
win Kerns auch ein Mitgliedsausweis des Schutz- und Trutz-Bundes. (BA
Koblenz, NS 26, 1236). Für Fischer vgl. Akte Hermann Fischer. (National
Archives, Washington, T-253/3/1455 008 f).
- ¹¹⁰ Vgl. Anklageschrift des Oberreichsanwaltes v. 3. 9. 1922 (National Archi-
ves Washington, T-253/3/1455 017) und Brammer, *Politisches Ergeb-
nis*, S. 18.
- ¹¹¹ Hans Gerd Techow war u. a. bereits mit 15 Jahren Vorsitzender des
Deutschnationalen Jugendbundes Groß-Berlin gewesen. Brammer, *Politi-
sches Ergebnis*, S. 18 f.
- ¹¹² Aussagen Ilsemanns v. 1. 7. 1922 und v. 31. 7. 1922, National Archives
Washington, T-253/3/1454 816 ff. und 1454 833 ff. sowie Aussage Bades
v. 1. 7. 1922, T-253/3/1454 819 ff.
- ¹¹³ Siehe S. 221.
- ¹¹⁴ Vgl. Aussagen Fritz Küchenmeisters, National Archives Washington, T-
253/3/1454 837 ff.
- ¹¹⁵ Johannes Küchenmeister an seinen Vater v. 19. 7. 1922. Vgl. auch den
Brief Johannes Küchenmeisters an seinen Vater v. 30. 6. 1922. National
Archives Washington, T-253/3/1454 844 ff.
- ¹¹⁶ Vgl. Brammer, *Politisches Ergebnis*, S. 20 f. u. S. 56—59.
- ¹¹⁷ Zum Harden-Attentat vgl. außer der S. 410, Anm. 82 angegebenen Literatur
vor allem Karl Brammer, *Attentäter, Spitzel und Justizrat Claß, Der Seekt-
und Harden-Prozeß*, Berlin 1924, (Politische Prozesse Heft 5), sowie die
Anklageschrift des Oberstaatsanwaltes v. 1. 11. 1922 im Prozeß gegen die
Harden-Attentäter. BA Koblenz, Nachlaß Harden, 127.
- ¹¹⁸ Bericht der Städtischen Polizei Oldenburg v. 10. 8. 1922. StA Oldenburg,
Best. 136, 2677.

- ¹¹⁹ Bericht des Württembergischen Landespolizeiamtes an den Regierungspräsidenten von Düsseldorf v. 22. 11. 1921 nebst sechs Anlagen. HStA Düsseldorf, Reg. Düss. 15 639. Siehe auch S. 228.
- ¹²⁰ Grenz war u. a. Urheber einer Liste Oldenburger Juden, deren Geschäfte boykottiert werden sollten. Vgl. Aussagen Grenz' vor der Polizei. Vorwärts Nr. 587 v. 13. 12. 1922.
- ¹²¹ Vgl. ebd.
- ¹²² Bericht der Städtischen Polizei Oldenburg v. 10. 1. 1923. StA Oldenburg, Best. 136, 2685.
- ¹²³ Aussage des Karlheinz Batz vor der Karlsruher Polizei vom 9. 7. 1922. DZA Potsdam, RKO, 564/57.
- ¹²⁴ Vgl. Brammer, Politisches Ergebnis, S. 16 f.
- ¹²⁵ Vgl. vor allem die Schriften der unmittelbar Beteiligten Ernst von Salomon, Die Geächteten, Gütersloh 1930; Der Fragebogen, Hamburg 1951; Ernst Werner Techow, »Gemeiner Mörder —?!«, Das Rathenau-Attentat, Leipzig o. J. [1934]; sowie Friedrich Wilhelm Heinz, Sprengstoff, Berlin 1930; Die Nation greift an, Berlin 1933, und das von Curt Hotzel herausgegebene Sammelwerk: Deutscher Aufstand, Die Revolution des Nachkriegs, Stuttgart 1934.

16. Kapitel

- ¹ Hier sei vor allem an die Haltung des Münchner Polizeipräsidenten Pöhner erinnert. (Siehe S. 156 f.) Als ein Beispiel aus Norddeutschland sei ein Schreiben des Amtsvorstehers der holsteinischen Industriegemeinde Lägerdorf an den Landrat in Itzehoe vom 18. 8. 1922 zitiert. Darin beklagt dieser sich, daß bei einer politischen Zusammensetzung der Einwohnerschaft von 22 % Bürgerlichen, 40 % Mehrheitssozialisten und 38 % Kommunisten die »anständig Gesinnten« nur »recht dünn gesät« seien. Landesarchiv Schleswig-Holstein (künftig LA Schleswig), Abt. 320, Stbg, 174.
- ² In einem Urteil vom 3. November 1930 bestätigte das Reichsgericht ausdrücklich diese Rechtspraxis. Vgl. Hannover, a.a.O., S. 271. — Zu dem Problem von Judentum und Rechtsprechung in der Weimarer Republik vgl. vor allem Erich Eyck, Die Stellung der Rechtspflege zu Juden und Judentum, in: Deutsches Judentum und Rechtskrisis, Berlin 1927, S. 31—66.
- ³ Vgl. Eyck, Stellung der Rechtspflege, S. 34 ff. und Hannover, a.a.O., S. 226.
- ⁴ Eyck, Stellung der Rechtspflege, S. 37; Acht Jahre politische Justiz, Das Zuchthaus — die politische Waffe, Eine Denkschrift der Deutschen Liga für Menschenrechte e. V., Berlin 1927, S. 230; sowie MVA Nr. 9 v. 9. 5. 1921, S. 68 und Nr. 6 v. 24. 3. 1922, S. 38.
- ⁵ MVA Nr. 8 v. 26. 4. 1922, S. 54. Vgl. auch Eyck, Stellung der Rechtspflege, S. 39 f. und »Acht Jahre politische Justiz«, S. 230. — Diese Stellungnahme des Glatzer Oberstaatsanwaltes widersprach der vom Ministerium gewünschten Auffassung. In einer Verfügung des preußischen Justizministers v. 23. 9. 1922 wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß bei Anzeigen von Vergehen gegen § 130 StGB »Juden als Klasse im Sinne dieser Vorschrift« anzusehen seien. MVA Nr. 22/23 v. 30. 11. 1922, S. 118.
- ⁶ Vgl. Erich Kuttner, Bilanz der Rechtsprechung, Berlin 1922, S. 9 sowie MVA Nr. 8 v. 26. 4. 1922, S. 56.

- 7 Kuttner, Bilanz, S. 9.
- 8 MVA Nr. 8 v. 26. 4. 1922, S. 54.
- 9 Bei Verhandlungen gegen einen Redakteur der sozialistischen Plauener »Volkszeitung« im Juni 1921 trug der Staatsanwalt deutlich sichtbar an seinem Talar ein Hakenkreuz. Vgl. Erich Kuttner, Warum versagt die Justiz?, Berlin 1921, S. 72.
- 10 Vgl. Vorläufiger Geschäftsbericht des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes bis zum 1. Juli 1920, S. 9, sowie das Schreiben Roths an den Staatsgerichtshof v. 7. 9. 1922. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- 10a Der MSPD-Stadtverordnete Dr. Levy war vorübergehend Polizeipräsident von Essen gewesen. Im Falle des Rechtsanwaltes Dr. Stern lag eine Verwechslung seitens der antisemitischen Propagandisten mit einem gleichnamigen Redakteur des »Ruhr-Echo« vor. Vgl. Im deutschen Reich Nr. 6 vom Juni 1920, S. 210 f.
- 11 DvBl. Nr. 5 v. 2. 2. 1922. Vgl. auch DvBl. Nr. 44 v. 28. 10. 1920 und Im deutschen Reich Nr. 6 vom Juni 1920, S. 210 f.
- 12 MVA Nr. 13/14 v. 20. 7. 1921, S. 90. Vgl. auch MVA Nr. 10 v. 29. 5. 1920, S. 79.
- 13 Siehe S. 145 f.
- 14 Flugblatt »Arbeiter! Volksgenossen!«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- 15 Frankfurter Zeitung v. 4. 6. 1920.
- 16 Roth an den ihn vertretenden Rechtsanwalt Schmidt v. 24. 4. 1922 und Rundschreiben Roths an die Ortsgruppen v. 10. 5. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 17 Vgl. die gesammelten Gerichtsakten zum Prozeß Dr. Brodnitz/v. Zeszschwitz. HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1602.
- 18 Abschrift des Plakats im Urteil des Schöffengerichts beim Amtsgericht München v. 16. 1. 1922. Ebd.
- 19 Zur Wirkung dieses Plakats vgl. den offenen Brief von Sigmund Fraenkel an den Münchner Polizeipräsidenten Pöhner, den das Berliner Tageblatt am 11. Juni 1921 veröffentlichte. Wiedergegeben in: Von Juden in München, S. 306–309.
- 20 Protokoll der öffentlichen Sitzung des Schöffengerichts beim Amtsgericht München v. 16. 1. 1922. HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1602.
- 21 Urteil des Schöffengerichts beim Amtsgericht München v. 16. 1. 1922, Ebd.
- 22 Urteil der I. Strafkammer des Landgerichts München I v. 23. 10. 1922. Ebd.
- 23 Urteil des Obersten Landesgerichts, 1. Strafsenat, v. 26. 1. 1923. Ebd.
- 24 Vgl. das Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik in der Strafsache Alfred Roth v. 31. 5. 1923, in dem der Staatsgerichtshof mit dem Hinweis auf die ständige Rechtsprechung des Reichsgerichts dem Angeklagten den Schutz des § 193 StGB verwehrt, da »berechtigte Interessen im Sinne der angezogenen Gesetzesbestimmung nur solche« seien, »die den Beleidiger selbst betreffen oder doch ihm persönlich nahe gehen«. DZA Potsdam, RKO, 645.
- 25 Reichsgesetzblatt Teil I Jahrgang 1922, Berlin 1922, S. 521 f. u. S. 532.
- 26 Reichsgesetzblatt Teil I Jahrgang 1922, S. 585–590. Abgedruckt bei Jasper, Schutz der Republik, S. 293–300.
- 27 Vgl. Jasper, Schutz der Republik, S. 128 ff. sowie die Übersicht S. 316 ff.

- Vgl. auch die Zusammenstellung des Reichskommissars v. 25. 11. 1922 von den über den Schutz- und Trutz-Bund verhängten Verboten. DZA Potsdam, RKO, 329.
- ²⁸ Schreiben des Anhaltischen Staatsministeriums an den Reichskommissar v. 23. 10. 1922. DZA Potsdam, RKO, 329.
- ²⁹ Protokolle der Sitzungen des Württembergischen Staatsministeriums v. 19. 7. und 24. 7. 1922. HStA Ludwigsburg, E 131, N 9.
- ³⁰ Ebd.
- ³¹ StA Hamburg, Cl I Lit I Nr. 1, vol 57 Fasc. 4.
- ³² Vgl. Zusammenstellung des Reichskommissars v. 25. 11. 1922 von den über den Schutz- und Trutz-Bund verhängten Verboten (DZA Potsdam, RKO, 329) sowie die Antwortschreiben der einzelnen Länderregierungen im Juli 1922 auf eine Anfrage des Braunschweigischen Innenministeriums (StA Wolfenbüttel, 12A Neu, 7a, 4135).
- ³³ Vgl. Schreiben des Hauptgeschäftsführers an das Staatsministerium in Oldenburg v. 10. 7. 1922 (StA Oldenburg, Best. 136, 2677) und an das Staatsministerium in Baden v. 10. 7. 1922 (Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe – künftig GLA Karlsruhe – 233, 12962) sowie das abschließende Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik vom 19. 1. 1923 (DZA Potsdam, RKO, 329).
- ³⁴ Vgl. die Beschwerde des Gaues Nordmark v. 14. 7. 1922 (LA Schleswig, 301, 4499) und des Gaues Baden-Rheinpfalz v. 24. 7. 1922 (GLA Karlsruhe, 233, 12952) sowie die Aufstellung der bis zum 16. 8. 1922 beim Staatsgerichtshof eingegangenen Beschwerden des Schutz- und Trutz-Bundes in dem Inlandsbericht des Reichskommissars Nr. 78 v. 1. 9. 1922 (HStA München, Abt. II, MA 101243).
- ³⁵ Beschluß des Staatsgerichtshofes v. 1. 8. 1922. DZA Potsdam, RKO, 329.
- ³⁶ Zu dem Kampf des Schutz- und Trutz-Bundes gegen die Verbotsverfügungen und den Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof siehe Roth, Judas Herrschgewalt, Die Deutschvölkischen im Lichte der Behörden und des Staatsgerichtshofes, Hamburg 1923.
- ³⁷ Schreiben des Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes an den Reichskommissar v. 2. 11. 1922. DZA Potsdam, RKO, 329. — Zugleich hatte die Bundesführung versucht, über eine Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht in Berlin gegen die Verfügung des preußischen Ministers des Innern v. 1. 7. 1922 anzugehen. Das Preußische Oberverwaltungsgericht verneinte in einer Verhandlung am 21. September 1922 seine Zuständigkeit und wies die Klage kostenpflichtig zurück. Roth, Herrschgewalt, S. 33–35.
- ³⁸ Zur Tätigkeit der Bundesführung vgl. vor allem die beiden Schreiben Roths an den Staatsgerichtshof v. 7. und 17. 9. 1922 (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB – abgedruckt bei Roth, Herrschgewalt, S. 13–23 und S. 25–33) sowie die Artikel Hertzbergs in der DZ: »Vom Recht über uns« (Nr. 371 v. 24. 8. 1922) und »Unser Kampf ums Recht« (Nr. 446 v. 6. 10. 1922).
- ³⁹ Roth an den Staatsgerichtshof v. 17. 9. 1922. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ⁴⁰ National Archives Washington, T-253/4/1456100.
- ⁴¹ Vgl. Schreiben des Reichskommissars an den Reichsinnenminister v. 6. 12. 1922. DZA Potsdam, RKO 329.
- ⁴² Vgl. die Schreiben Roths an den Staatsgerichtshof v. 18. 11. 1922, v.

- 1., 15. und 30. 12. 1922 sowie v. 4. 1. 1923. Roth, Herrschgewalt, S. 41—110. Die Schreiben befinden sich nur zum Teil in DZA Potsdam, RKo, 329.
- 43 Roth an den Staatsgerichtshof v. 30. 12. 1922. Roth, Herrschgewalt, S. 96—110.
- 44 Reichskommissar an den Staatsgerichtshof v. 30. 11. 1922 (DZA Potsdam, RKo, 329); vgl. auch Roth, Herrschgewalt, S. 91—96.
- 45 Beschluß des Staatsgerichtshofes v. 27. 12. 1922. Ebd.
- 46 Zu den Verhandlungen vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 48 v. 19. 1. 1923 u. Nr. 53 v. 21. 1. 1923, DZ Nr. 75 v. 14. 2. 1923 u. Nr. 77 v. 15. 2. 1923 sowie Roth, Herrschgewalt, S. 110—115.
- 48 Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik v. 19. 1. 1923 (DZA Potsdam, RKo, 329); siehe auch Roth, Herrschgewalt, S. 118—126.
- 49 Mit Hilfe einer solchen Argumentation suchte vor allem der badische Innenminister Remmele das Verbot des Schutz- und Trutz-Bundes zu begründen. Vgl. Schreiben des Badischen Innenministeriums an den Staatsgerichtshof v. 26. 8. 1922. GLA Karlsruhe, 233, 12962.
- 50 Siehe S. 224.
- 51 Anklageschrift des Oberreichsanwalts v. 20. 2. 1923 DZA Potsdam, RKo, 645.
- 52 Vgl. »Der Staatsgerichtshof und der völkische Gedanke«, DvBl. Nr. 11 v. 22. 6. 1923. — Die Annahme, daß dennoch solche Äußerungen seitens Roths gefallen sind, legt ein Bericht der DZ über eine Rede nahe, die Roth einen Tag zuvor auf einer öffentlichen Versammlung in Berlin gehalten hatte. Danach sagte Roth u. a. wörtlich: »Wann endlich kommt der Tag, wo die Juden mit Peitschen aus Deutschland herausgetrieben werden, die das Ansehen unseres Vaterlandes schänden?«, DZ Nr. 208 v. 8. 5. 1922.
- 53 Roth brachte unter anderem Beweisanträge ein über die geistigen und seelischen Anlagen der jüdischen Rasse, die Deutschfeindlichkeit des Judentums, die Berechtigung der Judengegnerschaft sowie über die wirtschaftliche und politische Betätigung Rathenaus und deren angeblich unheilvolle Folgen. Er hielt zudem Reden, in denen er die Existenz einer jüdischen Weltherrschaft nachzuweisen suchte. Ebd. — Siehe auch Alfred Roth, Meine Verteidigungsrede vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig, Stuttgart o. J. [1924].
- 54 Urteil des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik v. 31. 5. 1923 (DZA Potsdam, RKo, 645); abgedruckt bei Roth, Verteidigungsrede, S. 19—23.
- 55 Abgedruckt bei Roth, Herrschgewalt, S. 57—63. Vgl. auch den Bericht des Thüringischen Innenministeriums über die auf Grund der Verordnung vom 26. 6. 1922 aufgelösten Organisationen v. 4. 8. 1922 (DZA Potsdam, RKo, 329).
- 56 Abgedruckt bei Roth, Herrschgewalt, S. 63.
- 57 Siehe S. 11.

Vorbemerkung zum fünften Teil

- ¹ Vgl. Roths Bemerkung aus dem Jahre 1924: »Wir werden nie etwas Rechtes erreichen, solange die meisten der Deutschvölkischen sich nicht zu bescheiden vermögen. Jeder glaubt, das alleinseligmachende Heilmittel für die völkische Gesinnung gefunden zu haben und wird dadurch zum schlimm-

sten Dogmatiker, der keine anderen Götter neben sich duldet. Wenn das so weitergeht, dann können wir Deutschvölkischen getrost einpacken, denn wir gehen dann an unserer eigenen Zerrissenheit zugrunde.« Alfred Roth, *Einsichten und Bekenntnisse*, Stuttgart 1924, S. 28.

² Der Schriftwechsel über diese Streitigkeiten, insbesondere in den Jahren 1920–1922, füllt mehrere Faszikel.

17. Kapitel

¹ Die Klagen wurden an Gebstattel herangetragen, der selbst Mitglied des Germanenordens war, um dort, wie er schreibt, »Fehler hintan zu halten und auszugleichen«. (Gebstattel an Claß v. 11. 7. 1919). Gebstattel vermochte aber im Falle Jacobsen nichts auszurichten und fand dort nur »kleinliche Voreingenommenheit«. (Gebstattel an Claß v. 21. 7. 1919; vgl. auch Claß an Gebstattel v. 13. und 24. 7. 1919. DZA Potsdam, ADV, 205).

² Dr. Paul Köthner hatte einen hohen Grad in der großen Landesloge der Freimaurer von Deutschland inne und pflegte überdies Beziehungen zu Jesuiten. 1917 hatte er in dem 46. Jg. des Mecklenburger Logenblattes einen Artikel »Auf den Pfaden der internationalen Freimaurer« veröffentlicht, der die Weltfreimaurerei für den Vernichtungskrieg gegen Deutschland und Österreich verantwortlich machte und die Beteiligung der romanischen Freimaurerei an dem Mord von Serajewo nachzuweisen suchte. — Nach dem Krieg suchte Köthner durch eine umfangreiche schriftstellerische und briefliche Tätigkeit die Durchdringung des Freimaurertums mit dem völkischen Gedanken und die Grundlegung einer »allarischen« Weltorganisation zu leisten.

³ Rundschreiben Roths an die Ortsgruppen v. 30. 1. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.

⁴ Vgl. vor allem Renatus Ram (= Paul Köthner), *Die Elemente Deutscher Kultur*, Buch 1: *Das zerstörende Prinzip*, o. O. o. J. [ca. 1919]; Buch 2: *Das Buch vom Aufbau*, Königsberg i. Pr. o. J. [ca. 1920]; sowie Schreiben Roths an Hertzberg v. 19. 6. 1920 und Rundschreiben des Hauptgeschäftsführers an die Ortsgruppen und führenden Mitarbeiter v. 5. 8. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.

⁵ Ratzel an Hertzberg v. 22. 8. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.

⁶ So berichtet Gebstattel u. a. von dem Germanenorden: »Wenn die Leute etwas von Freimaurertum hören, so wirkt es auf sie wie das rote Tuch auf einen Stier.« (Gebstattel an Claß v. 21. 7. 1919). An anderer Stelle, es gebe dort »so viele reine Thoren — Leute, die vor Verbohrtheit, wenn sie das Wort Jude, Freimaurer oder Jesuit hören, ihren ohnehin geringen Verstand völlig verlieren.« (Gebstattel an Claß v. 16. 7. 1921. DZA Potsdam, ADV, 205).

⁷ Vgl. Auf Vorposten Nr. 11–12 (Mai/Juni 1917) bis Nr. 2–3 (Februar/März 1918): »Die Freimaurerei im Weltkriege«.

⁸ Karl Heise, *Entente-Freimaurerei und Weltkrieg*, Ein Beitrag zur Geschichte des Weltkrieges und zum Verständnis der wahren Freimaurerei, 2. Aufl. Basel 1920.

⁹ Friedrich Wichtl, *Weltfreimaurerei, Weltrevolution, Weltrepublik*, Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges, 11. Aufl. München 1928.

- ¹⁰ 1921 gab der Bund eine Broschüre heraus, in der die wesentlichsten Thesen Wichtls zusammengefaßt waren: Friedrich Wichtl, Freimaurerei—Zionismus—Kommunismus—Spartakismus—Bolschewismus, Hamburg o. J. Darin sucht Wichtl nach bewährter Methode durch Aufzählen von Juden und vermeintlichen Juden, die einer Loge angehört haben sollen, den Nachweis zu führen, daß Freimaurerei, Zionismus, Spartakismus, Kommunismus, Bolschewismus zusammenhängen und das Ziel der »jüdischen Welt Herrschaft« haben. (S. 29). Im selben Jahr erschien in den Hammer-Schlägen eine weitere Schrift, die von der Unvereinbarkeit des völkischen Gedankens mit dem Freimaurertum handelt. »Deutsches Volkstum und Freimaurertum in drei Abhandlungen«, Hamburg 1921 (Hammer-Schläge Heft 26).
- ¹¹ Solchermaßen wurden vor allem Prinz Max von Baden, General Groener und Scheidemann angegriffen, deren Zusammenwirken u. a. für den Sturz der Monarchie verantwortlich gemacht wurde. Vgl. A. Roth »Aus dunkelsten Tagen«, DvBl Nr. 19 v. 13. 5. 1922, und das Flugblatt des Schutz- und Trutz-Bundes »Ganz Israel bürgt füreinander!«. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
- ¹² Werbeaufwurf des Deutschvölkischen Arbeitsringes Berlin. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ¹³ Rundschreiben Roths an die Ortsgruppen v. 28. 6. 1920 mit einem Bericht Ruges »Über den Deutschvölkischen Arbeitsring« als Anlage. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ¹⁴ Geschäftsleitung der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde an die angeschlossenen Organisationen v. 31. 5. 1920. DZA Potsdam, ADV, 490.
- ¹⁵ Hauptgeschäftsstelle des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes an die Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde v. 16. 6. 1920 und Geschäftsleitung der Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde an die angeschlossenen Organisationen v. 22. 6. 1920. DZA Potsdam, ADV 490.
- ¹⁶ Vgl. für viele Voigt an Ratzel v. 23. 11. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- ¹⁷ Hauptgeschäftsführer Roth an die Vorstands- und Beiratsmitglieder v. 16. 9. 1920 (DZA Potsdam, ADV, 491). Schon im Februar 1921 mußte der Gesamtvorstand des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes erneut die Behauptung von einem jüdisch-freimaurerisch-jesuitischen Einfluß auf Roth zurückweisen und sprach dem Hauptgeschäftsführer das unerschütterliche Vertrauen aus (DvBl Nr. 10 v. 10. 3. 1921). Vgl. auch Rundschreiben Roths an den Gesamtvorstand v. 28. 2. 1921. (DZA Potsdam, ADV, 492).
- ¹⁸ Vgl. Roth, »Nun ist's genug«, DvBl. Nr. 7 v. 17. 2. 1921.
- ¹⁹ E. Heindorf an Hertzberg v. 17. 3. 1921 und v. 22. 3. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ²⁰ Rundschreiben des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes v. 15. 2. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ²¹ »Auf Vorposten« Nr. 4/5 v. April/Mai 1921, S. 128. Vgl. auch Nr. 11/12 v. November/Dezember 1921, »Der Alldeutsche Verband und die Freimaurerei«, Nr. 1—6 v. Januar bis Juni 1922, »Der Alldeutsche Verband und Herr Claß«.
- ²² Vgl. »Antisemitisches Rüstzeug«, herausgegeben vom Deutschen Volksrat, der nur in der Phantasie Pudors existierte. Neue Folge Nr. 1 v. 26. 11. 1921, Nr. 2 v. 31. 12. 1921 und Nr. 3 v. 5. 1. 1922.

- ²³ VB Nr. 18 v. 3. 3. 1921.
- ²⁴ Vgl. u. a. Aufsätze Hertzbergs in der Deutschen Zeitung »Nur Einigkeit verbürgt den Sieg« Nr. 295 v. 1. 7. 1920 und »Hoffnungen — Enttäuschungen« v. 10. 3. 1921 (Abend-Ausg.). Roth in DvBl »In eigener Sache« Nr. 50 v. 9. 12. 1920 und »Nun ist's genug« Nr. 7 v. 16. 2. 1921. ABl. »In eigener Sache« Nr. 26 v. 17. 12. 1921 und »Völkische Selbsterfleischung«, Nr. 5 v. 11. 3. 1922.
- ²⁵ Das hatte zur Folge, daß der Hauptgeschäftsführer des Deutschvölkischen Arbeitsringes, Major Voigt, sich in mehrere solcher Ehrenhändel verwickelt sah; zugleich wurde ihm aber seine Satisfaktionsfähigkeit bestritten, so daß der Ehrenrat des Nationalverbandes Deutscher Offiziere und der Offiziersverein des ehemaligen Regimentsverbandes Voigts zur Klärung der Sachlage bemüht wurden. Vgl. Mülfing, Ehrenratsvorsitzender des Vereins der Offiziere des ehemaligen Infanterie-Regimentes Nr. 173, an Führ v. 26. 4. 1921 und Beschluß des Ehrenrats des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, Landesverband Groß-Berlin, an Hertzberg v. 9. 5. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ²⁶ Die Initiative hierzu ging vor allem vom Schutz- und Trutz-Bund aus. Vgl. Roth an Hertzberg v. 7. 1. 1921, Hertzberg an die Hauptgeschäftsstelle v. 15. 4. 1921, Roth an Hertzberg v. 22. 6. 1921 (DZA Potsdam, ADV, 492) sowie Roths Artikel »Ein deutschvölkischer Ehrenhof in: PAM Nr. 10 v. Januar 1921, S. 472 f.
- ²⁸ Antrag auf Eröffnung eines Verfahrens gegen Hertzberg wegen Beleidigung an das Schöffengericht in Berlin-Schöneberg v. 21. 5. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ²⁹ Vgl. Nachtrag zum Klageantrag Roths an das Amtsgericht Potsdam v. 17. 6. 1921 (BA Koblenz, NS 26, 852), sowie Anlage zu »Im Vertrauen« Nr. 4/5 v. Mai/Juni 1921 (DZA Potsdam, ADV, 490).
- ³⁰ Roth an das Amtsgericht Charlottenburg v. 12. 8. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- ³¹ DvBl Nr. 28 v. 14. 7. 1921.
- ³² Abschrift des Gerichtsbeschlusses im Schreiben Roths an die Vorstandsmitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes v. 13. 2. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493. — Ob es in der Klage Voigts gegen Hertzberg überhaupt zu der Eröffnung eines Strafverfahrens kam, konnte nicht festgestellt werden. Der Privatkläger Voigt starb noch im selben Jahr 1922.
- ³³ Die Führer des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes waren sich darüber völlig im klaren. Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des Alldeutschen Verbandes am 5. und 6. 2. 1921 erklärte Roth, »die Geheimorden seien eine furchtbare Gefahr für die völkische Bewegung und die Frage sei in der Tat so, ob diese Orden oder der Alldeutsche Verband und der Schutz- und Trutz-Bund die Führer im völkischen Kampfe sein sollten«. DZA Potsdam, ADV, 127.
- ³⁴ Selbst ein in der internen Diskussion zur Mäßigung neigendes Mitglied wie Professor von Freytagh-Loringhoven konnte dem Beschwerdeschreiben seiner Ortsgruppe Breslau, in der er als Beisitzer fungierte, nicht die Berechtigung absprechen. »Es ist wirklich außerordentlich schwer«, so schrieb er am 26. 3. 1921 an Hertzberg, »mit Hamburg zusammen zu arbeiten und es ist verständlich, wenn unsere Geschäftsführung hier allmäh-

- lich gereizt und ungehalten wird. . . . Man bekommt nie eine Antwort und vor allem — man begreift nicht recht, was die Herrschaften dort oben treiben«. Vgl. auch das Schreiben der Ortsgruppe Breslau an den Vorstand des Schutz- und Trutz-Bundes v. 26. 3. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 35 Hauptgeschäftsführer Roth an Claß v. 14. 2. 1920 und Roth an Hertzberg v. 25. 9. 1920. DZA Potsdam ADV, 491.
- 36 Vgl. Roth an das Amtsgericht Potsdam v. 20. 6. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 37 Vgl. zu der Entwicklung in Bayern undatierte handschriftliche Notizen Hertzbergs v. April 1922 (DZA Potsdam, ADV, 493) und Roth an Hertzberg v. 24. 5. 1921 (DZA Potsdam, ADV, 492).
- 38 »An die Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Bayern«. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 39 Vgl. John Gorsleben an Streicher v. 31. 12. 1921 und v. 7. 1. 1922. BA Koblenz, Collection Streicher, 13 und 104.
- 40 Rundschreiben Roths an die Vorstände der bayerischen Ortsgruppen v. 11. 1. 1922 und Flugblatt »An unsere bayerischen Bundesfreunde« v. Januar 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 41 Roth an Zezschwitz v. 11. 1. 1922. Ebd.
- 42 Bericht von der Bundesvorstandssitzung v. 29. 1. 1922. Ebd.
- 43 Über die Vorgänge auf dem Vertretertag in München am 21./22. 1. 1922 vgl. DvBl Nr. 4 v. 26. 1. 1922 sowie Rundschreiben der Kreisleitung Oberfranken v. 26. 1. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 44 Die völkischen Schriftstellerinnen Käte Bayer und Dr. Mathilde von Kemnitz, die spätere Frau Ludendorffs, traten offen für John Gorsleben ein. (Vgl. Käte Bayer an Streicher v. 4. 2. 1922 und v. 23. 3. 1922; BA Koblenz, Collection Streicher, 104. Käte Bayer an Hertzberg v. 4. 3. 1922 und v. 18. 3. 1922 sowie Kühn an Hertzberg v. 4. 3. 1922; DZA Potsdam, ADV, 493). Streichers »Deutscher Volkswille« erhielt den Untertitel »Amtliche Mitteilungen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Bayern«, während der »Völkische Beobachter«, dessen Schriftleiter Hansjörg Maurer Mitglied des Schutz- und Trutz-Bundes München war, für die Hauptleitung eintrat und sich gegen John Gorsleben und Mesch wandte. (Vgl. VB Nr. 7. v. 25. 1. 1922).
- 45 John, Mesch und Ruge gefielen sich darin, ihre Kontrahenten und ehemaligen völkischen Mitkämpfer als Juden zu bezeichnen, und schreckten vor keinem noch so niedrigen Mittel der Stimmungsmache zurück. Der Münchener Schriftleiter Dr. Erich Kühn charakterisierte das Verhalten der bayerischen Rebellen als »infam« und verwies vor allem auf die Angriffe gegen Hertzberg. Danach sollen die bayerischen Opponenten ausgerufen haben: »Man braucht sich ja nur das Gesicht von dem Mann anzuschauen!« was, wie Kühn erläuternd hinzufügte, »eine um so größere Roheit darstellte, als Hertzberg im Krieg alle Gesichtsnerven zerschossen worden waren«. (Kühn an Streicher über die Nürnberger Tagung v. 7. 3. 1922, BA Koblenz, Collection Streicher, 105). Für die Nürnberger Tagung vgl. außerdem das Hertzberg-Protokoll v. 5. 3. 1922 (DZA Potsdam, ADV, 493), für die Kasseler Tagung DvBl Nr. 15 v. 15. 4. 1922.
- 46 Flugschrift Ruges v. März 1922 an die Mitglieder des Gesamtvorstandes des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Hamburg. DZA Potsdam, ADV, 493.

- 47 Deutsche Wohlfahrt, Blätter für die Volksbewegung im Reich, Heidelberg, 1. Jg. Nr. 1. v. 15. 5. 1922.
- 48 Schon im Februar 1922 hatte der »Deutsche Volkswille« seinen neuen Untertitel, der ihn als Bundesorgan eines selbständigen Schutz- und Trutzbundes Bayern kennzeichnete, fallengelassen, nachdem der Hauptgeschäftsführer Roth, mit einer Unterlassungsklage gedroht hatte. (Roth an »Deutscher Volkswille« v. 17. 2. 1922; BA Koblenz, Collection Streicher, 104). John Gorsleben schied aus der Schriftleitung wieder aus. Wahrscheinlich wollte Streicher durch sein Überschwenken die Hauptleitung des Bundes veranlassen, in die seinerzeit von der Landesleitung John—Mesch eingegangenen Verpflichtungen einzutreten, da er für seine Zeitung dringend Geld benötigte. (Vgl. Streicher an Roth v. 17. 3. 1922 und Roth an Streicher v. 5. 4. 1922; BA Koblenz, Collection Streicher, 105).
- 49 Rundschriften des Gauleiters von Nordbayern, Dietrich, an alle Gauwarte des Bundes v. 24. 4. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 50 Vgl. Roth an Hertzberg v. 11. 6. 1922 und Ruge an Claß v. 26. 7. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 51 Die Bemühungen scheiterten in erster Linie an der unversöhnlichen Haltung der drei bayerischen Aufrührer, die auf einer vollen Rehabilitierung bestanden, unterdessen aber ihren Kampf gegen die Schutz- und Trutzbund-Leitung mit unverminderter Schärfe fortsetzten. Vgl. den Briefwechsel zwischen Claß einerseits sowie Ruge und John Gorsleben andererseits vom Juni/Juli 1922, (DZA Potsdam, ADV, 493), und »Deutsche Wohlfahrt« Nr. 2 v. August 1922.
- 52 Claß an Ruge v. 22. 8. 1922 und Ruge an Claß v. 6. 9. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 53 Vgl. DvBl Nr. 33 v. 28. 10. 1922 und DZ Nr. 475 v. 24. 10. 1922.
- 54 Vgl. etwa Hertzberg an Pennerstorfer v. 24. 10. 1922 DZA Potsdam, ADV, 493.
- 55 VB Nr. 83 v. 18. 10. 1922.
- 56 Siehe S. 97.
- 57 Gebattel an Claß v. 19. 3. 1920. DZA Potsdam, ADV, 205.
- 58 Claß an Hertzberg v. 29. 4. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 59 Hierbei energisch von Claß unterstützt. Claß an Hertzberg v. 5. 5. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 60 Hertzberg an Werner v. 2. 5. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 61 Hertzberg an Werner v. 13. 4. 1921 und Werner an Hertzberg v. 13. 5. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 62 Gebattel an Hertzberg v. 9. 4. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 63 Roth hielt es nur in den seltensten Fällen für nötig, Wiegershaus vor wichtigen Entscheidungen zu konsultieren, was diesen außerordentlich verletzte. Am 10. 5. 1921 beklagte sich Wiegershaus wieder einmal bei Hertzberg: »Aber Roth bleibt doch unser Hauptgeschäftsführer. Als stellvertretende Vorsitzende müssen auch wir [i. e. Werner und Wiegershaus] das Recht haben, die Handlungen Roths mit bestimmen zu können. Es würde unsere Bewegung wirklich nicht schädigen, wenn wir viel mehr zur Beratung hinzugezogen würden. Wir sind keine Nullen.« DZA Potsdam, ADV, 492.
- 64 So u. a. auf der Bundesvorstandssitzung am 29. 1. 1922. Vgl. Sitzungsbericht. DZA Potsdam, ADV, 493.

- 65 Ein mit drei neutralen Gauleitern besetzter Prüfungsausschuß, der mit der Schlichtung der Auseinandersetzungen beauftragt worden war, hielt mit Rücksicht auf die Organisation und die Ziele des Bundes den Bruch für notwendig. Vgl. Rühnick an Hertzberg v. 28. 2. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 66 Vgl. Wiegershaus an Hertzberg v. 19. 6. 1922 und Werner an Hertzberg v. 22. 6. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 67 Dinter an Roth v. 22. 6. 1922. Ebd.
- 68 Vgl. Claß an Gebattel v. 27. 3. 1920. DZA Potsdam, ADV, 205. Gebattel an Claß v. 27. 3. 1920. DZA Potsdam, ADV, 491.
- 69 Roth und Hertzberg hatten in einer gemeinsamen Besprechung ausdrücklich festgelegt, daß die Deutschvölkischen Blätter wenn irgend möglich an die Neudeutsche Verlags- und Treuhand-Gesellschaft gegeben werden sollten, um damit jene alldeutschen Kreise zu unterstützen, die dem Schutz- und Trutz-Bund erhebliche Gelder hatten zukommen lassen und noch immer zukommen ließen. Zur gleichen Zeit hatte Hertzberg zur Stützung der bundeseigenen Deutschvölkischen Verlagsanstalt die Überweisung von 50 000 Mark aus alldeutschen Mitteln angezeigt. (Vgl. Hertzberg an Roth v. 21. 11. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492). Für Roths Entscheidung vgl. dessen Schreiben an den geschäftsführenden Bundesvorstand v. 18. 11. 1921 (Ebd.).
- 70 Hertzberg an Roth v. 21. 11. 1921. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 71 Vgl. u. a. Roth an Hertzberg v. 1. 8. 1921. Ebd.
- 72 Roth an Hertzberg v. 22. 11. 1921. Ebd.
- 73 Roth an Hertzberg v. 31. 12. 1921. Ebd.
- 74 Vgl. u. a. Hertzberg an die Hauptgeschäftsstelle des Bundes v. 27. 4. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- 75 Vgl. zwei Schreiben Roths an Hertzberg v. 28. 6. 1922. Ebd.
- 76 Roth sträubte sich vor allem gegen die Beibehaltung der bisherigen Befehlsstruktur, konnte aber mit dem Plan eines »Wirtschaftsbundes« unter seiner eigenen Leitung nicht durchdringen. Zur Berliner Tagung vgl. Hertzberg an Gebattel v. 11. 7. 1922 und Hertzberg an Wiegershaus v. 24. 7. 1922. Ebd.
- 77 Hertzberg an Otto v. 9. 8. 1922 (Ebd.). Otto hatte im Juni 1922 den Inhalt eines Privatbriefes des umstrittenen Köthners an Roth u. a. Dinter zugänglich gemacht und damit gegen den Hauptgeschäftsführer intregiert. (Siehe S. 267.) Zum Vorgang vgl. Hertzberg an Gebattel v. 9. 10. 1922 (DZA Potsdam, ADV, 493).
- 78 Am 12. 8. 1922 fanden bei dem ehemaligen Gründungsmitglied des Reichshammerbundes Rechtsanwalt R. Hüttmann in Bargteheide die ersten Besprechungen über die Neugründung zwischen Otto und Hoffmann statt. (Hüttmann an Hertzberg v. 7. 8. 1922.) Nach dem Bruch zwischen Hertzberg und Otto kündigte Hoffmann, der Gauwart des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Westfalen war, Hertzberg die Gefolgschaft auf (Hertzberg an Ratzel v. 8. 9. 1922). DZA Potsdam, ADV, 493.
- 79 Rundschreiben des Reichshammerbundes, gezeichnet Otto, v. 3. 10. 1922, »An alle westfälischen Gruppen«; Arbeits- und Gliederungsordnung des Reichshammerbundes (DZA Potsdam, ADV, 493). Brief Ottos (mit dem Kopf »Reichshammerbund«) an Georg Klug v. 2. 10. 1922; Klug war früher Vorsitzender der Ortsgruppe Kiel des Reichshammerbundes, dann des

- Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes gewesen (BA Koblenz, NS 26, 886).
- ⁸⁰ Roth an Hertzberg v. 12. 7. 1922. In einem weiteren Schreiben an Hertzberg v. 21. 7. 1922 warnte Roth davor, »mit mir einen zweiten Fall Wulle zu inszenieren«. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ⁸¹ Vgl. Gebattel an Hertzberg v. 30. 7. 1922; Gebattel an Claß v. 2. 8. 1922; Gebattel an Hertzberg v. 3. 8. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ⁸² In einer Aussprache am 18. August 1922 in Bamberg, an der auf Drängen Gebattels auch Claß teilnahm, wurden Hertzbergs Vorschläge vom 9. Juli 1922, wonach der Schutz- und Trutz-Bund durch einfache Umgründungen fortgeführt werden sollte, ausdrücklich bestätigt und auch von Roth anerkannt. Hertzberg an Gebattel v. 19. 8. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ⁸³ Am 17. 9. 1922 ging ein von den vier genannten unterzeichnetes Schreiben hinaus, das die Leitung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes durch Hertzberg und Roth scharf kritisierte und insbesondere Roth des »stursten Radauantisemitismus« und des »Größenwahns« bezichtigte. Vgl. Roth an Klug v. 3. 10. 1922 (BA Koblenz, NS 26, 886); Dinter an Claß v. 3. 10. 1922 und v. 6. 10. 1922 (DZA Potsdam, ADV, 493).
- ⁸⁴ Dinter an Hertzberg v. 10. 10. 1922 und v. 12. 10. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ⁸⁵ Hertzberg an die Mitglieder des Gesamtvorstandes v. 8. 11. 1922 (DZA Potsdam, ADV, 493). Hertzberg an Claß v. 19. 10. 1922 (DZA Potsdam, ADV, 212/1).
- ⁸⁶ Hertzberg an Werner und an Wiegershaus v. 8. 11. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ⁸⁷ Hertzberg an Roth v. 7. 11. 1922. Ebd.
- ⁸⁸ Roth an Hertzberg v. 4. 1. 1923. DZA Potsdam, ADV, 494.
- ⁸⁹ Vgl. Rundschreiben Hertzbergs v. 3. 5. 1923 und Hertzberg an Gebattel v. 28. 2. 1923. Ebd.
- ⁹⁰ Drucksache v. 25. 1. 1923. Ebd.
- ⁹¹ Rundschreiben Roths v. 27. 1. 1923. Ebd.
- ⁹² Werbeaufruf des Deutschen Befreiungs-Bundes v. 6. 2. 1923, sowie »Aus der Denkschrift über den Deutschen Befreiungs-Bund« v. Ende Februar 1923. Ebd.
- ⁹³ Roth an Gebattel v. 16. 2. 1923 (Handschriftlicher Entwurf, Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB) und Roth an Hertzberg v. 24. 2. 1923 (DZA Potsdam, ADV, 494).
- ⁹⁴ Hertzberg an Roth v. 28. 2. 1923, sowie Gebattel an Roth v. 17. 3. 1923. — Hertzbergs Plan ging dahin, den Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund in Danzig und Österreich dem Alldeutschen Verband anzugliedern, über das Schicksal der Gliederungen in Bayern, Württemberg und Leipzig auf einer späteren gemeinsamen Tagung zu befinden. Hertzberg an Gebattel v. 28. 2. 1923. DZA Potsdam, ADV, 494. — Über die weitere Entwicklung dieser Gliederungen siehe S. 275 ff u. 426, Anm. 34.
- ⁹⁵ Rundschreiben Hertzbergs v. 3. 5. 1923. DZA Potsdam, ADV, 494.
- ⁹⁶ Roth an Hertzberg v. 11. 5. 1923. Ebd.

18. Kapitel

- ¹ Tatsächlich war auf der ersten Sitzung des Gesamtvorstandes nach den Verboten am 9. 7. 1922 beschlossen worden, »daß unsere Mitglieder örtlich zusammenbleiben, vielleicht überall verschieden, in Form von gesellschaftlichen oder anderen Vereinen«. Hertzberg an Wiegershaus v. 24. 7. 1922. — Die zentrale Verbindung sollte durch die Deutschvölkischen Blätter und die Deutschvölkische Verlagsanstalt geschaffen werden. Hertzberg an Zezschwitz v. 19. 8. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ² DZ Nr. 446 v. 6. 10. 1922. »Unser Kampf ums Recht«.
- ³ Zwei Rundschreiben Roths v. 20. 9. 1922 — BA Koblenz, NS 26, 886.
- ⁴ Vgl. StA Bremen, 4, 65 — II. E.G.a.4.
- ⁵ Zusammenstellung einer Verbotsbegründung des Oldenburgischen Staatsministeriums v. Oktober 1923. StA Oldenburg, Best. 136, 2685.
- ⁶ Schreiben des Polizeipräsidiiums Dresden an den Reichskommissar v. 8. 2. 1923 und 24. 3. 1923. DZA Potsdam, RKO, 329.
- ⁷ Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern an den Innenminister von Braunschweig v. 22. 12. 1922. StA Wolfenbüttel, 12 A Neu, 7a, 4004 — und Bericht des Polizeipräsidiiums Chemnitz v. 9. 12. 1922. DZA Potsdam, RKO, 329.
- ⁸ Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern an den Innenminister von Braunschweig v. 22. 12. 1922. StA Wolfenbüttel, 12 A Neu, 7a, 4004.
- ⁹ Gebattel an Claß v. 14. 1. 1929 und Claß an Gebattel v. 23. 1. 1929 (DZA Potsdam, ADV 205). Gebattel starb 1932 im Alter von 77 Jahren; Hertzberg übte seine Tätigkeit im Alldeutschen Verband bis zu dessen Ende im Jahre 1939 aus.
- ¹⁰ Vgl. dazu die programmatische Schrift Leopold von Vietinghoffs »Grundzüge des völkischen Staatsgedankens«, Berlin o. J., die in rascher Folge mehrere Auflagen erlebte. 3. Aufl., bes. S. 3—5. — Am 30. 4. 1924 wurde in die Satzungen des Alldeutschen Verbandes eine Bestimmung aufgenommen, die Juden und Jüdisch-Versippten die Mitgliedschaft versagte. — Der führende antisemitische Propagandist im Alldeutschen Verband wurde Otto Bonhard, der 1921 und 1923 zwei antisemitische Pamphlete »Vom Ghetto zur Macht« und »Deutschlands Schuld und Sühne« unter dem Pseudonym Otto Kernholt herausbrachte und 1926 unter eigenem Namen »Jüdische Geld- und Weltherrschaft?«.
- ¹¹ In München war Dr. W. Rohmeder, der auch gleich nach dem Krieg die Reichshammerbund-Gruppe geleitet hatte (Hammer Nr. 405 v. 1. 5. 1919), der Mittelpunkt einer solchen Nachfolgeorganisation. Vgl. die Vortragsankündigungen im VB Nr. 95 v. 29. 11. 1922; Nr. 1 v. 3. 1. 1923; Nr. 9 v. 31. 1. 1923; Nr. 59 v. 5. 4. 1923; Nr. 82 v. 2. 5. 1923; Nr. 102 v. 30. 5. 1923 — Von Bedeutung für das Mißlingen eines solchen Versuches mag auch die öffentliche Option Theodor Fritschs für die neue Deutschvölkische Freiheitspartei gewesen sein.
- ¹² Rundschreiben des Deutschen Befreiungs-Bundes v. 30. 3. 1923. DZA Potsdam, ADV, 494.
- ¹³ Vgl. die Ankündigungen in den DvBl. Nr. 14 v. 9. 8. 1923; VB Nr. 172 v. 26./27. 8. 1923.
- ¹⁴ Schriftwechsel über den vierten Deutschen Tag zwischen Roth und Noske v. Juli und August 1923 — StA Hannover, Hann. Des. 122a, XI., 76c —

- sowie Schreiben Noskes an den Reichskommissar v. 4. 10. 1923 und des Preußischen Innenministers an Noske v. 30. 10. 1923 — StA Hannover, Hann. Des. 122a, XI, 76d.
- 15 Roth an Ludendorff v. 26. 9. 1923. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
 - 16 Lagebericht Württemberg v. 25. 1. 1923. StA Bremen, 4, 65 — IV. 27.
 - 17 Lagebericht Württemberg v. 17. 10. 1923 (Ebd.). Den Vereinigten Vaterländischen Verbänden von Württemberg und Hohenzollern gehörten neben dem Schutz- und Trutz-Bund und dem Deutschen Befreiungs-Bund der Alldeutsche Verband, der Jungdeutsche Orden, die NSDAP, der Nationalverband Deutscher Offiziere, der Verband nationalgesinnter Soldaten und der Wiking an.
 - 18 Roth an Claß v. 3. 11. 1923. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
 - 19 Lagebericht Württemberg v. 5. 12. 1923. StA Bremen 4, 65 — IV. 27.
 - 20 Vgl. Schreiben Dietrichs an Petri v. 10. 7. 1924. BA Koblenz, NS 26, 149.
 - 21 Vgl. Inlandsbericht des Reichskommissars Nr. 108 v. 1. 12. 1924. HStA München, Abt. II, MA 101248.
 - 22 Vgl. dazu: Alfred Roth, »M.d.R.ade!«. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
 - 23 Lagebericht Württemberg v. 30. 1. 1924. StA Bremen, 4, 65—IV. 27.
 - 24 Vgl. Flugblätter und Aufrufe des Deutschen Befreiungs-Bundes. BA Koblenz, NS 26, 830, und Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
 - 25 Lagebericht Württemberg Nr. 26 v. 22. 7. 1925 gibt die Stärke des Deutschen Befreiungs-Bundes in Stuttgart mit 60 Mitgliedern an, außerhalb Stuttgarts sei er nur wenig verbreitet. Ein Jahr später sind es für Stuttgart 40 Mitglieder, in ganz Württemberg ca. 100. Lagebericht Württemberg Nr. 23 v. 23. 6. 1926. HStA Ludwigsburg, F 205, 313 und 317.
 - 26 Auf der Landesversammlung der Vereinigten Vaterländischen Verbände von Württemberg und Hohenzollern am 8. 11. 1925 in Stuttgart. Lagebericht Württemberg Nr. 40 v. 18. 11. 1925. HStA Ludwigsburg, F. 205, 316.
 - 27 Zum Programm vgl. Die Reichs-Sturmflagge Nr. 9 v. 28. 2. bis 2. 3. 1925; zur Tagung Lagebericht Württemberg Nr. 14 v. 7. 4. 1925. HStA Ludwigsburg, F. 205, 316.
 - 28 Nach dem Lagebericht Württemberg Nr. 18 v. 13. 5. 1925 hatte Ludendorff einmal sein Verhältnis zu Roth mit den Worten charakterisiert, »er liebe kein Marionettentheater«. HStA Ludwigsburg, F. 205, 316.
 - 29 Alfred Roth, Allen Führenden zu Deutschlands Erneuerung, die guten Willens sind, o. O. [Stuttgart] 1928.
 - 30 A. Roth, Autobiographische Notizen. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
 - 31 »Sendschreiben an den Deutschen« Nr. 1 v. 25. 6. 1929 bis Nr. 17 v. 28. 5. 1931. Forschungsstelle Hamburg, Slg. Antis. Organisationen.
 - 32 Handzettel des Deutschen Befreiungs-Bundes Nr. 1—24. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
 - 33 Rundschreiben des Deutschen Befreiungs-Bundes v. 16. 6. 1930 (BA Koblenz, NS 26, 166). Dieser »Kampfbund für deutsche Kultur« ging auf einen auf dem Parteitag der NSDAP 1927 in Nürnberg gefaßten Beschluß zurück, der die Gründung einer nationalsozialistischen wissenschaftlichen Gesellschaft bestimmte. Mit der Gründung wurde der Hauptschriftleiter

des Völkischen Beobachter, Alfred Rosenberg, beauftragt, der seit 1928 für eine »Nationalsozialistische Gesellschaft für deutsche Kultur« warb. Mitte 1928 erhielt diese ihren endgültigen Namen und trat im Januar 1929 mit eigenen Mitteilungen, die Arbeitsgrundsätze und Gliederung des Bundes enthielten, an die Öffentlichkeit. Auszug aus den Mitteilungen des Polizeipräsidenten Berlin IA v. 15. 3. 29. (StA Bremen, 4,65—II.E.4. a. 38.)

- 34 In Anhalt hatten sich die Ortsgruppen zum größten Teil selbst aufgelöst, allein in Cöthen bestand zu diesem Zeitpunkt noch eine Ortsgruppe, die aber nicht weiter in Erscheinung trat. (Schreiben des Anhaltischen Staatsministeriums an den Reichskommissar v. 20. 1. 1923. DZA Potsdam, RKO 329). — In Leipzig hielt sich noch, zu Anfang sogar mit wachsendem Erfolg, der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund des Rechtsanwaltes Hermann Meyer, der sich besonders um eine wissenschaftliche Grundlegung des völkischen Gedankens und deren Ausgestaltung zu einer völkischen Weltanschauung bemühte und sowohl die Arbeiter als auch die Studenten zu gewinnen suchte. (Vgl. Schreiben Meyers an Claß v. 30. 10. 1923 sowie »Das völkische Programm des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, Ortsgruppe Leipzig e. V. und der Freien völkischen Arbeiterschaft zu Leipzig«, ca. Oktober 1923. — DZA Potsdam, ADV, 489, — sowie Auszug aus dem Lagebericht Sachsen v. 11. 3. 1924. DZA Potsdam, RKO, 329. Vgl. ferner Hermann Meyer, *Der deutsche Mensch, Völkische Weltanschauung und Deutsche Volksgemeinschaft*, Bd. 1,2 München 1925). In den westlichen besetzten Gebieten, wo der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund ohnehin schon in früheren Jahren aufmerksam beobachtet worden war (vgl. DvBl. Nr. 11 v. 17. 3. 1921 und Nr. 12 v. 24. 3. 1921, sowie Beschwerdeschreiben des Schutz- und Trutz-Bundes an den Reichsinnenminister v. 14. 2. 1922 und an das Auswärtige Amt vom selben Tag. DZA Potsdam, ADV, 493), war der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund Mitte 1923 in einer Pauschalverfügung zusammen mit 17 weiteren Verbänden und Parteien von der Rheinlandkommission verboten worden. (Münchener Post Nr. 193 v. 22. 8. 1923). In Österreich hatte der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund ebenfalls über das Jahr 1923 hinaus noch Bestand, wenngleich sein Leiter, Haubenberger, am 18. 1. 1924 sehr über die »Verdrossenheit« und »Lauheit« im österreichischen völkischen Lager zu klagen wußte, unter denen auch die eigene Organisation zu leiden hatte. (Schreiben Haubenbergers an Hertzberg v. 18. 1. 1924 — DZA Potsdam, ADV, 494). Über die Verhältnisse in Bayern Ende des Jahres 1922 vgl. Schreiben des bayerischen Ministeriums des Äußeren an den Ministerpräsidenten von Knilling v. 21. 12. 1922, nach dem der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund »in einer größeren Anzahl bayerischer Städte, namentlich in München, Augsburg, Regensburg, Kempten, Lindau, Memmingen« Ortsgruppen verzeichnete. (DZA Potsdam, RKO, 329).
- 35 Bericht von der Gründungsversammlung und Satzungen v. 2. 8. 1922 sowie Eintragung in das Vereinsregister v. 5. 10. 1922. HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1680.
- 36 Vgl. Halbmonatsbericht des Regierungspräsidiums von Mittelfranken v. 19. 12. 1923 (HStA München, Abt. II, MA 102 140) und das Tagebuch der Ortsgruppe Ansbach der NSDAP (BA Koblenz, NS 26, 134).
- 37 Versammlung der Vereinigten Vaterländischen Verbände Bayerns im Ja-

- nuar 1923, mitgeteilt aus den Aufzeichnungen des Justizrats Zezschwitz v. 13. 4. 1938 – BA Koblenz, NS 26, 514.
- ³⁸ Vgl. hierzu HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1680.
- ³⁹ Der Zahnarzt Dr. Otto Hellmuth aus Marktbreit war seit 1922 Kreisleiter des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes für Unterfranken (DvBl. Nr. 4 v. 26. 1. 1922), Andrea Ellendt war eine der tätigsten Propagandisten des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, wenngleich sie es vermied, in der Öffentlichkeit als Beauftragte des Bundes zu erscheinen, da sie »vor allem die Arbeiter in den Saal bekommen« wollte. (Rundschreiben des Gauleiters des Schutz- und Trutz-Bundes von Nordbayern, Hans Dietrich, v. 24. 5. 1922, in: Vermerk des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung v. 27. 11. 1922. DZA Potsdam, RKO, 329).
- ⁴⁰ Vgl. Halbmonatsbericht des Regierungspräsidiums von Unterfranken und Aschaffenburg v. 8. 11. 1922. (HStA München, Abt. I, MA 102139) und den Bericht der Regierung von Unterfranken und Aschaffenburg an das Staatsministerium des Innern v. 20. 11. 1922 (HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1754).
- ⁴¹ VB Nr. 69 v. 17. 4. 1923 und DvBl. Nr. 8 v. 8. 5. 1923. Bei dieser Feier, die von dem neuen deutschvölkischen Gauleiter und seinem Stellvertreter Max Thiele veranstaltet wurde, waren auch Alfred Roth sowie Hermann Esser als Vertreter Adolf Hitlers, der ursprünglich sein Erscheinen in Aussicht gestellt hatte, anwesend.
- ⁴² Vgl. VB Nr. 127 v. 28. 6. 1923.
- ⁴³ Halbmonatsbericht des Regierungspräsidiums v. Mittelfranken v. 20. 6. 1923. HStA München, Abt. II, MA 102140.
- ⁴⁴ Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth v. 3. 3. 1924. HStA München, Abt. II, MA 101 249.
- ⁴⁵ Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth v. 16. 12. 1925. HStA München, Abt. II, MA 101 249.
- ⁴⁶ Lagebericht der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth v. 23. 10. 1925 (HStA München, Abt. II, MA 101249) und Hammer Nr. 572 v. 15. 4. 1926, S. 190.
- ⁴⁷ Vgl. Roth an Staatsminister Klagges in Braunschweig v. 24. 9. 1932. StA Wolfenbüttel, 12A Neu, 13h, 16183.
- ⁴⁸ Reichsminister des Innern an die Länderregierungen v. 31. 12. 1932. HStA München, Abt. II, MA 100411.
- ⁴⁹ Oldenburgisches Ministerium des Innern an Roth v. 27. 10. 1932. StA Oldenburg, Best. 136, 2677.
- ⁵⁰ Am 28. 9. 1932 informierte die Gauleitung der NSDAP Weser-Ems die Reichsleitung von dem an den oldenburgischen Ministerpräsidenten und Gauleiter der NSDAP, Röver, gerichteten Gesuch Roths und fragte an, »ob wir das Arbeiten bzw. die Neuaufziehung einer völkischen Organisation wieder zulassen sollen« und gab zu bedenken, daß »ein evtl. Neuaufreten dieses Bundes nur eine Zersplitterung auf der völkisch-nationalen Seite ergeben« würde, »zumal der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund starke Bindungen zum Alldeutschen Verband hatte und die heutigen Treiber noch haben werden«. In der Antwort der Reichsleitung v. 24. 10. 1932 wurde darauf hingewiesen, daß an sich »gegen eine Aufhebung des Verbotes nichts zu erinnern« sei, es aber als opportun erscheine, die Gelegenheit hinauszuzögern. BA Koblenz, Sammlung Schumacher, 220.
- ⁵¹ Das waren u. a. Adolf Bartels, Artur Dinter, Theodor Fritsch, Walther

Hoffmann, Heinrich Kraeger, Walter Otto, Max Ratzel, Dr. Adalbert Volck, Friedrich Wiegershaus. Vgl. Gründungsaufruf der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvFp.

- ⁵² Vgl. Schreiben Marschalls an die Deutschvölkische Freiheitspartei Berlin über die in Thüringen bestehenden Ortsgruppen v. 10. 3. 1923 (HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1623), Berichte über die Sitzungen der Deutschvölkischen Freiheitspartei, Ortsgruppe Gera, am 2. und 14. 3. 1923 und Schreiben des thüringischen Innenministers an den Regierungspräsidenten von Erfurt v. 22. 3. 1923. DZA Potsdam, RKO, 285 u. 286.
- ⁵³ Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern v. 16. 12. 1922 (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DSP) und Versammlungsbericht der Braunschweiger Fremdenpolizei über eine Versammlung der Deutsch-sozialen Partei v. 7. 7. 1922. StA Wolfenbüttel, 12 A Neu, 7a, 4004.
- ⁵⁴ Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11 C 3; Hertzberg, »Aus völkischer Kampfzeit«, ABl Nr. 25 v. 16. 12. 1933; vgl. auch Kruck, a.a.O., S. 133.

19. Kapitel

- ¹ Allen voran Adolf Hitler vgl. vor allem Hitlers Ausführungen über die »bezopften völkischen Theoretiker« und »völkischen Johannesse des zwanzigsten Jahrhunderts« in Mein Kampf, S. 394–400. Siehe auch S. 132 ff.
- ² Vgl. als ein Beispiel für viele Friedrich Alfred Beck, Kampf und Sieg, Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme, Dortmund 1938, S. 41: »Der Geschichtsschreiber hat dankbar anzuerkennen, daß diese Organisationen [gemeint sind die völkischen, antisemitischen oder deutschsozialistischen] alle ihr Verdienst haben: das Volk wurde über die drohenden Gefahren aufgeklärt, es wurde aus seiner Teilnahmslosigkeit aufgerüttelt und aufgefordert, an der Neuordnung der Dinge mitzuarbeiten. Der Nationalsozialismus wäre aber ein trübes Destillat, wäre er aus diesen manchmal einander doch auch scharf widersprechenden Richtungen hervorgegangen. Die Reinheit und Klarheit, die logische und geschichtliche Folgerichtigkeit, die in der nationalsozialistischen Idee und Bewegung zum Ausdruck kommen, weisen auf einen schöpferischen Urheber zurück: auf Adolf Hitler. Und so kann niemand seinen Nationalsozialismus weiter zurückführen als zu der Zeit, als der Führer als Prediger vor das deutsche Volk trat.«
- ³ Als Beispiel sei der politische Werdegang des Arbeiters und späteren Saalmeisters Heinrich Bode aus Wolfenbüttel angeführt. Bode gehörte im Krieg der Ortsgruppe Wolfenbüttel der Deutschvölkischen Partei an, war dann führendes Mitglied des Schutz- und Trutz-Bundes und wurde schließlich nach dessen Verbot Mitbegründer und erster Vorsitzender der NSDAP-Ortsgruppe in Wolfenbüttel. DvBl. Nr. 12 v. 10. 2. 1915; Haase, Aufstand in Niedersachsen, S. 80 f. (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11 H 2); Bericht der Fremdenpolizei Braunschweig v. 25. 7. 1923 (StA Wolfenbüttel, 12 A Neu, 7a, 4004). Vgl. auch die einzelnen Berichte der Träger des goldenen Parteiabzeichens über ihre »Kampferlebnisse«. BA Koblenz, NS 26, 528–533.
- ⁴ Vgl. etwa Jean F. Neurohr, Der Mythos vom Dritten Reich, Zur Geistesgeschichte des Nationalismus, Stuttgart 1957, und neuerdings George L.

Mosse, *The Crisis of German Ideology, Intellectual Origins of the Third Reich*, New York 1964.

- ^{4a} Vgl. etwa den politischen Werdegang Martin Bormanns, der über den Verband gegen Überhebung des Judentums und das Freikorps Roßbach zur NSDAP gelangte. Bormann hatte dem antisemitischen Verband bis kurz vor seinem Eintritt in die NSDAP 1927 angehört. Vgl. Joseph Wulf, *Martin Bormann — Hitlers Schatten*, Gütersloh 1962, S. 7 u. 14.
- ⁵ Hitler, *Mein Kampf*, S. 628.
- ⁶ Ebd.
- ⁷ DvBl Nr. 48 v. 18. 12. 1919.
- ⁸ DvBl Nr. 17 v. 22. 4. 1920.
- ⁹ Vgl. DvBl Nr. 45 v. 4. 11. 1920.
- ¹⁰ In einem unsignierten Bericht »Aus der Parteigeschichte der NSDAP Ortsgruppe Mainbernheim« heißt es u. a.: Die späteren Parteigenossen H. Müller und G. Hermann »waren bereits 1919 Leser der ›Deutschvölkischen Blätter‹ . . . Als im Jahre 1920 die ersten Nachrichten von Adolf Hitler in der Zeitung auftauchten, erklärten diese: Das ist der richtige Mann! Auf ihre Anregung hin besuchten im Herbst 1920 sechs Mann von hier die erste Esser-Versammlung in Etwashausen. Dies war der Anfang der Nationalsozialistischen Bewegung in Mainbernheim.« (BA Koblenz, NS 26, 137). — In den »Kampferlebnissen des Pg. Heinrich Heppner« wird berichtet: »Später trat ich in den ›Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund‹ ein und bezog als Mitglied dieses Bundes die ›Deutschvölkischen Blätter‹, worin ich erstmals von Adolf Hitler las.« (BA Koblenz, NS 26, 514).
- ¹¹ Alfred Rosenberg, *Der staatsfeindliche Zionismus*, Hamburg 1922.
- ¹² Siehe S. 125.
- ¹³ S. 325 f. Die Entstehungsgeschichte der NSDAP-Ortsgruppe Oldenburg.
- ¹⁴ Kurt Lüdecke, zeitweilig außenpolitischer Berater Hitlers, berichtet über die Folgen des Coburger Auftritts der Nationalsozialisten: »In the next months thousands of men deserted other societies or appeared from nowhere to join Hitler.« Kurt Georg Wilhelm Lüdecke, *I knew Hitler, The Story of a Nazi who escaped the blood Purge*, London (1938), S. 92. — Vgl. auch VB Nr. 212 v. 20. 10. 1923, Beilage *Der Nationalsozialist* Nr. 7: »Einige wenige deutsche Männer Bremens hörten im Oktober vorigen Jahres in Coburg Adolf Hitler sprechen und sahen mit innerer Freude, wie Hitlers Stoßtruppe mit Hunderten rüpelnden Kommunisten umsprang. Sie faßten den Entschluß, dieser prächtig deutschen Bewegung auch im stolzen alten Freistaat Bremen Geltung zu verschaffen.« — sowie die Berichte der Träger des goldenen Parteiabzeichens Paul Hainbach v. 1. 1. 1937 und Adam Nickel vom Januar 1937 über ihre »Erlebnisse aus der Kampfzeit«. BA Koblenz, NS 26, 532.
- ^{14a} Selbst in Norddeutschland bemühten sich seit Ende 1920 führende Schutz- und Trutz-Bündler, Hitler für einen Vortrag zu gewinnen. Vgl. dazu das Schreiben, das der Leiter des Schutz- und Trutz-Bund-Gaues Nordwestdeutschland, Rütznick, am 4. 4. 1921 an die Deutsche Nationalsozialistische Partei in Berlin richtete. Darin heißt es u. a.: »Wiederholt habe ich Herrn Hittler [!], München, um einen Vortrag gebeten. Als ich Anfang Nov. in München war, erhielt ich am Fernsprecher eine Zusage. Seitdem habe ich öfter an ihn geschrieben, aber nie Antwort erhalten.« BA Koblenz, NS 26, 839.

- ¹⁵ Vgl. zu diesem Absatz im einzelnen S. 290 ff. und 304 ff.
- ¹⁶ Roth, *Aus der Kampfzeit*, S. 17—19.
- ^{16a} Vgl. die Lageberichte des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung v. 24. 6. und 1. 12. 1922. In letzterem wird u. a. ausgeführt: »Bezeichnend ist, daß der Vorsitzende des Schutz- und Trutz-Bundes in Mecklenburg-Schwerin, Bade, der auch in den Rathenau-Prozess verwickelt war, in einem durch Indiskretion bekannt gewordenen Rundschreiben an Mitglieder des Schutz- und Trutz-Bundes ausdrücklich für den ›Völkischen Beobachter‹ Propaganda machte und darauf hinwies, daß durch die Verbreitung des ›Völkischen Beobachters‹ unter der Landarbeiterschaft diese für die nationale und antisemitische Sache gewonnen werden müßten.« HStA München, Abt. II, MA 101243.
- ¹⁷ In einem Schreiben an Hertzberg v. 30. 6. 1921 beklagt sich Roth u. a. darüber, daß Hertzberg eine Maßnahme gutgeheißen habe, die der NSDAP zugute käme, und erklärte: »Die macht uns ja aber ohnehin schon genug zu tun.« DZA Potsdam, ADV, 492.
- ¹⁸ Roth an die NSDAP München v. 14. 9. 1921. Ebd.
- ¹⁹ Vgl. etwa DvBl Nr. 9 v. 4. 3. 1922.
- ²⁰ Hertzberg an Pennerstorfer v. 24. 10. 1922: »Die völkische Sache geht vor die Hunde und stirbt, wenn es einer Partei gelingt, sie in ihr Joch einzuspannen. Wir halten uns frei von jedem Parteigeist, weil wir wissen, daß der jüdische Parlamentarismus uns vernichtet hat.« (DZA Potsdam, ADV, 493). Für Roth vgl. dessen Aufruf vom Februar 1923 »Aus der Denkschrift über den Deutschen Befreiungs-Bund«. »Das Völkische in den Parteirahmen gezwängt, ist ein Widerspruch in sich.« (DZA Potsdam, ADV, 494). Siehe auch S. 194 f.
- ²¹ In ihrem Bericht »Wie ich zur Bewegung kam« v. 24. 11. 1936 schreibt Margarete Peucker über die Versammlungen der Schutz- und Trutz-Bund-Ortsgruppe Halle: »Wir hörten immer wieder, daß Adolf Hitler sich das Ziel ›Deutschlands Befreiung‹ gesetzt habe, und erwarteten von ihm alles.« BA Koblenz, NS 26, 514.
- ²² Hertzberg an Pennerstorfer v. 24. 10. 1922. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ²³ Ebd. Vgl. auch Hertzberg an Claß v. 19. 10. 1922. DZA Potsdam, ADV, 212/1.
- ²⁴ So Alfred Roth in seiner Rede am 15. Oktober 1922: »Männer machen die Geschichte und darum müssen möglichst viele, ja alle Tüchtigen — die Persönlichkeiten — mitwirken am Gelingen unserer Bewegung. Nicht jeder kann ein Hitler sein; aber ein Mann, ein ganzer Kerl, ein Bekenner seiner deutschen Art, das kann ein Jeder sein und muß es. Um das zu erzielen, bedarf es der stillen, unablässigen Arbeit aller Verbände und Bünde in ihrer reichen Vielseitigkeit. So wachsen Persönlichkeiten empor; so zeigt sich die Wechselwirkung unseres Tuns; so findet jeder seine Aufgabe und neigt sich in Achtung vor der des Anderen.« (DvBl Nr. 33 v. 28. 10. 1922). Vgl. auch den Kommentar in den DvBl Nr. 33 v. 28. 10. 1922: »Es ist unzweifelhaft: die Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei und der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund bilden in Bayern zusammen die deutschvölkische Bewegung; beide ergänzen sich in ihrem Wesen und Wirken in erfreulicher Weise, sie sind gemeinsam die Träger des Kommenden.«
- ²⁵ Ludecke, a.a.O., S. 84 f.

- ²⁶ Seifert an Hitler v. 6. 10. 1921 und Hitler an Seifert v. 27. 10. 1921. BA Koblenz, NS 26, 141.
- ²⁷ Roth in einem Schreiben an Lauterbach, der die Nachfolgeorganisation des Schutz- und Trutz-Bundes in Thüringen leitete, vom 3. 11. 1922. Wiedergegeben in einem Bericht des Thüringischen Ministeriums des Innern an den Innenminister von Braunschweig v. 22. 12. 1922. StA Wolfenbüttel, 12 A Neu, 7a, 4004.

20. Kapitel

- ¹ Siehe S. 348, Anm. 128.
- ² Vgl. Franz-Willing, Hitlerbewegung, S. 30.
- ³ MüB Nr. 13 v. 5. 4. 1919 sowie die folgenden Mai-, Juni-, Juli-Nummern des 33. Jahrganges (1919). Der Nr. 22 v. 28. 6. 1919 lag zudem das Flugblatt des Deutschen Schutz- und Trutz-Bundes »Wir glauben und bekennen!« bei, auf das der MüB ausdrücklich hinwies: »Das Glaubensbekenntnis des Bundes ist unser aller Glaube und sein Kampf ist auch der unsere. Wir haben alle nur einen Feind — Juda.«
- ⁴ Eckart stellte bereitwillig sein Flugblattmaterial dem Schutz- und Trutz-Bund zur Verfügung, dem er als Mitglied beitrug. Zugleich schlug er ein Kartell zwischen dem Bund und der von ihm geführten »Deutschen Bürgervereinigung« in München vor. Eckart an Roth v. 27. 5. 1919, Faksimile-Abdruck in: Roth, Aus der Kampfzeit, S. 36.
- ⁵ Vgl. Hammer Nr. 397 v. 1. 1. 1919 und Nr. 405 v. 1. 5. 1919. Der Reichshammerbund ist in München nicht weiter in Erscheinung getreten. Nach dem Aufgehen der Reichsorganisation in den Schutz- und Trutz-Bund im April 1920 löste sich auch die Münchener Ortsgruppe auf. VB Nr. 34 v. 20. 4. 1920..
- ⁶ Siehe S. 168.
- ⁷ MüB Nr. 52 v. 11. 10. 1919.
- ⁸ HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 36/7.
- ⁹ Auszug aus dem T-Bericht. HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1477.
- ¹⁰ HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2.
- ¹¹ HStA München, Abt. V, RA 3788, 16 826.
- ¹² Bericht Pöhners an das Staatsministerium des Innern v. 25. 11. 1919 und Schreiben des bayerischen Innenministers an die Polizeidirektion München v. 26. 11. 1919. HStA München, Abt. I, MInn, 66281.
- ¹³ Wochenberichte der Polizeidirektion München v. 8. und 15. 12. 1919. HStA München. Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2. Siehe S. 156 ff.
- ¹⁴ PND-Bericht über den Vortragsabend der Akademischen Vereinigung im Schutz- und Trutz-Bund am 8. 11. 1919. HStA München, Abt. I, MInn, 71533.
- ¹⁵ Der vorläufige Geschäftsbericht des Schutz- und Trutz-Bundes bis zum 1. Juli 1920 gibt die Mitgliederzahl der Ortsgruppe München mit 3903 an. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ¹⁶ Ihr gehörten u. a. an die Verleger Dr. E. Boepple und J. F. Lehmann, der Druckereibesitzer H. Stiegeler, die Rechtsanwälte v. Zezschwitz, Dr. Rutz und Hemmeter, der Hauptschriftleiter von »Deutschlands Erneuerung« Dr. Kühn, der ehemalige Leiter des Deutschen Schulvereins in München Dr.

- W. Rohmeder, der Leiter des Bayerischen Ordnungsblocks Dr. ing. P. Tafel sowie Direktor F. Wiegand.
- 17 Vgl. die Berichte der Polizei zu den Versammlungen am 23. 10. 1919 (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/9), am 8. 11. 1919 (HStA München, Abt. I, Minn, 71533), am 24. 11. 1919 (HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1477) sowie am 1. 12. 1919 (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2).
- 18 Auf einer Versammlung des Schutz- und Trutz-Bundes am 23. 10. 1919. PND-Bericht. HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/9.
- 19 Zu der Versammlung am 7. 11. 1920. Versammlungsbericht v. 8. 1. 1920 (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/9), PND-Bericht v. 9. 1. 1920 (HStA München, Sonderabg. I, 1477) sowie Wochenbericht der Polizeidirektion München v. 12. 1. 1920 (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2). Pöhner berichtet u. a., daß trotz des großen Saales Tausende keinen Einlaß mehr gefunden hätten.
- 20 Übersicht über die Bekanntmachungen der Staatskommissare vom 28. 11. 1919 bis 15. 3. 1921, HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1434.
- 21 PND-Bericht (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 45/3) und Versammlungsbericht der Nachrichtenabteilung des Gruppenkommandos vom 20. 1. 1920. (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 49/9).
- 22 VB Nr. 9 v. 31. 1. 1920.
- 23 Versammlungsbericht (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/9). Der gute Besuch der Versammlung veranlaßte den Berichtersteller zu der Bemerkung: »Der Schutz- und Trutz-Bund scheint sich fruchtbar vermehrt zu haben.«
- 24 Die Ausführungen auf dieser Versammlung gingen selbst dem Münchner Polizeipräsidenten zu weit, der ein polizeiliches Vorgehen gegen den Nürnberger Agitator in Aussicht stellte. Wochenbericht der Polizeidirektion München v. 2. 2. 1920, HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2.
- 25 PND-Berichte HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 45/3. Die erste Versammlung fand im Löwenbräukeller vor 1100, die zweite im Münchner Kindlkeller vor 4000 Zuhörern statt.
- 26 Wochenbericht der Polizeidirektion München v. 1. 3. 1920, vgl. auch die Wochenberichte v. 23. 2. und 8. 3. 1920, alle HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2.
- 27 Vgl. den Monatsbericht der Landeswerbezentrale beim Gruppenkommando 4 vom 5. 2. 1920: »Demnächst [nächst der Regierung] richtet sich der Haß weiter Bevölkerungskreise gegen die Juden, . . . Der Antisemitismus ist in außerordentlichem Maße gestiegen, in alle Bevölkerungsschichten gedrungen und hat sich sogar in die Kreise der Jugendlichen in allen Schulen erstreckt, so daß dort schon energische Maßregel notwendig waren.« (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 11/1) und den Auszug aus dem Polizei-Lage-Bericht vom 23. Dezember 1919. »Aus den Arbeiterkreisen wird über die antisemitische Bewegung folgendes bekannt: Das ganze Elend kommt allein durch die Juden, die unser Vaterland verpestet haben. Ausgewiesen gehören sie alle rücksichtslos wie es der Magistrat ebenso tut mit allen neuzugezogenen Arbeitern, denen er keine Arbeit verschaffen kann. Am Sylvestertage werden alle sehen, daß der deutsche Teil der Münchener Arbeiterschaft seine Drohung wahr macht, die heißt: ›Raus mit den Juden

- oder runter mit der willenslosen Regierung.« (HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1477). Hinsichtlich der Reichswehr siehe die angeführten Beispiele S. 407, Anm. 24.
- ²⁸ Siehe S. 198 f.
- ²⁹ Hitler, *Mein Kampf*, S. 628.
- ³⁰ Vgl. Hitlers Ausführungen über die »sogenannten bürgerlichen Versammlungen«. *Mein Kampf*, S. 538–541. — Gegen die Legende wandten sich schon zwei frühe Kritiker des Nationalsozialismus: Friedrich Plümer, *Die Wahrheit über Hitler und seinen Kurs*, o. O. 1925, der schon darauf hinwies, daß der Schutz- und Trutz-Bund »brechend überfüllte Versammlungen — vor dem Auftreten Hitlers! — selbst im Münchener Kindl-Keller aufweisen konnte« (S. 9), sowie Konrad Heiden, *Geschichte des Nationalsozialismus, Die Karriere einer Idee*, Berlin 1932, S. 28.
- ³¹ MüB Nr. 55 v. 22. 10. 1919.
- ³² PND-Bericht, HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/6. Teilabdruck in der von Ernst Deuerlein herausgegebenen Dokumentation: Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 7 (1959), S. 207–209. — In der zweiten Versammlung der DAP am 13. 11. 1919 war Hitler als Hauptredner mit dem Thema »Brest-Litowsk oder Versailles?« aufgetreten. PND-Bericht. Ebd.
- ³³ PND-Bericht. HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1478. Abgedruckt in der von Reginald H. Phelps herausgegebenen Dokumentation: Hitler als Parteiredner im Jahre 1920, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 11 (1963), S. 289–292. Bericht der Nachrichtenabteilung im Reichswehrgruppenkommando. HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/6. Abgedruckt in: »Hitlers Eintritt in die Politik«, Dok. 16, S. 209 f.
- ³⁴ PND-Bericht. HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1478. Hitler trat hier als Diskussionsredner auf. Vgl. den Bericht HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/6. Abgedruckt in: »Hitlers Eintritt in die Politik«, Dok. 17, S. 210.
- ³⁵ VB Nr. 8 v. 28. 1. 1920. Hierfür liegen keine Berichte vor. Da dieser Termin in die Verbotszeit für öffentliche Versammlungen fiel, ist anzunehmen, daß es sich um eine sogenannte Mitgliederversammlung handelte.
- ³⁶ PND-Bericht. HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1478. In der Aussprache kam Kurt Kerlen zu Wort, der stürmisch begrüßt und mit starkem Beifall verabschiedet wurde. Vgl. auch Bericht HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/6. Abgedruckt in: »Hitlers Eintritt in die Politik«, Dok. 18, S. 210 f.
- ³⁷ PND-Bericht. HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1478. Abgedruckt in: »Hitler als Parteiredner«, Dok. 2, S. 292–296.
- ³⁸ Vgl. Hitler, *Mein Kampf*, S. 401. Noch Werner Maser (*Die Frühgeschichte der NSDAP, Hitlers Weg bis 1924*, Frankfurt a. M., Bonn 1965, S. 203 ff.) hält sich bei der Darstellung dieses Ereignisses an die Hitlersche Version.
- ³⁹ VB Nr. 17 v. 28. 2. 1920.
- ⁴⁰ Der Arbeitsgemeinschaft angeschlossen waren neben dem Schutz- und Trutz-Bund u. a. Alldeutscher Verband, Deutschbund, Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Reichshammerbund, Thulegesellschaft (VB Nr. 3 v. 20. 4. 1920). Sie trat nach einer ersten Versammlung am 5. 3. 1920 mit einer Großkundgebung auf dem Lenbachplatz am 7. 3. 1920 an

- die Öffentlichkeit (Bericht der Polizeidirektion München an das Staatsministerium des Innern v. 8. 3. 1920. HStA München, Abt. I, MInn, 71 712).
- 41 Franz-Willing, Hitlerbewegung, S. 48.
- 41a Zezschwitz, ein enger Freund Dietrich Eckarts, war Hitlers Anwalt in dem Verfahren, das Hitler gegen den Verfasser und die Verbreiter des Flugblattes »Adolf Hitler – Verräter« angestrengt hatte, am 5. Dezember 1921 vor dem Schöffengericht beim Amtsgericht München (HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1475). Im Hitler-Prozeß 1923/24 trat Zezschwitz ebenfalls als Verteidiger auf.
- 42 Für die Reichstagswahl nominierte der Schutz- und Trutz-Bund einen eigenen Kandidaten, Dr. ing. Paul Tafel, der sich mit Hilfe der Bayerischen Mittelpartei um ein Mandat bewarb. Aufruf des Schutz- und Trutz-Bundes, Ortsgruppe München und Gau Südbayern, VB Nr. 53 v. 5. 6. 1920.
- 43 Dabei trat neben den bereits bekannten Rohmeder, v. Zezschwitz und Braßler vor allem der Rechtsanwalt Dr. Ottmar Rutz als Schutz- und Trutz-Bund-Redner auf.
- 44 Franz-Willing, Hitlerbewegung S. 50.
- 45 Münchener Post Nr. 188 v. 14./15. 8. 1920.
- 46 HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2.
- 47 VB Nr. 60 v. 1. 7. 1920.
- 48 VB Nr. 66 v. 22. 7. 1920.
- 49 Öffentliche Entgegnung Körners auf die Berichterstattung im VB über die Versammlung am 16. 7. 1920. VB Nr. 69 v. 31. 7. 1920.
- 50 Ruetz sprach am 27. 5. 1920 über »Jüdische Weltherrschaft« (PND-Bericht, HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1478), am 30. 9. 1920 über den »Talmud« (»Hitlers Eintritt in die Politik«, Dok. 28, S. 219–221) und am 12. 11. 1920 wiederum über den »Talmud« (HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1480). — Ellendt sprach am 29. 10. 1920 über »Auslands- und Hetzpropaganda unserer Feinde und Stellung zum Völkerbund« (Versammlungsbericht. HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 46/8) und am 5. 11. 1920 über »Gegen den Völkerbund« (HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1478).
- 51 In der ersten Versammlung am 20. 4. 1920 sprach Wilhelm Kotzde über »Erhaltung des deutschen Volkstums« (PND-Bericht HStA München, Abt. I, MInn, 71 533); für die zweite Versammlung vgl. München-Augsburger Abendzeitung v. 24. 11. 1920 sowie den Wochenbericht der Polizeidirektion v. 29. 11. 1920 (HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 42/2).
- 52 Das gilt insbesondere für die Untersuchungen von Joachim Besser, Die Vorgeschichte des Nationalsozialismus im neuen Licht, in: Die Pforte 2 (1949/50), S. 763–784, und Wilfried Daim, Der Mann, der Hitler die Ideen gab, Von den religiösen Verirrungen eines Sektierers zum Rassenwahn des Diktators, München 1958.
- 53 Vgl. vor allem die von Deuerlein herausgegebene Dokumentation »Hitlers Eintritt in die Politik«, S. 203–227, und die von Phelps herausgegebene Dokumentation »Hitler als Parteiredner«, S. 289–300, sowie neuerdings »Hitlers »grundlegende« Rede über den Antisemitismus«, Dokumentation hrsg. von Reginald H. Phelps, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968), S. 390–420; ferner »Adolf Hitler, Sein Leben und seine Reden«, hrsg. von Adolf-Viktor von Koerber, München o. J. [1924],

- wovon später eine erweiterte Ausgabe erschien »Adolf Hitlers Reden«, hrsg. von Ernst Boepple, München 1933.
- 54 Deuerlein in der Einführung zu der Dokumentation »Hitlers Eintritt in die Politik«, S. 185. Das Schreiben Hitlers an A. Gemlich v. 16. 9. 1919 ist abgedruckt S. 203–205. »Hitlers ›grundlegende‹ Rede über den Antisemitismus« vom 13. August 1920 bringt hinsichtlich des Antisemitismus keine zusätzlichen Aspekte. Sie unterstreicht nur Hitlers Bemühen, den Erfolg des Antisemitismus in München, der zu diesem Zeitpunkt vornehmlich nicht auf das Wirken der Nationalsozialisten zurückzuführen ist, für die NSDAP nutzbar zu machen. Die Rede ist allerdings in anderer Hinsicht außerordentlich bedeutsam, als sie zeigt, wie Hitler versucht, Arbeiterschaft und Antisemitismus in einen engen Zusammenhang zu bringen.
- 55 Alfred Rosenberg, Das Parteiprogramm, Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP, 25. Aufl. München 1943.
- 56 So forderte Roth in seinem Schreiben an die NSDAP-Leitung v. 14. 9. 1921 zur Abwehr nationalsozialistischer Angriffe gegen den Schutz- und Trutz-Bund wegen mangelnder scharfumrissener Forderungen diese auf, sie möge aufweisen, »wann und wo sie zur Lösung der Judenfrage andere und weitgehendere Forderungen aufgestellt« habe. DZA Potsdam, ADV, 492.
- 57 Vgl. dazu die Versammlungsberichte der Polizei und die Plakatentwürfe der NSDAP 1920 bis 1923 (HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1478 und 1480) sowie die oben angegebenen Veröffentlichungen. Eine Auswertung der Hitler-Reden aus dieser Zeit im Hinblick auf ihren antisemitischen und außenpolitischen Inhalt gibt Günter Schubert, Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik, Köln 1963, S. 13–65, allerdings mißt er den »Protokollen der Weisen von Zion« einen viel zu großen Einfluß zu.
- 58 Vgl. etwa Hitlers Schlußbemerkung in seiner Rede am 8. 12. 1920 im Hofbräuhaus über »Parteipolitik und Judenfrage«, die er nach der Berichterstattung im VB Nr. 108 v. 16. 12. 1920 »mit der Hauptforderung seiner Partei: Hinaus mit den Juden! Deutschland den Deutschen!« schloß.
- 59 Bezeichnenderweise bewegten sich die Ausführungen Hermann Essers anläßlich eines Empfanges einer Abordnung der NSDAP durch den Ministerpräsidenten Lerchenfeld am 25. Oktober 1921 in ausschließlich antisemitischen Bahnen. Aktennotiz HStA München, Abt. II, MA 100403 und VB Nr. 82 v. 29. 10. 21.
- 60 Vgl. Hitlers Rede vom 20. 4. 1923 »Warum sind wir Antisemiten?« in: »Adolf Hitlers Reden«, S. 53–56.
- 61 Vgl. Lageberichte der Polizeidirektion v. 20. 8. 1921. »Die Stimmung zu Judenpogromen greift nach übereinstimmenden Berichten aus allen Teilen des Landes systematisch um sich. Die nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei macht sich diese Stimmung zunutze.« sowie v. 13. 10. 1922: »Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß die Idee des Antisemitismus bereits in die breitesten Schichten des Mittelstandes bis weit hinein in die Arbeiterschaft gedrungen ist. Es ist klar, daß diese Bewegung [gemeint ist die NSDAP], . . . , immer weiter um sich greift und Zukunft hat.« StA Bremen, 4,65 — IV. 25.
- 61a Im Dezember 1920 übernahmen die Nationalsozialisten auch die führende völkische Zeitung Münchens und Süddeutschlands, den »Völkischen

- Beobachter«. Vgl. dazu Sonja Noller, Die Geschichte des »Völkischen Beobachters« von 1920—1923. Phil. Diss. [Masch.] München 1956.
- ⁶² Jahresübersicht über die 1922 abgehaltenen öffentlichen Versammlungen in dem Lagebericht der Polizeidirektion München v. 5. 1. 1923. StA Bremen, 4,65 — IV. 25.
- ⁶³ VB Nr. 312 v. 8. 11. 1933, Sonderbeilage
- ⁶⁴ Rechtsanwalt Rutz in einer Rede auf der Reichsgründungsfeier des Völkischen Blocks am 17. 1. 1924. Lagebericht der Münchener Polizeidirektion v. 7. 2. 1924. HStA München, Abt. I, Sonderabg. I, 1477.
- ⁶⁵ Georg Franz, Munich: Birthplace and Center of the National Socialist German Worker's Party, in: *Journal of Modern History* 29 (1957), S. 319 — 334.

21. Kapitel

- ¹ Siehe S. 132 ff.
- ² Vgl. dazu Schreiben Hitlers an Seifert v. 6. 9. 1921 (BA Koblenz, NS 26, 141): »Sie frugen mich im letzten Brief, ob und inwieweit ich einverstanden wäre, daß Sie von Hannover aus die Gründung neuer Ortsgruppen in die Hand nehmen. An und für sich wäre hiergegen nichts einzuwenden. Tatsächlich aber besteht dabei nur die große Gefahr, daß Ihre Arbeitskraft zersplittert wird. Ich halte es für das Allervordringlichste, daß Sie zunächst Ihre gesamte Tätigkeit soweit irgend möglich auf die Bearbeitung Hannovers konzentrieren. Das wird schon vom finanziellen Gesichtspunkt aus unumgängliche Notwendigkeit. . . Außerdem ist es ja natürlich, daß die Wirkung, die in der Gründung einer Ortsgruppe liegt, um so größer ist, je bedeutender die begründende Ortsgruppe selber erscheint. Es ist unbedingt notwendig, daß sich die begründete Ortsgruppe an ihrer Begründerin erbauen kann, und von ihr immer neue Energie bezieht. Aus dem Grunde will ich ganz dringend bitten, falls nicht außerordentlich günstige Vorbedingungen vorliegen, zunächst von der Begründung neuer Gruppen abzusehen und die ganze Arbeit auf den Ausbau und die Organisation, besonders aber die unermüdliche Werbetätigkeit auf die Ortsgruppe Hannover zu beschränken.« Siehe auch S. 133.
- ³ Mitteilungsblatt der NSDAP Nr. 14 v. 26. 4. 1952. Siehe S. 134.
- ⁴ Vgl. Franz-Willing, Hitlerbewegung, S. 126—131.
- ⁵ Schreiben des Stadtrates Augsburg an das bayer. Staatsministerium des Innern v. 25. 8. 1919 und Wochenbericht der Sicherheitsabteilung beim Garnisons-Kommando in Augsburg v. 27. 8. 1919, HStA München, Abt. I, MIInn, 666280.
- ⁶ Vgl. die polizeilichen Stimmungs- und Wochenberichte aus Augsburg v. 4. und 18. 9. 1919 (HStA München, Abt. I, MIInn 66281) und die Wochenberichte des Regierungs-Präsidenten von Schwaben und Neuburg v. 23. 9. und 21. 10. 1919 (HStA München, Abt. II, MA 102135).
- ⁷ Am 10. Oktober 1919, MüB Nr. 54 v. 18. 10. 1919.
- ⁸ Wochenberichte des Regierungs-Präsidenten v. 5. 1. und 9. 3. 1920. HStA München, Abt. II, MA 102135 und 102136.
- ⁹ Vgl. Wochenberichte des Regierungs-Präsidenten von Niederbayern v. 31. 5. und 14. 6. 1920. Ebd. MA 102137.
- ¹⁰ MüB Nr. 74 v. 31. 12. 1919; VB Nr. 33 v. 17. 4. 1920, Nr. 39—43 v.

11. 5. 1920, Nr. 52 v. 2. 6. 1920, Nr. 86 v. 30. 9. 1920, Nr. 87 v. 3. 10. 1920 und Nr. 96 v. 4. 11. 1920.
- 11 Vgl. VB Nr. 27 v. 3. 4. 1920, Nr. 37 v. 26. 4. 1920, Nr. 39—43 v. 11. 5. 1920, Nr. 52 v. 2. 6. 1920.
- 12 Vgl. VB Nr. 27 v. 3. 4. 1920 und Nr. 46 v. 18. 5. 1920.
- 13 VB Nr. 17 v. 28. 2. 1920.
- 14 Vgl. Franz-Willing, Hitlerbewegung, S. 93 u. 180.
- 15 VB Nr. 86 v. 30. 9. 1920.
- 16 VB Nr. 74 v. 19. 8. 1920.
- 17 VB Nr. 83 v. 19. 9. 1920 u. Nr. 108 v. 16. 12. 1920. Vgl. auch den Wochenbericht des Regierungs-Präsidenten von Schwaben und Neuburg v. 14. 9. 1920 (HStA München, Abt. II, MA 102137). Der Führer der Ortsgruppe, Julian Schmittner, (vgl. DvBl Nr. 4 v. 26. 1. 1922) war u. a. auch Leiter des Deutschvölkischen Briefmarken-Tausch-Vereins innerhalb des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes (Vertrauliches Nachrichtenblatt des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes »Im Vertrauen« vom Oktober 1921).
- 18 Am 13. Dezember 1922. Vgl. VB Nr. 102/3 v. 23. 12. 1922, Nr. 18 v. 16. 2. 1923 u. Nr. 32 v. 4./5. 3. 1923.
- 19 Otto Helmut Hopfen, »Nationalsozial« DZ Nr. 383 v. 19. 8. 1920.
- 20 Fränkische Tagespost v. 23. 3. 1919.
- 21 HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 43/1.
- 22 Wochenbericht der Polizeistelle für Nordbayern v. 31. 1. 1920. Ebd.
- 23 Im Wochenbericht v. 15. 1. 1920 berichtet der Regierungs-Präsident von Unterfranken und Aschaffenburg von den »einseitigen und aufreizenden Ausführungen« des Geschäftsführers des Schutz- und Trutz-Bundes Kurt Kerlen bei öffentlichen Versammlungen in Würzburg und Aschaffenburg. HStA München, Abt. II, MA 102136.
- 24 Der Schutz- und Trutz-Bund war Mitbegründer der Deutschsozialistischen Partei in Nürnberg; mit Johann Vey und Ludwig Käfer stellten sich als erster und zweiter Vorsitzender zwei Männer an deren Spitze, die beide aus dem Deutschvölkischen Bund gekommen waren und auch weiterhin mit dessen Nachfolgeorganisation, dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund, engen Kontakt hielten. (Wochenbericht der Polizeistelle für Nordbayern v. 21. 2. 1920. HStA München, Abt. IV, Gruppenkdo 4, 43/1). — An der Spitze der 1921 gegründeten Ortsgruppe der Deutschen Werkgemeinschaft in Nürnberg stand mit dem Arzt Dr. Friedrich Beck ebenfalls ein aktives Mitglied des Schutz- und Trutz-Bundes. Beck behielt die Führung auch nach dem Eintritt Julius Streichers in die Werkgemeinschaft bei. (Schreiben des Staatspolizeiamtes Nürnberg—Fürth an den Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung v. 9. 2. 1922. DZA Potsdam, RKO, 307). — In der Ballei Franken des Jungdeutschen Ordens spielte der Kreisleiter von Oberfranken und zeitweilige Gauleiter von Nordbayern des Schutz- und Trutz-Bundes Hans Dietrich eine führende Rolle. Als zweiter Komtur sorgte er zusammen mit dem Landeskomtur Pfarrer Johnson für die antisemitische Ausrichtung der fränkischen Jungdeutschen. Auf ihr Betreiben ging auch deren Anlehnung an die NSDAP im Jahre 1923 zurück, was schließlich zum Bruch mit der Reichsorganisation des Jungdeutschen Ordens führte. Siehe S. 211 f.
- 25 Siehe Seite 113 f. sowie Preiß, a.a.O., S. 43 f.

- ²⁶ Siehe Seite 262.
- ²⁷ VB Nr. 85 v. 25. 10. 1922. Vgl. den Bericht des SA-Obertruppführers Hans Henneberger von Weihnachten 1936 über »Werdegang und Kampf der SA Standarte 14 Nürnberg«: »Bedeutung und Eingang fand die NSDAP in Franken und Nürnberg durch die Gründung der Ortsgruppe Nürnberg durch Julius Streicher im Oktober 1922 im Ludwigstorzwingler. Als Kampfgefährten standen dem Frankenführer seine Getreuen von der früheren Werkgemeinde, dem völkischen Schutz- und Trutzbund, sowie seine Zeitschriften . . . zur Verfügung.« BA Koblenz, Collection Streicher, 73.
- ²⁸ Preiß, a.a.O., S. 68 f. sowie »Juden und Völkische Bewegung in Franken bis 1923«, S. 84. BA Koblenz, Collection Streicher, 18.
- ²⁹ VB Nr. 94 v. 9. 12. 1922 und Nr. 131 v. 3. 7. 1923.
- ³⁰ VB Nr. 92 v. 21. 10. 1920 und Nr. 53 v. 30. 5. 1925.
- ³¹ Franz Schwede-Coburg, Kampf um Coburg, 4. Aufl. München 1943, S. 32.
- ³² Schwede-Coburg, a.a.O., S. 68 f. und VB Nr. 36 v. 9. 5. 1925.
- ³³ Zeugnis des Dr. Richard Wilhelm Stock, Document Center Berlin, Akte Streicher/Liebel.
- ³⁴ VB Nr. 52 v. 2. 6. 1920 und Nr. 188 v. 14. 9. 1923.
- ³⁵ Aufruf des Landesvorstandes des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes Bayern »Liebe bayerische Bundesbrüder!« vom Dezember 1921. DZA Potsdam, ADV, 493.
- ³⁶ Tagebuch der Ortsgruppe Ansbach der NSDAP (BA Koblenz, NS 26, 134). Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935, Berlin 1934, S. 155.
- ³⁷ Siehe S. 278 f.
- ³⁸ DvBl. Nr. 25 v. 23. 6. 1921.
- ³⁹ Bericht des Schutz- und Trutz-Bund-Mitgliedes und Mitbegründers der NSDAP-Ortsgruppe Schweinfurt Peter Wirth v. 17. 7. 1936. BA Koblenz, NS 26, 514.
- ⁴⁰ Vgl. u. a. VB Nr. 200 v. 28. 9. 1923, Der Nationalsozialist.
- ⁴¹ Bohneberg war stellvertretender Gauwart des Schutz- und Trutz-Bundes Nordbayern. Vgl. VB Nr. 62 v. 7. 8. 1921.
- ⁴² Vgl. u. a. die Listen seiner Vortragsreisen VB Nr. 120 v. 20. 6. 1923, Nr. 127 v. 28. 6. 1923, Nr. 200 v. 28. 9. 1923 und Nr. 225 v. 4. 11. 1923.
- ⁴³ Noch im selben Jahr 1920 wurde von Stuttgart aus im badischen Pforzheim eine NSDAP-Ortsgruppe gegründet, auf deren erster öffentlicher Versammlung am 11. 1. 1921 der Leiter der Stuttgarter Nationalsozialisten als Redner auftrat. VB Nr. 101 v. 21. 11. 1920 und Nr. 6 v. 20. 1. 1921
- ⁴⁴ Lagebericht Württemberg Nr. 12 v. 25. 3. 1925 (HStA Ludwigsburg, F 205, 316) und VB Nr. 89 v. 14. 7. 1925.
- ⁴⁵ Vgl. dazu wie für das Folgende Eugen Haug, Aufzeichnungen zur Vorgeschichte der Entstehung der NSDAP in Stuttgart, undatiert, (BA Koblenz, NS 26, 166), und Alfred Autenrieth, Autobiographie über meine Tätigkeit in der völkischen Bewegung und besonders in der NSDAP von 1290/1923, ca. 1934, (BA Koblenz, NS 26, 1207).
- ⁴⁶ Eintrittskarte zum Vortrag. (BA Koblenz, NS 26, 166), vgl. auch VB Nr. 45 v. 15. 5. 1920.
- ⁴⁷ Vgl. die beiden Versammlungen am 27. 4. und 3. 8. 1921, in denen Ulshöfer als Redner auftrat. VB Nr. 35 v. 5. 5. 1921 und Nr. 63 v. 11. 8. 1921.

- ⁴⁸ Vgl. Lagebericht Württemberg Nr. 16 v. 28. 4. 1926. Bericht über den Landesparteitag der NSDAP, HStA Ludwigsburg, F 205, 317.
- ⁴⁹ Bericht des Württ. Landespolizeiamtes an das Ministerium des Innern v. 13. 7. 1922, HStA Ludwigsburg, E 151 c, 219); sowie Lagebericht Württemberg v. 19. 10. 1922 (StA Bremen 4,65— IV, 27).
- ⁵⁰ Vgl. die Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Ludwigsburg am 8. 2., in Schwäbisch-Hall am 12. 2. und in Aulendorf am 12. 3. 1922, DvBl Nr. 9 v. 4. 3. 1922, Nr. 8 v. 25. 2. 1922 und Nr. 12 v. 25. 3. 1922.
- ⁵¹ VB Nr. 47 v. 14. 6. 1922.
- ⁵² Zahlreiche Mitglieder des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes plädierten offen dafür, den Bund in Württemberg einer anderen völkischen Organisation anzuschließen, was am Widerstand der Gauleitung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Württemberg scheiterte. Polizeibericht über die Versammlung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes am 15. 9. 1922, DZA Potsdam, RKO, 329.
- ⁵³ Lagebericht Württemberg v. 25. 1. 1923. (StA Bremen 4, 65-IV. 27.). Über die weitere Entwicklung des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes in Württemberg siehe S. 275 f.
- ⁵⁴ Lageberichte Württemberg v. 15. 5. und 27. 5. 1925. HStA Ludwigsburg, F 205, 316.
- ⁵⁵ Lagebericht Württemberg v. 22. 7. 1925, (Ebd.), und VB Nr. 89 v. 14. 7. 1925.
- ⁵⁶ Document Center Berlin, Akte Eugen Munder.
- ⁵⁷ Klaus Ekkehart (Hrsg.), Die Reichsstatthalter, Gotha o. J., S. 22 u. 24.
- ⁵⁸ Für Baden sei verwiesen auf Walter Köhler, der in Weinheim dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund angehörte, 1924 zur NSDAP stieß, die NSDAP-Gruppe Weinheim ins Leben rief, zum nationalsozialistischen Kreisleiter, Stadtverordneten, Landtagsabgeordneten aufrückte, 1929 stellvertretender Gauleiter und 1933 Badischer Ministerpräsident wurde (Führerlexikon, S. 243 f.); und Walter Buch, der bis zum Verbot des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes als Gaugeschäftsführer zu den tätigsten Mitarbeitern in Baden zählte und erst dann zur NSDAP überwechselte, um dort bis zum Reichsleiter aufzusteigen.
- ⁵⁹ Bericht über die auf Grund der Verordnung des Thüringischen Ministeriums des Innern vom 26. Juni 1922 aufgelösten Organisationen v. 4. 8. 1922, DZA Potsdam, RKO, 329.
- ⁶⁰ Thüringische Staatsanwaltschaft, Vernehmung Gnahn v. 9. 3. 1923. HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1623.
- ⁶¹ Thüringische Staatsanwaltschaft, Vernehmungsprotokoll des Kaufmanns Willi Vitzthum, der ebenfalls vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund in die NSDAP und SA gelangt war, undatiert. Ebd.
- ⁶² Abschrift eines Schreibens des Kommandos der Sturmabteilung der NSDAP, Klintzsch, an Gnahn v. 22. 11. 1922 und eines Schreibens der Ortsgruppe Hof an Ortsgruppe Weida v. 27. 2. 1923. Ebd.
- ⁶³ Schreiben der Hauptgeschäftsstelle der NSDAP an Gnahn v. 6. 12. und 29. 12. 1922. Ebd.
- ⁶⁴ Siehe S. 273.
- ⁶⁵ Schreiben des Thüringischen Ministeriums des Innern an den Minister des Innern von Braunschweig über die Verbote und Auflösung des Deutschen

- Volksbundes und der Deutsch-sozialen Partei v. 22. 12. 1922. StA Wolfenbüttel, 12 A Neu, 7 a, 4004.
- ⁶⁶ Bericht der Melde-Stelle Gera über die Tätigkeit und Auswirkungen des Deutschen Volksbundes und der Deutsch-sozialen Partei Gera v. 3. 12. 1922. HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1632.
- ⁶⁷ Thüringisches Ministerium des Innern an den Minister des Innern von Braunschweig v. 22. 12. 1922. StA Wolfenbüttel, 12 A Neu, 7 a, 4004.
- ⁶⁸ Ebd.
- ⁶⁹ Lagebericht aus dem Stadt- und Landkreis Gera v. 12. Januar [muß heißen Februar] 1923 (HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1623); sowie Schreiben des Thüringischen Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten in Erfurt v. 22. 3. 1923 über die Erhebungen in Arnstadt und die Aussagen des Kaufmannes Levin, ehemals Vorsitzender des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Arnstadt, dann 2. Vorsitzender der Deutschvölkischen Freiheitspartei, die ergaben, »daß es sich bei der deutschen Freiheitspartei in Arnstadt um ein verkapptes Weiterbestehen der nationalsozialistischen Arbeiterpartei handelt« (DZA Potsdam, RKO, 286).
- ⁷⁰ Ausführungen Frau Sauckels für die »Thüringer Gauzeitung« vom 28. 4. 1938, National Archives Washington T-81/116/136781 ff.
- ⁷¹ NSDAP, Bezirk Thüringer Wald, Richtlinien zur Durchführung der Organisation v. 17. 7. 1924. National Archives Washington T-81/116/136954.
- ⁷² Gauleitung Thüringen an das Hauptarchiv der NSDAP v. 1. 3. 1937 über die Entstehung und die Leiter des Gaues Thüringen (BA Koblenz, NS 26, 160). — Dinter, prominentes Vorstandsmitglied des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes, für den er propagandistisch außerordentlich tätig gewesen war, gehörte zu den Gründern der Deutschvölkischen Freiheitspartei und stieß dann nach dem Novemberputsch und dem zeitweiligen Zusammengehen von Parteivölkischen und Nationalsozialisten zu der hitlertreuen Großdeutschen Volksgemeinschaft, in deren Leitung sich Dinter, Esser und Streicher teilten. 1924 zog er in den Thüringischen Landtag ein. Bei der Neugründung der NSDAP durch Hitler stellte sich Dinter ganz hinter Hitler und erklärte auf der ersten großen Massenversammlung der neuen Partei am 27. Februar 1925 im Münchener Bürgerbräukeller: »Ich habe das grenzenlose Glück gehabt, vom ersten Tage an in der Bewegung unter einem solchen Führer wie Hitler zu stehen. Ich habe als Hauptgründer der Freiheitspartei nichts gewußt und gekannt als den Namen dieses vom Himmel dem deutschen Volk geschenkten, gottbegnadeten Führers!« (Zitiert nach Plümer, a.a.O., S. 59). Die seitens Hitlers und der NSDAP geübte Zurückhaltung gegenüber den christlichen Kirchen und dem Vatikan führte zwei Jahre später zu dem Bruch zwischen Hitler und Dinter, der 1928 aus der NSDAP ausgeschlossen wurde. Dinter wandte sich darauf öffentlich gegen Hitler und schrieb Ende 1928: »Nur noch blinde, kritiklose Bewunderer Hitlers oder solche, . . . die die Wahrheit nicht wahrhaben wollen, können noch daran zweifeln, daß die Hitlerpartei eine Jesuitenpartei ist, die unter völkischer Flagge die Geschäfte Roms betreibt.« (Zitiert nach Martin Broszat, *Der Nationalsozialismus, Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit*, 4. Aufl. Stuttgart 1961, S. 32).
- ⁷³ Führerlexikon, S. 494.

- 74 Ekkehart, a.a.O., S. 17.
- 75 Vgl. Schreiben der Ortsgruppe Zwickau der NSDAP an die NSDAP-Ortsgruppe Weida v. 26. 11. und 6. 12. 1922. HStA München, Abt. I, Sonderabgabe I, 1623.
- 76 VB Nr. 121 v. 21. 8. 1925.
- 77 R. Keßler: »Ein Häuflein Fanatiker erobert Sachsen, Vom Werden, Kampf und Sieg des Gauess Sachsen der NSDAP«. »Der Freiheitskampf« Nr. 143 v. 24. 5. 1935. — Vor den beiden vogtländischen Ortsgruppen war schon in Chemnitz am 21. Februar 1922 eine weitere NSDAP-Ortsgruppe in Sachsen gegründet worden. Der Gründer Willi Blume kam ebenfalls aus der völkischen Bewegung und hatte 1919 der Leitung des Deutschvölkischen Bundes in Chemnitz angehört. DvBl Nr. 10 v. 7. 3. 1919.
- 78 Siehe die Untersuchungen zur regionalen Verbreitung des Schutz- und Trutz-Bundes S. 119.
- 79 VB Nr. 19 v. 8. 3. 1922.
- 80 Beck, a.a.O., S. 301; VB Nr. 19 v. 8. 3. 1922.
- 81 Beck, a.a.O., S. 306—308; VB Nr. 19 v. 8. 3. 1922.
- 82 Aussage Lützelers v. 30. 11. 1921 vorm Offenburger Untersuchungsrichter, National Archives Washington, T-253/15/1465376 f.; siehe S. 221. Vgl. hierzu wie auch für das Folgende: Peter Schmidt, Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers, Zehn Jahre Gauleiter, Ein Buch von Kampf und Treue, 3. erg. Aufl. Köln 1943, S. 41 f.
- 83 Document Center Berlin, Akte Egon Lützeler.
- 84 Der Deutschvölkische Schutz- und Trutz-Bund vereinigte nach Schmidt, a.a.O., S. 40, »ausweislich der im Gau-Archiv befindlichen Mitgliederliste« bis zu 1600 Mitglieder.
- 85 VB Nr. 19 v. 8. 3. 1922.
- 86 Schmidt, a.a.O., S. 54, zitiert den Bericht des Polizeipräsidenten über eine NSDAP-Versammlung vom 12. November 1922, worin es u. a. heißt: »Die Ortsgruppe Köln der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, welche nach ihrer letzten Versammlung am 8. Juni 1922, . . ., fast zusammengebrochen war, scheint durch die Vorgänge in Bayern wieder neues Leben erhalten zu haben. Sie gewinnt anscheinend an Bedeutung, zumal jetzt sehr viele Anhänger des aufgelösten Schutz- und Trutzbundes in ihren Versammlungen erscheinen.«
- 87 Schmidt, a.a.O., S. 39 u. 275.
- 88 Ebd., S. 63 f.
- 89 Führerlexikon, S. 156 f.
- 90 Entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung hatte — wie aus den aufgeführten Beispielen bereits ersichtlich — Hermann Esser. Er hielt sich Ende Februar/Anfang März, Ende April und Mitte November 1922 zu mehrtägigen Propagandareisen in diesem Gebiet auf und sprach ebenfalls in Schutz- und Trutz-Bund-Versammlungen, u. a. auch auf dem Rheinischen Gautag des Bundes Ende April 1922 in Honnef. VB Nr. 37 v. 10. 5. 1922.
- 91 Beck, a.a.O., S. 193.
- 92 Schmidt, a.a.O., S. 39.
- 93 Beck, a.a.O., S. 210—212; VB Nr. 84 v. 21. 10. 1922.
- 94 Beck, a.a.O., S. 349 f.; VB Nr. 16 v. 16. 4. 1925.
- 95 Beck, a.a.O., S. 31 und S. 325.
- 96 VB Nr. 116 v. 14. 8. 1925.

- 97 Führerlexikon, S. 126 f.
- 98 Schreiben des Oberbürgermeisters von Elberfeld an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf v. 16. 9. 1922 (HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 17054). — Zur Tätigkeit Kaufmanns im Schutz- und Trutz-Bund vgl. Aussage Kaufmanns v. 8. 7. 1922 (National Archives Washington T-253/15/1465428 f.).
- 99 Schreiben des Polizeipräsidenten von Elberfeld an den Regierungspräsidenten in Barmen v. 27. 4. 1923. HStA Düsseldorf, Reg. Düss., 16738.
- 100 Beck, a.a.O., S. 120 und Führerlexikon, S. 294.
- 101 Vgl. etwa die NSDAP-Ortsgruppe in Mühlheim an der Ruhr, die ihre Entstehung dem langjährigen Vorsitzenden des dortigen Schutz- und Trutz-Bundes, W. F. Minor, verdankte. DvBl Nr. 5 v. 3. 2. 1921 und VB Nr. 158 v. 3. 10. 1925.
- 102 Vgl. BA Koblenz, NS 26, 141; sowie die Erinnerungsschriften führender Nationalsozialisten der Frühzeit: Gustav Seifert, *Die Treue ist das Mark der Ehre! Beginn und Entwicklung der ersten norddeutschen Kämpfe der N.S.D.A.P. in Hannover und Niedersachsen*, 1934 (StA Hannover, Hann. Des. 310 I, G, 1); Bruno Wenzel, *Zur Frühgeschichte der N.S.D.A.P. in Niedersachsen*, 1934; Gerhard Nodewald, *Aus der Geschichte der ersten SA in Hannover in den Jahren 1921/1925*, 1934, (BA Koblenz, NS 26, 141); sowie die bereits mehrfach zitierte Erinnerungsschrift von Ludolf Haase, *Aufstand in Niedersachsen, Der Kampf der NSDAP. 1921/24*, 2. verm. u. verb. Niederschrift 1942 (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 2 u. 3).
- 103 Zu Wenzel und Seifert vgl. auch deren eben zitierte Erinnerungsschriften.
- 104 Briefwechsel Seiferts und Wenzels zur Ortsgruppengründung vom Juni 1921. BA Koblenz, NS 26, 141.
- 105 Seifert an Drexler v. 7. 7. 1921; Satzung der Ortsgruppe Hannover sowie eine von Seifert 1935 zusammengestellte Mitgliederliste. (Ebd.) Vgl. Haase, *Aufstand*, S. 11. (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 2).
- 106 Löns übernahm den 2. Vorsitz in der Ortsgruppe, während Wenzel den Posten eines Geschäftsführers und Kassierers erhielt. Schreiben der Ortsgruppe Hannover an Adolf Hitler v. 20. 5. 1922. BA Koblenz, NS 26, 141.
- 107 Haase, *Aufstand*, S. 104. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 2.
- 108 Ende November 1922 zählte die Ortsgruppe 324 Mitglieder. Seifert, *Treue*, S. 36. StA Hannover, Hann. Des. 310 I, G, 1.
- 109 Hitler an Seifert v. 27. 10. 1921. BA Koblenz, NS 26, 141.
- 110 Seifert an Hitler v. 6. 10. 1921. Ebd.
- 111 Möhle an Seifert v. 3. 2. 1922. Ebd.
- 112 Versammlungsbericht Seiferts, zur Veröffentlichung im VB bestimmt. Ebd.
- 113 Vgl. Schreiben Seiferts an Hitler v. 28. 2. 1922: »Am 1. und 2. 3. haben wir wieder in zwei Versammlungen zu reden, beide vom Schutzbund und öffentlich. Nationalsozialisten dürfen nicht fehlen. Das Volk sieht in unserer Bewegung mehr Tatkraft, daher wächst die Sympathie für uns«. Vgl. auch Seiferts zur Veröffentlichung im VB bestimmte Versammlungsberichte aus den Jahren 1921/1922. Ebd.
- 114 Seifert, *Treue*, S. 31 f. StA Hannover, Hann. Des., 310 I, G, 1.
- 115 DvBl Nr. 28 v. 1. 8. 1919.
- 116 Haase, *Aufstand*, S. 108 f. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 2.

¹¹⁷ Ebd., S. 111.

¹¹⁸ Ebd., S. 120 f., 131 und 191.

¹¹⁹ In einem Bericht eines führenden Mitgliedes der NSDAP-Ortsgruppe Hildesheim heißt es u. a.: »Die ersten Nationalsozialisten in Hildesheim kannten sich alle persönlich, teilweise seit Jahren. Gefunden hatten sie sich im ›Deutschbund‹, im ›Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund‹ und in der ›Organisation Escherich‹.« Haase, *Aufstand*, S. 405, (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 2). — Über die Entstehung der NSDAP in der Stadt Braunschweig heißt es in einem Schreiben des Braunschweigischen Innenministeriums an das Finanzministerium v. 3. 10. 1934 auf Grund von Nachforschungen der Politischen Polizei: »Aus den Mitgliedern des aufgelösten Bundes setzte sich dann die erste Ortsgruppe der NSDAP zusammen, deren Gründung somit durch die Auflösung des Völkisch-Sozialen [sic!] Schutz- u. Trutzbundes begünstigt wurde.« (StA Wolfenbüttel, 12 A Neu, 13 h, 16183). — Hans Henningsen, *Niedersachsenland, du wurdest unser! Zehn Jahre Nationalsozialismus im Gau Ost-Hannover, Harburg-Wilhelmsburg*, 1935, S. 12, berichtet über die Entstehung der Ortsgruppe Harburg: »Der Geburtstag der Ortsgruppe Harburg ist der 18. Juli 1925. Zumeist sind es Mitglieder des unter der Diktatur Seeckt aufgelösten Schutz- und Trutzbundes, die diese Ortsgruppe aus der Taufe heben.«

¹²⁰ Zur Reichstagswahl 1912 war Schumacher als Kandidat der Deutsch-Sozialen Partei im Wahlkreis Lüneburg-Winsen-Bleckede aufgetreten, DSB1 Nr. 51 v. 26. 6. 1912.

¹²¹ DvBl Nr. 12 v. 10. 2. 1915.

¹²² Haase, *Aufstand*, S. 80. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 2.

¹²³ Ebd., S. 80 f. Vgl. außerdem den Bericht der Fremdenpolizei Braunschweig über die NSDAP-Ortsgruppe Wolfenbüttel v. 25. 7. 1923. StA Wolfenbüttel, 12 A Neu, 7 a, 4004.

¹²⁴ Vollmacht v. 6. 3. 1924. StA Hannover, Hann. Des. 310 I, G, 5. Vgl. Haase, *Aufstand*, S. 76 u. S. 364–367. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. II H 2

¹²⁵ Adalbert Volck, *Lebenslauf*, 1937. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. NSDAP. Vgl. Haase, *Aufstand*, S. 566–571. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 3.

¹²⁶ *Führerlexikon*, S. 24.

¹²⁷ *Führerlexikon*, S. 486. Telschow war schon vor dem Weltkrieg Antisemit gewesen, hatte seit 1905 der Deutsch-Sozialen Partei angehört und zeitweilig an deren Wochenzeitung, den Deutsch-Sozialen Blättern, mitgearbeitet.

¹²⁸ Haase, *Aufstand*, S. 91. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 2.

¹²⁹ Bericht des Oldenburgischen Ministeriums des Innern an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover v. 22. 9. 1923 über Organisationen mit republikfeindlichen Bestrebungen (StA Hannover, Hann. Des. 122 a, XI, 76 d); Bericht der Städtischen Polizei Oldenburg an das Innenministerium v. 13. 9. 1923 (StA Oldenburg, Best. 136, 2685). Lagebericht der Städtischen Polizei Oldenburg v. 29. 9. 1923 und v. 1. 4. 1924; (StA Oldenburg, Best. 136, 2858).

¹³⁰ Haase, *Aufstand*, S. 99. (Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 2). Für die Mitgliederliste des Schutz- und Trutz-Bundes Oldenburg siehe S. 369, Anm.

- ¹³¹ Haase, *Aufstand*, S. 95 f. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. 11, H 2.
- ¹³² Siehe S. 287 f.
- ¹³³ Denkschrift des Reichskommissars für Überwachung der öffentlichen Ordnung zu Verbot und Auflösung der NSDAP in einzelnen Ländern v. 27. 1. 1923 (StA Hamburg, Senatskom. f. d. Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten, I A 1 a 26, Bd. III). Vgl. auch die Begründung des NSDAP-Verbotes in Hamburg durch die Polizeibehörde v. 25. 11. 1922 in: Jochmann, *Nationalsozialismus und Revolution*, Dok. 7, S. 36 f.
- ¹³⁴ Zur Person Klants vgl. Helga Anschütz, *Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Hamburg, ihre Anfänge bis zur Reichstagswahl vom 14. September 1930*, Phil. Diss. [Masch.], Hamburg 1955, S. 41–47. Klant, der dem Schutz- und Trutz-Bund in Hamburg angehörte, war im Juli 1922 zur NSDAP-Ortsgruppe übergewechselt und deren Vorsitzender geworden. Es scheint, als ob mit Klant weitere Schutz- und Trutz-Bündler den Übertritt zur NSDAP vollzogen, denn die Mitgliederzahl der NSDAP Ortsgruppe Hamburg verdoppelte sich im Juli 1922; am 1. Juli aber war der Schutz- und Trutz-Bund in Hamburg verboten worden. (Vgl. Schreiben des Hamburger Parteimitgliedes Teichelmann an Seifert über die Entwicklung der Hamburger NSDAP-Ortsgruppe v. 30. 7. 1922. BA Koblenz, NS 26, 141). 1925/1926 war Klant erster Gauleiter von Hamburg.
- ¹³⁵ Dr. Herbert Albrecht war 1930/31 kommissarischer Gauleiter von Mecklenburg-Lübeck, *Führerlexikon*, S. 29.
- ^{135a} Friedrich Ringshausen, seit 1919 Mitglied des Schutz- und Trutz-Bundes, wechselte 1923 zur NSDAP über und war 1927–1931 Gauleiter von Hessen. Braunhemden im Reichstag, S. 84.
- ¹³⁶ Karl Weinrich war seit 1. 9. 1927 Gauleiter von Hessen Nassau-Nord (später Kurhessen). *Führerlexikon*, S. 520.
- ¹³⁷ Dr. Werner Best gehörte als Gymnasiast der Ortsgruppe Mainz des Schutz- und Trutz-Bundes an, an deren Gründung er selbst mitgewirkt hatte. Best an Roth v. 26. 1. 1939. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ¹³⁸ Reinhard Heydrich war Mitglied der Jugendgruppe des Schutz- und Trutz-Bundes Halle gewesen. *Führerlexikon*, S. 191.
- ¹³⁹ Dr. Leonardo Conti war über den Berliner Deutschen Volksbund zum Schutz- und Trutz-Bund gestoßen. *Führerlexikon*, S. 86.
- ¹⁴⁰ Vgl. auch die Liste führender Nationalsozialisten, die Roth in seiner Erinnerungsschrift als »Kampfkameraden aus dem Schutz- und Trutz-Bund« anführt. Roth, *Aus der Kampfzeit*, S. 10 und S. 43.
- ¹⁴¹ Zmarzlik, *Antisemitismus*, S. 281.
- ¹⁴² Roth, *Das sollt Ihr tun!*, S. 27. Vgl. Auch Roths Ausspruch aus dem Jahre 1924: »Jahrelang habe ich nun geackert und Furchen aufgerissen. Der Bund war gleichsam mein Ackergerät. Jetzt muß gute Saat ausgestreut werden. Dazu bedarf es nur weniger aber geschickter Säeleute. Die suche ich. Ob ich sie unter meinen seitherigen Helfern finden werde? Oder ob sie nun lieber alle weiter Ackerknechte einer Partei sein wollen. Trotzdem: es muß gesäet werden.« Roth, *Einsichten*, S. 10.
- ¹⁴³ Vgl. u. a. Hertzberg, *Aus völkischer Kampfzeit*, ABl Nr. 25 v. 16. 12. 1933.
- ¹⁴⁴ W. Hotz an Roth v. 12. 9. 1933. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSch TB.
- ¹⁴⁵ Rutz an Roth v. 10. 3. 1936. (Ebd.). Rutz schreibt u. a. in Anspielung

- auf den Deutschen Tag in Coburg: »Wir waren schon so großzügig, andere einzuladen, die heute uns zu nichts einladen, sondern als Luft behandeln.«
- ¹⁴⁶ Wachenfeld an Roth v. 23. 11. 1933. Forschungsstelle Hamburg, Fsz. DvSchTB.
- ¹⁴⁷ Seifert, Treue, S. 62 f. StA Hannover, Hann. Des. 310 I, G, 1.
- ¹⁴⁸ Lützel an den Reichsminister Rust v. 1. 5. 1934. Document Center Berlin, Akte Egon Lützel.
- ^{148a} Rundschreiben Roths an die Teilnehmer der Wiedersehensfeier vom Sept./Okt. 1938. BA Koblenz, NS 26, 847.
- ¹⁴⁹ Buch an Staatssekretär Lammers v. 8. 2. 1934 und Lammers an Roth v. 20. 2. 1934. Document Center Berlin, Akte Alfred Roth.
- ¹⁵⁰ Roth an Buch v. 27. 11. 1936. Ebd.
- ¹⁵¹ 1938 wurde Alfred Roth Ehrenbeamter der Hansestadt; in seinem Wohnort Hamburg-Bergedorf wurde die an seinem Eigenheim beginnende Straße in Alfred-Roth-Straße umbenannt. Roth, Auf gerader Linie, S. 11 f.
- ¹⁵² Frick an Roth v. 27. 4. 1939, Faksimiledruck. (BA Koblenz, NS 26, 852). — Schon im Oktober 1934 hatte das Braunschweigische Innenministerium auf Grund von Ermittlungen der Politischen Polizei in einem internen Bericht v. 3. 10. 1934 festgestellt, daß der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund »als nationaler Verband für die nationale Erhebung und als Vorläufer der NSDAP. anzusehen« sei. (StA Wolfenbüttel, 12 A Neu 13 h, 16183).

Schluß

- ¹ ABl Nr. 25 v. 16. 12. 1933.
- ² Die Ergebnisse der vorliegenden Studie lassen es angezeigt erscheinen, der Feststellung Eva Reichmanns (a.a.O., S. 287 f.) zu widersprechen, wonach der deutsche Antisemitismus der Zwischenkriegsjahre allein »eine Begleiterscheinung des nationalsozialistischen Erfolges« gewesen sei.
- ³ Fritz Marburg, Der Antisemitismus in der Deutschen Republik, Wien 1931, S. 51.
- ⁴ So Werner E. Mosse im Vorwort zu: Entscheidungsjahr 1932, S. VII ff.

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

1. Quellen

1. Ungedruckte Quellen

a) Bundesarchiv Koblenz

NS 26. Hauptarchiv der NSDAP

Collection Streicher.

R 43 I. Reichskanzlei.

P 135. Preußisches Justizministerium.

H 08. Nachlaß v. Schleicher.

Sammlung Schumacher.

b) Deutsches Zentralarchiv Potsdam

Alldeutscher Verband.

Deutschnationale Volkspartei.

Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung.

Nachlaß Gebattel.

c) Staatsarchiv Bremen

4,65. Polizeidirektion Bremen, Nachrichtenstelle.

d) Hessisches Hauptstaatsarchiv Darmstadt

Hessisches Ministerium der Justiz.

Gestapo.

e) Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (Zweigarchiv Kalkum)

Regierung Düsseldorf.

Polizei-Präsidium Wuppertal.

f) Staatsarchiv Hamburg

Oberschulbehörde.

Polizeibehörde, Ablieferung 38.

Polizeibehörde, Ablieferung 45.

Staatliche Pressestelle I, II.

Senatsakten.

Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten.

g) Niedersächsisches Staatsarchiv Hannover

Hann. Des. 80, Hann. II, Regierung Hannover.

Hann. Des. 80, Hildesheim II, Regierung Hildesheim.

Hann. Des. 80, Lüneburg II, Regierung Lüneburg.

Hann. Des. 122 a Oberpräsidium der Provinz Hannover.

Hann. Des. 310 I. NSDAP Gau Südhannover-Braunschweig.

h) Badisches Generallandesarchiv Karlsruhe

233. Staatsministerium.

234. Justizministerium, Zugang 1960.

332. Polizeidirektion Baden-Baden.

i) Bayerisches Hauptstaatsarchiv München

Abteilung I Allgemeines Staatsarchiv

Sonderabgabe I. Hauptarchiv der NSDAP.

MIInn. Bayerisches Staatsministerium des Inneren.

Abteilung II Geheimes Staatsarchiv

MA 1943. Bayerisches Staatsministerium des Äußern.

Abteilung IV Kriegsarchiv

Reichswehr-Gruppenkommando 4.

Abteilung V Staatsarchiv für Oberbayern

Regierung Oberbayern RA 7.

Polizeipräsidium München.

Staatsanwaltschaft München I.

j) Niedersächsisches Staatsarchiv Oldenburg

136. Oldenburgisches Ministerium des Innern.

205. Staatspolizei.

277. Logen, Verbindungen, Parteien.

k) Niedersächsisches Staatsarchiv Osnabrück

Dep. 29 Stadtarchiv Lingen.

Landratsamt Meppen.

Erwerbung Nr. 11 DNVP Landesverband Osnabrück.

l) Landesarchiv Schleswig-Holstein

Abt. 301. Oberpräsidium.

Abt. 309. Regierung Schleswig.

Abt. 320. Landratsamt Bordesholm, Flensburg, Plön, Ratzeburg-L, Schleswig-L, Steinburg

Abt. 385. Polizeipräsidium Kiel und Flensburg.

Regierung Eutin. Departement des Innern.

m) Württembergisches Hauptstaatsarchiv Stuttgart-Ludwigsburg

E 130, Abgabe 1938. Württembergisches Staatsministerium.

E 131, Abgabe 1946. Württembergisches Staatsministerium.

E 131, Abgabe 1958. Württembergisches Staatsministerium.

E 151 c. Württembergisches Ministerium des Innern.

F 205. Oberamt Tübingen.

n) Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel

12 A Neu. Braunschweigisches Staatsministerium.

126 A Neu. Kreisdirektion Braunschweig.

133 A Neu. Polizeipräsidium Braunschweig.

o) Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg

Personalia.

Allgemeine Akten.

Politische Parteien.

Verbände.

p) National Archives Washington

Microcopy T-81 Roll 116. Nachlaß Sauckel.

Microcopy T-253 Roll 3, 4, 5, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 20. Nachlaß Luetgebrune.

2. Gedruckte Quellen

a) Amtliche Quellen

Reichsgesetzblatt. Jahrgang 1922. Teil I. Berlin 1922.

Strafgesetzbuch für das deutsche Reich mit Nebengesetzen. Text-Ausgabe.

9. Aufl. bearb. v. Eduard Kohlrausch. Berlin, Leipzig 1930. (Guttentagsche Sammlung deutscher Reichsgesetze. Nr. 2).

Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte. Bd. 308. Berlin 1916.

Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages. Stenographische Berichte. Bde. 326 ff. Berlin 1920 ff.

b) Zeitungen und Zeitschriften

Münchener Beobachter. München. 29. Jg. 1915 — 33. Jg. 1919.

Völkischer Beobachter. München. 34. Jg. 1920 — 38. Jg. 1925.

- Alldeutsche Blätter. Herausgegeben vom Alldeutschen Verband. 27. Jg. 1917 — 43. Jg. 1933.
- Deutsch-Soziale Blätter — Deutschvölkische Blätter Hamburg. 25. Jg. 1910 — 38. Jg. 1923.
- Deutscher Bücherbote. Zeitschrift zur Stärkung des Deutschgedankens im Schrifttum. Frankfurt a. M. 1. Jg. 1920 — 2. Jg. 1921.
- Deutschbund-Blätter. 6. Jg. 1901 — 15. Jg. 1910.
- Deutschlands Erneuerung. Monatsschrift für das deutsche Volk. München. 1. Jg. 1917 — 9. Jg. 1925.
- Fridericus. München. 1. Jg. 1922 — 3. Jg. 1924.
- Hammer, Blätter für deutschen Sinn. Herausgeber: Theodor Fritsch. Leipzig 1. Jg. 1902— 25. Jg. 1926.
- Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Berlin. 29. Jg. 1919 — 33. Jg. 1923.
- Hamburgische Deutschnationale Monatsschrift. Organ des Landesverbandes Hamburg der Deutschnationalen Volkspartei. 1. Jg. 1919/20 — 14. Jg. 1933.
- Politisch-Anthropologische Monatsschrift für praktische Politik, für politische Bildung und Erziehung auf biologischer Grundlage. Herausgeber: Otto Schmidt-Gibichenfels. Berlin-Steglitz, ab Sept. 1920 Hamburg. 16. Jg. 1917/18 — 21. Jg. 1922.
- Im deutschen Reich. Zeitschrift des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Berlin, 25. Jg. 1919 — 28. Jg. 1922.
- Deutsches Schrifttum. In Verbindung mit dem Deutschvölkischen Schriftstellerverband herausgegeben vom Deutschbund. Leitung: Adolf Bartels. 12. Jg. 1920 — 15. Jg. 1923.
- Deutsche Tageszeitung. Berlin. 26. Jg. 1919 — 28. Jg. 1921.
- Deutsches Volkstum. Monatsschrift für das deutsche Geistesleben. Herausgeber: Dr. Wilhelm Stapel. Hamburg 1919—1923.
- Auf Vorposten. Monatsschrift des Verbandes gegen Überhebung des Judentums E. V. Charlottenburg. 1. Jg. 1912 — 12. Jg. 1924.
- Deutschvölkische Warte. Hamburg. (Monatsschrift des Reichsverbandes der deutschvölkischen Partei). (Zeitschrift des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes). 14. Jg. 1914 — 21. Jg. 1921.
- Die Hamburger Warte — Hamburger Warte. Hamburg. 1. Jg. 1918 — 5. Jg. 1922.
- Deutsche Zeitung. Berlin. 22. Jg. 1917 — 30. Jg. 1925.

c) Völkisches Schrifttum

- Albert, Rudolf: Gegen den Strom. Hamburg 1920. (Heft 25 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Ammon, Otto: Die Gesellschaftsordnung und ihre natürlichen Grundlagen. Entwurf einer Sozial-Anthropologie. 3. umgearb. Aufl. Jena 1900.
- Andersen, Friedrich: Zur religiösen Erneuerung des deutschen Volkes. Hamburg 1920. (Heft 12 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Andersen, Friedrich: Heil, Freiheit und Wahrheit. Drei deutschvölkische Predigten, gehalten in Weimar, Elberfeld und Hannover. Duisburg 1921.
- Andersen, Friedrich: Der deutsche Heiland (Neuaufgabe des »Anticlericus«). München 1921.

- Andersen, Friedrich: Weckruf an die evangelischen Geistlichen in Deutschland. Hamburg 1920. (Heft 16 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Asathor, W.: »Die Dreihundert« (1. Kriegshetzer). Hamburg 1919 (Heft 3 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Asathor, W.: »Die Dreihundert« (2. England). Hamburg 1919. (Heft 4 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Asathor, W.: »Die Dreihundert« (3. Frankreich, Italien, Rußland, die Balkanstaaten und Österreich). Hamburg 1919. (Heft 5 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Asathor, W.: »Die Dreihundert« (4. Vereinigte Staaten). Hamburg 1919. (Heft 6 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Asathor, W.: »Die Dreihundert« (5. Deutschland). Hamburg 1919. (Heft 7 der Hammer-Schläge, Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Bang, Paul: »Erfüllungspolitik«. München 1922.
- Meister, Wilhelm (= Paul Bang): Judas Schuldbuch. Eine deutsche Abrechnung. Herausgegeben vom Deutschen Schutz- und Trutz-Bund. München 1919.
- Bang, Paul: Staatsbankerott oder Erneuerung. München 1920. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Barden, B.: Der Weltkrieg und sein wahrer Urheber. Historische Abhandlung. o. O. (Selbstverlag) 1919.
- Bartels, Adolf: Die Berechtigung des Antisemitismus. Eine Widerlegung der Schrift von Herrn v. Oppeln-Bronikowski »Antisemitismus?« Leipzig, Berlin (1921).
- Bartels, Adolf: Die deutsche Dichtung von Hebbel bis zur Gegenwart. Teil 1. Die Alten. 10. bis 12. Aufl. Leipzig 1922.
- Bartels, Adolf: Die deutsche Dichtung von Hebbel bis zur Gegenwart. Teil 2: Die Jüngeren. 10. bis 12. Aufl. Leipzig 1922.
- Bartels Adolf: Die deutsche Dichtung der Gegenwart. Die Jüngsten. 1. bis 10. Tausend. Leipzig 1921.
- Bartels, Adolf: Geschichte der deutschen Literatur. 7.—8. Aufl. Hamburg 1919.
- Bartels, Adolf: Handbuch zur Geschichte der deutschen Literatur. 2. Aufl. (4. bis 7. Tausend). Leipzig 1909.
- Bartels Adolf: Der völkische Gedanke. Ein Wegweiser. Weimar 1923.
- Bartels, Adolf: Friedrich Hebbel und die Juden. Das literarische Judentum seiner Zeit. München (1922). (Deutschlands führende Männer und das Judentum. Band 5).
- Bartels, Adolf: Hebbels Herkunft und andere Hebbelfragen. Berlin, Leipzig 1921. (Hebbel-Forschungen Nr. 9).
- Bartels, Adolf: Heinrich Heine. Auch ein Denkmal. Dresden und Leipzig 1906.
- Bartels, Adolf: Heine-Genossen. Zur Charakteristik der deutschen Presse und der deutschen Parteien. Mit einem Anhang: Sogenannte wissenschaftliche Kritik. 2. Tausend Dresden und Leipzig 1908.
- Bartels, Adolf: Jüdische Herkunft und Literaturwissenschaft. Eine gründliche Erörterung. Leipzig 1925.

- Bartels, Adolf: Judentum und deutsche Literatur. Vortrag gehalten am 29. Juni 1910 im Deutschvölkischen Studentenverband Berlin. Berlin 1912.
- Bartels, Adolf: Kritiker und Kritikaster. Pro domo et pro arte. Mit einem Anhang: Das Judentum in der deutschen Literatur. Leipzig 1903.
- Bartels, Adolf: Lessing und die Juden. Eine Untersuchung. Dresden und Leipzig 1918.
- Bartels, Adolf: Der Nationalsozialismus Deutschlands Rettung. 5. Auflage. Leipzig 1925.
- Bartels, Adolf: Rasse. Sechzehn Aufsätze zur nationalen Weltanschauung. Hamburg 1909.
- Bartels, Adolf: Rasse und Volkstum. Gesammelte Aufsätze zur nationalen Weltanschauung. 2. vermehrte Aufl. Weimar 1920.
- Bartels, Adolf: Deutsches Schrifttum. Betrachtungen und Bemerkungen. Gesamtausgabe Bde. 1—3. (1909—1917). Weimar 1918.
- Bartels, Adolf: Gesundes deutsches Schrifttum. Ein Wegweiser. 1. bis 3. Auflage. Bremen 1921. (Bremer Beiträge zur deutschen Erneuerung Band 5).
- Bartels, Adolf: Der Stand der Judenfrage. Hamburg o. J. [ca. 1920]
- Bartels, Adolf: Der deutsche Verfall und der Zusammenbruch. 3. Aufl. Zeitz. 1919.
- Bartels, Adolf: Was ich von einem deutschen Staat verlange. Eine deutliche Auskunft. Hamburg 1919. (Heft 10 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Bartels, Adolf: Weshalb ich die Juden bekämpfe. Eine deutliche Auskunft. Hamburg 1919. (Heft 8 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Barthel, Carl: Der kommende Börsenkrach und die drohende Wirtschaftskrisis. Eine volkswirtschaftliche Studie zugleich ein Mahnruf an Regierung und Volk. Hamburg (1920).
- Behm, Richard: Deutscher sei Deutsch! Deutschvölkische Betrachtungen. Schwelm 1922.
- Bey, Osman: Die Eroberung der Welt durch die Juden. Enthüllungen über die universelle israelitische Allianz. Neudruck nach der 11. im Jahre 1888 erschienenen Ausgabe. Lorch 1920.
- Bieber, Theobald: Das Hakenkreuz. Leipzig, Berlin 1921.
- Bischoff, Erich: Rabbinische Fabeln über Talmud, Schulchan aruch, Kol nidre usw. Ein Gerichtsgutachten. Leipzig 1922.
- Bischoff, Erich: Klarheit in der Ostjudenfrage. Tatsachen, Gedanken und Grundsätze. Dresden, Leipzig 1916. (Bibliothek für Volks- und Weltwirtschaft. Heft 28).
- Blüher, Hans: Deutsches Reich, Judentum und Sozialismus. Eine Rede an die Freideutsche Jugend. München 1919.
- Blüher, Hans: Secessio Judaica. Philosophische Grundlegung der historischen Situation des Judentums und der antisemitischen Bewegung. 1.—5. Tausend. Berlin 1922.
- Der Blutmord in Konitz mit Streiflichtern auf die staatsrechtliche Stellung der Juden im Deutschen Reiche. Nach authentischen Quellen dargestellt von einem besorgten Vaterlandsfreunde. 18. Aufl. Hamburg o. J. [ca. 1921].
- Eine unbewußte Blutschande — der Untergang Deutschlands. Naturgesetze über die Rassenlehre. Zusammengestellt und herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund Ortsgruppe Meißen. o. O. o. J.

- Bodelschwingh, Franz von: Innere Hemmungen kraftvoller Außenpolitik. Vortrag gehalten im Juni 1918 in der Ortsgruppe Hannover des Alldeutschen Verbandes. Hannover 1918.
- Bodelschwingh, Franz von: Ein Wort zur Judenfrage. Auszug aus der Schrift »Konservativ und Sozial«. Berlin-Schöneberg 1919.
- Bodung, N.: Tatsachen gegen die Phrase. Heft 1—3. Perleberg o. J. [ca. 1919].
- Boehm, G. A.: Die Offiziershetze als politisches Kampfmittel und Kulturercheinung. München 1922.
- Bonhard, Otto / Alldeutscher Verband: Jüdische Geld- und Weltherrschaft? Berlin (1926).
- Kernholt, Otto (= Otto Bonhard): Vom Ghetto zur Macht. Die Geschichte des Aufstiegs der Juden auf deutschem Boden. 1.—3. Aufl. Leipzig, Berlin 1921.
- Kernholt, Otto (= Otto Bonhard): Deutschlands Schuld und Sühne. Geschichtliche Betrachtungen zur Entstehung und Lösung der Judenfrage. Leipzig 1923.
- Bonhard, Otto / Alldeutscher Verband: Jüdische Weltherrschaft? Berlin (1928).
- Bornemann, D.: Gott und Satan. Eine Schrift voll Unduldsamkeit gegen alles Niedrige und Gemeine. Stade 1923.
- Bornemann, D.: Der Jude im Deutschen. (Ein Deutschespiegel). Stade 1922.
- Brunner, Alfred: Deutsche Not und Rettung. Duisburg 1921.
- Germanicus (= Alfred Brunner): Was ist das Papsttum? Eine Abrechnung und ein Aufruf zur Wiedervereinigung der christlichen Bekenntnisse in einer germanisch-christlichen Volkskirche. Duisburg 1921.
- Brunstädt, Friedrich: Völkisch-nationale Erneuerung. Rede von Dr. Friedrich Brunstädt, Professor an der Universität Erlangen, auf dem dritten Parteitage der Deutschnationalen Volkspartei in München am 2. September 1921. Berlin 1921. (Deutschnationale Flugschrift Nr. 119).
- Burger, R.: Seele und Menschenformen. Auf Grund von Lebensäußerungen der Völker. (Berlin) o. J.
- Burte, Hermann: Wiltfeber der ewige Deutsche. Die Geschichte eines Heimat-suchers. 26.—35. Tsd. Leipzig 1921.
- Chamberlain, Houston Stewart: Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts, 2. Aufl. München 1900.
- Chamberlain, Houston Stewart: Lebenswege meines Denkens. München 1919.
- Chamberlain, Houston Stewart: Mensch und Gott. Betrachtungen über Religion und Christentum. München 1921.
- Chamberlain, Houston Stewart: Rasse und Nation. München 1918. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Chamberlain, Houston Stewart: Rasse und Persönlichkeit. Aufsätze. München 1925.
- Chamberlain, Houston Stewart: Arische Weltanschauung. 4. Aufl. München 1917.
- Einhard (= Heinrich Clafß): Deutsche Geschichte. Unveränderter Neudruck der 5. Aufl. Leipzig 1918.
- Frymann, Daniel (= Heinrich Clafß): Wenn ich der Kaiser wär'. Politische Wahrheiten und Notwendigkeiten. 1. Aufl. Leipzig 1912. — 5. erw. Aufl. Leipzig 1914. — 7. Aufl. Leipzig (1925).
- Führergedanken. Aus Reden und Schriften von Justizrat Clafß 1903—1913.

- Zusammengestellt und eingeleitet von Alexander Graf Brockdorff. Berlin o. J.
- Collischoun, G. A. O.: Sind die Juden eine Nation? München 1921. (Sonderdruck aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Dallmayr, Alois: Die Geldherrschaft und das Haus Rothschild. 2. Aufl. Leipzig 1923. (Hammer-Schriften. Nr. 27).
- Denkschrift an den Stadtrat der Stadt Nürnberg, eingereicht vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund Ortsgruppe Nürnberg am zweiten Jahrestag von Deutschlands Erniedrigung (9. November 1918). (Nürnberg 1920).
- Delitzsch, Friedrich: Die große Täuschung. Teil I, II. Stuttgart und Berlin 1921.
- Deutschristentum auf rein-evangelischer Grundlage. 95 Leitsätze zum Reformationsfest 1917. Von Hauptpastor Friedrich Andersen in Flensburg, Professor Adolf Bartels in Weimar, Kirchenrat D. Dr. Ernst Katzer in Oberlößnitz bei Dresden, Hans Paul Freiherrn von Wolzogen in Bayreuth. Leipzig 1917.
- Dickel, Otto: Die Auferstehung des Abendlandes. Die abendländische Kultur als Ausfluß des planetarischen Weltgefühls. Entwicklung und Zukunft. Augsburg (1921).
- Dinter, Artur: Das Evangelium unseres Herrn und Heilandes Jesus Christus nach den Berichten des Johannes, Markus, Lukas und Matthäus im Geiste der Wahrheit neu übersetzt und dargestellt. 1. Aufl. (1. bis 10. Tausend). Langensalza 1923.
- Dinter, Artur: Der Kampf um die Geistlehre. 1.—20. Tausend, Leipzig und Hartenstein in Sachsen 1921.
- Dinter, Artur: »Lichtstrahlen aus dem Talmud«. Offene Briefe an den Landes-Rabbiner von Sachsen-Weimar-Eisenach Herrn Dr. Wiesen und öffentliche Aufforderung an die Herren Rabbiner Dr. Bruno Lange in Essen und Dr. Rosenack in Bremen sowie an sämtliche Rabbiner Deutschlands. Leipzig und Hartenstein in Sachsen 1920.
- Dinter, Artur: Die Sünde wider das Blut. Ein Zeitroman. 9. Aufl. (51.—60. Tausend) Leipzig und Hartenstein im Erzgebirge 1920.
- Dinter, Artur: Die Sünde wider den Geist. Ein Zeitroman. 1. bis 10. Auflage (1.—50. Tausend). Leipzig und Hartenstein im Erzgebirge 1921.
- Dinter, Artur: Die Sünde wider die Liebe. Ein Zeitroman. 1. bis 5. Auflage (1.—25. Tausend), Leipzig und Hartenstein im Erzgebirge 1922.
- Dinter, Artur: Ursprung, Ziel und Weg der deutschvölkischen Freiheitsbewegung. Das völkisch-soziale Programm. Weimar 1924.
- Döppler, C. B.: Die Verjudung des Bank- und Börsenwesens in Deutschland. Hamburg 1919. (Heft 11 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Döppler, C. B.: Jüdische Wirtschaftsdiktatur in Deutschland? Hamburg o. J. [1921].
- Drexler, Anton: Mein politisches Erwachen. München 1919.
- Ebert, Paul: Der internationale Karl Marx. I. Karl Marx und seine Lehre unter dem Einfluß der jüdischen Rasse. Hamburg 1920 (Heft 15 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Ebert, Paul: Der internationale Karl Marx. II. Der englische Marx. — Der deutsch-französische Marx. — Der internationale Marx. — Deutscher So-

- zialismus. Hamburg 1920. (Heft 23/24 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Eckart, Dietrich: Der Bolschewismus von Moses bis Lenin. Zwiegespräche zwischen Hitler und mir. München o. J. [1924].
- Ecker, Jakob: Der ›Judenspiegel‹ im Lichte der Wahrheit. Eine wissenschaftliche Untersuchung. 3. unveränd. Aufl. Paderborn 1921.
- Eichler, P. R.: Jesus der Galiläer. Ein arisches Evangelium. Leipzig 1922.
- Eigenbrodt, August: Berliner Tageblatt und Frankfurter Zeitung in ihrem Verhalten zu den nationalen Fragen 1887—1914. Ein geschichtlicher Rückblick. 2. Aufl. Berlin-Schöneberg 1917.
- Ehlers, Fritz: Politische Verheerungen durch die Dummheit der Fürsten und Völker. Geschichtliche Studien. Leipzig 1922.
- Eindeutschung und Judenfrage. Leipzig 1917. (Sonderdruck aus »Die Wenigen und die Vielen«).
- Falb, Alfred: Deutschbewußtsein! Ein Wort an den geistigen Adel deutschen Blutes. Von des deutschen Volkes Errettung und Wiedergeburt. München 1920.
- Falb, Alfred: Luther und die Juden. München 1921. (Deutschlands führende Männer und das Judentum. Bd. 4).
- Falb, Alfred: Luther und Marcion gegen das Alte Testament. Leipzig (1923).
- Feder, Gottfried: Kampf gegen die Hochfinanz. 2. Aufl. 6.—8. Tausend. München 1933.
- Feder, Gottfried: Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft des Geldes. Diessen vor München 1920.
- Feder, Gottfried: Der Deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage. Neue Wege in Staat, Finanz und Wirtschaft. 1. Auflage. München 1923.
- Feder, Gottfried: Der Staatsbankerott. Die Rettung. Diessen 1919.
- Fern, Athanasius: Jüdische Moral und Blut-Mysterium. 3. durchgesehene Aufl. Leipzig 1920. (Hammer-Schriften. Nr. 22).
- Festschrift zum fünfundzwanzigjährigen Bestehen des Hammer. Leipzig 1926.
- Fetz, August: Frauenkräfte in Deutschlands Not und Hoffnung. (Bremerhaven 1924).
- Fetz, August: Der große Volks- und Weltbetrug durch die »Ernsten Bibelforscher«! 4. erweiterte Auflage Hamburg o. J. [1924].
- Ford, Henry: Der internationale Jude. Ein Weltproblem. Bde. 1, 2. Leipzig 1921/1922.
- Franz, Paul: Der Bankerott-Friede. München 1918. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Die Deutschvölkische Freiheitspartei. 2. ergänzte Auflage. Berlin 1924. (Deutschnationales Rüstzeug Jahrg. 1924 Heft Nr. 1).
- Fritsch, Alfred und Ernst Hunkel: Unsere Volksreligion, die Sehnsucht nach ihr von heute, die Erfüllung in Zukunft. Oranienburg o. J. [1914]. (Viertes der vier Bücher des Deutschen Kulturbundes).
- Roderich-Stoltheim, F. (= Theodor Fritsch): Anti-Rathenau. Leipzig 1918. (Hammer-Schriften Nr. 15).
- Fritsch, Theodor: Antisemiten-Katechismus. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zum Verständnis der Judenfrage. 25. vermehrte Aufl. Leipzig 1893.
- Frey, Thomas (= Theodor Fritsch): Zur Bekämpfung zweitausendjähriger Irrthümer. Leipzig 1886.
- Fritsch, Theodor: Mein Beweis-Material gegen Jahwe. Leipzig 1911.

- Frey, Thomas (= Theodor Fritsch): Brennende Fragen! Nr. 1—37. Leipzig 1887 ff.
- Roderich-Stoltheim, F. (= Theodor Fritsch): Der demokratische Gedanke und das berufsständische Wahlrecht. 2. Aufl. Leipzig 1919. (Hammer-Schriften Nr. 12).
- Fritsch, Theodor: Der neue Glaube. 3. Aufl. Leipzig 1936.
- Fritsch, Theodor: Der falsche Gott. Beweismaterial gegen Jahwe. 5. Auflage von »Mein Beweis-Material gegen Jahwe«. Leipzig 1919.
- Fritsch, Theodor: Handbuch der Judenfrage. Eine Zusammenstellung des wichtigsten Materials zur Beurteilung des jüdischen Volkes. 28. Aufl. Hamburg 1919.
- Roderich-Stoltheim, F. (= Theodor Fritsch): Die Juden im Handel und das Geheimnis ihres Erfolges. Zugleich eine Antwort und Ergänzung zu Sombarts Buch: »Die Juden und das Wirtschaftsleben«. 2. durchgesehene Aufl. Steglitz 1913.
- Roderich-Stoltheim, F. (= Theodor Fritsch): Das Rätsel des jüdischen Erfolges. (früher unter dem Titel: Die Juden im Handel und das Geheimnis ihres Erfolges). 5. vermehrte Aufl. Leipzig 1919.
- Fritsch, Theodor: Die unterirdische Macht. Leipzig 1920. (Hammer-Schriften Nr. 24).
- Fritsch, Theodor: Mittelstand, Kapital-Herrschaft, Monarchie. 3. Auflage Leipzig 1917. (Hammer-Schriften Nr. 4).
- Roderich-Stoltheim, F. (= Theodor Fritsch): Der jüdische Plan. Leipzig 1920. (Hammer-Schriften. Nr. 20).
- Prozeß Fritsch. Anklage wegen Beleidigung der sogenannten »jüdischen Religions-Gemeinde«. Verhandelt Leipzig, den 19. Mai 1911 (Stenographischer Bericht). Leipzig o. J. [ca. 1911].
- Fritsch, Theodor: Mein Streit mit dem Hause Warburg. Eine Episode aus dem Kampfe gegen das Weltkapital. Leipzig 1925.
- Fritsch, Theodor: Die geistige Unterjochung Deutschlands. Zugleich eine Antwort an Dr. G. Lomer und Prof. Werner Sombart. 4. Aufl. Leipzig 1912. (Hammer-Schriften Nr. 3).
- Fritsch, Theodor d. J.: Der Jüdische Zeitungs-Polyp. Leipzig 1921. (Hammer-Schriften. Nr. 28).
- Fritz, Georg: Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzschluß. 4.—6. Tausend. München 1915.
- Fryman, Israel: Das große? Wahrheit? Die größte Fälschung der Zeiten? Betrachtungen über das sensationelle Buch: Die Geheimnisse der Weisen von Zion. Perleberg o. J.
- Gedanken zu deutschvölkischer Frauenarbeit. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund Ortsgruppe Erfurt o. O. 1919.
- Die Geheimnisse der Weisen von Zion. Herausgegeben von Gottfried zur Beek (= Ludwig Müller von Hausen). 5. Auflage. Charlottenburg 1920.
- Gerecke, Karl: Biblischer Antisemitismus. Der Juden weltgeschichtlicher Charakter, Schuld und Ende in des Propheten Jona Judenspiegel. München o. J. [1920].
- Gerstenhauer, Max Robert: Rassenlehre und Rassenpflege. Herausgegeben vom Deutschbund. Leipzig 1913.
- Gildemeister, Otto: Judas Werdegang in vier Jahrtausenden. Volksausgabe. 1.—3. Aufl. Leipzig 1921.

- Gobineau, Joseph Arthur: Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen. Deutsche Ausgabe von Ludwig Schemann. Bd. 1—4. Stuttgart 1898—1901.
- Goedsche, Hermann: Auf dem Judenkirchhof in Prag. Sonderabdruck aus dem Roman »Biarritz« von Sir John Retcliffe (Goedsche). Mit einem Vorwort, einer öffentlichen Erklärung und Beweis-Anträgen des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes Ortsgruppe Nürnberg. Nürnberg o. J. [1921].
- Retcliffe, John (= Hermann Goedsche): Das Geheimnis der jüdischen Weltherrschaft. Aus einem Werke des vorigen Jahrhunderts, das von den Juden aufgekauft wurde und aus dem Buchhandel verschwand. Berlin-Friedenau 1919.
- Graved, O.: Die Freimaurerei eine politische Macht. Eine Mahnung an die aufbauenden Kräfte der Gegenwart. 2. Aufl. (Selbstverlag Berlin 1924).
- Grimpen, Albert: Judentum und Sozialdemokratie, in ihren Beziehungen beleuchtet. 3. vermehrte u. verbesserte Aufl. Hamburg 1919.
- Groener, Maria: Schopenhauer und die Juden. München o. J. [1920]. (Deutschlands führende Männer und das Judentum. Bd. I).
- Grunsky, Karl: Geistesleben und Judentum. Hamburg 1920. (Heft 14 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Grunsky, Karl: Richard Wagner und die Juden. München o. J. [1920]. (Deutschlands führende Männer und das Judentum. Bd. 2).
- Günther, Hans F. K.: Rassenkunde des deutschen Volkes. 15. mit der umgearbeiteten 14. gleichlautenden Aufl. München 1930.
- Haiser, Franz: Das Gastmahl des Freiherrn v. Artaria. Ein Kampf zwischen rassenaristokratischer und demokratischer Weltanschauung. München 1920.
- Halbach, Fritz: Genosse Levi. Ein Roman für das deutsche Volk. 1.—3. Aufl. Leipzig (1921).
- Handbuch des Alldeutschen Verbandes. 22. Aufl. (Mainz) 1918.
- Haubenberger, Leo: Das Judentum in Österreich. München 1920. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Das deutsche Haus und das Haus Israel. Ohne Entjudung keine Rettung. Eine Auseinandersetzung nach dem Zusammenbruch für unsern Wiederaufbau. Von einem Proletarier. Düsseldorf 1919.
- Hecker, Alois: Vor Juda's Weltherrschaft? Achern i. B. 1921.
- Heinze, Wolfgang: Ostjüdische Einwanderung. In: Preußische Jahrbücher 162 (1915), S. 98—117.
- Heise, Karl: Entente-Freimaurerei und Weltkrieg. Ein Beitrag zur Geschichte des Weltkrieges und zum Verständnis der wahren Freimaurerei. 2. im Umfang verdoppelte Aufl. Basel 1920.
- Heise, Karl: Okkultes Logentum. 1. u. 2. Aufl. Leipzig 1921.
- Helmke, F.: Rassenfragen des Weltkrieges. 1. Aufl. Zeitz 1916.
- Henningsen, Johannes: Professor Sombarts Forschungsergebnisse zur Judenfrage. Eine zeitgemäße Betrachtung. 4. Aufl. Hamburg-Hohenfelde (1914).
- Hentschel, Willibald: Mittgart. Ein Weg zur Erneuerung der germanischen Rasse. 5. Aufl. Leipzig 1916.
- Hentschel, Willibald: Varuna. Das Gesetz des aufsteigenden und sinkenden Lebens in der Völkergeschichte. Teil 1—3. 3. Aufl. Leipzig (1918).
- Hertzberg, Gertzlaff von: Auf dem Landwege zu Deutschlands Wiederaufbau. Dresden o. J. [1920]. (Zum Deutschen Gedanken).

- Heydner, Georg: Die Wahrheit über Tirpitz und die deutsche Kriegspolitik. Vorträge. 2. Aufl. Leipzig 1920.
- Hoffmann-Kutschke, Arthur: Deutschland den Deutschen! Zweite, vermehrte und verbesserte Auflage. Halle o. J. [1920].
- Hoffmann-Kutschke, Arthur: Der Dolchstoß durch das Judentum. Materialien zur deutschen Geschichte und zur jüdischen Politik mit Anlagen und Urkunden, zu der Schrift »Der Dolchstoß durch das Judentum« zur Geschichte der jüdischen Rasse. 2. Aufl. Halle a. d. S. [1936].
- Hoffmann-Kutschke, Arthur: Sonnenwende. Gedanken zum nationalen Wiederaufbau Deutschlands. 2. Auflage. Leipzig o. J. [1919].
- Hoffmann-Kutschke, Arthur: Die Wahrheit über Kyros, Darius und Zarathuschtra. Beiträge zur Erforschung der älteren arischen Geschichte. Die Perser zur Zeit des Darius I., nach Zarathuschtra, Spitama, und ihre Bedeutung für die Weltgeschichte. Berlin, Stuttgart, Leipzig 1910.
- Holle, Hermann Gustav: Sieg des Kapitalismus? Eine Mahnung in letzter Stunde zum einigen Vorgehen aller Schaffenden gegen die Raffenden. Hamburg 1921. (Sonderdruck aus der Politisch-Anthropolog. Monatsschrift. 1921).
- Holle, Hermann Gustav: Mögliche Rettung? Hamburg 1920. (Sonderdruck aus der Politisch-Anthropolog. Monatsschrift 1920).
- Holle, Hermann Gustav. Der biologische Widersinn des Kommunismus. Berlin-Steglitz o. J. (Sonderdruck aus der Politisch-Anthropologischen Monatsschrift 1919).
- Hunkel, Ernst: Deutsche Gemeinschaft. Von der religiösen Einheit und Freiheit des deutschen Volkes, Berlin 1916. (Aus dem Jungborn. Flugschriften für wahrhaftiges deutsches Leben. Heft 1).
- Hunkel, Ernst: Durch Sieg und Sturz. Des Vaterlandes Schicksal im Lichte deutschen Glaubens. Oranienburg 1919. (Deutscher Glaube. Buch 1.)
- Deutschvölkisches Jahrbuch 1920. Herausgegeben mit Unterstützung deutschvölkischer Verbände von Georg Fritz. Weimar 1920.
- Deutschvölkisches Jahrbuch 1921. 2. Jahrgang. Herausgegeben mit Unterstützung deutschvölkischer Verbände von H. Kellermann. Weimar 1922.
- Deutschvölkisches Jahrbuch 1922. 3. Jahrgang. Herausgegeben mit Unterstützung deutschvölkischer Verbände von H. Kellermann. Weimar 1922.
- Zwanzig Jahre alldeutscher Arbeit und Kämpfe. Herausgegeben von der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes. Leipzig 1910.
- John Gorsleben, Rudolf. Die Überwindung des Judentums in uns und außer uns. München 1920.
- Über Juden, Antisemiten und Anton Fendrich. Hamburg 1920. (Heft 22 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Judentum und Bolschewismus. Enthüllungen aus jüdischen Geheimakten. Ein Mahn- und Warnruf in letzter Stunde. Hamburg 1920. (Heft 19 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Das Jugend- und Lebensgeleitbuch. Gedenke, daß du ein Deutscher bist. Herausgegeben von Thomas Westerich. 2. verm. u. verb. Aufl. Leipzig 1920.
- Jung, Erich: Die Einheitsfront der Geldmächte. München 1918. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).

- Jung, Erich: Die »Yorks« von heute. München 1918. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«.)
- Jürgens, Jens: Der biblische Moses als Pulver-, Sprengöl- und Dynamitfabrikant nach dem Zeugnis der Bibel. Die Aufdeckung eines 2500jährigen Weltbetrugs. Nürnberg (1921).
- Justus: Judenspiegel oder 100 neuenthüllte, heutzutage noch geltende, den Verkehr der Juden mit den Christen betreffende Gesetze der Juden; mit einer die Entstehung und Weiterentwicklung der jüdischen Gesetze darstellenden höchst interessanten Einleitung. (Nach der wissenschaftlichen Untersuchung des Herrn Dr. Jakob Ecker revidiert). Neu herausgegeben auf Veranlassung des Deutschen Schutz- u. Trutz-Bundes, Hamburg. 6. Auflage. Paderborn 1919.
- Kamke, Paul: Durch die Hölle zur Helle. Geistige Grundlagen der deutschen Zukunftspolitik. Stade (1922).
- Kamke, Paul: Der unsichtbare Kampf der Geister und die Zukunft Deutschlands. Zugleich ein Mahnruf an alle arischen Völker. Stade (1922).
- Kämpfer, Ernst (Hrsg.): Jüdische Selbstbekenntnisse. Berlin 1914. (Deutschvölkische Hochschulschriften. Heft 3).
- Klaus, Heinz: Judenfrage und Deutschtum im Kriege. Berlin-Lichterfelde 1915.
- Klein, A.: Das Aufkommen der Macht des Judentums. München 1920. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«.)
- Kloß, Max: Die Arbeit des Alldeutschen Verbandes im Kriege. München 1917.
- Kloß, Max: Die Kraft des nationalen Gedankens. Dresden 1919.
- Kolshorn, Johann: Rußland und Deutschland durch Not zur Einigung. Leipzig 1922.
- Kossinna, Gustaf: Die deutsche Vorgeschichte, eine hervorragend nationale Wissenschaft. 8. Aufl. Leipzig 1941.
- Ram, Renatus (= Paul Köthner): Die Elemente Deutscher Kultur. Buch 1: Das zerstörende Prinzip. o. O. o. J. [als Manuskript gedruckt].
- Ram, Renatus (= Paul Köthner): Die Elemente Deutscher Kultur. 2. Buch: Das Buch vom Aufbau. Königsberg i. Pr. o. J. [1920].
- Freyman, Ernst (= Paul Köthner): Auf den Pfaden der internationalen Freimaurerei, Beiträge zur Geschichte der Gegenwart, Rostock o. J. [1919]. (Sonderdruck aus dem »Mecklenburgischen Logenblatt« 46. Jahrgang.)
- Winzer, Georg Ewald (= Heinrich Kraeger): Die Judenfrage in England. Hamburg (1920).
- Kramer, Walther: Die Revolution als Rassenkampf. 2. Auflage Leipzig 1919. (Schriften der Erneuerungs-Gemeinde. Nr. 1).
- Krane, F.: Die Ziele des Bolschewismus und die Gefahr ihrer Verwirklichung. Nach Selbsterlebtem erzählt. 65.—74. Tsd. München 1920.
- Krellmann, Paul: Das Judentum im Lichte der Statistik. Hamburg o. J. [1919].
- Krellmann, Paul: Statistisches zur Judenfrage. München 1920. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«.)
- Kuhlenbeck, Ludwig: Das Evangelium der Rasse. Briefe über das Rassenproblem. Prenzlau 1905. (Deutsches Wollen! Bd. 2).
- Kuhlenbeck, Ludwig: Rasse und Volkstum. Vortrag über politische Ergebnisse der modernen Rassenforschung. München 1905. (Flugschriften des Alldeutschen Verbandes. Heft 23).

- Kühn, Erich: Die Angeseilten. Ein Zeitroman. München 1922.
- Kühn, Erich: Die Gefahr des Bolschewismus für Deutschland und Österreich. München 1920. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Kühn, Erich: Deutsche Helden, Deutsches Volk und Juden. München 1920. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Kühn, Erich: Ist die Arbeit ein Fluch? München 1919. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Kühn, Erich: Rasse? Ein Roman. München 1921.
- Von deutscher Kunst und Literatur. (Semi-Kürschner, das Jahrhundertbuch — Erschienen als 1. Denkschrift des Reichshammerbundes im Jahre 1913). Hamburg 1919. (Heft 9 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Kunze, Richard: Judas Rache am Deutschen Wochenblatt. Berlin-Friedenau o. J. [ca. 1920].
- Lagarde, Paul de: Deutscher Glaube, Deutsches Vaterland, Deutsche Bildung. Das Wesentliche aus seinen Schriften. 16.—25. Tausend. Jena 1919.
- Lagarde, Paul de: Deutsche Schriften. München 1924. (Lagarde: Schriften für das deutsche Volk. Bd. 1).
- Lambach, Walther: Diktator Rathenau. 7.—12. Auflage. Hamburg und Leipzig 1918.
- (Langbehn, Julius): Jugend und Juden. Mahnwort eines Verstorbenen. Hamburg 1920. (Heft 13 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- (Langbehn, Julius): Rembrandt als Erzieher. Von einem Deutschen. 18. Auflage. Leipzig 1890. — 47. Auflage. Leipzig 1906.
- Lange, Friedrich: Reines Deutschtum. Grundzüge einer nationalen Weltanschauung. Mit einem Anhang: Nationale Arbeit und Erlebnisse. 3. stark vermehrte Aufl. Berlin 1904.
- Langemann, Ludwig: Der deutsche Zusammenbruch und das Judentum. Zweite vermehrte und verbesserte Auflage. München 1919.
- Lehmann-Hohenberg, Paul: Die Bedeutung der Mittelstandsbewegung und ihr Kulturziel. Leipzig 1908. (Hammer-Schriften Nr. 2).
- Lehmann, Paul: Hinter den Kulissen des Weltkrieges. Leipzig 1923. (Hammer-Schriften. Nr. 32).
- Lichtenberg, Reinhold von: Deutsches Land den Deutschen! Ein Beitrag zum Selbstbestimmungsrecht der Völker. Berlin (1921).
- Liek, Walter (= Hans von Liebig): Der Anteil des Judentums am Zusammenbruche Deutschlands. München 1919. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Liek, Walter (= Hans von Liebig): Der deutsche Arbeiter und das Judentum. 1.—20. Tsd. München 1920. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Liebig, Hans von: Der Betrug am deutschen Volk. München 1919. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Liebig, Hans von: Die Politik von Bethmann Hollwegs. Eine Studie Teil I: Das B-System vor dem Kriege. Teil II: Das B-System im Kriege. o. O., o. J. als Handschrift gedruckt [1915].
- Lienhardt, Hans: Ein Riesenverbrechen am Deutschen Volke und die Ersten Bibelforscher. Nürnberg (1921).
- Loose, Walter: Adolf Bartels der Literaturgeschichtsschreiber der Gegenwart.

- Eine Einführung in die »Geschichte der deutschen Literatur«. Braunschweig und Hamburg 1921.
- Die verborgene Macht. Die Entente-Freimaurerei während des Weltkrieges. 2. Aufl. Leipzig 1923.
- Marcion: Das alte Testament — eine »Heilige Schrift«? 1.—3. Aufl. Leipzig (1923).
- Maurenbrecher, Max: Goethe und die Juden. Eine Zusammenstellung. München 1921. (Deutschlands führende Männer und das Judentum. Bd. 3).
- Maurer, Hansjörg: § 175. Eine kritische Betrachtung des Problems der Homosexualität. München (1921).
- Meinert, Egbert: Neue Briefe von Dunkelmännern. Dritte Folge aus den Jahren 1920/21. Lorch 1922.
- Meinhold, Eberhard: Deutsche Rassepolitik und die Erziehung zu nationalem Ehrgefühl. München o. J. [1908].
- Meyer, Hermann. Der deutsche Mensch. Völkische Weltanschauung und Deutsche Volksgemeinschaft. Bde. 1, 2. München 1925.
- Meyer, H. Chr. H.: Der Jude und sein Sklaventum. Eine Studie zur Geschichte des Gaunertums. München 1921.
- Mousseaux, Gougenot des: Der Jude, das Judentum und die Verjudung der christlichen Völker. Aus dem Französischen übersetzt von Alfred Rosenberg. 1. Aufl. München 1921.
- Müller von Hausen, Ludwig: Die Hohenzollern und die Freimaurerei. Charlottenburg (1924).
- Müller von Hausen, Ludwig: Die Altpreußischen Logen und der Nationalverband deutscher Offiziere. Charlottenburg (1924).
- Nord, H.: Heinrich Heine als Dichter, Mensch und Deutscher. Hamburg o. J. [ca. 1910].
- Naudh, H. (= Heinrich Nordmann): Die Juden und der Deutsche Staat. 13. ergänzte Aufl. Leipzig 1920.
- Nüse, Karl: Der völkische Neuaufbau Deutschlands. Die Wiederaufrichtung des deutschen Volksgebäudes unter germanischem Rechte. Leipzig 1924.
- Otto, Friedrich Karl: Los von Juda. Ein Kampfruf gegen den jüdischen Welt-herrschafts-Gedanken. 2. Aufl. Sontra 1920.
- Peledes, A.: Was jeder Deutsche wissen mußte! Der Schlüssel zur Lösung der Schuldfrage. Charlottenburg o. J. [um 1919].
- Philipp, Albrecht: Der völkisch-nationale Gedanke im Kampf mit der Republik. (Vier Jahre deutschnationaler Reichstagsarbeit). Berlin 1924. (Flugschrift Nr. 147 der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle).
- Proházka, Ottokar: Die Judenfrage in Ungarn. Hamburg 1920. (Heft 21 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Die Zionistischen Protokolle. Das Programm der internationalen Geheim-Regierung. Aus dem Englischen übersetzt nach dem im Britischen Museum befindlichen Original. Mit einem Vor- und Nachwort von Theodor Fritsch. Leipzig 1924.
- Pudor, Heinrich: Landwirtschaft und Judentum. Berlin 1913.
- Pudor, Heinrich: Der Sinn des Hakenkreuzes. Hellerau-Dresden o. J.
- Quindel, Georg: 2. Vortrag über Bolschewismus und Judentum, gehalten am 8. April 1920. o. O. o. J. [Hannover ca. 1920].
- Rademacher, Ernst: 260 Revolutionshelden. Zur Erinnerung und zum Nach-

- denken dem Reichspräsidenten Fritz Ebert und dem deutschen Volke gewidmet. 2. erweiterte Aufl. Berlin 1920.
- Recke, Graf: Judentum und Freimaurerei. Kolberg o. J.
- Reventlow, Graf Ernst: Deutscher Sozialismus. Civitas Dei germanica. Weimar (1930).
- Rheinländer, A.: Die »deutschen« Juden in England während des Krieges. München 1920. (Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«).
- Röse, Karl: Germanendämmerung? Ist der drohende Untergang der germanischen Rasse unabwendbar? Sontra 1920.
- Roeder, Guido: Wider den Wucher. Ein Sammelruf nach rechts und links von einem Gegner der Mitte. Hamburg 1920. (Heft 20 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund.)
- Rohling, August: Talmud-Jude. (Prof. Dr. Aug. Rohling's Talmud-Jude). Mit einem Vorwort von Eduard Drumont aus der auch anderweitig vermehrten französischen Ausgabe von A. Pontigny in das Deutsche zurückübertragen von Carl Paasch. 31.—40. Tausend. Stuttgart (1924).
- Rosenberg, Alfred: Die Protokolle der Weisen von Zion und die jüdische Weltpolitik. München (1923).
- Rosenberg, Alfred: Schriften und Reden. Bde. 1,2. München 1943.
- Rosenberg, Alfred: Die Spur des Juden im Wandel der Zeiten. München 1920.
- Rosenberg, Alfred: Unmoral im Talmud. Mit einer Einleitung und Erläuterungen. München 1920.
- Rosenberg, Alfred: Das Verbrechen der Freimaurerei. Judentum/Jesuitismus/Deutsches Christentum. München 1921.
- Rosenberg Alfred: Der staatsfeindliche Zionismus. Hamburg 1922.
- (Roth, Alfred): Allen Führenden zu Deutschlands Erneuerung, die guten Willens sind. o. O. [Stuttgart] 1928.
- Roth, Alfred: Die Bedeutung der Kriegsschuldüge. Vortrag gehalten von Hauptmann d. R. a. D. Alfred Roth im Krieger- und Militärverein »Kaiser Friedrich« Stuttgart. Stuttgart 1926.
- Roth, Alfred / Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund: Das sollt Ihr tun! Stade 1921.
- Roth, Alfred: Einsichten und Bekenntnisse. Stuttgart 1924.
- Roth, Alfred: Geheime Fäden im Weltkrieg. Hamburg 1919. (Heft 2 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Roth, Alfred: Das kaufmännische Fortbildungsschulwesen in Deutschland, sein gegenwärtiger Stand und seine fernere Ausgestaltung, Hamburg 1903. (Schriften des D. H. V. Band 14).
- Roth, Alfred / Vereinigte Vaterländische Verbände von Württemberg und Hohenzollern: Der völkische Gedanke und die Studentenschaft. Vortrag gehalten auf Veranlassung des Hochschulringes in der Aula der Technischen Hochschule Stuttgart am 2. November 1923. Stuttgart o. J. [1923].
- (Roth, Alfred): Die Gehaltsfrage der Handlungsgehilfen. Der wirtschaftlichen Lage zweiter Teil. Vortrag gehalten auf dem zwölften deutschen Handlungsgehilfentag am 18. Juni 1911 in Breslau. Hamburg 1911.
- Roth, Alfred: Judas Herrschgewalt. Die Deutschvölkischen im Lichte der Behörden und des Staatsgerichtshofes. Eine Streitschrift. Hamburg 1923.
- Friedrich, Hans (= Alfred Roth): Die Juden im Heer. In: Deutschlands Er-

- neuerung 3 (1919). S. 863–868. — auch als Flugblatt aus »Deutschlands Erneuerung«. München 1920.
- Armin, Otto (= Alfred Roth): Die Juden im Heere. Eine statistische Untersuchung nach amtlichen Quellen. München 1919.
- Armin, Otto (= Alfred Roth): Die Juden in den Kriegs-Gesellschaften und in der Kriegs-Wirtschaft unter Benutzung amtlicher und anderer Quellen. München 1921.
- Roth, Alfred: Der Judenpranger. Ein Spiegelbild der jüdischen Seele dargestellt an namenlosen Briefen und Zuschriften von Juden und Jüdinnen gerichtet an Alfred Roth, Hamburg 1922.
- (Roth, Alfred): Vaterländische Jugendpflege. Vortrag gehalten auf dem Dreizehnten Deutschen Handlungsgehilfentage am 15. Juni 1913 in Frankfurt am Main. Hamburg 1913. (Schriften des DHV. Band 67).
- Roth, Alfred: Zwölf Kriegsaufsätze. Zur Aufmunterung, Mahnung und Warnung aller Deutschen geschrieben. Hamburg 1916/17.
- (Roth, Alfred): Die wirtschaftliche Lage der deutschen Handlungsgehilfen im Jahre 1908. Bearbeitet nach statistischen Erhebungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes vorgenommen im Jahre 1908. Hamburg 1910.
- Roth, Alfred: Rathenau. »Der Kandidat des Auslandes«. Hamburg 1922.
- Armin, Otto (= Alfred Roth): Von Rathenau zu Barmat. Der Leidensweg des deutschen Volkes. Stuttgart 1925.
- Roth, Alfred: Reinliche Scheidung. In: Der Jud ist schuld...? Diskussionsbuch über die Judenfrage. Basel, Berlin, Leipzig, Wien (1932). S. 127 — 141.
- Roth, Alfred / Vereinigte Vaterländische Verbände Württembergs: Um Sein oder Nicht-Sein! Rede gehalten auf dem 5. Vaterländischen Abend in Stuttgart aus Anlaß des Geburtsfestes des Generalfeldmarschalls Hindenburg am 4. Oktober 1923. Stuttgart o. J. [1923].
- Roth, Alfred: Meine Verteidigungsrede vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig. Stuttgart o. J. [1924].
- Roth, Alfred: Weg mit der Schuldflüge! Der andere Weg deutscher Außenpolitik. Stuttgart 1927.
- Roth, Alfred: Unser Wollen — unsre Arbeit. Eine Antwort auf die Frage nach Zweck und Ziel des Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bundes. Hamburg 1921.
- Roth, Alfred / Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund: Unser Wollen — unsere Aufgabe. Hamburg o. J. [1920].
- Roth, J.: Katholizismus und Judenfrage. München 1923.
- Ruge, Arnold: Deutsche Heimkehr. Eine Ostergabe an das Deutsche Volk. Leipzig 1917.
- Ruge, Arnold: Todsünde. Wege und Abwege eines Volkes. Leipzig o. J. [1926].
- Ruge, Arnold: Unsere Toten. Ein Weck- und Mahnruf an die Lebenden. Vortrag, gehalten in der »Erholung« zu Lüdenscheid, in der Providenzkirche zu Heidelberg und am 2. Vaterländischen Volksabend in Karlsruhe. Leipzig 1917.
- Scheibler, Albert: Der Kampf um die deutsche Volksseele. Ein politisches Gespräch. Berlin-Neukölln 1922.
- Schemann, Ludwig: Gobineau. Eine Biographie. Bd. 1–2. Straßburg 1913 ff.

- Schemann, Ludwig: Gobineau und die deutsche Kultur. Leipzig 1910. (Werdandi-Bücherei Bd. 3).
- Schemann, Ludwig: Paul de Lagarde. Ein Lebens- und Erinnerungsbild. 2. Aufl. Leipzig und Hartenstein i. Erzg. 1920.
- Schemann, Ludwig: Gobineaus Rassenwerk. Aktenstücke und Betrachtungen zur Kritik des Essai sur l'inégalité des races humaines. Stuttgart 1910.
- Schemann, Ludwig: Von deutscher Zukunft. Gedanken Eines, der auszog, das Hoffen zu lernen. Leipzig 1920.
- Herold, A. (= Ernst Schilasky): Die Sünden des Berliner Tageblattes. Ein Mahnruf an Christen und Juden. Hannover 1920.
- Schlange-Schöningen, Hans: Wir Völkischen! Rede des Deutschnationalen Abgeordneten Schlange-Schöningen in Stettin. Berlin 1924 (Flugschrift Nr. 142 der Deutschnationalen Schriftenvertriebsstelle).
- Pentha-Tull, Siegfried (= Hans Schliepmann): Die siegreiche Weltanschauung (Neo-Macchiavellismus) und wir Juden. Leipzig und Hartenstein im Erzgebirge 1920.
- Schmidt-Gibichenfels, Otto: Ist der Kapitalismus die Ursache aller Leiden? Hamburg o. J. (Sonderdruck aus der Polit.-Anthr. Monatsschrift 1920).
- Schmidt-Gibichenfels, Otto: Die zwei Menschenklassen. Hamburg o. J. (Sonderdruck aus der Polit.-Anthr. Monatsschrift 1920).
- Schmidt-Gibichenfels, Otto: Der Sozialismus im wahren und im falschen Sinne. Berlin-Steglitz o. J. (Sonderdruck aus der Polit.-Anthr. Monatsschrift 1919).
- Schmidt-Gibichenfels, Otto: Die Wahrheit über den Marxismus. Hamburg o. J. (Sonderdruck aus der Politisch-Anthropologischen Monatsschrift 1921).
- Schmidt-Gibichenfels, Otto: Die Weltkrankheit. Hamburg o. J. (Sonderdruck aus der Politisch-Anthropologischen Monatsschrift 1920).
- Schrönghamer-Heimdal, F.: Judas, der Weltfeind. Was Jeder über die Juden wissen muß. Die Judenfrage als Menschheitsfrage und ihre Lösung im Lichte der Wahrheit. München 1919.
- Schultheiss, Franz Guntram: Deutschnationales Vereinswesen. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Nationalgefühls. München 1897. (Der Kampf um das Deutschtum. Heft 2).
- Jüdische Selbstbekenntnisse. 2. Aufl. Leipzig 1920. (Hammer-Schrift Nr. 19).
- Semigothaismen. Allgemeines und Persönliches vom Semigothaismus. Beiträge zu dessen Sein und Werden, nebst einer Auswahl der wertvollsten Äußerungen aus den dies- und jenseitigen Lagern über die semigothaischen Ereignisse, Um- und Zustände vorzüglich des Jahres 1913. München 1914.
- Semi-Imperator 1888—1918. Eine genealogisch-rassengeschichtliche Aufklärung zur Warnung für die Zukunft — ein packender Kommentar zu den Semi-Alliancen im besonderen und semigothaischen Erkenntnissen im allgemeinen. München 1919.
- Semi-Kürschner. 1913 Erster Jahrgang. Oder Literarisches Lexikon der Schriftsteller, Dichter, Bankiers, Geldleute, Ärzte, Schauspieler, Künstler, Musiker, Offiziere, Rechtsanwälte, Revolutionäre, Frauenrechtlerinnen, Sozialdemokraten usw., jüdischer Rasse und Versippung, die von 1813—1913 in Deutschland tätig oder bekannt waren. Herausgegeben von Philipp Stauff. Berlin 1913.
- Siebert, Fr.: Der völkische Gehalt der Rassenhygiene. München 1917. (Bücherei deutscher Erneuerung Bd. 3).

- Sigfrid und Ahasver. Hamburg 1919. (Heft 1 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Sigfrid-Arminius, K. von: Die Deutschvölkische Bewegung, deren Aufgaben und Ziele. Hofkirchen (1924).
- Die Sittenlehre des Juden. Auszug aus dem Talmud (Schulchan-Aruch). Zusammenstellung rabbinischer Lehren und jüdischer Sittengesetze, dem Talmud bzw. Schulchan-Aruch entnommen und kommentiert von dem Orientalischen Professor Eisenmenger und dem Kanonikus Professor Dr. August Rohling in Prag. Veröffentlicht auf Grund des eidlichen Gutachtens des gerichtlichen Sachverständigen Professor Dr. Jakob Ecker in Trier. Stuttgart o. J. [1919]. Zu beziehen durch den Deutschen Schutz- und Trutz-Bund, Hauptgeschäftsstelle Hamburg.
- Sixtin, Wilderich: Um das grün-rot-goldene Band. Bild aus dem Studentenleben. Hamburg o. J. [ca. 1920].
- Völkischer Spiegel. Die völkischen Führer in Bild und Wort. Weimar o. J. [1924].
- Stahl, Felix: Deutschland ein Ghetto, o. O. (1919). [Als Handschrift gedruckt].
- Stapel, Wilhelm: Antisemitismus. Hamburg o. J. [1920]. (2. Sonderdruck aus dem »Deutschen Volkstum«).
- Stapel, Wilhelm: Antisemitismus und Antigermanismus. Über das seelische Problem der Symbiose des deutschen und des jüdischen Volkes. Hamburg, Berlin, Leipzig (1928).
- Stauf von der March, Ottokar: Die Juden im Urteil der Zeiten. Eine Sammlung jüdischer und nichtjüdischer Urteile. München 1921.
- Stauff, Philipp (Hrsg.): Voltaire über die Juden. Herausgegeben im Auftrage des Deutschvölkischen Schriftsteller-Verbandes, Berlin-Lichterfelde 1913. (2. Denkschrift des Deutschvölkischen Schriftsteller-Verbandes).
- Stille, Gustav: Der Kampf gegen das Judentum. Hamburg o. J. [1910].
- Stürmer, Dietrich: Maximilian Harden! Der »geheimnisvolle Gewaltige«?! Eine Studie. 5.—12. Tausend. Leipzig 1920.
- Tafel, Paul: Das neue Deutschland. Ein Rätestaat auf nationaler Grundlage. München 1920.
- Weimarer historisch-genealoges Taschenbuch des gesamten Adels jehudäischen Ursprunges. (Semigotha). 1. Jg. Weimar 1912.
- Semigothaisches Genealogisches Taschenbuch. Ari(sto)kratisch-jüdischer Heiraten mit Enkel-Listen (Deszendenz-Verfolgen) (Semi-Alliancen). 3. Jg. München 1914.
- Teja: Revolutions-Bilanzen. Den deutschen Fürstengeschlechtern und Arbeitern gewidmet. Leipzig 1920. (Hammer-Schriften. Nr. 26).
- Thompson, George: Der Zar, Rasputin und die Juden. Meine Erlebnisse aus der Zeit vor und während der Kriege, vor und während der Revolution. Hamburg 1922.
- Totengräber Rußlands. Zeichnungen von Otto v. Kursell. Verse von Dietrich Eckart. 71.—100. Tausend. München (1921).
- Treitschke, Heinrich von: Ein Wort über unser Judentum. Separatabdruck aus dem 44., 45. und 46. Bande der Preußischen Jahrbücher. 4. vermehrte Aufl. Berlin 1881.
- Das Neue Ungarn. Ein Sieg des völkischen Gedankens. Von einem Deutschungarn. Herausgegeben vom Vereinigten Ungarischen Christlichnationalen Verband. München 1920.

- Upclair, Sincton: Der Rattenkönig. Revolutions-Schieber und ihre Helfer. Die Wahrheit über den Fall Sklarz. Berlin 1920.
- Vietinghoff, Leopold von / Alldeutscher Verband: Grundzüge des völkischen Staatsgedankens. 3. Aufl. Berlin o. J.
- Deutsches Volkstum und Freimaurertum in drei Abhandlungen. Hamburg 1921. (Heft 26 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Wagemann, Arnold: Vom Rechte, das mit uns geboren ist. Ein Weckruf für das deutsche Volk. Hamburg (1920). (Handbuch für die Lehrgemeinden des Bundes für Deutsches Recht).
- Wagner, Richard: Das Judentum in der Musik 1869. Herausgegeben von Philipp Stauff. Weimar 1914. (3. Denkschrift des Deutschvölkischen Schriftstellerverbandes. 1. Neudruck).
- Wahrmund, Adolf: Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft. 2. Aufl. München 1919.
- Wälse, Treumund: Das neue Boden-Recht. Von Bodenbesitz, Bodenreform, Bodenrente. Die Grundlage germanischer Wiedergeburt. Zeitz. 1916.
- Was wird aus den Ostjuden? Eine kritische Auseinandersetzung zur Ostjudenfrage. Hamburg 1920. (Heft 17/18 der Hammer-Schläge. Herausgegeben vom Deutschvölkischen Schutz- und Trutz-Bund).
- Werner, Ferdinand: Ein öffentliches Heinedenkmal auf deutschem Boden? Den Herren vom Hamburger Senat und Frankfurter Magistrat ergebenst gewidmet. (Fort mit der Schmach eines öffentlichen Heinedenkmal. Ein letztes Mahnwort an den Hamburger Senat und Frankfurter Magistrat). Leipzig 1913.
- Werner, Ferdinand: Der Wahrheit eine Gasse! Eine Abrechnung mit dem Judentum und seinen Helfern. München 1919.
- Westerich, Thomas: Der heimliche Deutschmeister. Stade 1923.
- Westerich, Thomas: Hammar. Das Atlantis-Mysterium in drei Aufzügen und zehn Bildern. Leipzig (1920).
- Westerich, Thomas: Deutschvölkische Kulturpolitik. Mit Anhang: Kulturpolitische Leitsätze, Arbeitsentwurf; Stoffanleitung; das kranke Schaffen im völkischen Lichte; die religiösen Strömungen im völkischen Lichte. Hamburg 1921.
- Westerich, Thomas: Der dritte Weg als letzte Möglichkeit. Ein Katechismus der Freiheit. Hamburg 1922.
- Westerich, Thomas: Der religiöse Weltaufbruch im völkischen Lichte. Leipzig 1921.
- Wichtl, Friedrich: Freimaurerei — Zionismus — Kommunismus — Spartakismus — Bolschewismus. Hamburg o. J. [1921].
- Wichtl, Friedrich: Freimaurer-Morde. 2. Aufl. Regensburg 1921.
- Wichtl, Friedrich: Dr. Karl Kramarsch der Anstifter des Weltkrieges. 5. durchgesehene und vermehrte Aufl. München-Wien 1918.
- Wichtl, Friedrich: Weltfreimaurerei Weltrevolution Weltrepublik. Eine Untersuchung über Ursprung und Endziele des Weltkrieges. Neu herausgegeben von Ernst Berg. 11. Aufl. (50.—54. Tausend) München 1928.
- Wie man die Juden zu Kulturmenschen macht! Eine wahre Geschichte aus dem großen Kriege. Berlin o. J.
- Wiedemeyer, Rudolf: Die entlarvten Judenfreunde. Geistiges Exerzierreglement für völkische Redner und kritische Hörer. München (1923).
- Wieland, Hermann: Atlantis, Edda und Bibel. Das entdeckte Geheimnis der

- Heiligen Schrift. Des deutschen Volkes Rettung aus Not und Tod. Nürnberg 1922.
- Wilke, Joh. Hermann: Die Weltrevolution – Deutschlands Erhebung. Die Weissagungen von Lehnin bis Lenin im Lichte ihrer Erfüllung. Werder a. H. 1920.
- Wilser, Ludwig: Die Germanen. Bd. 1, 2. 3. Aufl. Leipzig 1919/20.
- Wilser, Ludwig: Das Hakenkreuz nach Ursprung, Vorkommen und Bedeutung. 3. Auflage 1920.
- Wolf, Heinrich: Deutsche Geschichte. Eine Einführung in das Verständnis unserer vaterländischen Geschichte. Hannover 1921.
- Wolf, Heinrich: Wenn ich Kulturminister wäre! Leipzig 1919.
- Woltmann, Ludwig: Politische Anthropologie. Eisenach, Leipzig 1903.
- Wolzogen, Ernst von: Harte Worte, die gesagt werden müssen. 2. Aufl. Leipzig 1919. (Hammer-Schrift. Nr. 16).
- Wundt, Max: Was heißt völkisch? 1. und 2. Aufl. Langensalza 1924. (Schriften zur politischen Bildung Heft 16. Friedrich Mann's Pädagogisches Magazin Heft 987).

d) Andere zeitgenössische Schriften

- Bernhardi, Friedrich von: Deutschland und der nächste Krieg. Stuttgart, Berlin 1912.
- Deutsch, A. R.: Briefe an einen antisemitischen Freund. Leipzig 1926.
- Ehrhardt, Hermann: Deutschlands Zukunft. Aufgaben und Ziele. München 1921.
- Felden, Emil: Die Sünde wider das Volk. Berlin 1921.
- Fendrich, Anton: Der Judenhaß und der Sozialismus. 1.–50. Tausend, Freiburg i. B. 1920.
- Geiger, Ludwig: Die deutschen Juden und der Krieg. Berlin o. J. [1915]. (Kriegspolitische Einzelschriften. Heft 3).
- Goldstein, Julius: Rasse und Politik. Schlüchtern 1921.
- Haenisch, Konrad: Staat und Hochschule. Ein Beitrag zur nationalen Erziehungsfrage. Berlin 1920.
- Hitler, Adolf: Mein Kampf. 2 Bände in einem Band, ungekürzte Ausgabe. 449.–453. Auflage. München 1939.
- Hitler, Adolf: Warum mußte ein 8. November kommen? In: Deutschlands Erneuerung 8 (1924) S. 199–207.
- Adolf Hitler. Sein Leben und seine Reden. Herausgegeben von Adolf-Viktor von Koerber. 20. Tausend München o. J. [1924].
- Adolf Hitlers Reden. Herausgegeben von Ernst Boepple. München (1933).
- Jöhlinger, Otto: Bismarck und die Juden. Unter Benutzung unveröffentlichter Quellen. Berlin 1921.
- Der Jud ist schuld...? Diskussionsbuch über die Judenfrage. Basel, Berlin, Leipzig, Wien (1932).
- Judentaufen. Von Werner Sombart, Matthias Erzberger, Friedrich Naumann [u. a.]. 3. Aufl. München 1912.
- Klärung. 12 Autoren, Politiker über die Judenfrage. Berlin 1932.
- Lange, Bruno: Juden, Weltkrieg, Revolution. Eine Aufklärungsschrift. 2. durchgesehene Auflage. Essen o. J. [1919].
- Leiser, Walter: Die Juden im Heer. Eine Kriegsstatistik. Berlin 1919.

- Liebermann, A.: Zur jüdischen Moral. Das Verhalten von Juden gegenüber Nichtjuden nach dem jüdischen Religionsgesetze. Quellenmäßig dargestellt. Berlin o. J.
- Mahraun, Artur: Gegen getarnte Gewalten. Weg und Kampf einer Volksbewegung. Berlin 1928.
- Michel, Wilhelm: Verrat am Deutschtum. Eine Streitschrift zur Judenfrage. Hannover, Leipzig (1922).
- Nathan, Paul: Die Ostjuden in Deutschland und die antisemitische Reaktion. (Zeit- und Streitfragen Heft 5). Berlin 1922
- Ostjuden in Deutschland. (Schriften des Arbeiterfürsorgeamtes der jüdischen Organisationen Deutschlands Heft II). Berlin 1921.
- Oppenheimer, Franz: Die Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums, München 1922.
- Plümer, Friedrich: Die Wahrheit über Hitler und seinen Kreis. o. O. 1925.
- Rathenau, Walther: Der Kaiser. Eine Betrachtung. Berlin 1919.
- Rathenau, Walther: Probleme der Friedenswirtschaft. Berlin 1917.
- Rathenau, Walther: Deutschlands Rohstoffversorgung. Berlin 1916.
- Rathenau, Walther: Die neue Wirtschaft. Berlin 1918.
- Sünder, Artur (= Hans Reimann): Die Dinte wider das Blut. Ein Zeitroman, o. O., o. J. [ca. 1920].
- Rosenberg, Alfred: Das Parteiprogramm. Wesen, Grundsätze und Ziele der NSDAP. 25. Aufl. München (1943).
- Segall, Jacob: Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914—1918. Eine statistische Studie. Berlin 1921.
- Sombart, Werner: Die Juden und das Wirtschaftsleben. 6. Tausend. Leipzig 1911.
- Sombart, Werner: Die Zukunft der Juden. Leipzig 1912.
- Strack, Hermann L.: Jüdische Geheimgesetze? Mit drei Anhängen: Rohling, Ecker und kein Ende? Artur Dinter und Kunst, Wissenschaft, Vaterland. »Die Weisen von Zion« und ihre Gläubigen. Berlin 1920.
- Troeltsch, Ernst: Spektator-Briefe. Aufsätze über die deutsche Revolution und die Weltpolitik 1918/22. Zusammengestellt und herausgegeben von H. Baron. Tübingen 1924.

e) Tagebücher, Memoiren und ähnliches

- Deutscher Aufstand. Die Revolution des Nachkriegs. Herausgegeben von Curt Hotzel. Stuttgart 1934.
- Adolf Bartels. Leben, Wesen und Werk. Herausgegeben im Auftrage des Adolf-Bartels-Bundes durch den Bundesvorsitzenden Detlef Cölln. Heide 1935. (2. Veröffentlichung des Adolf-Bartels-Bundes, Sonderheft der Zeitschrift »Dithmarschen«, zugleich Jahresgabe 1935 der Hebbelgemeinde, E. V., Sitz Wesselburen).
- Festgabe zum sechzigsten Geburtstag von Adolf Bartels. Hrsg. vom Bartels-Bund durch Walter Loose. Leipzig 1922.
- Adolf Bartels. Festgabe zum achtzigsten Geburtstag. Herausgegeben vom Bartels-Archiv durch Walter Loose. Neumünster 1944.
- Blumenfeld, Kurt: Erlebte Judenfrage. Ein Vierteljahrhundert deutscher Zionismus. Herausgegeben und mit einer Einführung versehen von Hans Tramer. Stuttgart 1962.

- Bonhard, Otto: Geschichte des Alldeutschen Verbandes. Leipzig, Berlin 1920.
- Buch, Willi: 50 Jahre antisemitische Bewegung. Beiträge zu ihrer Geschichte. München (1937).
- Claß, Heinrich: Julius Friedrich Lehmann und der Alldeutsche Verband. In: Deutschlands Erneuerung 19 (1935). S. 258—261.
- Claß, Heinrich: Wider den Strom. Vom Werden und Wachsen der nationalen Opposition im alten Reich. Leipzig (1932).
- Curator, Carsten: Putsche, Staat und wir! Karlsruhe 1931.
- Dietz, Werner: Deutschland erwache. Dokumente aus der Hitler-Partei. o. O., o. J. [ca. 1932].
- Ebermayer, Ludwig: Fünfzig Jahre Dienst am Recht. Leipzig, Zürich 1930.
- Kapitän Ehrhardt. Abenteuer und Schicksale. Nacherzählt von *** hrsg. von Friedrich Freksa. 1. bis 11. Tsd. Berlin (1924).
- Frank, Hans: Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse. München-Gräfelfing 1933.
- Gebattel, Ludwig von: Notizen zur Geschichte meiner Familie. Skizze zum Stammbaum der Freiherrlich von Gebattel'schen Familie. Augsburg 1927.
- Gerlach, Hellmut von: Von Rechts nach Links. Zürich 1937.
- Gerstenhauer, Max Robert: Der völkische Gedanke in Vergangenheit und Zukunft. Aus der Geschichte der völkischen Bewegung. Leipzig 1933.
- Goldstein, Moritz: German Jewry's Dilemma. The Story of a Provocative Essay. In: Publications of the Leo Baeck Institute of Jews from Germany. Year Book II (1957). S. 236—254.
- Heinz, Friedrich Wilhelm: Die Nation greift an. Geschichte und Kritik des soldatischen Nationalismus. Berlin 1933.
- Heinz, Friedrich Wilhelm: Sprengstoff. Berlin 1930.
- Hoegner, Wilhelm: Die verratene Republik. Geschichte der deutschen Gegenrevolution. München (1958).
- Der Kampf um das Reich. Herausgegeben von Ernst Jünger. 2. vermehrte Auflage. Essen o. J.
- Killinger, Manfred von: Ernstes und Heiteres aus dem Putschleben. 9. Aufl. München 1942.
- Killinger, Manfred von: Kampf um Oberschlesien 1921. Bisher unveröffentlichte Aufzeichnungen des Führers der »Abteilung v. Killinger« genannt »Sturmkompanie Koppe«. 2. Aufl. Leipzig o. J. [ca. 1939].
- Kortner, Fritz: Aller Tage Abend. (München 1959).
- Krebs, Albert: Tendenzen und Gestalten der NSDAP. Erinnerungen an die Frühzeit der Partei. Stuttgart 1959. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Bd. 6).
- Krüger, Alf: Der Weg, auf dem wir angetreten. Berlin 1938.
- Verleger J. F. Lehmann. Ein Leben im Kampf für Deutschland. Lebenslauf und Briefe. Hrsg. von Melanie Lehmann. München 1935.
- Ludecke, Kurt Georg Wilhelm: I knew Hitler. The Story of a Nazi who escaped the blood Purge. London (1938).
- Ludendorff, Erich: Vom Feldherrn zum Weltrevolutionär und Wegbereiter Deutscher Volksschöpfung. Meine Lebenserinnerungen von 1919 bis 1925. München (1940).
- Ludendorff, Erich: Auf dem Weg zur Feldherrnhalle. Lebenserinnerungen an die Zeit des 9. 11. 1923. München 1937.

- Mann, Rudolf: Mit Ehrhardt durch Deutschland. Erinnerungen eines Mitkämpfers von der 2. Marinebrigade. Berlin 1921.
- Marx, Julius: Kriegstagebuch eines Juden. (2. Aufl.) Frankfurt am Main 1964.
- Mayer, Gustav: Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung. München (1949).
- Noske, Gustav: Von Kiel bis Kapp. Berlin 1920.
- Noske, Gustav: Erlebtes aus Aufstieg und Niedergang einer Demokratie. Offenbach (1947).
- Röhm, Ernst: Die Geschichte eines Hochverrätters. 4. neu bearbeitete Auflage. München 1933.
- Roszbach, Gerhard: Mein Weg durch die Zeit. Erinnerungen und Bekenntnisse. Weilburg 1950.
- Rathenau, Walther: Tagebuch 1907—1922. Herausgegeben und kommentiert von Hartmut Pogge-v. Strandmann. Düsseldorf (1967).
- Roth, Alfred: Aus der Kampfzeit des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes. Eine Erinnerungsschrift. Hamburg 1939.
- Roth, Alfred: Auf gerader Linie. Ein Rückblick auf 45 Jahre im Kampf ums Deutschtum. Privatdruck [Hamburg 1944].
- Roth, Alfred: So sah ich den Krieg. Briefe aus dem Felde und aus Lazaretten. Leipzig 1930.
- Salomon, Ernst von: Der Fragebogen. Hamburg (1951).
- Salomon, Ernst von: Die Geächteten. 25.—54. Tsd. Gütersloh (1930).
- Salomon, Ernst von: Nahe Geschichte. Ein Überblick. Berlin (1936).
- Scheidemann, Philipp: Memoiren eines Sozialdemokraten. Bde. I, II. Dresden 1928.
- Schemann, Ludwig: Fünfundzwanzig Jahre Gobineau-Vereinigung 1894 — 12. Februar — 1919. Ein Rückblick. Straßburg und Berlin 1919.
- Schmahl, Eugen und Wilhelm Seipel: Entwicklung der völkischen Bewegung. Die völkische Bauernbewegung in Hessen von der Boeckelzeit bis zum Nationalsozialismus. Entwicklung der nationalsozialistischen Bauernbewegung in Hessen. Gießen 1933.
- Schwede-Coburg, Franz: Kampf um Coburg. 4. Aufl. München (1943).
- Sebottendorff, Rudolf von: Bevor Hitler kam. Urkundliches aus der Frühzeit der nationalsozialistischen Bewegung. 1. Aufl. München 1933.
- Selbstzeugnisse des deutschen Judentums 1870—1945. Herausgegeben von Achim v. Borries. (Frankfurt a. M., Hamburg 1962). (Fischer Bücherei 439).
- Severing, Carl. Mein Lebensweg. Bde 1, 2. Köln 1950.
- Alter, Junius (= Franz Sontag): Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit. 21.—25. Tausend. Leipzig (1930).
- Techow, Ernst-Werner: »Gemeiner Mörder —?!« Das Rathenau-Attentat. 1.—5. Tausend. Leipzig o. J. [1934]. (Nationale Zeitfragen Nr. 2).
- VDSt. Fünfzig Jahre Arbeit für Volkstum und Staat. Den Vereinen Deutscher Studenten zum 6. August 1931 gewidmet von Karl Maßmann und R. P. Oßwald. Berlin 1931.
- Wassermann, Jakob: Mein Weg als Deutscher und Jude. Berlin 1921.
- Westarp, Kuno Graf: Am Grabe der Parteienherrschaft. Bilanz des deutschen Parlamentarismus von 1918—1932. Berlin o. J.
- Der nationale Wille. Werden und Wirken der Deutschnationalen Volkspartei 1918—1928. Herausgegeben von Max Weiß. Leipzig 1928.

- Wrisberg, Ernst von: Erinnerungen an die Kriegsjahre im Königlich Preussischen Kriegsministerium. Bde 1—3. Leipzig 1921—1922.
- Wulle, Reinhold: Das Schuldbuch der Republik. 13 Jahre deutscher Politik. Rostock (1932).

f) Dokumentationen

- Die Anfänge der Berliner NSDAP 1926/27. Dokumentation herausgegeben von Martin Broszat. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8 (1960). S. 85 bis 118.
- Anschläge. Deutsche Plakate als Dokumente der Zeit 1900—1960. Herausgegeben von Friedrich Arnold. (Ebenhausen b. München 1963).
- Die Auflagen-Kurve des Völkischen Beobachters und die Entwicklung des Nationalsozialismus Dezember 1920 — November 1923. Dokumentation herausgegeben von Charles F. Sidman. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13 (1965). S. 112—120.
- Der Berliner Antisemitismusstreit. Herausgegeben von Walter Boehlich. (Frankfurt am Main: Insel-Verlag 1965). (Sammlung Insel 6)
- Aus den Akten der Prozesse gegen die Erzberger-Mörder. Dokumentation herausgegeben von Gotthard Jasper. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 10 (1962). S. 430—453.
- Ausgewählte Dokumente zur Geschichte des Nationalsozialismus 1933—1945. Herausgegeben von Hans-Adolf Jacobsen und Werner Jochmann. Bde 1, 2 Bielefeld (1961 ff.).
- Gottfried Feder calls Hitler to order: An unpublished letter on Nazi party affairs. Ed. by Oron James Hale. In: The Journal of Modern History 30 (1958). S. 358—362.
- Hitler als Parteiredner im Jahre 1920. Dokumentation herausgegeben von Reginald H. Phelps. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 11 (1963), S. 274—330.
- Hitlers Eintritt in die Politik und die Reichswehr. Dokumentation herausgegeben von Ernst Deuerlein. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7 (1959) S. 177—227.
- Hitlers »grundlegende« Rede über den Antisemitismus. Dokumentation herausgegeben von Reginald H. Phelps. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 16 (1968). S. 390—420.
- Der Hitler-Prozeß vor dem Volksgericht in München. Teile I, II. München 1924.
- Der Hitler-Putsch. Bayerische Dokumente zum 8./9. November 1923. Eingeleitet und herausgegeben von Ernst Deuerlein. Stuttgart 1962. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Bd. 9).
- Jochmann, Werner: Nationalsozialismus und Revolution. Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922—1933. Dokumente. (Frankfurt a. M. 1963). (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. Bd. 3).
- Justiz im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Herausgegeben von Ilse Staff. (Frankfurt am Main 1964). (Fischer Bücherei 559).
- Der Nationalsozialismus. Dokumente 1933—1945. Herausgegeben, eingeleitet und dargestellt von Walther Hofer. Durchgesehene Aufl. (Frankfurt am Main 1957). (Fischer Bücherei 172).

- Das Tagebuch von Joseph Goebbels 1925/26. Mit weiteren Dokumenten herausgegeben von Helmut Heiber. Stuttgart (1960). (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 1).
- Theater für die Republik 1917—1933. Im Spiegel der Kritik. Herausgegeben von Günther Rühle. (Frankfurt a.M. 1967).
- Die Zerstörung der deutschen Politik. Dokumente 1871—1933. Herausgegeben und kommentiert von Harry Pross. (Frankfurt a. M. 1959). (Fischer Bücherei 264).

2. Nachschlagewerke

- Die Braunhemden im Reichstag. Die Nationalsozialistische Reichstagsfraktion 1932. VII. Wahlperiode. Mit Abbildungen und Personalangaben der Mitglieder. München 1933.
- Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935. Berlin (1934).
- Handbuch für den Deutschen Burschenschafter. Im Auftrage der Deutschen Burschenschaft herausgegeben von Hermann Haupt. 4. vermehrte und umgearbeitete Auflage. Frankfurt am Main 1927.
- Juden im deutschen Kulturbereich. Ein Sammelwerk. Herausgegeben von Siegmund Kaznelson. 2. stark erweiterte Ausgabe. Berlin (1959).
- Fünftausend Köpfe. Wer war was im Dritten Reich. Herausgegeben von Erich Stockhorst. (Velbert, Kettwig 1967)
- Lexikon des Judentums. (Gütersloh 1967).
- MdR Biographisches Handbuch der Reichstage. Hrsg. von Max Schwarz. (Hannover 1965).
- Deutsche Politik. Ein völkisches Handbuch. Hrsg. i. Auftrag und bearb. von Angehörigen des Kyffhäuser-Verbandes der Vereine Deutscher Studenten durch Wilhelm Berensmann u. a. Frankfurt 1926.
- Das Deutsche Reich von 1918 bis heute. Herausgegeben von Cuno Horkenbach. Berlin (1930).
- Rosten, Curt: Das ABC des Nationalsozialismus. 6. veränderte und erweiterte Auflage. Berlin 1933.
- Die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft und Praxis von Gerhard Anschütz. 3. u. 4. völlig umgearb. Aufl. Berlin 1926. (Stilke's Rechtsbibliothek Nr. 1).
- Volz, Hans: Daten der Geschichte der NSDAP. Neunte unveränderte Auflage. Berlin, Leipzig 1939.
- Wer ist's? Begründet und herausgegeben von Hermann A. L. Degener. 7. Aufl. Berlin 1914; 8. Aufl. Berlin 1922; 10. Aufl. Berlin 1935.
- Deutscher Wirtschaftsführer. Lebensgänge deutscher Wirtschaftspersönlichkeiten. Ein Nachschlagebuch über 13 000 Wirtschaftspersönlichkeiten unserer Zeit. Bearbeitet unter Förderung wirtschaftlicher Organisationen der Industrie und des Handels von Georg Wenzel. Hamburg—Berlin—Leipzig 1929.

3. Darstellungen

- Ackermann, Nathan W. and Marie Jahoda. Anti-Semitism and Emotional Disorder. A Psychoanalytic Interpretation. New York (1950).

- Adler, Hans Günther: Die Juden in Deutschland. Von der Aufklärung bis zum Nationalsozialismus. München (1960).
- Adler-Rudel, S.: Ostjuden in Deutschland 1880—1940. Zugleich eine Geschichte der Organisationen, die sie betreuten. Tübingen 1959. (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Institute of Jews from Germany 1).
- Allport, Gordon William: Treibjagd auf Sündenböcke. Berlin, Bad Nauheim (1951).
- Andics, Hellmut: Der ewige Jude. Ursachen und Geschichte des Antisemitismus. Wien (1965).
- Anschütz, Helga: Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei in Hamburg. Ihre Anfänge bis zur Reichstagswahl vom 14. September 1930. Diss. phil. [Masch.] Hamburg 1956.
- Antisemitismus. Zur Pathologie der bürgerlichen Gesellschaft. Herausgegeben von Hermann Huss und Andreas Schröder. (Frankfurt am Main 1965) (Sammlung »res novae« Band 36).
- Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. 2. Aufl. Frankfurt a. M. (1958).
- Auer, Johann: Zwei Aufenthalte Hitlers in Wien. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14 (1966). S. 207—208.
- Autoritarismus und Nationalismus — ein deutsches Problem? Bericht über eine Tagung veranstaltet vom Institut für staatsbürgerliche Bildung Rheinland-Pfalz. (Frankfurt a. M. 1963). (Politische Psychologie Bd. 2).
- Bechtel, Heinrich: Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Bd. III. Im 19. und 20. Jahrhundert. München (1956).
- Beck, Friedrich Alfred: Kampf und Sieg. Geschichte der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei im Gau Westfalen-Süd von den Anfängen bis zur Machtübernahme. Im Auftrage des Gauleiters Josef Wagner. Dortmund 1938.
- Bein, Alexander: Der moderne Antisemitismus und seine Bedeutung für die Judenfrage. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6 (1958). S. 340—360.
- Bein, Alexander: Die Judenfrage in der Literatur des modernen Antisemitismus als Vorbereitung zur Endlösung«. In: Bulletin des Leo Baeck Instituts 6 (1963). S. 4—51.
- Berendt, Erich Franz: Soldaten der Freiheit. Ein Parolebuch des Nationalsozialismus 1918—1925. Berlin (1935).
- Berghahn, Volker R.: Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918—1935. Düsseldorf 1966. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Band 33).
- Berner, Alfred: Vom Gesellenverein zum nationalen Sozialismus. Betrachtungen über die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung unter besonderer Bedachtnahme auf das Land Schlesien. Troppau (1930).
- Bernstein, F.: Der Antisemitismus als Gruppenerscheinung. Versuch einer Soziologie des Judenhasses. Berlin 1926.
- Besser, Joachim: Die Vorgesichte des Nationalsozialismus in neuem Licht. In: Die Pforte 2 (1949/1950). S. 763—784.
- Bieber, Hugo: Anti-Semitism in the First Years of the German Republic. In: Yivo Annual of Jewish Social Science IV (1949). S. 123—145.
- Bleuel, Hans Peter u. Ernst Klinnert: Deutsche Studenten auf dem Weg ins

- Dritte Reich. Ideologien — Programme — Aktionen 1918—1935. (Gütersloh 1967).
- Borch, Herbert von: Obrigkeit und Widerstand. Zur politischen Soziologie des Beamtentums. Tübingen 1954.
- Brammer, Karl: Attentäter, Spitzel und Justizrat Claß. Der Seeckt- und Harden-Prozeß. Berlin 1924. (Politische Prozesse. Heft V).
- Brammer, Karl: Das politische Ergebnis des Rathenauprozesses. Auf Grund des amtlichen Stenogramms. Berlin 1922. (Politische Prozesse. Heft I).
- Brammer, Karl: Fünf Tage Militärdiktatur. Dokumente zur Gegenrevolution. Unter Verwendung amtlichen Materials. Berlin 1920.
- Bronder, Dietrich: Bevor Hitler kam. Eine historische Studie. Hannover (1964).
- Broszat, Martin: Die antisemitische Bewegung im Wilhelminischen Deutschland. Phil. Diss. [Masch.] Köln 1952.
- Broszat, Martin: Die völkische Ideologie und der Nationalsozialismus. In: Deutsche Rundschau 84 (1958), S. 53—68.
- Broszat, Martin: Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm und Wirklichkeit. 4. Aufl. Stuttgart (1961).
- Buchheim, Hans: Das Dritte Reich. Grundlagen und politische Entwicklung. München (1958).
- Bullock, Alan: Hitler. Eine Studie über Tyrannei. 16.—29. Tsd. Düsseldorf (1959).
- Bussmann, Walter: Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Weimarer Republik. In: Historische Zeitschrift 190 (1960) S. 55—57.
- Carsten, Francis L.: Reichswehr und Politik 1918—1933. 2. Auflage. Köln, Berlin (1965).
- Comfort, Richard A.: Revolutionary Hamburg. Labor Politics in the Early Weimar Republic. Stanford California 1966.
- Conrad-Martius, Hedwig: Utopien der Menschengzuchtung. Der Sozialdarwinismus und seine Folgen. München 1955.
- Coudenhove-Kalergi, Heinrich Graf: Das Wesen des Antisemitismus. Wien, Leipzig, Paris 1929.
- Curtiss, John Shelton: An Appraisal of the Protocols of Zion. New York 1942.
- Daim, Wilfried: Der Mann, der Hitler die Ideen gab. Von den religiösen Verirrungen eines Sektierers zum Rassenwahn des Diktators. (München 1958).
- Danner, Lothar: Ordnungspolizei Hamburg. Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933. Hamburg 1958.
- Deuerlein, Ernst: Der Freistaat Bayern zwischen Räteherrschaft und Hitler-Putsch. Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/64. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament vom 28. 10. 1964.
- Edmondson, Nelson: The Fichte Society: A Chapter in Germany's Conservative Revolution. In: The Journal of Modern History 38 (1966). S. 161—180.
- Eisgruber, Heinz: Völkische und Deutschnationale Führer. 100 Heldenbilder. 51. bis 60. Tausend. Leipzig (1925).
- Ekkehart, Klaus: Die Reichsstatthalter. Ein Volksbuch. Gotha o. J. [ca. 1933].
- Elbogen, Ismar und Eleonore Sterling: Die Geschichte der Juden in Deutschland. Eine Einführung. (Frankfurt a. M. 1966).
- Das Ende der Parteien 1933. Herausgegeben von Erich Matthias und Rudolf

- Morsey. Düsseldorf (1960). (Veröffentlichungen der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.)
- Entscheidungsjahr 1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik. Ein Sammelband herausgegeben von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker. Tübingen 1965.
- Epstein, Klaus: Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie. Berlin—Frankfurt/Main 1962.
- Erdmannsdorfer, H. G.: Der Schutz der deutschen Republik. Die Schutzgesetze, ihre Vorgeschichte, ihre Begründung, ihr Wortlaut. Berlin 1922.
- Erger, Johannes: Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919/20. Düsseldorf 1967. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Band 35).
- Eschenburg, Theodor: Die improvisierte Demokratie. Gesammelte Aufsätze zur Weimarer Republik. München (1963).
- Essays on Antisemitism. Edited by Koppel Shub Pinson, 2nd Edition, revised and enlarged. New York 1946. (Jewish Social Studies No. 2).
- Eyck, Erich: Geschichte der Weimarer Republik. Erster Band. Vom Zusammenbruch des Kaisertums bis zur Wahl Hindenburgs. Erlenbach—Zürich und Stuttgart 1954.
- Eyck, Erich: Die Krisis der deutschen Rechtspflege. Berlin 1926.
- Internationaler Faschismus 1920—1945. Deutsche Buchausgabe von Heft 1 des Journal of Contemporary History. München 1966.
- Fest, Joachim C.: Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft. München 1963.
- Fishman, Sterling: The Rise of Hitler as a Beer Hall Orator. In: The Review of Politics 26 (1964). S. 244—256.
- Foerder, Ludwig: Die »Judenrepublik« in der Rechtssprechung. In: Die Justiz I (1925/26). S. 519—532.
- Friedrich, Erich: Die Entwicklung der nationalsozialistischen Bewegung in Stormarn. In: Stormarn. Der Lebensraum zwischen Hamburg und Lübeck. Eine Landes- und Volkskunde als Gemeinschaftsarbeit Stormarner Heimatfreunde hrsg. von Constantin Bock von Wülffingen und Walter Frahm. Hamburg 1938. S. 548—550.
- Franz, Georg, Munich: Birthplace and Center of the National Socialist German Worker's Party. In: The Journal of Modern History 29 (1957). S. 319 bis 384.
- Franz-Willing, Georg: Die Hitlerbewegung. Der Ursprung 1919—1922. Hamburg, Berlin (1962).
- Franzel, Emil: Das Reich der braunen Jakobiner. Der Nationalsozialismus als geschichtliche Erscheinung. München 1964.
- Fuchs, Eduard: Die Juden in der Karikatur. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte. München (1921).
- Gamm, Hans-Jochen: Einführung in die Grundfragen des Judentums. Hamburg 1959.
- Geißler, Rolf: Dekadenz und Heroismus. Zeitroman und völkisch-nationalsozialistische Literaturkritik. Stuttgart (1964). (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 9).
- Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Eine Vortragsreihe der Universität Tübingen. Herausgegeben von Andreas Flitner. Tübingen 1965.
- Gengler, Ludwig Franz: Die deutschen Monarchisten 1919 bis 1925. Ein Bei-

- trag zur Geschichte der politischen Rechten von der Novemberrevolution 1918 bis zur ersten Übernahme der Reichspräsidentenschaft durch Generalfeldmarschall von Hindenburg 1925. Kulmbach 1932. (Diss. phil. Erlangen 1932).
- Glaser, Hermann: Spießler-Ideologie. Von der Zerstörung des deutschen Geistes im 19. und 20. Jahrhundert. Freiburg (1964).
- Glücksman, Sami: Die Fälschungen der antisemitischen Literatur. Danzig 1934.
- Glum, Friedrich: Der Nationalsozialismus. Werden und Vergehen. München (1962).
- Gold Schmidt, Dietrich: Zur Soziologie des Antisemitismus. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 11 (1960). S. 285—300.
- Goldstein, Julius: Deutsche Volks-Idee und Deutsch-Völkische Idee. Eine soziologische Erörterung der völkischen Denkart. 2. Aufl. Berlin 1928.
- Gollwitzer, Heinz: Bayern 1918—1933. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3 (1955). S. 363—387.
- Gordon, Harold J.: Die Reichswehr und die Weimarer Republik 1919—1926. Frankfurt am Main 1959.
- Gordon, Harold J.: Politischer Terror und Versailler Abrüstungsklausel in der Weimarer Republik. In: Wehrwissenschaftliche Rundschau 16 (1966).
- Graml, Hermann: Die Wurzeln des Antisemitismus. In: Hochland 50 (1957/58) S. 371—375.
- Grebing, Helga: Der Nationalsozialismus. Ursprung und Wesen. München (1959).
- Gründel, Ernst Günther: Die Sendung der Jungen Generation. Versuch einer umfassenden revolutionären Sinndeutung der Krise. München 1932.
- Gumbel, Emil Julius (Hrsg.): Denkschrift des Reichsjustizministers zu »Vier Jahre politischer Mord«. Berlin (1924).
- Gumbel, Emil Julius: Vier Jahre politischer Mord. Berlin-Fichtenau 1922.
- Gumbel, Emil Julius: »Verräter verfallen der Feme«. Opfer/Mörder/Richter 1919 bis 1929. Abschließende Darstellung von E. J. Gumbel unter Mitwirkung von Jacob und Ernst Falck. Berlin (1929).
- Gumbel, Emil Julius: Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918. (Wien 1924)
- Guttmann, Bernhard: Tragische Erinnerung. In: Die Gegenwart 2 (1947) Nr. 36/37. S. 14—16.
- Hamburg unterm Hakenkreuz. Eine Chronik der nationalen Erhebung in der Nordmark 1919—23. Herausgegeben von Wilhelm Recken und Julius W. Krafft. Hamburg 1933.
- Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893—1933. (Frankfurt a. M. 1967). (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg. Bd. 6).
- Hammer, Hermann: Die deutschen Ausgaben von Hitlers »Mein Kampf«. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 4 (1956) S. 161—178.
- Hannover, Heinrich und Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918 bis 1933. (Frankfurt am Main 1966). (Fischer-Bücherei 770).
- Hartenstein, Wolfgang: Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918—1920. Düsseldorf (1962). (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Band 22).

- Hasselbach, Ulrich von: Die Entstehung der nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei 1919—1923. Leipzig 1931. (Phil. Diss. Leipzig 1931.)
- Heberle, Rudolf: Landbevölkerung und Nationalsozialismus. Eine soziologische Untersuchung der politischen Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918 bis 1932. Stuttgart (1963). (Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Nr. 6).
- Heiber, Helmut: Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966. (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Band 13.)
- Heiden, Konrad: Geschichte des Nationalsozialismus. Die Karriere einer Idee. Berlin 1932.
- Henningsen, Hans: Niedersachsenland, du wurdest unser! Zehn Jahre Nationalsozialismus im Gau Ost-Hannover. Streiflichter aus der Kampfzeit. Nach Angaben, Aufzeichnungen und Zeitungsausschnitten verfaßt und zusammengestellt im Auftrage des Gauleiters Staatsrat Otto Telschow. (Harburg-Wilhelmsburg 1935).
- Hertzman, Lewis: DNVP. Right-Wing Opposition in the Weimar Republic, 1918—1924. Lincoln 1963.
- Hindels, Josef: Hitler war kein Zufall. Ein Beitrag zur Soziologie der Nazi-Barbarei. Wien. Frankfurt a. M. Zürich. (1962). (Europäische Perspektiven).
- Der Hitler-Ludendorff-Prozeß vor dem Münchener Volksgericht. Berlin 1924. (Politische Prozesse. Heft IV).
- Hobohm, Martin und Paul Rohrbach: Die Alledutschen. Berlin 1919. (Chauvinismus und Weltkrieg. Bd. 2).
- Hofmann, Hanns Hubert: Der Hitlerputsch. Krisenjahre deutscher Geschichte 1920—1924. (München 1961).
- Hornung, Klaus: Der Jungdeutsche Orden. Düsseldorf (1958). (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 14).
- Acht Jahre politische Justiz. Das Zuchthaus — die politische Waffe. Eine Denkschrift der Deutschen Liga für Menschenrechte e. V. Berlin 1927.
- 10 Jahre Kreis Rotherbaum der NSDAP. Herausgegeben von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei Gau Hamburg, Kreis Rotherbaum. Bearbeitet von Alfred Bordihn. Hamburg 1935.
- Jasper, Gotthard: Der Schutz der Republik. Studien zur staatlichen Sicherung der Demokratie in der Weimarer Republik 1922—1930. Tübingen 1963. (Tübinger Studien zur Geschichte und Politik Nr. 16).
- Jovy, Ernst Michael: Deutsche Jugendbewegung und Nationalsozialismus. Versuch einer Klärung ihrer Zusammenhänge und Gegensätze. Phil. Diss. [Masch] Köln 1952.
- Von Juden in München. Ein Gedenkbuch. Hrsg. von Hans Lamm. 2. Auflage. München 1959.
- Judenfeindschaft. Darstellung und Analysen. Herausgegeben von Karl Thiem. (Frankfurt a. M., Hamburg 1963). (Fischer Bücherei 524).
- Deutsches Judentum und Rechtskrisis. Mit Beiträgen von Jacques Stern, Erich Eyck und Bruno Weil. Berlin 1927.
- Jung, Dietrich: Der Alledutsche Verband. Würzburg 1936. (Diss. phil. Bonn 1934. Teildruck von: Der Alledutsche Verband und die Marokkofrage).
- Kahler, Erich: Die Verantwortung des Geistes. Gesammelte Aufsätze. (Frankfurt a. M.) 1952.

- Kampmann, Wanda: Deutsche und Juden. Studien zur Geschichte des deutschen Judentums. Heidelberg 1963.
- Kessler, Harry Graf: Walther Rathenau. Sein Leben und sein Werk. Berlin-Grunewald (1928).
- Klemperer, Klemens von: Konservative Bewegungen. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. München und Wien o. J.
- Kruck, Alfred: Geschichte des Alldeutschen Verbandes 1890—1939. Wiesbaden 1954. (Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte Mainz Band 3).
- Kuczynski, Jürgen: Studien zur Geschichte des deutschen Imperialismus. Band II. Propagandaorganisationen des Monopolkapitals. Berlin 1950.
- Kühnl, Reinhard: Die nationalsozialistische Linke 1925—1930. Meisenheim am Glan 1966. (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft Band 6).
- Kuttner, Erich: Bilanz der Rechtsprechung. Berlin (1922).
- Kuttner, Erich: Warum versagt die Justiz? Berlin 1921.
- Langemann, Hans: Das Attentat. Eine kriminalwissenschaftliche Studie zum politischen Kapitalverbrechen. Hamburg (1956).
- Laqueur, Walter Z.: Die deutsche Jugendbewegung. Eine historische Studie. Köln (1962).
- Lepsius, M. Rainer: Extremer Nationalismus. Strukturbedingungen vor der nationalsozialistischen Machtergreifung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1966. (Veröffentlichungen der Wirtschaftshochschule Mannheim Band 15).
- Leschnitzer, Adolf: Saul und David. Die Problematik der deutsch-jüdischen Lebensgemeinschaft. Heidelberg 1954.
- Liebe, Werner: Die Deutschnationale Volkspartei 1918—1924. Düsseldorf (1956). (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 8).
- Loewenstein, Rodolphe: Psychoanalyse de l'antisémitisme. Paris 1952.
- Lougee, Robert W.: Paul de Lagarde 1827—1891. A Study of Radical Conservatism in Germany. Cambridge, Mass., 1962.
- Lovsky, F.: »Christlicher Antisemitismus« und moderner Rassismus. In: Dokumente (Zeitschrift im Dienst übernationaler Zusammenarbeit) 8 (1952). S. 305—314.
- Lübbe, Hermann: Politische Philosophie in Deutschland. Studien zu ihrer Geschichte. Basel-Stuttgart (1963).
- Lukács, Georg: Die Zerstörung der Vernunft. Berlin 1954.
- Lütge, Friedrich: Deutsche Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Ein Überblick. 3. wesentlich vermehrte und verbesserte Auflage. Berlin, Heidelberg, New York 1966.
- Lüth, Erich: Hamburger Theater 1933—1945. Ein theatergeschichtlicher Versuch. Hamburg 1962.
- Mann, Golo: Der Antisemitismus. Wurzeln, Wirkung und Überwindung. München 1960. (Vom Gestern zum Morgen. Bd. 3).
- Marburg, Fritz: Der Antisemitismus in der Deutschen Republik. Wien 1931.
- Maser, Werner: Die Frühgeschichte der NSDAP. Hitlers Weg bis 1924. Frankfurt am Main, Bonn 1965.
- Maser, Werner: Hitlers Mein Kampf. Entstehung, Aufbau, Stil, Änderungen, Quellen, Quellenwert, kommentierte Auszüge. 2. Auflage. München und Esslingen 1966.

- Maser, Werner: Die Organisierung der Führerlegende. Studien zur Frühgeschichte der NSDAP bis 1924. Phil. Diss. Erlangen 1954.
- Massing, Paul W.: Vorgeschichte des politischen Antisemitismus. (Frankfurt 1959). (Frankfurter Beiträge zur Soziologie; Band 8).
- Mehnert, Gottfried: Evangelische Kirche und Politik 1917—1919. Die politischen Strömungen im deutschen Protestantismus von der Julikrise 1917 bis zum Herbst 1919. Düsseldorf (1959). (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 16).
- Milberg, Hildegard: Schulpolitik in der pluralistischen Gesellschaft. Die politischen und sozialen Aspekte der Schulreform in Hamburg 1890—1935. Hamburg 1970. (Veröffentlichungen der Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg Bd. 7).
- Mohler, Armin: Die Konservative Revolution in Deutschland 1918—1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen. Stuttgart 1950.
- Molisch, Paul: Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie. Mit einem Beitrage: Das Wesen der deutschnationalen Bewegung von Kurt Knoll. Jena 1926.
- Monumenta Judaica. Zweitausend Jahre jüdischer Geschichte. Hrsg. von Konrad Schilling. Köln 1963.
- Mommsen, Hans: Zur Frage des Einflusses deutscher Juden auf die deutsche Wirtschaft in der Zeit der Weimarer Republik. In: Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte. Band II. Stuttgart 1966. S. 348—369.
- Morsey, Rudolf: Die Deutsche Zentrumspartei 1917—1923. Düsseldorf 1966. (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 32).
- Mosse, George L.: The Crisis of German Ideology. Intellectual Origins of the Third Reich. New York (1964).
- Müffling, Wilhelm von: Wegbereiter und Vorkämpfer für das neue Deutschland. München (1933).
- Müller, Josef: Die Entwicklung des Rassenantisemitismus in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts. (Dargestellt hauptsächlich auf Grundlage der »Antisemitischen Correspondenz«). Berlin 1940. (Historische Studien. H. 372).
- Mutschler, Karl: Die Hitlerbewegung im Kreis Aalen. Chronik der Kampfsjahre von der Gründung der Ortsgruppe Aalen bis zum Umbruch 1923—1933. (Aalen) o. J. [1936].
- Neumann, Sigmund: Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege. Berlin 1932.
- Neurohr, Jean F.: Der Mythos vom Dritten Reich. Zur Geistesgeschichte des Nationalismus. Stuttgart (1957).
- Niekisch, Ernst: Hitler — ein deutsches Verhängnis. 4. Aufl. Berlin 1932.
- Noller, Sonja: Die Geschichte des »Völkischen Beobachters« von 1920—1923. Phil. Diss. [Masch.] München 1956.
- Nolte, Ernst: Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen. München 1966. (dtv.-Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts Band 4).
- Nolte, Ernst: Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus. München (1963).
- Nolte, Ernst: Eine frühe Quelle zu Hitlers Antisemitismus. In: Historische Zeitschrift 192 (1961). S. 584—606.

- Der NSDAP Kreis Lübeck. Werden und Wachsen (Die Kampfjahre). Im Auftrage der Kreisleitung Lübeck der NSDAP nach parteiamtlichen und sonstigen Materialien dargestellt. Lübeck (1935).
- Oertzen, Friedrich Wilhelm von: Im Namen der Geschichte! Politische Prozesse der Nachkriegszeit. Hamburg (1934).
- Okraß, Hermann: »Hamburg bleibt rot«. Das Ende einer Parole. Hamburg (1934).
- Orlow, Dietrich: The Conversion of Myths into Political Power: The Case of the Nazi Party, 1925—1926. In: *American Historical Review* 72 (1967). S. 906—924.
- Orlow, Dietrich: The Organizational History and Structure of the NSDAP. 1919—23. In: *The Journal of Modern History* 37 (1965). S. 208—226.
- Paetel, Karl O.: Die SS. Ein Beitrag zur Soziologie des Nationalsozialismus. In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 2 (1954). S. 1—33.
- Parsons, Talcott: Demokratie und Sozialstruktur in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus, in: Talcott Parsons: Beiträge zur soziologischen Theorie. Herausgegeben und eingeleitet von Dietrich Rüschemeyer. (Neuwied a. Rh., Berlin 1964). S. 256—281.
- Pese, Walter Werner: Hitler und Italien 1920—1926. in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3 (1955). S. 113—126.
- Phelps, Reginald H.: Die Autoren des Eher-Verlages. In: *Deutsche Rundschau* 81 (1955). S. 30—34.
- Phelps, Reginald H.: »Before Hitler came«: Thule Society and Germanen Orden. In: *The Journal of Modern History* 35 (1963), S. 245—261.
- Phelps, Reginald H.: Dokumente aus der »Kampfzeit« der NSDAP — 1923. In: *Deutsche Rundschau* 84 (1958). S. 459—468, 1034—1044.
- Phelps, Reginald H.: Anton Drexler — Der Gründer der NSDAP. In: *Deutsche Rundschau* 87 (1961). S. 1134—1143.
- Phelps, Reginald H.: Theodor Fritsch und der Antisemitismus. In: *Deutsche Rundschau* 87 (1961). S. 442—449.
- Phelps, Reginald H.: Hitler and the Deutsche Arbeiterpartei. In: *The American Historical Review* 68 (1962/63). S. 974—986.
- Pichl, Eduard: Georg Schönerer. Herausgegeben mit Unterstützung des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland. Bde. 1—6. Oldenburg, Berlin (1938).
- Plessner, Helmuth: Die verspätete Nation. Über die politische Verführbarkeit bürgerlichen Geistes. (Stuttgart 1959).
- Pogge, v. Strandmann, Hartmut u. Imanuel Geiss: Die Erforderlichkeit des Unmöglichen. Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges. (Frankfurt am Main 1965). (Hamburger Studien zur neueren Geschichte. Bd. 2).
- Posse, Ernst Hans: Die politischen Kampfbünde Deutschlands. Berlin 1930. (Fachschriften zur Politik und staatsbürgerlichen Erziehung.)
- Preiß, Heinz: Die Anfänge der völkischen Bewegung in Franken. Diss. phil. Erlangen 1937.
- Puhle, Hans-Jürgen: Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893—1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei. Hannover (1966). (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung. B. Historisch-Politische Schriften).

- Pulzer, Peter G. J.: Die Entstehung des politischen Antisemitismus in Deutschland und Österreich 1867 bis 1914. (Gütersloh 1966).
The Third Reich. London (1955).
- Reich, Albert, und O. R. Achenbach: Vom 9. November 1918 zum 9. November 1923. Die Entstehung der deutschen Freiheitsbewegung. München 1933.
- Reichmann, Eva Gabriele: Die Flucht in den Haß. Die Ursachen der deutschen Judenkatastrophe. (Frankfurt a. M.) o. J. [1956].
- Die Reichskristallnacht. Der Antisemitismus in der deutschen Geschichte. (Bonn 1959).
- The European Right. A Historical Profile. Ed. Hans Rogger and Eugen Weber. Berkeley and Los Angeles 1965.
- Rumpf, Maria Regina: Die lebensalterliche Verteilung des Mitgliederzuges zur NSDAP vor 1933 aufgezeigt an einer Großstadt und einem Landkreis. Ein Beitrag zum Generationsproblem. Diss. phil. [Masch.] Heidelberg 1951.
- Saller, Karl: Die Rassenlehre des Nationalsozialismus in Wissenschaft und Propaganda. Darmstadt (1961).
- Sartre, Jean-Paul: Betrachtungen zur Judenfrage. Psychoanalyse des Antisemitismus. Zürich (1948).
- Schäfer, Wolfgang: NSDAP. Entwicklung und Struktur der Staatspartei des Dritten Reiches. Hannover, Frankfurt a. M. 1957. (Schriftenreihe des Instituts für wissenschaftliche Politik in Marburg/Lahn Nr. 3).
- Scheuer, Oskar Franz: Burschenschaft und Judenfrage. Der Rassenantisemitismus in der deutschen Studentenschaft. Berlin 1927.
- Schildt, Gerhard: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West. Untersuchungen zur Geschichte der NSDAP 1925/26. Diss. phil. Freiburg i. Br. 1964.
- Schlund, Erhard: Neugermanisches Heldentum im heutigen Deutschland. München 1924.
- Schmidt, Peter: Zwanzig Jahre Soldat Adolf Hitlers. Zehn Jahre Gauleiter. Ein Buch von Kampf und Treue. 3. ergänzte Aufl. Köln 1943.
- Schmidt-Pauli, Edgar von: Geschichte der Freikorps 1918—1924. Nach amtlichen Quellen, Zeitberichten, Tagebüchern und persönlichen Mitteilungen hervorragender Freikorpsführer. 3. Aufl. Stuttgart (1936).
- Schneider, Robert: Der Kampf gegen die Freimaurerei in Vergangenheit und Gegenwart. In: Deutschlands Erneuerung 20 (1936). S. 1—8, 85—91.
- Schubert, Günter: Anfänge nationalsozialistischer Außenpolitik. Köln (1963).
- Schweder, Paul: Der Erzberger-Mord-Prozeß. Vorgeschichte, Anklageschrift und ausführlicher Verhandlungsbericht. Rudolstadt o. J. [ca. 1922]. (Deutsche Kriminal-Bücherei Bd. 2).
- Schweyer, Franz: Politische Geheimverbände. Blick in die Vergangenheit und Gegenwart des Geheimbundwesens. Freiburg. i. Br. 1925.
- Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1962.
- Speckner, Herbert: Die Ordnungszelle Bayern. Studien zur Politik des bayerischen Bürgertums, insbesondere der Bayerischen Volkspartei, von der Revolution bis zum Ende des Kabinetts Dr. von Kahr. Diss. phil. Erlangen 1955.
- Stechert, Kurt: Wie war das möglich? Stockholm 1945.
- Steiger, Alfons: Der neudeutsche Heide im Kampf gegen Christen und Juden. Berlin 1924. (= Zweite Auflage von »Katholizismus und Judentum«).
- Stenkewitz, Kurt: Gegen Bajonett und Dividende. Die politische Krise in

- Deutschland am Vorabend des ersten Weltkrieges. Berlin (1960). (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte an der Karl-Marx-Universität Leipzig. Band 6).
- Stern, Fritz: Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland. Bern, Stuttgart, Wien 1963.
- Stern, Howard Norman: Political Crime and Justice in the Weimar Republic. Baltimore 1966. (Diss. The John Hopkins University).
- Stern, Howard: The Organization Consul. In: The Journal of Modern History 35 (1963). S. 20—32.
- (Stillich, Oskar): Deutschvölkischer Katechismus. Von einem deutschen Hochschullehrer. Heft I—III. Leipzig 1929, 1931; Berlin 1932.
- Stoffers, Wilhelm: Juden und Ghetto in der deutschen Literatur bis zum Ausgang des Weltkrieges. Graz 1939. (Sonderabdruck aus dem 12. Band der »Deutschen Quellen und Studien«).
- Stoltenberg, Gerhard: Politische Strömungen im schleswig-holsteinischen Landvolk 1918—1933. Ein Beitrag zur politischen Meinungsbildung in der Weimarer Republik. Düsseldorf (1962). (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Band 24).
- Ten Boom, Willem: Die Entstehung des modernen Rassen-Antisemitismus (besonders in Deutschland). Diss. phil. Leipzig 1928.
- Die deutsche Universität im Dritten Reich. Eine Vortragsreihe der Universität München. München 1966.
- Volkman, Hellmut: Die Deutsche Studentenschaft in ihrer Entwicklung seit 1919. Leipzig 1925.
- Vorurteile. Ihre Erforschung und ihre Bekämpfung. (Frankfurt a. M. 1964). (Politische Psychologie. Bd. 3).
- Waite, Robert George Nelson: Vanguard of Nazism. The Free Corps Movement in Postwar Germany 1918—1923. Cambridge, Mass. 1952. (Harvard Historical Studies, Vol. LX).
- Wawrzinek, Kurt: Die Entstehung der deutschen Antisemitenparteien (1873 bis 1890). Berlin 1927. (Historische Studien. Heft 168).
- Der Weg in die Diktatur. 1918 bis 1933. Zehn Beiträge. München (1962).
- In zwei Welten. Siegfried Moses zum fünfundsiebzigsten Geburtstag. Herausgegeben von Hans Tramer. Tel-Aviv 1962.
- Werner, Lothar: Der Alldeutsche Verband 1890—1918. Ein Beitrag zur Geschichte der öffentlichen Meinung in Deutschland in den Jahren vor und während des Weltkrieges. Berlin 1935. (Historische Studien. Heft 278).
- Werthauer, Johannes: Das Blausäure-Attentat auf Scheidemann. Aktenmäßige Darstellung auf Grund der Verhandlungen vor dem Staatsgerichtshof. Berlin 1923. (Politische Prozesse. Heft III).
- Wertheimer, Mildred S.: The Pan-German League 1890—1914. New York 1924. (Phil. Diss. Columbia University).
- Whiteside, Andrew G.: The nature and origins of national socialism. In: Journal of Central European Affairs 17 (1957/58). S. 48—73.
- Wulf, Joseph: Martin Bormann — Hitlers Schatten. (Gütersloh 1962).
- Zmarzlik, Hans-Günter: Der Antisemitismus im Zweiten Reich. In: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 14 (1963). S. 273—286.
- Zmarzlik, Hans-Günter: Der Sozialdarwinismus in Deutschland als geschichtliches Problem. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 11 (1963). S. 246—273.

PERSONENREGISTER

- Adler, Max 181
Ahlwardt, Hermann 353
Albrecht, Herbert 327, 444
Amalie von Griechenland 40
Ammon, Otto 36, 343
Andersen, Friedrich 172, 173, 175, 277,
392, 393
Ankermann, Walter 234—236
Armin, Otto siehe Alfred Roth
Autenrieth, Alfred 92, 312, 313, 362
Avenarius, Ferdinand 385
- Bacmeister, Wilhelm 348
Bade, Erich 221, 233, 249, 372, 376,
430
Ballin, Albert 74
Bang, Paul 126, 180, 360, 363, 374,
380
Bartels, Adolf 19, 31, 98, 154—155,
349, 353, 386, 392, 427
Batocki-Friebe, Tortilowicz von 352
Baum 310
Baumann 73
Bayer, Käte 420
Bazille, Wilhelm 276
Beck, Friedrich 437
Beek, Gottfried zur siehe Ludwig
Müller von Hausen
Berg, Friedrich Wilhelm von 52
Berger, Karl 33
- Bernhardi, Friedrich von 29
Bernstein, Eduard 181, 397
Best, Werner 327, 444
Bethmann Hollweg, Theobald von 43,
50, 52, 64, 181, 205, 345, 352
Bethusy-Huc, Graf 220
Bieber, Theobald 353
Bismarck, Otto von 148
Blankemeyer, Johann 326
Bley, Fritz 340
Blume, Willi 441
Blumenfeld, Kurt 404
Böckel, Otto 33, 67, 85, 353
Bode, Heinrich 324—325, 428
Bodelschwingh, Franz von 98, 347
Böhringer, Georg 102
Boepple, Ernst 126, 278, 286, 302, 431
Börner, Gerhard 98, 273, 354
Bohneberg, Karl 311, 438
Bonhard, Otto 424
Borchardt, Rudolf 386
Bormann, Martin 429
Brändel, Ernst 127
Brasler, Karl 168, 169, 291, 306, 381—
382, 434
Breuer, Hermann 319
Breusing, Alfred 43
Brimann, Aron 137, 378
Brodnitz, Julius 242—245
Broszat, Martin 13

- Brunner, Alfred 98
 Brunstäd, Friedrich 201
 Buch, Walter 327, 329, 439
 Buchner, Hans 278, 302
 Carl Eduard von Sachsen-Coburg u.
 Gotha 103
- Cassirer, Paul 397
 Chamberlain, Houston Stewart 35,
 38, 48, 68, 129, 173, 342
 Claß, Heinrich 16—18, 20—21, 23—
 24, 27—30, 32—33, 35—46, 48—55,
 75—76, 86, 96, 100—101, 138, 263,
 267—268, 274—275, 336, 339, 342—
 348, 358—360, 363, 365—367, 383,
 399, 421, 423
 Clemenceau, Georges 224—225, 409
 Cohen-Reuß, Max 182
 Cohn, Oscar 181, 187, 190, 227, 397
 Conti, Leonardo 327, 444
- Dallmayr, Alois 293, 295, 306
 Dannehl, Franz 293, 295
 Darwin, Charles 68, 372
 Delbrück, Hans von 399
 Delitzsch, Friedrich 173
 Dernburg, Bernhard 396—397
 Dieckelmann, Bruno 325
 Dietrich, Hans 212, 262, 277—278,
 310, 437
 Dingfelder, Johannes 296
 Dinter, Artur 48, 98, 126—127, 162,
 172, 204, 241, 266—267, 269—270,
 316, 327, 362, 377—378, 389, 392,
 403, 422, 427, 440
 Dohna-Schlodien, Graf Nicolaus 407
 Dolle, Heinrich 75
 Dominicus, Alexander 385
 Drexler, Anton 286, 322
 Dühring, Eugen 58, 349
 Düngemann, Emil 92
- Ebermayer, Ludwig 251—252
 Ebert, Friedrich 25—26, 149, 188—
 189, 192, 217, 222—223, 337—338
 Eckart, Dietrich 127, 168, 243, 290—
 291, 295, 434
 Ecker, Jakob 137
 Ehrhardt, Hermann 218, 232, 276,
 319, 408
- Eiffe, Carl Cäsar 100
 Einstein, Albert 390
 Eisenmenger, Johann 378
 Eisner, Kurt 181, 183
 Ellendt, Andrea 225, 278, 298, 311,
 427, 434
 Erzberger, Matthias 180—181, 190,
 205, 222, 227—230, 233—235, 237
 Esch, Dr. 406
 Esser, Hermann 287, 313, 318—319,
 427, 429, 435, 440—441
- Feder, Gottfried 127, 141, 293, 295,
 313, 380
 Fehrenbach, Constantin 184
 Fichte, Johann Gottlieb 130, 337
 Fischer, Hermann 233—234, 249
 Flitner 37—38
 Florian, Friedrich Karl 321, 327
 Förster, Paul 61, 85
 Frank 307
 Frey, Thomas siehe Theodor Fritsch
 Freytagh-Loringhoven, Axel von 167,
 213, 390, 419
 Frick, Wilhelm 330
 Fritsch, Theodor 19, 23, 30, 49, 52,
 56, 58—60, 62, 64, 66, 96, 123,
 125—126, 172, 269—270, 274, 312,
 350—352, 357, 378, 383, 392, 394,
 424, 427
 Fritz, Georg 20, 50, 52, 54, 72, 348
 Frymann, Daniel siehe Heinrich Claß
 Fuhrmann, Lothar 320
- Gareis 236, 412
 Gebhard, August 54, 98, 348
 Gebattel, Konstantin von 19—20, 23,
 29, 40—49, 51—55, 61, 66, 73, 75—
 76, 86, 95—97, 100, 114, 265—267,
 269, 271, 274, 281, 290, 338, 344—
 346, 348, 352, 358—359, 363—365,
 371, 394, 417, 423—424
 Gebattel, Victor von 40
 Gobineau, Joseph Arthur von 35—38,
 68, 129, 136, 342—343, 346, 372
 Goedsche, Hermann 178—179
 Göring 85
 Görtz, Gerhard 226
 Götting, Arthur 124, 126, 275, 354,
 373

- Goitsch 239
 Goldstein, Moritz 385
 Gorsleben, John siehe John, Rudolf
 Gothein, Georg 187, 190, 396
 Goulbier, Theodor 340
 Gradnauer, Georg 181, 208, 385
 Graetz, Heinrich 396
 Grenz, Albert 228, 234, 247, 413
 Grimm, Wilhelm 310, 327
 Groeling, Albrecht von 44
 Groener, Wilhelm 418
 Grohé, Josef 319, 327
 Grunsky, Karl 153
 Günther, Alfred 131, 220, 230—231, 321, 375—376, 409, 411
 Günther, Wilhelm 233
 Guggenheimer, Max 144

 Haake, Heinz 319
 Haas, Ludwig 181
 Haase, Hugo 181
 Haase, Ludolf 324—325, 327
 Haeckel, Ernst 68
 Haenisch, Konrad 170
 Hail, Eduard 382
 Harbauer, Hans 310
 Harden, Maximilian 190, 227—228, 234, 247, 397
 Hartig, Paul 74, 85
 Hasenclever, Walter 158
 Hasse, Ernst 342
 Hasslacher, Johann Jacob 57
 Haubenberger, Leo 372, 426
 Haug, Eugen 61, 92, 275, 277, 312, 350, 362
 Haug, Richard 350
 Haugwitz, Waldemar 249
 Haußmann, Conrad 184
 Heckenberg, Anton 302
 Heil, Jakob 144—145
 Heine, Heinrich 155
 Heine, Wolfgang 148—149
 Heinrich von Reuß 103, 106
 Heins, W. 98
 Heise, Karl 257
 Helfferich, Karl 187, 190, 222
 Hellingrath, Philipp von 346
 Hellmuth, Otto 278—279, 310—311, 327, 427
 Hellwig, Karl August 60, 340, 350
 Helm, Fritz 357
 Helmke, F. 92
 Hemmeter 293, 431
 Henneberger, Hans 438
 Henningsen, Johannes 354, 406
 Henschke, Alfred 386—387
 Hentze, Paul 326
 Hergt, Oskar 201
 Hermann, G. 429
 Herrmann, Wilhelm 340
 von Hertzberg, Gertzclaff 96—97, 99, 101, 105—106, 114, 131, 171, 243, 257, 259—260, 262—263, 265—271, 274, 281, 290, 331, 364—365, 373, 419—420, 422—424, 430
 Hertzberg-Lottin, Ernst von 96, 98, 364
 Herzog, Otto 194
 Heydrich, Reinhard 327, 444
 Heym, Georg 29
 Hilferding, Rudolf 181
 Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von 176, 187—188, 190, 397
 Hintze, Paul von 53
 Hirsch, Paul 149—150, 181
 Hirschfeld, Magnus 159, 397
 Hirschfeld, Oltwig von 222
 Hirth, Albert 102, 269, 366
 Hitler, Adolf 128, 133—134, 157, 212, 256, 265, 275, 277, 281, 284—290, 293—297, 299—303, 305—306, 309, 311—312, 314, 316, 318—319, 325—326, 329—330, 376, 394, 427—430, 433—436, 440
 Hölz, Max 202
 Höniger 46
 Hoffmann, Walther 93, 269, 318, 350, 370, 407, 422, 427—428
 Hoffmann-Kutschke, Arthur 137—138, 171, 207, 377, 399
 Holle, Gustav 341
 Horlacher 241
 Horthy, Nikolaus von 193
 Hoster, Wilhelm 293
 Hugenberg, Alfred 347, 366
 Hürtgen, Oswald 93
 Hüttmann, R. 422
 Hustert, Hanns 220, 230—231

- Ihering, Herbert 160
 Ilsemann, Christian 233
- Jacobsen, Alfred 54, 86, 101, 191,
 197, 256—257, 259—260, 349, 359—
 360, 365, 397, 417
 Jahn, Friedrich Ludwig 129, 401
 Jasper, Gotthard 246
 Jaschek, Theodor 313
 Jessen-Klingenberg, Manfred 403
 Jessner, Leopold 158, 160
 Jochmann, Werner 13
 Joerges, Ernst 348
 Joffe, Adolf 183
 John, Rudolf (genannt R. John Gors-
 leben) 261—263, 309—310, 379,
 420—421
 Johnson 437
 Jung, Erich 98, 167, 390
- Käfer, Ludwig 437
 Kahr, Gustav von 152, 192, 285, 403
 Kaiser, Georg 158
 Kaltenböck, Bodo 313
 Kapp, Wolfgang 146, 152, 190—192,
 285, 317
 Katzer, Ernst 392
 Karg-Bebenburg, Theodor von 47
 Kaufmann, Karl 220, 321, 327, 330,
 375
 Kautsky, Karl 190, 397
 Keller, Gottfried 339
 Kemnitz, Mathilde von 420
 Kerlen, Kurt 293—294, 306, 308, 433
 Kern, Erwin 232—234, 249, 412
 Kern, Kurt 437
 Kernholt, Otto 424
 Kettembeil, Otto 92, 102
 Killinger, Manfred von 221, 227—
 229, 231—232
 Kirdorf, Emil 100, 348
 Klabund s. Alfred Henschke
 Klant, Josef 213, 327, 444
 Klein-Rhoden 239
 Kleist, Georg von 41
 Kleist, Heinrich von 53
 Kloß, Max 79, 345
 Klug, Georg 422
 Knobel, Th. 239
 Koch, Erich 384—385
- Köhler, Bernhard 313
 Köhler, Walter 439
 König, Eberhard 388
 Koerner, Bernhard 259
 Körner, Oskar 298, 302
 Köster 385
 Köthner, Paul 87, 257, 259—260, 267,
 360, 417, 422
 Kollwitz, Käthe 381
 Kortner, Fritz 387—388
 Kossinna, Gustaf 129
 Kotzde, Wilhelm 434
 Kraeger, Heinrich 350, 428
 Krampe, Heinz 325
 Krause, Richard 273
 Kreller 295
 Kroll, Hugo 275, 277, 313—314
 Kruck, Alfred 361, 366
 Krumschmidt 239
 Kube, Wilhelm 340, 389
 Küchenmeister, Fritz 102, 233, 249
 Küchenmeister, Johannes 233
 Kühn, Erich 48, 278, 295, 302, 420,
 431
 Kuhlenbeck, Ludwig 36—37
 Kuhlmann, Franz 102
 Kuhn, Helmut 168
 Kun, Bela 183, 192—193
 Kunisch, Siegfried 320
 Kunze, Richard 127, 258, 280, 294,
 296, 325, 366
- Lagarde, Paul de 37, 68, 130
 Landauer, Gustav 181
 Landsberg, Otto 181, 395
 Langbehn, Julius 396—397
 Lange, Friedrich 33—35, 342
 Langhans, Paul 19, 34, 37, 52, 79, 349
 Lapouge, Georges Vacher de 37, 342—
 343
 Lasalle, Ferdinand 181
 Lattmann, Wilhelm 69, 194
 Lauböck, Fritz 306
 Lautensack, Heinrich 292
 Lauterbach, Alfred 273, 280, 431
 Lehmann, Julius Friedrich 48, 54, 75,
 98, 126, 286, 290, 348, 431
 Lehr, Adolf 35
 Lemberg, Hermann 357
 Lenard, Philipp 263

- Lenin, Wladimir Iljitsch 183, 396
 Leopold von Bayern 40
 Lerchenfeld, Hugo von 435
 Lettow-Vorbeck, Paul 127, 407
 Leviné, Eugen 181
 Levy 240
 Lewin, C. 145—146, 242
 Lichtenberg, Reinhold von 340
 Liebermann von Sonnenberg, Max 30,
 58—59, 67—68
 Liebert, Eduard von 37
 Liebig, Hans von 52, 348
 Liebknecht, Karl 183, 364, 396
 Liek, Walter siehe Hans von Liebig
 Linke 310
 List, Friedrich 130
 Löns, Ernst 322, 442
 Löns, Hermann 323
 Löwenstein, Kurt 163
 Lohmann, Karl 19—20, 348
 Lohse, Hinrich 327
 Loucheur 209
 Lucius, Paul 48, 98, 349
 Ludendorff, Erich 52—53, 187—190,
 256, 275, 285, 404, 425
 Lüdecke, Kurt 429
 Luetgebrune, Walter 249
 Lüttwitz, Walther von 87, 190
 Lützel, Egon 221, 318—319, 329,
 375
 Ludwig III. von Bayern 346
 Luther, Martin 172—173
 Lutze, Viktor 321, 327
 Luxemburg, Rosa 181, 183, 364

 Maerz, Karl 113—114, 158, 308—309,
 370—371
 Mahraun, Arthur 211, 213
 Mann, Heinrich 158
 Marx, Julius 74
 Marx, Karl 181
 Maurer, Hansjörg 302, 306, 420
 Max von Baden 17, 364, 418
 Meinert, Heinrich 320
 Meister, Wilhelm siehe Paul Bang
 Melchior, Carl 185
 Mergenthaler, Christian 311
 Mesch, Lorenz 228, 235, 261—263,
 309—310, 420—421
 Mey, K. 343

 Meyer, Hermann 250, 426
 Meyer, Max 390
 Mik, Ernst 114, 158, 261
 Minor, W. T. 442
 Möhring, von 229
 Moissi, Alexander 158, 217
 Mosch, Hans von 85
 Mosse, Rudolf 397
 Mühsam, Erich 182
 Müllenhoff 360
 Müller 162, 389
 Müller, H. 429
 Müller, Ludwig (genannt: Müller von
 Hausen) 44, 75, 178, 257, 259—260,
 340, 356
 Müller-Brandenburg, Hermann 136,
 174
 Mumm, Reinhard 150
 Munder, Eugen 314
 Murr, Wilhelm 314, 327
 Mutschmann, Martin 316—317, 327

 Nolte, Ernst 338
 Noske, Gustav 275, 407
 Nüse, Karl 324

 Oberländer 217
 Oelschläger, Karl 230—231
 Ohnesorge, Wilhelm 318, 327
 Ossietzky, Carl von 377
 Otto, Walter 62, 81, 267, 269, 422,
 428
 Otto von Wittelsbach 26

 Pastor, Willy 129
 Pelzer, Josef 357
 Pennerstorfer, Oskar 372
 Petersen, Ernst 167, 390—391
 Petri, Franz 360
 Peucker, Margarete 430
 Pezoldt, Gustav 348
 Philipp von Schwaben 26
 Pithan, Max 320
 Pohl, Hermann 61, 350
 Pöhner, Ernst 152, 156—157, 292, 298,
 413, 432
 Posadowsky-Wehner, Arthur von 24,
 399
 Preuß, Hugo 181, 184, 395
 Pudor, Heinrich 259, 418

- Raab, Friedrich 58—59
 Rabenschlag, Willi 220
 Radek, Karl 183
 Ram, Renatus siehe Paul Köthner
 Ramin, Jürgen von 85, 94, 323
 Rathenau, Walther 73, 140, 180, 190,
 205—210, 219—220, 222—223, 225,
 227, 231, 233—234, 245—253, 267,
 272, 397, 404—405, 408, 416, 430
 Ratzel, Max 97, 105, 365, 428
 Reichmann, Eva 335, 445
 Reiffgerste, Theodor 240
 Reinecke 92
 Remmele, Adam 416
 Retcliffe, John siehe Hermann Goedsche
 Reventlow, Ernst zu 269—270, 340
 Riezler, Kurt 181
 Ringshausen, Friedrich 327, 444
 Rösch, Anton 91, 312, 360
 Röver, Karl 326, 427
 Rohling, August 137, 378
 Rohmeder, Wilhelm 243, 278, 291,
 293, 297, 302, 357, 424, 432, 434
 Rosen, Friedrich 208
 Rosenbaum, Wilhelm 143—144, 382
 Rosenberg, Alfred 243, 286, 394,
 426
 Roth, Alfred 13, 19, 23, 52, 56—58,
 62—66, 73, 75—76, 78—83, 88, 94—
 97, 99—100, 102, 106, 123—125,
 127, 137, 141, 146, 189, 191, 194,
 206—207, 209, 224, 240—241, 251—
 252, 254, 259—271, 273, 275—277,
 279, 281, 288—289, 328—330, 341,
 350, 352—353, 355, 359, 361—362,
 364—365, 367—368, 373—374, 395,
 399, 414, 418—419, 421—423, 425,
 427, 430, 435, 444—445
 Rühnick, Richard 93—94, 221, 273,
 429
 Rüttinger, Julius 62, 92, 350—351
 Ruetz, Ludwig 298, 306, 434
 Ruge, Arnold 224, 228, 258, 261—263,
 299, 309—310, 420
 Rupp 194
 Rupprecht von Bayern 41
 Rust, Bernhard 325, 327
 Rutz, Ottmar 198, 262, 277, 298,
 302, 431, 434, 444
 Sachs, Alfred 85, 312
 Salomon, Ernst von 213, 410
 Sauckel, Fritz 311, 316, 327
 Sawallich, Hermann 361
 Schack, Wilhelm 62
 Schäfer, Wilhelm 31
 Schaumann, Carl August 102
 Scheidemann, Philipp 180—181, 184,
 190, 205, 217, 222—223, 229—231,
 233—234, 250, 404, 418
 Scheidt, Erhard August 101—102
 Schemann, Ludwig 36, 342—343
 Schickele, René 73
 Schiffer, Eugen 181, 208, 395
 Schiller, Friedrich von 158
 Schlüter, Wilhelm 348
 Schmidt 250
 Schmidt, Rudolf 261
 Schmidt-Gibichenfels, Otto 123, 372
 Schmittner, Julian 307, 437
 Schmolke, Arthur 156
 Schnitzler, Arthur 155—156
 Schönerer, Georg von 44, 58, 349
 Schrader, Heinrich 324
 Schultheiß, Karl 316
 Schulz, Heinrich 227—228, 229, 410—
 411
 Schumacher, Hugo 324—325, 443
 Schumann, Walter 376
 Schwede, Franz 310
 Sebottendorf, Rudolf von 290
 Seifert, Gustav 73, 289, 322, 329, 442
 Seifferlein, Gustav 102, 367
 Sesselmann, Max 293, 295
 Settele, Benedikt 306, 381—382
 Severing, Karl 239, 385
 Sicius 382
 Sinn, Carl 120
 Sinzheimer, Hugo 187, 190
 Söllner, Ludwig 102, 310
 Sommer, David 144
 Sontag, Franz 408
 Spangemacher, Heinz 326
 Spörr, Alfred 259—260
 Stauff, Philipp 61, 386
 Stern 240
 Sternheim, Carl 158
 Stiegeler, Hans 278, 302, 431
 Stinnes, Hugo 366
 Stössel, Georg von 34, 36, 98, 363

- Stolte, Erich 54
 Stolzinger-Cerny, Joseph 302
 Stramm, August 386
 Stransky, Lorenz von 302
 Streicher, Julius 114, 124, 262, 308—
 309, 327, 420—421, 437—438, 440
 Stresemann, Gustav 401
 Stubenrauch, Hans 233
 Szamuely, Tibor 183, 396
- Tafel, Paul 297, 406, 432, 434
 Techow, Ernst Werner 232, 249
 Techow, Hans Gerd 232, 249, 412
 Telschow, Otto 325, 327, 443
 Thams, Heinrich 354
 Thiele, Max 311, 427
 Thomas, Oskar 340
 Thomsen, Theodor 363
 Thor, Fritz siehe Theodor Fritsch
 Thüngen, Hildolf von 98, 277—278
 Tillessen, Heinrich 227—229, 410—
 412
 Tillessen, Karl 217
 Tittmann, Fritz 316—317
 Toller, Ernst 157—158, 181
 Treitschke, Heinrich von 33, 37—38,
 164
 Tribian, G. 98
 Trotzki, Leo 181, 183
- Ulshöfer, Ernst 312—313, 438
 Ungewitter, Richard 235
- Vey, Johann 437
 Vietinghoff-Scheel, Leopold von 96,
 349, 366
 Vitzthum, Willi 439
 Voigt 259—260, 419
 Volck, Adalbert 325, 428
- Wachenfeld, Hugo 318, 329
 Wagner, Hans 361
 Waldschmidt, 314
 Walther, Richard 316
 Warburg, Felix M. 186
 Warburg, Max 185, 190, 227, 397
 Warburg, Paul M. 186
- Warmuth, Fritz 187
 Weber, Max 164
 Wedekind, Frank 156—157, 292
 Weichardt, Herbert 234—236
 Weicher, Theodor 126
 Weidle, Friedrich 314
 Weinrich, Karl 327, 444
 Wenzel, Bruno 322, 324, 442
 Werber, Paul 217, 221, 231
 Werner, Ferdinand 19, 23, 31, 56,
 68—71, 76, 80, 93, 96—97, 155,
 184, 194—195, 265—270, 337, 349,
 353—354, 364
 Werner, Ludwig 194
 Westarp, Kuno von 200
 Westerich, Thomas 94, 114—115, 123—
 124, 130, 172, 275, 373, 375
 Wichtl, Friedrich 257, 294, 308, 418
 Wiegand, Ferdinand 306, 432
 Wieggershaus, Friedrich 71, 93, 96—97,
 102, 132, 200, 265—270, 318, 338,
 354, 364, 383, 421, 428
 Wild von Hohenborn 73
 Wildgans, Anton 386
 Wilhelm II. 43, 47, 49, 51, 190, 249,
 345—346, 365, 399
 Wilhelm, Kronprinz 41, 43, 344—345,
 399
 Willrich, Hugo 324
 Wilser, Ludwig 36, 129, 353
 Wirth, Albrecht 302
 Wirth, Joseph 150, 208, 220, 408
 Wißmann, Karl 313
 Wittich, Otto 98, 354
 Wolf, Heinrich 388
 Wolff, Theodor 227, 397
 Woltmann, Ludwig 123, 129, 372
 Wolzogen, Hans Paul von 392
 Wrisberg, Ernst von 355
 Wulle, Reinhold 127, 240, 258—259,
 269, 423
 Wurm, Emanuel 181
 Wurm, Gustav 85
- Zezschwitz, Willibald von 243—245,
 262, 277, 297, 302, 431, 434
 Zimmermann, Oswald 30, 67—68
 Zmarzlik, Hans-Günter 327

ORGANISATIONSREGISTER

- Alldeutscher Verband 13, 15—25, 27, 29, 32, 35—38, 40, 41, 43—46, 48—55, 61, 64—66, 69—71, 74—76, 79, 86—88, 95—98, 100, 101, 103, 104, 107, 108, 121, 141, 160, 176, 177, 186, 192, 205, 259, 260, 263, 266—268, 270, 271, 274, 276, 290, 297, 328, 336, 337, 340, 342—344, 347—349, 355, 358, 363, 366, 386, 388, 399, 402, 406, 419, 422—425, 427, 433
- Allgemeiner Deutscher Burschenbund 168
- Antisemitenparteien (siehe auch unter den einzelnen Parteien) 29—32, 34, 57—60, 62, 65—69, 71, 83, 84, 98, 119, 139, 194, 269, 339
- Antisemitische Volkspartei 67
- Aufklärungsbund freier werktätiger Arbeiter Deutschlands 113, 370
- Ausschuß für Volksaufklärung 78, 85, 357
- Bayerische Mittelpartei 198, 295, 434
- Bayerischer Bauernbund 67
- Bayerischer Bauernverein 227
- Bayerischer Ordnungsbund 214, 297, 406
- Blücherbund 279
- Bund der Aufrechten 213, 214
- Bund Frankenland 279, 311
- Bund für deutsche Freiheit und deutsches Recht 273
- Bund deutschvölkischer Juristen 78, 340
- Bund der Landwirte 67, 98, 339, 340
- Bund Oberland 220, 261
- Bund zur Pflege nordischer Kunst und Wissenschaft 78
- Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 238, 240, 242—244
- Christlich-soziale Partei 15, 67, 194, 338
- Deutschbund 19, 33—37, 44, 52, 60, 78, 79, 98, 341, 342, 357, 363, 433, 443
- Deutsche Antisemitische Vereinigung 59
- Deutsche Arbeiterpartei (DAP) siehe Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- Deutsche Bürgervereinigung 431

- Deutsche Burschenschaft 164, 170
 Deutsche Demokratische Partei 187, 401
 Deutsche Erneuerungs-Gemeinde 79, 357
 Deutsche Reformpartei 61, 67, 354
 Deutsche Studentenschaft 165, 166, 390
 Deutsche Vaterlandspartei 15, 65, 348
 Deutsche Volkspartei (DVP) 163, 198, 199, 201, 295, 401
 Deutsche Werkgemeinschaft 308, 309, 437, 438
 Deutscher Befreiungs-Bund 270, 271, 275—277, 281, 314, 425
 Deutscher Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation 340
 Deutscher Bund zur Bekämpfung fremden und Förderung deutschen Wesens
 85, 91, 312
 Deutscher Jugendbund 57, 58, 60, 312, 362
 Deutscher Jugendverband 340
 Deutscher Müllerbund 58
 Deutscher Orden 340
 Deutscher Schafferbund 340
 Deutscher Schriftbund 340
 Deutscher Schutz- und Trutz-Bund *passim*
 Deutscher Tag 31, 65, 80, 98, 103, 105, 128, 129, 172, 173, 204, 259, 261, 264,
 265, 270, 275, 277, 287, 289, 316, 317, 320, 323, 325, 340, 341, 351, 370,
 375, 386, 392, 445
 Deutscher Volksbund 74, 85, 356, 359, 444
 Deutscher Volksbund (A. Lauterbach) 273, 280, 315, 316, 440
 Deutscher Volksrat 418
 Deutscher Wanderverein 316
 Deutschgläubige Gemeinschaft 340
 Deutsch-Kartell 35
 Deutschkonservative Partei 65, 194, 200, 338, 366
 Deutschnationale Volkspartei (DNVP) 23—25, 65, 69, 70, 87, 150, 151, 163,
 186, 187, 194, 196—201, 271, 276, 362, 398—402
 Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband 56—58, 60, 62, 74, 277, 284,
 314, 339, 340, 350, 354, 357, 433
 Deutsch-Soziale Partei 58, 60, 67, 69, 86, 92, 93, 284, 324, 340, 350, 354, 443
 Deutsch-soziale Partei (R. Kunze) 280, 316, 325, 440
 Deutschsoziale Reformpartei 67, 353
 Deutschsozialer Verein 85
 Deutschsozialistische Partei 98, 295, 308, 309, 320, 437
 Deutschvölkische Arbeitsgemeinschaft 297, 299, 357, 433, 434
 Deutschvölkische Freiheitspartei 270, 280, 283, 316, 325, 424, 440
 Deutschvölkische Partei 15, 19, 23, 31, 65, 69, 70, 76, 82, 107, 194, 284, 324,
 338, 354, 428
 Deutschvölkische Vereinigung 31
 Deutschvölkischer Arbeitsring 258, 259, 419
 Deutschvölkischer Block 357
 Deutschvölkischer Bund 23, 55, 70, 71, 78, 79, 82—85, 89, 91, 92, 96, 98, 104,
 108, 113, 123, 265—267, 269, 307, 337, 354, 357—359, 394, 400, 437, 441
 Deutschvölkischer Bund Urda 340
 Deutschvölkischer Schriftstellerverband 79, 340
 Deutschvölkischer Schutz- und Trutz-Bund *passim*

- Deutschvölkischer Studentenverband 164, 340, 389
 Eiserne Division 230
 Erwachende Ungarn 230
 Fichte-Gesellschaft von 1914 74, 78, 357
 Fichte-Hochschulgemeinde 169
 Fortschrittliche Volkspartei 350
 Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums 340
 Freikonservative Partei 194, 338
 Freikorps Dohna 216, 407
 Freikorps Roßbach 429
 Gemeinschaft deutschvölkischer Bünde 78–80, 82, 85, 128, 256, 258, 264, 357, 358
 Germanenorden 30, 48, 49, 51, 56, 61, 74, 98, 228, 229, 235, 257, 261, 290, 340, 351, 411, 417
 Germanische Glaubensgemeinschaft 340
 Gesellschaft zur Pflege deutscher Tonkunst 340
 Gobineau-Vereinigung 343
 Großdeutsche Volksgemeinschaft 440
 Hochschulring Deutscher Art 165
 Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher 235, 393
 Jungdeutscher Bund 58, 74, 361, 362
 Jungdeutscher Orden 211–213, 308, 425, 437
 Kampfbund für deutsche Kultur 277, 425, 426
 Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 113, 302, 309, 401
 Konservative Partei 15
 Kyffhäuser-Verband — Vereine Deutscher Studenten 164
 Leipziger Reformverein 59
 Los-von-Rom-Bewegung 349
 Marine-Brigade Ehrhardt (siehe auch Organisation Consul) 191, 215, 217–219, 221, 227, 230, 232, 233, 376, 397
 Nationale Finkenschaft 169
 Nationaler Reichswahlverband 342
 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) 11, 13, 73, 78, 113, 118, 120, 122, 128, 132–134, 141, 157, 168, 212, 213, 225, 247, 256, 265, 273, 275, 277–281, 283–290, 293–329, 331–333, 376, 377, 382, 425, 427–430, 435, 437–445
 Nationalverband Deutscher Offiziere 200, 212, 406, 419, 425
 Nationalverband Deutscher Soldaten 212, 235, 406
 Norddeutscher Jugendbund 58
 Orden für arisches Wesen 79, 357
 Organisation Consul 217–222, 227–234, 236, 318, 319, 376, 410
 Organisation Escherich 443
 Reichsausschuß der nationalen und völkischen Verbände 406
 Reichshammerbund 19, 23, 30, 32, 44, 49, 52, 55, 56, 58, 60–66, 71, 74–76, 78, 81, 82, 85, 88, 89, 91–93, 95, 107, 108, 113, 218, 269, 274, 284, 291, 307, 312, 340, 350–352, 357–360, 362, 370, 422, 424, 431, 433
 Reichspartei 67
 Reichsverband gegen die Sozialdemokratie 44, 342
 Revolutionärer Matrosenbund 113
 Sächsische Mittelstandsvereinigung 59

- Schriftbund deutscher Hochschullehrer 340
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) 27, 28, 69, 74, 151, 152, 163,
180, 187, 196, 230, 236, 297, 302, 321, 350, 384, 385, 397
Stahlhelm — Bund der Frontsoldaten 120, 212—214, 235, 276, 369
Thule-Gesellschaft 290, 291, 433
Treubund für aufsteigendes Leben 235, 259
Treudeutscher Bund 273
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 163, 187, 227,
302
Verband zur Befreiung vom Judenjoch 85
Verband nationaldeutscher Juden 244
Verband nationalgesinnter Soldaten 120, 212, 218, 247, 406, 425
Verband gegen Überhebung des Judentums 30, 44, 60, 74, 75, 178, 340, 429
Verein zur Abwehr des Antisemitismus 187, 224, 238, 398
Verein deutschenkender Arbeiter 273
Vereinigte Vaterländische Verbände 406
Vereinigte Vaterländische Verbände von Württemberg und Hohenzollern 275,
276, 425
Vereinigung völkischer Verleger 126
Völkischer Block — Völkisch-Sozialer Block 317, 319
Wälsungenorden 259
Wandervogel Bund für Deutsches Jugendwandern 74, 340
Wandervogel Völkischer Bund 74, 340
Wiking 276, 279, 425
Wirtschaftliche Vereinigung 67
Zentrum 321, 401

HAMBURGER BEITRÄGE ZUR
ZEITGESCHICHTE

Herausgegeben im Auftrag der Forschungsstelle
für die Geschichte des Nationalsozialismus
in Hamburg von Karl-Heinz Janssen,
Werner Jochmann, Werner Johe und Bernd Nellessen

Band 1

BERND NELLESSEN

Die verbotene Revolution

Aufstieg und Niedergang der Falange

216 Seiten. Leinen. DM 14.80

Band 2

ALBERT KREBS

Fritz-Dietlof

Graf von der Schulenburg

Zwischen Staatsräson und Hochverrat

318 Seiten. Leinen. DM 22.50

Band 3

DIETER ROSS

Hitler und Dollfuß

Die deutsche Österreich-Politik 1933—1934

341 Seiten. Leinen. DM 25.—

LEIBNIZ-VERLAG

HAMBURGER BEITRÄGE ZUR ZEITGESCHICHTE

Herausgegeben im Auftrag der Forschungsstelle
für die Geschichte des Nationalsozialismus
in Hamburg von Karl-Heinz Janssen,
Werner Jochmann, Werner Johe und Bernd Nellessen

Band 4

ARNOLD PAUCKER

Der jüdische Abwehrkampf

gegen Antisemitismus und National-
sozialismus in den letzten Jahren
der Weimarer Republik

311 Seiten. Leinen. DM 25.—

Band 5

HELMUT BLEY

Kolonialherrschaft und Sozialstruktur

in Deutsch-Südwestafrika 1894—1914

392 Seiten. Leinen. DM 32.—

In der Reihe »Hamburger Beiträge zur Zeitgeschichte« erscheinen Untersuchungen zur deutschen und europäischen Geschichte der letzten fünfzig Jahre, deren Themen und Materialgrundlage über den landesgeschichtlichen Rahmen hinausgehen. Neben den von der Forschungsstelle angeregten und geförderten Studien erscheinen auch Arbeiten, von denen die Herausgeber glauben, daß sie den Charakter der Reihe sinnvoll ergänzen.

LEIBNIZ-VERLAG

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER FORSCHUNGSSTELLE
FÜR DIE GESCHICHTE DES
NATIONALSOZIALISMUS
IN HAMBURG

Band 1

WERNER JOCHMANN

Im Kampf um die Macht

Hitlers Rede vor dem Hamburger Nationalklub

124 Seiten. Kart. DM 7.80

Band 2

noch nicht erschienen

Band 3

WERNER JOCHMANN

Nationalsozialismus und Revolution

Ursprung und Geschichte der NSDAP

in Hamburg 1922—1933

Dokumente

444 Seiten. 4 Faksimiles und 1 Tabelle

Leinen. DM 24.—

LEIBNIZ-VERLAG

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER FORSCHUNGSSTELLE
FÜR DIE GESCHICHTE DES
NATIONALSOZIALISMUS
IN HAMBURG

Band 4

Dokumente zur Gleichschaltung
des Landes Hamburg 1933

Herausgegeben und kommentiert

von Henning Timpke

328 Seiten. Leinen. DM 22.—

Band 5

WERNER JOHE

Die gleichgeschaltete Justiz

Organisation des Rechtswesens

und Politisierung der Rechtsprechung

1933—1945

dargestellt am Beispiel des Oberlandes-
gerichtsbezirks Hamburg

258 Seiten. Leinen. DM 22.—

Band 6

IRIS G. A. HAMEL

Völkischer Verband

und nationale Gewerkschaft

Der Deutschnationale

Handlungsgehilfen-Verband 1893—1933

290 Seiten. Leinen. DM 24.—

LEIBNIZ-VERLAG

Riv

RL 837189

48.1

UNIVERSITY OF CA. RIVERSIDE LIBRARY



3 1210 01067 8389

